Rostocker Dokumentenserver
Dieses Werk wurde Ihnen durch die Universitätsbibliothek Rostock zum Download bereitgestellt.
Für Fragen und Hinweise wenden Sie sich bitte an: digibib.ub@uni-rostock.de

Richard Fester

Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges

München: J.F. Lehmanns Verlag, 1925

http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1763173100

Druck Freier Zugang PUBLIC DOMAIN OCR-Volltext

Richard Feſter

Die Politik Kaiſer Karls

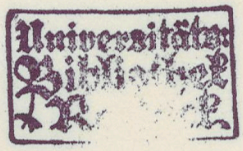
Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges

Von

Richard Feſter

J. F. Lehmanns Verlag München SW. 4
1925

Urheber und Verleger behalten sich alle Rechte,
insbesondere das der Übersetzung, vor.
Copyright, 1925, J. F. Lehmann, München.



1934. III, 725

Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie., Freising-München

Vorwort.

Das Thema dieses Buches hat den Verfasser zum erstenmal im Rahmen der „Verantwortlichkeiten“ in dem Kapitel über „die Tragödie des Zweibundes“ beschäftigt, um ihn seitdem nicht wieder loszulassen. Der Valutagrenzgraben zwischen uns und der Enthüllungsliteratur des Auslandes ließ zunächst den Wunsch entstehen, die Akten der Mission des Prinzen Sixtus und des französischen Generalstabs über die Verhandlungen der Entente mit Kaiser Karl dem deutschen Leser in kommentierter Übersetzung zugänglich zu machen. Die Aktenstücke des zweiten Unterausschusses zur Friedensaktion Wilsons und die gewaltige Vermehrung der Zeugenaussagen zeigten dann die Möglichkeit einer Darstellung der politischen Geschichte der Entscheidungsjahre des Weltkrieges. Im Gegensatz zu der einseitigen Erhellung der Vorkriegsgeschichte eröffnete sich hier ein Rundblick, vor dem sich die Ursachen und Wirkungen immer mehr entschleierten. Die historische Kritik sah sich durch jeden neuen Zuwachs des Rohmaterials immer aufs Neue vor die Aufgabe gestellt, Akten und Zeugenaussagen zu vergleichen, das Aktengerüst auf seine Tragfähigkeit zu prüfen, Ergänzungen einzureihen und Unhaltbares auszuscheiden. Sie verlangte vor allem, daß der Verfasser durch konkrete Fragen an alle erreichbaren Zeugen in die dunklen Winkel der Überlieferung hineinleuchtete. Nur in wenigen Fällen ist die Auskunft versagt worden. Die Regel war eine Mitteilungsfreudigkeit, die sich gerade bei den Hauptzeugen auch durch jahrelange Belästigung nicht ermüden ließ. In der Stunde des Abschlusses seiner Studien drängt es den Verfasser, noch einmal allen Helfern herzlichst zu danken. Als Zeugen seien namhaft gemacht: Generalmajor a. D. Dr. v. Bartenwerffer, Generalleutnant a. D. v. Cramon, Generalmajor a. D. v. Haeften, Adolf v. Harnack, Staatsminister a. D. Helfferich (†), General Alfred Krauß (durch Vermittlung des Herrn Verlegers), General a. D. v. Kuhl, General Ludendorff, Oberst Nicolai (durch Vermittlung Exzellenz

Ludendorffs), Gesandter z. D. Freiherr v. Romberg, Reichsminister a. D. Schiffer, Botschafter a. D. Graf Wedel, Staatssekretär a. D. Zimmermann. Zur Aufklärung der Fälschung eines Briefes des deutschen Kronprinzen haben Reichsarchivrat Oberstleutnant a. D. Wolfgang Foerster und Bibliotheksdirektor Dr. Friedrich Thimme beigetragen. Bei Beschaffung der umfänglichen Literatur fand ich, wo die Kriegssammlung des historischen Seminars unserer Universität versagte, die Unterstützung der Weltkriegsbücherei in Stuttgart und der Münchener Staatsbibliothek. Für Auskunft in Zeitungsfragen durfte ich stets auf die Hilfsbereitschaft der Presseabteilung der Reichsregierung zählen.

Die Zeugen haben sämtlich von einem unabhängigen Historiker nicht erwartet, daß er sich durch ihr Zeugnis beeinflussen lasse. Mein Urteil ist selbsterworben, nicht übernommen. Es wäre Taciteische Selbsttäuschung, zu sagen, daß es „sine ira" entstanden sei. Solange die Wunde brennt — und sie wird nicht aufhören zu brennen, bis das schmachvollste Kapitel unserer nationalen Leidensgeschichte seine Sühne gefunden hat — wird die deutsche Geschichtsschreibung nach der Verantwortlichkeit für die Verwirtschaftung des Bismarckschen Erbes zu fragen haben. Es versteht sich dabei von selbst, daß der Standpunkt für die Verantwortlichkeiten anderer Staaten nicht der deutsche sein kann. Wenn hier neben den deutschen Zerstörern der Schöpfung Bismarcks Kaiser Karl und Graf Czernin als die Totengräber der Donaumonarchie erscheinen, so kann der Maßstab nur die Politik sein, die sie im Interesse des eigenen Staates hätten befolgen müssen. Das historische Urteil über die Kriegszeit kann noch nicht durch den großdeutschen Gedanken beeinflußt werden. Ob und wie er sich als Phoenix aus der Asche von 1918 erhoben hat, steht auf einem anderen Blatt. Wer sich in die Kriegszeit zurückversetzt, wird auch in Hinblick auf eine großdeutsche Zukunft sagen müssen, daß die Liquidation Österreich-Ungarns für die Reichsdeutschen und die Deutsch-Österreicher zu früh gekommen ist. Wir aber haben es lediglich mit den Gründen des Zusammenbruchs von 1918 zu tun. Daß die historische Wahrheit grausam ist, kann niemand tiefer als der Verfasser empfinden.

Halle, 29. März 1925.

Richard Fester.

Inhalt.

Seite

Vorwort V
Gedruckte Quellen IX
A. Akten IX
B. Zeugenaussagen X

1. Kapitel. Erzherzog Karl und das Haus Parma . . . 1
Familienzusammenhänge der Häuser Bourbon und Braganza. Prinz Sixtus bei Kriegsausbruch. Im Weltkrieg bis zum Tode Franz Josephs.

2. Kapitel. Das Friedensangebot vom 12. Dez. 1916 . . . 18
Das militärische Postulat der Kriegslage 1916. Bethmann Hollweg zwischen Wilson und Burian. Anfänge Kaiser Karls. Das Friedensangebot. Wilson und die Entente. U-Bootkrieg und die Vereinigten Staaten.

3. Kapitel. Die Mission des Prinzen Sixtus 46
Sixtus, Kaiser Karl und Poincaré. Wiener Zweibundkonferenz. Erste Wiener Reise des Prinzen. Berliner Zweibundkonferenz. Homburger Kaiserbesuch. Aprildenkschrift Czernins. Sixtus und die Entente. Saint-Jean-de-Maurienne. Zweite Reise nach Wien. Kreuznacher Programm. Ausgang der Mission des Prinzen.

4. Kapitel. Die Krisis des Weltkrieges 123
Meuterei des französischen Heeres und Erfolge des U-Bootkriegs. Bethmann, Czernin und der Ostfriede. Päpstlicher Friedensfühler. Czernins Intrige. Bethmann Hollwegs Sturz und Reichstagsresolution.

5. Kapitel. Das Ende der Friedensmöglichkeiten 163
Armand-Revertera. Bedrängnis K. Karls durch Italien und Verrat der Aprildenkschrift. Friedensaktion Papst Benedikts XV. Deutsche Versuche eines Friedensgespräches mit England und Frankreich.

6. Kapitel. Nachspiele 209
Zwang zur Offensive. Extratour Zitas. Smuts-Mensdorff. Brest Litowsk. Politische Offensive des Feindbundes. Duell Czernin-Clémenceau. Ende des Zweibundes.

Anhang.

I. Denkschrift des Prinzen Sixtus für Präsident Poincaré . . 249
II. Graf Wedel an den Reichskanzler über Czernins Denkschrift 251
III. Zwei Artikel des Bayrischen Kurier 253
IV. Note des Oberst Goubet vom 4. August 1917 257
V. Zur Kritik der Freiburger Gespräche 258
VI. Ein gefälschter Brief des deutschen Kronprinzen 260
VII. Maxse und Delbrück 265
Anmerkungen 268
Namenverzeichnis 295
Sachverzeichnis 302

Berichtigungen.

Seite 42 Zeile 11 von oben lies: zuzuschieben statt zuzuschreiben.
Seite 69 Zeile 7 von oben lies: Erzählung statt Erzählungen.
Seite 72 Zeile 10 und 16 von unten lies: Souveränetät statt Souveränität.
Seite 82 Zeile 14 von oben: das Komma hinter dem Wort aber ist zu streichen.
Seite 93 Zeile 13 von oben lies: Albdruck statt Alpdruck.
Seite 112 Zeile 8 von oben lies: die ihm befreundete statt die ihn befreundete.
Seite 119 Zeile 14 von unten: hinter dem Wort sagen ist ein Komma zu setzen.
Seite 153 Zeile 11 von unten gehört hinter Zeile 10 von unten.
Seite 205 Zeile 2 von oben lies: überzeugten statt überzeugte.
Seite 255 Zeile 2 von unten: hinter den Worten Ziele sind ist ein Komma zu setzen.
Seite 280 Zeile 26 von unten lies: Cramons Erinnerung statt Cramons, Erinnerungen.
Seite 283 Zeile 10 von unten lies: Wehrhaftigkeit statt Wehrhaftigkigkeit.

Gedruckte Quellen.

A. Akten.

1. Beilagen zu den ſtenographiſchen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Unterſuchungsausſchuſſes der verfaſſunggebenden deutſchen Nationalverſammlung. 2. Unterausſchuß. Berlin 1919. Norddeutſche Verlagsanſtalt. Enthält: I. Diplomatiſcher Verkehr Berlin-Waſhington 11. April 1916 bis 15. Febr. 1917. II. Entſtehung des Friedensangebots der Zentralmächte vom 12. Dezember 1916. III. Zum Friedensangebot der Zentralmächte vom 12. Dezember 1916. Zeitſpanne 14. Dez. 1916 bis 28. Jan. 1917. IV. Zur Vorgeſchichte der Erklärung des uneingeſchränkten U-Bootkrieges. V. Begleitſchreiben und Denkſchrift des Chefs des Admiralſtabes der Marine vom 22. Dezember 1916 „über die Notwendigkeit eines baldigen Beginnes des uneingeſchränkten U-Bootkrieges". VI. Zur Stimmung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber Deutſchland und einer Friedensaktion Wilſons. VII. Zur Beſchlußfaſſung über den uneingeſchränkten U-Bootkrieg am 9. Jan. 1917. VIII. Zum Kriegseintritte der Vereinigten Staaten von Amerika. (Zitiert UA. Beil.).
2. Angeblich verſäumte Friedensgelegenheit im Jahre 1917 (März bis Mai) Münchner Neueſte Nachrichten. 1922. Nr. 81, 83, 85, 89, 92, 94, 96, 99, 101, 103, 105, 107.
3. Franzöſiſch-ruſſiſche Kriegszielverhandlungen über Elſaß-Lothringen, das linksrheiniſche Gebiet und die ruſſiſche Weſtgrenze in: Dokumenten aus den ruſſiſchen Geheimarchiven, ſoweit ſie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen ſind. Seite 91 ff. Berlin, Reichsdruckerei. (Nicht im Handel.)
4. Akten der Miſſion des Prinzen Sixtus. L'opinion, Journal de la semaine vom 3. Dez. 1917, Jan. 1920 Nr. 1—3. Die gleichen Akten vermehrt bei Prinz Sixtus ſ. Zeugen.
5. Profeſſor Foerſter und Kaiſer Karl von Öſterreich. Unveröffentlichte Dokumente. Allgemeine Zeitung Nr. 20 vom 14. Mai 1922, ſ. auch Dirr, Bayriſche Dokumente zum Kriegsausbruch. 2. Aufl. München-Berlin. Oldenbourg 1924. Seite 228 ff.
6. Akten des franzöſiſchen Generalſtabs über die Armand-Revertera-Verhandlungen. L'Opinion 1920. Nr. 28, 30, 31 vom 10., 24., 31. Juli.
7. The peace proposals made by his Holiness the Pope to the belligerants powers on August 1, 1917 and Correspondence

relative thereto. Presented to Parliament. Miscellaneous Nr. 7. (1919) London. H. M. Stationery office.

8. Die Kundgebungen Papst Benedikts XV. zum Weltfrieden. Im Urtext und in deutscher Übersetzung. Herausgegeben von Dr. Arnold Struker, Freiburg. Herder 1917.
9. Urkunden der obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916—18. Herausgegeben von E. Ludendorff. Berlin. E. S. Mittler 1920. (Enthält auch Akten und Zeugnisse die dem Herausgeber erst nach 1918 bekannt geworden sind.)
10. Hertling und Erzberger. Ein Briefwechsel. Vossische Zeitung Nr. 236 vom 10. Mai 1918.
11. Der Erzberger-Prozeß. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im Beleidigungsprozeß des Reichsministers Erzberger gegen den Staatsminister a. D. Dr. Karl Helfferich. Berlin. C. Schmalfeldt 1920.
12. Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. Berlin. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte 1924. 2. Aufl. (1. Aufl. herausgegeben von der Reichskanzlei 1919).
13. Akten in Memoiren s. Zeugen.
14. Parlamentsverhandlungen. Stenographische Berichte. Deutsches Reich: Verhandlungen des Reichstags. — England: The parliamentary debates (Official Report). House of Commons. House of Lords. London. Stationery Office. — Frankreich: Annales de la chambre des députés et Annales du Sénat. Débats. Paris Imprimerie des journaux officiels. — Für Österreich-Ungarn, Rußland, Italien und die Vereinigten Staaten von Amerika nach Schultheß, Europäischer Geschichtskalender.
15. Akten in der Beilage zu den stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses: Ursachen des Zusammenbruchs. Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918.
    Heft 1. Oberst a. D. Schwertfeger, Die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit.
    Heft 2. General der Inf. a. D. v. Kuhl, Die militärischen Grundlagen der Deutschen Offensive im Jahre 1918.
    Heft 3. H. Delbrück, Die Offensive 1918. Berlin 1922.

B. Zeugenaussagen.

Arz, Generaloberst. Zur Geschichte des großen Krieges 1914—1918. Wien, Leipzig, München. Rikola-Verlag 1924.

Bauer, Oberst. Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen. Tübingen. Osiander. 1921.

Bernstorff, Graf Johann Heinrich. Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege. Berlin. Ullstein. 1920.

Bertie, The Diary of Lord B. of Thame 1914—1918, Edited by Lady Algernon Gordon Lennox Vol. II. London. Hodder and Stoughton (1924).

Bethmann Hollweg, Th. von, 1. Friedensangebot und U-Boot-Krieg. Wortlaut der Aussage des früheren Reichskanzlers im Untersuchungsausschuß. Berlin. R. Hobbing. 1919.

2. Friedensmöglichkeiten im Frühsommer 1917. Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 110 vom 29. Febr. 1920 (vgl. auch Ludendorff, Urkunden 419—423).

3. Betrachtungen zum Weltkriege. 2. Teil. Während des Krieges. Berlin. R. Hobbing. 1921.

Burian, Stephan, Graf. Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin. Ullstein. 1923.

Cadorna, Generale Luigi. La guerra alla fronte Italiana fino all' arresto sulla linea della Piave e del Grappa. (24 Maggio 1915—9 novembre 1917) Milano. Treves 1921.

Cramon, A. v., Generalleutnant a. D. Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege. Erinnerungen aus meiner vierjährigen Tätigkeit als bevollmächtigter deutscher General beim K. und K. Armeeoberkommando. Berlin. Mittler. 1920.

Czernin, Ottokar. 1. Über die Politik während des Weltkrieges. Rede, gehalten den 11. Dezember 1918. 2. Aufl. Wien. Perles.

2. Im Weltkriege. Berlin, Wien. Ullstein 1919.

Demblin, August, Sektionsrat i. R. Czernin und die Sixtus-Affaire. München. Drei Masken-Verlag. 1920.

Erzberger, M. 1. Rede vom 25. Juli 1919. Verhandlungen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Band 328 Seite 1926—1943. Berlin 1920.

2. Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart-Berlin. Deutsche Verlagsanstalt. 1920.

Falkenhayn, Erich v., General der Inf. z. D. Die oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen. Berlin. Mittler. 1920.

Foerster, Fr. W. Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Stuttgart. Verlag „Friede durch Recht". 1920.

Haußmann, Konrad. Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Herausgegeben von Dr. Ulrich Zeller. Frankfurt a. M. Societäts-Druckerei. 1924.

Helfferich, Karl. 1. Der Weltkrieg. II. Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg. III. Vom Eingreifen Amerikas bis zum Zusammenbruch. Berlin. Ullstein. 1919.

2. Die Friedensbemühungen im Weltkrieg. Vortrag, gehalten in

der Deutschen Gesellschaft 1914 am 1. September 1919. Berlin-Zehlendorf-West. Zeitfragen-Verlag.

Hertling, Rittmeister Karl Graf von. Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. B. Herder. 1919.

Hindenburg, Generalfeldmarschall von. Aus meinem Leben. Leipzig. Hirzel. 1920.

Hintze, Paul v. Das Waffenstillstandsangebot. Vossische Zeitung vom 11.—13. Sept. 1919 Nr. 462, 464, 466.

Hoffmann, General Max. Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. München. Verlag für Kulturpolitik. 1923.

Jellicoe, Admiral Viscount J. of Scapa. The crisis of the naval war. London. Cassell. 1920.

Karolyi, Michael Graf. Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden. München. Verlag für Kulturpolitik. 1924.

Krauß, General der Inf. Alfred. Die Ursachen unserer Niederlage. Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkrieg. 2. Aufl. München. J. F. Lehmann. 1921.

Kühlmann. Siehe Nowak.

Lammasch, Heinrich. Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik. Herausgegeben von Marga Lammasch und Hans Sperl. Wien u. Leipzig. Franz Deuticke. 1922.

Ludendorff, Erich. 1. Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. Berlin. E. S. Mittler 1919.

2. Urkunden s. Akten.

3. Kriegführung und Politik. Berlin. E. S. Mittler. 1922.

4. Entgegnung auf das amtliche Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes". Berlin. E. S. Mittler. 1919.

Heft 1. Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung. August-September 1918.

Heft 2. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot.

Heft 3. Das Verschieben der Verantwortlichkeit.

5. Einiges aus dem Buche des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg. Militär-Wochenblatt 1922 Nr. 28—30 vom 7., 14., 21. Jan.

6. Nochmals zu den Friedensverhandlungen im Sommer 1917 (gegen Revertera). Historisch-politische Blätter 170, 247 ff.

Margutti, Albert Freiherr v., Feldmarschalleutnant a. D., einstmals der k. Generaladjutantur zugeteilter General. Vom alten Kaiser. Persönliche Erinnerungen an Franz Joseph I. Leipzig u. Wien. Leonhardt. 1921.

Michaelis, Georg. Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin. Furche-Verlag. 1922.

Musulin, Freiherr v. Das Haus am Ballplatz. Erinnerungen eines

österreichisch-ungarischen Diplomaten. München. Verlag für Kulturpolitik. 1924.

Nicolai, W., Oberstleutnant, im Kriege Abteilungschef (III B) im Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin. E. S. Mittler. 1920.

Niemann, Alfred, Oberstleutnant a. D. Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im großen Hauptquartier. Berlin. A. Scherl. 1922.

Nowak, Karl Friedrich. Der Sturz der Mittelmächte. München. G. Callwey. 1921. (Für Brest-Litowsk auf Kühlmanns Mitteilungen fußend.)

Pacelli. Der Kaiser und die päpstliche Friedensvermittlung. Germania vom 17. Okt. 1922 Nr. 553 als „Richtigstellung der päpstlichen Nuntiatur in München".

Page, Walter H. The life and letters of.. By Burton J. Hendrick. London. William Heinemann. 1924.

Painlevé, Paul, ancien ministre de la guerre, ancien président du conseil.

1. Rede in der Kammersitzung vom 6. Juli 1922 (über Saint-Jean-de-Maurienne und Armand-Revertera).

2. Comment j'ai nommé Foch et Pétain. La politique de guerre de 1917. Le commendement unique interallié. Paris. F. Alcan. (1923.)

Paléologue, Maurice, ambassadeur de France. La Russie des Tzars pendant la grande guerre Tom. 3. Paris. Plon-Nourrit (1922).

Payer, Friedrich v., Stellvertreter des Reichskanzlers a. D. Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a. M. Frankfurter Societäts-Druckerei. 1923.

Pierrefeu, Jean de G. Q. G. Secteur 1. Trois ans au grand quartier général par le rédacteur du „Communiqué." Paris. 1920.

Poincaré, Raymond. Rede in der Kammersitzung vom 6. Juli 1922 (über Sixtus).

Radoslawoff, Dr. Vasil. Bulgarien und die Weltkrise. Berlin. Ullstein. 1923.

Revertera, Graf v. 1. Nochmals das Buch des Prinzen Sixtus von Parma. Hist.-politische Blätter für das katholische Deutschland 169, 129—130. München. 1922.

2. Kaiser Karls Bundestreue. a. a. O. 169, 513—519. München. 1922.

Ribot, Alexander. Lettres à un ami. Souvenirs de ma vie politique. Paris. Bossard. 1924.

Schager, Sektionschef Dr. Albin (Eckartsau). 1. Mitteilungen an das „Hollandsch Niews Bureau", „Berlingske Tidende" und die

„Wiener Sonn- und Montags-Zeitung". Februar-März 1920 bei Demblin 82—95.

2. Czernin, Demblin und die Sixtus-Affäre. Das neue Reich. Wochenschrift für Kultur, Politik und Volkswirtschaft. Wien 1. August 1920 Nr. 44.

Scheidemann, Philipp. 1. Der Zusammenbruch. Berlin. Verlag für Sozialwissenschaft. 1921.

2. Papst, Kaiser und Sozialdemokratie in ihren Friedensbemühungen im Sommer 1917. Berlin. Verlag für Sozialwissenschaft. 1921.

Schoultz, G. v., Kommodore und Chef der Finnländischen Flotte. Mit der Grand Fleet im Weltkrieg. Erinnerungen eines Teilnehmers. Deutsch von H. Souchon. Leipzig. K. F. Koehler. 1925.

Sims, Admiral. When Germany nearly won. The secret story of the submarine war. Pearson's Magazine. Oktober 1919.

Sixte de Bourbon, Prince. 1. Le traité d'Utrecht et les lois fondamentales du royaume. Paris Champion 1914. (Göttingen U.-Bibliothek).

2. L'offre de paix séparée de l'Autriche (5. décembre 1916—12. octobre 1917). Avec deux lettres autographes de l'empereur Charles et une note autographe du comte Czernin. Paris. Plon o. J. (Vorrede vom November 1919).

3. La Syrie et la France. Zuerst Correspondant vom 25. Juni 1919. Paris. Émile—Paul Frères 1919.

Stuart, Campbell. Secrets of Crew House. London 1920 (deutsch: Geheimnisse aus Crewe House. Die Geschichte eines wohlbekannten Feldzuges. Leipzig. Th. Weicher. 1922).

Stürgkh, Josef aus dem Hause der früheren Grafen von Stürgkh, General der Inf. d. R. Im deutschen großen Hauptquartier. Leipzig. P. List. 1921.

Szilassy, Baron J. v., ehemaliger österr.-ungar. Gesandter in Griechenland und ehemaliger Gesandter der ungarischen Republik in Bern. Der Untergang der Donau-Monarchie. Diplomatische Erinnerungen. Berlin. Verlag Neues Vaterland. 1921.

Tirpitz, Alfred v. Erinnerungen. Leipzig. K. F. Koehler. 1919.

Trotzki, Leo. Über Lenin. Material für einen Biographen. Berlin. Neuer deutscher Verlag. 1924.

Wedel, Graf Botho v.

1. Der Immediatbericht des Grafen Czernin vom 12. April 1917. Hamburger Nachrichten vom 13. Juli 1919 Nr. 369.

2. Erzberger, der Wahrheitsfanatiker. A. a. O. vom 28. Juli 1919 Nr. 378.

3. War ein Verständigungsfriede möglich? A. a. O. 7.—8. August 1919.

4. Erzberger als Schrittmacher der Bourbon-Parma-Politik. Weserzeitung vom 22. Okt. 1919.
5. Graf Tarnowski über die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten. Hamburger Nachrichten vom 1. Nov. 1919.
6. Erzberger und die Wiener Politik. Tägliche Rundschau vom 14. Febr. 1920.
7. Österreich-Ungarns Sonderfriedensversuch vom Oktober 1918. Neue Freie Presse vom 11. Juli 1920 Nr. 20068.
8. (Anonym). Erzberger und die Czerninsche Denkschrift. Hamburger Nachrichten vom 11. Aug. 1920.
9. Zu Bethmanns Außenpolitik. Weserzeitung vom 16. Jan. 1921.
10. Prinz Sixtus von Parma und seine Erinnerungen. Weserzeitung vom 21. März 1921.
11. Frankreich und Kaiser Karls Ungarnfahrt. Roter Tag Nr. 83 vom 10. April 1921.
12. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und die Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus. Roter Tag Nr. 109—110 vom 11. u. 12. Mai 1922.

Werkmann, Karl Freiherr v., Letzter Sekretär des Kaisers und Königs Karl. Der Tote auf Madeira. München. Verlag für Kulturpolitik. 1923.

Wilhelm II., Kaiser. Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918. Leipzig und Berlin. K. F. Koehler. 1922.

Wilhelm, Kronprinz. Erinnerungen. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen. Herausgegeben von Karl Rosner. Stuttgart u. Berlin. Cotta. 1922.

Wilson, Woodrow. Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles. Herausgegeben von R. St. Baker. Deutsch von Curt Thesing. Leipzig. P. List. 1923.

Windischgraetz, Prinz Ludwig. Vom roten zum schwarzen Prinzen. Mein Kampf gegen das K. u K. System. Berlin. Wien. Ullstein. 1920.

Erstes Kapitel.

Erzherzog Karl und das Haus Parma.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers hat den Weltkrieg zum Ausbruch gebracht. Für den Ausgang des Krieges sollte die Heirat seines Neffen kaum minder bedeutungsvoll werden. Als der vierundzwanzigjährige Erzherzog Karl am 21. Oktober 1911 der neunzehnjährigen Prinzessin Zita von Bourbon-Parma auf dem Wohnsitze ihrer Mutter, Schloß Schwarzau am Steinfelde in Niederösterreich, die Hand zum Ehebunde reichte, hatte seine Anwartschaft nach menschlicher Berechnung noch in weiter Ferne gelegen. Bis zum Attentat von Serajewo beherrschte die Gestalt Franz Ferdinands das Zukunftsbild des dynastischen Staates der Habsburg-Lothringer. Durch ihr jähes Verschwinden wurde das künftige Kaiserhaus Karls und Zitas in den Vordergrund gerückt.

Unsere Zeit ist geneigt, fürstliche Familiengeschichte beiseite zu schieben. Wer europäische Geschichte verstehen will, wird auch nach der gewaltigen Verminderung der regierenden Häuser in Zukunft Stammbäume studieren müssen. Sie lassen sich einem Netz internationaler Kanäle vergleichen, das das republikanische wie das monarchische Europa überzieht. Die Fürsten Europas wären schon längst an Inzucht zugrunde gegangen, wenn sie aus Standesrücksichten gezwungen wären, ihre Brautwahl auf den immer kleiner werdenden Kreis der regierenden Häuser einzuschränken. In der großen Familie, die sie bilden, zählen auch die entthronten Dynastien nach wie vor mit. Für die Mehrheit der Menschen verschollene Geschlechter pflanzen durch die Verbindung mit ihren regierenden Standesgenossen ihre Erinnerungen und Ansprüche fort. Nicht überall wird man fürstlichen Ehrgeiz antreffen. Noch seltener ist den menschlichen Durchschnitt überragende Begabung. Die Familienüberlieferung wird trotzdem durchweg gehütet. Wo das wirkliche Oberhaupt der Familie ver-

sagt, pflegt in der Regel ein geistiges Oberhaupt die Führung zu übernehmen.

Betrachtet man Stammbäume unter diesen Gesichtspunkten, so reden sie eine Sprache, die nicht überhört werden kann. Das Haus Bourbon ist scheinbar mit der Julirevolution von 1830 von der Weltbühne verschwunden. Im Gedächtnis der europäischen Menschheit war es schon ausgelöscht, als die ältere Linie der männlichen Nachkommenschaft Ludwigs XIV. 1883 ausstarb. Wie viele denken daran, daß das Haus Orléans, das Frankreich den Bürgerkönig Ludwig Philipp gegeben hat, von einem jüngeren Bruder Ludwigs XIV. abstammt. Aber auch der Mannesstamm des Sonnenkönigs ist keineswegs erloschen. Ludwigs Enkel Philipp V. ist als erster Bourbonischer König von Spanien der Stammvater heute noch blühender Dynastien in Spanien, von Neapel-Sizilien und Parma geworden. Wenn auch auf der pyrenäischen Halbinsel nach dem Tode Ferdinands VII. die Krone an seine Tochter Isabella II., die Großmutter des regierenden Königs Alfonsos XIII., überging, so hat doch Ferdinands Bruder Don Carlos seine Ansprüche auf seinen in Frohsdorf bei Wien lebenden Enkel Jaime vererbt. Die Linie, die ein Enkel Philipps V. in Neapel-Sizilien gegründet hat, sieht ihren Stammhalter in einem Bruder des letzten regierenden Königs beider Sizilien, Graf Alfonso von Caserta, dessen Sohn, der Herzog von Calabrien Erbprinz Ferdinand 1897 durch seine Vermählung mit einer Tochter des nachmaligen Königs Ludwig III. von Bayern in Familienverbindung mit den Wittelsbachern getreten ist.

Am wenigsten aber hat die von einem jüngeren Sohne Philipps V. gegründete Seitenlinie Bourbon-Parma das Aussterben zu befürchten. Der Großvater der Kaiserin Zita ist 1854 ermordet worden. Ihr Vater Robert war ein zwölfjähriger Knabe unter der vormundschaftlichen Regierung seiner Mutter, einer Enkelin Karls X. von Frankreich, als er 1860 sein Herzogtum verlor. Zweimal vermählt, von 1869 bis 1882 mit Maria Pia von Bourbon-Sizilien, von 1884 bis zu seinem Tode 1907 mit der portugiesischen Infantin Maria Antonia hat er nicht weniger als 21 Kinder gezeugt. An der ersten Ehe sollte sich allerdings die zu nahe Verwandtschaft der Gatten rächen. Auf eine Tochter Marie Luise, die als erste Gemahlin des Zaren Ferdinand von

Bulgarien die Mutter des regierenden Zaren Boris III. geworden ist, folgten sechs Idioten, zwei Söhne und vier Töchter, und erst das achte und neunte Kind aus dieser Ehe waren wieder normal. Da aber der jüngste Sohn Elias seiner 1903 geschlossenen Ehe mit Maria Anna, der Tochter des Höchstkommandierenden im Weltkrieg Erzherzog Friedrich und Urenkelin des Siegers von Aspern, außer vier Töchtern zwei Söhne entsprießen sah, so ist der Herzogtitel von Parma auf absehbare Zeit der Deszendenz der ersten Ehe Herzog Roberts gesichert.

Der dynastische Ehrgeiz der Sprößlinge zweiter Ehe mußte sich daher andere Ziele stecken. Auch der Stammbaum der Herzoginmutter Maria Antonia ist aufschlußreich. Als jüngstes siebentes Kind des ehemaligen Regenten von Portugal Don Miguel gehört sie der jüngeren Linie des Hauses Braganza an, die in Portugal ebenso wie die Bourbons in Spanien durch die weibliche Erbfolge der älteren Linie beiseite geschoben wurde und in Miguels gleichnamigem Enkel neben dem Koburger Exkönig Manuel einen Prätendenten besitzt. Sämtliche Schwestern haben gute Partien gemacht. Die älteste Maria das Neves (geboren 1852) ist mit Alfons von Bourbon, einem Oheim des Stammhalters des Mannesstammes der spanischen Bourbonen Jaime, vermählt und hat ihren Wohnsitz in Schloß Ebenzweier am Traunsee. Die zweite Maria Theresia (geboren 1855) ist als dritte Gemahlin des Erzherzogs Karl Ludwig die Stiefgroßmutter Kaiser Karls geworden, der somit ihre Nichte geheiratet hat. Die dritte Maria Josepha (geboren 1857) fand als Gattin des Herzogs Karl Theodor in Bayern in Possenhofen und Bad Kreuth eine Heimat und wurde die Schwiegermutter des Königs der Belgier und des Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Die vierte Adelgunde (geboren 1858) lebt als Witwe eines jüngeren Bruders des Herzogs Robert von Parma, des Grafen von Bardi, ist also die Schwägerin ihrer jüngsten Schwester. Die fünfte Maria Anna (geboren 1861) vermählte sich 1893 mit Großherzog Wilhelm von Luxemburg, dem sie sechs Töchter geschenkt hat. Die jüngste endlich, Maria Antonia, geboren am 28. November 1862 und 1884 auf Schloß Fischhorn bei Zell am See mit Herzog Robert vermählt, pflanzt in ihren sechs Töchtern und sechs Söhnen die kirchliche Devotion ihrer Mutter, einer geborenen Prinzessin von Löwenstein-

Wertheim, und den dynastischen Ehrgeiz der Häuser Parma und Braganza fort. Zwei ihrer Töchter haben in der Benediktinerinnenabtei St. Cécile in Ryde auf der Insel Wight, wohin sich ihre Großmutter im Witwenstande zurückgezogen hatte, den Schleier genommen. Wenn sie ihre dritte Tochter Zita (geboren am 9. Mai 1892) die Anwartschaft auf die Kronen der Habsburger dem Ordenskleid vorziehen sah, so gehört keine besondere Kombinationsgabe dazu, um zu erkennen, daß sie selbst mit ihrer Schwester Maria Theresia, der Witwe des Erzherzogs Karl Ludwig, die Verlobung Karls und Zitas eingefädelt hat. Ein zweiter Erfolg der schwesterlichen Heiratspolitik des Hauses Braganza sollte die am 6. November 1919 vollzogene Vermählung ihres dritten Sohnes Felix mit seiner Cousine, der Großherzogin Charlotte von Luxemburg, werden, und man wird in diesem Zusammenhange daran erinnern dürfen, daß auch die Wiederverheiratung des bayrischen Kronprinzen Rupprecht mit der Cousine seiner ersten Gemahlin, Antonia von Luxemburg, die Großherzoginmutter und die Herzogin Karl Theodor als erfolgreiche Ehevermittlerinnen zeigt, so daß die Häuser Habsburg, Braganza, Bourbon-Parma, Luxemburg, Belgien-Koburg und Wittelsbach in ihren Trägern für das nächste Menschenalter verwandtschaftlich eng verbunden erscheinen.

Um so schwerer fällt ins Gewicht, daß das geistige Oberhaupt dieses Kreises zweifellos Maria Antonias ältester Sohn Prinz Sixtus ist. Auf Schloß Wartegg bei Rorschach am 1. August 1886 geboren hat er Pianore bei Viareggio und Schloß Schwarzau, wo seine Geschwister heranwuchsen, und das Jesuitenkolleg in Feldkirch schon 1904 dauernd mit Paris vertauscht. Als Bourbonischer Schriftsteller war er bereits im Februar 1911 im „Correspondant" mit einer „Apologie sur Chambord" hervorgetreten. Den juristischen Doktortitel erwarb er ein Vierteljahr vor Ausbruch des Krieges am 26. Mai 1914 an der Sorbonne mit einer Dissertation über das Recht der französischen Nationalität aller regierenden oder im Ausland lebenden Bourbonen Spaniens, Neapels und Parmas. Eine praktische Folgerung dieser These wäre gewesen, daß alle Bourbonen im August 1914 der französischen Republik ihre Dienste zur Verfügung stellten. Außer Sixtus hat nur sein drei Jahre jüngerer Bruder Xaver daran gedacht. Die Bour-

bonen von Sizilien und Spanien sind nicht hervorgetreten. Der Schwiegersohn Erzherzog Friedrichs Elias blieb mit dem Range eines Obersten in Österreich. Zitas jüngere Brüder Felix, heute Prinzgemahl von Luxemburg, und Renatus traten als Rittmeister in die österreichische Armee und sind gelegentlich des Automobilunfalls ihres Schwagers Karl im angeschwollenen Torrente Torre als seine Begleiter und „Retter" genannt worden. Die Prinzen Ludwig (geboren 1899) und Gaetan (geboren 1905) werden vermutlich auch während des Krieges mit ihrer Mutter und ihren Schwestern in Schwarzau residiert haben. Bürgerliche Familien hat der Völkerkrieg auseinandergerissen. Zu einer Spaltung der bourbonischen Geschwister ist es trotz der Trennung nicht gekommen. Auch in Österreich konnte die Familie dem Verhältnis des Hauses Bourbon zu Frankreich dienen, während Sixtus und Xaver den Hebel unmittelbar in Paris anzusetzen suchten.

Sixtus erzählt, er sei mit Xaver am 23. Juli 1914 aus Paris zu einer Reise in den Kaukasus aufgebrochen, habe zunächst seine Familie in Schwarzau besucht und sei dort von dem Ausbruch des Krieges überrascht worden. Hätte er den 23. Juni genannt, so würde man ihm die Kaukasusreise glauben. Am Tage des österreichischen Ultimatums, im Augenblick der Hochspannung war sie für einen französischen Prinzen nur ein Vorwand. Auch den Wunsch des Prinzen, sofort nach Frankreich zurückzukehren, wird man ihm nicht glauben dürfen. Kundgegeben hat er ihn jedenfalls nicht vor der französischen Kriegserklärung an die Monarchie vom 11. August 1914, weil ihnen vor diesem Tage die Ausreiseerlaubnis aus dem exterritorialen Schwarzau nicht verweigert werden konnte. Vor dem 11. August die Verwendung ihres Schwagers bei Franz Joseph in Anspruch zu nehmen, lag also kein Anlaß vor, und der Aufbruch von Schwarzau am 19. August spricht nicht dafür, daß Erzherzog Karl sich sofort nach der Kriegserklärung an den Kaiser gewandt hat. Die Prinzen hatten daher, als ihr Herz sie nach Frankreich zog, schon drei volle Kriegswochen hinter der Front des Zweibundes mit Unterstützung ihrer Familie Beobachtungen sammeln können.

In Wien ist gesagt und geglaubt worden, daß Sixtus und Xaver wie die jüngeren Brüder Zitas anfangs beabsichtigt hätten, in die österreichische Armee einzutreten, ohne bei Kaiser Franz

Joseph Gegenliebe zu finden. Das ist schon durch die Tatsache ausgeschlossen, daß das Haus Bourbon-Parma in Italien, Frankreich, der Schweiz und Österreich begütert war. Alles auf die österreichisch-ungarische Karte zu setzen, wäre gefährlich gewesen. Der Erbe von Chambord mußte Franzose bleiben, wenn er nicht die Grundlage seiner Existenz verlieren wollte.

1917 hat Sixtus ein Tagebuch geführt, das er seinem unzertrennlichen Begleiter Xaver zu diktieren pflegte. Für 1914 lassen seine genauen Daten auf die gleiche Gepflogenheit schließen. Soviel ist gewiß, daß die Prinzen nicht mit leeren Händen sich am 15. September der Regierung in Bordeaux zur Verfügung stellten. Die nach Paris verlegte Erörterung, ob der Zweibund sich sprengen lasse, wird schon in jenen drei Wochen das Schwarzauer Gesprächsthema gewesen sein. Zum Einhaken bot sich wie von selbst die Umgehung des jungen Thronfolgers bei allen entscheidenden Beratungen des Juli dar. Daß zu einer Schwenkung der Monarchie, auch wenn Franz Joseph starb, zunächst noch keine Aussicht war, mußten sie sich angesichts der russischen Gefahr eigentlich sagen. Die Stunde des Hauses Bourbon-Parma war noch nicht gekommen. Um sie nicht zu verpassen, wurde der briefliche Verkehr der Familie für die Kriegszeit geregelt. Durch Vermittlung der Luxemburgischen Schwester Maria Antonias übernahm es die Luxemburgische Gesandtschaft in Wien und in Paris, den Briefwechsel zwischen Schwarzau-Wien und Sixtus-Xaver in Gang zu halten.

Auch die auffallend langsame Rückreise scheint der Festlegung einer familiären Etappenlinie gedient zu haben. Am 20. August an der Grenze angelangt, blieben sie fünf Tage auf Schloß Wartegg im Kanton St. Gallen, hielten sich in Genf zwei Tage auf und langten erst am 29. August, zehn Tage nach ihrem Aufbruch aus Schwarzau in Paris wieder an. Als Erben von Chambord stellten sie sich am 2. September in Blois zur Ausmusterung, obwohl sie wußten, daß die Doktorthese der französischen Nationalität aller Bourbonen keine Aussicht hatte, sich gegen das öffentliche Recht der Republik durchzusetzen. Ihr vergeblicher Appell an den Kriegsminister sorgte wenigstens dafür, daß die klerikale Presse, voran „La Croix", die Bourbonische Geste in Stadt und Land bekannt machte, hatte aber die Folge, daß ihnen auch die Aufnahme in das

britische Heer am 19. Oktober 1914 abgeschlagen wurde. Nicht nur Frankreich, auch England verzichtete auf die Dienste, die sie am 15. September der Regierung von Bordeaux angeboten hatten. Wenn sie sich nicht begnügen wollten, dem roten Kreuz in Paris Samariterdienste zu leisten, gab es für sie nur noch einen Weg, um an die militärische und politische Front zu gelangen. Durch Vermittlung ihrer Cousine, der Königin der Belgier, wurden sie im November als Krankenträger in die belgische Feldarmee aufgenommen.

Auf der Fahrt zu König Albert erlitt jedoch Prinz Sixtus in der Nähe von Calais einen Unfall, der ihn lange ans Krankenlager fesselte, doch wird es nicht nur die Erholung gewesen sein, was er im Frühjahr 1915 in Pianore gesucht hat. In Pianore pflegte die Familie Herzog Roberts von Parma in Friedenszeiten die Frühlingsmonate bis zum Beginn der heißen Jahreszeit zu verleben. Wenn auch in den Wochen vor der italienischen Kriegserklärung die gewohnte Reise des Parmesanischen Hofstaates von Schwarzau nach Pianore unterblieben ist, so stand doch nichts im Wege, daß sich Sixtus und Xaver auf dem italienischen Familienbesitz mit ihrer Mutter oder einer ihrer Schwestern trafen. Zum mindesten dürfen wir annehmen, daß die Verbindung nichts zu wünschen übrig ließ. So mysteriös die Andeutungen des Prinzen auch gehalten sind, so lassen sie doch die Umrisse der dort gesponnenen Intrigen erkennen. Der Diplomat, der Österreich raten möchte, sich für die Abtretung seiner Gebiete italienischer Zunge an das regno durch Schlesien zu entschädigen, wird wohl damals schon Jules Cambon gewesen sein. Es gilt im März 1915 gegen Bülows Versuch, die italienische Neutralität durch das Opfer des Trentino zu erkaufen, Gegenminen zu legen. Die französische Rechnung ist ganz klar. Verlangt Österreich als Ersatz für das Trentino ein Stück deutschen Reichsgebiets, so entfremdet es sich seinen Verbündeten und überzeugt sich schließlich, daß es nur in Anschluß an die Entente gewinnen kann, was ihm im Zweibund unerreichbar bleibt. Weniger durchsichtig erscheint die Haltung des Hauses Parma. Cambon wollte für den Fall, daß Bülow in Rom den Sieg davontrug, den Erisapfel zwischen die Zweibundgenossen werfen. Prinz Sixtus hätte sich, als er die Intrige einfädelte, sagen müssen, daß sie die rasche Befriedigung Italiens ausschloß,

was mit Beschleunigung der Kriegserklärung an die Monarchie fast gleichbedeutend war. Ob er die Tragweite seines Schrittes ganz ermessen hat, muß dahingestellt bleiben. Seine Schwester Zita hat jedenfalls nicht bemerkt, daß sie gegen ihr eigenstes Interesse für den Bruch arbeitete. Das Verlangen des Hauses Parma, Österreich-Ungarn vom Zweibund loszulösen, tritt zum ersten Male beherrschend hervor. Auch Papst Benedikt XV. hofften die Geschwister als Bundesgenossen ihrer Politik zu gewinnen. In der Audienz, die Sixtus am 25. März 1915 hatte, sprach der heilige Vater den Wunsch aus, daß durch billige Zugeständnisse dem weiteren Umsichgreifen des Kriegsfeuers vorgebeugt werde. Bülows Bemühungen um die Nachgiebigkeit des Verbündeten wurden aus den verschiedensten Motiven durch den Papst und das Haus Parma unterstützt. Die französische Intrige hatte freie Bahn und ist, wie Sixtus mit Bedauern feststellte, nur daran gescheitert, daß man in Wien noch glaubte, Frankreich würde unterliegen.

Erzbergers „Erlebnisse" haben dafür gesorgt, daß schon in diesem Vorspiel seine Rolle als Parmesanisches Faktotum nicht übersehen werden kann. Es mag dahingestellt bleiben, ob er als Kurier des Prinzen Sixtus nach einer längeren Unterredung mit Sonnino, die am 16. April 1915 stattfand, von Rom nach Wien gereist ist. Man wird ihm ohne weiteres glauben dürfen, daß seine hundert Gelenke regende Geschäftstätigkeit sich in Wien wie in Rom auf alle „maßgebende Kreise" erstreckt hat. Wie die Erfolge, deren er sich in einem Bericht an den Reichskanzler rühmte, zu bewerten sind, ist freilich eine andere Frage. „Das Haus Parma — erzählt er — war zunächst etwas verstimmt gegen Deutschland, weil der Druck von Berlin zu stark gewesen sei. Nach meiner Aufklärung aber gaben gerade die Mitglieder dieses Hauses, einschließlich der späteren Kaiserin Zita, der Überzeugung von der Notwendigkeit einer raschen Verständigung mit Italien Ausdruck." Was Erzberger aus Zitas Mund zu hören bekam, war jedoch nicht von ihm vorgesagt, sondern das Echo des Prinzen Sixtus, während er selbst als Sprachrohr benutzt wurde, die Verstimmung gegen Deutschland in den maßgebenden Kreisen zu verbreiten. Im April 1915 lief in Deutschland das Gerücht um, Österreich-Ungarn fordere als Kompensation für die Abtretung des Trentino

die Grafschaft Glatz. Ob es tatsächlich in Wien bis zu Kompensationsverhandlungen mit Forderung und Angebot gekommen ist, läßt sich ohne Kenntnis der Akten weder behaupten noch leugnen. Bekannt ist bis jetzt nur soviel, daß Erzberger bereits im März der Reichsregierung vorschlug, die Monarchie für die Abtretungen an Italien durch die Regulierung der Elbe ohne Schiffahrtsabgaben und die Überlassung des Sosnowicer Kohlengebietes zu entschädigen, also ein Angebot zu machen, das dem Hause Parma wegen seiner Magerkeit einen willkommenen Agitationsstoff gegen Deutschland dargeboten hätte.

An einer anderen Stelle seiner „Erlebnisse" behauptet Erzberger, „während der Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph hätten die maßgebenden Kreise eine nahezu feindselige Stimmung nicht nur gegen das Haus Parma, sondern auch gegen den Thronfolger Karl an den Tag gelegt. Der Erzherzog sei absichtlich von Wien und von der Politik ferngehalten worden". Daß Erzberger im April 1915 das Haus Parma zu den maßgebenden Kreisen gerechnet hat, ist ihm dabei ebenso entfallen, wie die Tatsache, daß der Thronfolger im Januar 1915 in das Hauptquartier nach Charleville geschickt worden war, um Kaiser Wilhelm II. über die ablehnende Stellung seines Verbündeten zu den italienischen Forderungen zu unterrichten. Karls eigener Standpunkt wird in jenen Monaten durch die politische Mission, die er auszuführen hatte, verdeckt, aber es lag doch auch in der Richtung der Politik des Hauses Parma, wenn er durch Unterstreichung der italienischen Zumutung den Kompensationserwartungen und Enttäuschungen Nahrung gab. Es wird sich vielleicht nie feststellen lassen, ob die italienische Neutralität bei rechtzeitiger Nachgiebigkeit Österreich-Ungarns wirklich noch zu retten war. Um so bestimmter darf schon heute gesagt werden, daß von den Verhandlungen in Wien und Rom an der Donau eine starke Mißstimmung gegen Deutschland zurückblieb. Das Wiener Veto gegen die Ernennung des Fürsten Bülow zum Reichskanzler im Juli 1917 beweist, wo der Brandherd zu suchen ist.

Prinz Sixtus durfte immerhin mit den Ergebnissen seiner Intrige zufrieden sein, als er endlich daran dachte, die patriotische Geste von 1914 auszuführen. Am 8. August 1915 wurden er und sein Bruder als Krankenträger der fünften belgischen Artillerie-

division zugeteilt, um schon am 25. August zu Unterleutnants bei der 84. Batterie des fünften Artillerieregiments ernannt zu werden. Ihr Gesichtsfeld wurden für anderthalb Jahre scheinbar ausschließlich die deutschen Stellungen an der Yser. Tatsächlich konnte Sixtus dort endlich das Bourbonische Lilienbanner aufpflanzen.

In einem erneuerten Machiavelli dürfte ein Kapitel über Prätendenten nicht fehlen. Obwohl die Geschichte über mißglückte Versuche zur Tagesordnung übergeht, kann über die Anmeldung monarchischer Kandidaturen kein sicheres politisches Urteil gewonnen werden, wenn der Kreis der Beobachtungen auf gelungene Restaurationen eingeschränkt wird. Der Fall des Prinzen Sixtus wird, abgesehen von seinen mittelbaren Folgen für den Ausgang des Krieges, schon deshalb immer lehrreich bleiben, weil er sich in einer veränderten Welt die Stützen, die berühmte Vorgänger vorgefunden hatten, erst schaffen mußte. Louis Napoleon hat seinen Aufstieg letzten Endes dem Bonapartismus verdankt. Die Prätendentenrolle des Enkels Karls X. von Frankreich, Heinrichs V., wurde einzig und allein durch das Prinzip der Legitimität ermöglicht. Für die Anwartschaft des Prinzen Sixtus auf den französischen Königsthron hätte es noch keine wesentliche legitimistische Verstärkung bedeutet, wenn man seine Doktorthese der französischen Nationalität der Nachkommen Philipps V. von Spanien gelten ließ. Es ist der Mühe wert, in der umfangreichen Dissertation des Prinzen seinen gelehrten Ausführungen zu folgen, daß ein auf einen fremden Thron berufener französischer Prinz nichtsdestoweniger Prinz des königlichen Hauses mit allen Rechten und Pflichten eines solchen bleibe. Das Machtwort Englands konnte 1713 den Verzicht Philipps V. auf Frankreich für sich und seine Deszendenz erzwingen. Der englische Sieger konnte auch darauf bestehen, daß das Pariser Parlament und die spanischen Cortes die Erklärungen Ludwigs XIV. und seines Enkels registrierten. Er hat aber nicht verhindern können, daß schon die Besiegten von 1713 den Verzicht mit dem stillen Vorbehalt leisteten, daß er als ein mit dem Utrechter Frieden zusammenhängender internationaler Akt ein Grundgesetz des Kapetingischen Königtums nicht beseitigen könne. Der erbberechtigte Mannesstamm Ludwigs XIV. ist also 1883 mit dem Grafen von

Chambord nicht ausgestorben, sondern lebt in den Nachkommen Philipps V. fort.

Die Stütze dieser Gedankengänge des Prinzen richtet sich, wie man sieht, gegen das von einem Bruder Ludwigs XIV. abstammende Haus Orléans, das durch seine Beweisführung in die zweite Linie gerückt wird. Die Anwartschaft der spanischen Bourbonen ist wohl die Vorbedingung seiner eigenen Anwartschaft, aber vom Standpunkt der Legitimität müßten seine persönlichen Ansprüche hinter den Rechten der Linien des Don Jaime, des Grafen Alfonso von Caserta und seines Stiefbruders Elias zurücktreten. Das Erbe von Chambord verdankt er seiner Großmutter, der Schwester Heinrichs V. Die Anwartschaft auf den französischen Königsthron gründet sich lediglich auf den stillschweigenden Verzicht der älteren Linien und persönliche Eigenschaften. Das Prinzip der Legitimität allein würde ihn nie emporgehoben haben.

Um so genauer wird man sich künftig seine Helfer ansehen müssen. Zwei hat er selbst genannt. Sein geistlicher Erzieher Travers ist wohl etwas mehr gewesen, als der von dem deutschen Kaplan und Erzieher des Hauses Parma verspottete ewig tänzelnde und intrigierende Abbé. Seinem Freunde, dem Historiker Pinet de Manteyer, dankt Sixtus für literarische Unterstützung bei der Niederschrift seines Buches über das österreichische Sonderfriedensangebot. Es liegt auf der Hand, daß dieser Schüler Gabriel Monods dem Prinzen auch die Literatur und die benutzten Archivalien für seine Dissertation zusammengetragen hat. Auch an dem geistigen Eigentum der Worte und Taten des Prinzen mögen Travers und Manteyer nicht geringen Anteil haben. Einen Prätendenten hätten sie trotzalledem aus einer Marionette nicht machen können. In seinen Briefen und Tagebüchern erscheint Sixtus als geborener Diplomat. Zu einer umfassenden Begabungsprüfung mögen sie vielleicht nicht hinreichen. Innerhalb seiner Familie sichern sie ihm den Rang eines geistigen Riesen.

1914 war der Prinz noch gewissermaßen mit der Türe ins französische Haus gefallen. Im Frühjahr 1915 versuchte er sich von Rom aus zum erstenmal auf dem Felde dilomatischer Intrige. 1916 offenbaren alle seine Handlungen ein erstaunliches Zielbewußtsein. Persönliches Anbieten wird jetzt streng vermieden. Den

Hinweis auf die Dienste, die er Frankreich leisten kann, überläßt er besser seinen Freunden. Er selbst zeigt sich dem offiziellen Frankreich eher zurückhaltend und zugeknöpft. Den führenden Persönlichkeiten der Republik wird auf den Zahn gefühlt, ob und wie sie sich für seine Zwecke einspannen lassen. Auf den ersten Blick erkennt er, ob er einen Gegner, einen Schemel seiner Erhöhung oder einen heimlichen Helfer vor sich hat. Wo er öffentlich hervortritt, beweist er, daß er besser als zünftige Diplomaten den Unterschied kennt zwischen dem, was vor und was hinter die Kulissen gehört. Die Männer am längeren Hebelarme, die französische Nation und nicht zuletzt die Royalisten bekommen ihn so zu sehen, wie er von jedem gesehen zu werden wünscht. Ein Bourbonisches Gegenstück zu den Napoleonischen Ideen des jungen Louis Napoleon würde er nicht schreiben. Seine politischen Ratschläge werden sorgsam verteilt. Die Öffentlichkeit warnt er vor der Gefahr, daß Österreich von Deutschland verschlungen wird. Auch mit Syriens Bedeutung für Frankreich beschäftigt er sich im „Correspondant" vor aller Welt. Die Mittel und Wege, der österreichisch-deutschen Gefahr zu begegnen, werden vertraulichen Mitteilungen an die politischen Regisseure vorbehalten. Das Familieninteresse muß hinter dem Bourbonisch-französischen Staatsinteresse ganz zurücktreten. Schwager und Schwester werden von Sixtus wie Schachfiguren behandelt.

Napoleon III. hatte durch die Politik des Nationalitätsprinzips die nationale Einigung der kontinentalen Nachbarn Frankreichs gefördert. Prinz Sixtus sieht in dem Weltkrieg die Gelegenheit der Rückkehr zu den Bourbonischen Traditionen des siebenzehnten und achtzehnten Jahrhunderts. Ein französischer Frieden setzt voraus, daß auf der Gegenseite die für die Gegenwart und Zukunft Frankreichs bedrohlichen Kräfte unschädlich gemacht werden, das heißt in Deutschland das Preußen der Hohenzollern, in Österreich-Ungarn die österreichischen Alldeutschen und die ungarischen Klienten Preußens, in der Türkei die jüdisch-levantinische Partei. Es genügt nicht, daß Frankreich Elsaß-Lothringen, womöglich einschließlich Landaus und Saarlouis, zurückgewinnt. Ob auch das Moseltal und die bayerische Pfalz von Frankreich annektiert werden können, bleibt dahingestellt. Zu erwägen wäre Vergrößerung Belgiens am linken Rheinufer und Luxemburgs im

Moseltal. Der Hintergedanke des Prätendenten ist die politische Ausnutzung der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen eines Bourbonischen Königs zu der Königin der Belgier und zu der Großherzogin von Luxemburg. Unfranzösische Begünstigung seiner Cousinen liegt dem Prinzen nichtsdestoweniger fern. In einem vergrößerten Luxemburg müßten französische Garnisonen den Sicherungszweck garantieren. Die Hauptsache bleibt die Zurückdrängung Preußens vom Rhein. Ausdehnung des Großherzogtums Hessen nach Norden im Rheintal, Wiederherstellung Hannovers, Rückgabe Holsteins an Dänemark, Herstellung des alten Umfanges des Königreiches Sachsen und eine russische Lösung der polnischen Frage würden ein der Kaiserkrone beraubtes Preußen so verstümmeln, daß von Deutschland nichts mehr zu befürchten wäre.

Anders verhält es sich mit Österreich-Ungarn. Französische Blätter wie der „Temps" und der „Petit Parisien" machen sich zum Sprachrohr italienischer Wünsche, wenn sie die Zertrümmerung der Donaumonarchie fordern. Das französische Interesse verlangt, daß die Vorherrschaft der preußenfreundlichen Magyaren gebrochen wird durch Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien und Bosniens und der Herzegowina mit Serbien. Es empfiehlt sich nicht, Böhmen-Mähren auf eigene Füße zu stellen, weil sie sonst den nachbarlichen Einflüssen Preußens erliegen müßten. Bayern durch Tirol und Salzburg zu vergrößern, wäre unklug. Noch weniger ließe sich vom französischen Standpunkte der Übergang Triests, Fiumes und Ragusas, der Atmungsorgane Österreich-Ungarns, und der Serbokroaten an Italien rechtfertigen. Italien soll sich mit dem Trentino und der istrischen Küste einschließlich Polas begnügen, deren Einbuße Österreich-Ungarn auf das Konto seiner verfehlten Zweibundpolitik zu setzen hat. Gelingt es dem Erben der Kaiserkrone Erzherzog Karl, den deutschfreundlichen Zweig seiner Familie auszuschalten, so besteht kein Grund, dem Doppeladler die Fänge noch weiter zu stutzen. Von der deutschen Vormundschaft befreit, kann die Monarchie ein wertvolles Bindeglied zwischen Frankreich und Rußland werden.

Es darf nicht übersehen werden, daß in diesem Bourbonischen Zukunftsbild, das durch Rußlands Zusammenbruch rasch veralten sollte, Kompensationen für Österreich-Ungarn gar keine Rolle spielen. Die Vorschläge, seinen Schwager in Schlesien und Bayern

zu entschädigen, sind nicht von Sixtus ausgegangen. Die kalte Gleichgültigkeit gegen die dynastischen Interessen der Habsburger könnte nicht größer gedacht werden, mag sie ganz echt sein oder als berechnende Zurückhaltung gedeutet werden. Der Eindruck bleibt auch hier, daß es dem Prinzen nicht um Familienpolitik im weiteren Sinne zu tun ist. Nur insoweit setzt er sich für Karl und Zita ein, als er sie für ein Bourbonisches Frankreich gebrauchen kann. Auch die Leiter der Republik sollen überzeugt werden, daß er den Schlüssel zur Sicherung der französischen Zukunft in Händen hat.

Der erste Vorstoß in dieser Richtung erfolgte am 29. Januar 1916. Zwei Freunde des Prinzen (Travers und Manteyer?) suchten den Direktor des politischen Protokolls im auswärtigen Amt William Martin auf und berichteten ihm von dem Gegensatz zwischen der durch Erzherzog Friedrich repräsentierten preußischen Partei am Wiener Hofe und dem Thronfolger, der die Hohenzollern nicht liebte und die deutsche Vormundschaft drückend empfände. Der französischen Regierung wurde nahe gelegt, sich des Prinzen Sixtus und seines Einflusses auf seinen Schwager im Falle des Thronwechsels in Wien zu bedienen. Erkennbare Folgen hat dieser Schritt nicht gehabt. Martin nahm die Mitteilung zur Kenntnis, um sie dem Präsidenten Poincaré mitzuteilen. Von der Einleitung einer Aktion des Prinzen war noch nicht die Rede. Die erste persönliche Berührung zwischen dem französischen Staatsoberhaupt und dem Prätendenten ergab sich, als Poincaré das der Königin der Belgier verliehene Kriegskreuz am 21. Mai 1916 bei einem Besuche der belgischen Front auch ihren Bourbonischen Vettern an die Brust heftete. Der Pariser Freund verfehlte nicht, William Martin mit einem Briefe bekannt zu machen, worin Sixtus seiner Freude Ausdruck gab, daß Frankreich die Dienste, die er ihm mittelbar im belgischen Heere leistete, anerkannt habe; denn es sei die Pflicht und der schönste Ruhm eines Bourbonen, Frankreich immer und überall zu dienen. Als aber Martin dem Prinzen sagen ließ, daß der Präsident ihn gern empfangen würde, erhielt er am 8. Juni die wohlberechnete Antwort, Sixtus wäre zur Zeit an der Front unabkömmlich. Hatte es die Republik auf die Zerstörung Österreich-Ungarns abgesehen, so wollte sich Sixtus nicht zum Werkzeug einer Politik

machen, bei der nach seiner Überzeugung weder die Bourbonische Dynastie noch Frankreich gewinnen konnten. Auch nachdem Martin am 26. Juli 1916 beruhigende Versicherungen gegeben hatte, ließen sich die Prinzen mit dem Gesuch um eine Audienz bei Poincaré Zeit, um ihrer Bitte, die französische Front besuchen zu dürfen, den Charakter der Aufdringlichkeit zu nehmen. 1914 zurückgewiesen, hatten sie jetzt die Genugtuung, im September 1916 im großen Hauptquartier durch die Generäle Joffre und Castelnau empfangen zu werden und sich an der Front von Verdun zeigen zu dürfen.

Die Geschichte dieser Frontreise läßt sich noch nicht schreiben. Setzt die Bitte der Prinzen voraus, daß sie der Gewährung sicher waren, so gibt Poincaré's Erlaubnis ein Rätsel auf. Auch republikanische Überwachung hätte nicht verhindern können, daß in politischen Gesprächen mit einer großen Anzahl Offiziere unsichtbare royalistische Fäden gesponnen wurden. Das Entscheidende blieb doch immer, daß sich der Träger des Lilienbanners der Armee als Mitkämpfer vorstellte. Auf dem Umwege über Belgien hatte der Prätendent vielleicht mehr erreicht, als wenn er 1914 der französischen Wehrmacht eingereiht worden wäre.

Die lange Abkömmlichkeit von der Front läßt darauf schließen, daß Sixtus seinen Weizen bereits blühen sah. Von kurzen Ausflügen zu der Besichtigung der Werke von Schneider-Creusot und Saint-Chamond abgesehen, haben die Prinzen den ganzen Oktober und November in Paris zugebracht, das sie erst am 7. Dezember verließen. Womit sie die Zeit dort ausfüllten, ist nicht schwer zu erraten. Die an der Front angefangene Rekrutierung und Musterung ihres Anhanges fand in der Seinestadt ihre Fortsetzung. Von der Front stammte wohl auch der Rat, den alten Freycinet aufzusuchen. Zum erstenmale kam Sixtus am 16. Oktober 1916 in die Lage, einem erfahrenen Staatsmann seine politischen Gedanken zu entwickeln. Auch seines Schwagers Karl wurde bei dieser Gelegenheit gedacht. „Seine Gesinnung — erklärte Sixtus — ist mir bekannt. Er ist der Anfeindung verpreußter Elemente ausgesetzt gewesen. Seine Gesinnung wird durch seine Heirat und durch seine Reise nach Istrien bewiesen. Deutsche Verleumdung hat behauptet, daß seine Frau sich von ihm scheiden lassen wollte, während sie im Gegenteil ihm seinerzeit in die

entlegene Garnison von Colomea folgte, wohin man ihn mit seinem Regiment verbannte. Die Adepten des Pangermanismus haben eingestanden, daß sie ihn von der Thronfolge ausschließen wollten. Man kann daraus entnehmen, was Preußen mit Österreich vorhat. Zur Zeit ist er der Gefangene unserer Feinde, und es steht bei uns, ihn zu befreien".

Von Freycinet an den Ministerpräsidenten Briand empfohlen, sah sich Prinz Sixtus enttäuscht, wenn er eine Fortsetzung des angefangenen politischen Gedankenaustausches erwartet hatte. Briand beschränkte sich in der Audienz am 27. Oktober auf die höfliche Versicherung, daß für ihn die Prinzen auch im belgischen Heere französische Soldaten wären. An seiner Stelle übernahm es der frühere Berliner Botschafter Jules Cambon, in einer von Martin vermittelten Unterredung am 9. November den Prinzen auszuholen, fand ihn aber so verschlossen, daß er ihm durch seine Begleiter sagen ließ, Frankreich habe sich zwar verpflichtet, von Österreich-Ungarn Opfer zu verlangen, daß man aber in Schlesien eine Entschädigung finden könnte.

Bedeutungsvoller sollte sich erst eine zweite Zusammenkunft Cambons und des Prinzen gestalten, wobei bereits ins Gewicht fiel, daß sie nicht, wie ursprünglich verabredet war, am 15. November, sondern zwei Tage nach dem Ableben Kaiser Franz Josephs am 23. November 1916 stattfand. Allerdings zeigte sich sofort, daß die französische Regierung, weit entfernt, den ersten Schritt zu tun, gesucht sein wollte. Wenn Sixtus den Auftrag zu einer Sonderfriedensaktion erwartete, setzte er ein Vertrauen voraus, das sich Kaiser Karl erst erwerben sollte. Für den Kredit, den er für seinen Schwager verlangte, bürgte vorläufig nur seine Erklärung, daß er Karls Gesinnung kenne, aber er hatte nicht umsonst Cambon darauf vorbereitet, daß der junge Kaiser durch sein schwieriges Verhältnis zu Deutschland sicherlich zu Handlungen gezwungen würde, die Frankreich unangenehm wären. So stark war Frankreich nicht, daß es einen Schritt wagen durfte, der auf der Gegenseite als Schwächegeständnis gedeutet werden konnte.

Immerhin bedeutete Cambons Rat, mit Briand und Poincaré zu reden, eine Ermunterung für Sixtus, selbständig zu handeln. Die Basis, auf die er dabei treten konnte, durfte er in der Feststellung sehen, daß Cambons politisches Programm sich mit seinen

eigenen Gedanken so ziemlich deckte. Dem Opfer Triests und des Trentino, Siebenbürgens, Bosniens, und der Herzegowina wurde ein Ersatz durch Schlesien gegenüber gestellt, obwohl Cambon sich nicht verhehlte, daß der schlesische Adel sehr preußisch gesinnt wäre. Aus der gemeinsamen Überzeugung, daß die Niederwerfung Preußens ein wesentliches Kriegsziel sei, ergaben sich auch taktische Berührungspunkte. Cambons Vorschlag, die dynastische Rivalität der Wettiner und Wittelsbacher gegen die Hohenzollern auszunützen, lockte das Geständnis des Prinzen hervor, daß auch bei seinem Schwager Karl das dynastische Gefühl der Angelhaken sei, durch den er einzufangen wäre. Welchen Kurs auch die Republik steuern mochte, für ein Zusammenarbeiten des Prinzen und Cambons war der Grund gelegt. Der Prätendent und sein Talleyrand hatten sich gefunden. Alles weitere hing jetzt davon ab, was von Wien aus erfolgen würde.

Zweites Kapitel.

Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916.

Während der Prätendent des Hauses Bourbon-Parma in Paris seine Netze stellte, hatte sich der Thronwechsel im Lager des Zweibundes schon vor dem 21. November 1916 angekündigt.

Eine urkundliche Grundlage für die Geschichte des Friedensangebotes vom 12. Dezember besitzen wir jetzt in den von dem zweiten parlamentarischen Untersuchungsausschuß ans Tageslicht gezogenen deutschen Akten. Vor die Aufgabe gestellt, verpaßte Friedensmöglichkeiten aufzuklären, hat er 1919 zuerst die Friedensaktion Wilsons in den Jahren 1916/17 vorgenommen. Der U-Bootkrieg und das Angebot des 12. Dezember wurden dabei insoweit berücksichtigt, als sie nach dem Vorurteil der Parlamentsmehrheit eine wirkliche Friedensmöglichkeit gestört, durchkreuzt und vereitelt haben. Die von vornherein festgelegte Richtung der Untersuchung bestimmte die Fragen, die Auswahl der Aktenstücke und die Marschroute der herangezogenen Sachverständigen. Erhielt dadurch historisches Material den Charakter juristischer Prozeßakten, so wird sachverständiges Urteil erst wieder frei, wenn es sich auf das selbständige Studium sämtlicher Akten in chronologischer Ordnung stützt, unbeeinflußt durch die Kommentare der Untersuchungsrichter und Zeugen.

Die militärische Lage des dritten Kriegsjahres wird gekennzeichnet durch die Überzeugung der obersten Heeresleitung, „den Krieg durch militärische Schläge der Landheere nicht zu Ende bringen zu können". Zwischen Falkenhayn und Hindenburg-Ludendorff besteht in diesem Punkte keine Meinungsverschiedenheit. Die russische Revolution, die erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 eine fühlbare Erleichterung brachte, war nicht vorauszusehen. Das Menschenmaterial, die Rüstungsmittel und die Widerstandskraft des belagerten Vierbundes mußten sich erschöpfen, je länger der Krieg gegen die feindliche Übermacht dauerte. Zur Verzweiflung war noch kein Anlaß, aber die Lage konnte kaum

ernster gedacht werden, als im August 1916 auch Rumänien in den Krieg eintrat. Ende 1916 aber stand man vor der gleichen militärischen Frage wie vor einem Jahre. Die Angriffe im Westen wie im Osten waren abgewehrt, die Rumänen bis zum Sereth zurückgeworfen, aber die Abwehrschlachten, die Kämpfe um Verdun und die überstandene rumänische Gefahr erinnerten noch nachdrücklicher als vor einem Jahre an die Grenzen der militärischen Zumutungen. Durch Abwehr allein konnte ein hartnäckiger Gegner, der die See hatte, nicht zum Frieden gezwungen werden. Auf unbeschränkte Zeit ließ sich die Festung des Vierbundes nicht halten. Konnte es die Marine nicht schaffen, so war schon jetzt vorauszusehen, daß der Krieg verloren ging.

Wie es aus dieser Zwangslage heraus zum uneingeschränkten U-Bootkrieg gekommen ist, soll hier nicht eingehender geschildert werden. Die Hoffnungen auf die U-Boote und die nachfolgende Enttäuschung haben jedoch das Begriffsvermögen unseres Volkes derart verwirrt, daß es auch für unser Thema unerläßlich ist, sich Klarheit über die Rolle dieser Waffe zu verschaffen. Die Verheißung des Admiralstabs, durch die U-Boote in einem halben Jahre die Friedensbereitschaft Englands zu erreichen, ist 1917 nicht in Erfüllung gegangen. 1916 mögen für die geringere Zahl an U-Booten die Aussichten günstigere gewesen sein, weil England noch nicht so vorbereitet war. Ob die Marine damals den Krieg in einem halben Jahre zu Ende geführt hätte, wird trotzdem immer eine offene Frage bleiben. Die Wirkung der Waffe aber darf nicht nach dem Fehlschlag bewertet werden. Sie wird sich erst dann einmal völlig übersehen lassen, wenn England die volle Wahrheit sagt. Aus der Größe der Gefahr hat das Inselreich kein Hehl gemacht. Statistisch genaue Aufschlüsse sind von dieser Seite nicht zu erwarten. Umso eifriger wird man in Frankreich, den Vereinigten Staaten und Japan die Wirkung des U-Bootkrieges studieren und dabei aus praktischen Gründen erörtern, wieviel uns an einem vollen Erfolge gefehlt hat. Denn man weiß dort besser als in Deutschland, daß eine Waffe, deren Fehlschlag letzten Endes durch unsere mangelhafte Rüstung verschuldet worden ist, eine Zukunft hat.

Kann also die gewaltige Wirkung des U-Bootkrieges nicht bestritten werden, so hat sich doch der Historiker an die Tat-

sache zu halten, daß gerade die Wirkung, die wir brauchten, ausgeblieben ist. Über die politischen und militärischen Folgen des uneingeschränkten U-Bootkrieges herrschte keine Meinungsverschiedenheit. Die Botschaft in Washington, das auswärtige Amt, die oberste Heeresleitung und die Marine haben vorausgesehen, daß die Vereinigten Staaten dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen die Kriegserklärung an uns folgen lassen würden. Die Lage mußte noch ernster werden als sie war, wenn die U-Boote nicht zum Frieden halfen, bevor die Vereinigten Staaten auch militärisch in den europäischen Krieg eingriffen. Das Wagnis, das mit dem Einsatz der letzten Reserve immer verknüpft ist, wurde in diesem Falle noch erhöht durch die Voraussicht, daß ein Fehlschlag dem Feinde neue erdrückende Kräfte zuführen würde. Der Feldherr konnte dieses Wagnis verantworten, wenn man ihm zumutete, den Krieg ohne Kapitulation zu beendigen. Der Staatsmann durfte es erst gutheißen, wenn es ihm nicht gelang, den Frieden spätestens Ende 1916 mit seinen Mitteln herbeizuführen.

Wer Bethmann Hollwegs Unfähigkeit kritisiert, wird zunächst zugeben müssen, daß niemals ein Staatsmann vor eine schwierigere Aufgabe gestellt worden ist. In Frankreich hatte bereits im September 1914 die Marneschlacht den Weg zum Frieden versperrt. Was im Osten geschehen ist, um die militärischen Erfolge von 1915 politisch auszumünzen, würde ein sachverständiger Untersuchungsausschuß in erster Linie festgestellt haben. Soviel ist gewiß, daß auf dem Wege zur Autonomieerklärung Kongreßpolens ein Sonderfrieden mit Rußland nicht zu erreichen war. Die Versuche, die feindliche Einheitsfront zu sprengen, scheiterten daran, daß sie mit untauglichen Mitteln gemacht wurden. Schon 1916 sah der Reichskanzler kein anderes Ziel als den Konferenztisch aller kriegführenden Mächte.

Wie aber sollten Gegner, die es länger aushalten konnten, zu Verhandlungen gebracht werden. Die Einsicht, daß Verständigung dem Durchkämpfen vorzuziehen sei, war am wenigsten auf der Seite zu erwarten, wo Ausharren den Endsieg verhieß. Mit dem Drucke der allgemeinen Kriegsmüdigkeit ließ sich erst nach Eröffnung der Friedenskonferenz rechnen. Hier aber galt es, die Gegner erst einmal zu einer Aussprache zu bringen. Wenn die Überredungskraft der eigenen Waffen dazu nicht hinreichte, mußte

man danach trachten, sie durch den Druck neutraler Friedensvermittlung zu verstärken. Die europäischen Neutralen aber kamen in ihrer Zersplitterung und Ohnmacht hierfür nicht in Betracht. Von den Vereinigten Staaten von Amerika hatte man sich nach dem Drucke, den sie auf die deutsche Kriegführung zur See ausgeübt hatten, keiner unparteiischen Vermittlung zu versehen. War somit guter Rat teuer, so schrumpfte die diplomatische Unterstützung der Kriegführung des Vierbundes auf die neutrale Anregung eines Friedensgespräches zusammen, die man fördern aber nicht beantragen durfte.

Weder Bethmann Hollweg noch der österreichisch-ungarische Außenminister Burian haben begriffen, daß sie sich aus dieser Klemme nur durch Abbau ihrer bisherigen Polenpolitik befreien konnten. Verständigung der drei Teilungsmächte auf Kosten Polens wäre der einzige Ausweg gewesen. Einer neutralen Friedensanregung fehlte in jedem Falle der Druck, den ein bewaffneter Vermittler auszuüben pflegt. Immerhin verdiente sie den Vorzug vor einer eigenen Friedensaktion, die als Bekenntnis der Schwäche gedeutet werden konnte. Wenn überhaupt, ließ sich das Ziel des Reichskanzlers nur durch Wilson erreichen. Eine Friedensanregung des Präsidenten zu fördern, seine Vermittlung zu verhindern, war unter solchen Voraussetzungen die gegebene Politik. Abbau der Polenpolitik hätte einen Staatsmann verlangt. Für das Ziel, das sich Bethmann Hollweg gesteckt hatte, genügte ein Steuermann, der seinen Kompaß nicht aus den Augen verlor.

Der Reichskanzler aber sollte selbst da versagen. Nicht das politische Postulat, sondern die Verhütung des militärischen Postulats wurde sein Leitmotiv. Am 5. März 1916 hatte Falkenhayn im Kriegsrat in Charleville erklärt, daß „wir nie um den U-Bootkrieg herumkämen, wenn wir nicht untergehen wollten". Bethmann Hollweg sah es danach als seine erste Aufgabe an, die Stürmer und Dränger des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu beseitigen. Bereits am 17. März erhielt Tirpitz seine Entlassung. „Welcher Abgrund liegt hinter uns", telegraphierte der Vertreter des auswärtigen Amts im großen Hauptquartier. Im August kam die Reihe an Falkenhayn. Bethmann Hollweg durfte aufatmen, als Hindenburg und Ludendorff am 31. August im Kriegsrat zu Pleß am Vorabend des rumänischen Feldzuges erklärten, die

für die Sicherung gegen Holland und Dänemark erforderlichen Divisionen vorläufig nicht entbehren zu können. Die Kriegserklärung Rumäniens und der Wechsel in der obersten Heeresleitung verschafften dem Reichskanzler noch einmal eine Gnadenfrist. Verlief sie ungenützt, so war schon jetzt vorauszusehen, daß Falkenhayns Nachfolger das militärische Postulat mit erhöhtem Nachdruck aufnehmen würde. „Gelingt der Schlag gegen Rumänien — sagte General Ludendorff — so werde ich dazu raten müssen, den U-Bootkrieg zu führen", und der Feldmarschall fügte hinzu: „wir würden jubeln, wenn wir den U-Bootkrieg sofort beginnen könnten."

So entschloß sich denn Bethmann Hollweg endlich, Schritte zu tun, die er längst hätte tun müssen. Noch im Juni hatte das auswärtige Amt Bernstorff ausschließlich instruiert, Wilsons Friedensvermittlung zu verhindern. Es bedurfte der Anfrage des Botschafters, ob er auch eine Friedensanregung des Präsidenten verhindern solle, um dem Reichskanzler am 18. August die Anweisung zu entlocken, daß die Vermittlung eines Friedensgespräches der Kriegführenden erwünscht sei. Er selbst war freilich auch jetzt nicht imstande, bei der Stange zu bleiben. Am 2. September richtete er, offenbar unter den Nachwirkungen des Kriegsrates vom 31. August, an Bernstorff die Frage, ob Friedensvermittlung Wilsons möglich und erfolgreich wäre, wenn die Reichsregierung bedingte Wiederherstellung Belgiens zusicherte. Es ist wie das erste Anklingen der Kapitulation des Prinzen Max von Baden vor Wilson. Kein Wunder, daß der Botschafter mit der Gegenfrage antwortete, ob der Reichskanzler etwa selbst die im Juni verpönte Vermittlung beantragen wollte. Auch die Waffenerfolge gegen Rumänien gestatteten keinen Rückfall in die bisherige Passivität, da sie das militärische Postulat wieder auftauchen ließen. An die Stelle der Panikstimmung des 2. September trat gesteigerte Nervosität. Eine Friedensanregung Wilsons, telegraphierte Bethmann Hollweg am 25. September, müßte bald erfolgen. Kurz vor oder nach der Präsidentenwahl käme sie zu spät. Wenige Tage danach, am 1. Oktober, fürchtete er bereits, daß ein entscheidender Beschluß über den U-Bootkrieg über seinen Kopf weg gefaßt werden könnte. Mit der Aussicht auf Friedensverhandlungen traute er sich jetzt nicht mehr die Gefahr zu be-

schwören. Der obersten Heeresleitung wurde vorgestellt, daß der in Washington angeregte Friedensappell abgewartet werden müßte, weil die wahrscheinliche Ablehnung durch England und seine Verbündeten die Grundlage verschaffte, um den U-Bootkrieg moralisch vor der Welt zu rechtfertigen.

In dieser Geistesverfassung empfing der Reichskanzler am 17. Oktober in Pleß die Anregung des Leiters der Politik Österreich-Ungarns zum Erlaß eines Friedensangebotes des Vierbundes. Von neutraler Friedensvermittlung wollte Burian nichts wissen. Die Stellungnahme des Mittlers zu den Friedensbedingungen würde wahrscheinlich dem Vierbunde abträglich sein. Er empfehle vielmehr, gleichzeitig und öffentlich in der Winterpause vor erneuter feindlicher Offensive alle Neutralen um die Übermittlung eines konkret ausgedrückten Friedensangebotes an die Feinde zu bitten. Die Friedensbedingungen, die er in 17 Punkten skizzierte, dachte er sich den Feinden gegenüber als Maximum, den eigenen Völkern gegenüber als Minimum der Forderungen.

Wie Burian zu diesem am 28. September von Kaiser Franz Joseph gebilligten Vorschlage gekommen ist, hat er selbst umständlich erzählt. Danach sah er in einem konkreten Friedensangebot nach Scheitern der feindlichen Offensiven ein geeignetes Mittel, „die erbosten Geister auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen". Inhalt und Form seines Vorschlages tragen in der Tat ganz das Gepräge seines Geistes. Die impotente Hilflosigkeit Bethmann Hollwegs schrie nach Beistand. Auch der Gedanke an die Burian schwerlich verborgene Gesinnung des Thronfolgers kann schon mitgesprochen haben. Am Ballplatz wurde jedoch seine Ansicht, daß eine Friedensaktion zum mindesten unschädlich sei, nicht durchweg geteilt. Der ehemalige römische Botschafter von Merey zeigte sich einsichtiger als im Juli 1914, als er erklärte, daß ein Friedensangebot, gleichviel wie es formuliert würde, als Bitte um Frieden gedeutet und verdreht, den ziemlich kriegsmüden Feinden den Rücken stärke und daher kriegsverlängernd wirken müsse. Burian aber ließ sich durch solche Bedenken nicht aufhalten. Mit der Annahme des Angebots hat er nicht gerechnet, aber er hoffte auf die zersetzende Wirkung des pazifizistischen Giftes im feindlichen Lager, als ob just die Länder der Donaumonarchie dagegen gefeit wären.

Bethmann Hollweg sagt am Schlusse seiner Aufzeichnung über das Plessener Gespräch: „Von unserer Beurteilung und Behandlung der amerikanischen Zustände habe ich vertraulich Kenntnis gegeben.“ Burian behauptet dagegen, Bethmann habe ihm nicht einmal angedeutet, daß er bereits Friedensschritte unternommen hätte. Da aber auch nach seiner Darstellung von Wilsons Mittlerehrgeiz die Rede war, so erklärt sich der Widerspruch wohl am einfachsten durch die Unverständlichkeit der vertraulichen Andeutungen des Reichskanzlers, die nicht erraten ließen, daß er erst drei Tage zuvor Bernstorff abermals instruiert hatte, Wilson zu einem Friedensappell zu ermutigen. Auch den Papst, den König von Spanien und die anderen europäischen Neutralen hatte er sich am 14. Oktober daran beteiligt gedacht. Für einen Reichskanzler, der sich zutraute, Wilson in den Schranken der Friedensanregung zu halten, lag demnach kein Grund vor, Burians Vorschlag vorläufig näher zu treten. Im auswärtigen Amt dachte man über eine gemeinsame Friedensaktion ähnlich wie der Österreicher Merey. Das beweisen nicht nur die dringenden Telegramme Jagows an Bernstorff aus dem November. Auch der neue Staatssekretär Zimmermann beeilte sich, am 26. November dem Botschafter in Washington mitzuteilen, daß eine Friedensaktion Wilsons in Berlin der am 22. November Bernstorff angekündigten Aktion des Vierbundes vorgezogen würde. Hätte Wilson vor dem 12. Dezember den Friedensappell, der schon seit dem 21. November in seinem Pult lag, an die kriegführenden Mächte ergehen lassen, so wäre die Aktion des Vierbundes zweifellos unterblieben.

Wie viel dem schlichten Verstande Unfaßbares in dieser unheilvollsten Periode deutscher Geschichte wird letzten Endes durch den unschlüssigen Charakter Bethmann Hollwegs erklärt. Angesichts der Aufnahme des Burianschen Vorschlages durch den Reichskanzler versagt auch diese Erklärung. Der bisherige Kompaß seiner Politik war schon beiseite geschoben, als er am 17. Oktober dem Außenminister der verbündeten Monarchie erwiderte, daß er bereits seit langer Zeit denselben Gedanken erwäge. Schon damals ist die weitere Antwort vorauszusehen, die er mündlich durch v. Stumm am 29. Oktober und am 1. November den Kaiser in einem Telegramm an Franz Joseph erteilen ließ. Der Vorschlag

Burians wurde, ohne der erwarteten amerikanischen Aktion zu gedenken, mit zwei Vorbehalten angenommen. Obwohl das Sinnen und Trachten des Reichskanzlers auf das Hinausschieben des militärischen Postulats gerichtet war, fand er jetzt, daß die Winterpause für eine Aktion zu spät wäre, und auch die Einnahme von Bukarest nicht abgewartet werden dürfte. Die Mitteilung der Friedensbedingungen des Vierbundes hielt er dagegen für gefährlich. Seines Erachtens genügte es, in dem Angebot dem Verzicht auf Eroberungsabsichten, die dem Charakter ihres Verteidigungskrieges widersprechen würden, Ausdruck zu verleihen.

Der Untersuchungsausschuß ist an dem Problem der Friedensaktion des 12. Dezember achtlos vorbeigegangen. Die Sachverständigen haben es kaum gestreift. Wie erklärt sich bei Männern, die vor dem Postulat des U-Bootkrieges zurückschraken, die plötzliche Eile an Stelle des Zögerns? Warum hatten sie es noch eiliger als ihr Verbündeter? Was ließ den Reichskanzler einer im Grunde unerwünschten Aktion schließlich doch den Vorzug geben, wenn es sich wirklich nur darum handelte, so oder so eine moralische Grundlage für den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu schaffen? Drängt hier nicht alles dazu, den Grund der Nachgiebigkeit gegen Burian auf der Seite des Verbündeten zu suchen?

Darüber, daß die Tage Franz Josephs zu Ende gingen, mußte man in Berlin und im kaiserlichen Hauptquartier trotz der Krankheit des Wiener Botschafters von Tschirschky unterrichtet sein. Wäre der Untersuchungsausschuß sachverständig und unbefangen gewesen, so hätte er auch die Akten der Wiener Botschaft zu Rate ziehen müssen. Bundesgenossen pflegen nicht mit Scheuklappen nebeneinander herzugehen. Mögen die Akten auch nicht die letzten Gedanken des Kaisers, des Kanzlers und des Botschafters aussprechen, so ist es doch ausgeschlossen, daß die Zweibundsorgen darin keinen Ausdruck gefunden haben. Wie ein roter Faden ziehen sie sich durch die Regierungszeit Wilhelms II. Die in der Person Franz Josephs enthaltene Garantie der Bundestreue hatte nie übersehen lassen, daß die Zukunft des Bündnisses mit einem dynastischen Staate von der Person des Thronfolgers abhing. Es ist einer der wenigen diplomatischen Erfolge Wilhelms II. gewesen, daß er den mißtrauischen Menschenverächter Franz Ferdinand durch sein Eintreten für die Herzogin von

Hohenberg von der sentimentalen Seite packte. In dem Liebeswerben um die Habsburg-Lothringer noch weiter zu gehen, wäre bei Lebzeiten Franz Ferdinands nicht ratsam gewesen. Der Schatten, in dem der Thronfolger seinen Neffen Karl hielt, mußte respektiert werden. Um so jäher wird den Kaiser der Schicksalsschlag getroffen haben, daß die Mordtat von Serajewo die personelle Garantie des Zweibundes zerstörte. Denn für Eingeweihte war der 1887 geborene junge Erzherzog schon damals kein unbeschriebenes Blatt. Die Lehrjahre hatten ihn allerdings der Wiener Beobachtung entrückt. Von 1905 bis 1912 teilte er als Leutnant und Rittmeister die wechselnden Garnisonen des siebenten Dragonerregimentes. Vier Semester juristischen Studiums in Prag waren die einzige Unterbrechung der Einförmigkeit des Garnisondienstes gewesen. Nicht einmal seine Heirat hatte ihn aus der Provinz erlöst. Zita hat das elterliche Schloß Schwarzau zunächst mit Colomea in Galizien vertauschen müssen. Erst die Ernennung zum Major des ungarischen Infanterieregimentes Nr. 39 führte den Erzherzog im November 1912 wieder nach Wien. Von da an aber residierte das junge Paar im Schloß Hetzendorf unweit von Schönbrunn. Der deutsche Botschafter hatte also bis zum Ausbruch des Weltkrieges nahezu zwei Jahre Zeit, einen Haushalt zu beobachten, der durch die unbestrittene Vorherrschaft des Hauses Parma gekennzeichnet wurde. Über den zweibundfeindlichen Charakter der Bourbonischen Einflüsse hat wohl bei Tschirschky und dem Kaiser kein Zweifel bestanden, als der 28. Juni 1914 den Erzherzog zum Thronfolger machte. Wenn Franz Joseph und Graf Berchtold im Juli 1914 die deutsche Bundeshilfe nicht vergebens angerufen haben, so hat auf deutscher Seite wohl die Erwägung Ausschlag gegeben, daß die drohende Auflösung des Zweibundes unter Franz Josephs Nachfolger durch eine zurückhaltende vorsichtige Politik nur beschleunigt würde. Der Gedanke an den Gemahl Zitas steht, wenn nicht alles täuscht, schon hinter den verhängnisvollen deutschen Entschlüssen der ersten Juliwoche 1914.

Seitdem aber waren zwei Kriegsjahre verflossen, ohne die Waffenbrüderschaft durch die Aussicht auf den Endsieg zu stärken. Wie man im Gedanken an die Gefahren des Thronwechsels in den Krieg hineingeschlittert war, erschien es als ein Gebot poli-

tischer Klugheit, wieder herauszukommen, ehe das gefürchtete Ereignis eintrat. An Vorzeichen des neuen Kurses hat es für aufmerksame Beobachter nicht gefehlt. Was Karl am Sitze des Armeeoberkommandos in Przemysl, Neusandec und Teschen militärisch gelernt hat, war gleich Null. General Cramon urteilt, daß er dort lediglich die Fassade gesehen haben. Das hatte ihn nicht abgehalten, die Selbstherrlichkeit des General Conrad und die repräsentative Rolle des Höchstkommandierenden Erzherzog Friedrich schnellfertig zu kritisieren. Das gespannte Verhältnis des Prinzen Elias von Parma zu seiner Stiefmutter Antonia übertrug sich auch auf die Person seines Schwiegervaters Friedrich. Politischer Gegensatz wurde durch familiäre Gehässigkeit unterstrichen. Man kann sich vorstellen, was Antonia und ihre Töchter in dieser Zeit an Sixtus geschrieben haben. Schon vor der Friedensaktion haben die Pariser Machthaber erfahren, daß Karl an Erzherzog Friedrichs Repräsentation der unerschütterlichen Bundestreue Franz Josephs Anstoß nahm.

Unterdessen war Zita, mit ihren Kindern von Hetzendorf nach Schönbrunn übergesiedelt, dem greisen Monarchen nähergetreten. Wesentlich ihrer Klugheit hatte es Karl zu danken, daß er, immer häufiger mit politischen und militärischen Missionen betraut, schließlich im August 1915 Teschen mit dem kaiserlichen Hoflager vertauschen durfte. In der nächsten Umgebung des alten Kaisers hatte man angenommen, daß Karl überhaupt kein Programm habe. Bald sollte man sich überzeugen, daß er nur darauf wartete, alles auf den Kopf zu stellen. Die Teschener Kritik des alten Regierungssystems wurde jetzt auch an der Quelle geübt. Es ist kaum denkbar, daß nicht auch der deutsche Botschafter von der laut gewordenen Absicht Karls, Österreich-Ungarn an die Westmächte anzunähern, gehört haben sollte. Ein Weiberregiment, schlimmer als das von Karl gerügte ärgerliche Treiben der wenigstens unpolitischen Teschener Generalstabsmaitressen, schien im Anzug.

Unter diesen Umständen waren die Kommandos, die Karl 1916 von Zitas Seite weg wieder ins Feldlager gerufen hatten, zu spät gekommen. Der heimliche Groll des Thronfolgers gegen den Generalstabschef wurde durch die verunglückte Offensive gegen Italien nur verstärkt. Auch im Osten konnte er als Führer einer

Heeresgruppe unter den Nachwirkungen des von Conrad verschuldeten russischen Einbruches keine Lorbeeren pflücken. Während sein deutscher Generalstabschef General von Seeckt im allgemeinen nur Günstiges zu melden hatte, erfüllte sich Karl innerlich mit Abneigung gegen das preußische Wesen. Wenn auch sein Mund von Versicherungen der Bundestreue überfloß, so hat ihm das außer den arglosen erst später politisch hellsichtig gewordenen deutschen Generalen sicher kein Mensch geglaubt.

So lagen die Dinge, als Burians Vorschlag der österreichischen Friedenssehnsucht eine konkrete Form verlieh. Mochte der Thronfolger dahinter stehen oder nicht, so sah Bethmann Hollweg hier höchstwahrscheinlich eine Gelegenheit, die gefürchtete Politik Karls festzulegen. Noch einmal wurde er vor eine ähnliche Entscheidung wie 1914 gestellt. Ein kaltblütiger Politiker würde sich gesagt haben, daß der Zwang auf Seite des Verbündeten größer war als auf der deutschen. Die Gefahr des Abfalls der Monarchie vom Zweibunde war in Wahrheit eine eingebildete. Nicht nur das ermüdete Rußland und die niedergeworfenen Serben und Rumänien, auch Italien stand einer Schwenkung Österreich-Ungarns zu den Westmächten im Wege. Der Augenblick für den Undank des Hauses Habsburg war noch nicht gekommen, und nichts sprach dafür, daß er in diesem Kriege jemals kommen würde. Die Gefahr lag vielmehr einzig und allein darin, daß verräterische Versuche Karls der Entente die Schwäche des Zweibundes verraten würden. Durch Nachgiebigkeit gegen österreichisch-ungarische Vorschläge ließ sich ihr gewiß am wenigsten begegnen. Einer gesunden deutschen Politik würde die immer größer werdende Hilfsbedürftigkeit der Monarchie die Wege gewiesen haben. Die wirksamste Überwachung des zweifelhaften Bundesgenossen war 1916 wie zwei Jahre zuvor ein zielbewußter fester eigener Kurs, dem er wohl oder übel folgen mußte.

Für und Wider politischer Erwägungen schwanken immer wie die Schalen einer Wage. Erst das Gewicht des Willens bringt die eine Schale zum Sinken. Bethmann Hollweg hat es nie hineingeworfen. Das Gesetz des Handelns ist ihm stets durch andere diktiert worden. Burians Vorschlag hat auf ihn sichtlich ähnlich gewirkt wie die am 5. Juli 1914 überreichte Denkschrift Berchtolds. Ohne es vorläufig unwiderleglich beweisen zu können,

fühlt man doch den Zusammenhang seiner Entschlüsse mit den Wiener Meldungen. Ende Oktober erkrankte Franz Joseph an der Bronchitis, der er am 21. November erliegen sollte. Die von General Cramon am 1. November festgestellte geistige Frische hat ihn auch in seiner letzten Krankheit nicht verlassen. Noch der Morgen seines Todestages fand den pünktlichsten aller Monarchen vom Fieber geschüttelt an seinem Arbeitstisch. Nichtsdestoweniger hat sein Generaladjutant Graf Paar bereits am 10. November die ersten Vorbereitungen für sein Ableben getroffen. Trotz der Erkrankung Tschirschkys, der am 15. November starb, versteht es sich von selbst, daß die deutsche Botschaft in diesen Wochen dem Kaiser genaue Rapporte über das Befinden seines Freundes eingesandt hat. Man sieht, wie die erste Wiener Hiobspost in die Wagschale fällt, nachdem Bethmann Hollweg sich vierzehn Tage Zeit gelassen hatte, die gemeinsame Friedensaktion, an die er schon lange Zeit gedacht haben wollte, zu erwägen. Dann fängt er selbst an zu drängen. Wenige Tage genügen jetzt, sich mit der obersten Heeresleitung über die Friedensbedingungen zu verständigen. Am 15. November findet Burian sie in Berlin fertig vor. Unmittelbar nach dem Tode Franz Josephs geht an Bernstorff die erste Ankündigung der Friedensaktion ab. Die Hoffnung auf Wilsons Initiative ist deshalb noch nicht ganz aufgegeben. Der Aufschub aber liegt jetzt nicht mehr am auswärtigen Amt, sondern an der obersten Heeresleitung, die darauf besteht, daß zuerst das Hilfsdienstgesetz unter Dach gebracht wird. Am 12. Dezember ist man endlich soweit, mit der Friedensaktion hervorzutreten. Als die gemeinsame Handlung Wilhelms II., Kaiser Karls, des bulgarischen Zaren und des Sultans sollte vor der Welt erscheinen.

Jedermann glaubt die Vorgeschichte der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten zu kennen. Das Angebot des Vierbundes, der nachhinkende Friedensappell Wilsons, die schnöden Antworten der Entente und der folgenschwere Entschluß, mit der U-Bootwaffe die letzte Reserve einzusetzen, haben sich in ihrem vor Augen liegenden Kausalzusammenhange dem Gedächtnis der Zeitgenossen unauslöschlich eingeprägt. An das Aufsuchen der Verbindungslinien wird man jetzt erst denken dürfen. Aus dem Gewölk der Gegensätze der Parteien und Charaktere tritt allmählich die histo-

rische Wahrheit hervor. Besser als unter dem unmittelbaren Eindruck der sich drängenden Ereignisse läßt sich heute die Lage übersehen, die Kaiser Karl bei seiner Thronbesteigung vorfand. Es ist bis jetzt nur eine Vermutung, wenn auch eine wohlbegründete, daß ohne seine Anwartschaft 1914 der Zeiger der Weltuhr nicht wesentlich verrückt worden wäre. Um so bestimmter läßt sich feststellen, wie seine Politik die Gesamtlage gestaltet hat. Weit entfernt, sich festlegen zu lassen, hat er sofort durch die Tat an Burians Friedensaktion Kritik geübt. Nur eine Tradition des Ballplatzes wurde von dem neuen Kurs vorbehaltlos übernommen. Das Leitseil, vor dem einst Bismarck gewarnt hatte, blieb um den deutschen Verbündeten geschlungen.

In welchem Umfange Graf Tisza Recht hatte, als er bereits am 13. Dezember 1916 im ungarischen Reichstage die Initiative für Österreich-Ungarn in Anspruch nahm, haben erst die Akten über die verabredeten Friedensbedingungen enthüllt. Bethmann Hollweg begnügt sich in der Hauptsache mit der Aufstellung der deutschen Forderungen. Burian entwirft schon in der Skizze vom 17. Oktober ein den ganzen Vierbund umfassendes Friedensprogramm. Sein Entwurf setzt voraus, daß er sich ein Bild der deutschen Wünsche gemacht hat, aber er beweist zugleich, daß sich allein auf diesem Wege aus dem Reichskanzler unzweideutig herauslocken ließ, was er eigentlich wollte. Ludendorff hat um jene Zeit einmal geäußert: „die Österreicher seien wie ein Sieb: was man oben hineinfülle, laufe unten wieder heraus". Das hat nicht verhindert, daß der Leiter der Außenpolitik der Donaumonarchie die Führung des Vierbundes in Anspruch nahm. Nichts deutet darauf hin, daß sich Bethmann Hollweg den Zusammenhang der Bedingungen ihrer Kriegsgenossenschaft klar gemacht hat. Auch in der Türkei und in Bulgarien läßt er dem Verbündeten durchaus die Vorhand. Wilson hat durch ihn schließlich nur die deutschen Bedingungen erfahren. Auf einem Friedenskongreß hätte die Entente erleben können, daß aus dem Vertreter der schwächeren Zweibundmacht der Sprecher des Vierbundes wurde.

Die Einigung vom 15. November hatte demgemäß in einem Austausch der verbesserten Burianschen Skizze gegen die fragmentarische Liste Bethmann Hollwegs bestanden, und es ist für das Verständnis aller späteren Friedensbemühungen unerläßlich,

durch Vergleichen festzustellen, was der eine dabei von dem anderen übernommen hat. Nur Burian fordert am 17. Oktober wie am 15. November die Wiederherstellung des Besitzstandes des Vierbundes, also die Räumung Ostgaliziens, der Bukowina, des friaulischen Küstenlandes und Südtirols, Elsaß-Lothringens, Armeniens, Mesopotamiens und die Wiederherstellung des status quo ante in Ägypten und auf Cypern. Der Reichskanzler hält, wie er Hindenburg gesteht, es für fraglich, „ob von den Russen die Rückgabe von ganz Ostgalizien und der Bukowina zu erreichen sein wird". Er zieht es daher vor, über das Kapitel der Wiederherstellung ganz zu schweigen. Dafür rückt er in der Kolonialfrage mit der Sprache heraus. Burian hatte dem Verbündeten die Vermehrung des wiederhergestellten deutschen Kolonialbesitzes durch den Kongostaat zugedacht. Bethmann Hollweg verzichtet zunächst auf Kiautschou, die Karolinen und Marianen zu Gunsten einer allgemeinen kolonialen Verständigung, wobei ihm die Gründung eines deutschen mittelafrikanischen Kolonialreiches vorzuschweben scheint. Erst nach dem 15. November hat er seiner Liste noch die Internationalisierung von Tsingtau eingefügt. Burian nimmt von dem erwähnten Verzicht Notiz, faßt aber jetzt den Erwerb des Kongostaates oder eines Teiles desselben für Deutschland ins Auge, weil auch der Reichskanzler sein koloniales Maximum inzwischen eingeschränkt hatte.

In der belgischen Frage herrschte von vornherein Einverständnis, daß die Wiederherstellung der Souveränität des Königreiches mit Sicherung Deutschlands vereinigt werden müßte. Die Garantien dafür hoffte der Reichskanzler durch Verhandlungen mit König Albert zu erlangen. Auch Burian war für den Fall, daß sich dies nicht erreichen ließe, der Meinung, daß alsdann die Annexion Lüttichs mit entsprechendem Landstreifen zu erstreben wäre. Von der in Burians Skizze vorgesehenen Herstellung der territorialen Integrität Frankreichs wollte man deutscherseits Briey und Longwy und strategische Grenzberichtigungen ausnehmen. In einer schriftlichen Aussprache mit Hindenburg hatte der Reichskanzler hinzugefügt: „Von einer eventuellen Grenzregulierung mittels elsaß-lothringischer Grenzstreifen möchte ich zunächst nicht sprechen". Die Antwort des Generalfeldmarschalls, „daß auch seines Erachtens von einer Grenzregulierung zu Gunsten Frank-

reichs nicht gesprochen werden dürfe", beweist, daß er Bethmann Hollwegs Hintergedanken, Briey und Longwy gegen ein Stück Elsaß-Lothringens einzutauschen, nicht verstehen wollte oder wahrscheinlicher damals noch nicht verstanden hat. Die Zusatzforderung der obersten Heeresleitung, daß Luxemburg in den Staatsverband des deutschen Reiches eintrete, wurde von den beiden Ministern von dem Erwerb Brieys und Longwys abhängig gemacht.

Die Ostfragen waren vor der Autonomieerklärung Polens vom 5. November so oft unter den Verbündeten besprochen worden, daß die Übereinstimmung beider Wunschlisten nicht überraschen kann. Es verstand sich für beide von selbst, daß sie die Anerkennung des neuen Königreichs Polen forderten, die deutsche Liste sogar an erster Stelle. Aber auch über die Annexion kurländischen und litauischen Gebietes durch Deutschland war man von vornherein einverstanden, damit unter Einbeziehung Polens „eine gute von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland gewonnen werde". Die oberste Heeresleitung hatte das weiter ausgeführt, indem sie entscheidenden Einfluß Deutschlands auf die polnischen Eisenbahnen verlangte und die Grenze von dem Rigaer Meerbusen westlich Riga, östlich an Wilna vorbei nach Brest Litowsk zog. Bethmann Hollweg gab jedoch der summarischen Mitteilung der deutschen Bedingungen nach Wien den Vorzug, um der Frage der künftigen Orientierung Polens auszuweichen. Obwohl der Sinn der vereinbarten Formel eine austropolnische Lösung eigentlich ausschloß, überließ er es der Zukunft, eine Frage zu klären, über die man sich hätte verständigen sollen, ehe man an das Friedensgeschäft, geschweige denn an die Autonomieerklärung Polens heranging.

Die wirtschaftlichen Bedingungen sind deutscherseits erst zwischen dem 5. und 15. November formuliert worden. Aus der von der obersten Heeresleitung geforderten Entschädigung der Auslandsdeutschen wurde in dem Programm des auswärtigen Amtes „Schadloshaltung der durch Maßnahmen nichtmilitärischer Natur der Feinde geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen". Die vieldeutige „Freiheit der Meere" stammte aus Burians Liste vom 17. Oktober, ebenso die Forderung des Verzichtes auf alle wirtschaftlichen Vereinbarungen und Maßnahmen, die ein Hindernis für die Wiederanknüpfung des normalen Han-

dels und Verkehrs zwischen allen Ländern bilden würden". Daran reihte sich als neue Forderung beider Listen „Sicherstellung der freien Schiffahrt auf der unteren Donau", während die in Burians erster Skizze noch offen gelassene Frage der Kriegsentschädigung von der Reichsleitung in die Formel gebracht wurde: „wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich mit Berücksichtigung des Wertes der beiderseits eroberten und im Friedensvertrag zu restituierenden Gebiete".

Von Burians außerdeutschem Vierbundprogramm hatte sich das Auswärtige Amt schließlich nur die Wiederherstellung der territorialen Integrität und eine Grenzverbesserung Griechenlands im nördlichen Epirus als Preis seiner Neutralität zu eigen gemacht. Die Erweiterung Bulgariens durch seine Eroberungen im östlichen Serbien, in Mazedonien und durch die Dobrudscha, die Selbständigkeit Albaniens unter dem Protektorate Österreich-Ungarns, die Aufhebung sämtlicher Kapitulationen in der Türkei und die Berücksichtigung der Wünsche Rußlands hinsichtlich der Durchfahrt durch die Meerengen begegnen nur in Burians Programm, das für Österreich-Ungarn strategische Grenzverbesserungen gegen Rußland, Rumänien, Serbien (Matschwa und Belgrad) und Italien verlangte. Aus der Grenzverbesserung gegen Montenegro am 17. Oktober war am 15. November seine Angliederung an die Monarchie geworden. Nur die von Albanesen bewohnten Gebiete des kleinen Königreiches wollte Burian mit Albanien vereinigen.

Wie sich Bethmann Hollweg die Verwertung dieses Programms gedacht hat, erhellt aus einem Brief an Hindenburg vom 4. Januar 1917. „Wenn wir einmal mit unseren Gegnern am Konferenztisch sitzen, — schreibt er — so wird neben der Erreichung der einzelnen Kriegsziele unsere vornehmlichste Aufgabe darin bestehen müssen, im Laufe der Verhandlungen alle diejenigen Momente auszunutzen, die eine Spaltung der Koalition herbeiführen können, die uns jetzt gegenüber steht. Es wird sich alsdann ergeben, ob sich uns durch Nachgiebigkeit gegenüber einem unserer Gegner die Aussicht eröffnet, Uneinigkeit im Lager unserer Feinde hervorzurufen und vielleicht mit einer einzelnen Macht zu einem Separatfrieden zu gelangen. Ob das Frankreich, ob Rußland, ob es, was am wenigsten wahrscheinlich, England sein wird, läßt

sich heute noch in keiner Weise voraussehen. Mäßigkeit in unseren Forderungen nach einer Seite würde es uns natürlich ermöglichen, unsere Forderungen nach der anderen Seite höher anzuspannen". Wie wenig sich eine solche Manövrierfreiheit mit dem aufgestellten Programm vertragen hätte, ist dem Reichskanzler dabei nicht zum Bewußtsein gekommen. Was für ihn und Burian Maximum oder Minium gewesen ist, läßt sich nur an einigen Punkten erkennen. Die Angliederung Luxemburgs hing von dem Erwerb Briey's und Longwy's ab, für die Bethmann Hollweg den Franzosen, wenn es nicht anders ging, ein Stück Elsaß-Lothringens opfern wollte. In Afrika würde er sich auch mit einem Teil des Kongostaates unter Preisgabe der größeren Hälfte unserer Kolonien begnügt haben. Burian war bereit, wenn Rußland darauf bestand, auf Belgrad zu verzichten, und hätte nach der Ansicht der obersten Heeresleitung den Russen wie den Italienern Grenzberechtigungen zu ihren Gunsten nicht verweigern können. Entscheidend ist, daß sich weder durch Maximum noch Minimum ein Keil in die feindliche Koalition treiben ließ, nachdem man sich durch die Autonomieerklärung Polens den Rückzug auf den status quo ante gerade Rußland gegenüber verlegt hatte. Auf einen Sonderfrieden mit England wagte Bethmann Hollweg nicht zu hoffen, mit Rußland hatte er verspielt, den Preis eines Sonderfriedens mit Frankreich wollte auch er nicht zahlen. Nur ein politischer Stümper konnte bei dieser Sachlage sich einbilden, die Gegner auf einer Friedenskonferenz gegeneinander auszuspielen. Das Umgehungsmanöver hätte früher geschehen müssen. Die Friedensaktion ließ nur noch die Möglichkeit diplomatischen Frontalangriffes, der auch dann mißlingen mußte, wenn der Vierbund seine Friedensvorschläge bekannt gab.

Es ist daher müßig, sich die Wirkung der Bedingungen auf die Entente auszumalen. Den Ausschlag gab, daß keiner der Feinde nach Lage der Dinge das Minimum seiner eigenen Ansprüche an einen annehmbaren Frieden erwarten konnte. Am deutlichsten hat das der neue russische Minister des Auswärtigen Pokrowski am 16. Dezember in der Duma ausgesprochen. In der Autonomieerklärung Kongreßpolens sah er nur einen Versuch, Rußland schon vor Eröffnung der Friedenskonferenz in Nachteil zu setzen. Auch Briand erklärte bereits am 13. Dezember in der französischen Kammer, daß hinter dem Angebot die Absicht stünde, Uneinigkeit unter

die Verbündeten zu säen. Alles hing wie im August 1914 von England ab, und dieses beeilte sich am 19. Dezember durch Lloyd George im Unterhaus zur Beruhigung seiner kontinentalen Bundesgenossen versichern zu lassen, daß ohne vollständige Wiederherstellung, Reparation und Sanktionen von Frieden nicht die Rede sein könnte. Briand war schon am gleichen Tage in der Lage, im Senat eine entsprechende Antwort der Entente für den 20. Dezember in Aussicht zu stellen.

Da schob sich im letzten Augenblicke zur Bestürzung der Entente Wilsons Friedensappell vom 18. Dezember dazwischen. War die Triebfeder des Präsidenten, wie man in Paris annahm, „seine bekannte Eitelkeit", so empfahl es sich doppelt, seine Empfindlichkeit zu schonen. Das Hinausschieben der Antwort auf das Angebot vom 12. Dezember zeigt, wie lange man zu der Feststellung gebraucht hat, daß der von Wilson abgeleugnete Zusammenhang seiner Note mit dem Vorschlag des Vierbundes tatsächlich nicht bestand. Die Tage vom 20. bis 30. Dezember dürfen wir uns durch Verhandlungen über das Verhältnis der Antwort auf das Friedensangebot und auf die Note Wilsons ausgefüllt denken. Die Lösung wurde schließlich darin gefunden, daß die vom 30. Dezember datierte Antwort das Angebot des Vierbundes wegen seiner Unaufrichtigkeit ablehnte, während man in der am 12. Januar 1917 dem Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten überreichten Note dem Wunsche des Präsidenten nach Bekanntgabe der Kriegsziele entgegenkam. In wohl erwogener Abstufung wurde die Suggestion vorausgeschickt, daß die Friedensaktion des Vierbundes bezweckte, vor den Augen der Welt neue Verbrechen wie Unterseebootkrieg, Deportationen, Zwangsarbeit, gewaltsame Aushebung fremder Untertanen gegen ihr eigenes Land und neue Neutralitätsverletzungen zu rechtfertigen. Die öffentliche Meinung sollte die Notwendigkeit von Sanktionen, Reparationen und Garantien begreifen lernen, bevor der über diesen neuen Begriffen liegende Schleier gelüftet wurde. Die letzte Hülle hat man erst in Versailles fallen lassen, aber man zögerte jetzt nicht länger, Wilson die für die Sicherung der Zukunft erforderlichen territorialen Vorbedingungen mitzuteilen. Wenn der Präsident gemeint hatte, die Bedingungen der kriegführenden Mächte wären vielleicht nicht so unvereinbar, wie manche fürchteten, so sollte er jetzt eines

Besseren belehrt werden. Die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros und die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Rußlands und Rumäniens hätte sich vielleicht nach Abzug der verlangten Entschädigungen mit dem Minimum des Vierbundes vereinigen lassen. Die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Verbündeten gewaltsam ohne Einwilligung ihrer Bevölkerung entrissen worden wären, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der unterjochten Völker der Türkei, die Entfernung des Osmanenreiches aus Europa und eine russische Lösung der polnischen Frage setzten den völligen Zusammenbruch des Vierbundes voraus. Es wäre unzweckmäßig gewesen, jetzt noch länger zu verschleiern, daß man das Angebot nur deshalb zurückwies, weil diese Kriegsziele noch nicht durchgesetzt werden konnten. Balfour hielt es aber doch für angezeigt, dem Präsidenten zur Erläuterung der Note der Entente durch den britischen Botschafter in Washington vortragen zu lassen, daß Wilsons Völkerbundideal sich durch einen Frieden ohne Sieger und Besiegte niemals verwirklichen ließe. In sicherer Erwartung des uneingeschränkten U-Bootkrieges wurde dem doktrinären Professor auf dem Präsidentenstuhle der Sturz des deutschen Kaiserreiches und seiner Militärkaste als Vorbedingung eines dauerhaften Friedens hingestellt.

Als ersten Erfolg durfte die Verbandsdiplomatie Wilsons Botschaft an den Senat vom 23. Januar buchen. Obwohl seine Friedensanregung die Unvereinbarkeit der Bedingungen beider Mächtegruppen bewiesen hatte, scheute er sich nicht, zu erklären, daß man der Erörterung des Friedens durch die Bekanntgabe der Kriegsziele der Entente und durch die allgemeine prinzipielle Zustimmung zu dem Gedanken eines Völkerbundes näher gekommen wäre. So weit ging er nicht, daß er jene Bedingungen als annehmbare Friedensgrundlage bezeichnet hätte, aber er ließ doch keinen Zweifel, daß er nicht als ehrlicher Makler den Vermittler spielen wollte. Was er gegen Annexionen ohne Zustimmung der Regierten sagte, hätte als Veto gegen Gebietsveränderungen gedeutet werden können, wenn nicht sein einziges Beispiel bewiesen hätte, daß auch er eine dem Vierbunde abträgliche Revision der Karte Europas als Friedensbürgschaft ansah. Das

vereinte unabhängige und selbständige Polen ließ sich mit der russischen Lösung vereinbaren, aber es zerstörte die Ostgrenze des deutschen Reiches. Der Zugang zur See, auf den jedes große Volk ein Recht habe, konnte in diesem Zusammenhange nur auf ein polnisches Danzig zielen. Mochte Wilsons rechte Hand, Oberst House, auch dem deutschen Botschafter raten, die übertriebenen Forderungen der Entente mit gleicher Münze zu bezahlen, so war jetzt doch vorauszusehen, daß der Makler auf den Vierbund drücken würde, damit ein Geschäft zugunsten der Entente zustande käme.

Graf Bernstorff ist heute noch der Ansicht, daß Wilson im Begriffe stand, eine Einigung auf der mittleren Linie der Höchstforderungen beider Mächtegruppen herbeizuführen, als wir ihn durch den verschärften U-Bootkrieg uns zum Feinde gemacht und einen Hubertusburger Frieden verscherzt hätten. Aus den Akten ergibt sich ein anderes Bild, das uns statt des schroffen Kurswechsels folgerechte Übergänge zeigt. Soviel ist doch gewiß, daß der Präsident weder den Iren, noch den Ägyptern, noch den Indern zur Unabhängigkeit verhelfen wollte. Wie er es auf eine Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 abgesehen hatte, verwarf er schon damals die ohne Volksabstimmung erfolgte Annexion Elsaß-Lothringens. Wo sich auf Seite des Vierbundes Lostrennungsgelüste zeigten, wie vor allem in Böhmen, hatten sie auf seine Unterstützung zu rechnen. Verhandlungen mit einem solchen Makler mußten zum Abbruch führen. Ein Rückzug auf die Neutralität war für den Mittler, nachdem er einmal Partei ergriffen hatte, nicht mehr möglich. So weit ein Kurswechsel stattgefunden hat, ist er bereits am 23. Januar erfolgt. Die Richtung der Senatsbotschaft Wilsons führte zum Krieg. Das englische Kriegskabinett hatte von seinem Standpunkte aus Recht, als es dem Präsidenten bereits am 24. Januar durch Bonar Law in einer Bristoler Rede entgegnen ließ: „Ein Friede, der jetzt geschlossen würde, wäre ein Friede, der die militärische Maschine ungebrochen ließe, und wir würden auf dem halben Wege zu dem Erfolge ihrer Einkreisung stehen bleiben". Auch die Weltverbesserungspläne Wilsons waren auf dem Wege der Verhandlungen nicht erreichbar. Die Waffen hatten noch weiter das Wort.

In Berlin hatte man denn auch in verstärktem Maße das Gefühl der Parteilichkeit Wilsons, das ihn schon 1916 als Mittler

ablehnen ließ. Nichtsdestoweniger wurde Bethmann Hollweg durch Bernstorffs Telegramm vom 27. Januar 1917 in eine Erregung versetzt, wie sie noch nie an ihm gesehen worden war. House wußte aus persönlicher Bekanntschaft, wo man den Reichskanzler packen mußte, als er ihm durch den Botschafter sagen ließ, der Vierbund wäre jetzt moralisch verpflichtet, seine „Bedingungen bekannt zu geben, weil seine Friedensabsichten sonst nicht als ehrliche angesehen werden würden". Die Überzeugung des Präsidenten, daß er jetzt die Friedenskonferenz und die Völkerbundskonferenz erreichen könnte, wirkte auf Bethmann Hollweg wie der Anblick eines Strohhalms auf den Ertrinkenden. Das Glück, das nur einer tapferen Politik hold zu sein pflegt, hat uns im Weltkriege niemals gelächelt. Wäre der Ausbruch der russischen Revolution ein Vierteljahr früher erfolgt, so hätte der Reichskanzler die Aussicht auf einen Ostfrieden und auf eine Friedensaktion Wilsons benützen können, den Einsatz der letzten Reserve hinauszuschieben. Ende Januar 1917 war es dazu schon zu spät. Unmittelbar nach den feindlichen Ministerreden war die oberste Heeresleitung auf das militärische Postulat zurückgekommen. Es kennzeichnet die Lage, daß Admiral von Holtzendorff auf Helfferichs Bemerkung: „Ihr Weg führt zur Katastrophe" schlagfertig erwiderte: „Sie lassen uns in die Katastrophe treiben". Die Diplomatie hatte ihre Mittel erschöpft. Briand durfte höhnen, der Schrei nach Frieden wäre ein Schrei der Schwäche. Wenn man sich nicht besiegt geben wollte, mußte der U-Bootkrieg gewagt werden. Am 9. Januar wurde beschlossen, damit am 1. Februar zu beginnen. Schon aus technischen Gründen wäre ein Aufschub am 29. Januar nicht mehr möglich gewesen. Ob Bethmann Hollweg trotzdem auf ein erlösendes Wort des Kaisers gehofft hat, bleibt dahingestellt. Er selbst hat in Pleß einen Aufschub nach Ludendorffs Zeugnis nicht gefordert. Den Generalen ist der Zweck der Reise des Reichskanzlers und Zimmermanns in das große Hauptquartier nicht recht klar geworden, weil sie nicht sehen konnten, daß es sich nur darum handelte, das Eingehen auf Wilsons letzten Vorschlag mit dem unabänderlichen Beschluß vom 9. Januar in Einklang zu bringen. Es war wohl ein Sieg Zimmermanns über den Kanzler, wenn das in der Form geschah, daß man Wilson die Bedingungen mitteilte, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, in Verhandlungen ein-

zutreten, falls die Entente das Angebot vom 12. Dezember angenommen hätte. Die Einstellung des U-Bootkrieges wurde von dem Erfolge der Bemühungen Wilsons abhängig gemacht.

Man wird mit der Annahme nicht fehl gehen, daß die deutschen Bedingungen trotz dem Bruche zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zur Kenntnis der Entente gelangt sind und in ihrer Isolierung und Bescheidenheit als weiteres Symptom der Schwäche glossiert wurden. Den üblen Eindruck der Friedensaktion zu verwischen, gab es jetzt nur noch ein Mittel. Die politische Willenskraft mußte von nun an der militärischen entsprechen, wenn der eingeschlagene Weg nicht zur Katastrophe führen sollte. Die Lektion war dem Schachzuge Burians und der Nachgiebigkeit Bethmann Hollwegs auf dem Fuße gefolgt. Alles kam jetzt darauf an, ob und wie man in Wien und Berlin von seinen Fehlern zu lernen verstand.

Die erste sichtbare Folge des Fehlschlages der Friedensaktion war, daß Burian bereits am 22. Dezember 1916 das Auswärtige an Graf Ottokar Czernin abgeben mußte. Czernins Sonne war nach seinen eigenen Worten mit Franz Ferdinand untergegangen. Durch den Ausbruch des Krieges mit Rumänien und die Veröffentlichung seiner Bukarester Berichte sollte sie wieder aufgehen. Für seine Ernennung zum Minister des Äußeren muß den Ausschlag gegeben haben, daß Kaiser Karl und Zita in ihm auch ihren Mann gefunden zu haben glaubten. Schon am 1. Januar 1917 bot sich ihm Gelegenheit, das zu beweisen. Der Ton der Antwort der Entente vom 30. Dezember erschien ihm, wie er Tschirschkys Nachfolger Graf Botho Wedel sagte, „impertinent, der Inhalt aber nicht ungünstig, da sie eigentlich nicht ablehne, sondern ausweiche. Er lege großes Gewicht darauf, daß die Möglichkeit, den Faden nicht abreißen zu lassen, gegeben sei". Der neue Minister war noch am Werk, eine verbesserte Auflage der Friedensaktion seines Vorgängers vorzubereiten, als sein junger Gebieter sich persönlich einmischte. Schon am 2. Januar telegraphierte Karl an Wilhelm II.: „Die Antwort der Entente, insoweit wir sie kennen, ist zwar in ihren Konklusionen nicht erfreulich, schließt aber doch die Möglichkeit einer weiteren Fortspinnung des Friedensgedankens nicht aus. Mein von Dir gewiß geteiltes Bestreben geht dahin, die in der ganzen Welt bestehende starke Frie-

densstimmung fortgesetzt zu nähren und auf diese Art im Laufe der Zeit dennoch zu ernsten Friedensverhandlungen zu gelangen. Hierin erblicke ich auch eine unserer Pflichten gegenüber unseren Völkern und der Menschheit. Ich fürchte sehr, daß der von Deiner obersten Heeresleitung projektierte Armee- und Flottenbefehl, in dem sie in so herzergreifender Weise zu Deinen Soldaten spricht, bei unseren Feinden das definitive Abreißen des Friedensfadens zur Folge haben dürfte. Verzeihe dem so viel jüngeren, treuen Freunde und Bundesgenossen, wenn er sich mit der Bitte an Dich wendet, nochmals einen diplomatischen Versuch zu unternehmen, bevor wir zu unseren Soldaten sprechen und dadurch die Brücken zu einem Verständigungsversuche definitiv abbrechen".

Der deutsche Kaiser empfand sofort die Unmöglichkeit der neuen Zumutung. So groß seine Friedenssehnsucht war, so wollte er sich doch nicht, wie er zu Cramon sagte, dazu hergeben, um den Frieden, für den er betete, bei den Feinden zu bitten. Der Vertreter des auswärtigen Amtes in Pleß Legationsrat v. Grünau wurde beauftragt, die Antwort zu entwerfen. Unter Berücksichtigung eines Telegrammes des Reichskanzlers vom gleichen Tage, worin dieser dem Kaiser geraten hatte, auf die Winkelzüge der Entente durch eine Note an Amerika, die Schweiz und die skandinavischen Staaten zu erwidern, schlug Grünau vor, den Kaiser antworten zu lassen: „Herzlichen Dank für Dein Telegramm vom 2. Januar und das große Vertrauen, das Du mir von neuem entgegengebracht hast. Ich stimme ganz mit Dir überein, daß wir im Geiste unseres Friedensangebotes und im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit gegenüber unseren Völkern und der Menschheit jede Gelegenheit ergreifen müssen, die uns zum Frieden führen könnte.

„Nachdem Du inzwischen Kenntnis von dem amtlichen Wortlaut der Entente genommen, wirst Du mir beipflichten, daß auf dem beschrittenen Wege vorerst ein Weiterkommen unmöglich ist. Die Entente hat selbst die Brücke der Verständigung durch Inhalt und Form ihrer Note zerstört. Ich fürchte, daß die Stimmen der Entente, die uns für die Friedensaktion innere Schwäche unserer Völker als Ursache untergeschoben haben, sich von neuem und sehr eindringlich erheben werden, wenn wir weiteres Entgegenkommen

zeigen. Wir würden uns damit von unserem Ziele, unseren Völkern den Frieden zu geben, nur entfernen.

„Wir können also nur noch auf inoffiziellem Wege Verständigungsversuche unternehmen. Wie dies zu machen ist, darüber mögen sich unsere Diplomaten einigen. Die Gelegenheiten dazu werden sich jetzt umso eher finden, als die Ablehnung unseres Friedensangebotes durch die feindlichen Regierungen vielfach in den feindlichen Völkern enttäuschen und die dem Frieden zuneigenden Kreise zu einer unseren Absichten entgegenkommenden Tätigkeit veranlassen wird.

„Gewiß muß die Ententenote aber beantwortet werden, um nicht den Erfolg unserer Friedensaktion bei den Neutralen wie in den kriegsmüden Volksschichten unserer Feinde zu gefährden. Indessen verbietet der unverschämte Ton der Note unsere Antwort unmittelbar an die Ententemächte zu richten. Wir können uns nur an die Neutralen wenden.

„Als Herrscher und oberste Kriegsherren haben wir jetzt die heilige Pflicht — wie es ja auch Deine Absicht ist — zu unseren Völkern und Heeren zu sprechen, die durch die beleidigende Note tief getroffen sind. Dein Armeebefehl, ebenso wie der von mir gebilligte, dem Du so anerkennende Worte gezollt hast, entsprechen dem Empfinden unserer Heere und unserer zu stolzer Zuversicht berechtigenden Kriegslage.

„Je eher und einheitlicher wir unseren Ruf erlassen, desto wirkungsvoller wird der Eindruck auf unsere Heere und Völker und die gesamte Welt sein".

Zwischen der obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler hat es schon in jener Zeit nicht an Reibungen gefehlt. Das Mißtrauen, daß Bethmann Hollweg militärische Postulate aufhalte, ohne besseren Rat zu wissen, war bereits erwacht und sollte am Vorabend des U-Bootbeschlusses vom 9. Januar in einer Aussprache Hindenburgs, Ludendorffs und Holtzendorffs über einen Kanzlerwechsel seinen Ausdruck finden. In Fragen, die über das rein Militärische hinausgingen, war die politische Arglosigkeit der beiden Heerführer noch die gleiche wie bei Übernahme des Kommandos. Ludendorff hatte gegen den Inhalt von Grünaus Machwerk nichts Wesentliches zu erinnern. Dem General genügte es offenbar, daß der Kaiser den Aufschub des Armeebefehles ab-

lehnte. Die Naivetät, den „Freund", den er durchschaute, selbst auf Nebenwege zu verweisen, kommt ganz auf Rechnung Wilhelms II. und seines diplomatischen Beraters.

Die Umarbeitung des Entwurfes beweist daher, daß man im auswärtigen Amte seine Gefährlichkeit erkannt hat. Der dritte Absatz über die inoffiziellen Verständigungsversuche wurde in dem Telegramm vom 4. Januar ganz gestrichen. Ebenso kam die Beteuerung in Wegfall, daß jede Gelegenheit, die zum Frieden führen könnte, ergriffen werden müßte. Der Kaiser stimmte vielmehr mit Karl überein, daß die Verantwortung für den Fortgang des Krieges den Feinden zuzuschreiben wäre. An die Stelle des zweiten und vierten Absatzes trat die Erklärung, daß die Antwort auf die Note der Entente an die Neutralen gerichtet werden müßte. Über die Form hätte man sich in Bälde zu vereinbaren. Die Armeebefehle aber vertrügen keinen Aufschub.

Czernins Vorschlag, den Faden weiter zu spinnen, war durch Bethmann Hollwegs Gegenvorschlag einer Note an die Neutralen pariert. Am 7. Januar kam Czernin zu Beratungen über die Form der Note nach Berlin. In Pleß hatte ihm der Kaiser gesagt: „Niemand will den Frieden heißer als ich. Aber wir hören es doch alle Tage, daß die anderen keinen Frieden wollen, bevor Deutschland nicht zerschmettert ist". In Berlin konnte sich der Minister in der Besprechung, an der außer ihm und dem Reichskanzler der Botschafter Prinz Hohenlohe, Zimmermann und Unterstaatssekretär v. Stumm teilnahmen, überzeugen, daß Bethmann Hollwegs Ratlosigkeit größer war als der Unwille über das Fortspinnen des Burianschen Fadens. Zimmermanns Vorschlag, der Entente in einer dem Volksempfinden entsprechenden scharfen Note die Maske vom Gesicht zu reißen, fiel unter den Tisch. Bethmann Hollweg griff nach seiner geliebten Wagschale, indem er mit Czernin übereinkam, die Note dürfte zwar auf keinen Fall das Gefühl erwecken, als wollte der Vierbund den Frieden um jeden Preis haben, aber sie dürfte auch andererseits die Tür zum Frieden nicht ganz zuschlagen. Das Schaukelspiel ließ ihn übersehen, daß Stumm ihm mit dem Rate zu Hilfe kam, mit der Absendung der Note zu warten, bis die Entente Wilson geantwortet habe. Obwohl die Konferenz im Sinne Stumms beschloß, entschied er, daß die Antwort der Entente nicht abgewartet zu werden brauchte. Auch

ein minder scharfsichtiger Beobachter als Czernin hätte bemerken müssen, daß dieser Reichskanzler wie bisher zu lenken war, wenn man mit ihm allein zu tun hatte.

Auch die U-Bootfrage kam bei dem ersten Gedankenaustausch zwischen Bethmann Hollweg und dem neuen Minister Kaiser Karls zur Sprache. „Wir fanden uns — erzählt Czernin — in unserer Abneigung gegen dieses Kampfmittel". Der Reichskanzler klagte seinem Kollegen, die Militärs stellten ihn unter einen eisernen Druck durch die Erklärung, „bei Ablehnung des verschärften U-Bootkrieges nicht mehr für die Westfront garantieren zu können". Zimmermann hat dem Sektionschef von Flotow einige Tage später aufrichtig gesagt: „Zeigen Sie mir einen Weg, um zu einem möglichen Frieden zu kommen, und ich bin der erste, der den Unterseebootkrieg verwirft". Bethmann Hollweg ging über den wahren Grund seiner Nachgiebigkeit hinweg, indem er sich hinter die Leitung von Heer und Flotte verschanzte. Der Beschluß vom 9. Januar wurde vor Czernin ängstlich geheimgehalten. Erst am 20. Januar kam Admiral Holtzendorff mit Zimmermann nach Wien, um den Verbündeten von der Notwendigkeit des Einsatzes der letzten Reserve zu überzeugen. Kaiser Karl und Czernin sollten die Erfahrung machen, daß ihre eigenen Militärs General Conrad und Großadmiral Haus sich das deutsche militärische Postulat aneigneten. Wie in Pleß mußte auch in Wien eine bankrotte Politik vor dem militärischen Retter in der Not kapitulieren. Das Bewußtsein, ohne den gefährlichen Einsatz der Katastrophe entgegenzutreiben, ließ den Gedanken nicht aufkommen, sich von Deutschland in dieser Frage zu trennen. Völlige Schwenkung mit ihren Folgen kam in diesem Augenblicke nicht in Betracht. So fügten sich Karl und Czernin wie Bethmann Hollweg dem Unvermeidlichen mit dem gleichen schwächlichen Vorbehalt, wenn es schief ging, „die militärische Autokratie" verantwortlich zu machen. Die Lektion des mißglückten Friedensangebotes hatte nichts gefruchtet. Nicht lernen wollen in Wien, nicht lernen können in Berlin hatten hier wie dort eine politische Willensschwäche zur Folge, die alle Anstrengungen der militärischen Willenskraft von vornherein zur Sisyphusarbeit verurteilen sollte.

Als Karl seine Zustimmung am 26. Januar persönlich seinem

Verbündeten als Geburtstagsgeschenk nach Pleß brachte, ließ die Entschlossenheit beiderseits scheinbar nichts zu wünschen übrig. Zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Ankündigung des U-Bootkrieges vom 31. Januar bestand kein Unterschied. Wenige Tage später hatte bereits ein amerikanischer Schachzug den inneren Zwiespalt enthüllt. Staatssekretär Lansing gibt sich in seinen Erinnerungen an die Versailler Friedensverhandlungen zu sehr als Jurist. Den Diplomaten erkennt man daran, wie er es verstanden hat, sofort einen Keil zwischen die Zweibundgenossen zu schieben. Der Abbruch der Beziehungen mit Deutschland wurde dem Botschafter der Monarchie mit dem Bemerken mitgeteilt, Wilson wünschte, wenn möglich, die Beziehungen zu Österreich nicht abzubrechen. Es wäre daher erwünscht, wenn der U-Bootkrieg modifiziert und die von Wilson verheimlichte österreichische Ankündigungsnote entsprechend geändert würde. Wenn auch dem Amerikaner die Lähmung des U-Bootkrieges nicht gelang, so hatte er doch die Genugtuung, daß Czernin durch allzu dienstfertiges Eingehen auf die Gedanken der Senatsbotschaft Wilsons ein unwillkürliches Schwächebekenntnis ablegte. Von einem Frieden ohne Sieger und Besiegte durfte der Mittler reden, aber nicht der Minister eines Staates, den die Feinde zwangen, zu siegen oder unterzugehen. Mit Recht protestierte Zimmermann gegen Czernins heuchlerische Bemerkung, er glaube, daß seine Antwort an Lansing dem Geiste ihrer Noten vom 31. Januar entspräche. Wedel mußte in Wien daran erinnern, daß der Vierbund selbst seine mäßigen Forderungen nur als Sieger durchsetzen könnte. Am Ballplatz interpretierte man, jene Noten hätten Einstellung des U-Bootkrieges zugesagt, wenn Wilson eine Friedenskonferenz garantierte. In Berlin ließ man diese Zusage nur für den unwahrscheinlichen Fall gelten, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem annehmbaren Frieden führen würden. Der Einsatz der letzten Reserve begann mit einer Warnung des Bundesgenossen vor einer zu freundlichen Haltung Österreich-Ungarns gegen Wilson.

Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland und der Bruch mit Österreich-Ungarn haben im April den Manövern Czernins ein Ende gemacht, nachdem er den Bulgaren ein schlechtes Beispiel gegeben und den Amerikanern in einer

neuen Note vom 5. März „unauffällig" verraten hatte, „daß die Tauchboote der Monarchie nur in der Adria und im Mittelmeer operierten". Immer offener trat die Tendenz zutage, von dem Verbündeten abzurücken. Am 11. Februar wurde Erzherzog Friedrich durch ein Handschreiben überrascht, das ihn zur Disposition stellte. Die Verlegung des Armeeoberkommandos von Teschen nach Baden bei Wien war das Vorspiel der am 2. März verfügten Versetzung des unbequemen Generalstabschefs General Conrad auf den italienischen Kriegsschauplatz. Kaiser Wilhelm II. stand vor einer neuen Lage, als er Karls Besuch vom 26. Januar am 12. Februar in Wien erwiderte. „Persönlich bin ich nicht gekränkt — soll er auf eine Frage seines Gastgebers geantwortet haben — wenn das Hauptquartier nach Baden verlegt wird". Der Schaden für die gemeinsame Sache wäre damit nur angedeutet gewesen. Die Zwangsvorstellung der Gefahr, den einzigen Bundesgenossen zu verlieren, hatte ihn seit seinem Regierungsantritt beherrscht. Durch die Anwartschaft Karls war sie krankhaft geworden. Sie erklärt seine Handlungsweise im Juli 1914 und im Dezember 1916. Sie erklärt auch, daß er der akut gewordenen Gefahr wie gelähmt gegenüberstand. Das Serail der Hofburg durfte triumphieren, daß der Monarch, der so oft durch seine undiplomatische Offenherzigkeit Anstoß erregt hatte, nicht den Mut fand, mit Kaiser Karl ein offenes Wort zu reden. Die Politik der Nebenwege wurde nicht gestört. Am 5. Dezember, dem Tage der ersten Begrüßung seines Bundesgenossen in Pleß, war an Sixtus und Xaver der erste Ruf ergangen. Am 13. Februar, einen Tag nachdem beide Kaiser bundesfreundliche Trinksprüche gewechselt hatten, fand die erste Unterredung der Bourbonischen Prinzen mit Karls Sendboten statt. An der Friedensaktion vom 12. Dezember hatte Karl keinen inneren Anteil gehabt. Seine eigene Politik begann bereits am 5. Dezember 1916.

Drittes Kapitel.

Die Mission des Prinzen Sixtus.

Prinz Sixtus hat die Akten seiner Mission zuerst anfangs Januar 1920 in der „Opinion" und dem „Daily Telegraph" erscheinen lassen, bevor er sie in seinem Buche über das Sonderfriedensangebot Österreichs um einige Nummern vermehrt seiner von Manteyer redigierten Erzählung zu Grunde legte. Tagebuchauszüge, Denkschriften, gleichzeitige Notizen und Briefe, darunter die beiden berüchtigten Schreiben Karls in Faksimile, erwecken den Eindruck größter Vollständigkeit. Sogar die Pässe für die Prinzen und ihre Begleiter werden abgedruckt. Die Genauigkeit des Herausgebers in Ort- und Zeitangaben könnte nicht größer sein. Der Ort der Handlung wird jedesmal beschrieben. Vor und nach jedem politischen Gespräche sieht er auf die Uhr. Es ist ihm sichtlich darum zu tun, Zweifel an dem Tatbestande nicht aufkommen zu lassen. An die Grenzen seiner Aufrichtigkeit wird man erst herangeführt, wenn man sich die Frage vorlegt, weshalb er von den zahlreichen Briefen seiner Mutter und Geschwister mit einer Ausnahme keinen einzigen im Wortlaut oder Auszug mitgeteilt hat. Der Scheinwerfer seiner Dokumente fällt überwiegend auf die französische und englische Politik. Das Haus Parma-Braganza bleibt in einem Helldunkel, das Retuschierungen erlaubt. Die Welt soll sehen, wie ein französischer Prinz nationalfranzösische Politik getrieben hat.

Die historische Kritik wäre daher überall da, wo er unsere einzige Quelle ist, in Verlegenheit, wenn nicht auch dieser Regiekünstler sich zuweilen hinter die Kulissen sehen ließe. Seine Polemik gegen die drei Störer seiner Politik Ribot, Czernin und Sonnino entschleiert seine geheimsten Hintergedanken. Nachrichten, die unverkennbar von seiner Sippe stammen, geben uns Aufschlüsse über die Intrigen des Hauses Parma. Aus Eitelkeit mitgeteilte Regievermerke verraten die Hilflosigkeit des jungen Kaiser-

paares. Die Zeitgeschichte erweist sich stärker als die Tendenz des Memoirenschreibers. Aus dem Führer blindgläubiger Leser wird der Begleiter historischer Entdeckungsreisen. Ohne es zu wollen, hilft er uns, auch die Komponenten der Politik Kaiser Karls zu erkennen.

Über das erste Stichwort aus Wien ist Sixtus sehr wortkarg. In seiner Denkschrift für Präsident Poincaré vom 5. März 1917 erzählt er kurz, daß seine Mutter ihm am 5. und 14. Dezember den dringenden Wunsch ausgesprochen habe, ihn wiederzusehen. Auch an die Königin der Belgier hätte sie sich deswegen brieflich und telegraphisch gewandt. Wie es kam, daß sich die Abreise der Brüder von der Front bis zum 23. Januar verzögerte, erfährt man nicht. Die Schwierigkeiten der Zusammenkunft, die er Weihnachten 1916 mit dem belgischen Königspaare besprochen hat, werden wohl die Friedensaktion des Vierbundes und Wilsons Note vom 18. Dezember gewesen sein. Weder im Bourbonischen noch im französischen Interesse lag es, eine Fürbitte anzuhören, die lediglich das Angebot vom 12. Dezember unterstützen sollte. Auch die Mutter mußte warten, bis dieser Punkt geklärt war. Als Sixtus und Xaver am 29. Januar in Neuchâtel eintrafen, wußten sie, daß sie dort Eröffnungen besonderer Art erwarteten.

Sie mochten daher über das, was sie von ihrer Mutter und ihrer Schwester Maria Antonia zu hören bekamen, zunächst enttäuscht sein. Ein brieflicher Hilferuf Zitas mit einer kurzen Nachschrift Karls war die einzige Beglaubigung der beiden Damen. Das Kaiserpaar wünschte die Prinzen in Wien selbst zu sprechen, war aber auch bereit, eine Vertrauensperson nach der Schweiz zu schicken, wenn Sixtus Bedenken gegen die vorbereitete geheime Autofahrt hatte. Von dem Wunderkinde der Familie wurde offenbar vorausgesetzt, daß er sich ihrer geistigen Unmündigkeit erbarmte und Karl dabei behilflich war, sich eine Ansicht über das, was er eigentlich wollte, zu bilden.

Als ob er vorausgesehen hätte, daß es so kommen würde, hatte Sixtus bereits die Pässe für die Fortsetzung ihrer Reise nach Pianore in der Tasche. Weder in Wien noch in Paris wollte er sich vorerst zeigen. Über das dürftige Neuchâteller Ergebnis ließ er im französischen Ministerium des Auswärtigen besser

seinen Begleiter Charles Salomon berichten. Ehe eine Fahrt nach Wien für ihn in Betracht kam, mußte aus seinem Schwager ein zu Verhandlungen geeignetes Angebot herausgeholt werden. Zu diesem Zwecke nannte er seiner Mutter als fundamentale Vorbedingungen des Friedens die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich ohne koloniale oder sonstige Kompensationen, die Wiederherstellung Belgiens mit dem Kongo, die Wiederherstellung Serbiens und seine eventuelle Vergrößerung durch Albanien sowie die Auslieferung Konstantinopels an Rußland. Auch den Rat, mit Rußland einen geheimen Waffenstillstand zu schließen, bekam die Herzogin mit auf den Weg. Während die Prinzen nach ihren italienischen Domänen sahen, hatte Karl jetzt Zeit, sich die Sache zu überlegen. Am 10. Februar gedachten sie wieder in Paris zu sein. Bis dahin konnte die Entsendung einer Vertrauensperson nach der Schweiz vorbereitet werden. Es scheint, daß man in Neuchâtel an den Flügeladjutanten des Kaisers Graf Ledochowsky, den ehemaligen Hofmarschall des Herzogs von Parma, gedacht hat.

Die kluge Taktik des Prinzen belohnte sich. Am 11. Februar gab ihm der Generalsekretär des Ministeriums des Auswärtigen Jules Cambon für die bevorstehende Zusammenkunft in der Wohnung William Martins einige Winke. Um dem Kaiser den Abfall zu erleichtern, erzählte er dessen Schwager, daß Deutschland den Russen Konstantinopel und die Bukowina, den Rumänen Siebenbürgen, den russischen Polen Galizien, den Serben Albanien und den Italienern Trient und Triest angeboten hätte. Deutschland habe es nur darauf abgesehen, sich durch Sonderfrieden mit Rußland, Rumänien, Serbien und Italien auf Kosten Österreich-Ungarns, Frankreichs, Englands und Belgiens aus der Schlinge zu ziehen. Auch die von Karl ausgegangene Friedensaktion suche es für seine Zwecke auszunützen. Wenn Österreich einen ehrenvollen Frieden schließen und sich von Deutschland losmachen wolle, müsse es sich beeilen. Karl sollte Kaiser Wilhelm II. seinen Willen kundgeben, die Waffen zu einem bestimmten Zeitpunkte niederzulegen.

Das Erwünschteste wäre der offene Abfall Kaiser Karls gewesen. Um nicht hinter seinem Talleyrand zurückzubleiben, zeigte Sixtus seinem Schwager durch den Entwurf einer Kundgebung an seine Völker, wie das zu machen wäre. Wir dürfen

seiner Eitelkeit dankbar sein, daß er auch dieses Dokument veröffentlicht hat. Sich selbst und seine Meinung von Karl hätte er nicht besser charakterisieren können. „Als ich in sturmbewegter Zeit den Thron meiner Vorfahren bestieg — ließ er den Gefolgsmann Zitas sagen — war es mir das erste Herzensbedürfnis, allen die Rückkehr des ersehnten Friedens in Ehren zu versprechen. Ehrenvolle Sicherung der Unabhängigkeit meiner Kronen ist meine vor Gott beschworene Herrscherpflicht.

„Nach der Besetzung Serbiens, dessen Züchtigung das einzige Kriegsziel war, beendigt mein tapferes Heer seinen glorreichen Feldzug gegen Rumänien, das uns und unsere Verbündeten so unüberlegt herausgefordert hat. Damit sind wir eng verbunden an einem Punkte des Weltkrieges angelangt, wo ich von meinem hohen Verbündeten absehend eine öffentliche Erklärung über die durch die Sicherung und die Lebensinteressen der Monarchie gebotene Politik nicht länger zurückhalten kann.

„Der Kaiser von Rußland und das ihm verbündete Frankreich haben erklärt, die Waffen zur Verteidigung Serbiens zu ergreifen. Großbritannien wollte Belgien schützen. Ich bin überzeugt, daß diese nach ihren eigenen Worten zur Verteidigung des Rechtes verbündeten Mächte nicht die unsinnige Absicht haben können, das deutsche Reich zu vernichten oder die jahrhundertealte Verbindung meiner Kronländer zu zerstören.

„Ich bin entschlossen, das Königreich Serbien im vollen Umfange wiederherzustellen und bewillige ihm obendrein territoriale Vorteile, die ihm einen der Billigkeit entsprechenden Zugang zum Adriatischen Meere gewähren.

„Ich erkenne an, daß die blutigen Opfer meiner Völker, für die ich Gott Rechenschaft schulde, nicht verlängert werden dürfen, um Rußland an der für sein Dasein für unentbehrlich gehaltenen Besitzergreifung des beherrschenden Zuganges zu den Meerengen zu hindern.

„Ich erkenne bereitwillig an, daß Frankreich und Belgien im Westen sich für die Wiederherstellung eines dauerhaften gerechten und ehrenvollen Friedens in ähnlicher Lage wie Rußland und Serbien befinden.

„Ich zweifle endlich nicht daran, daß meine hohen Verbündeten sich in Bälde selbst über ihre Politik erklären werden und

daß ihre Absichten sich in Übereinstimmung mit den meinen verwirklichen lassen.

„Von heute ab bleibt mein Heer bis zur endgültigen Wiederherstellung des Friedens in den Stellungen, die es innehat, stehen.

„Ich garantiere gleiche Gerechtigkeit allen Völkern der Monarchie, deren unerschütterliche Einigkeit unter meinem Szepter der Krieg bewiesen hat, und denen der Friede als Lohn die ausgedehntesten mit der unauflöslichen Einheit der Monarchie vereinbaren Freiheiten bringen muß.

„Möge Gott, zu dem sich mein Herz erhebt, bald in seiner Allmacht die grausamen Wunden Europas heilen."

Wenn Karl sich nicht stark genug fühlte, diese ihm von Sixtus dargereichte Sprengbombe unter seine Völker zu werfen, empfahl ihm dieser den Abschluß einer Konvention über einen Waffenstillstand mit Rußland, Serbien, Italien, Rumänien bis zur Verständigung über den Frieden. Auch da zeigte Sixtus, wie das einzuleiten sei, indem er die Vorschläge skizzierte, die ihm der „Flügeladjutant des Kaisers" in dessen Auftrag unterbreiten sollte, um sie nach Gutdünken der französischen Regierung und durch sie der Entente mitzuteilen. Die Vorschläge enthielten das Zugeständnis der von Sixtus bereits seiner Mutter genannten Vorbedingungen. Hinsichtlich Belgiens war hinzugefügt, daß der Kaiser nichts einzuwenden habe, wenn Belgien von dem Königreich der Niederlande den freien souveränen Zugang nach Antwerpen auf der Schelde erhalten könnte. Die Ausführung des Waffenstillstandes der fünf Mächte war buchstäblich gedacht.

So vorbereitet hatte Sixtus am 13. Februar in Neuchâtel seine erste Besprechung mit Graf Thomas Erdödy, den der Kaiser statt des erwarteten Flügeladjutanten geschickt hatte. Zum ersten Male erfuhr er hier, daß Karl doch auch seinen eigenen dynastischen Willen hatte. Die Zugeständnisse an Frankreich, Belgien und Rußland hatte den Beifall des Kaisers. Auch zu einem Waffenstillstand mit Rußland war er bereit. Den vierten Punkt, der Wiederherstellung Serbiens, verwarf er, weil er im Sinne hatte, ein aus Serbien, Bosnien, der Herzegowina, Albanien und Montenegro zu bildendes Königreich Südslawien unter einem Erzherzog der Monarchie anzugliedern. Die Opferwilligkeit hörte auf, wo sein eigenes Interesse begann. Sollten die Verhandlungen

nicht im Beginn scheitern, so mußte dieser Stein des Anstoßes beseitigt werden. Mit der Erklärung des Prinzen, daß die Wiederherstellung Serbiens unter der Dynastie der Karageorgiewitsch conditio sine qua non wäre, und mit dem Doppelvorschlage des offenen Abfalls oder der geheimen Konvention kehrte Erdödy nach Wien zurück.

Dort aber hatte die schreckhafte Alternative die Folge, daß das Kaiserpaar sich jetzt endlich Czernin anvertraute. Wie weit es darin ging, läßt ein Brief des Ministers an Kaiserin Zita vom 17. Februar deutlich erkennen. „Seine K. und K. apostolische Majestät — schreibt er — haben befohlen, daß ich Eurer Majestät täglich einen Bericht über die äußere Lage vorlegen darf, einen Befehl, dem ich von morgen an nachkommen werde. Bei genauer Überlegung der Argumente Eurer Majestät in meiner heutigen Audienz würde ich den größten Wert darauf legen, wenn der Prinz Sixtus selbst zu Eurer Majestät käme. Wenn Eure Majestät selbst mit ihm sprechen könnten, würde unsere Sache bedeutend weiter kommen. Ich erfahre aus sehr guter Quelle, daß das Ministerium Caillaux am Horizont erscheint. Das wäre ein „Friedensministerium"; vielleicht hängen die beiden Aktionen zusammen." Karl hatte also Czernin kurzerhand an Zita verwiesen, die eine Gelegenheit zum Fortspinnen des Friedensfadens gefunden habe. Über die Anknüpfung und den Gang der Verhandlungen war der Minister nicht unterrichtet worden. Aus den Andeutungen Zitas glaubte er daher entnehmen zu können, daß es sich um einen Friedensfühler des Prinzen Sixtus handelte, hinter dem er in seinem durchgängerischen Optimismus ein Friedensministerium Caillaux witterte.

Prinz Sixtus ist daher in einem Irrtum befangen, wenn er die von ihm veröffentlichte „Note" Czernins für eine Antwort auf seinen Konventionsentwurf hält. Die Sache verhält sich vielmehr offenbar so, daß Czernin die Andeutungen Zitas über den angeblichen Friedensfühler ihres Bruders mit Richtlinien für weitere Verhandlungen beantwortet hat, die an den Vorschlägen des Prinzen vielfach vorbeireden. Ob er seine Antwort Erdödy diktiert, oder ob Erdödy den ihm von Karl vorgelegten Zettel sich abgeschrieben hat, darf dahingestellt bleiben. Sicher ist nur soviel, daß der Bote des Kaisers nicht im Sinne des Ministers handelte,

als er bei der zweiten Zusammenkunft in Neuchâtel am 21. Februar dem Prinzen Xaver gestattete, die angebliche Note Czernins, bevor er das deutsche Original verbrannte, ins Französische zu übersetzen.

In der Meinung, das erste Wort auf einen französischen Friedensfühler zu sprechen, hatte Czernin dem Kaiserpaare eingeschärft:

1. „Das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland, der Türkei und Bulgarien ist absolut unauflöslich. Ein Sonderfriede eines dieser Staaten ist für immer ausgeschlossen.
2. Österreich-Ungarn hat niemals an die Vernichtung Serbiens gedacht. Es müssen jedoch in Zukunft alle Vorkehrungen getroffen werden, daß politische Wühlereien wie die, die zur Mordtat von Serajewo geführt haben, verhindert werden. Österreich-Ungarn beabsichtigt ferner, zu Serbien durch weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse in freundliche Beziehungen zu treten.
3. Wenn Deutschland auf Elsaß-Lothringen verzichten wollte, würde Österreich-Ungarn natürlich nichts in den Weg legen.
4. Belgien muß wiederhergestellt und durch alle Kriegführende entschädigt werden.
5. Es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß sich Österreich-Ungarn unter der politischen Vormundschaft Deutschlands befindet. In Österreich-Ungarn ist dagegen die Meinung verbreitet, daß Frankreich völlig unter dem Drucke Englands handelt.
6. Österreich-Ungarn denkt auch nicht an die Vernichtung Rumäniens. Dennoch muß es dieses Land als Pfand behalten, solange es nicht die volle Integrität der Monarchie erlangt haben wird.
7. Österreich-Ungarn hat öffentlich erklärt, daß es nur einen Verteidigungskrieg führt, und daß sein Zweck erreicht ist, sobald es die freie Entwicklung der Monarchie gesichert haben wird.
8. In Österreich-Ungarn gibt es keine Privilegien der verschiedenen Nationalitäten. Die Slawen werden stets die gleichen Rechte wie die Deutschen genießen. Man täuscht sich im Aus-

land über die Stimmung der Slawen, die kaiser- und reichstreu sind."

Stellt man sich auf den Standpunkt des Prinzen Sixtus, so versteht man, daß er Punkt 2 als bedingte Annahme seiner conditio sine qua non betrachtete und um so mehr die glatte Annahme der drei anderen von Karl bereits zugestandenen Vorbedingungen vermißte. Die Tragweite des rumänischen Vorbehaltes in Punkt 6 hat er nicht erkannt, sonst würde er sich klar gemacht haben, daß Czernin an Stelle der Angliederung Südslawiens an die Monarchie schon damals die Einverleibung wenn möglich ganz Rumäniens ins Auge gefaßt hat. Die Antwort war in seinen Augen ein Rückschritt, über den er nicht hinweggekommen wäre, wenn ihm Erdödy nicht zugleich einen Zettel mit Bemerkungen Karls zu Czernins „Note", zwei Briefe Zitas und einen langen Brief seiner Mutter eingehändigt hätte.

Den Zettel Karls hat Sixtus auf Bitten Erdödys sofort zerrissen und verbrannt. Nach der Aufzeichnung, die er zwei Tage später in Paris auf Veranlassung William Martins aus dem Gedächtnis machte, hatte Karl ungefähr bemerkt:

Ad. 3. Wir werden Frankreich unterstützen und mit allen Mitteln auf Deutschland einen Druck ausüben.

Ad. 4. Wir haben die größten Sympathien für Belgien und wissen, daß ihm Unrecht geschehen ist. Entente und wir werden die großen Schäden vergüten.

Ad. 5. Wir stehen absolut nicht unter deutscher Hand; so haben wir gegen Deutschlands Willen nicht mit Amerika abgebrochen. Bei uns die Meinung, Frankreich stehe ganz unter englischem Einflusse.

Ad. 7. Auch Deutschland.

Ad. 8. Bei uns gibt es keine Privilegien für einzelne Völker, die Slawen vollständig gleichberechtigt. Einheit aller Völker und Treue für Dynastie. Unser einziges Ziel ist, die Monarchie in ihrer jetzigen Größe zu erhalten."

Das war ebenfalls nicht die Antwort, wie sie Sixtus wünschte, aber es zeigte eine Hinneigung zu Frankreich, die in Paris nicht übersehen werden konnte. Der Kaiser war seinem Minister auf dem Wege zum Abfall offenbar um einige Schritte voraus. Wenn die Dinge sich weiterentwickelten wie die Briefe Zitas und der

Herzogin es schilderten, ließ sich erwarten, daß auch Czernin sich bald entgegenkommender zeigen würde. In die näheren Umstände der Verabschiedung Erzherzog Friedrichs und der Amerikapolitik Czernins eingeweiht, hielt der Prinz den Bruch für näher, als er war. Was er selbst in diesem Stadium getan hat, ihn zu beschleunigen, sagt er nicht, weil er sonst auf seine Korrespondenz mit seiner Familie näher eingehen müßte. Nur so viel sieht man, daß er die dringende auch von Czernin unterstützte Bitte Zitas, nach Wien zu kommen, zunächst wieder überhörte und es vorzog, auch in Paris die Ungeduld durch Zurückhaltung zu steigern.

Die Folge war, daß man sich am Quai d'Orsay die Frage vorlegte, ob es ratsam wäre, gerade jetzt den Kaiser durch das Ausbleiben einer Antwort zu entmutigen und seinem deutschen Verbündeten wieder in die Arme zu treiben. Die offene Aussprache über die Kriegsziele der Entente im Januar hatte im Februar eine geheime Fortsetzung gefunden. In Paris wollte man sich nicht mehr mit dem Märzabkommen von 1916 begnügen, daß Frankreich und England im Westen, Rußland im Osten volle Freiheit haben sollten, die Grenzen Deutschlands und Österreich-Ungarns zu bestimmen. Der erste französische Bevollmächtigte auf der Petersburger Konferenz der Entente Doumergue erhielt das prinzipielle Einverständnis des Zaren zu den Kriegszielen Frankreichs. Da der Wunsch des russischen Ministers Pokrowsky, die volle Handlungsfreiheit Rußlands in Bestimmung seiner zukünftigen westlichen Grenzen noch einmal bestätigt zu sehen, in Paris auf keine Hindernisse stieß, wurde dem Botschafter Paléologue in einer Note vom 14. Februar die Unterstützung der territorialen Forderungen Frankreichs zugesagt, worüber am 11. März eine entsprechende französische Note quittierte. Unter Restitution verstanden Poincaré und Briand die Abtretung Elsaß-Lothringens, und zwar Lothringens mindestens im Umfange des früheren Herzogtums, damit das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers der Republik einverleibt werde. Als Garantie verlangten sie die Verwandlung der übrigen linksrheinischen deutschen Gebiete in einen von Deutschland völlig abgetrennten autonomen, neutralen Staat, der bis zur Erfüllung aller Friedensbedingungen von französischen Truppen besetzt bleiben sollte. Ohne sich in ähnlicher Weise festzulegen, gab auch

Rußland zu erkennen, daß es nach der Autonomieerklärung Polens in Deutschland seinen Hauptfeind sah. Einen Monat vor ihrem Sturz hat die Zarin, uneingedenk ihrer deutschen Herkunft, zu Doumergue gesagt: „Deutschland muß gezüchtigt werden." Am 26. Februar wurde Czernin von neutraler Seite mitgeteilt, daß Österreich-Ungarn unter günstigen Bedingungen Frieden schließen könnte, wenn es gegen Freund und Feind reinen Mund zu halten verstände. Der Gedanke, Österreich-Ungarn von Deutschland abzuziehen, lag in der Luft, seitdem Tisza den österreichisch-ungarischen Ursprung der Friedensaktion der Welt verraten hatte. Wie ihn Lansing sofort nach dem Bruche mit Deutschland ergriffen hatte, erhaschte ihn in seiner Sterbestunde das zur Zertrümmerung der Monarchie 1914 in den Kampf gezogene zaristische Rußland. In Washington, Paris und Petersburg faßte man unabhängig voneinander das gleiche Ziel ins Auge.

So versteht man es, daß Martin am 2. März 1917 dem Prinzen durch seine Freunde nahe legen ließ, um eine Audienz bei Poincaré nachzusuchen. Am 5. März von dem Präsidenten empfangen, verlas Sixtus eine wohl abgewogene Darstellung seiner Verhandlungen und gab ihm die Übersetzung der angeblichen Note Czernins und der Bemerkungen Karls zu lesen. Die „Note" lehnte Poincaré auf der Stelle ab. Sie wäre nicht einmal ein Minimum und könnte den Alliierten unmöglich gezeigt werden. In der Aufzeichnung Kaiser Karls sähe er eine Grundlage. Ohne Briand vorzugreifen, dachte er sich den Fortgang der Verhandlungen so, daß zunächst Österreich die vier Punkte annehmen müßte. Dann werde man das Ergebnis England und Rußland in strengstem Geheimnis mitteilen und sich über den Abschluß eines geheimen Waffenstillstandes zu verständigen suchen. „Rußland — sagte er — führt nur Krieg um Konstantinopel. England will nichts von Österreich, wir ebensowenig. Frankreich hat nicht nur ein Interesse an der Erhaltung Österreichs, sondern auch an seiner Vergrößerung auf Kosten Deutschlands durch Schlesien oder Bayern. Mit Deutschland werden wir niemals Frieden schließen." Der einzige Stein des Anstoßes könnte, wie er nicht verhehlte, Italien werden.

Drei Tage später, am 8. März, beschied Poincaré nach Rücksprache mit Briand den Prinzen noch einmal ins Elysée. Man

rechnete damals mit der Absicht Deutschlands, durch Unterstützung eines Angriffes gegen Italien den wankenden Zweibund wieder zu befestigen. Ein Gedankenaustausch über den Waffenstillstand konnte als Rekognoszierung benutzt werden. Sixtus sollte in Wien zu bedenken geben, daß sich die Friedensaussichten verschlechtern würden, sobald Frankreich durch den militärischen und politischen Zusammenbruch des regno genötigt würde, Truppen nach Italien zu schicken. Die vier Punkte — schärfte Poincaré nochmals ein — wären conditio sine qua non gegenüber Österreich, aber nicht gegenüber Deutschland. Wenn sie in aller Form angenommen wären, sollten der König von England und der Zar davon verständigt werden. Als Überbringer eines von Briand gegengezeichneten Handschreibens des Präsidenten an den Zaren wurde Prinz Sixtus ins Auge gefaßt.

Der militärischen Dringlichkeit des offiziellen Auftrages würde beschleunigte Ausführung entsprochen haben. Verschleppung lag jetzt nicht mehr im französischen Interesse. Wenn Sixtus nach der Audienz vom 8. März trotzdem abermals zögerte, so wird man die Gründe diesmal in Wien suchen müssen. Schon die Amerikapolitik des Grafen Czernin hatte gezeigt, daß er seine Extratouren zu maskieren liebte. Jedem Schritt von der Heeresstraße der Zweibundpolitik ließ er die Versicherung folgen, daß er damit auch im Sinne des Verbündeten gehandelt zu haben glaubte. Die Taktik der politischen Rückversicherungen wurde das Kennzeichen seines Ministeriums. Rußland erhielt auf seine indirekte Anfrage vom 26. Februar bereits am folgenden Tage die Antwort, daß Österreich-Ungarn von seinem Verbündeten nicht zu trennen wäre. So gedeckt konnte sich Czernin die Gegenfrage erlauben, ob Rußland mit der Monarchie allein oder mit dem ganzen Vierbund Frieden schließen wollte. Zur Geheimhaltung war er bereit, da er es „vorerst für überflüssig hielt, die Verbündeten zu verständigen". Aus seiner Haltung gegen Frankreich darf man schließen, wie er diesen Faden weiter gesponnen haben würde, wenn ihn die russische Revolution nicht abgeschnitten hätte. Auch in der von Erdödy mitgeteilten Aufzeichnung war das Bekenntnis zum Vierbund das Deckblatt für angedeutete Zugeständnisse gewesen. Das Wagnis begann erst mit der Bereitwilligkeit der französischen Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen. Die An-

nahme ist nicht zu kühn, daß Sixtus auf dem gewohnten Wege sofort nach der Audienz vom 8. März Eröffnungen angekündigt hat. Solange er sie nicht angehört hatte, befand sich Czernin noch in dem Stande der Unschuld. Wenn er sich gegen Verdacht des Bundesgenossen versichern wollte, mußte es jetzt geschehen. Wie er Bethmann Hollweg kannte, hatte er nicht zu befürchten, daß der Reichskanzler durch ein Veto gegen ein Friedensgespräch sich dem Vorwurfe aussetzte, einen Friedensfaden selbst abgeschnitten zu haben.

Nimmt man an, daß ein Brief des Prinzen vom 8. März frühestens am 12. in Wien eintraf, so muß die Mitteilung Czernins an Bethmann Hollweg, daß er „Gelegenheit zu nicht aussichtslosen Friedensbesprechungen mit Frankreich zu haben glaube", am 12. abgegangen sein. Der Reichskanzler schuldete dem Ministerpräsidenten Clam Martinitz und Czernin noch einen Gegenbesuch. Er beschloß daher sofort, sich persönlich über die angedeutete Gelegenheit zu orientieren. Der 14. März war noch durch eine Rede im Herrenhaus in Anspruch genommen. Am Abend des 15. reiste er in Begleitung des Unterstaatssekretärs v. Stumm und des österreichisch-ungarischen Botschafters Prinz Gottfried zu Hohenlohe nach Wien ab. Alles schien darauf hinzudeuten, daß man an einem Wendepunkte des Krieges stand. Lag wirklich ein französischer Friedensfühler vor, so gab es zu denken, daß auch von italienischer Seite Andeutungen über Friedensgeneigtheit in Berlin eingelaufen waren. Dazu gesellte sich am Nachmittag des 14. März „ein aufgefangener Funkspruch, der auf eine Revolution in Petersburg deutete". Wie mußte das alles zusammenwirken, wenn sich die Nachrichten nicht als trügerische erwiesen. Bereits der Morgen des 15. brachte die Bestätigung des Petersburger Funkspruches. Die Gedanken an die Folgen eines Umschwunges im Osten begleiteten den Reichskanzler auf seiner Reise. Die inzwischen von den Abendblättern gebrachten Einzelheiten über die Ereignisse an der Newa wurden ihm erst bei seiner Ankunft in Wien durch den Botschafter Graf Wedel mitgeteilt. Vor einigen Tagen hatte ihm Czernin den Zipfel einer Friedensaussicht gezeigt. Bei ihrer ersten Besprechung am Vormittag des 16. März sahen sie das ganze Friedensproblem vor sich aufgerollt. So verfrüht ein Gedanken-

austausch beider Staatsmänner gerade in diesem Augenblicke war, so mußte er doch umfassender werden, als es Czernin bei seiner Mitteilung vorgeschwebt hatte. Man stand wieder wie vor der Friedensaktion des 12. Dezember 1916 vor der Frage, unter welchen Bedingungen man Frieden schließen wollte.

Weder Czernin noch Bethmann Hollweg haben gebeichtet, was sie unter vier Augen besprochen haben, doch ergibt sich sowohl der Inhalt ihres Gespräches als auch der Grad ihrer Verständigung aus den Konferenzprotokollen vom 16. und 26. März. Schon die Tatsache der Konferenz am Nachmittag, zu der von Merey, Prinz Hohenlohe, Graf Wedel, v. Stumm und als Protokollführer Legationsrat Graf Colloredo Mannsfeld zugezogen wurden, beweist, daß Czernin den Reichskanzler am Vormittag noch nicht dahin gebracht hatte, wo er ihn haben wollte. In Besprechungen mit Bethmann Hollweg lief man Gefahr, jedesmal von vorne anfangen zu müssen. In einer Konferenz ließ sich seine Meinung protokollarisch festnageln, sodaß ein viertel Zugeständnis für das nächste Mal die Aussicht auf ein halbes Zugeständnis eröffnete. Wir dürfen daher in der Vormittagsbesprechung ein Zwischenglied sehen, das uns das Konferenzprotokoll zu überspringen gestattet.

Eine nachweisbare Ausnahme wurde nur mit dem italienischen Friedensfühler gemacht. Einem Mitglied der deutschen Gesandtschaft bei der Schweiz waren in Zürich anfangs Februar und anfangs März von italienischer Seite Andeutungen gemacht worden, daß König Viktor Emanuel bereit wäre, gegen gewisse Abtretungen Friede zu schließen. Wie Freiherr von Romberg sich begnügt hatte, die Mitteilung an das Auswärtige Amt weiter zu geben, trug man auch in Berlin nach den Erfahrungen des Frühjahrs 1915 Bedenken, den Mittler zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu spielen. Auch hatte es stutzig gemacht, daß der Italiener warnte, durch eine Offensive gegen das regno alle Verhandlungsmöglichkeiten im Keime zu ersticken. Der Verdacht regte sich, daß es sich vielleicht nur um eine Kriegslist, um ein Scheinmanöver zur Abwendung der befürchteten Offensive handele. Daß man damit auf der richtigen Spur war, ergibt sich heute aus dem gleichzeitigen französischen Versuch, durch Sixtus zu rekognoszieren, ob die durch den Rückzug in die Siegfriedstellung freigewordenen deutschen Divisionen etwa gegen Italien eingesetzt werden

sollten. Jedenfalls wäre es verkehrt gewesen, als Mittler wie 1915 auf den Verbündeten einen Druck auszuüben, der gerade in diesem Augenblicke auf Czernins Seite einen Gegendruck zugunsten deutscher Gebietsabtretungen an Frankreich auslösen konnte. Der Reichskanzler verband daher seine Mitteilung an Czernin mit der Bitte, davon lediglich Kenntnis zu nehmen, ohne Kaiser Karl darüber Vortrag zu halten.

Während Bethmann Hollweg auf diese Weise noch vor Beginn des Spiels einen Trumpf aus der Hand gab, suchte Czernin am Vormittag wie in der Konferenz am Nachmittag seiner Politik durch eine düstere Schilderung der verzweifelten Lage der Monarchie freie Bahn zu schaffen. Länger als bis zum Herbst, erklärte er, könne sie nicht durchhalten. Am Ende ihrer Kräfte angelangt, müßte sie jede Friedensmöglichkeit ergreifen. Da es nun schiene, daß Frankreich einer Aussprache nicht abgeneigt wäre, schlüge er vor, den früheren Londoner Botschafter Graf Albert Mensdorff, etwa unter dem Vorwande einer Studienreise für das Rote Kreuz nach der Schweiz zu entsenden, um sich mit dem bisher von dem Gesandten der Monarchie in Bern noch nicht empfangenen französischen Vertrauensmanne unauffällig zu besprechen. Als Richtschnur für Mensdorff erbat er sich von dem Reichskanzler ein Minimal- und ein Maximalprogramm der deutschen Friedensbedingungen.

In seiner Antwort bezweifelte Bethmann Hollweg zunächst, daß Frankreich durch deutsche Konzessionen gewonnen werden könnte. Die französische conditio sine qua non wäre zweifellos die Abtretung Elsaß-Lothringens, die er weder dem Kaiser vorschlagen noch vor dem deutschen Volke rechtfertigen könnte. Ein weiteres Hindernis einer Sonderverständigung mit Frankreich sah er darin, daß Deutschland nach Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs und Belgiens England nicht mehr zur Herausgabe seiner geraubten Kolonien veranlassen könnte. Nichtsdestoweniger begrüßte er ein Friedensgespräch unter der Voraussetzung, daß der Vertrauensmann Österreich-Ungarns sich ganz und gar rezeptiv verhalte, weil es nicht ausgeschlossen wäre, daß die Entente durch die Erfolge des U-Bootkrieges und die russische Revolution erschreckt und geschwächt jetzt selbst mit konkreten Friedensvorschlägen an den Zweibund herantreten werde.

Unser Wissen darf uns nicht verführen, dem Reichskanzler vorzuwerfen, daß er Czernins Manöver nicht sogleich durchschaut hat. Sein Mißtrauen richtet sich in diesem Stadium nicht gegen den Verbündeten, sondern gegen Frankreich, aber es kennzeichnet sich als unpolitische Skepsis, weil es ihn nicht davon abhielt, weiterzugehen. Eine Aussprache über das Minimal- und das Maximalprogramm durfte in diesem Augenblick nur einen akademischen Charakter tragen. Mit der Richtschnur rezeptiven Verhaltens für Mensdorff vertrug es sich schlecht, dessen Auftraggeber zu verraten, „daß sich über einen Austausch der Erzlager von Briey-Longwy gegen Teile Lothringens oder des Elsaß allenfalls reden ließe, während der Erwerb von Briey-Longwy ohne eigentliche Gebietsabtretungen an Frankreich als Maximalgrundlage in Betracht gezogen werden könnte". Die Warnungen des Unterstaatssekretärs v. Stumm vor französischen Intrigen, hinter denen er ahnungsvoll Jules Cambon witterte, kamen zu spät. Czernin fand in dem Botschafter von Merey einen brillanten Sekundanten. Da er augenscheinlich nicht eingeweiht war, konnte Merey um so unbefangener die Ansicht vertreten, daß der französische Fühler mit Wissen, ja vielleicht sogar auf Anregung Englands ausgestreckt worden wäre. Die Mitteilung des Minimal- und Maximalprogramms an den Vertrauensmann erklärte er für unbedenklich. Dieser sei dann in der Lage, „auf die vollständige Nutzlosigkeit einer weiteren Erörterung hinzuweisen", wenn die französischen Forderungen unannehmbar wären. Sollten diese „nicht direkt indiskutabel" erscheinen, so wäre die Möglichkeit einer Einleitung des Friedensgespräches in Anknüpfung an das Minimalprogramm gegeben. So in die Enge gedrängt erklärte sich Bethmann Hollweg schließlich mit der Entsendung eines Vertrauensmannes nach der Schweiz einverstanden, machte aber folgende Bedingungen:

1. Dieser hat sich rezeptiv zu verhalten.
2. Er könnte in sehr vorsichtiger Weise durchleuchten lassen, daß ihm eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland auf Grundlage eines territorialen Austausches in Europa, eines allgemeinen kolonialen Abkommens und wirtschaftlicher Kompensationen im Bereiche der Möglichkeiten zu liegen scheine.

3. Müßte der Vertrauensmann die Frage stellen: „Wie wird sich England zu einem derartigen Arrangement stellen?"

Auch seinen Widerstand gegen die Wahl des Grafen Mensdorff, gegen den seine Verwandtschaft mit dem englischen Königshause und französische Familienbeziehungen sprachen, gab der Reichskanzler schließlich auf, vergaß aber hinzuzufügen, wie es dieser anfangen solle, das rezeptive Verhalten, die Andeutung von Verständigungsmöglichkeiten und sein nochmals eingeschärftes Verbot, das deutsche Minimalprogramm zu enthüllen, miteinander zu vereinigen.

In der Konferenz schnitt Czernin, im Besitze der gewünschten Rückversicherung, die Ostfragen an. Am Vormittag wird in Anknüpfung an die Petersburger Nachrichten die Reihenfolge wohl die umgekehrte gewesen sein. Noch war nicht vorauszusehen, ob man sich mit einer revolutionären Regierung Rußlands eher verständigen werde, als mit dem Zarismus. Auch ein Staatsmann mittlerer Begabung würde an Bethmann Hollwegs Stelle für Abwarten gestimmt haben, mit dem festen Vorsatze, den Russen jetzt goldene Brücken zum Frieden zu bauen, ohne auf die Nachhilfe starken militärischen Druckes zu verzichten. Das Hindernis der Autonomieerklärung Polens wäre in diesem Stadium der Entwicklung vielleicht noch nicht unüberwindlich gewesen. Die beste Sicherung gegen den Panslawismus blieb doch für längere Zeit seine Schwäche. Aber Österreich-Ungarn waren Deutschland und Rußland auseinander gekommen. Schon daraus ergab sich, daß der Vertreter der Monarchie das erste Wort zur neuen Lage hatte. Wenn er ihr nicht Rechnung trug, konnte der Reichskanzler Czernin mit bundesfreundlicher Schonung daran erinnern, daß die Monarchie nach seinem eigenen Geständnis am Ende ihrer Kräfte angelangt wäre. Bethmann Hollweg aber zog die Erklärung vor: „während er sich im Westen auf einen Gebietsaustausch, also ein partielles Geben einlassen wolle, könne im Osten, solange Deutschland nicht geschlagen sei, nur davon die Rede sein, ‚was behalten wir', schlimmstenfalls von einer Rückkehr zum status quo ante bellum." In der Aufrichtung eines polnischen Königreiches und dem Hinausschieben der Grenze gegen Rußland sah der Enkel des Führers der Wochenblattpartei nach wie vor für den Zweibund große Vorteile. Er verzichtete daher auf den Er-

werb polnischer Gebietsteile, während er Annexionen in Kurland und Litauen ins Auge faßte, deren Umfang sich nach der militärischen Lage bei Friedensschluß zu richten habe. Wenn sie jedoch gezwungen würden, Kongreßpolen an Rußland zurückzugeben, so kämen für Deutschland nur Grenzberichtigungen an der schlesischen und ostpreußischen Grenze in Betracht.

Verzichte im Westen und Entschädigungen im Osten, das war das Fahrwasser, in dem Czernin den Reichskanzler zu sehen wünschte, aber es erschüttert doch den deutschen Glauben an seine politische Überlegenheit, wenn man beobachtet, wie er nun selbst ein Staatsschiff, das sich angeblich nur bis zum Herbst noch über Wasser halten konnte, in den vollen Strom imperialistischer Annexionspolitik hineinsteuerte. Nicht minder erstaunlich war die Begründung, die er dem Maximalprogramm der Monarchie vorausschickte. Von dem nächstliegenden Ziel der Erhaltung ihrer territorialen Integrität ausgehend, mußte er anerkennen, daß sie sich in einer wesentlich schlechteren Lage befände, als Deutschland, dessen Armeen sozusagen überall in Feindesland stünden. In dem Generalgouvernement Lublin sah er unter diesem Gesichtspunkte in erster Linie ein Pfand für die vom Feinde besetzten Teile Galiziens und der Bukowina. Indem er das Interesse Österreich-Ungarns an der Errichtung eines polnischen Königreiches ganz in den Hintergrund schob, gab er der Erklärung des Reichskanzlers die Bedeutung, daß überwiegend Deutschland an der Wiederherstellung Polens interessiert wäre! Statt nun aber daraus zu folgern, daß Österreich-Ungarn eine weit ausschauende Annexionspolitik, die nicht nur seine Integrität, sondern auch seine staatliche Weiterexistenz in Frage stellte, nicht mitmachen könnte, gab Czernin dem Verlangen Ausdruck, daß der territoriale und wirtschaftliche Kriegsgewinn des Vierbundes in eine gewisse Übereinstimmung gebracht würde. Als ob sich das alles noch vor Eintritt des Herbstes erreichen ließe, schlug er eine Aufteilung des Königreiches Rumänien vor. Die Walachei und den zwischen Karpathen und Sereth gelegenen Teil der Moldau hatte er der Monarchie zugedacht. Bulgarien sollte die 1913 abgetretenen Teile der Dobrudscha zurückerhalten. Aus dem Rest der Dobrudscha wäre nach seinem Vorschlag ein unter internationaler Kontrolle stehendes Staatswesen geworden. Mit dem

Köder der östlich des Sereth gelegenen Gebiete der Moldau hoffte er, Rußland für einen baldigen Frieden geneigter zu stimmen.

Wenn dem Historiker nichts anderes vorläge als das Konferenzprotokoll vom 16. März 1917, könnte man versucht sein, anzunehmen, daß Czernin, weit entfernt von Annexionsabsichten, den Reichskanzler lediglich mit gleicher Münze bezahlt habe. Die urkundlich bezeugte Weiterentwicklung seiner Pläne läßt jedoch keinen Zweifel, daß es ihm mit seinen Vorschlägen am 16. März ernst gewesen ist. Von einer höheren Warte betrachtet, lassen sie sich vielleicht mit der Abendröte der Idee der Donaumonarchie vergleichen. Jahrhundertelang hatte der Imperialismus der Habsburger die ihrem Völkerstaat die innere Berechtigung verleihende Idee des Donaubandes immer wieder verfälscht. Die Verbindung mit dem deutschen Reiche ist nur vorübergehend so ausgenutzt worden, wie sie ständig hätte ausgenutzt werden sollen. Im Westen und noch mehr im Süden, in dem italienischen Anbau wurden Kräfte vergeudet, die man nutzbringend zur Sprengung des eisernen Tores der Donau hätte einsetzen sollen. Der Gedanke Czernins war an sich begründet, aber er kam um mehr als sechs Jahrzehnte zu spät. Im Krimkrieg hätte er sich vielleicht durchsetzen lassen, wenn der Kampf um die deutsche Vormachtstellung und die Sorge für Lombardovenezien nicht gewesen wären. 1917 kennzeichnet er den Staatsmann, der ihn aussprach, als gefährlichen Illusionspolitiker.

So knapp das Protokoll abgefaßt ist, so spiegelt sich doch darin die Überraschung der deutschen Konferenzteilnehmer. Am liebsten wäre der Reichskanzler einer Antwort ganz ausgewichen. Wenn er sich doch zu einer Kritik der Annexionsabsichten Czernins aufraffte, so geschah es mit dem Vorbehalte gründlichen Studiums des rumänischen Teilungsplanes. Immerhin ließ er schon jetzt erkennen, daß er sich gegen ein Programm, dessen Erreichbarkeit er bezweifelte, nicht ganz ablehnend verhalten würde. Der Aufteilung Rumäniens hätte er die Abtretung der Westwalachei an Österreich-Ungarn und der östlichen Moldau an Rußland vorgezogen. Czernin durfte also auch da vor der „gründlichen Berliner Beratung" über ein Viertelzugeständnis quittieren und wird es nicht ungern gesehen haben, daß Merey sich zur Vermeidung irredentistischer Umtriebe für die Angliederung

eines größeren Gebietes aussprach, obwohl ihm der Botschafter zugleich durch starke Bedenken gegen die Abtretung der östlichen Moldau an Rußland das Konzept verrückte. Nach den Ausführungen des Reichskanzlers formulierte er jetzt seinen Standpunkt folgendermaßen:

1. Eine Herausgabe der besetzten russischen und Balkangebiete darf vor Räumung der besetzten Landesteile der Monarchie nicht stattfinden.

2. Die Neuerwerbungen Deutschlands und Österreich-Ungarns sollen territorial und wirtschaftlich „in eine gewisse billige Relation gebracht werden". Muß sich Deutschland mit dem status quo ante begnügen, so wird sich auch die Monarchie mit der vollen Integrität zufrieden geben. Kommt es zu deutschen Annexionen, so muß die Monarchie auf der Zuteilung der Walachei bestehen. Ohne sich an der Vertauschung der Westwalachei mit der ganzen Walachei zu stoßen, erklärte sich Bethmann Hollweg mit diesen Leitsätzen grundsätzlich einverstanden. Ahnungslos hatte er Czernin durch die rumänische Kompensation für serbische Zugeständnisse an die Entente freie Bahn geschaffen. Was auch in der Audienz des Reichskanzlers bei Kaiser Karl und seiner Besprechung mit Czernin unter vier Augen am 17. März zur Sprache gekommen sein mag, der Zweck der Mitteilung Czernins über den angeblichen französischen Friedensfühler war erreicht. Den Verhandlungen mit Prinz Sixtus stand nichts mehr im Wege. Wenn der Verbündete jetzt den Aufpasser spielen wollte, so sorgte die Entsendung des Grafen Mensdorff nach der Schweiz dafür, daß jeder Verdacht auf falsche Fährte gelenkt wurde. Die deutschen Bedenken gegen Mensdorff waren gegenstandslos gewesen. Während der ehemalige Londoner Botschafter zu einer Komödie mißbraucht wurde, ging noch am 16. März an Sixtus die Nachricht ab, daß Erdödy am 18. März in Genf eintreffen werde.

Der Prinz aber hatte, ungeduldig geworden, an demselben 16. März einen Brief an seinen Schwager zu Papier gebracht, der nur auf eine sichere Beförderung wartete. Sein Tagebuch über die beiden Wiener Reisen ist wohl am meisten retuschiert. Um so wertvoller ist der nachfolgende Brief, weil er seine mündliche Eröffnung vorwegnimmt und die Kritik des Tagebuchs erleichtert.

Paris, 16. März 1917.

„Mein lieber Karl.

„Vor allem teile ich Dir mit, daß die Sache eine sehr günstige Wendung nimmt. Ich will mich nicht bei den verschiedenen langwierigen und schwierigen Schritten, die ich in Paris tun mußte, aufhalten. Die Note hätte alles mißlingen lassen wegen ihres unbestimmten, zurückhaltenden Charakters und ihrer ausweichenden Fassung. Nur die mündlichen Erläuterungen konnten diesen fatalen Eindruck teilweise verwischen; sie mußten immer wieder von neuem mit allen Mitteln der Überredung vorgebracht werden. Das ist nicht leicht gewesen.

„Zu folgendem Ergebnis bin ich endlich gelangt. Die Dir zu Beginn genannten vier Vorbedingungen scheinen zusammen angenommen zu sein, und, wenigstens hier, den Ausgangspunkt eines möglichen Vergleiches zu bilden. Dieses Ergebnis ist umso wertvoller, da man, wenigstens hier, nicht als fünften Punkt die Überlassung Triests an Italien gefordert hat. Wenn Italien Triest erobert hätte, würde die Entente es ihm zuerkennen; wenn es Triest nicht einnimmt, scheint die Entente darauf zu verzichten, es ihm zu garantieren, während andererseits Deutschland es Italien angeboten hat, um es wieder auf seine Seite zu führen.

„Der Augenblick muß unter allen Umständen benutzt werden. Wenn in Frankreich ein Ministerwechsel stattfindet, finge alles von neuem an. Briand hat dem Präsidenten, der ihn in Kenntnis setzte, die Geheimhaltung versprochen. Das Gleiche wird in England geschehen, wo allein der König und die unumgänglichen Minister in strengstem Geheimnis sich entscheiden werden. Hinsichtlich Rußlands hat die Revolution dieser Tage gewisse Pläne, mich zum Zaren mit einem Briefe des Präsidenten zu schicken, vereitelt. Wie es sich auch mit dieser Revolution verhalten mag, die im Augenblicke, wo ich schreibe, ein Sieg der liberalen Bourgoisie Moskaus hinsichtlich des Krieges bis zum Äußersten ist, so würde die Tatsache eines Vergleiches mit Frankreich und England, die im Ganzen genommen die Entente führen, eine wesentliche Garantie für Dich sein, deren Wichtigkeit nicht genug unterstrichen werden kann.

„Um aber zu diesem Ergebnis zu kommen, gibt es nur ein

mögliches Mittel, das eine absolute Notwendigkeit ist, daß Du mir sobald als möglich ein Schriftstück schickst, worin Du mir kurz und bündig ohne Zweideutigkeit die vier Punkte anerkennst. Ich gestatte mir einen Entwurf beizufügen. Ich bitte Dich inständigst, Dich tunlichst daran zu halten, indem Du verhinderst, daß man das Wesentliche darin verwässert unter den üblichen Kanzleivorbehalten, die bedauerlich sind; denn sie lassen eine kostbare Zeit verlieren, während man zur Zeit sich beeilen muß, um den Ereignissen zuvorzukommen.

„Wenn ich diese vier Punkte nicht klar und präzis überbringe, wird man hier unter dem Eindruck der ersten für ganz unannehmbar gehaltene Note bleiben.

„Ergebnis: Du und ich werden den Eindruck erwecken, eine Besprechung eingeleitet zu haben, ohne die Fähigkeit, sie durchzuführen, wie jemand, der gute Absichten hat, sie aber nicht verwirklichen kann. Und der Verdacht wird entstehen können, wohl mit Unrecht, daß Du dieses Anerbieten gemacht hast, nicht um in dem, was Dich betrifft, zum Ziele zu gelangen, sondern um Deutschland aufzuklären, und man wird hier noch mehr sagen, daß Du das Schicksal Deines Reiches von dem seinigen nicht trennen kannst.

„Es scheint mir, daß man mit Dir auf diesen Grundlagen gern den Frieden schließen würde, aber ganz Frankreich ist zugleich fest entschlossen, den Krieg mit äußerster Energie gegen Deutschland fortzusetzen, bis dieses entscheidend und endgültig geschlagen ist.

„Es ist meine Pflicht, Deine Aufmerksamkeit auf diesen wesentlichen Punkt zu lenken. Niemand wird mit Deutschland verhandeln wollen, bevor es geschlagen ist.

„Zur Zeit ist die Stimmung die beste; niemals wird man für Dich diese Gelegenheit, einen Frieden ohne Verlust anzubieten und zu schließen, wiederfinden.

„Wenn Deutschland sich vorbehält, den Frieden mit der Entente festzusetzen, wird es vorziehen (und ich habe Dir schon das erstemal durch den Grafen Erdödy mitgeteilt, was wir Positives in dieser Richtung wissen), Rußland, Frankreich und Italien auf Kosten der Türkei und Österreichs zu bezahlen. Der Zusammenbruch der asiatischen Türkei ist durch Deutschland nicht verhindert

worden. Gott bewahre Dich, ähnlichen Berechnungen in Galizien, der Bukowina, Siebenbürgen und im Süden zum Opfer zu fallen. Das alles, um preußisch Polen oder das linke Rheinufer zu erhalten.

„Es ist also Dein Interesse, die Vorhand zu gewinnen und über den Frieden zu verhandeln im Interesse Deiner Völker, denen Du bei Deiner Thronbesteigung den Frieden sobald als möglich versprochen hast. Noch einmal, Du kannst das um so eher tun, da man Dir wohl geneigt ist, während die Gefühle der Entente den Hohenzollern ganz und gar feindlich sind.

„Wenn Italien, das man einmal, sobald die anderen einig sind, in Kenntnis setzen wird, die Hinzufügung des fünften Punktes Triest verlangt, steht es Dir immer frei, ihn anzunehmen oder abzulehnen, und meines Erachtens muß man ihn dann annehmen, wenn die Meinung Wiens es Dir gestattet, obgleich die anderen Mächte ihn anfänglich nicht als wesentlich angesehen haben. Die deutschen Zeitungen kündigen eine baldige Offensive gegen Italien an. Ich begreife Deinen Wunsch, sie zu unternehmen, aber es ist zu fürchten, daß Rußland wie im vorigen Jahre Dich im Norden angreift, um Italien beizustehen; und dieses würde außerdem im Falle einer wirklichen italienischen Niederlage Frankreich und England verpflichten, Truppen zu schicken, was ipso facto jeden Ansatz zu Verhandlungen abbrechen würde. Es erscheint mir also sehr unpolitisch, mit einer Offensive zu beginnen. Es wäre tausendmal politischer, sie sich vorzubehalten für den Fall, daß diese Verhandlung mit Italien nicht zum Ziele führte. Wenn die Italiener Dich vorher angreifen, so ist das selbstverständlich ihre Sache.

„Das alles verlangt rasches und pünktliches Handeln. Bald wird die ganze Welt gegen Deutschland sein, und es wird unmöglich sein, einen annehmbaren Frieden zu schließen, wenn man sein Geschick mit dem deutschen verbunden sein läßt, wäre es auch nur deswegen, weil der Friede, je mehr Verbündete es gibt, desto schwieriger wird, wegen der Menge der Leute, die befriedigt werden müssen.

„Moralisch würde es Dir nicht schwer sein, Dich zurückzuziehen, indem Du zum Beispiel eine der unlösbaren Fragen zwischen Dir und den Preußen, wie die polnische, aufwürfest. Mate-

riell besteht eine hier für sehr bedenklich gehaltene Schwierigkeit: die Vermischung Deiner und der deutschen Truppen. Wie soll man diese große Gefahr beschwören? Wir wissen hier sehr wohl, daß Preußen zu allem entschlossen ist; es wird sich nicht scheuen, den bulgarischen Streich von 1913 auszuführen und plötzlich über seine Verbündeten herzufallen. Ich kann von hier aus selbstverständlich nicht beurteilen, was Du tun kannst und willst, ich kann Dir nur meine Befürchtungen übermitteln; andere Personen, die von ihrem Standpunkte aus gewisse Dinge wissen können, haben sie ebenfalls.

„Deutschland verrät Dich schon, wo es kann. In Italien ist Giolitti immer auf der Lauer, mit ihm abzuschließen. In den höchsten Kreisen des regno gibt es überzeugte Freunde Preußens, aber der Haß richtet sich nur gegen Österreich. Und noch eine Gefahr nötigt schließlich, rasch abzuschließen, daß nämlich Italien mit aller Gewalt sich Parteigänger in Frankreich zu schaffen sucht und im Parlament damit allzu gute Erfolge erzielt.

„Nur Männer wie Poincaré und Briand hüten noch die alte französische Tradition. Ein neues Ministerium könnte sehr wahrscheinlich eine gewisse Zahl eifriger Freunde Italiens enthalten."

In dem vom 17. März datierten „Schriftstück", auf das der Brief Bezug nimmt, gab Sixtus den vier Punkten die von der französischen Regierung geforderte präzise Fassung, wobei er aus Czernins „Note" das Versprechen wirtschaftlicher Zugeständnisse an Serbien herübernahm. Daran reihte sich die Erklärung, daß der Kaiser nach Annahme der vier Punkte zum Waffenstillstand unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit bereit wäre. In dem Schlußsatz wurde die Erwartung ausgesprochen, daß Frankreich und seine Verbündeten der Monarchie unverzüglich mit ganzer Macht Beistand leisten würden, falls das deutsche Reich sie zum Widerruf dieses Abkommens auffordern oder mit Krieg bedrohen sollte.

Als die Prinzen am 19. März sich mit Erdödy in Genf trafen, um ihm den Brief mit Beilage einzuhändigen, überzeugte sich Sixtus, daß er sein Ziel nur persönlich in Wien erreichen konnte. Der Überredung durch Erdödy hat es sicher nicht bedurft. Den Ausschlag gab offenbar die Erkenntnis, daß Czernin ein

neues Hindernis darstellte, das sich nur an Ort und Stelle überwinden ließ. Am 20. März erfolgte der Aufbruch. Die Person Erdödys und Pässe des Ministeriums des Äußeren sorgten dafür, daß die Grenze ohne Schwierigkeit passiert wurde. Am Abend des 22. kamen sie in Wien an, wo sie in Erdödys Wohnung abstiegen.

Die Erzählungen des Prinzen über seine Wiener Erlebnisse zeigt, daß er weiß, was er französischen Lesern schuldig ist. Des trockenen Tones satt, versteht er zu spannen und zu fesseln. Schon der Szenenaufbau verrät Sardousches Raffinement. Die ermüdende Reise in Auto und Eisenbahn wird mit wenigen Worten abgetan. Auf die Genfer Exposition folgt unmittelbar der Empfang durch das Kaiserpaar am Abend des 23. März. Schloß Laxenburg im Schneegestöber, eingemummte Schildwachen, verschlafene Höfe und verschwiegene Hintertreppen bilden einen wirkungsvollen Gegensatz zu den Wohnräumen Karls und Zitas, wo das im August 1914 zum letztenmal vereinte jugendliche Quartett ein bewegtes Wiedersehen feiert. In der Biederkeit seines Wesens ist Karl der alte. Der größere Ernst und die grauen Haare an den Schläfen erinnern daran, daß aus dem Erzherzog-Thronfolger der Träger einer Dornenkrone geworden ist. Wie ein Störenfried erscheint in diesem trauten Familienbild Graf Czernin, „groß, mager und frostig, im Paletot". Erst sein Aufbruch stellt den Einklang wieder her. Es würde den Eindruck dieser Hauptszene nur abschwächen, wenn der Bericht über den 24. März ebenso ausführlich gehalten wäre. Die Besprechung mit Czernin in Erdödys Wohnung am Vormittag wird dem nochmaligen Empfang in Laxenburg gegenüber gestellt, um den Unterschied zwischen Durchschnittsdiplomat und Herrscher noch stärker herauszuarbeiten. Mit Karls Brief in der Tasche verläßt Sixtus als Sieger den Schauplatz.

Wie sehr hier Wahrheit und Dichtung vermischt sind, würden schon die Reden beweisen, die Sixtus seinem kaiserlichen Schwager in den Mund gelegt hat, als ob wir nicht gerade durch ihn erfahren hätten, daß Zita das Wort und er selbst die Feder für Karl geführt haben. Indem er sichtlich die Rollen des Kaisers und seines Ministers öfters vertauscht, läßt er Czernin so zu kurz kommen, daß man nicht versteht, weshalb ihn dieser eigentlich

sprechen wollte. In einem Phonograph, der den Spion gespielt hätte, aufgefangen, würden das Laxenburger Quartett und Quintett sicher ganz anders lauten als wie es Sixtus aufgezeichnet hat. Es gibt wenigstens einen Begriff davon, wenn man vorsichtig die Verbindungslinien zwischen dem Ausgangspunkt des Prinzen und dem in Karls Brief vom 24. März enthaltenem Ergebnis der Reise zieht. Wir müssen uns daher, so oft er auch gedruckt worden ist, auch hier seinen Wortlaut ins Gedächtnis zurückrufen.

Mein lieber Sixtus!

„Das Ende des dritten Jahres dieses Krieges, der so viel Trauer und Leiden in die Welt gebracht hat, naht heran. Alle Völker meines Reiches sind enger als je vereint in dem gemeinsamen Willen, die Integrität der Monarchie auch auf Kosten der schwersten Opfer zu verteidigen. Ihrer Einigkeit, dem hochherzigen Zusammenwirken aller Nationalitäten meines Reiches verdankt es die Monarchie, daß sie bald drei Jahre den schwersten Stürmen standhalten konnte. Niemand wird die militärischen Erfolge meiner Truppen besonders auf dem Balkankriegsschauplatze bestreiten können.

„Frankreich hat ebenfalls großartige Beweise seiner Widerstandskraft und seines Elan geliefert. Wir bewundern alle rückhaltlos die traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Geist der Aufopferung des ganzen französischen Volkes.

„Es ist mir daher, obwohl wir augenblicklich Gegner sind, besonders erfreulich zu sehen, daß mein Reich von Frankreich durch keine wirklichen Interessengegensätze getrennt ist, und daß meine lebhaften, in der ganzen Monarchie geteilten Sympathien für Frankreich wohl zu der Hoffnung berechtigen, die Wiederkehr eines Krieges, für den ich nicht verantwortlich bin, in Zukunft zu vermeiden. Deshalb und zur Kundgebung der Aufrichtigkeit meiner Gefühle in präziser Form bitte ich Dich, dem Präsidenten der französischen Republik, Herrn Poincaré, geheime und nichtoffizielle Mitteilung zu machen, daß ich mit allen Mitteln und mit meinem ganzen persönlichen Einfluß die gerechte französische Zurückforderung Elsaß-Lothringens unterstützen werde.

„Belgien muß als souveräner Staat wieder hergestellt wer-

den und seine sämtlichen afrikanischen Besitzungen behalten unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste erhalten sollte. Die Souveränetät Serbiens wird wieder hergestellt werden, und wir sind, um unseren guten Willen zu beweisen, erbötig, ihm einen der Billigkeit entsprechenden natürlichen Zugang zum adriatischen Meere und weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu garantieren. Österreich-Ungarn wird dagegen als unerläßliche Vorbedingung fordern, daß das Königreich Serbien sich in Zukunft von jeder Gesellschaft oder Vereinigung mit der politischen Tendenz der Zerstückelung der Monarchie losmacht und sie unterdrückt, besonders die Narodna Obrana, daß es loyal und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln jede derartige politische Agitation in Serbien und außerhalb seiner Grenzen verhindert und daß es dafür unter Garantie der Ententemächte bürgt.

„Die jüngsten Ereignisse in Rußland nötigen mich, die endgültige Bildung einer gesetzlichen Regierung abzuwarten, ehe ich mich über diesen Punkt äußere.

„Nachdem ich Dir so meine Gedanken auseinandergesetzt habe, möchte ich Dich bitten, mir zuvörderst die Ansicht Frankreichs und Englands nach Aussprache mit beiden Mächten mitzuteilen, damit auf diese Weise eine Grundlage für offizielle allgemein befriedigende Verhandlungen geschaffen wird.

„In der Hoffnung, daß wir so beiderseits den Leiden so vieler Millionen Menschen und so vieler in Trauer und Angst lebender Familien ein Ziel setzen werden, bitte ich Dich, an meine lebhafteste brüderliche Zuneigung zu glauben."

Karl.

Aus der Tatsache dieses Briefes ergibt sich, daß sich Sixtus mit einer Erklärung des Kaisers begnügen mußte, weil er das von der kaiserlichen Regierung erwartete Schriftstück nicht erhalten konnte. Mit Recht hat Czernins Verteidiger Sektionsrat Demblin daran erinnert, „daß es ein Unterschied ist, dem Verbündeten zu einer Abtretung zu raten, und dem Feinde davon zu sprechen!" Er irrt nur, wenn er damit den Unterschied zwischen Czernin und Karl bezeichnet zu haben glaubt. Es handelt sich hier offensichtlich überhaupt nicht um Unterschiede, sondern um Ab-

stufungen. Zu einer Garantie Elsaß-Lothringens hatte sich Österreich-Ungarn vor Ausbruch des Weltkrieges niemals verstanden. Der Zweibund war einseitig gegen Rußland gerichtet gewesen. Den Bündnisfall hatte auf beiden Seiten der Krieg mit Rußland geschaffen. Der Kriegszustand mit Frankreich war davon nur die Folge. Eine Garantie der Reichslande wurde dadurch noch nicht begründet, aber auch von Neutralität in der elsaß-lothringischen Frage konnte nicht mehr die Rede sein, seitdem die Monarchie auch gegen Westen Front gemacht hatte. Es war daher schon eine Viertelschwenkung zum Feinde hin, als Czernin in der von Erdödy mitgeteilten Instruktion sein Einverständnis mit einem eventuellen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen erklärte. Die ganze Schwenkung bis zu dem Versprechen, Frankreich zu unterstützen, blieb dem Kaiser vorbehalten, und man sieht jetzt deutlich, daß der Minister am Vormittag des 24. März über eine gewundene Umschreibung seines verhängnisvollen Zugeständnisses vom 20. Februar vorläufig nicht hinausgehen wollte.

Auch über Serbien hat Czernin nicht mehr sagen wollen als vier Wochen früher. Die Nichterwähnung der Karageorgewitsch wie die Forderung der Unterdrückung der großserbischen Propaganda ist in Karls Brief ein Rest der Vorbehalte des Ministers. Die folgerichtigen Bedenken Czernins gegen die Herstellung der vollen serbischen Souveränität hat der Kaiser auf die Erinnerung seines Schwagers an die conditio sine qua non fallen lassen.

Eine ähnliche Bewandtnis hat es mit der Erklärung über Belgien. Czernin hatte es auch da, in Hinblick auf die von Deutschland geforderten Garantien, vermieden, von Herstellung der Souveränität zu sprechen. Vom Kongostaat schwieg er absichtlich. Man sieht, wie sich seine Haltung in der serbischen und belgischen Frage gegenseitig bedingt. Die Neigung, mit zweierlei Maß zu messen, verrät hier nur sein Vorschlag, daß Belgien durch alle Kriegführende entschädigt werden solle. Es ist zugleich der einzige Punkt, in dem er und der Kaiser am 20. Februar einer Meinung waren. Die von Sixtus vorgeschlagene Formel sagte nicht, wer für die Entschädigung aufzukommen habe, zielte aber in ihrer Zweideutigkeit auf Deutschland, und gerade diese Formel übernahm Karl wörtlich in seinen Brief.

Über das vorläufige Ausscheiden des vierten Punktes scheint keine Meinungsverschiedenheit bestanden zu haben. In dem Entwurf einer Note vom 17. März hatte Sixtus die Monarchie noch vorschlagen lassen, ihre Zustimmung zur Festsetzung Rußlands in Konstantinopel gegen die Räumung ihrer von russischen Truppen besetzten Gebiete einzutauschen. In Wien stellte er sich aus eigener Initiative oder auf einen nachträglichen Wink der französischen Regierung auf den Standpunkt, daß es auch für Frankreich vorteilhafter wäre, wenn Konstantinopel in türkischen Händen unter internationaler Aufsicht bliebe, ja, er machte kein Hehl aus seiner Freude, daß die russische Revolution Frankreich vielleicht von der lästigsten, traditionswidrigen Verpflichtung der Entente mit dem Zaren befreien würde. Der Gedankenaustausch über die Zukunft durfte bereits von Rußland absehen. Karl meinte, daß eine austro-polnische Lösung der polnischen Frage am besten mit der traditionellen Polenfreundschaft Frankreichs harmonierte. Sixtus sprach die Erwartung aus, daß Österreich-Ungarn künftig die französische Orientpolitik unterstützen werde. Das Ergebnis war die gemeinsame Überzeugung, daß es der zukunftsreichen Entwicklung der französisch-österreichisch-ungarischen Interessengemeinschaft nur schaden würde, wenn die Monarchie sich in diesem Augenblicke hinsichtlich Rußlands festlegte.

Es versteht sich von selbst, daß Karls Meinung über die austro-polnische Lösung ihm von seinem Schwager vorgesprochen worden war. Schon daraus erhellt, daß die Verquickung der polnischen und rumänischen Frage zwischen Sixtus und Czernin nicht zur Sprache gekommen ist. Den Kaiser läßt Sixtus sagen, daß es hinsichtlich Rumäniens am besten beim alten bliebe. Das stimmt dazu, daß Czernin seine Pläne damals seinem Herrn noch nicht entwickelt hatte. Der Ursprung der rumänischen Illusion Czernins dürfte wohl in der Nichterwähnung des Königreiches in den vier Punkten des Prinzen zu suchen sein. Da Sixtus nicht davon anfing, hielt es Czernin offenbar für zweckmäßiger, das Thema Rumänien nicht zu berühren, solange noch die serbische Frage im Vordergrund stand. So erklärt es sich, daß sich Sixtus über die Zurückhaltung des Ministers beklagt. Die kaiserliche Puppe hatte er unter vier Augen gängeln können. In der Besprechung mit Czernin waren die Grenzen durch die vier Punkte abgesteckt.

Die materiellen Schwierigkeiten einer Waffenruhe waren bereits in Paris gewürdigt worden. In Wien erhielt Sixtus Gelegenheit, sie aus größerer Nähe zu betrachten. Schon aus der inständigen Bitte Karls und Czernins um Wahrung des Geheimnisses sprach nur allzu deutlich die Furcht vor dem mächtigen Bundesgenossen. Militärisches Resiko ist nichts für Leute, die sich drücken wollen. Karl wäre noch weniger als Czernin imstande gewesen, es zu übernehmen. Über diesen Graben hat Sixtus seinen Schwager nicht hinübergebracht. Dafür erhielten die Regisseure der englisch-französischen Frühjahrsoffensive die beruhigende Versicherung Karls, daß er gegen Italien keine Offensive im Schilde führe. Ohne den Brief seines Schwagers hätte der Prinz in Paris melden müssen, daß der Kaiser und Czernin noch so dächten, wie am 20. Februar. Den Brief aber hat Sixtus nach der Vormittagsbesprechung mit Czernin aufgesetzt und seinem Schwager nur die Ehre gelassen, ihn mit Tintenbleistift getreulich abzuschreiben. Die Behauptung des Prinzen, daß Czernin den Brief gekannt und gebilligt habe, widerlegt sich selbst. Von dem Herrscher, der sich angeblich in langen staatsmännischen Reden erging, bleibt nichts übrig als ein der Fürsorge bedürftiger Jüngling, der dem verschwägerten Thronprätendenten Frankreichs Vorspanndienste leistete.

Wie Bethmann Hollweg wohl geglaubt hatte, Czernin besser kontrollieren zu können, wenn er ihn gewähren ließ, mochte auch Czernin gedacht haben, der Nebenregierung des Hauses Parma durch Zusammenarbeiten mit Zita und Sixtus am besten zu steuern. Die Folge war, daß beide Minister als Mitwisser hintergangen wurden, Bethmann Hollweg durch Czernin, dieser durch Kaiser Karl. Die mit dem Briefe Karls wuchernde Sonderfriedensaktion des Prinzen geht ausschließlich auf Rechnung der Firma Bourbon-Habsburg. Von der Mitschuld aber kann auch Czernin nicht freigesprochen werden. Auch er hatte aus dem Munde des Prinzen gehört, daß die Entente mit Deutschland keinen Frieden schließen wollte. Es ist eine unerhörte Verdrehung der Tatsachen, wenn er Ludendorff dafür verantwortlich macht, durch Widerstand gegen ein rechtzeitiges Opfer den Frieden vereitelt zu haben. Auf den ersten Widerstand stieß er, wie wir gleich sehen werden, bei der Reichsleitung. Wenn er etwa geglaubt hat, daß sich Frankreich

mit einer größeren Grenzberichtigung zu seinen Gunsten zufrieden geben werde, so sollte sich das als die größte Illusion dieses maßlos überschätzten Realpolitikers erweisen. Wohin er eigentlich steuerte, scheint ihm selbst nicht klar gewesen zu sein. Mit dem Gedanken des Verrates an dem Bundesgenossen hat auch er gespielt, aber er dachte sich die Ehescheidung wohl als allmähliche Loslösung, nicht als Bruch. Schon aus diesem Grund würde er Schritte, die sie beschleunigen konnten, vermieden haben. Der Brief des Kaisers hat ihn, als er ihn nach Jahresfrist kennen lernte, entsetzt.

Wie eilig es Czernin jetzt hatte, ergibt sich schon daraus, daß er gleichzeitig mit den Bourbonischen Brüdern am 25. März aus Wien abreiste, um die am 16. März eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Vorsorglich brachte er auch diesmal Graf Colloredo Mannsfeld mit, damit über die am Nachmittag des 26. März im Reichskanzlerpalais in Berlin stattfindende Sitzung mit Bethmann Hollweg, dem Staatssekretär Zimmermann, v. Stumm und dem Botschafter Prinz Hohenlohe ein Protokoll aufgenommen werde. Wie am 16. begann er mit der Erklärung, daß Österreich-Ungarn über den Herbst hinaus den Krieg unmöglich fortführen könne. Ob es bis August oder September aushielte, wäre nicht sicher. Daran schloß sich die Mitteilung, daß Graf Mensdorff, der Wiener Abrede gemäß, nach der Schweiz entsandt worden sei. Wenn dieser oder ein anderer an seiner Stelle nach der Schweiz geschickter Emissar ein zweites Mal mit dem französischen Vertrauensmanne zusammenträfe, so werde er irgend etwas sagen müssen. Das festzustellen, sei er nach Berlin gekommen.

Die Bemerkung über den zweiten Sendboten verrät, daß Czernin schon damals gehofft hat, das Friedensgespräch mit Sixtus durch Berufsdiplomaten fortsetzen zu lassen. Wer das erstemal mit dem französischen Vertrauensmann zusammengetroffen war, sagte er nicht. Nur soviel ließ er durchblicken, daß nach allen Nachrichten, die sie hätten, die Entente einen großen Wert auf Serbien lege, jedenfalls einen größeren als auf Rumänien. Denn Serbien wäre der Ausgangspunkt des Krieges gewesen, und die Serben hätten sich gut geschlagen. Da aber notgedrungenermaßen ein großer Teil Serbiens an Bulgarien abgetreten werden müßte,

dachte er Serbien dadurch zu entschädigen, daß es ans Meer gelassen würde. Dem Prinzen gegenüber hatte er sich gehütet, von den bulgarischen Ansprüchen zu reden mit dem stillen Hintergedanken, die Beschneidung der Forderungen des Verbündeten der Entente zu überlassen. In Berlin brauchte er Großbulgarien, um die Vergrößerung der Monarchie durchzusetzen. Serbien an der Adria war der Trumpf, mit dem er auch bei der Entente die Aufnahme Serbiens in das österreichisch-ungarische Zollgebiet und die freie Hand in Rumänien durchzusetzen hoffte. Die Aufteilung dachte er sich jetzt so, daß Österreich die Walachei, Rußland die Moldau und Bulgarien die Dobrudscha bekäme. Die Donaumündung, den Schlußstein einer idealen Donaumonarchie, wollte er einem auf die Größe Monacos oder Lichtensteins zugeschnittenen kleinen rumänischen Staate überlassen. Nur unter Bedingung der Annexion der Walachei erklärte er sich damit einverstanden, daß das ganze russische Polen unter die militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft von Deutschland käme.

In der Aussprache, die sich daran schloß, zeigte auch Bethmann Hollweg, auf Zimmermann gestützt, eine festere Haltung als am 16. März. Den allgemeinen Passiva in beiden Lagern wurden die Activa der Verbündeten mit stärkerer Betonung gegenüber gestellt. „Wir dürfen uns nicht merken lassen, — sagte Zimmermann — daß wir müde sind, sonst erreichen wir das gerade Gegenteil." „Wenn wir morgen untergehen sollten, rufen wir heute noch: Hurrah", lautete Czernins Antwort. Die Verkoppelung der serbischen mit der rumänischen Frage fand taube Ohren. Zu bindenden Beschlüssen über das künftige Schicksal Rumäniens zeigte Zimmermann keine Geneigtheit, obwohl Czernin die Walachei wieder zur Bedingung des Verzichtes der Monarchie auf Polen machte. Die Schaffung eines nicht lebensfähigen kleinen Staates an der Donaumündung wollte dem deutschen Staatssekretär nicht einleuchten. Eine gemeinsame Grenze Rußlands und Bulgariens in der Dobrudscha erschien ihm dagegen unbedenklich. Jedenfalls ließ es sich nicht vermeiden, schon jetzt auch in Sofia wegen der bulgarischen Kriegsziele zu sondieren, obwohl Zimmermann maßlose Forderungen Radoslawows voraussah.

Im Zusammenhang der österreichisch-ungarischen Friedensfragen konnte es Czernin nicht vermeiden, auch das angebliche

italienische Angebot eines Sonderfriedens zu erwähnen. Kaiser Karl — erzählte er — hätte mit ihm vor einiger Zeit einmal über die italienische Frage gesprochen und dabei geäußert, er würde lieber zugrunde gehen, als nur einen Quadratmeter an Italien abtreten. Das entspräche — fügte der Minister hinzu — auch ganz seiner eigenen Auffassung: „Die Italiener haben sich in diesem Krieg so gemein benommen, unsere Truppen an der italienischen Front haben sich gegen eine große Übermacht so brillant geschlagen, daß niemand in der Monarchie es verstehen würde, wenn wir etwas an Italien abtreten wollten". So ängstlich es Bethmann Hollweg sonst vermied, die Empfindlichkeit des Verbündeten zu verletzen, konnte er sich jetzt doch nicht der Bemerkung enthalten, daß sich die Italiener zu einem Verzicht auf jede Grenzverbesserung gegen Österreich und zur Aufgabe Valonas doch nur dann bringen ließen, wenn sie entweder ganz zusammenbrächen oder von der Entente im Stich gelassen würden. Noch peinlicher als diese nüchterne Erwägung war für Czernin die Frage des Reichskanzlers: „Haben die Österreicher nicht noch ein Stück von Italien besetzt?" Schon in Wien hatte es mit der Regie der Intrige nicht ganz geklappt. In Berlin erlebte man eine Art diplomatischen Zusammenbruchs der Monarchie, als Hohenlohe an Czernins Stelle auf jene Frage die ehrliche Antwort gab: „Das von uns besetzte Stück Italien ist weder groß noch wertvoll." Der Botschafter hatte sich schon durch seinen Widerspruch gegen die Zulassung Serbiens zum Meere als das Gegenteil eines brillanten Sekundanten vorgestellt. Jetzt zögerte er nicht zu erklären: „Wenn die Italiener sich dicht bei Triest festsetzen und die Serben einen Hafen an der Adria bekommen, so ist es mit dem Bestand der Monarchie vorbei". Czernin aber ließ sich dadurch nicht abhalten, unvermittelt fortzufahren: „In der Schweiz wird natürlich die Frage von Elsaß-Lothringen angeschnitten werden. Würde Deutschland unter Umständen bereit sein, einen Teil von Elsaß-Lothringen an Frankreich abzutreten?" Da riß doch auch dem Reichskanzler der Geduldsfaden. „Graf Czernin — sagte er — hat soeben erklärt, er könne auch nicht einen Quadratmeter österreichischen Bodens an Italien abtreten. Wir aber sollen den Franzosen ein Stück der Reichslande geben." Czernins Einwürfe fing er gleichsam in einem

Spiegel auf, indem er ihn bat, „sich folgenden Frieden vorzustellen: Österreich-Ungarn bleibt vollkommen intakt und erhält die Walachei. Es nimmt Serbien in seinen Zollverband auf. Deutschland dagegen verliert seinen gesamten Außenhandel, einen großen Teil seiner Kolonien und einen Teil des Elsaß. Es gibt das besetzte Belgien und Nordfrankreich wieder heraus und erhält einzig und allein den unbequemen polnischen Nachbar."

Nichtsdestoweniger gelang es Czernin, aus dem Reichskanzler sein Minimalprogramm herauszuholen. Als ob er seine Aufwallung wieder gut machen wollte, gab jetzt Bethmann Hollweg die von Zimmermann absichtlich überhörte Verkoppelung der rumänischen und der serbischen Frage zu. Es schien ihm nicht übel, „das Pferd am serbischen Schwanze aufzuzäumen", obwohl von Stumms gesunder Menschenverstand ihm soufflierte, daß die Franzosen sich mehr für Elsaß-Lothringen und Belgien als für Serbien und Rumänien interessierten. Im Westen war er bereit, Frankreich „eine kleine Grenzverschiebung im Austausch gegen Briey zuzugestehen", und sich damit zu begnügen, Belgien ohne Annexion nur wirtschaftlich in die Hand zu bekommen. Im Osten sollte an Kurland, wenn Rußland darauf bestand, der Friede nicht scheitern. Czernin dagegen behielt sich die Ansprüche der Monarchie auf Polen vor für den Fall, daß die Entente der Aufteilung Rumäniens nicht zustimmte.

Bei diesem protokollarisch festgehaltenen Gedankenaustausch sollte es diesmal nicht sein Bewenden haben, Czernin benutzte die Einladung des Reichskanzlers zum Diner, um diesen noch weiter zu bearbeiten. Am Morgen des 27. März wurde im Auswärtigen Amte das Ergebnis der Beratungen der letzten Wochen über die Friedensbedingungen schriftlich zusammengefaßt. In dem Entwurf, den Zimmermann gelegentlich des Frühstücks auf der österreichisch-ungarischen Botschaft Czernin und Bethmann Hollweg zur Unterzeichnung vorlegte, hieß es: „Man einigte sich zunächst über ein Minimalprogramm, wonach beide Mächte in Aussicht nahmen, die Räumung der von ihren Armeen in Rußland (einschließlich Polens), Montenegro, Serbien, Albanien und Rumänien besetzten Gebiete in erster Linie von der Wiederherstellung des territorialen status quo ante bellum der beiden Mächte im Osten und im Westen abhängig zu machen.

Diese Besprechungen hatten aber auch den Fall ins Auge gefaßt, daß der Krieg für unsere Gruppe einen günstigeren Abschluß findet, und daß die Mittelmächte über ihre territoriale Integrität hinaus an dauernde Einverleibungen feindlichen Gebiets denken können. Für diesen Fall gelangte man übereinstimmend zu der Auffassung, daß die Gebietserweiterungen der beiden Mächte mit den beiderseitigen Leistungen in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Für Deutschland käme hierbei hauptsächlich der Osten, für Österreich-Ungarn vor allem Rumänien in Betracht." In Ludendorffs „Urkunden" ist dieses fälschlich sogenannte Wiener Dokument mißverstanden worden, weil dem Herausgeber seine Entstehungsgeschichte unbekannt war. Aber auch der Wortlaut zeigt, daß von einer Garantie des Besitzstandes des deutschen Reiches nicht die Rede ist. Der Sachverhalt ist vielmehr der, daß Rußland und Rumänien für den status quo ante bellum gewissermaßen haftbar gemacht werden sollen. Die Räumung der besetzten Gebiete im Osten und auf dem Balkan wird eine vollständige auch Polen preisgebende sein unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung der völligen Gegenseitigkeit. Können Rußland und seine Vasallen diese bei der Entente nicht durchsetzen, so wird sich der Zweibund grundsätzlich, wenn der Krieg günstiger abschließt, im Osten schadlos halten. Im Westen aber verzichtet Bethmann Hollweg nicht nur auf Lüttich, Luxemburg, Briey und Longwy, sondern gibt auch das Prinzip der strategischen Grenzberichtigungen, auf das er sich mit Burian im November 1916 vor der Friedensaktion geeinigt hatte, preis. An die Stelle der „realen Garantien" treten ausgesprochen annexionistische Kriegsziele im Osten. Mit dem Novemberprogramm hatten die Verbündeten vor die allgemeine Friedenskonferenz treten wollen. Mit der Vereinbarung vom 27. März wurde der Weg eingeschlagen, der nach Brest Litowsk geführt hat.

Man wird, um Bethmann Hollwegs Handlungsweise verständlicher zu machen, einen Satz seiner Denkschrift vom 4. Mai 1917 schon hier heranziehen dürfen. „Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, — heißt es dort — daß Rußland den Schein des Verrates an seinen Verbündeten wird vermeiden und einen Modus suchen wollen, der faktisch einen Friedenszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten herbeiführt, äußerlich aber die etwaige

Vereinbarung zwischen beiden Parteien als das Präludium zum allgemeinen Frieden darstellt." Es ist dieselbe Form der Waffenruhe, die, wie wir sehen werden, auch in den Verhandlungen zwischen Frankreich und der Monarchie erwogen wurde. Aus den Stellungen wären vorläufige Grenzen geworden, die es gestatteten, die besetzten Gebiete auf der allgemeinen Friedenskonferenz beiderseits als Konkursmasse zu behandeln. Die Torheit, auf künftige Opfer der Entente zu hoffen, die gebracht würden, nur um etwa den Russen Kurland zu erhalten, wird man Bethmann Hollweg doch nicht zutrauen dürfen. Sein Leitmotiv war auch hier wohl nichts anderes als seine Vorliebe für das Hinausschieben. An der Tatsache, daß ihn die Vereinbarung vom 27. März mit dem österreichisch-ungarischen Leitseile um den Hals zeigt, wird dadurch nichts geändert. Der Länderhunger der totkranken Monarchie versperrte den Weg sowohl zur Waffenruhe als zum Frieden mit Rußland.

Weit schwieriger ist es, in der Seele des Mannes zu lesen, der in seiner schwachen Hand jenes Leitseil hielt. Intrigen gehen sonst gewundene Wege, aber sie verlieren nicht den Faden. Die Intrigen Czernins ließen an seinem Verstande zweifeln, wenn man sich nicht immer gegenwärtig hält, daß der Intrigant ein Neurastheniker war. Der Widerspruch, Vorteile für die Monarchie durch Übertreibung ihrer Passiva erreichen zu wollen, scheint ihm erst in Berlin zum Bewußtsein gekommen zu sein, als ihn sogar der nachsichtige Bethmann Hollweg daran erinnerte, daß die Integrität Österreich-Ungarns gegen Italien durch große Worte allein nicht behauptet werden konnte. Der auf der Fahrt nach Berlin erträumte Landgewinn muß sich bereits auf der Rückreise in Kompensationen für wahrscheinliche Verluste verwandelt haben. Der Vorwurf, daß er ohne eine Spur von Opferbereitschaft von dem Verbündeten Opfer verlange, scheint ihn doch getroffen zu haben. Wollte er im Weiterverfolgen seines Weges die Zumutungen an Deutschland steigern, so mußte er mit gutem Beispiel vorangehen. Soweit war alles logisch gedacht. Zum Irrlichtertanz wurde seine Aktion erst durch ihre Überstürzung, durch die verdächtige forcierte eigene Opferwilligkeit und durch die unglaublich schlechte Vorbereitung.

Nowak hat den Wortlaut einer Denkschrift Czernins an Kaiser

Karl über „Kriegsziele und die polnische Frage" veröffentlicht, die nicht, wie der Herausgeber annimmt, in den Sommer 1917 gehört, sondern vor der Frühjahrsoffensive, noch vor beendetem Rückzug in die Siegfriedstellung, vermutlich unmittelbar nach der Rückkehr nach Wien entstanden ist. Daß Kaiser Karl wenige Tage später in Homburg keinen Gebrauch davon gemacht hat, beweist nur, daß er sie am 3. April noch nicht gelesen hatte. Czernin sucht darin seinen Monarchen mit seinem bereits am 16. März in Wien entwickelten rumänisch-polnischen Tauschplane zu befreunden. Im Osten hält er es für denkbar, Ostgalizien und die Bukowina durch Räumung der besetzten Gebiete Rußlands zurückzuerhalten. Im Süden sieht er keine Möglichkeit, die italienischen Eroberungen zurückzugewinnen, wenn es nicht gelingt, die Italiener vor Friedensschluß aus dem verlorenen Gebiet zu vertreiben. Die Wehrmacht Österreich-Ungarns ist dazu nicht imstande. Eine Bitte um deutsche Unterstützung würde abgeschlagen, weil Deutschland augenblicklich vom Westen keine Truppen abgeben kann. Die Vorgänge in Rußland und die nach gewissen Anzeichen in Italien sich geltend machende höchste Kriegsmüdigkeit können die Kriegslage ändern. Vorläufig aber muß damit gerechnet werden, den Verlust im Süden auf anderem Gebiete zu kompensieren. Das Ausmaß dieser Kompensation hat sich nach der voraussichtlichen Gebietserweiterung Deutschlands und Bulgariens zu richten. In Polen kann sie nicht gesucht werden. Mit der Existenz des polnischen Staates muß, so wenig sie auch Czernin gefällt, seit dem November 1916 gerechnet werden. Von den vier Lösungen der polnischen Frage, die sich daraus ergeben, der austro-polnischen, der germano-polnischen, der russo-polnischen und der rein-polnischen schaltet Czernin die erste und vierte ganz aus, weil sie gegen Deutschlands Widerstand nicht durchzusetzen sind. Durch Widerstand gegen den germano-polnischen Staat würde das Verhältnis zu Deutschland immer mehr getrübt und vergiftet. Es empfiehlt sich daher, Deutschland die polnische Einflußzone ganz zu überlassen und Ersatz auf dem Balkan zu suchen. Eine polnische Irredenta in Galizien hat die durch eine besonders farbenprächtige Irredenta ausgezeichnete Monarchie nicht zu befürchten. Die Abtretung des Lovcen durch Montenegro, die Aufnahme des verkleinerten Serbien in die österreichisch-ungarische Zoll- und

Handelsgemeinschaft und vor allem „das Milliardenobjekt Rumänien“ bis zum Sereth werden das Aufgegebene verschmerzen lassen. Der Schlüssel der Lage liegt im Westen. „Wenn Deutschland Frankreich und Belgien herausgibt und noch etwas dazu, dann ist der Friede da.“ Der Reichskanzler habe ihm dieses Opfer streng geheim zugesagt. Ein Druck aber könne mit Erfolg nicht ausgeübt werden, wenn Österreich-Ungarn fortfahre, auf Polen Ansprüche zu erheben. „Nur dadurch, daß wir auf den Balkan gehen und Deutschland Polen verkaufen, kann der Gedanke an eine partielle Abtretung von Elsaß-Lothringen Gestalt annehmen.“

Denselben Weg wie in dieser Denkschrift hatte Czernin in den Wiener Beratungen eingeschlagen. Neu ist darin, daß er den Italienern wenigstens das, was ihnen die Monarchie nicht wieder entreißen kann, lassen will. Das Opfer aber, tritt auch hier noch ganz hinter „das Milliardenobjekt Rumänien“ zurück. Erst am 31. März taucht der Opfergedanke in einem Gespräche mit Wedel in der verblüffenden Fassung auf, daß Czernin sich keinen Augenblick besinnen würde, wenn er durch Aufopferung Galiziens den Frieden erreichen könnte. Noch vor der Abreise nach Homburg hat er Wedel die Hoffnung ausgesprochen, daß Deutschland einen größeren Teil von Elsaß-Lothringen unter Verzicht auf Briey herausgebe. Österreich-Ungarn wäre bereit, Galizien oder Südtirol abzutreten. Leider nütze das nichts, da es auf die Westmächte ankomme.

Unter solchen Auspizien fand am 3. April der Kaiserbesuch in Homburg statt, wo nach der Generalidee Karl und Zita, Czernin und der Generalstabschef Arz v. Straußenburg vereint, „den gerechten Ansprüchen“ Frankreichs auf Elsaß-Lothringen bei Wilhelm II., dem Reichskanzler und der obersten Heeresleitung mit verteilten Rollen zum Siege verhelfen sollten.

Da in Homburg keine Protokolle geführt worden sind, wird man gut tun, die verbürgten Nachrichten zunächst zu ordnen. Am besten sind wir über die längere militärische Besprechung Hindenburgs und Ludendorffs mit v. Arz unterrichtet. Kaiser Karl hatte auf der Fahrt nach Homburg seinen Generalstabschef, wie dieser Cramon erzählte, beauftragt, die Notwendigkeit baldigen Friedensschlusses durch die militärische Lage der Monarchie zu begründen. Als aber der Generalfeldmarschall und sein Generalquartiermeister Arz in ihre Maßnahmen zur Abwehr des

bevorstehenden feindlichen Angriffs einweihten, wollte der Leiter der österreichisch-ungarischen Waffenmacht in der Bekundung soldatischer Zuversicht hinter seinen deutschen Kameraden nicht zurückbleiben. Er verhehlte zwar nicht den Mangel an Munition, an Rohstoffen und Menschen, entwarf auch von der wachsenden Unzuverlässigkeit der slawischen Regimenter ein düsteres Bild, dessen Ähnlichkeit der russische Einbruch nur zu bald beweisen sollte, aber er blieb doch in der Übertreibung des Kräfteverfalls der Monarchie hinter den Erwartungen des Kaisers und Czernins weit zurück.

Um so mehr ließ es sich Czernin angelegen sein, durch Betonung der eigenen Schwäche den Reichskanzler und Zimmermann seinen Vorschlägen zugänglicher zu machen. Nicht mehr hypothetisch wie gegen Wedel „sondern unumwunden bot er jetzt Galizien als Zuwage zu Kongreßpolen an, wenn Deutschland sich zur Abtretung der ganzen Reichslande entschlösse". Ob ihm der Reichskanzler, wie die Denkschrift behauptet, geheime Zugeständnisse gemacht hat, darf bezweifelt werden. Ein offenes Zugeständnis war das Dokument vom 27. März gewesen. Es berechtigte seiner Tendenz nach allenfalls zu der Hoffnung, daß Bethmann Hollweg schließlich den Franzosen auch einige völkisch zu Gallien gehörige lothringische Grenzdörfer überlassen werde, aber es eröffnete keine Aussicht auf freiwillige Räumung eines größeren Teiles Elsaß-Lothringens, geschweige denn auf die Abtretung unserer ganzen deutschen Westmark. In Ermangelung eines Protokolls läßt sich nicht sagen, wie der Reichskanzler und der Staatssekretär Czernins diplomatischen Überfall abgeschlagen haben. Die Tatsache, daß sie ihn abgeschlagen haben, steht fest. Der Gegensatz zwischen dem Mangel an Opferwilligkeit am 26. März und dem Übermaß am 3. April war zu groß, als daß Czernins Angebot Galiziens ernst genommen werden konnte. Was sollte man von einem Staatsmann denken, der den nahen Zusammenbruch der Monarchie prophezeite und trotzdem nach wie vor zu erkennen gab, wie stimulierend auf seine verbrauchten Nerven der Petroleumgeruch des Milliardenobjekts Rumänien wirkte. Schon am 31. März hatte Zimmermann in einer telegraphischen Weisung an Graf Wedel Beschwerde erhoben, daß der Botschafter der Monarchie beim Vatikan Graf Schönburg in

der Schweiz ganz offen über die trostlose Lage Österreich-Ungarns und die Notwendigkeit des Opfers Elsaß-Lothringens spreche. In Homburg wird der Staatssekretär darauf ebenso zurückgekommen sein wie auf seine Besorgnisse wegen der Mission des Grafen Mensdorff. Auch auf der falschen Fährte dieser Mission war der deutsche Gesandte in Bern von Romberg zu der richtigen Vermutung gelangt, daß die Initiative eines Friedensfühlers von Österreich-Ungarn ausgegangen sei. Die Friedensoffensive Czernins fand die deutsche Diplomatie abwehrbereit.

Die Besprechung zwischen Bethmann Hollweg, Czernin, Ludendorff, Hindenburg und v. Arz würde daher auch dann kein neues Moment zutage gefördert haben, wenn sie nicht durch die Abberufung der beiden Staatsmänner zu den Kaisern unterbrochen worden wäre, nachdem Czernin vor der obersten Heeresleitung sein Angebot und sein Ansinnen wiederholt hatte. Ludendorff hatte dem Reichskanzler vor dieser Sitzung auf die Frage, ob er die Zeit zu einem Friedensschritt für gekommen hielte, die Antwort gegeben, die dieser erwartete und vermutlich selbst bereits ins Treffen geführt hatte, daß ein Friedensschritt am Vorabend „einer großen Kraftanstrengung der Entente" nicht am Platze wäre. Auch in einem Gespräche mit Ludendorff wird Czernin am Nachmittag die gleiche Kritik seiner Vorschläge wie in der Vormittagskonferenz gehört haben, mit dem einzigen Unterschied, daß der General seine Herzensmeinung offener aussprach und dem Minister ins Gesicht sagte, er solle die Völker der Doppelmonarchie fester führen.

Kaiser Karl aber ließ seinen Minister ganz und gar im Stich. Nach Zimmermanns Erinnerung „haben gemeinsame politische Aussprachen der Staatsmänner in Gegenwart der beiden Herrscher nicht stattgefunden". Als der Reichskanzler und Czernin zu den Kaisern beschieden wurden, hatte es Karl offenbar nur darauf abgesehen, seinem Verbündeten die Zwangslage der Monarchie durch den Mund seines Ministers schildern zu lassen. Als ihn aber Wilhelm II. unter vier Augen fragte, ob Czernin „die Lage nicht zu düster gemalt hätte," antwortete er achselzuckend: „Graf Czernin übertreibt immer." Wie hätte er nach einer solchen Einfädelung der Aussprache den Übergang zu der Zumutung des Opfers der Reichslande finden sollen. Während Czernin eine verdächtige Opferwilligkeit zur Schau trug, suchte sein Monarch

Wilhelm II. für die austro-polnische Lösung und die polnische Thronkandidatur des Erzherzog Karl Stephan zu gewinnen, als ob er den Zweck seines Homburger Besuches ganz vergessen hätte. Auch nach seiner Rückkehr hat ihn der dynastische Gedanke so beherrscht, daß er in einem Telegramm an Wilhelm II. seinen Verbündeten auf dessen angebliches Einverständnis mit der Kandidatur Karl Stephans festzulegen suchte.

Czernin hatte sich schon mehrfach darauf verlassen, daß Kaiser Karl seinen Winken folgen werde. In der Aussprache über die mißglückte Homburger Friedensoffensive wird er sich zum ersten Male überzeugt haben, daß er seiner Marionette nur sicher war, wenn er den Draht in der Hand hatte. Mochte der Kaiser für den Mißerfolg seinen Generalstabschef und seinen Minister verantwortlich machen, so war doch andererseits nicht zu verkennen, daß er selbst Auge in Auge mit seinem Verbündeten nicht den Mut aufgebracht hatte, das Opfer der Reichslande zu berühren. Sein Brief an Sixtus hatte mehr versprochen, als er mit Einsatz seiner Person zu erfüllen imstande war. Aus der Ferne konnte er durch seinen Führerrang wirken. In der Nähe mußte er immer, wenn kein Souffleur hinter ihm stand, eine klägliche Figur spielen. Die Wiederholung der Friedensoffensive geschah daher in der Weise, daß Czernin dem Kaiser am 12. April einen Brief an Kaiser Wilhelm zur Unterzeichnung vorlegte, worin Karl auf eine beiliegende Denkschrift seines Ministers mit der Erklärung verwies, daß er sich mit ihrem Inhalt vollständig identifiziere.

Czernins Denkschrift ist durch ihre Folgen weltbekannt geworden. Isoliert betrachtet, frappiert sie noch heute durch einen Pessimismus, dessen Folgerichtigkeit der Ausgang des Weltkrieges scheinbar bestätigt hat. War die Tauchbootwaffe als letztes Bataillon, wie er behauptete, vergeblich eingesetzt worden, so konnte nur ein baldiger Friede den Vierbund und vor allem die Monarchie vor der von England unterstützten Revolutionierung retten. Wie 1916 wurde die Frage gestellt: Wie machen wir Schluß, wenn wir nicht Alberich für das Ende sorgen lassen wollen? Die Antwort hätte von den Kriegszielen der Entente ausgehen müssen. Waren sie noch die gleichen wie zur Zeit der Friedensaktion des 12. Dezember 1916, so konnten erträglichere Bedingungen im besten Falle

erkämpft, aber nie erhandelt werden. Zeigte sich auch auf feindlicher Seite Mürbigkeit, so waren Opfer nur dem schwach gewordenen Feinde gegenüber am Platze, weil sie sich durch Stärkung der Widerstandskraft gegen den ungebrochenen Vernichtungswillen der anderen Gegner bezahlt machten. Die Offensivvorbereitungen an der Westfront und am Isonzo sprachen nicht für eine diplomatische Erfolge verheißende Mürbigkeit. Nur „Rußland hatte seine Stoßkraft für lange Zeit, vielleicht für immer, verloren." Am 16. März wäre es verfrüht gewesen, dieses Moment in Rechnung zu stellen. Am 12. April war es höchste Zeit, durch Verzichte und Opfer im Osten einen Sonderfrieden mit Rußland zu erkaufen. Besser als durch Grenzberichtigungen und Randstaaten wurde der Zweibund gegen seinen östlichen Nachbar durch die inneren Verhältnisse Rußlands gesichert. Preisgabe Kongreßpolens, Rückgabe der besetzten Gebiete, Abtretung Ostgaliziens, Verständigung über Rumänien und Serbien, Öffnung der Dardanellen nach Kriegsende würden das revolutionäre Rußland nur scheinbar gestärkt haben, während sie dem Zweibund die Aussicht eröffneten, sich nach Auslöschung der Kriegsursache gegen Romanen und Angelsachsen solange zu behaupten, bis auch diese mürbe wurden. So wie die Frage gestellt war, verlangte sie, daß Czernin das Steuer herumwarf. Seine Antwort beweist jedoch, daß er den russischen „Angelpunkt seiner ganzen Argumentation" nicht begriffen hat. Wer von der Lähmung der russischen Stoßkraft weiter nichts als die Abwehr der französisch-englischen und italienischen Offensive erwartete und sich alsdann von einem eingehenden opferwilligen Friedensvorschlag einen Erfolg bei England, Frankreich und Italien versprach, ist nicht der weitsichtige Staatsmann gewesen, der aus seinen Prophezeiungen zu sprechen scheint.

Das Urteil der Geschichte macht daher Czernin mitverantwortlich, daß seine Weissagungen in Erfüllung gegangen sind. Der wahre Angelpunkt seiner Berechnungen war die Illusion, mit westmächtlicher Hilfe die Monarchie aus dem Völkerringen herauszureißen, wenn er Serbien an die Adria ließ, den Italienern das Trentino opferte und Kompensationen im Osten suchte. Soviel sah er doch ein, daß die Zumutung einer neuen Friedensaktion vor und während der feindlichen Offensive auf die Zumutung der

Ergebung auf Gnade und Ungnade hinauslief. Mit der Fiktion eines französischen Friedensfühlers ließ sich nach dem Stande der durch Prinz Sixtus eingeleiteten Verhandlungen kein Druck ausüben. Während Graf Mensdorff in seiner Ahnungslosigkeit dem Gesandten v. Romberg ehrlich gestand, daß er den Zeitpunkt für Anknüpfungen als durchaus ungünstig ansähe, hatte Czernin mit gutgespielter Bundestreue die Zurückberufung Mensdorffs angekündigt, weil er den Franzosen und Amerikanern in der Schweiz förmlich nachliefe. Der deutsche Verbündete sollte nicht daran zweifeln, daß Kaiser Karl keiner unehrlichen Handlung fähig wäre. Nur der berechtigte Staatsegoismus zwang ihn dazu, offen auszusprechen, daß die Monarchie am Ende ihrer Kräfte wäre, und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf sie werde rechnen können. Der Zeitpunkt des opferwilligen Angebots war nach den Abwehrschlachten gekommen. Tat Deutschland dann nicht mit, so behielt sich Österreich-Ungarn vor, seinen eigenen Weg zu gehen. Die Drohung mit einem Sonderfrieden wurde in die Form einer bundesfreundlichen Warnung vor dem eigenen Selbstmorde gekleidet.

Aus dem Empfange des Überbringers der Denkschrift Graf Ledochowski im deutschen Hauptquartier konnte man in Wien entnehmen, daß der deutsche Bundesgenosse durch die Wiederholungen des gleichen Klageliedes abgehärtet war. Es galt also den Druck durch Unterminierung der Reichsregierung zu verstärken. Da Czernin selbst zugegeben hat, daß er sich direkt mit dem deutschen Reichstage in Verbindung zu setzen suchte, darf man Erzbergers Versicherung, daß er auf Ersuchen Berliner amtlicher Kreise nach Wien gereist wäre, auf sein Lügenkonto schreiben. Wie alle Reichsämter war auch das Auswärtige Amt froh, wenn es mit dem Zentrumsführer nichts zu tun hatte, wagte ihn aber, wenn er sich aufdrängte, nicht abzuschütteln. Man hielt es daher auch jetzt in der Wilhelmstraße für besser, Erzberger über die Krisis des Zweibundes zu orientieren, als er mit einer Einladung der Herzogin von Parma erschien und um Aufträge bat. Am 25. April berichtete er selbst an Zimmermann, wie er sich seines Auftrages entledigt hatte. Die „Ergänzungen, die sich der schriftlichen Wiedergabe entzogen", dürfen wir nicht von ihm erwarten, doch sind sie nicht schwer zu erraten. Wie in seinen „Erlebnissen"

vor der Öffentlichkeit, hat er auch im Auswärtigen Amte seine Beziehung zu dem Hause Bourbon-Parma auf „die Wahrung allgemein katholischer Interessen" zurückgeführt. So erklärt es sich, daß er über seine längere Besprechung mit den Braganza-Schwestern Erzherzogin Maria Theresia, der Herzogin von Parma, der Gräfin Bardi und mit deren Schwägerin Herzogin Therese von Braganza, einer geborenen Prinzessin Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, hinweggeht und sich auf eine Wiedergabe seiner Gespräche mit Czernin, Kardinal Pfiffl, Bürgermeister Weiskirchner und Kaiser Karl am 22. und 23. April beschränkt. Ob er dem Pessimismus Czernins gegenüber die stärkere deutsche Zuversicht vertreten hat, mag unentschieden bleiben. Als Tatsache wird man seinem Berichte entnehmen dürfen, daß der Kardinal und der wieder anderen Sinnes gewordene Kaiser sich für die austro-polnische Lösung in der Form der Personalunion der Monarchie und Kongreßpolens aussprachen, während Czernin das neue Thema einer katholischen Friedensaktion der Kardinäle oder des Papstes anschnitt. Weit entfernt, die Drohung vom 12. April zurückzunehmen, erklärte Kaiser Karl „auf das bestimmteste, daß in den nächsten drei bis vier Monaten eine Friedensaktion eingeleitet werden müßte, um im Herbst zum Schlusse zu kommen". Der Bericht verschweigt, daß Erzberger von Kaiser Karl eine Kopie der Denkschrift vom 12. April erhielt in der Erwartung, daß er damit im geeigneten Augenblicke die Panik in den Reichstag verpflanzte. Der Same zu der Friedensresolution war ausgestreut.

Unterdessen hatte Karls Brief an Sixtus längst die Westmächte alarmiert. Am 30. März in Paris angelangt, fand Prinz Sixtus die Lage zu seinen Ungunsten verändert. Noch rascher, als er es befürchtet hatte, war der Ministerwechsel erfolgt. Am 20. März hatte Ribot das Ministerium Briand abgelöst. Wie es von dem Vater der Entente nicht anders zu erwarten war, übernahm auch er das Programm, „die Frankreich entrissenen Provinzen zurückzuerobern, und Entschädigung und Bürgschaften für die Zukunft zu verlangen, aber er wußte aus langjähriger Erfahrung, daß die Politik, wo das Schwert noch nicht tabula rasa gemacht hat, keine Sprünge erlaubt. Als Republikaner von altem Schrot und Korn würde er nie die guten Dienste eines Bourbonischen Prinzen in Anspruch genommen haben, und er begriff nicht,

wie man einem Unterhändler Vorbedingungen, in denen Italien und Rumänien vergessen waren, mitgeben konnte. Wenn Karl und Czernin gehofft hatten, durch Einigung mit den Westmächten sich mit Italien leichter abfinden zu können, sollte sich Sixtus bald überzeugen, daß Ribot für einen Sonderfrieden, der mit halbseitigen Präliminarien begann, nicht zu haben war.

Es scheint jedoch, daß den Prinzen die russische Revolution innerlich noch mehr beschäftigt hat. Ein schlechterer Auftakt zur Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich ließ sich nicht denken. Nicht umsonst hat er wiederholt bei Poincaré und Cambon eine Intervention zur Rettung des Zaren angeregt. Sogar sein Hohenzollernhaß trat jetzt hinter die Erwägung zurück, daß die Republikanisierung Deutschlands doch eine gefährliche Sache wäre. Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten (5. April) drohte den Triumphzug der Demokratie unaufhaltsam zu machen. Wer unter solchen Auspizien den Prätendenten spielte, mußte sich sagen, daß er gegen den Strom schwamm. Der Ehrgeiz und die Tatkraft des Prinzen waren groß genug, es auf das Wagnis ankommen zu lassen, aber er hat unter dem Druck der Gesamtlage zu seinem Schaden übersehen, daß der italienische Stein des Anstoßes, wenn überhaupt, in Wien beseitigt werden mußte.

Obwohl der Bericht des Prinzen darüber schweigt, versteht es sich von selbst, daß er Martin schon am Abend seiner Ankunft den Erfolg seiner militärischen Rekognoszierung gemeldet hat. Die Vermutung, daß eine gemeinsame Offensive gegen Italien geplant wäre, war durch den deutschen Rückzug in die Siegfriedstellung scheinbar bestätigt worden. Erst der Botschaft des Prinzen verdankte die französische Heeresleitung die Gewißheit, durch keine Diversion so gestört zu werden wie die Österreicher 1916 bei Asiago. Ein bestelltes Havastelegramm aus Rom vom 14. April läßt die Wirkung der Nachricht erkennen. „Österreich — verkündete es frohlockend — hatte seine Offensive vorbereitet, Deutschland seine Unterstützung versprochen. Es ist nichts daraus geworden. Diese Offensive ist nicht mehr zu fürchten. Österreich allein ist unfähig anzugreifen." Am 9. April hatten die Engländer den Angriff bei Arras eröffnet, am 16. April begann die Doppelschlacht an der Aisne und in der Champagne. Italien hatte es mit Österreich allein zu tun, wenn es diesem Beispiele folgte.

Die deutsche Frontverkürzung war also keineswegs, wie es Ludendorff befürchtet hatte, als Geständnis der Schwäche gedeutet worden. Um so sicherer glaubte man von nun an mit der Schwäche Österreichs rechnen zu dürfen. Der Brief Karls konnte den Eindruck der militärischen Meldung des Prinzen nur vertiefen. Am 31. März von Sixtus Poincaré überreicht, wurde er von diesem, nachdem er ihn überflogen hatte, Ribots Vertreter Jules Cambon laut vorgelesen und sodann Punkt für Punkt mit dem Prinzen durchgesprochen. Poincarés erste Frage galt dem Kapitel Konstantinopel. Als Sixtus nicht verfehlte, die Zurückhaltung des Kaisers auch durch Sonderverhandlungen einer der Ententemächte mit der Türkei zu erklären, sagte Cambon, der mit dem Präsidenten Blicke gewechselt hatte, gestern erst habe der italienische Gesandte Salvago Raggi fallen lassen, daß es zurzeit wenig Wert habe, vom Orient zu reden, da die Dinge sich dort doch anders entwickeln würden. Auf die Bemerkung des Prinzen zu dem Passus über Elsaß-Lothringen, er habe in Wien die Grenzen von 1814 ausbedungen, fiel Poincaré ein: „Das wird nur ein Minimum sein. Der uns jüngst zugefügte Schaden zwingt uns, erhebliche Entschädigungen zu fordern." Der Formel über die Entschädigung Belgiens wurde ihre Zweideutigkeit genommen durch die Erläuterung, daß darunter die Abtretung Malmédys und anderer wallonischer Orte des deutschen Reiches zu verstehen wäre. Daran schloß sich eine lange Erörterung der italienischen Frage, über die der Bericht des Prinzen kurz hinweggeht. Nur soviel erfahren wir, daß Cambon wieder vorgeschlagen habe, Österreich für das Trentino durch Schlesien zu entschädigen. Das Schlußurteil des Präsidenten über den Brief lautete: „Es handelt sich also nicht um einen Waffenstillstand, sondern um einen Sonderfrieden, der den Block der Zentralmächte verkleinern soll und Österreich alsdann diplomatisch auf unsere Seite führen würde."

Die nächsten Tage sahen den Weizen des Prinzen blühen. Am 4. April erhielt die Pariser Presse die Weisung, keine Gerüchte über einen Sonderfrieden mit Österreich zu bringen. Die Anregung des Prinzen, ihn zur Mitteilung des Kaiserbriefes an König Georg V. und Lloyd George nach London zu schicken, war in der Audienz bei Poincaré auf günstigen Boden gefallen. In dem Programm vom 1. April war eine Zusammenkunft Ribots mit

Lloyd George in Boulogne für den 4. April vorgesehen. Ribot wünschte Sixtus vorher und nachher zu sprechen. Im Anschluß daran sollte der Prinz nach England, zu König Albert und in die Schweiz reisen. Die vorläufige Verständigung Kaiser Karls mit den Westmächten schien auf dem besten Wege zu sein. Schon am 6. April kündigte sich jedoch ein Umschlag an. Die amerikanische Hilfe war noch in weiter Ferne. Im Augenblicke mußte mit dem militärischen Ausfall Rußlands gerechnet werden. Ribot fand daher, daß ein Waffenstillstand oder ein geheimes Einvernehmen, das es gestatten würde, den Krieg nur formell fortzusetzen, einem Sonderfrieden vorzuziehen wären. Auf alle Fälle empfahl es sich, darüber erst mit Lloyd George und sodann mit Sonnino in einen Gedankenaustausch einzutreten. Jules Cambon erhielt den Auftrag, den Prinzen dem Ministerpräsidenten auf gute Manier vom Leibe zu halten. Am 11. April traf sich Ribot, ohne Sixtus vorher gesehen zu haben, mit Lloyd George in Folkestone. „Wissen Sie, was mich hergeführt hat?" sagte er zu dem englischen Diktator, der ihn im Regen auf dem Quai erwartet hatte. „Ich bringe Ihnen einen Brief des Kaisers von Österreich." Lloyd George fing, wie Ribot erwartet hatte, sofort Feuer. „Das ist der Friede", sagte er. „Nicht zu schnell," lautete die Antwort. „Lesen wir erst im Hotel den Brief des Kaisers." In der sich daran anschließenden dreistündigen Unterredung wurde verabredet, Sonnino zu einer Konferenz in Saint-Jean-de-Maurienne einzuladen. „Ich kenne Sonnino", meinte Lloyd George zuversichtlich. „Er wird begreifen, daß es im Interesse Italiens liegt, nötigenfalls auf Triest zu verzichten und als Entschädigung Smyrna zu nehmen, das wir ihm überlassen wollen." Sixtus stand, als ihn Poincaré zu sich und Ribot am 12. April ins Elysée beschied, vor einer vollendeten Tatsache. Seine eigene Versäumnis rächte sich jetzt. Bei dem ersten Versuche, den italienischen Stein des Anstoßes zu beseitigen, war er ausgeschaltet.

Es gibt einen Begriff von der Angst des Prinzen vor Bloßstellung der Firma Bourbon-Habsburg, daß er in dieser kritischen Lage seine Zuflucht zu der Prophezeiung nahm, daß Kaiser Karl sicher ermordet würde, wenn die deutsche Regierung Wind von der Sache bekäme. Ribot und Lloyd George wurden bestürmt, den Kaiser und ihn aus dem Spiele zu lassen. Die Übungen des

Grafen Mensdorff auf der Czerninschen Friedensschalmei sollten dazu benutzt werden, Sonnino auf ein bevorstehendes Friedensangebot Österreich-Ungarns vorzubereiten. Das Weitere hing davon ab, ob Ribot und Lloyd George mit einem festen Programm dem Leiter der italienischen Politik gegenübertraten. Je stärker sich das Mißtrauen Ribots gegen Sixtus bemerklich machte, desto lebhafter empfand dieser das Bedürfnis unmittelbarer Fühlung mit Lloyd George. Auch Jules Cambon wußte keinen anderen Rat, da sein eigener Einfluß an Ribots politischer Selbständigkeit eine Grenze fand. Lloyd Georges Durchreise durch Paris gab am 18. April in letzter Stunde die Gelegenheit zu einer Aussprache im Hotel Crillon, die Sixtus, ohne sich von Ribot zurückhalten zu lassen, mit beiden Händen ergriff. Da zeigte sich, daß auch auf englischer Seite der Kaiserbesuch in Homburg das Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn geweckt hatte. Am 9. April hatte Fürst Lwow eine Erklärung veröffentlicht, worin die provisorische Regierung Rußlands der Annexionspolitik des Zarismus den Abschied gab und unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sich auf das Kriegsziel der Verteidigung und Befreiung des „eigentlichen nationalen Erbes" zurückzog. Aus Czernins öffentlicher Antwort vom 14. April, die sich auf das Friedensangebot vom 12. Dezember berief, schlossen Poincaré und Ribot, wie Sixtus von Martin unmittelbar vor seiner Einführung bei Lloyd George erfahren hatte, daß das eingeleitete Friedensgespräch auf Homburger Verabredungen beruhte, und es war nur natürlich, daß die Entente jetzt auch den hinter Karls Brief stehenden Zusammenhang der Dinge witterte. Lloyd George mußte dem Prinzen zwar zugeben, daß der Brief selbst der beste Gegenbeweis gegen eine vom Zweibund gestellte Falle wäre, aber auch Sixtus konnte gegen die Vermutung, daß es sich um eine eigenartige Neuauflage der Friedensaktion des 12. Dezembers handelte, nur geltend machen, daß die Entente es in der Hand hätte, Deutschland von dem Frieden auszuschließen. Bei Ribot hatte er es durch die angeführten Momente vollends verspielt. Bei Lloyd George hielt allen Bedenken der Wunsch, den Block des Vierbundes zu sprengen, das Gegengewicht. Mochte er auch unter Hinweis auf die Millionen amerikanischer Soldaten ausrufen: „Wir werden Deutschland 1918 in Stücke schlagen," so war doch nicht zu ver-

kennen, daß die Erfolge des U-Bootkrieges und die russische Sorge ihn den augenblicklichen Wert eines Sonderfriedens mit Österreich-Ungarns höher einschätzen ließ, als es Ribot tat. Von Bayern hoffte er, daß es dem Beispiel Österreichs folgen würde, und Sixtus glaubte für diesen Fall auch den Abfall Bulgariens in Aussicht stellen zu dürfen. Das Interesse Englands, den Sonderfrieden nicht an Italien scheitern zu lassen, trat im Laufe der Unterhaltung immer mehr zutage. Auf die Frage Lloyd Georges nach Triest hatte der Prinz erwidert, daß in Marseille mehr Italiener als in Triest lebten, und Istrien und Dalmatien slawisch wären. Ribot hatte stets die den Italienern gemachten Zusagen betont. Lloyd George meinte, man sollte den Italienern das Trentino bis zur Sprachgrenze südlich von Bozen geben. Von einem Alpdruck befreit, sah Sixtus der Zusammenkunft von Saint-Jean-de-Maurienne beruhigter entgegen.

Über das imperialistische Gegenstück zu Homburg, das sich am 19. April in der kleinen savoyischen Bischofsstadt im Tale des Arc an der Linie Genf-Turin abgespielt hat, haben wir jetzt Ribots Erzählung in seinen Erinnerungen, die ausführlicher und offenherziger ist, als die Mitteilungen Ribots und Lloyd Georges an Prinz Sixtus. Die Tagesordnung der Verhandlungen der drei Staatsmänner, an denen auch der italienische Kammerpräsident Boselli und der französische Botschafter in Rom Barrère teilnahmen, ergab sich aus dem Kriegsbündnis Italiens mit dem Dreiverband vom 26. April 1915. Wohl nie hat ein Staat, der sich an einem Raubkrieg beteiligte, sich so vorgesehen, wie das von dem Halbsemiten Sonnino geleitete regno. Eine Anerkennung der italienischen Ansprüche hätte ihm nicht genügt. Wie in einem Friedensvertrage wurden mit peinlicher Genauigkeit die Grenzen der Gebiete, die Italien bei dem Friedensschlusse erhalten sollte, beschrieben. An der ins Auge gefaßten Erwerbung Südtirols bis zum Brenner, der Stadt und des Gebietes von Triest, der Grafschaften Görz und Gradiska, ganz Istriens bis zum Quarnero mit seinen Inseln, der Provinz Dalmatien mit genannten Inseln, Valonas, der Insel Sasseno und der besetzten Inseln des Dodekanes fehlte auch nicht das Tüpfelchen auf dem i. Nichts war vergessen, der Adria den Charakter der „Bittersee" Italiens zu nehmen. Eine Aufzählung der Küstenländer, die den Gebieten Kroatiens,

Serbiens und Montenegros zugeteilt werden sollten, beugte dem sacro egoismo Großserbiens vor. Nur da, wo die Ländergier Italiens auf die Westmächte stieß, hatte sich Sonnino vorläufig mit vieldeutigen Paragraphen begnügen müssen. Im Falle der Erweiterung des französischen und englischen Kolonialbesitzes in Afrika auf Kosten Deutschlands wurde das Recht Italiens anerkannt, eine Erweiterung seines an Frankreich und England grenzenden Kolonialgebietes zu verlangen. Im Falle einer Teilung der Türkei versprachen Frankreich, Großbritannien und Rußland dem regno gleichen Anteil an Kleinasien in dem an die Provinz Adalia anstoßenden Gebiet. Während an der Adria das Fell des Bären im voraus verteilt war, wurde der Länder- und Grenzenschacher in Afrika und Kleinasien vertagt. Der Händlergeist Sonninos benutzte daher jede Gelegenheit, auch da weiter zu kommen. Wie die Kriegserklärungen Italiens an die Türkei und an Deutschland von Verhandlungen mit dem Dreiverband begleitet waren, so gab auch die russische Revolution eine Handhabe, den Paragraphen 9 des Aprilbündnisses über die Aufteilung Kleinasiens zugunsten eines sicheren Zukunftswechsels einer Revision zu unterziehen.

Der Anlaß zu einer Zusammenkunft Sonninos mit den politischen Leitern Frankreichs und Englands war also schon gegeben, bevor sich die Aussicht auf einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn darbot. Wenn auch Italien sein europäisches Kriegsziel mit den Waffen noch nicht erreicht hatte, so besaß es doch in dem Aprilbündnis seinen Schein, auf dessen pünktlicher Erfüllung Sonnino wie Shylock bestand. Weder Ribot noch Lloyd George hätten ihm mit der Zumutung einer Revision verbriefter Zugeständnisse kommen dürfen, solange die imperialistischen Begehrlichkeiten der drei Mächte in Kleinasien noch keinen Ausgleich gefunden hatten. Je mehr sie zu erkennen gaben, wie viel ihnen selbst wegen eigener Bedrängnis an der Ausschaltung Österreich-Ungarns gelegen war, desto höher würde ihr schlauer und zäher Partner seine Forderungen gespannt haben. In der Presse konnte Italien nahe gelegt werden, sein Annexionsprogramm endlich durch eine neue Offensive zu realisieren. In Saint-Jean-de-Maurienne hätte sich auch Lloyd George auf vorsichtigste Fühler in der Richtung einer Ermäßigung der europäischen Kriegsziele Italiens beschränken müssen.

Tatsächlich ist es zur sichtlichen Befriedigung Ribots nach seinem ironisch gefärbten Bericht gar nicht dazu gekommen. Die Italiener wußten bereits durch ihren Pariser Botschafter, dem ein französischer Minister das Geheimnis verraten hatte, daß ihnen eventuell Smyrna zugedacht war. Sonnino steuerte daher sofort auf seine kleinasiatischen Kriegsziele los mit dem Erfolg, daß Lloyd George, bevor das Thema eines Sonderfriedens mit Österreich-Ungarn berührt war, eine Karte vorlegte, auf der die italienische Einflußzone in Kleinasien bereits eingezeichnet war. Darauf zog Sonnino zum Erstaunen des Engländers aus seiner Mappe eine ebenfalls im Foreign Office entworfene Karte hervor, die Italien einen anderen Beuteanteil zuwies, und erklärte: „Ich nehme von beiden Karten, was für mein Land vorteilhaft ist", war aber doch so gnädig, Mersina den Franzosen zu überlassen, als Ribot daran erinnerte, daß der Teilungsvertrag der Westmächte mit Rußland von 1916 es Frankreich zugesprochen hatte. Der Trumpf Smyrna war also ausgespielt, als Ribot die Frage hinwarf, wie sich die Mächte zu einem Friedensangebote Österreichs verhalten sollten. Mit Genugtuung stellte er fest, daß Sonnino sofort in schneidendem Tone an das Aprilbündnis von 1915 erinnerte und mit seinem Abgang und der Abdankung des Königs drohte, wenn davon in einem Punkte abgegangen würde. In einem von Ribot redigierten Protokoll wurde ausdrücklich das Eingehen auf österreichische Anerbietungen abgelehnt, um die mehr als je erforderliche Eintracht Englands, Frankreichs und Italiens nicht zu gefährden. Sonninos sacro egoismo hatte die Geschäfte Ribots besorgt. Er konnte jetzt nicht nur Prinz Sixtus abschütteln, er hatte auch von Sonnino freie Hand gegen König Konstantin von Griechenland erhalten, und er wußte im voraus, daß Rußland in die Überlassung Smyrnas an Italien niemals einwilligen würde. Die Hoffnung Karls und Czernins auf die guten Dienste der Westmächte hatte sich als trügerisch erwiesen.

In die Verantwortung für das Fortspinnen von Illusionen teilen sich Karl und Czernin mit Sixtus und Lloyd George. Was der Diktator Englands am 20. April, wieder in Hotel Crillon, dem Prinzen eröffnete, hätte er ihm auch vor der Zusammenkunft sagen können. Ribot hatte am 9. April, um Sonnino für einen

kleinasiatischen Vergleich empfänglicher zu stimmen, dem italienischen Botschafter gesagt, das Eingreifen der Vereinigten Staaten beschleunigte vielleicht die Beendigung des Krieges, zum mindesten werde es sie ein wenig aufrichten; „denn sie gingen der Erschöpfung entgegen". Lloyd George gefiel sich in Bluffreden, die auf die Weiterleitung nach Wien berechnet waren. „Selbst nach Ausfall Rußlands", sagte er, „kann der Krieg mit Hilfe der Amerikaner ins Unendliche fortgesetzt werden. Ich rechne aber gar nicht mit dieser Hilfe. England hat sich auf die Verluste des U-Bootkrieges eingerichtet. Deutschland wird es nicht aushungern. Mit den Erträgnissen unseres Bodens, mit unserem Holz, unserer Kohle und unserem Eisen genügen wir uns selbst". Wie am 18. April versteckte sich hinter diesen Worten der lebhafte Wunsch, in die U-Bootblockade Bresche zu legen. Wenn ihm auch die Haltung Sonninos nicht gestattete, in offizielle Verhandlungen über einen Sonderfrieden einzutreten, so ging er doch so weit, Englands Vermittlung in Aussicht zu stellen für den Fall, daß Österreich-Ungarn sich zur Abtretung des Trentino und der dalmatinischen Inseln entschlösse. Seine Frage, ob Prinz Sixtus an Zugeständnisse der Monarchie glaubte, verriet zugleich seine innere Ungeduld. Für die Gegenfrage des Prinzen nach den Kompensationen territorialer Opfer zeigte er Verständnis. Die Unterredung schloß mit dem Ergebnis, daß die offiziell abgelehnten Verhandlungen wenigstens mit England inoffiziell angeknüpft waren.

So konnte der Prinz die Antwort der französischen Regierung am 22. April gleichmütiger entgegen nehmen. In der schriftlichen Fassung, die ihr Jules Cambon auf seinen Wunsch gab, lautete sie: „Friedensverhandlungen mit Österreich sind ohne Zuziehung der italienischen Regierung undenkbar. Das zu unserer Kenntnis gelangte Angebot überging aber die italienischen Rückforderungen mit absolutem Stillschweigen. Andererseits ergibt der Gedankenaustausch von Saint-Jean-de-Maurienne, daß die italienische Regierung nicht geneigt ist, irgend eine der bei ihrem Eintritt in den Krieg gestellten Bedingungen fahren zu lassen. Unter diesen Umständen hat es keinen Sinn, eine Unterhandlung anzuknüpfen, die sicher scheitern müßte. Wenn die österreichische Regierung zu gelegener Zeit und unter veränderten Verhältnissen glauben sollte, daß neue Bemühungen wegen eines Sonderfriedens am Platze

wären, müßte sie die italienischen Ansprüche, die sich auf Triest nicht weniger als auf das Trentino erstrecken, berücksichtigen. Die Sympathieerklärung des Kaisers für Frankreich und sein Heer ist mit großer Erkenntlichkeit aufgenommen worden".

Als Gegenrevers erhielt Cambon folgende Note des Prinzen:

„Ich werde die Ergebnisse meiner Mission dem Kaiser unterbreiten. Ich werde ihm dringend raten, der Sympathie, die ihm Frankreich und England bezeugen, Rechnung zu tragen. Seine Sache ist es, zu entscheiden, was zu tun ihm möglich und geboten ist.

„Ich persönlich handle lediglich im Interesse Frankreichs und zu seinem ausschließlichen Vorteil. Aus diesem Grunde habe ich auf unzweideutige Erklärungen über Elsaß-Lothringen gedrungen, die für uns von Wichtigkeit sind und greifbar und unwiderleglich beweisen, daß Österreich unabhängig von Deutschland gehandelt hat. Diese Erklärung habe ich erhalten.

„Ich verstehe, wie heikel und schwierig die dazwischengetretene italienische Frage ist. Ich weiß nicht, wie der Kaiser sie in Berücksichtigung der öffentlichen Meinung und des Willens seines Landes lösen kann. Das ist die große Schwierigkeit. Es handelt sich um eine Frage, die von der inneren uns unbekannten Lage Österreichs abhängt. Ich kann darüber keine Meinung haben."

Aus Ribots Antwort erhellt, daß er restlose Erfüllung der italienischen Friedensbedingungen zur Zeit für ausgeschlossen hielt. Österreich-Ungarn war in dieser Hinsicht seiner Überzeugung nach ebensowenig friedensreif wie Deutschland. Wenn er trotzdem andeutete, wie ein erneuertes Sonderfriedensangebot aussehen müßte, so dachte er an die Zeit nach der bevorstehenden Offensive Italiens. So ist es zu verstehen, daß Cambon die Antwort immerhin als einen Fortschritt bezeichnete. Aber auch Cambon verriet bei dieser Gelegenheit die Sorge der französischen Regierung, daß Italien nach Erreichung seines Kriegszieles wieder zu Deutschland abschwenken könnte. Seine eigene Lieblingsidee, Österreich-Ungarn durch Schlesien zu entschädigen, entsprang der Absicht, Deutschland und die Monarchie dauernd zu verfeinden. In der gleichen Gedankenrichtung lag auch ein Sonderfriede, der Italien unbefriedigt ließ, weil Cambon voraussah, daß ein gesättigtes Italien wieder deutschfreundlich werden würde. Ob Ribot aus eigenem Antrieb oder auf Cambons Rat in der Antwort ausdrücklich nur von

Trient und Triest sprach, läßt sich nicht erkennen. Jedenfalls hat auch er unbewußt dazu beigetragen, daß die Hoffnung des Prinzen, mit englisch-französischer Hilfe von den italienischen Forderungen etwas abhandeln zu können, wieder gestärkt wurde. In der Unterhaltung mit Cambon war unter dem Eindrucke der wachsenden Verluste der französischen Offensive Frankreichs Friedensbedürftigkeit stark hervorgetreten. Cambon meinte, daß erst das Eingreifen Amerikas im Frühjahr 1918 den Krieg beendigen würde, wenn nicht das in steigendem Maße von dem Kriege mitgenommene Hinterland früher Schluß machte. Der Prinz erinnerte daran, daß auch der feste Entschluß der Engländer und Amerikaner, den Krieg ins Unendliche fortzusetzen, das Verbluten Frankreichs nicht verhindern könnte. So viel war zu erkennen, daß auch die französische Regierung in Voraussicht des schrecklichen Nachspieles den Krieg sehnlichst abzukürzen wünschte. Gab es ein besseres Mittel als den Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn? Wenn Prinz Sixtus von Bourbon ihn allen Schwierigkeiten zum Trotz vermittelte, durfte er dann nicht als Retter Frankreichs das Königsbanner aufpflanzen?

Es galt also jetzt das Eisen in Wien zu schmieden. Schon am 14. April hatte der Prinz Erdödy auf den 24. nach der Schweiz bestellt. Noch am 22., am Vorabend seiner Abreise, brachte er zu Papier, was er ihm mitgeben wollte. Den Brief an seinen Schwager hat er mitgeteilt. Der beigefügte Bericht über seine Verhandlungen wird dem Leser vorenthalten, obwohl sein Buch sonst die bei der Wiedergabe von Akten unvermeidlichen Wiederholungen nicht scheut. An deutsche Leser hat er nicht gedacht. In französischen und englischen Augen will er als uneigennütziger französischer Patriot erscheinen. Der Bericht würde diesem Bilde wohl kaum ganz entsprochen haben. Der Brief ist vielleicht nachträglich retuschiert, wenn er nicht von vornherein als Deckblatt entworfen war. Obwohl er von der wahren Stimmung des Prinzen in seiner fast blasierten Ruhe keinen Begriff gibt, darf er hier nicht fehlen:

Prinz Sixtus an Kaiser Karl.

Paris, 22. April 1917.

Mein lieber Karl!

„Der Antwort auf Deinen Brief vom 24. März füge ich einen kurzen Abriß der Verhandlungen bei. Du darfst vor allem der

unverbrüchlichen Geheimhaltung versichert sein. Italien hat nichts ahnen können; von Deinem Brief ist nichts durchgesickert. Ich habe dieser Antwort persönlich nichts hinzuzusetzen. Du allein vermagst zu beurteilen, was zu tun ist. Nur darauf möchte ich Deine Aufmerksamkeit lenken, daß es für Dich von größter Bedeutung ist, mit Frankreich und England nicht zu brechen, wie Du Dich auch immer zu Italien stellen wirst. Selbst wenn die Hoffnung, mit Frankreich und England Frieden zu schließen, Italiens wegen getäuscht wird, halte ich es für außerordentlich wichtig, daß die drei Mächte sich über die wesentliche Grundlage eines künftigen Friedens geeinigt haben, was auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben und über kurz oder lang zu einem Vergleich führen wird. Die Lage kann sich verändern. Ich bin glücklich, dieses Ergebnis erreicht zu haben, das uns meines Erachtens trotz dem Anschein des Gegenteils dem Frieden nähert. Ich bin fest überzeugt, meine Pflicht als guter Franzose zu erfüllen, wenn ich, ungeachtet aller unvermeidlichen Schwierigkeiten, die Dauer des Krieges durch den Frieden mit Österreich abzukürzen und das Leben so vieler Franzosen zu retten suche."

Am 25. April trafen sich die Bourbonischen Prinzen, die in Begleitung Manteyers diesmal über Belfort gereist waren, mit Erdödy in Zug. Wenn die briefliche Zurückhaltung echt war, so ließ sie Prinz Sixtus jetzt völlig beiseite. Brief und Bericht wurden durch den dringenden Rat ergänzt, durch die Entente mit Italien auf der von Lloyd George empfohlenen Grundlage zu verhandeln. Karl sollte mit beiden Händen zugreifen, um durch das Opfer des Trentino und der dalmatinischen Inseln Triest, Istrien, Kroatien und das dalmatinische Festland zu retten. Der Bourbon bewies, daß er auch die Politik Napoleons III. studiert hatte. Wie Franz Joseph 1866 Venezien an Frankreich abgetreten hatte, sollte Karl sein territoriales Opfer den Westmächten übergeben. Wie in Savoyen und Nizza 1859 ein Plebiszit veranstaltet worden war, sollte die Bevölkerung des Trentino und der Inseln sich für Italien erklären. Die Antwort wollte Sixtus in Neuenburg erwarten, wo er, wie schon früher, mit seinen Begleitern bei Maurice Boy de la Tour abstieg.

Rechnet man auf die Hin- und Herreise Erdödys fünf Tage, so hat Wien vier Tage zur Antwort gebraucht. Sie bestand in

zwei Billetten Zitas und Karls. Zita schrieb: „Es liegt etwas Neues und Ungeklärtes vor. Italien will durch Euch mehr erhalten als unmittelbar durch uns. Komme.“ Karl erklärte sich sehr zufrieden mit der guten Friedensgrundlage, wünschte aber auch seinen Schwager wegen der Unklarheit zweier Punkte zu sprechen. Wie Erdödy am 4. Mai mündlich ergänzte, hatte Italien ungefähr drei Wochen zuvor (13. April) dem Kaiser gegen Abtretung des Trentino den Frieden angeboten. Erst nach der zweiten Wiener Reise fügte Erdödy vor der Verabschiedung in Neuenburg am 12. Mai hinzu, daß ungefähr eine Woche vor Saint-Jean-de-Maurienne ein Sendbote des italienischen großen Hauptquartiers in Bern zuerst dem deutschen und danach dem österreichisch-ungarischen Gesandten das Anerbieten des Sonderfriedens gegen Abtretung des Trentino und Aquilejas gemacht habe.

Prinz Sixtus bemüht sich noch in seinem Buch, ein Rätsel zu lösen, das Ribot und Lloyd George bereits im Mai 1917 unlösbar fanden. Wie hätten sie auch ahnen sollen, daß Czernin erst Ende April dem Kaiser Mitteilungen von dem Scheinmanöver eines mehr als sechs Wochen alten bereits erledigten Friedensfühlers gemacht hatte. In Berlin hatte man es mit Recht verdächtig gefunden, daß es der italienische Unterhändler Ende März auf einmal sehr eilig hatte und einen Sonderfrieden in 14 Tagen in Aussicht stellte, wenn Italien das Trentino und „die Vorherrschaft in Istrien“ erhielte, und auf eine österreichisch-deutsche Offensive verzichtet würde. Die Mitteilung nach Wien war daher wie am 16. März mit der äußersten Zurückhaltung erfolgt, um Czernin keine Handhabe zu geben, das Opfer eines Stückes Schlesien oder erheblicher Teile Elsaß-Lothringens zur Bedingung der Abtretung des Trentino zu machen. Wenigstens in Berlin sah man den Friedensfühler als erledigt an seit der Erklärung des Botschafters Prinz Hohenlohe vom 1. April, daß die österreichisch-ungarische Regierung territoriale Zugeständnisse an Italien ablehnte und zum Friedensschluß nur auf Grund des status quo ante bereit wäre. Nur um einen Abbruch der Verhandlungen zu verhüten, hatte Zimmermann am 11. April die Berner Gesandtschaft instruiert, daß Deutschland geneigt wäre, die italienischen Wünsche nach Sonderverständigung in Wien zu empfehlen, wenn Italien sich mit dem status quo unter gegenseitigen Grenz-

berichtigungen abfinden wolle. Die Mitteilungen Erdödys an Prinz Sixtus waren also nachweislich irreführend, und es bleibt nur fraglich, ob sie der Phantasie des Kaiserpaares oder Czernins entsprungen sind.

Cadorna, von dem der Friedensfühler ausgehen sollte, war tatsächlich anfangs März noch ganz von der Sorge erfüllt, daß die bei einer Frontverkürzung gewonnenen deutschen Divisionen zu einem deutsch-österreichischen Vorstoß aus dem Trentino heraus verwendet werden könnten. Im April muß er längst gewußt haben, was Sixtus in Wien erkundet hatte. Wenn er auch daran festhielt, daß der Beginn der englisch-französischen Offensive abzuwarten sei, so gab er doch schon am 19. April den Befehl, die italienische Offensive am Isonzo am 7. Mai zu eröffnen, wagte also schon drei Tage nach dem französischen Angriff an der Aisne das Herausziehen schwerer Artillerie aus der Trentinofront. Daß Sonnino ganz aus dem Spiele blieb, hat auch Sixtus nie bezweifelt. Was er sich über Cadornas Friedensverschwörung mit Giolitti und Tittoni mittelbar durch Czernin suggestionieren ließ, wird durch die Tatsache widerlegt, daß der italienische Generalstabschef es für nötig hielt, am 31. März zur Festigung der Stimmung nach Rom zu reisen.

Selbst wenn Czernin den Märzfühler für aufrichtig gehalten hatte, konnte er nicht ohne weiteres annehmen, daß Cadorna zumal nach der Erklärung vom 1. April am Ende des Monats noch ebenso dachte wie im März. An sich zu Illusionen geneigt scheint er in diesem Falle für die italienische Illusion Kaiser Karls und Zitas ausschließlich verantwortlich zu sein. Jedenfalls hat er den gegebenen Weg zum Sonderfrieden durch Bestärkung Kaiser Karls in seiner Abneigung gegen italienische Opfer nur versperrt. Auf den dalmatinischen Inseln, ließ der Kaiser Erdödy am 4. Mai ausrichten, wohne kein einziger Italiener. Der Vorschlag der Abtretung des Trentino an Frankreich wurde ebenso abgelehnt wie das von Sixtus vorgeschlagene Plebiszit. Die Abtretung erfolge besser unmittelbar an Italien, wenn man nicht die österreichischen Sympathien für Frankreich zerstören wolle. Ein Plebiszit falle gegen Italien aus und schaffe einen in dem österreichisch-ungarischen Völkerstaate unzulässigen Präzedenzfall. Eine Grenzberichtigung am Isonzo müsse Görz wegen der Eisenbahn

nach Triest bei Österreich lassen. Wenn Italien jetzt durch England mehr fordern ließ, als es nach Karls Annahme kurz zuvor verlangt hatte, so glaubte der Kaiser durch sein Entgegenkommen gegen die Westmächte einen Anspruch auf ihre Beihilfe zur Zurückschraubung der italienischen Ansprüche und zur Erlangung von Kompensationen erworben zu haben. Wie mit Italien hoffte er auch mit Rußland nach dem angeblichen Angebote Lwows sich dann rasch verständigen zu können. Erdödy verfehlte nicht, im Anschluß daran die Vorteile eines Waffenstillstandes und Sonderfriedens für die Entente auseinanderzusetzen. Der Friede werde einen Streik der deutschen Munitionsarbeiter zur unmittelbaren Folge haben und die Türkei und Bulgarien ausschalten. Obwohl er vorausgeschickt hatte, daß der Kaiser Deutschland nicht verraten wollte, trug er doch kein Bedenken, dem Unterhändler der Entente zu erzählen, daß am 1. Mai in Deutschland schwere Unruhen stattgefunden hätten, und daß an der russisch-österreichischen Front eine faktische Waffenruhe eingetreten wäre.

Die Eröffnungen Erdödys bestimmten Prinz Sixtus, seinen Bruder Xaver und Pinet de Manteyer in Neuenburg zurückzulassen, während er selbst am 5. Mai nach Wien aufbrach. Es wird nicht nur der Umstand, daß Manteyers Urlaub am 7. Mai ablief, gewesen sein, was diesen bewog, nach Paris zu fahren. Am 9. Mai von William Martin am Quai d'Orsay empfangen, wurde er schriftlich instruiert, einen Waffenstillstand von der Verhinderung deutscher Truppen- und Kriegsbedarftransporte nach der Türkei und Bulgarien und von der Internierung oder Rücksendung der in Bulgarien und der Türkei stehenden deutschen Truppenteile abhängig zu machen. Am 11. Mai war Manteyer wieder in Neuenburg, wo er und Sixtus mit Erdödy am 12. nach der Rückkehr des Prinzen noch eine Besprechung hatten.

Der Bericht des Prinzen über seine zweite Wiener Reise vom 5. bis 12. Mai ist wenn möglich noch stärker retuschiert als die Erzählung der ersten Reise, läßt sich aber doch durch den festen Zusammenhang, in den er hineingestellt ist, hinreichend kontrollieren. Nach den Märzerfahrungen entwarf Sixtus bereits am Tage der Abreise noch in Neuenburg den an seine Adresse gerichteten Brief, den der Kaiser ihm in Wien mitgeben sollte. „Ich stelle mit Befriedigung fest, — ließ er seinen Schwager er-

klären — daß Frankreich und England meine Ansichten über die wesentlichen Grundlagen des europäischen Friedens teilen; vom Frieden ohne die Teilnahme Italiens wollen sie jedoch nichts wissen. Italien aber hat mich um Friedensschluß mit der Monarchie gebeten, unter Preisgabe aller bisherigen unzulässigen Annexionsansprüche auf die slawischen Länder der Adria. Es beschränkt seine Forderungen allein auf das italienische Trentino. Ich habe die Prüfung dieser Forderung vertagt, bis ich durch Dich die Antwort Frankreichs und Englands auf meine Friedenseröffnungen erfahre.

„Ich erkläre mich also jetzt bereit zum Frieden zwischen der Monarchie und der Entente auf der mit Frankreich und England vereinbarten Grundlage, erweitert durch die letzte Forderung Italiens und den Gesichtspunkt des Fürsten Lwows. Diese Grundlage macht das Zugeständnis der drei in meinem Briefe vom 24. März enthaltenen Punkte über Belgien, Serbien und Frankreich. Sie gesteht außerdem zu, als Antwort auf die mir gemachte Eröffnung, die Abtretung des Trentino italienischer Zunge an Italien. Sie gesteht schließlich zu, als Antwort auf die Eröffnung des Fürsten Lwow den status quo ante bellum bezüglich Rußlands und Rumäniens.

„Der Abschluß eines Sonderfriedens zwischen der Monarchie und der Entente, während der Krieg zwischen dieser und dem deutschen Reiche seinen Fortgang nimmt, kann mich unter keinen Umständen veranlassen, die Waffen vor Abschluß des allgemeinen Friedens gegen das deutsche Reich zu ergreifen. Wenn jedoch das deutsche Reich in Verkennung meiner Gefühle für dasselbe die Monarchie von jetzt ab unversehens angreifen sollte, müßte mich die Entente bei Zurückweisung dieses Angriffs mit ihrer ganzen Macht unterstützen.

„Vor Friedensschluß zwischen der Entente und der Monarchie könnte sofort ein Waffenstillstand vereinbart werden, der meine Truppen in ihren augenblicklichen Stellungen stehen ließe. Unterdessen muß ein Austausch der Kriegsgefangenen zwischen der Entente und der Monarchie stattfinden und die wirtschaftliche Blockade aufgehoben werden, so zwar, daß das von der Entente in Rußland gekaufte Getreide durch die Schweiz oder Italien nach Frankreich transportiert werden kann. Dagegen würden ...

Tonnen des von den Deutschen in Rumänien und der Türkei gesäten Getreides ungehindert durch Bulgarien und Serbien nach Deutschland transportiert werden."

Man wird auch hier gut tun, das vorbereitete Ergebnis der Wiener Reise mit dem tatsächlichen schriftlichen Ergebnis zu vergleichen, um ein echtes Bild der Laxenburger Verhandlungen vom 8. und 9. Mai zu gewinnen. Wie im März schrieb der Kaiser am 9. Mai einen von seinem Schwager entworfenen Brief an diesen mit Tintenbleistift ab, der im ersten Absatz wörtlich mit dem Neuchâteler Entwurf übereinstimmte, um dann fortzufahren:

„Graf Erdödy wird Dir mitteilen, wie ich und mein Minister über diese verschiedenen Punkte denken.

„Das gute Einvernehmen zwischen der Monarchie und Frankreich und England über eine so große Zahl wesentlicher Punkte wird uns nach unserer Überzeugung über die letzten Schwierigkeiten auf dem Wege zu einem ehrenvollen Frieden hinweghelfen.

„Ich danke Dir für Deine Unterstützung dieses von mir im gemeinsamen Interesse unserer Länder unternommenen Friedenswerkes. Dieser Krieg hat Dir, wie Du mir beim Abschied sagtest, die Pflicht auferlegt, Deinem Namen und der großen Vergangenheit Deines Hauses treu zu bleiben, zunächst als Helfer der verwundeten Helden auf dem Schlachtfeld und danach als Kämpfer für Frankreich. Ich habe Dein Verhalten verstanden, und obgleich wir durch Ereignisse, für die ich persönlich in keiner Weise verantwortlich bin, getrennt wurden, ist meine Zuneigung Dir treu geblieben.

„Ich möchte mir, wenn Du es wünschen solltest, die Möglichkeit wahren, meine persönliche Meinung durch keinen anderen Mittler als Dich zur unmittelbaren Kenntnis Frankreichs und Englands zu bringen.

„Ich versichere Dich nochmals meiner lebhaften brüderlichen Zuneigung.

Karl."

Der resignierte Ton der Ehrenerklärung, die sich Prinz Sixtus durch seinen Schwager ausstellen ließ, wird durch den Verzicht auf das am 5. Mai vorweggenommene Ergebnis der Laxenburger Verhandlungen hinlänglich erklärt. Weder von dem italienischen und dem russisch-rumänischen Zugeständnisse noch von dem Waffen-

stillstande ist in dem Briefe des Kaisers die Rede. Wenn Manteyer unter Vorlegung des Entwurfes sich in Paris Instruktionen für Waffenstillstandsverhandlungen geholt hatte, so war das jedenfalls verfrüht. Der Kaiser wagte sich diesmal, wo es sich weniger um Preisgabe des deutschen Verbündeten als um eigene Zugeständnisse handelte, nicht von den Richtlinien zu entfernen, die ihm Czernin wie schon einmal auf einem Zettel aufgezeichnet hatte. Dadurch daß er Sixtus ohne Czernins Wissen das Original dieses Zettels aushändigte, sind wir einigermaßen instand gesetzt, dem Roman des Prinzen den historischen Verlauf der Gespräche im Park von Laxenburg am 8. und 9. Mai gegenüberzustellen. Das von Sixtus in seinem Buche irreführend als Note bezeichnete Dokument lautete:

I. „Eine einseitige Gebietsabtretung Österreich-Ungarns ist ausgeschlossen; bei einer Kompensation durch anderes Gebiet wäre der Gedanke ventilierbar, falls in Betracht gezogen wird, daß der heldenhaft verteidigte mit dem Blute unserer Soldaten getränkte Boden einen für uns unvergleichlich höheren Wert hat als irgend ein neues Gebiet."

II. „Welches sind die Garantien, die uns geboten werden, daß bei einer Friedenskonferenz die Integrität der Monarchie (mit den eventuell jetzt beschlossenen Grenzrektifikationen) bestehen bleibt?"

III. „Eine definitive Antwort kann erst nach Beantwortung der vorstehenden zwei Punkte gegeben werden, da Österreich-Ungarn erst dann mit seinen Verbündeten in Besprechungen eintreten kann."

IV. „Immerhin ist Österreich-Ungarn bereit, die Besprechungen fortzusetzen und nach wie vor geneigt, für einen ehrenvollen Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Weltfrieden anzubahnen."

In der freien Poincaré vorgelesenen Übersetzung der Richtlinien Czernins läßt Sixtus den Minister unter III. sagen: «Aussitôt que les deux conditions susmentionnées (compensation à la rectification de frontière et garantie de l'intégrité de la Monarchie) auront été acceptées par l'Entente, l'Autriche-Hongrie pourra conclure sa paix séparée avee l'Entente. Alors seulement elle mettra ses alliés actuels au courant de la situation.»

Das ist zwar nicht, wie man wohl gemeint hat, eine Fälschung, geht aber in der diplomatischen Deutung der noch verschleierten Absichten Czernins über die Grenze des Zulässigen weit hinaus, wenn auch der weitere Verlauf beweist, daß Czernin unter endgültiger Antwort tatsächlich die Entscheidung über die Frage des Sonderfriedens verstanden hat. Der Punkt aber, um den sich sichtlich alles dreht, ist die Kompensation für das Trentino. Auch der gefärbte Bericht des Prinzen läßt erkennen, daß in Laxenburg Rumänien im Vordergrunde stand. Es ist möglich, daß der Kaiser eine spöttische Bemerkung gemacht hat, durch die Annexion Rumäniens zur Erlernung einer neuen Sprache gezwungen zu werden, aber es ist nach den von Czernin selbst beharrlich festgehaltenen Richtlinien ausgeschlossen, daß der Minister dieses Thema auf jene Zwischenbemerkung hin fallen ließ. Weder in Erythraea noch in italienisch Somaliland sah Czernin, da Schlesien für ihn nicht in Frage kam, die Kompensation, durch die er sich die Blutopfer an der italienischen Front bezahlen lassen wollte. Es kann wohl kein Zweifel bestehen, daß er durch Sixtus bei der Entente in der Richtung der rumänischen Kompensation sondieren wollte, wie es andererseits feststeht, daß Sixtus sich gehütet hat, sich durch Vertretung der Wünsche Czernins in Paris und London unmöglich zu machen. Das italienische Zugeständnis wurde in dem Briefe vom 9. Mai weggelassen, weil Czernin es von der Kompensation abhängig machte; das rumänische Zugeständnis mußte daran scheitern, daß auch Kaiser Karl sich jetzt offenbar dafür entschieden hatte, in Rumänien Entschädigung für das italienische Opfer zu suchen. Mochte Sixtus auch hoffen, daß der Kaiser sich schließlich mit Somaliland begnügen werde, so spricht doch die Ehrenerklärung des Briefes vom 9. Mai dafür, daß er innerlich seine Mission jetzt endgültig als gescheitert ansah.

Nichtsdestoweniger war er weit entfernt, die Flinte ins Korn zu werfen. In Czernins Ankündigung, zu weiteren Besprechungen seinen Schwager Graf Ulrich Kinsky nach der Schweiz zu schicken, hat er sofort die Absicht gewittert, ihn als Mittler auszuschalten. Der Spott des Kaisers über die Wichtigtuerei der Berufsdiplomaten wird es ihm leicht gemacht haben, seinen Schwager zu vermögen, daß er sich in seinem Briefe vom 9. Mai ihn als einzigen Mittler ausbat. Alles wurde noch einmal auf den Nachweis seiner

Unentbehrlichkeit angelegt. Den Kaiser hat er in Laxenburg mit Erfolg über Homburg ausgeholt, seinem Begleiter Erdödy entlockte er noch vor der Verabschiedung in Neuenburg einen ganzen Sack voll Neuigkeiten über die Ernährungsschwierigkeiten, den Fettmangel und die Hungerunruhen in Deutschland. Die Entente sollte den Eindruck gewinnen, daß es nur von ihr abhing, das unvermeidliche Ende des Zweibundes zu beschleunigen.

In seiner Aufzeichnung über die zweite Wiener Reise läßt Sixtus Graf Czernin am 8. Mai sich auch über sein Verhältnis zu Deutschland aussprechen: „Der Prinz fragt den Minister, wie sich Deutschland zu einem Sonderfrieden Österreichs stellen werde. Der Graf antwortet, wir Franzosen hätten die Marotte zu glauben, daß Österreich völlig in der Hand Deutschlands sei. Nichts sei irriger. Ohne Österreich-Ungarn würde Deutschland Hungers sterben. Augenblicklich verfüge die österreichische Armee, von Rußland befreit, über eine genügende Zahl von Divisionen, um vorkommendenfalls jedermann Respekt einzuflößen. Czernin gibt zu verstehen, daß er den Reichskanzler rücksichtslos behandelt. Die Großsprecherei des deutschen großen Hauptquartiers kann auf ihn keinen Eindruck machen. Der Prinz sagt zu ihm lachend: „Nach allem was ich gehört habe, wäre ich nicht erstaunt, wenn ich eines Tages erführe, daß Kaiser Wilhelm Ihnen das eiserne Kreuz abnimmt". „Aber ich habe es gar nicht," erwidert der Graf, sichtlich ärgerlich. „Dann sind Sie ein außergewöhnlicher Mann," sagt der Kaiser, „der einzige Staatsmann, der das eiserne Kreuz nicht hat". „Und der Kaiser lacht herzlich."

Man darf es auf sich beruhen lassen, ob Czernin sich tatsächlich so ausgesprochen hat, oder ob Sixtus lediglich den Minister kompromittieren und seine französischen Leser amüsieren wollte. Tatsache ist jedenfalls, daß Czernin mit Bethmann Hollweg „sans ménagements" umgegangen ist. Seines Lieblingszitates, daß Lügen kurze Beine haben, uneingedenk, bemühte er unmittelbar nach der Abreise des Prinzen Sixtus den Reichskanzler wieder einmal nach Wien, um ihm am 13. Mai zu eröffnen, daß England, Frankreich und Italien der Monarchie ein Angebot zu einem Sonderfrieden gegen Abtretung des Trentino und einer oder der anderen Insel an Italien gemacht hätten. In Laxenburg, dem Schauplatz der Intrigen des Hauses Parma, und am Ballplatz

überboten sich der Kaiser und der Minister in Beteuerungen ihrer unerschütterlichen Bundestreue. Der Wunsch, daß der angesponnene Unterhaltungsfaden nicht abgerissen werde, sollte nicht als Drohung erscheinen. An die Mitteilung des angeblichen Angebotes schlossen sich Betrachtungen über seine Unschädlichkeit für Deutschland. Die Zumutung an die Leichtgläubigkeit Bethmann Hollwegs ging so weit, daß Czernin ihm einzureden suchte, die an der italienischen Front freiwerdenden österreichischen Truppen könnten den Schutz der ganzen Ostfront übernehmen, als ob die Entente selbst imstande wäre, das revolutionäre Rußland der Monarchie preiszugeben und die Verstärkung der deutschen Westfront zu begünstigen. An die echten Laxenburger Gespräche erinnerte lediglich der dem Reichskanzler unterbreitete Vorbehalt der Entente, daß aus Rußland kommende Waren mit Ausnahme von Truppen (sic!) und Kriegsmaterial durch Österreich nach der Schweiz transportiert werden dürften. Als Äquivalent wurden Lebensmittel, die nach Aufhebung der Blockade in der Adria nach Österreich-Ungarn hereinkämen, in Aussicht gestellt. Auch die Entente, versicherte Czernin, dächte nur „an einen legitimen Sonderfrieden". Sie habe ihm ausdrücklich gestattet, über das Angebot mit seinen Verbündeten Rücksprache zu nehmen.

Am 12. April hatte Czernin mit dem Sonderfrieden gedroht. Wenn er am 13. Mai dieses Schreckgespenst in greifbare Nähe rückte, so war das an sich nur folgerichtig. Die Vortäuschung eines Angebots, das gar nicht erfolgt war, kennzeichnet sich trotzdem als Hazardspiel, das erst durch die unmittelbar vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Wien und Berlin verständlicher wird. Denn auch auf deutscher Seite war die Homburger Kaiserzusammenkunft nicht ohne bemerkenswerte Folgen geblieben. Ohne Kenntnis der Märzbesprechungen hatte sich die oberste Heeresleitung in Homburg Friedenserörterungen gegenüber gesehen, die nicht auf Vorbereitung schließen ließen. Generalfeldmarschall Hindenburg hatte daher bereits am 5. April in einem von den Generalen Bartenwerffer und Ludendorff mitunterzeichneten Schreiben an den Reichskanzler daran erinnert, daß Deutschland in Friedensverhandlungen mit seinen zahlreichen Feinden erst eintreten dürfte, wenn es mit seinen Bundesgenossen über die Friedensbedingungen im wesentlichen Einigkeit erzielt hätte. Das setzte

aber voraus, daß die Reichsleitung sich zunächst selbst über ihre Kriegsziele klar werde. Bethmann Hollweg hatte sich länger als eine Woche mit der Antwort Zeit gelassen. Erst einen Tag nach Eingang der Denkschrift Czernins, am 16. April, erklärte er kommissarische Verhandlungen über die Kriegsziele für verfrüht. „Unser Bestreben — fuhr er fort — wird es nach wie vor sein müssen, zu einem Separatfrieden mit einem unserer Feinde zu gelangen. Vor einigen Wochen lagen gewisse Anzeichen dafür vor, daß es vielleicht möglich sein werde, mit Frankreich eine Verständigung zu erreichen. Dies hat sich inzwischen vollständig geändert. Unser Rückzug und die dadurch bedingten militärischen Zerstörungsmaßnahmen haben den Kriegswillen Frankreichs erneut entfacht. Heute bietet sich die Möglichkeit eines Separatfriedens eher bei Rußland. Es liegt aber auf der Hand, daß wir dem ersten unserer Gegner, der zum Frieden bereit ist, goldene Brücken bauen müssen, und ich sehe daher kaum die Möglichkeit für die Aufstellung eines unter allen Umständen durchführbaren Programms festumschriebener Maximal- und Minimalforderungen." Nur auf das erreichbare Maximum militärischer Sicherungen wollte er sich festlegen. Im übrigen bezeichnete er es als seinen leitenden Gedanken, „die jetzige Koalition unserer Gegner zu sprengen und einen oder mehrere derselben für die Zukunft auf unsere Seite zu bringen", was sich mit Fixierung der Friedensbedingungen nicht vereinbaren ließe.

Nach seinen „Betrachtungen" will Bethmann Hollweg schon in den ersten Wochen nach der russischen Revolution bemerkt haben, „daß das neue Regime noch weniger als das alte den Weg eines Sonderfriedens gehen werde und könne". In einer Instruktion für den Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Wilhelm II. vom 18. April heißt es dagegen: „Der Umstand, daß wir zurzeit auf einen Sonderfrieden mit Rußland hinarbeiten, macht ausführliche Kriegszielerörterungen in der deutschen Presse gerade jetzt besonders unerwünscht." Im März hatte sich die Richtung seiner Ostpolitik jedenfalls soweit als möglich von ihrem leitenden Gedanken entfernt. Auch aus dem April liegen keine Anzeichen vor, daß der politischen Einsicht Taten entsprochen haben, man müßte denn der verhängnisvollen Durchreiseerlaubnis für Lenin und seine Apostel Apfelbaum, Rosenfeld, Abramowitsch, Zeder-

baum, Sobelsohn, Finkelstein und Silberstein das Motiv unterschieben, den Russen eine zum Sonderfrieden bereite revolutionäre Regierung ins Land zu schicken. Soviel aber ist klar: von der in der Berliner Vereinbarung vom 27. März eingeschlagenen Straße nach Brest Litowsk führte keine goldene Brücke zur Verständigung mit Rußland, gleichviel wer an seiner Spitze stand.

Der Reichskanzler durfte sich daher nicht wundern, daß weder der Kaiser noch die oberste Heeresleitung seine Ausreden gelten ließen. Es rächte sich jetzt, daß er beide in die Märzverhandlungen mit Czernin nicht eingeweiht hatte. Der Kaiser hielt ihm vor, daß die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über die Friedensbedingungen nicht erst angesichts eines russischen Angebots stattfinden dürften. Ob das Friedensprogramm durchgesetzt werden könne, sei eine andere Frage, aber ohne Programm an das Friedensgeschäft heranzugehen, heiße den feindlichen Intrigen Tür und Tor öffnen. Die oberste Heeresleitung aber nahm die Mitteilung Bethmann Hollwegs zum Anlaß, die Notwendigkeit eines dauernden innigen Zusammenwirkens von Politik und militärischen Maßnahmen damit zu begründen, daß sie die militärischen Maßnahmen den politischen Rücksichten hätte anpassen können, wenn ihr die Aussichten einer Verständigung mit Frankreich bekannt gewesen wären.

So hatte sich Bethmann Hollweg wohl oder übel zu einer Besprechung über die Kriegsziele verstehen müssen, die am 23. April in Kreuznach zwischen ihm, Zimmermann und Hindenburg, Ludendorff und Admiral von Holtzendorff stattfand. Das Protokoll knüpft, ohne sie zu nennen, an die Vereinbarungen des November 1916 an, nur daß die Bedingungen jetzt schärfer herausgearbeitet wurden. In einer Randbemerkung wiederholte der Reichskanzler am 25. April den in Kreuznach gemachten Vorbehalt seiner Zustimmung, daß er die festgelegten Friedensbedingungen nur für erreichbar hielte, wenn Deutschland den Frieden diktieren könnte. Nach wie vor innerlich überzeugt, daß alles ganz anders kommen werde, unterließ er es doch, den Konferenzteilnehmern die goldene Brücke zu einem Sonderfrieden mit Rußland auszumalen. Seinen leitenden Gedanken hatte er offenbar nicht durchgedacht, sonst hätte er bei dieser Gelegenheit daran erinnern müssen, daß Sprengung der Koalition der Gegner an dem

Sprengpunkte zum mindesten Verzicht auf militärische Sicherungen voraussetzte. Nicht er, sondern Zimmermann deckte den wunden Punkt der den Generalen unbekannten Vereinbarung des 27. März auf, indem er die Abhängigkeit der Abtretung Kurlands und Litauens von anderweiter Entschädigung Rußlands betonte. Czernin hatte in Homburg durch das Angebot Galiziens als Zuwage zu Polen nicht umsonst gezeigt, daß der Verzicht auf Ostgalizien für die Monarchie keine Zumutung war. Mit Lebhaftigkeit ergriff Ludendorff den Gedanken, die Monarchie gegen Rumänien zu sichern und auf dem Balkan zu stärken. Die Beschneidung Rumäniens sollte sich auf Vorschiebung der Grenze Österreich-Ungarns bis zum Sereth und bis Craiova, Rückgabe des bulgarischen Teiles der Dobrudscha und Entschädigung Rußlands in der Moldau beschränken. Serbien wurde, soweit es nicht an Bulgarien fallen sollte, mit Montenegro und Albanien zu einem südslawischen Staate vereinigt dem Verbündeten zugedacht. Daß sich dieses Programm mit der rumänischen Begehrlichkeit und der serbischen Opferbereitschaft Czernins nicht vertrug, ist dabei nicht zur Sprache gekommen. Um so stärker betonten die Generale nach den Homburger Erfahrungen die Dringlichkeit der Verständigung über Polen, weil die deutsche Grenze gegen Polen davon abhängig sei. Gelinge es, die deutsche militärische, politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in Polen zu sichern, so könne die oberste Heeresleitung von Grenzberichtigungen teilweise absehen.

Da im Westen kein Äquivalent für den Verzicht auf Sicherungen zu finden war, widersprach das Kreuznacher Programm der Tendenz der Vereinbarung des 27. März in noch höherem Grade. Die militärische Kontrolle Belgiens, bis es für ein Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland politisch und wirtschaftlich reif geworden sei, und die Abtretung oder Verpachtung Lüttichs und der flandrischen Küste mit Brügge setzte, wie die Generale und Holtzendorff Zimmermann bereitwillig zugaben, die völlige Niederwerfung Englands voraus. Um einen Frieden mit Frankreich nicht scheitern zu lassen, erklärte sich jetzt die oberste Heeresleitung damit einverstanden, im Austausch gegen das Erz- und Kohlenrevier Briey Longwy und kleinere Grenzberichtigungen an Frankreich einzelne Grenzzipfel und südwestlich Mülhausen einen schmalen Grenzstreifen abzutreten. Auch von Luxemburgs Angliederung

als deutscher Bundesstaat war die Rede, doch sollte damit noch nicht an Luxemburg herangetreten werden. Über die Fragen des Balkans, Kleinasiens, der vom Admiralstab geforderten maritimen Stützpunkte und der Kolonien sollten sich die beteiligten Stellen verständigen.

Das Protokoll verschweigt, daß an der Konferenz auch der in Brüssel stationierte Legationsrat Freiherr von der Lancken teilgenommen hat. An Lancken war im März die ihn befreundete Belgierin Gräfin Mérode mit dem Erbieten herangetreten, ein Friedensgespräch in der Schweiz zwischen ihm und einem französischen Staatsmann vermitteln zu wollen. Sie hatte zuerst Deschanel vorgeschlagen, den Lancken ablehnte, weil er in seiner Vorrede zu Chéradames Jugoslawien gesagt hatte, der Tod Franz Josephs werde das Signal für die völlige Auflösung Österreich-Ungarns sein, aber auch von Jules Cambon wollte Lancken nichts wissen aus Besorgnis, daß dann Cambons Bruder Paul, der Botschafter in London, zum Mitwisser würde. Eher leuchtete ihm Briand ein, der am 19. März durch Ribot ersetzt worden war, aber er verwahrte sich gegen das Ansinnen weitgehender Zugeständnisse. Als die belgische Dame trotzdem die Zusammenkunft vermitteln wollte, war Lancken nach Berlin gefahren, wo er jedoch nur Helfferich antraf, da Bethmann Hollweg und Zimmermann nach Homburg zur Kaiserbegegnung gereist waren. Helfferich hatte sofort erkannt, daß Lanckens Eröffnungen sich gut gegen Czernin verwerten ließen. Denn der Reichskanzler könne jetzt auftrumpfen, daß man von französischer Seite auch an Deutschland herangetreten wäre. Bethmann Hollweg aber beschloß diesen Trumpf gegen die oberste Heeresleitung auszuspielen. Auf seine Andeutungen vom 16. April mußte er gefaßt sein, in Kreuznach von den Generalen um nähere Mitteilungen über die angeblich durch Hindenburgs Rückzug zerstörte französische Friedensmöglichkeit ersucht zu werden. Er hatte daher Lancken wieder nach Berlin zitiert, um ihn nach Kreuznach mitzunehmen, und instruierte ihn, sich vor den Generalen dahin auszusprechen, daß er es nach seiner Einschätzung der Franzosen für gut hielte, sich beizeiten ganz in der Stille zu überlegen, welche Konzessionen hinsichtlich Elsaß-Lothringen etwa zu machen wären. So kam es, daß aus dem Anerbieten der Belgierin, von dem Lancken noch gar nicht

sicher wußte, wie Briand und seine Hintermänner es aufnehmen würden, in Kreuznach ein stark unterstrichener französischer Friedensfühler wurde, und Bethmann Hollweg, Zimmermann und Lancken die Überraschung erlebten, daß Ludendorff sofort mit Feuereifer die vorgetäuschte Gelegenheit ergriff. Die im Protokoll genannten territorialen Zugeständnisse begründete der General damit, daß die Grenzführung heute in strategischer Hinsicht nicht mehr so wichtig wäre wie früher, da die Zukunftskriege doch andere sein würden als die früheren. Bethmann Hollweg hatte sich durch seinen Schachzug, der Czernin gegenüber besser am Platze gewesen wäre, der peinlichen Erörterung der Vorgeschichte der Homburger Tage entzogen und wider Erwarten festgestellt, daß die oberste Heeresleitung nach jeder Friedensmöglichkeit mit beiden Händen griff. Ganz erfüllt von dem Wunsche, die Friedensfäden fortgesponnen zu sehen, hat Ludendorff zu Lancken noch bei der Verabschiedung gesagt: „Alles was Sie an Pässen für Mittelsleute benötigen, brauchen Sie nur hier anzufordern, es wird Ihnen schleunigst bewilligt werden."

Eine gerechte Würdigung des Kreuznacher Programms hat davon auszugehen, daß es Maximalforderungen zu Papier brachte, an deren restlose Verwirklichung wohl keiner der Konferenzteilnehmer geglaubt hat. Der U-Bootkrieg und der Ausfall Rußlands konnten den Feindbund so mürbe machen, daß er noch vor dem Eingreifen der Vereinigten Staaten friedensreif wurde. Auf die Kriegsziele der Entente war dann das Kreuznacher Programm die rechte Antwort, um die Verständigung auf einer mittleren Linie zu suchen. Mehr als ein kurzer Waffenstillstand wäre jedoch auf diese Weise nicht zu erreichen gewesen. Annexionen und Sicherungen hätten den Block der Feinde auch für die Zukunft zusammengeschmiedet. Der einzige Ausweg aus der Einkreisung von 1914 war ein den allgemeinen Frieden nachziehender Sonderfrieden, der aber voraussetzte, daß man an einer Stelle, statt zu fordern, zu Opfern bereit war. Es war das Recht und die Pflicht der obersten Heeresleitung, die militärischen Sicherungen im Westen wie im Osten namhaft zu machen, aber es war nicht minder die Pflicht des politischen Leiters, näher auf die zur Herbeiführung eines Sonderfriedens unvermeidlichen Abstriche und Opfer einzugehen. Hätte Bethmann Hollweg sich in Kreuznach von der

Berliner Vereinbarung des 27. März losgesagt und sich mit der obersten Heeresleitung darüber verständigt, daß ein Sonderfriede mit Rußland mit deutschen Verzichten und österreichisch-ungarischen Opfern nicht zu teuer erkauft wäre, so durfte er Czernin das Opfer Ostgaliziens und der Bukowina zumuten und konnte damit obendrein die österreichische Zumutung des Opfers der Reichslande auf das wirksamste parieren. Dann aber durfte er sich nicht mit einem platonischen Vorbehalt zu platonischen Kriegszielen begnügen, sondern mußte den Mut seiner Meinung haben, und hinter Kurland, Litauen, Polen ein betontes Fragezeichen setzen. Wenn bis dahin noch ein Zweifel vorhanden war, ob der Reichskanzler nicht doch das Rechte wollte und nur unter dem militärischen Drucke die Entschlußkraft nicht gefunden hat, so wird er durch die Instruktion Graf Wedels vom 28. April beseitigt. Dem Botschafter fiel danach „die schwierige Aufgabe" zu, Czernin allmählich davon zu überzeugen, daß trotz der jüngsten Erklärung der provisorischen Regierung der Abschluß eines auch den deutschen Interessen gerecht werdenden Friedens mit Rußland höchstwahrscheinlich nur durch territoriale Konzessionen Österreich-Ungarns zu erlangen sein werde. Mit anderen Worten, der Reichskanzler ließ Czernin sagen, opfert Ostgalizien und die Bukowina, damit wir Kurland und Litauen behalten können, und es klang wie ein Hohn, wenn das Auswärtige Amt hinzufügen ließ, daß Deutschland ein Entgegenkommen der Monarchie in diesem Punkte dankbar anerkennen würde, obwohl es zugleich auf reichliche serbische und rumänische Entschädigungen Österreich-Ungarns hinwies. Was nützte da der leitende strategische Gedanke, wenn die Taktik so stümperhaft war, daß sie den Knäuel, den es zu entwirren galt, von vornherein noch mehr verwirrte.

In der Tat verhehlte Czernin auf die Eröffnungen Wedels nicht sein Befremden, daß Österreich die Abtretung Ostgaliziens und der Bukowina zugemutet werde, während doch bisher in allen Besprechungen vereinbart worden wäre, in erster Linie daran festzuhalten, daß die Integrität der verbündeten Reiche gewahrt werden müßte. Der Vergleich zwischen dem reichen Gewinn Deutschlands und dem Verluste Österreichs werde die Regierung in eine sehr schwierige Lage bringen, ja unter Umständen sogar die Dynastie gefährden. Mit Recht wandte er in einer zweiten Unterredung

ein, daß die serbisch-rumänischen Kompensationen im Falle eines Sonderfriedens mit Rußland in der Luft hingen. Die Wirkung einer Gebietsabtretung auf die Polen, Tschechen und die anderen Slawen der Monarchie sei daher gar nicht zu übersehen. Wenn es zu einem allgemeinen Frieden käme, ließe sich unter der Voraussetzung gesicherter und befriedigender Kompensationen eher von Opfern reden. Freilich fürchte er, daß Kompensationen in Serbien-Montenegro wegen Widerstandes der Westmächte sehr schwer erreichbar wären, ja er habe sich mit dem schmerzlichen Gedanken vertraut gemacht, in die Wiederherstellung eines bis an die Adria reichenden selbständigen serbischen Staates einzuwilligen, was einen Bruch mit allen politischen Traditionen Österreichs bedeute. Ohne Kenntnis der heimlichen serbischen Zugeständnisse des Verbündeten an die Entente stellte Graf Wedel doch fest, daß Deutschland in der serbisch-montenegrinischen Frage mit einem erheblichen Machtgewinn Österreichs rechne, während Czernin einen Verlust in seine Berechnungen eingestellt habe. Nichtsdestoweniger gewann er den Eindruck, daß Czernin sich zu der Abtretung Ostgaliziens und der Bukowina verstehen werde, wenn er die Gewißheit habe, zum mindesten die ganze Walachei unter garantierter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands seinem Staate einzuverleiben. Auch auf eine Personalunion mit Rumänien hatte ihm Czernin Anspielungen gemacht. Carp und seine Freunde hätten Kaiser Karl die Krone Rumäniens angeboten.

Vergegenwärtigt man sich, daß Czernin wenige Tage nach diesem Gespräche in Laxenburg mit Prinz Sixtus verhandelte, so versteht man, daß der taktische Fehler der deutschen Politik einen Spieler wie ihn zu dem hazardmäßigen Einsatz des 13. Mai herausfordern mußte. Bethmann Hollwegs von Wedel bereits am 16. April angeregte Antwort vom 4. Mai auf die Denkschrift vom 12. April hätte nicht ungelegener kommen können. Von seinen leitenden Gedanken war auch darin nicht die Rede. Als ob er es sich vorgenommen hätte, die russische Gelegenheit zu verpassen, bezeichnete er es als die gemeinsame Aufgabe des Zweibundes, „kommende russische Sondierungsversuche zwar ohne zur Schau getragenes empressement, aber doch sachlich so zu behandeln, daß sie zu tatsächlichen Friedensverhandlungen führten". Statt eines

Sonderfriedens versprach er sich nicht mehr als einen faktischen Friedenszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten als Präludium zum allgemeinen Frieden. Statt der goldenen Brücke zu Rußland sah er nur die unantastbare Brücke zwischen Rußland und dessen Verbündeten. Aus der Erkenntnis, daß „augenblicklich ein allgemeiner Friede nur durch Unterwerfung unter den Willen unserer Feinde zu erkaufen wäre", wurde nicht die Folgerung gezogen, daß nur eine mit „empressement" geführte politische Offensive in den feindlichen Vernichtungswillen Bresche legen konnte. Die oberste Heeresleitung führte, der Reichskanzler ließ sich auch da von Wind und Wellen treiben.

Wie hätten da die Betrachtungen Bethmann Hollwegs über die aussichtsvolle militärische Lage Eindruck machen sollen. Dem deutschen Botschafter entging nicht, daß die Verstimmung und das Mißtrauen gegen Deutschland namentlich am Hofe Kaiser Karls im Wachsen sei. In Berlin sorgte Erzberger für Verbreitung von Sonderfriedensgerüchten, sodaß schon Ende April Zimmermann führende Parlamentarier zu einer Besprechung einlud und namentlich Schiffer für den Gedanken gewann, österreichische Abgeordnete und Staatsmänner wie Klein, Bärenreiter, Urban, Spitzmüller im Sinne der Note des Reichskanzlers zu bearbeiten. Die Drohung des 12. April begann gerade ernsthaft genommen zu werden, als Czernin das fingierte Angebot Englands, Frankreichs und Italiens als neue Drohung ins Treffen führte. Bethmann Hollweg will damals die Gefahr eines österreichischen Sonderfriedens nicht für akut angesehen haben, weil er eine Verständigung Kaiser Karls mit Italien für ausgeschlossen hielt. Wäre dem so, so widerspräche seine Handlungsweise wieder einmal seiner Einsicht. Wahrscheinlicher ist die Annahme, daß er ebenso bestürzt wie Graf Wedel angenommen hat, die Entente werde der Monarchie, bevor sie unterliege, glänzende Angebote machen, um sie von Deutschland zu trennen. Czernin hatte die deutsche Diplomatie da, wo er sie haben wollte. Soeben noch durch territoriale Zumutungen bedrängt, stellte er sich durch seinen Schachzug zwischen Meistbietende. Grundsätzliche Anerkennung der Integrität der Monarchie und die rumänische Kompensation für die Abtretung des Trentino wurden gleichzeitig in Paris der Preis seines Abfalls und in Berlin seiner Bundestreue. Erreichte er bei der Entente und

im deutschen Hauptquartier sein Ziel, so konnte er sich als Gewinner aus dem Krieg allmählich herausziehen. Wie er sich die Auseinandersetzung mit Rußland gedacht hat, ist freilich schwer zu sagen. Als ihm Wedel vorhielt, daß die Integrität der Monarchie die Wiedereroberung Ostgaliziens voraussetzte, hat er gemeint, ein Wiederaufleben des Kampfes mit Rußland müßte unbedingt vermieden werden. Mit der Möglichkeit russischer Offensiven hat er also im Mai nicht mehr gerechnet! Ließen die Westmächte Rußland im Stich, so zog der Friede im Westen und Süden den Frieden im Osten nach sich und zwang die Russen, Ostgalizien zu räumen. So viel steht fest, daß er den Frieden von Westen her erwartete und die Sprengung der Koalition im Osten an seinem Teile verhindert hat. Für Brest Litowsk ist er jedenfalls in noch höherem Grade als Bethmann Hollweg verantwortlich.

Die Bestürzung der deutschen Diplomatie wurde noch dadurch gesteigert, daß Wedel und der Reichskanzler den Prinzen Sixtus für den Überbringer des Friedensangebotes hielten. Von Bethmann Hollweg zugleich im Namen Hindenburgs nach Kreuznach eingeladen, durfte Czernin am 17. und 18. Mai von den Zumutungen des Programms vom 23. April absehend in Gegenwart Hindenburgs, Ludendorffs und des Protokollführers Bartenwerffer die volle Integrität der Monarchie fordern, ohne daß der Reichskanzler auf das Thema Ostgalizien, Bukowina zurückkam. Die Anwesenheit der Generale machte sich nur dadurch bemerklich, daß Ludendorffs Vorschlag der Angliederung eines großen Neuserbien an Österreich-Ungarn protokolliert wurde. Czernins Forderung beschränkte sich auf den Lovcen und die Abhängigkeit Neuserbiens, Montenegros und Albaniens von der Monarchie, wobei auch des eventuellen großen Opfers, daß Neuserbien einen Ausgang zur Adria erhielte, gedacht wurde. Die deutsche Tendenz ging dahin, auf dem Balkan durch Zufriedenstellung Österreich-Ungarns und Bulgariens einen Dauerzustand zu schaffen, während Czernin die rumänischen Zugeständnisse des Reichskanzlers aus dem März zu erweitern und festzulegen bestrebt war. Man einigte sich schließlich, daß das besetzte Rumänien mit Ausnahme der bulgarischen Dobrudscha und eines Grenzstreifens südlich der Bahn Cernavoda-Konstanza als besonderer Staat in die

Interessensphäre Österreich-Ungarns unter wirtschaftlicher Beteiligung Deutschlands fallen sollte, für den Fall, daß Deutschland die territoriale Angliederung Kurlands und Litauens und die Anlehnung Polens durchsetzte. Ja, der Reichskanzler erklärte sich bereit, die Militärverwaltung in Rumänien anzuweisen, für den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Anschluß des Landes an die Mittelmächte durch Volkskundgebungen Stimmung zu machen. Unter dieser Voraussetzung verzichtete Österreich-Ungarn auf ein Condominium in Polen.

Nach Wien zurückgekehrt hat Czernin zwar zu Wedel gesagt, man habe in Kreuznach ungefangene Fische verteilt, aber doch auch seiner Befriedigung Ausdruck verliehen, daß der Monarchie bei günstigem Ausgang des Krieges ein großes Ziel zu erreichen wäre. Wie die Abmachung des 18. Mai durch Vorspiegelung falscher Tatsachen erpreßt war, konnte sie nur Bestand haben, solange Czernin sich noch auf rumänische Zugeständnisse der Westmächte Hoffnung machte. Wir werden später sehen, wie man in Wien und Berlin von der germano-polnischen Lösung des polnischen und der austro-rumänischen Lösung des rumänischen Problemes allmählich wieder abrückte. Für den Augenblick glaubte Czernin einen Haupttrumpf in der Hand zu haben. Die weitere Entwicklung hing von der Antwort der Westmächte auf die am 9. Mai formulierten Laxenburger Fragen und Wünsche ab.

Zwei Tage nach der Kreuznacher Abrede wurde Prinz Sixtus von Poincaré in Gegenwart Ribots in einstündiger Audienz empfangen. Auch diesmal hatte er vorher aufgezeichnet, was er zur Sprache bringen wollte. In der mündlichen Ergänzung des neuen Kaiserbriefes und der Richtlinien Czernins gedachte er noch willkürlicher als das erstemal eigene Politik zu machen. Der Hinweis auf die Gefahr eines deutsch-russischen und eines österreichisch-italienischen Sonderfriedens sollte vorausgesehene Einwände Ribots parieren. Czernins rumänische Wünsche durften nicht einmal angedeutet werden. Über Belgien, Elsaß-Lothringen und Serbien sei man bereits einig. Über Welschtirol könne man sich verständigen. Frankreich habe es in der Hand, Deutschland zu isolieren. Schlage es das Angebot Kaiser Karls aus, so sei es auch seinen Verbündeten für die Folgen verantwortlich. Für

alle Fälle wollte er sich vorbehalten, im Auftrage seines Schwagers Lloyd George die gleichen Eröffnungen zu machen.

Daß in der Tat Lloyd George seine einzige Hoffnung war, bewies der Verlauf der Audienz. Auf Poincarés Frage, welche Kompensation für das Trentino in Betracht käme, wußte Sixtus nur Somaliland zu nennen, was den Präsidenten zu der Erinnerung veranlaßte, daß die Italiener mehr als zehnmal Frankreich um Djibuti gebeten hätten. Ribot ließ durch seine Kritik des Kaiserbriefes erkennen, daß ihm die wahre Richtung der österreichischen Kompensationswünsche nicht entging. Rumänien fand er ganz vergessen, auch die polnische Frage vermißte er. Mehr als das österreichische Angebot beschäftigte beide Staatsmänner der Bericht des Prinzen Sixtus über den italienischen Friedensfühler. Ribot bezweifelte, daß König Viktor Emanuel und Cadorna hinter dem Rücken Sonninos einen solchen Schritt getan hätten. Allenfalls wäre der stellvertretende Generalstabschef Porro dazu imstande. Immerhin hielt auch Ribot, obwohl seit einer Woche die zehnte Isonzoschlacht tobte, Aufklärung des befremdlichen Zwischenfalles für höchst erwünscht. Im übrigen machte er zwischen einem österreichisch-italienischen Sonderfrieden und einem Friedensschluß zwischen der Entente und der Monarchie keinen Unterschied. Das Ausscheiden Österreich-Ungarns aus der Reihe der Kämpfer habe in jedem Falle auch das Ausscheiden Italiens zur Folge. Gegen den Prinzen und Poincaré erklärte er es für unmöglich, den Italienern zu sagen ihr erhaltet das Trentino nur, wenn wir Elsaß-Lothringen erhalten. Das Angebot Kaiser Karls trat hinter Ribots Sorge, den italienischen Bundesgenossen zu verlieren, so in den Hintergrund, daß Sixtus nicht länger zögerte, seinen Appell an Lloyd George anzukündigen. Die Audienz schloß, ohne daß er eine Antwort auf den Kaiserbrief erhalten hatte.

Ribot aber beeilte sich, noch am 20. Mai, an Lloyd George zu schreiben: „Prinz Sixtus wird sich morgen nach London begeben. Er wird Ihnen einen eigenhändigen Brief mitteilen, den Sie mit Interesse lesen werden. Wir haben dem Prinzen wiederholt, daß es uns unmöglich wäre, ohne Italien etwas zu tun. Ich denke nach wie vor, daß der in dem Brief erwähnte Schritt nicht im Auftrag des Königs erfolgt sein kann. Es scheint mir uner-

läßlich, festzustellen, was daran ist. Das einfachste wäre, mit dem König darüber zu sprechen und ihn zu diesem Zwecke zu einem Besuche unserer und der britischen Front einzuladen, was gestatten würde, ohne Argwohn zu erregen, eine Zusammenkunft zwischen ihm, dem König von Großbritannien und dem Präsidenten der Republik zu bewerkstelligen. Man könnte dann sehen, ob sich eine zweckdienliche Aussprache ermöglichen ließe. Sie verkennen nicht die Schwierigkeit eines Vergleiches. Wir werden in der Tat weder Serbien noch vor allem Rumänien, das nur auf unser Ersuchen zu den Waffen gegriffen hat, opfern können. Jedenfalls müssen wir mit der größten Klugheit vorgehen, und ich glaube, daß bis auf weiteres die uns gemachten und pflichtgemäß zur Kenntnis genommenen vertraulichen Mitteilungen das Geheimnis der zur Zeit Eingeweihten bleiben müssen."

Im Besitze dieses Briefes empfing Lloyd George den Prinzen am 23. Mai in Downing Street. Die Lektüre des kaiserlichen Handschreibens begleitete er mit Kopfschütteln und halblauten Bemerkungen, um sofort die Frage der Kompensation für Österreich anzuschneiden. Auch er wußte, da der Prinz die Entschädigung durch deutsche Kolonien im Interesse des Ruhebedürfnisses Österreichs ablehnte, keinen anderen Vorschlag als die armen Kolonien Erythraea oder Somaliland. An eine Umgehung Sonninos durch Viktor Emanuel konnte er so wenig wie Ribot glauben und beschied den Prinzen auf den Nachmittag zu einer Audienz bei König Georg V., dem er Ribots Anregung vortragen wollte. Czernins Vorschlag, Kinsky nach der Schweiz zu schicken, leuchtete ihm nicht ein. Er selbst würde eine persönliche Besprechung mit Ribot und Czernin vorgezogen haben, weil nur die leitenden Staatsmänner Fragen von dieser Tragweite erfolgreich erörtern könnten.

Nach der Audienz im Buckingham-Palast antwortete Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten: „Ich habe heute Ihren Gewährsmann gesehen und ihn zum König gebracht. Dieser billigt Ihre Anregung einer Zusammenkunft beider Könige und des Präsidenten Poincaré unter Zuziehung ihrer Minister. Wollen Sie die Güte haben, die Könige von England und Italien zu einem Besuche der französischen Front in nächster Zeit einzuladen?

„In der Einladung des Königs von Italien könnte man andeuten, daß Präsident Poincaré Verlangen trage nach einem unmittelbaren Gedankenaustausch über die russischen Zustände, über die ihm besondere Berichte zugegangen seien. Ich fürchte, daß der König von Italien, wenn man eine baldige Zusammenkunft nicht besonders begründet, einige Wochen zögert, und die sich augenblicklich darbietende Gelegenheit bis dahin verschwunden sein kann. Wir müssen unsere Kräfte möglichst zur Vernichtung der deutschen Militärmacht konzentrieren. Keine andere Macht zählt. Darf ich um Ihre Rückäußerung bitten? Der Überbringer wird auf Antwort warten."

Als Sixtus nach einem Besuche seiner Schwestern in Ryde am 30. Mai einer Einladung Lloyd Georges zum Frühstück mit dem englischen Kriegskabinett folgte, erfuhr er, daß Sonnino die Zusammenkunft abgelehnt hatte, weil sie in Rußland einen schlechten Eindruck machen würde. Auch ein Telegramm Lloyd Georges wurde aus Rom ausweichend beantwortet. Am 4. Juni konnte der Prinz auf sein Drängen um einen Bescheid in einer letzten Unterredung mit dem englischen Diktator sich abermals überzeugen, daß dieser einen Sonderfrieden mit Österreich dringend wünschte und Mittel und Wege zur Beseitigung des italienischen Hindernisses suchte. Von Sonninos Gegenvorschlag eines Besuches an der italienischen Front wollte er allerdings nichts wissen, und in seiner Andeutung, daß Rußland sich aufraffe, schwang die Hoffnung mit, daß die Österreicher nachgiebiger würden. Auch ohne die abermals verschobene Antwort war ersichtlich, daß die weitere Entwicklung weder den Bourbonischen Thronprätendenten noch Kaiser Karl auf ihre Rechnung kommen lassen würde. Aus dem Buche des Prinzen läßt sich nur ersehen, daß er wenigstens nichts versäumen wollte. Am 5. Juni aus London abgereist, hatte er an den beiden folgenden Tagen in Panne mit König Albert von Belgien zwei längere Besprechungen, stattete am 7. Juni seinem Regiment in Lamperniſſe einen kurzen Besuch ab und nahm mit verlängertem Urlaub am 8. Juni wieder sein Standquartier in seiner Pariser Wohnung am Quai de Béthune, um erst am 25. Juni nach einer längeren Unterredung mit Jules Cambon, seine Mission verloren gebend, an die Front zurückzukehren.

Über seine Familienkorrespondenz ist er so schweigsam wie früher. Die Annahme geht wohl nicht fehl, daß Prinz Xaver, der im Tagebuch nur am 4. Juni als sein Begleiter genannt wird, wie schon einmal den Kurier gespielt hat. In der Familie des Erzherzogs Friedrich wollte man, wie General von Cramon am 28. Mai meldete, erfahren haben, daß Sixtus und Xaver als Gäste Kaiser Karls auf Schloß Wartholz-Reichenau weilten. Auch in Italien war man durch die Telegramme Ribots und Lloyd Georges alarmiert, brachte aber eine Schweizerreise Briands mit den österreichisch-französischen Verhandlungen über einen Sonderfrieden in Verbindung, sodaß die deutsche oberste Heeresleitung nach den seit dem 24. Mai aufgefangenen italienischen Funksprüchen den Verdacht aussprach, Kaiser Karl werde am 5. Juni in Feldkirch persönlich mit Briand oder einem anderen Abgesandten der Entente verhandeln. Ende Mai hätte Prinz Xaver in Schloß Wartholz nur über die ersten Audienzen seines Bruders bei Poincaré und Lloyd George berichten können. Am 4. Juni war er jedenfalls in London. Wahrscheinlicher ist, daß er vor und nach dem 4. Juni sich in der Schweiz mit Erdödy oder einer seiner Schwestern getroffen hat. Von Wedel zur Rede gestellt, konnte Czernin am 6. Juni sein Wort verpfänden, daß die Prinzen Parma weder in Wien noch in Feldkirch waren. Wahrscheinlich liege eine Verwechslung vor mit den beiden jüngsten Brüdern der Kaiserin, die in Feldkirch auf der Schule wären. Die nicht ganz zutreffenden Vermutungen des hintergangenen Bundesgenossen gestatteten ihm, Bethmann Hollwegs nachhinkende Erinnerung, daß „Konversationen zwischen unverantwortlichen Persönlichkeiten schädlich wären", als gegenstandslos beiseite zu schieben. An diesen wohlfeilen Triumph schloß sich das wahrheitsgemäße Geständnis, daß in der „französischen Angelegenheit nichts Neues eingetreten sei". Die Wiener Vorspiegelungen hatten am 18. Mai in Kreuznach ihre Wirkung getan. Der Ausgang der Mission des Prinzen Sixtus hat auch in der Folgezeit nicht gestattet, auf sie zurückzukommen. Kaiser Karl und Czernin mußten seit Anfang Juni 1917 andere Wege zum Frieden suchen, aber ihr Tun und Lassen stand auch weiterhin unter den Nachwirkungen der Bourbonischen Familienintrige. Der Krieg war an seinem Wendepunkte angelangt. Sein Ausgang hing davon ab, wie ihn die Gegner überschritten.

Viertes Kapitel.

Die Krisis des Weltkrieges.

Bereits der März hatte den Bund der Westmächte durch den U-Bootkrieg, die russische Revolution und den deutschen Rückzug in die Siegfriedstellung mit schweren Sorgen belastet. In Paris und in London hat man damit gerechnet, daß die durch die Frontverkürzung gewonnenen deutschen Divisionen zur Erzwingung eines Sonderfriedens gegen Italien oder Rußland eingesetzt werden könnten. Die beste Bürgschaft für Italiens Bundestreue waren seine Annexionswünsche, die es in den Krieg geführt hatten und die es nur durch eine Weltkoalition durchsetzen konnte. Die Isonzoschlachten mußten auf die Dauer auch die Italiener ermatten, aber sie machten das regno nicht friedensreif, solange es mit Österreich allein zu tun hatte. Die Gefahr eines italienischen Sonderfriedens wurde erst akut, wenn deutsche Hilfe den Österreichern zu einem durchschlagenden Siege verhalf. Noch mehr gefährdet erschien in dem Ringe der Belagerer der Festung Mitteleuropa der russische Abschnitt. Wenn sich auch nach Hindenburgs Rückzug der ursprüngliche Plan der Frühjahrsoffensive nicht festhalten ließ, siegte doch im Kriegsrate von Compiègne am 6. April die Ansicht, daß die deutschen Reserven durch einen wuchtigen Angriff gebunden werden müßten. In den Schlachten an der Aisne und in Artois wurde in der Tat dieser Zweck erreicht. Lloyd George kam selbst am 4. Mai nach Paris herüber, um die Franzosen zu einem nochmaligen gewaltigen Anlaufe aufzupeitschen. Der 1916 geplante gleichzeitige allgemeine Angriff hatte sich hauptsächlich wegen der russischen Revolution nicht durchsetzen lassen. Um so wertvoller war es, daß Deutschland die militärischen Früchte des Rückzuges Hindenburgs in Italien und vor allem in Rußland nicht ernten konnte. Während die Offensive im Westen ermattet zusammenbrach, trat Italien am 14. Mai auf den Plan und verlängerte die Atempause, die das revolutionäre Rußland bedurfte, um sein

Heer mit französischer und englischer Hilfe wieder mit Offensivgeist zu erfüllen.

Die Wucht und die Methode des französischen Angriffes hatte aber zugleich für das Heer der Republik ernste Folgen gehabt. Was durch die Offensive gewonnen war, konnte aus Rücksicht auf Italien und Rußland nicht laut gesagt werden. Der politische Erfolg verbarg sich der Welt. Um so lauter sprach das Mißverhältnis zwischen militärischem Erfolg und Opfern. Der auf 150000 Mann bezifferte Verlust an der französischen Front hat dem in den Tagen von Verdun hochgefeierten General Nivelle den Beinamen „der Blutsäufer" angeheftet. Seine Ersetzung durch General Pétain im Oberkommando fachte die Empörung, statt sie zu beschwichtigen, zur hellen Flamme an. Der 20. Mai, der Tag der Audienz des Prinzen Sixtus bei Poincaré, sah die ersten Meutereien, die sich wie 1918 in Deutschland von der Etappe aus an die Front verbreiteten.

Eine aktenmäßige Geschichte dieser Krisis des französischen Heeres ist nicht so bald zu erwarten. Es dürfte sich daher lohnen, alle von dem deutschen Nachrichtendienst gesammelten Meldungen und Aussagen von Gefangenen zu veröffentlichen, um den Franzosen das Gedächtnis zu stärken. Immerhin haben General Mangin, der Redakteur des Frontberichtes im Generalstab Jean de Pierrefeu, die Protokolle der geheimen Kammersitzungen vom 29. Juni bis 4. Juli 1917 und zuletzt, allerdings mit Verschleierungstendenzen, der damalige Kriegsminister Painlevé so viel verraten, um das Geständnis Painlevés vom 4. Juli 1917 zu bestätigen, daß man Ende Mai, Anfang Juni zwischen Soissons und Paris nur noch über eine frische zuverlässige Division verfügte. Auch am 4. Juli war nach Painlevés Versicherung die Gefahr noch nicht vorüber. 16 Armeekorps, 143 Infanterie-Regimenter sind wochenlang brüchig gewesen. Ein deutscher Vorstoß in der Richtung Soissons würde die Straße nach Paris frei gefunden haben. Die militärische Möglichkeit einer Zerreißung der englisch-französischen Front war Anfang Juni 1917 gegeben.

Es war nicht die erste Krisis Frankreichs im Weltkriege, aber die Bedrängnisse des U-Bootkrieges ließen diesmal kein zweites Marnewunder erwarten. Schon im März gewann der amerikanische Admiral Sims aus einem Einblick in die Listen der

Schiffsverluste auf der britischen Admiralität den Eindruck, daß das britische Reich in vier bis fünf Monaten bedingungslos kapitulieren müßte. In der Zusammenstellung, die ihm Admiral Jellicoe zeigte, waren die Verluste drei- bis viermal größer als man der Öffentlichkeit mitteilte. Das erste Nachlassen der Verlustziffern im Mai wurde noch nicht als Erleichterung empfunden. Im Mittelmeer waren die Verluste nach den Feststellungen des französischen Admirals de Bon auf der Londoner Marinekonferenz vom 4. September 1917 noch in der Zunahme begriffen. Mitte Mai sah sich die britische Regierung veranlaßt, ihren Verbündeten Abbau des Salonikiunternehmens zuzumuten. Der für die Verpflegung der Armee Sarrails erforderliche Schiffsraum konnte für die Versorgung Englands und seiner Verbündeten um so weniger entbehrt werden, weil die Gefahr der Vernichtung im Mittelländischen Meere eine größere war. Ob Sarrail mit einer schwachen Besatzung ein befestigtes Lager bei Saloniki halten konnte, wenn Griechenland auf die Seite des Vierbundes trat, schien mehr als zweifelhaft.

Auch in Washington wich die anfängliche Skepsis ernster Beunruhigung, als der Botschafter Page nicht nachließ, sich in seinen Kabeltelegrammen an Wilson und Lansing für die Richtigkeit der Hiobsposten des Admirals Sims zu verbürgen. Am 27. April meldet er für die Woche vom 16. bis zum 22. April einen Verlust von 88 Schiffen und 237 000 Tonnen. Der wachsende Erfolg der deutschen U-Boote bedeutet für ihn die gefährlichste Krisis des Krieges. Die Vereinigten Staaten müssen alle ihre Zerstörer, kleinen Kreuzer und Schlepper schicken, wenn sie überwunden werden soll. Am 25. Juni spricht Sims in einer Denkschrift aus Queenstown, wo er die britischen und amerikanischen Abwehrkräfte befehligt, die Überzeugung aus, daß die Verbündeten ohne größere Anstrengungen der Vereinigten Staaten den Krieg verlieren werden. Sims und Page veranlassen Balfour, der soeben aus Amerika zurückgekehrt ist, am 30. Juni, ebenfalls Wilson in dieser Richtung zu bearbeiten. Einen Tag vor Erzbergers öffentlicher U-Bootkritik, am 5. Juli, setzt Page den Präsidenten und Lansing davon in Kenntnis, daß ihm auch die zwiespältige Haltung des britischen Kriegskabinetts ernste Sorgen macht. Er selbst steht auf dem Standpunkt Lloyd Georges, daß weder das englische

noch das amerikanische Volk, geschweige denn der deutsche Gegner, die Wahrheit erfahren dürfen. Auch in einem Privatbriefe an seinen Bruder vom 8. Juli prophezeit der Botschafter, daß die Deutschen den Krieg zur See gewinnen werden. Nicht nur der Erfolg der Frühjahrsoffensive war um die Mitte des Jahres durch die Erschütterung der Westmächte in Frage gestellt. Wenn England kapitulierte, blieb nur Amerika auf dem Plan.

Man hat Lloyd George das Hauptverdienst für die Überwindung dieser Krisis zuschreiben wollen. Die Wahrheit ist, daß Engländer und Franzosen damals in heldenhafter Haltung wetteiferten und jene Notgemeinschaft begründeten, von der sich beide Nationen heute nach Scheidung der Wege ihrer Politik so schwer trennen können. Zwischen Ribot und Clémenceau haben höchstens Temperaturunterschiede bestanden. Im allgemeinen wird man von den politischen und militärischen Führern Frankreichs sagen müssen, daß sie auch im Sommer 1917 sich durchaus bewährt haben. Die Meuterei wurde rücksichtslos unterdrückt. Man schrak nicht davor zurück, schwarze gegen weiße Franzosen einzusetzen. Painlevé gibt 150 Todesurteile zu, von denen jedoch nur 23 vollstreckt worden seien. Die Begnadigten wären sofort nach Marokko, Algier und Indo-China geschickt worden, was wohl den Anlaß zu übertreibenden Gerüchten gegeben hätte. Es scheint aber doch bis zu Massenerschießungen gekommen zu sein, ja es scheint in einigen Fällen eine Dezimierung ganzer Truppenteile einschließlich der Offiziere stattgefunden zu haben. Von Soldatenräten hat man seitdem im französischen Heere nichts mehr gehört. Die Energie der Regierung benahm der Opposition auch im Parlament den Mut zur Auflehnung. Das verschwindende Häuflein der radikalen Sozialisten wurde durch Wortentziehung und Weglassen seiner Kritik in den stenographischen Berichten mundtot gemacht. Daß den Mehrheitssozialisten die Pässe für die Reise nach Stockholm zu der Konferenz der Internationale verweigert wurden, erschien unter diesen Umständen ganz selbstverständlich. In Anbetracht der Schwere des nationalen Fieberanfalles wirkte es wie ein Wunder, daß schon Ende August wieder kleinere Angriffe gewagt werden konnten. Das Heer der Republik, das sich anfangs Juni in eine zuchtlose Masse zu verwandeln drohte, war schon erheblich früher wiederhergestellt.

Die Energie Englands konzentrierte sich hauptsächlich auf die deutsche U-Bootbasis. Nach den Minensprengungen am Wytschaedebogen vom 7. Juni begannen am 31. Juli die Flandernschlachten, in denen Haig bis in den November seinen Truppen noch mehr zugemutet hat als Nivelle der Front an der Aisne. Auf dem Balkan aber sollte in den kritischen Wochen französische Energie den Vorrang behaupten. Ribot erreichte durch Beharrlichkeit im Rat der Entente und durch bewaffnetes Einschreiten in Athen, daß König Konstantin und der Thronfolger am 12. Juni Griechenland verließen, um Venizelos Platz zu machen. Das schon halb aufgegebene Salonikiunternehmen wurde durch Griechenlands Anschluß an die Entente gerettet.

Es verlohnt sich nach Enthüllung der Zusammenhänge die Kriegsreden jener Zeit wieder einmal in zeitlicher Reihenfolge aufmerksam zu lesen. Völker haben eine feine Witterung dafür, ob Entschlossenheit der Führer nur vorgetäuscht wird oder echt ist. An dem Siegeswillen des greisen Ribot lassen seine Kammerreden vom 22. Mai und 4. Juni keinen Zweifel. Der Ernst der Lage wird in keiner Weise verschleiert. Trotzdem bekennt er sich nach wie vor zu den französischen Kriegszielen. Die russische Formel „ohne Annexionen und Entschädigungen" läßt sich darauf nicht anwenden. Frankreich will nichts als sein Eigentum, es wird am Tage des Sieges an die Gerechtigkeit, nicht an die Rache appellieren. Der Welt, die seit Anbeginn betrogen sein will, wird der Vernichtungsgedanke in der zur Propaganda geeigneten Form vorgetragen. Wohin er in Wahrheit zielt, verrät Ribot nicht nur jedem Franzosen, sondern auch dem Gegner, wenn er zwei Tage nach Kenntnisnahme des österreichischen Angebots ausruft: „Sie werden um Frieden bitten, nicht heuchlerisch wie heute, auf verdächtigen und krummen Wegen, sondern offen, und wir werden diesen Frieden unter Bedingungen, die Frankreichs würdig sind, schließen. Und wenn sie uns um diesen Frieden nicht bitten, werden wir sie dazu zwingen." In einem Augenblicke der Schwäche und der Wehrlosigkeit schlägt er am 5. Juni die sozialistische Interpellation wegen Verweigerung der Pässe nach Stockholm mit der Fanfare nieder: „Der Friede kann nur aus dem Siege hervorgehen."

Es spricht für die Größe der Gefahr, daß diese Worte den

stärksten Widerhall in Washington fanden. Die Gedankenarmut, der wortreiche Schwulst und die puritanische Salbung der Ansprachen Wilsons sind durch den Abstand der Jahre nicht erträglicher geworden. Der Rede, die der Präsident am 14. Juni, gleichzeitig mit der Ankunft des Generals Pershing in Paris, zu Ehren des amerikanischen Flaggentages gehalten hat, kann auch der Gegner den Charakter eines propagandistischen Meisterstückes nicht absprechen. Mit raffinierter Geschicklichkeit wird aus Naumanns „Mitteleuropa" und ähnlichen publizistischen Torheiten auf Deutschlands Absicht geschlossen, „seine militärische Macht und seine politische Herrschaft in einem breiten Gürtel mitten über Europa hin und über das Mittelmeer hinaus bis in das Herz Asiens hineinzuziehen". Den Amerikanern fällt die ruhmvolle Aufgabe zu, für die Befreiung der Polen, Tschechen, Magyaren, Kroaten, Serben, Rumänen, Türken und Armenier von dem deutschen Joche ins Feld zu ziehen. Wenn Friede, Friede, Friede seit einem Jahre das erste und letzte Wort des Berliner Auswärtigen Amtes ist, so beweist das nur, daß den militärischen Machthabern Deutschlands der Boden unter den Füßen wankt, und Furcht in ihre Herzen Einzug gehalten hat. Das Volk der Vereinigten Staaten ist dazu berufen der brutalen Gewalt die Maske vom Gesicht zu reißen und der Demokratie auch in Deutschland zum Siege zu verhelfen.

Wieder andere Register wurden in England gezogen. General Smuts bediente sich am 22. Mai gegen Deutschland derselben Waffen, die er 1923 mit größerer Berechtigung gegen Frankreich gebraucht hat. Ein mittelafrikanisches deutsches Reich, das nicht nur Kamerun und Ostafrika, sondern auch die portugiesischen Kolonien und den ganzen Kongostaat umfasse, würde den Deutschen gestatten, eines der mächtigsten Heere zu bilden, das die Welt je gesehen habe. Während den Amerikanern eingeredet wurde, daß Deutschland die Freiheit Europas und Vorderasiens bedrohe, schilderte der Südafrikaner die Gefahr eines deutschen schwarzweißen Militarismus für Afrika und Europa. Die russische Formel wurde geringschätzig beiseite geschoben. Als am 7. Juni im Unterhause der Vertreter der Arbeiterpartei Snowden unter dem Eindrucke der Reden Ribots die Anfrage stellte, ob die Verbündeten unter allen Umständen den Krieg bis zur Rückgabe Elsaß-Loth-

ringens fortsetzen wollten, erfolgte vom Regierungstische eine nachdrückliche Bejahung. In einer Note an Rußland vom 9. Juni sprach die Regierung ihre Freude aus, daß Rußland sich ebenfalls zu dem Ziele der Befreiung unterdrückter Völkerschaften von der Fremdherrschaft bekenne und die Wiederherstellung Polens einschließlich der deutschen Polen angekündigt habe. Nicht ohne Anlehnung an Ribot und Wilson führte Lloyd George am 29. Juni in Glasgow aus, daß weder die Kriegslage noch der status quo ante als Friedensgrundlage in Betracht kämen, ja er verstieg sich bis zu der seine politische Zukunft belastenden Behauptung, daß die Gewähr für einen Dauerfrieden in der Vernichtung der militärischen Macht Preußens liege.

Bei alledem blieb die Taktik der politischen Offensive eine elastische. Die englische Note vom 9. Juni über die Kriegsziele schloß mit dem Zugeständnis, auf Wunsch der russischen Regierung in eine Prüfung und Revision der Abmachungen der Entente eintreten zu wollen. Nachdem Miljukow über seine Umdeutung der pazifizistischen Erklärung vom 9. April gestürzt war, durfte seinem Nachfolger Kerenski seine Aufgabe nicht erschwert werden. Die am 4. Juni ausgesprochene Hoffnung Lloyd Georges, daß Rußland sich aufraffe, war von Gewißheit weit entfernt. Noch am 23. Juni, eine Woche vor Eröffnung der russischen Offensive, bezweifelte die französische Regierung, daß Kerenski sein Wort halten könne. Der ganze Juni stand wieder unter dem Drucke russischer Sorgen. Wenn auch das englische Zugeständnis dem französischen Ministerpräsidenten zu weit ging, so verstand er sich jetzt doch zu einer für den 10. oder 15. Juli in Aussicht genommenen Kriegszielkonferenz mit Lloyd George und Sonnino, auf der unter Zuziehung des russischen Gesandten Rußlands Verzicht auf Konstantinopel zum Ausgangspunkt genommen werden sollte. Die Vorteile eines Sonderfriedens mit Österreich-Ungarn begannen jetzt auch in Paris einzuleuchten. Zum erstenmal gewann Prinz Sixtus für Ribot eine gewisse Bedeutung. Am 23. Juni ließ er ihm durch Jules Cambon nahelegen, auf seine englischen Freunde einzuwirken, daß sie auf jener Konferenz den Italienern um den Preis von Balkankompensationen größere Nachgiebigkeit gegen Österreich empfehlten sollten. Die Initiative Frankreichs hatte ihre Grenze in den Beziehungen zu Italien, die wegen der

kleinasiatischen Kriegsziele beider Mächte und wegen der eigenmächtigen italienischen Erklärung der Unabhängigkeit Albaniens vom 3. Juni neuerdings gespannt waren. Außerstande, auf Italien einen Druck auszuüben, trug Ribot doch auch Bedenken, sich mit seinem Anliegen unmittelbar an Lloyd George zu wenden. Sixtus hat am 23. Juni aus Ärger über die einem Bourbonischen Prinzen zugemutete Agentenrolle den Vorhang vor den Ententegeheimnissen selbst wieder zugezogen. Auf seine Erklärung, daß er der französischen Regierung, wenn sie es wünsche, zur Verfügung stehe, lautete Cambons selbstverständliche Antwort, daß er als Privatmann gesprochen habe. Immerhin hat Sixtus uns soviel sehen lassen, daß wir uns auch für die folgenden Wochen ein Bild der inneren Vorgänge in der Entente machen können. Trotzig nach außen war sie nichts weniger als sturmsicher. Der Revisionsgedanke hatte in die Einheitsfront Bresche gelegt. Jeder weitere Schritt auf dieser Bahn mußte sie erweitern. Wenn der Gegner seinen Vorteil verstand, war ein Weg zum Frieden geöffnet.

Eine ideale militärische Ausnützung der Lage hätte auf deutscher Seite genügende Reserven zu gleichzeitigen Offensivstößen im Westen wie im Osten, stärkere artilleristische Ausrüstung und Tankgeschwader vorausgesetzt. Die russische Offensive begann am 1. Juli. Hätte eine deutsche Offensive im Westen anfangs Juni eingesetzt, so ist anzunehmen, daß Westdivisionen zum Auffangen des russischen Stoßes und zum Gegenstoß nicht abgegeben werden konnten. Wie weit Kerenski mit dem russischen Revolutionsheere gekommen wäre, wenn ihm nicht an Stelle der übergelaufenen Tschechen deutsche Reserven entgegentraten, ist schwer zu sagen. Bei Einsatz sämtlicher Reserven im Westen mußte es die oberste Heeresleitung auf den Durchbruch in Galizien ankommen lassen, was nur ein voller Erfolg der Westoffensive gerechtfertigt hätte. Tatsächlich ist sie vor die Wahl zwischen Entschlüssen von solcher Tragweite nicht gestellt worden. Erst am 30. Juni hat der Vorstand der Abteilung „Fremde Heere" des Generalstabs Oberst von Rauch die immer zahlreicher einlaufenden Meldungen über die französischen Meutereien zu einem Bilde des Stimmungswandels an der Front des Gegners zusammengefaßt. Damals aber stand man infolge der gesteigerten Artillerietätigkeit der Russen in Erwartung ihres Angriffes. Der Befehl zum Abtransport von

sechs Divisionen aus dem Westen nach dem Osten datiert vom 30. Juni. Auch das sind eigentlich keine Reserven gewesen, sondern Truppen, die sich von den Großkampftagen des April und Mai kaum erholt hatten. Über frische Reserven hat die oberste Heeresleitung nach den Frühjahrsschlachten im Sommer 1917 nicht mehr verfügt. Trotzdem wird man es Ludendorffs Tatkraft zutrauen dürfen, daß er das Unmögliche möglich gemacht hätte, wenn er bereits anfangs Juni gewußt hätte, wie die Sache bei den Franzosen im Abschnitt von Soissons stand.

Mit dem Schicksal läßt sich nicht rechten. Daß die oberste Heeresleitung die Lage bei dem Feinde am 1. Juni noch nicht so übersah wie am Monatsende, schließt den Vorwurf der Versäumnis aus. Die Verantwortung für Rettung und Sieg der Gegner lastet mit voller Wucht auf einer gesteigerten Politik der Fehlgriffe, der sich auch die Kriegsführung im Osten unterordnen mußte. Bethmann Hollweg hat von leitenden Gedanken seiner Ostpolitik nur gesprochen, aber nie danach gehandelt. In Wahrheit ist ihm das Gesetz des Handelns im Osten durch Czernin vorgeschrieben worden. Dabei hat er sich niemals klar gemacht, daß Schadloshaltung im Osten für Verzichte im Westen den Russen abgerungen werden mußte. Auch die goldene Brücke zu einem uneigennützigen Sonderfrieden hätte zuerst durch deutsche Regimenter überschritten werden müssen. So schwach die Ostfront war, und so wenig sie vor und während der Offensive der Westmächte auf Verstärkungen von der deutschen Westfront rechnen durfte, so wäre sie doch in der ersten Zeit nach Ausbruch der russischen Revolution stark genug gewesen, die innerlich zersetzte russische Front zur völligen Auflösung zu bringen. Am 17. April, als der Generalstabschef des Prinzen Leopold General Hoffmann Ludendorff in Kreuznach Vortrag hielt, war ein Angriff auf der ganzen Linie in Ermangelung verfügbarer Reserven freilich nicht mehr möglich. Vierzehn Tage früher hatte der glänzende Erfolg der Frontkorrektur am Stochod gezeigt, daß sich die Widerstandskraft der Russen seit der Revolution noch nicht gehoben hatte. Auch General Hoffmann bedauert heute, daß „in den ersten Tagen der Revolution, als der russische Soldat geneigt war, nach Hause zu gehen, nicht versucht worden ist, durch einen allgemeinen Angriff das russische Heer zum Weichen zu bringen. Wäre uns das gelungen

— meint er — so würde es wohl keiner Macht der Erde möglich gewesen sein, den Zersetzungsprozeß aufzuhalten und die Massen wieder zum Stehen zu bringen". Die Westmächte wußten, weshalb sie den Zusammenbruch der russischen Front so fürchteten. Ihre Offensive würde, wenn sie dann überhaupt noch gewagt wurde, ihnen keinen Vorteil gebracht haben. Östliche Initiative der obersten Heeresleitung im März-April würde ihr im Juni auch im Westen wieder Bewegungsfreiheit verschafft haben. Der den russischen Angriff zunächst abwartende deutsche Gegenangriff im Juli ist eine strategische Aushilfe gewesen, zu der sich die Kriegführung durch eine impotente Politik gezwungen sah, und nur der Ruhm der deutschen Waffen hat übersehen lassen, was im Osten durch untätiges Abwarten der Offensive des Revolutionsheeres versäumt worden war. Wer das etwa für wohlfeile nachträgliche Manöverkritik hält, den darf der Verfasser auf einen am 18. Juli 1917, dem Vorabend des deutschen Gegenstoßes, gehaltenen Vortrag hinweisen. Schon damals hat der Historiker nicht begreifen können, daß eine schwache Politik die Russen durch diplomatische Sirenengesänge statt durch deutsche Artillerie zum Frieden überreden wollte. Das Urteil wird heute eher noch schärfer ausfallen als damals, nachdem das diplomatische Ballspiel Bethmann Hollwegs und Czernins, die vor Kriegsende durchaus verwerflichen Fraternisierungen der feindlichen Heere und das unüberlegte Abblasen der bolschewistischen Giftgase in allen Einzelheiten bekannt geworden sind.

Der Doktrinarismus Bethmann Hollwegs ist um eine Begründung der verhängnisvollen fast vierteljährigen militärischen Untätigkeit im Osten nicht verlegen gewesen. Nach dem Berliner Orakel durfte ein Gegner, mit dem man bald zum Friedensschlusse zu kommen hoffte, nicht gereizt werden. Der wahre Beweggrund des Reichskanzlers war die Angst vor der Sozialdemokratie. Es entging ihm nicht, daß der Krieg mit dem Sturz des Zarismus für sie erledigt war, und er fürchtete weniger die Russen als die deutschen Sozialisten durch eine Offensive gegen das Heer der Arbeiter und Soldatenräte zu reizen. So hat er in der Hoffnung, daß der fortschreitende Zersetzungsprozeß in Rußland auch ohne militärische Nachhilfe seine Geschäfte besorgen werde, lieber die Gefahr der Verseuchung der eigenen Ostfront auf sich genommen.

Vor Überraschungen glaubte er durch die Wachsamkeit der Heeresleitung gesichert zu sein, aber er hat auch nicht das Mindeste getan, den Bundesgenossen wach zu halten. Czernin konnte bis in den Juni hinein ungestört in seinen Kombinationen von Rußland, dem gefährlichsten Feinde der Monarchie, absehen. Die einzige ernste Warnung ist in Wien in den Wind geschlagen worden. Als am 22. Juni im Immunitätsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses der Landesverteidigungsminister Freiherr von Georgi vor seinem Abgang über den Landesverrat tschechischer Regimenter wahrheitsgemäße Mitteilungen machte, rief er einen Entrüstungssturm hervor. Acht Tage später gingen große Teile der 19. Infanteriedivision mit Sack und Pack zum Feinde über. Rußland hatte den Leiter der österreichischen Politik nachdrücklich an sein Dasein erinnert.

Wie hätte unter solchen Umständen politische Initiative die militärische Versäumnis wieder gutmachen können. Das erste Anzeichen einer Erschütterung der feindlichen Einheitsfront, der Schluß der englischen Note vom 9. Juni, scheint in seiner Tragweite weder in Berlin noch in Wien erfaßt worden zu sein. Die Aussicht auf eine Zusammenkunft von der Lancken's mit Briand am 23. Juni schwand so plötzlich wie sie aufgetaucht war, weil, wie Lancken erfuhr, die Entente Sonderverhandlungen mit Österreich den Vorzug gab. Erst der Besuch des Nuntius Pacelli hat den Reichskanzler hellhöriger gemacht, so daß er sogar aus Lloyd Georges Glasgower Kriegszielrede vom 29. Juni mehr herausgehört hat, als ihr zu entnehmen war. Während man sich in Berlin der Krisis im feindlichen Lager gegenüber abwartend verhielt, nahmen Kaiser Karl und Czernin nach dem Scheitern der Mission des Prinzen Sixtus die Friedensoffensive gegen die Widerstandskraft des Verbündeten mit verstärktem Eifer auf. Die kritischen Wochen der Entente sind daher statt durch militärische und politische Aktionen des Vierbundes durch Intrigen Österreichs und Gegenanstalten der obersten Heeresleitung ausgefüllt worden, als deren Ergebnis der Historiker die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli und den Sturz Bethmann Hollwegs zu buchen hat.

In der hereinbrechenden Dämmerung der Welt findet die Norne vor dem Riß des Seiles seine Fäden nicht mehr. Das

verflochtene Geflecht der Junitage ganz zu entwirren, wird nie gelingen. Über den Weltzusammenhang des Schauspieles, das sich der historischen Anschauung erschließt, kann trotzdem kein Zweifel bestehen. Nur dürfen wir nie vergessen, was uns die Vorgeschichte des Wendepunkts im Weltkriege gelehrt hat. Seit dem Tode Franz Josephs war die militärische Abhängigkeit der Monarchie von Deutschland die einzige Gewähr ihrer Bundestreue. Durch die Niederwerfung Rumäniens war sie zum ersten Male gelockert worden. Mit dem Gefühle der Erlösung von Rußland wuchs auch die Versuchung, den Zweibund durch einen Sonderfrieden zu kündigen. Kaiser Karl und Czernin haben jeder auf seine Art mit dem Gedanken des Verrates gespielt. Erst der russische Einbruch hat sie gezwungen, ihn wieder aufzugeben. Ohne den deutschen Verbündeten wäre Österreich-Ungarn schon im Sommer 1917 verloren gewesen. Die Dankbarkeit für die Säuberung Galiziens würde Karl und Czernin so wenig beschwert haben, wie die Erinnerung an den deutschen Beistand gegen Serbien und Rumänien, wenn nicht die galizische Erfahrung und der Augustangriff der Italiener ihnen klar gemacht hätte, daß sie auch die Isonzofront gegen einen erneuten Ansturm ohne deutsche Hilfe nicht mehr halten könnten. Die Widersprüche gleichzeitiger und späterer Beobachter in der Beurteilung ihrer Politik schreiben sich daher, daß die Wirkung des russischen Denkzettels vom 1. Juli nicht genügend beachtet worden ist. Vor dem 1. Juli innerlich abgefallen, wurden Karl und Czernin im Sommer wieder notgedrungene Bundesgenossen des deutschen Reichs, ohne deshalb auf heimliche Wege und die Zermürbung des Verbündeten und einzigen Retters ganz zu verzichten. Die Mission des Prinzen Sixtus hat uns gelehrt, daß wir dabei gemeinsame und getrennte Aktionen des Kaisers und seines Ministers zu scheiden haben. Das Gelingen dieser Unterscheidung hängt in jedem Falle von unseren Quellen und der richtigen Fragestellung ab. Nach Feststellung des Seiles, das den Zweibund in den Abgrund gerissen hat, kann die historische Kritik sich nicht der Aufgabe entziehen, einen seiner Fäden nach dem anderen sorgfältig zu untersuchen.

Die Dauer der Wiener Hoffnungen auf Sixtus läßt sich annähernd durch das Verhalten Erzbergers bestimmen. Als am 23. April Czernin den Gedanken einer Friedenskundgebung der

katholischen Internationale durch eine Berner Kardinalkonferenz hinwarf, hatte der Zentrumsführer eingewandt, daß es aussichtsreicher wäre, wenn der Papst eine Weltaktion einleitete. Es mag dahingestellt bleiben, ob Czernins Zustimmung eine Vollmacht bedeutete oder als solche aufgefaßt wurde, Tatsache ist, daß Erzberger im Mai vergebliche Anläufe gemacht hat, eine päpstliche Friedensaktion in Gang zu bringen. Ende Mai stimmten der Jesuitengeneral Graf Ledochowski und der Münchener Nuntius Pacelli darin überein, daß der Vernichtungswille Englands eine Vermittlung des Papstes ausschlösse. Ledochowskis Kritik der Aussichten des U-Bootkrieges und Pacellis Bemerkungen über den deutschen Optimismus klangen ihm noch in den Ohren, als Erzberger in Stockholm, wohin er den Schauplatz seiner Vielgeschäftigkeit verlegt hatte, sich überzeugte, daß auch die Aussichten auf Frieden mit Rußland sich seit April verschlechtert hatten. Im Juli hat er dessenungeachtet unter österreichischen Einflüssen den Weg der Kapitulation beschritten. In einer Besprechung mit Oberstleutnant Bauer, die am 10. Juni im großen Hauptquartier stattfand, stellte er sich noch ganz auf den Standpunkt der Obersten Heeresleitung, daß der unverantwortliche Berliner Optimismus durch Aufklärung des deutschen Volkes über die Fortdauer des aufgezwungenen Daseinskampfes in eine der Lage gemäße nationale Entschlossenheit verwandelt werden müßte. Wie sehr er sich auch in seiner für das Auswärtige Amt bestimmten Aufzeichnung herausgestrichen hat, so zeigt ihn doch sein von Bauer gebilligter Vorschlag eines geistigen Kriegsernährungsamtes von einer anderen Seite als die Panikpropaganda des Juli. Er hat allerdings in der nämlichen Unterredung gemeint, „in den nächsten Wochen könne man sich darüber aussprechen, welche politischen und diplomatischen Schritte zu unternehmen seien, um das Kriegsende in diesem Jahre herbeizuführen", aber er stellte die Vorbereitung auf einen neuen Winterfeldzug durchaus voran, hatte also, obwohl er sich der Aprildenkschrift Czernins erinnerte, noch keine neuen Weisungen aus Wien erhalten.

Noch deutlicher ergibt sich aus der am 13. Juni mit einem Briefe Papst Benedikts XV. an Kaiser Wilhelm II. einsetzenden Friedensaktion des Vatikans, daß Erzberger am 10. Juni nach keiner Seite über die Lage richtig orientiert gewesen ist. Ende

Mai hatte der Papst Schritte zugunsten des Friedens noch für so aussichtslos gehalten wie im Januar. Wenn er jetzt der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Kaiser die Friedensfrage aufs neue anregen möge, mußte er sich inzwischen überzeugt haben, daß zum ersten Male seit dem verunglückten Angebot vom 12. Dezember 1916 eine wirkliche Friedensmöglichkeit bestand. Bethmann Hollweg hat das auch sofort erkannt, als der Nuntius ihn vor Überreichung des päpstlichen Briefes im kaiserlichen Hauptquartier am 26. Juni in Berlin aufsuchte, aber er hat in voreiligem Optimismus angenommen, daß die Kurie mit dem Gegner bereits Fühlung gewonnen hätte. Der Verlauf der päpstlichen Friedensaktion beweist, daß dies nicht der Fall gewesen ist. Man hat in Rom offenbar schon am 13. Juni die kritische Lage der Entente besser durchschaut als in Berlin und Wien, so daß man den unmittelbaren Anstoß zu dem Briefe Benedikts XV. wohl in dem Schluß der englischen Note vom 9. Juni über eine Revision der Kriegsziele zu sehen hat. Nach allen römischen Traditionen verstand es sich für den Papst von selbst, daß er die erste Gelegenheit zu erfolgreicher Vermittlung mit beiden Händen ergriff. Dazu kam die Sorge um Belgien, die schon einmal nach Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkrieges Pacellis Vorgänger Aversa anfangs Februar veranlaßt hatte, eine Verständigung Deutschlands und Belgiens unter päpstlicher Vermittlung anzuregen. Damals hatte König Albert aus Angst vor einem durchschlagenden Erfolg des U-Bootkrieges und vor der deutschen Annexion Belgiens durch seine Schwiegermutter, Herzogin Karl Theodor, vorübergehend die Münchener Nuntiatur alarmiert. Im Juni rechnete man auch in Rom mit dem Einsturz der ganzen Kriegsfront der Entente und wollte sich beizeiten gemäßigter deutscher Kriegsziele versichern, um sie mit den revidierten Kriegszielen der Entente in Einklang zu bringen. Pacelli gewann in der Aussprache mit Bethmann Hollweg den Eindruck, daß Deutschland der Kurie die Sache leicht mache, als der Reichskanzler die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Belgiens lediglich an die Bedingung knüpfte, daß das Königreich nicht unter die politische, militärische und finanzielle Herrschaft Englands und Frankreichs geraten dürfte. Auch der Empfang im kaiserlichen Hauptquartier am 29. Juni war ein voller Erfolg der päpstlichen Diplomatie. Der Kaiser rannte

offene Türen ein, als er eine neue Friedensaktion Deutschlands ablehnte und dem Papste sagen ließ, wie dankbar er die Initiative des Oberhauptes der katholischen Christenheit begrüßen würde. Pacelli schied aus Kreuznach mit der Gewißheit, daß Deutschland die Trümpfe, die es ausspielen konnte, gar nicht übersah und noch genau so friedenssehnsüchtig war wie im Dezember 1916.

Wie oft sind in diesem Kriege Aktiva und Passiva einander gegenüber gestellt worden. Nie wäre das mehr am Platze gewesen, als Ende Juni 1917. Die Erschütterung der französischen Front, die Auswirkungen des U-Bootkrieges in Griechenland, ja selbst die Galvanisierung der Leiche des russischen Heeres ergaben im Zusammenhang mit dem päpstlichen Friedensfühler ein Bild der Lage, aus dem Politik und Kriegführung in entschlossener Zusammenarbeit nur Gewinn ziehen konnten. Bethmann Hollweg hat sich später etwas darauf zugute getan, daß er in der Julikrise die Sendung des Nuntius nicht verwertet hat, um eine ferne Friedensmöglichkeit nicht im Keime zu ersticken. Das mag für die Verhandlungen im Hauptausschuß und Plenum des Reichstages gelten, entlastet ihn aber nicht von dem Vorwurfe, von seinem Wissen auch da, wo es angezeigt war, in fatalistischer Lethargie keinen Gebrauch gemacht zu haben. Als Hindenburg am 19. Juni ganz im Sinne der Besprechung Bauers mit Erzberger Aufklärung der Öffentlichkeit über die wahre Lage verlangte, um der Gefahr enttäuschter Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende vorzubauen, mußte er sich von der wahrhaft kläglichen Hilflosigkeit des Reichskanzlers überzeugen. Einen Tag vor der Ankunft des Nuntius hatte Bethmann Hollweg in seiner Antwort noch einmal schwarz auf weiß bewiesen, daß er absolut unfähig war, aus richtiger Erkenntnis die unausweichlichen Konsequenzen zu ziehen. Wie die Generale betonte er aufs schärfste, daß Deutschland einem „Helotendasein" entgegenginge, wenn es nachgeben wollte, solange bei seinen Feinden noch keine Friedensneigung durchbräche, aber er glaubte daran die Warnung vor jeder scharfen Verurteilung eines Verständigungsfriedens knüpfen zu sollen. Davon ausgehend, daß Österreich-Ungarn sich über den Herbst hinaus schwerlich bei der Stange halten ließe, wußte er doch keinen anderen Rat, als Rücksichten auf die antideutsche Stimmung in der Monarchie. Der schwachen Hoff-

nung, daß England noch rechtzeitig durch den U-Bootkrieg zum Einlenken gebracht werden könnte, stellte sich die Furcht vor der Aufpeitschung der chauvinistischen und kriegstreibenden Instinkte des englischen Volkes in den Weg, und so hatte seine Antwort auf die Anregung der obersten Heeresleitung zur Stärkung der inneren Geschlossenheit in der kindischen Bitte gegipfelt, die Luftangriffe auf London künftig zu unterlassen.

Diese am 25. Juni vorweggenommene Friedensresolution war für Hindenburg und Ludendorff der endgültige Beweis, daß Bethmann Hollweg nicht der Mann war, Österreich-Ungarn bei der Stange zu halten. Auch Bulgarien hat in jenen Tagen vor den österreichischen Intrigen gewarnt. Zar Ferdinand ließ durch seinen Militärbevollmächtigten Oberst Gantschew in Berlin und im großen Hauptquartier melden, was er über den Wiener Besuch des Prinzen von Parma erfahren hatte. Ludendorff machte sich Gantschews Vorschlag zu eigen, durch Bulgarien anregen zu lassen, daß alle Verbündeten sich vertraglich binden sollten, keinen Sonderfrieden zu schließen. Wenn das Auswärtige Amt davon auch keinen Gebrauch machen konnte, weil Österreich-Ungarn bereits durch Artikel 1 des Zweibundes verpflichtet war, den Frieden nur gemeinsam mit Deutschland zu schließen, so hat man es doch in der Wilhelmstraße, wie in der deutschen Botschaft in Wien sehr gern gesehen, daß Hindenburg und Ludendorff beschlossen, am 1. Juli zum Gegenbesuche bei General von Arz nach Baden bei Wien zu fahren, um bei dieser Gelegenheit „auf größere und unzweideutige Entschlossenheit Österreichs zum Durchhalten hinzuwirken". Bethmann Hollweg ist sogar am 28. Juni ins Hauptquartier gereist, um vorher „durch eine rückhaltlose Aussprache die Zusammenarbeit der beiden obersten Gewalten herbeizuführen", aber er hat durch sein Schweigen über die bevorstehende päpstliche Friedensaktion und ihre Einschätzung nur das Urteil Ludendorffs, daß er nie einen Frieden fertig bringe, bestätigt. Der Trumpf einer deutschen Friedensmöglichkeit ist weder den Generalen auf die Reise mitgegeben noch in Wien ausgespielt worden. Czernin hat von der Papstaktion erst erfahren, als Pacelli nach Bethmanns Sturz zum zweiten Male in Berlin anklopfte.

Der Besuch der Generale in Baden und Wien am 2. und 3. Juli mußte daher politisch ebenso wirkungslos bleiben, wie

der Gegenbesuch des Kaiserpaares in Laxenburg am 7. Juli. Es verstand sich von selbst, daß die Befreier von der rumänischen Gefahr unter dem Eindrucke der wiederauferstandenen russischen Gefahr gefeiert wurden, wenn man sich auch den Anschein gab, als ob der Einbruch an der Ostfront gar keinen Eindruck gemacht hätte. Für die Besprechung mit General von Arz war die russische Offensive und die deutsche Hilfe natürlich das gegebene Thema. Die Hilfe ließ man sich gefallen, die Zuversicht des starken Helfers wurde innerlich abgelehnt, obwohl Czernin zum erstenmal seit Homburg einen neuen Winterfeldzug in Betracht zog. Kaiser Karl aber überraschte Ludendorff durch die Äußerung, daß der Anschluß Serbiens an Österreich die im Interesse der Monarchie gebotene Lösung wäre, wodurch er sich, wie wir heute wissen, nicht nur mit der Kreuznacher Abrede, sondern auch mit den vier seinem Schwager Sixtus zugestandenen Punkten in Widerspruch setzte. Im übrigen wurden die Generale Augen- und Ohrenzeugen der Bestürzung, die der am 2. Juli bekannt gegebene Amnestieerlaß Kaiser Karls allgemein hervorrief. Nur ein Herrscher, der das Steuer verloren hatte, konnte Straferlaß für Hochverrat und Aufruhr verfügen. Wenn der Kaiser einen Tag nach dem Verrat der 19. Division Überläufer von dieser Gnade noch ausnahm, so war damit nicht gesagt, daß er nicht auch diese eines Tages, seinen getreuen Untertanen zum Hohne, begnadigen würde. Die Eindrücke, die Hindenburg von seinem Besuche mitnahm, waren jedenfalls das Gegenteil der „felsenfesten Überzeugung", von der Unerschütterlichkeit des Zweibundes, zu der er sich öffentlich bekannte, doch hätte auch geschärftem Mißtrauen entgehen müssen, daß Czernin bereits den Torpedo abgelassen hatte, der das Reichsschiff des deutschen Verbündeten zum Sinken bringen sollte.

Czernin hat sich zweimal seiner Intrige gerühmt, das erstemal in einer am 11. Dezember 1918 gehaltenen Rede, das anderemal in seinem 1919 erschienenen Buche „Im Weltkriege", in beiden Aussagen sich selbst widersprechend und völlig uneingedenk seines Lieblingszitates, daß Lügen kurze Beine haben. In der Rede machte er sich zum Helfer der Reichstagsmehrheit in ihrem schwerem Kampfe gegen den Anhang der deutschen Heeresleitung wegen Beantwortung der Papstnote und behauptete, zu diesem

Zwecke im Frühherbst 1917 Südekum und Erzberger durch einen seiner Freunde „in ihren Bestrebungen" zur Erreichung der Friedensresolution gestärkt zu haben. In seinem auch für reichsdeutsche Leser bestimmten Buche hat er die Papstnote vom 1. August als causa efficiens der Friedensresolution vom 19. Juli wohlweislich weggelassen, aber dafür Erzberger und Südekum nur zu ausführenden Organen seines Friedensprogramms gemacht, das der deutschen Regierung und dem Reichstage die gemeinsame öffentliche Erklärung vorschrieb: keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung, bedingungslose Freigabe Belgiens, beiderseitige Räumung aller besetzten Gebiete, allgemeine Abrüstung. Gemeinsam ist beiden Aussagen nur der politische Freund mit zahlreichen und guten Konnexionen im Reichstag und dessen Einwirkung auf die Dioskuren Erzberger-Südekum. Diese Einwirkung aber erfuhr von 1918 auf 1919 eine Steigerung, gegen die Erzbergers Eitelkeit sicher protestiert hätte, wenn das Risiko, sich dabei die Finger zu verbrennen, nicht zu groß gewesen wäre. Daß sie stattgefunden hat, ist nicht zu bezweifeln, aber aus dem Einblick in Czernins Politik vor und nach den kritischen Julitagen ergibt sich doch ein ganz anderes Bild des Herganges.

Zunächst muß festgestellt werden, daß Czernin Mitte Juli schon mit dem Entwurf der Friedensresolution, die er veranlaßt haben will, gar nicht einverstanden gewesen ist. In einer Besprechung mit Wedel meinte er, es wäre besser, wenn Deutschland sich zu einem Frieden auf der Basis des status quo ante bereit erkläre. Das Wort „status quo" werde in der Monarchie wie ein Zauberwort wirken und einen Umschwung sogar bei den Tschechen herbeiführen. Die Formel — sagte er — verdient den Vorzug, weil die Feinde ja doch nicht darauf eingehen. An eine Herausgabe Kiautschous kann ich z. B. nicht glauben. Der Krieg wird seinen Fortgang nehmen, bis die Kraft der Feinde erlahmt. Dann sind wir nicht gebunden und können beispielsweise für die Preisgabe Kiautschous die größten Gegenforderungen aufstellen. Die Reichstagsresolution nimmt dagegen dadurch, daß sie auch im Falle des Sieges einen Versöhnungsfrieden anstrebt, den Feinden alles Risiko und bringt uns um die Früchte des Sieges.

Nach diesen Worten erscheint es doch ausgeschlossen, daß Czernins Freund den deutschen Reichstagsabgeordneten die For-

mel der Friedensresolution suggeriert hat. Auch die Formel des status quo ante spielt in seiner Intrige nur die Rolle eines Scheinmanövers. Wer zur Entschädigung für das Trentino zum mindesten Rumänien annektieren wollte, knüpfte von vornherein eine reservatio mentalis daran. Czernin hat Bethmann Hollwegs Antworten auf Pacellis Fragen nicht gekannt, aber er würde es durchaus gebilligt haben, daß der Reichskanzler ganz im Sinne ihrer Vereinbarungen sich auf die Ostfragen nicht einließ unter dem Vorwande, daß die chaotischen Zustände Rußlands Friedensmöglichkeiten zur Zeit ausgeschlossen erscheinen ließen. Mit dem status quo ante war weder im Osten noch im Westen der Friede, der Czernin vorschwebte, herbeizuführen. Nach wie vor sah er in Elsaß-Lothringen das einzige Hindernis, sein Ziel im Osten zu erreichen. Mehr als Grenzberichtigungen hatte Bethmann Hollweg nicht zugestanden. Wollte Czernin mehr erreichen, so mußte der Boden für das Opfer der Reichslande erst bereitet werden. Weder Erzberger, der damals noch für die Teilung Elsaß-Lothringens zwischen Bayern und Preußen agitierte, noch die Sozialdemokratie waren schon soweit, daß von ihnen ein unmittelbarer Druck auf die Reichsregierung in dieser Richtung erwartet werden konnte. Wesentlicher als eine Resolution des Reichstags in der oder jener Form war daher die Verbreitung der Überzeugung, daß eine nahe Katastrophe der Verbündeten nur noch durch schwere Opfer abzuwenden wäre. In der Aprildenkschrift hatte Czernin in erster Linie den bevorstehenden Zusammenbruch der Monarchie ausgespielt. Als er Erzberger vorschickte, hat er durch Nachweis des angeblichen Fiaskos des U-Bootkrieges eine opferbereite Panikstimmung hervorzurufen versucht. Das aus Holland stammende Zahlenmaterial, mit dem Erzberger im Hauptausschuß diesen Zweck vollkommen erreicht hat, ist ihm wohl auf Czernins Bestellung durch die österreichische Gesandtschaft im Haag geliefert worden. Die Mission Erzbergers stellt sich so als die erste Fortsetzung der gescheiterten Mission des Prinzen Sixtus dar. Die sofort ergriffene Gelegenheit ergab sich durch die notgedrungene Einberufung des Reichstages infolge der Erschöpfung der Kriegskredite. Der Umfall des Vaters des „geistigen Kriegsernährungsamtes" dürfte auf Ende Juni anzusetzen sein. Wären Hohenlohes Berichte aus Berlin zugänglich, so wüßten wir vielleicht Tag und Stunde.

Czernins Torpedo aber war kein willenloses Werkzeug. Die Verbreitung der Panikstimmung hat Erzberger nur deshalb so gründlich besorgt, weil sie freie Bahn für den Parlamentarismus schuf. Während Czernin auf Bethmann Hollweg einen Druck ausüben wollte, legte sein deutscher Helfer es sofort darauf an, dem ancien régime den Todesstoß zu versetzen. Die Wege der beiden Intriganten schienen sich zu trennen, als Erzberger für die Ernennung Bülows zum Reichskanzler Propaganda machte. In Wahrheit ist ihm Bülow nur ein Strohmann gewesen, hinter dem er selbst auf die Gelegenheit paßte, als erster parlamentarischer Nachfolger Bismarcks auf die Weltbühne zu treten.

Weniger durchsichtig ist Czernins Verhältnis zu Südekum, weil dieser öffentlich nicht hervorgetreten ist, doch hat er da offenbar nur Wasser auf eine Mühle geleitet, die schon selbsttätig im Gange war. Schon am 15. Mai hatte Scheidemann im Reichstag durch seine Kriegszielinterpellation die Reichsregierung auf die russische Formel festzulegen gesucht. Den Alldeutschen, den „Schlotbaronen" und „Krautjunkern" warf er unter dem Beifall des feindlichen Auslandes vor, durch ihre plumpe Kriegszielpolitik das deutsche Volk in den törichten Verdacht gebracht zu haben, daß wir „eine national organisierte Räuberbande" seien. Das in der Antwort der Entente an Wilson enthaltene wahnsinnige Eroberungsprogramm wäre doch wenigstens in eine Wolke von Wohlgerüchen — Freiheit, Gerechtigkeit und ewiger Frieden — eingehüllt gewesen. Neben den von Czernin ausdrücklich abgelehnten marxistischen Irrwahn, durch ein offenes Bekenntnis der Kriegsziele den Gegner zu entwaffnen, stellte sich bereits hier die Revolutionsdrohung für den ganz unmöglichen Fall, daß die Reichsregierung den Krieg für Eroberungsziele auch dann fortsetzen würde, wenn England und Frankreich nach Rußlands Vorgang auf Eroberungen und Entschädigungen Verzicht leisteten. Damals hatte Bethmann Hollweg, als er es ablehnte, sich auf die russische Formel festlegen zu lassen, die bürgerlichen Parteien noch hinter sich. Am Vorabend der Kreuznacher Abmachungen wagte er es sogar, die Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und seinem Verbündeten über die Friedensfrage in das Gebiet der Fabel zu verweisen. Gegen seine Behauptung, die militärische Lage sei noch nie so gut gewesen, hatte sich

in der Blütezeit der U-Bootillusionen kein Widerspruch geregt, wenn auch die Presse bestritt, daß die Kanzlerrede die innere Spannung beseitigt hätte.

Von der Julitagung war von vornherein nicht zu erwarten, daß sie so glimpflich verlaufen würde. Zum ersten Male stand die Reichsregierung vor der Gefahr, daß eine große Partei den geforderten Kredit gar nicht oder nur auf ihre Bedingungen bewilligen werde. Auf die des moralischen Halts entbehrende Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien war kein Verlaß mehr, nachdem sich zwischen die letzten überschwenglichen Hoffnungen Furcht geschlichen hatte. Vor allem, Bethmann Hollweg selbst brachte, je näher der von Czernin im April angedrohte Kündigungstermin heranrückte, nicht mehr den Mut auf, sich auf die Bundestreue Österreich-Ungarns zu berufen.

So beschränkten sich die Abwehrmaßnahmen des Reichskanzlers auf die schwache Hoffnung, daß Hindenburg und Ludendorff den Verbündeten in Wien ebenso aufrichten würden wie in Galizien, während er selbst durch Berufung von Parlamentariern in die Regierung und durch die preußische Wahlreform die drohende Krisis zu beschwören gedachte. Entschlußlos wie immer ließ er aber auch diesmal die Dinge an sich herankommen. Statt sich nach dem Durchbruch an der galizischen Front zu sagen, daß sein Platz im Hauptausschuß sei, um einen inneren Zusammenbruch zu verhüten, schickte er in richtiger Vogelstraußpolitik die Staatssekretäre vor und überließ es Unterführern, einen Vorstoß aufzufangen, den nur der verantwortliche Führer der deutschen Politik hätte auffangen können. Der Krisis des 6. Juli sind sechs freventlich vergeudete Tage vorausgegangen. Schon in den Besprechungen mit den Parteiführern am 30. Juni mußte es auffallen, daß Erzberger den U-Bootkrieg mit außergewöhnlicher Schärfe kritisierte. Als ihm Helfferich sagte: „Ich nehme an, daß Sie das nicht im Hauptausschuß oder Plenum vorbringen wollen," hatte er noch versichert: „Aber Herr Staatssekretär, Sie kennen mich doch! Ich denke doch nicht daran. So etwas sage ich Ihnen jetzt hier, aber ich bringe es nicht in den Hauptausschuß und in den Reichstag." Warum hatte er dann aber die Kritik wie ein skrupelloser Agitator übertrieben? War er in die päpstliche Friedensaktion eingeweiht, so erschien sie um so befremd-

licher. Gerade seine forcierte Biederkeit hätte vor dem gefürchteten falschen Manne warnen sollen. Zum mindesten hätte Bethmann Hollweg schon am Abend des 30. Juni wissen müssen, daß Erzberger etwas im Schilde führte. Wie er mit den Sozialdemokraten daran war, konnte nach den Vorbesprechungen nicht mehr zweifelhaft sein. Es bedeutete keine Überraschung, daß Ebert in der ersten Sitzung des Hauptausschusses am 3. Juli in Anknüpfung an Scheidemanns Mairede wegen der Kriegslage und der völligen Erschöpfung des deutschen Volkes Friedensschluß vor Wintersanfang verlangte. Erzbergers Zustimmung kündigte eine Gefahr an, die sich nur noch beschwören ließ, wenn dem Zentrumsführer Einhalt getan werden konnte. Daß Bethmann Hollweg Erzberger am 6. Juli, nachdem das Unglück geschehen war, zu sich beschied, um ihm Vorwürfe zu machen, war ganz zwecklos. Am 3. Juli hatte er es noch in der Hand, ihm unter vier Augen zu sagen: Wie konnten Sie als Vertrauensmann der Kurie heute eine Forderung unterstützen, die nur geeignet ist, die vom Papste ergriffene erste Friedensmöglichkeit gründlich zu zerstören. Ob Erzberger sich jetzt noch halten ließ, ist eine andere Frage, die weder unbedingt bejaht noch unbedingt verneint werden kann. Erwägt man, daß seine Stärke nicht ein tapferes Herz, sondern eine Stirn von Erz gewesen ist, so möchte man doch annehmen, daß die Furcht vor Aufdeckung seiner Schliche ihn am 3. Juli schon ebenso entwaffnet haben würde, wie in einem späteren Zeitpunkte. Wenn sich auf einen derartigen Vorhalt des Reichskanzlers herausstellte, daß er von Pacellis Besuch keine Ahnung hatte, mußte er die Bloßlegung des Verbindungskanals mit Czernin gewärtigen, die ihm mindestens ebenso fatal gewesen wäre, wie später die Aufdeckung seiner Beziehungen zum Hause Parma. Wer dieser Schlange den Kopf zertreten wollte, mußte freilich auch den Stich in die Ferse riskieren. Bethmann Hollweg aber hat, als am 4. und 5. Juli David, Noske und Hoch das Trommelfeuer verstärkten, sich begnügt, den Kaiser vor seiner Wiener Reise in einem Telegramm vom 5. Juli auf die beabsichtigte Reichstagsrede zu vertrösten, die er auf einen stark zuversichtlichen Ton stimmen wollte.

Inzwischen hatte die sozialdemokratische Taktik, die am 5. Juli in verstärkten Revolutionsdrohungen des Abgeordneten Hoch

gipfelte, dafür gesorgt, daß der Ausschuß sich durch immer zahlreicher zuströmende Zuhörer fast zum Parlament erweiterte. Erzberger zögerte daher nicht länger, am 6. Juli sein schwerstes Geschütz aufzufahren. Was würde wohl der amerikanische Admiral Sims gedacht haben, wenn er Zeuge gewesen wäre, wie ein deutscher Reichstagsabgeordneter die dem Admiralstab vorliegenden, der Wahrheit damals sehr nahe kommenden Berechnungen mit trügerischen Tabellen bis zur Leugnung der Erfolge des U-Bootkrieges niederkämpfte. War das letzte Bataillon vergeblich eingesetzt, so ließ die immer näher rückende Gefahr einer Katastrophe des Zweibundes keine Wahl. Nur das Angebot eines Verständigungsfriedens durch den Reichstag konnte die Nation, bevor es zu spät war, vor dem Schlimmsten bewahren. Wie eine Bombe schlug dieses scheinbar ehrliche Geständnis, daß der Krieg eigentlich verloren sei, in der Versammlung ein. Payer will bei einem Teil der Nationalliberalen „eine fast fassungslose Niedergeschlagenheit" bemerkt haben. Das Rückgrat des kategorischen Imperativs hatte dieser Reichstag nie besessen. Hoffnung und Illusionen waren ihm jetzt schonungslos zerstört. So blieb nur die Furcht, die man sich bisher nicht hatte eingestehen wollen. Vergebens bemühte sich Helfferich, die erregten Gemüter zu beruhigen. Mit taktischer Meisterschaft beantragte Ebert sofortige Vertagung der Sitzung, da durch Erzbergers Aussprache eine ganz neue Lage geschaffen sei: Die Wirkung der Bombe sollte sich in den Parteien verbreiten und vertiefen. Die Berliner Zeitung am Mittag konnte bereits dem Ausland verraten, daß im Hauptausschuß unglaubliche Dinge passiert wären.

Unwillkürlich lenken sich unsere Blicke von dem deutschen Reichstag auf die fast gleichzeitigen geheimen Sitzungen der französischen Kammer vom 29. Juni bis 4. Juli. Nivelle und die Frühjahrsoffensive sind ähnlich kritisiert worden wie in Deutschland der U-Bootkrieg. Die pazifizistische Tendenz einzelner Kritiker, den Meuterern mildernde Umstände zuzubilligen, ist unverkennbar, aber man bangt doch nur um das Instrument des Sieges, die Armee. Einer der schärfsten Kritiker Nivelles Ybarnegaray fragt den Ministerpräsidenten, ob er nicht finde, daß man in Anbetracht des Zwanges zur Fortsetzung des Krieges ein wenig zu oft vom Frieden spreche. „Mögen wir noch so optimistisch sein

— fährt er unter sich steigerndem Beifall fort — der Krieg kann nur von langer Dauer sein, weil der Friede, den wir ersehnen, — darin sind wir alle einig — ein Friede der Wiederherstellung und Sicherung ist. Glaubt ihr denn, daß Deutschland, solange es seine Eroberungen behauptet, schon soweit ist, darauf einzugehen?" „Sagen Sie es — wendet er sich aufs neue an Ribot — von dieser Tribüne herab mit Ihrer Autorität dem Lande, sagen Sie es der Armee, daß das Land leiden, daß es hungern, daß es frieren wird, daß die Soldaten noch einen Winter zu überstehen haben. Sie hören das lieber als Lügen, denen Enttäuschungen auf dem Fuße folgen." Painlevé konnte dieser Kammer die Gefahr ruhig gestehen, weil er den Ruf: „sauve qui peut" nicht zu befürchten hatte. Die nationale Geschlossenheit zeigte sich auch darin, daß die Welt erst 1922 von diesen Vorgängen erfahren hat. Frankreich fühlte, daß es mit fester Hand geführt wurde.

In Deutschland gab es am 6. Juli tatsächlich keine Regierung mehr. An der Front pflegte ein Einbruch, um ihn nicht zum Durchbruch werden zu lassen, abgeriegelt zu werden. Bethmann Hollweg versank in Grübeleien über die Ursache von Erzbergers Umfall. „Ich vermutete hinter der Aktion — gesteht er in seinen Betrachtungen — den Zauber einer Kandidatur für meine Nachfolge, dem der Leichtlebige trotz alter Gegnerschaft verfallen sein mochte." Der Gedanke, daß Erzberger nicht die Geschäfte seines ehemaligen Gegners Bülow, sondern seine eigenen besorgte, war für diesen Staatsmann zu einfach. Hatte ihm Erzberger nicht erst vor kurzem über eine Unterredung mit Oberstleutnant Bauer berichtet, und stimmte nicht Hindenburgs Schreiben vom 19. Juni ganz mit den Gedankengängen jenes Gespräches überein? Sollte nicht, schoß es ihm durch den Kopf, hinter der Aktion die oberste Heeresleitung stehen? Warum war Ludendorff der letzten Aussprache in Kreuznach ferngeblieben? Sicher ist Bülow sein Kanzlerkandidat, und Erzberger schon seit Wochen in der Verschwörung. Wie hätte dieser im Hauptausschuß unsere Lage so schwarz malen können, wenn ihn Bauer nicht in militärische Geheimnisse eingeweiht hätte. So etwa muß sich Bethmann Hollweg den Zusammenhang zurechtgelegt haben, als er in einem Telegramm an den Kaiser den Verdacht aussprach, daß Bauer durch Äußerungen über die schlechte Munitionslage den Umfall Erzbergers

verschuldet habe. Statt den Einbruch im Hauptausschuß abzuriegeln, glaubte er durch Aufdeckung der Beziehungen zwischen Erzberger und der obersten Heeresleitung den eigentlichen Brandherd zu erfassen. Der Gedanke, daß er sich Bauer, der natürlich sofort zur Aufklärung aufgefordert wurde, durch seine grundlose Verleumdung zum persönlichen Feind machen werde, war für den Kanzler wiederum zu einfach. Ob er gewußt hat, daß Hindenburg schon vor der letzten Aussprache in einem Briefe an den Kaiser vom 27. Juni an seiner Fähigkeit, der Nation und dem Bundesgenossen den Rücken zu stärken, gezweifelt hatte, ist nicht bekannt. Die Pflicht der Zusammenarbeit konnte auch durch das Mißtrauen der obersten Heeresleitung nicht aufgehoben werden. Das Gegebene und zugleich auch das Klügste wäre gewesen, daß der Reichskanzler selbst noch am 6. Juli die Generale zu Hilfe rief, um das verzerrte Bild der militärischen Lage in einer Besprechung mit den Parteiführern richtig zu stellen. Der Kriegsminister von Stein tat nur das, was der Kanzler hätte tun sollen, als er die Generale durch ein Telegramm veranlaßte, sofort nach Berlin zu reisen. Wären sie einer Einladung des Kanzlers gefolgt, so wäre es nach der Meldung beim Kaiser schon am Abend des 7. Juli zu jener Besprechung mit den Parteiführern gekommen, die — zu spät — am 13. Juli stattfand und durch ihren streng sachlichen Verlauf Bethmann Hollwegs Bedenken gegen die Hineinziehung der ihm feindlichen Heeresleitung in die Reichstagswirren glänzend widerlegt hat. Der Einbruch der inneren Front ist erst dadurch zum Durchbruch geworden, daß der Kanzler den Feldherren, die ihn vielleicht noch abriegeln konnten, am 7. Juli beim Kaiser den Weg vertrat. Nach der Entscheidung des Kaisers, daß die Vorgänge im Hauptausschuß eine innere Angelegenheit wären, die die Heeresleitung nichts anginge, verstand es sich von selbst, daß Hindenburg und Ludendorff noch am Abend, ohne einen Parlamentarier gesprochen zu haben, nach Kreuznach zurückfuhren. Das letzte Hindernis der Friedensresolution ist durch Bethmann Hollweg selbst aus dem Wege geräumt worden. Was ein Staatsmann tun kann, um seine Stellung unhaltbar zu machen, hat er zuletzt noch getan.

Wiederum war es zwecklos, daß der Kanzler am 7. Juli nun doch im Hauptausschuß erschien und hier die Rede hielt,

die er im Plenum hatte halten wollen. Wie weit das Einverständnis zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrumsführer bereits gediehen war, hatte Südekum verraten, als er am Tage zuvor den aufbrechenden Unterstaatssekretär Wahnschaffe an der Türe des Sitzungssaales mit den Worten zurückhielt: Erzbergers Rede leite eine wichtige politische Aktion ein. Die sozialdemokratische Partei war nicht mehr isoliert, und die neue Mehrheitsbildung konnte allenfalls durch die starken Persönlichkeiten der Feldherren, aber nicht durch die Ermahnung Bethmann Hollwegs, keine schlappe Resolution zu fassen, aufgehalten werden. Der 7. Juli bestätigte nur, daß die Friedensresolution des Reichstages auf dem Marsche war, sodaß Erzberger sich umso ungestörter seinem Hauptanliegen, dem Kanzlersturz, widmen konnte. Auf aktive Unterstützung der an einem Kanzlerwechsel nicht unmittelbar interessierten neuen politischen Freunde war dabei nicht zu rechnen. Er hatte sich daher schon am 6. Juli unter dem werbendem Aushängeschild einer Kandidatur Bülows mit Stresemann und Oberstleutnant Bauer in Verbindung gesetzt. In seiner erst am 7. Juli abgegangenen Antwort auf Bethmann Hollwegs Schreiben vom 25. Juni hat Hindenburg es im Voraus abgelehnt, daß die Schuld der schwierig gewordenen Kohlenfrage wie seinerzeit mit völligem Unrecht in der polnischen und in der belgischen Arbeiterfrage auf seine Schultern abgeladen werde. Daß Bethmann Hollweg jetzt die oberste Heeresleitung sogar für Erzbergers Umfall verantwortlich machen wollte, schlug dem Faß den Boden aus. Ludendorffs Sachlichkeit hat dem Reichskanzler und Zimmermann noch am 8. Juli zur Herzstärkung streng vertraulich mitteilen lassen, daß Mitte Juli die Russen in Galizien angegriffen werden sollten. Bauer zog es vor, sich mit Erzberger zu verbünden, um ihn durch Bülow unschädlich zu machen. Der Rat, durch ein parlamentarisches Verhör Bethmann Hollwegs Verlassenheit festzustellen, stammt wohl von Erzberger, die Ausführung durch den Kronprinzen war Bauers Werk.

Bauer erzählt lakonisch: „Ich telephonierte dem Kronprinzen, er müßte kommen und veranlaßte zugleich, daß er gerufen wurde.“ Wie der Kaiser dazu gebracht worden ist, die Hilfe seines Sohnes in Anspruch zu nehmen, erfahren wir nicht. Ersichtlich ist nur, daß Wilhelm II. die Lage noch nicht recht begriffen

hatte. Wie ist er noch am 17. Juli aufgebraust, als er in Wedels Bericht Czernins Gedanken über die Verständigung auf der Grundlage des status quo ante zu Gesicht bekam. Zunächst las er aus dem Vorschlag Räumung der besetzten Gebiete vor dem Verhandeln, also vorzeitigen Verzicht auf Kompensationsobjekte heraus. Dann lehnte er sich dagegen auf, daß die Österreicher Deutschland Kurland und Litauen nicht gönnten, während sie das von Deutschland wieder eroberte Galizien, Serbien, Montenegro, Albanien und das halbe Rumänien behalten dürften, gleich als ob Serbien, Montenegro, Albanien, das halbe Rumänien zum status quo ante von 1914 gehört hätten. In der ersten Erregung entging ihm, daß in Czernins Formel das Drängen auf die Abtretung Elsaß-Lothringen scheinbar ebenso aufgegeben war, wie das Phantom östlicher Kompensationen für Gebietsverluste des Zweibundes im Westen und Süden. Man sollte danach denken, daß das ganze Sinnen und Trachten des Kaisers in jenen Tagen auf die Verhütung der noch weit bedenklicheren Friedensresolution des Reichstages gerichtet gewesen sei. Der Herrscherinstinkt hätte ihm sagen sollen, daß das Zugeständnis des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Preußen das nicht bewirken konnte. Bethmann Hollweg wußte so gut wie Erzberger, daß ein Kanzler, der dem Reichstag Geschenke wie das Wahlrecht brachte, nicht leicht zu stürzen war, als er dem Kaiser am 8. Juli die Einberufung eines Kronrates für den nächsten Tag abrang. Nur der Monarch hat nicht bemerkt, daß der Schachzug seines „Zivilkanzlers" ihn von der immer näher heranrückenden Gefahr der Friedensresolution abgelenkt hat. Wenn er den Kronprinzen trotzdem am 10. Juli herbeirief, so muß für ihn der Wunsch, den Erben der Krone vor der Verfassungsänderung zu hören, den Ausschlag gegeben haben.

Der Kronprinz sollte sich jedoch nach seiner Ankunft sofort überzeugen, daß es in der Tat nicht leicht war, einen Kanzler aus dem Sattel zu heben, den gerade seine Schwäche allen nach Reichsgut Lüsternen empfohlen hatte. In Wien bemerkte man mit Mißfallen und Unruhe, daß die Dinge seit dem 6. Juli eine Wendung nahmen, die Czernins Absichten nicht entsprach. Am 10. Juli erklärt der Minister dem deutschen Botschafter, Kaiser Karl wäre in hohem Maße über die Möglichkeit eines Kanzler-

wechsels beunruhigt. Die Ernennung eines Kanzlers im Sinne der Rechten würde in Österreich den Eindruck erwecken, daß es mit der Politik der Mäßigung nun vorbei und der Friede in weite Ferne gerückt wäre. Obwohl Czernin hinzusetzte, daß es Kaiser Karl fern läge, sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen, telegraphierte er am 11. Juli an Hohenlohe nochmals die Bitte, den Kanzler nicht zu entlassen, keinesfalls aber den Fürsten Bülow zu nehmen. Eine Regierung, die soeben vor den Hochverrätern kapituliert hatte, stützte einen Reichskanzler, der seinerseits im Begriffe stand, vor einem von Panik ergriffenen Reichstag zu kapitulieren. Wie würde sich der Stolz Wilhelm II. unter anderen Umständen gegen das österreichische Veto empört haben. In diesem Augenblicke empfand er nur die Erleichterung, daß auch der Bundesgenosse an Bethmann festhielt und von Bülow nichts wissen wollte. Auch den Kronprinzen glaubte er von der Unentbehrlichkeit des Kanzlers und der Notwendigkeit der sofortigen Wahlrechtsreform überzeugt zu haben. Sein Kabinettschef von Valentini wurde zu Erzberger geschickt, um auch ihn für das weitere Verbleiben Bethmann Hollwegs im Amte umzustimmen.

Die Tatsache, daß nichtsdestoweniger das parlamentarische Verhör am Vormittag des 12. Juli im kronprinzlichen Palais stattfand, beweist, daß der Kaiser die seinem Sohne erteilte Ermächtigung wieder vergessen hatte, als er unmittelbar nach ihrer Unterredung dem Reichskanzler telephonierte, die Sache wäre glücklich erledigt. Graf Westarp vertrat die Konservativen, Stresemann die Nationalliberalen, Mertin die wirtschaftliche Vereinigung, v. Payer die fortschrittliche Volkspartei, Erzberger das Zentrum, Dr. David die Sozialdemokratie. Jeder wurde allein empfangen und zur Äußerung aufgefordert, ob er einen Kanzlerwechsel für erforderlich hielte. Bauers geschickte Auswahl entschiedener Gegner und lauer Freunde der Person Bethmann Hollwegs lieferte dem Kronprinzen den Beweis, daß der Reichskanzler im Parlament keinen Rückhalt mehr besaß. Erzberger hat es fertig gebracht, in seinen „Erlebnissen" zu erzählen, er habe Valentini am Abend des 11. Juli zugesagt, seine Bedenken gegen Bethmann Hollweg fallen zu lassen. Nach seiner Darstellung hat also nicht er, sondern seine Partei schließlich den Kanzlerwechsel gewünscht. Ob er diese Heuchelei auch zu Papier

gebracht hätte, wenn er gewußt hätte, daß gleichzeitig mit seinem Buche das Protokoll Bauers in Ludendorffs „Urkunden" erscheinen würden, darf bezweifelt werden. So knapp die Inhaltsangabe seines Gutachtens ist, so ist sie doch zur besten Charakterzeichnung dieser Spiegelbergnatur geworden. Schon Valentinis Mitteilungen hatten ihn aus allen Himmeln fallen lassen. Seit dem 6. Juli hatte es ihm in den Ohren gesummt: Reichskanzler, „das muß ein erleuchteter Kopf sein. Versteht ihr? ein feiner politischer Kopf muß das sein."[1]). Alles war im besten Zuge, da mußte ihm ausgerechnet dieser Czernin das Geschäft verderben. Das Veto gegen Bülow hätte er sich gefallen lassen. Je rascher sein Strohmann verschwand, desto bälder mußte ein parlamentarisches Deutschland innewerden, wer sein feinster politischer Kopf war. Der Widerspruch gegen Bethmanns Weggang versetzte ihn dagegen in eine Aufregung, die Payer bei der Begegnung im Kronprinzenpalais aufgefallen ist. „Das ist bestellte Arbeit", sagte er dem Kronprinzen. „Ich kenne die kaiserliche Familie und Czernin und weiß, daß ihnen jeder Friedenskanzler willkommen ist. Österreich hat uns keine Vorschriften zu machen. Ich habe bis jetzt immer geglaubt, wir wären die Führer. Das wäre ja ein politisches Sklavenverhältnis, wenn wir unseren Kurs durch Österreichs Veto bestimmen ließen. Der Reichskanzler muß weg, er ist ein Hindernis des Friedens, er verpaßt alles."

Wenn Erzberger gedacht hat, auf diese Weise sich selbst dem Kaiser als Kenner Österreichs und starken Friedenskanzler zu empfehlen, so hat er damit nur erreicht, daß der Kaiser das Protokoll ablehnte und schriftliche Erklärungen der Parteileitungen des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen über ihre Stellung zu Bethmann Hollweg zu sehen verlangte. Der 12. Juli schien den Sieg des Kanzlers zu bestätigen, als im Militärkabinett die Meldung einlief, daß Abschiedsgesuche des Generalfeldmarschalls und General Ludendorffs unterwegs wären. Nicht nur der Anhang des Reichskanzlers hat das unerhört gefunden. Eine unparteiische Geschichtsschreibung wird es eher unerhört finden, daß es im Zenith des Weltkrieges länger als eine Woche in Deutschland keine Regierung gegeben hat. Die Verantwortung für den außergewöhnlichen Schritt der Generale

[1]) Die Räuber. I. 2.

trägt ausschließlich der Kaiser, der sich immer noch nicht klar gemacht hatte, daß die Entstehung und der Verlauf der Krisis tatsächlich ein weiteres Zusammenarbeiten des Kanzlers und der obersten Heeresleitung unmöglich machte. Seit ihrer Rückkehr nach Kreuznach in ständiger Unruhe hatten die Generale die erfolgreiche Einmischung Österreichs in ehrlichem Soldatenzorn so angesehen, wie Erzberger es nur vorgab. Ein Kanzler von Habsburgs Gnaden und die Friedensresolution waren mehr, als sie ertragen konnten. Als Stein ihnen am Nachmittag des 12. Juli telegraphierte, daß die Parteien über die Fassung des Friedensangebotes noch nicht einig wären, ließ sich Hindenburg durch sein Gesuch nicht abhalten, dem Kaiser die Verhinderung der Resolution durch die Reichsleitung ans Herz zu legen. Von einem Attentat auf den Primat der politischen Führung waren beide Heerführer weit entfernt. Sie wollten nur einem Zustande ein Ende machen, unter dem alle Deutschgesinnten unsäglich litten, während die Mehrheit der Parteiegoisten und der undeutschen Elemente daraus ihren Nutzen zogen. Das Vacuum war nicht von heute und gestern, aber der 6. Juli hatte es der Nation offenbart. Durch den Imperatorenspruch „sic volo, sic jubeo" ließen sich die Berliner Vorgänge nicht in eine innere Angelegenheit verwandeln. Der Monarch glich einem Nachtwandler. Eine allen preußischen Traditionen widersprechende Diktatur der obersten Heeresleitung würde ihn zu Boden geworfen haben. Die Abschiedsgesuche haben ihn noch einmal am Rande des Abgrundes geweckt. Vor die Wahl gestellt, Hindenburg-Ludendorff oder Bethmann Hollweg zu entlassen, mußte sich Wilhelm II. von einem Berater, der nie ein Führer gewesen war, trennen. Noch am Abend des 12. Juli erhielten die Generale Reisebefehl, um ihre am 7. Juli vereitelte Absicht der Herstellung der inneren Front auszuführen.

Bethmann Hollweg bemerkt in seinen Betrachtungen, daß „sich die oberste Heeresleitung nach seinem Abgang bekanntlich mit der in einzelnen Punkten zwar formal abgeschwächten, in der Tendenz aber unverändert gebliebenen Resolution abgefunden" hätte. Ein Zusatz, daß Erzberger das in den Beratungen des Zentrums voraussagen konnte, läßt keinen Zweifel, daß er damit feststellen will, „die der obersten Heeresleitung anscheinend uner-

trägliche Friedensresolution" habe nur als Vorwand zu seinem Sturze gedient. Wie hätte er auch, nachdem er sich alle Zeit über die Feinde Deutschlands getäuscht hatte, am Ende seiner Kanzlerschaft seine deutschen Gegner begreifen sollen. Aus dem weiteren Verlauf der Julikrisis ergibt sich vielmehr, daß sie für die Generale durch seinen Abgang keineswegs beendigt war. Am Vormittag des 13. Juli vom Kaiser in Schloß Bellevue ungnädig empfangen, mußten sie sich sagen lassen, daß ihre Abschiedsgesuche überaus zwecklos wären, weil er im Einverständnis mit dem Kronprinzen bereits entschlossen gewesen wäre, den Reichskanzler zu entlassen. Zu seinem Nachfolger, sagte der Kaiser, habe er Graf Hertling ausersehen. Die Kanzlerkrisis sollte als eine Angelegenheit, welche die oberste Heeresleitung nichts anging, behandelt werden. Das einzige Zugeständnis an den Standpunkt der Generale war die Anerkennung der militärischen Tragweite der Friedensresolution. Am 7. Juli hatte der Kaiser eine Besprechung mit Reichstagsabgeordneten hintertrieben, am 13. versprach er sich von ihr die Beschwörung der endlich erkannten Gefahr.

Wilhelm II. glaubte Hertlings schon sicher zu sein, weil er ihm durch den bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld hatte sagen lassen, daß seine Ernennung den Reichstag beruhigen und in Wien und im Ausland einen guten Eindruck machen würde. Hertling lehnte jedoch, als Valentini ihn aufsuchte, ohne Zögern ab. In einem Briefe an seinen Sohn hat er als Hauptgrund angeführt, daß er sich nicht stark genug fühlte, um den Kampf mit Ludendorff, der sich unaufhörlich in die politische Leitung einzudessen Herkunft aus Bethmanns Küche ersichtlich ist, scheint doch mischte, durchzuführen. Mindestens ebenso stark wie ein Motiv, auch die Scheu vor Kämpfen mit Erzberger mitgesprochen zu haben. Ludendorff traf am Nachmittag zu seiner Überraschung bei dem Generalfeldmarschall General von Lyncker, Generaloberst von Plessen und Valentini mit einer kleinen Musterkarte von Kanzlerkandidaten, die Valentini jedoch sämtlich als unmöglich ablehnte, um darauf den preußischen Staatskommissar für Volksernährung Dr. Michaelis vorzuschlagen. Die Heerführer hatten, als sie im Beisein Helfferichs und Wahnschaffes im Generalstabsgebäude die Parlamentarier empfingen, noch nicht die Ge-

wißheit, daß Michaelis annehmen würde, während der neue Kandidat sich auf Valentinis Versicherung, daß die Generale reinen Tisch machen würden, zur Annahme des dornenvollen Amtes entschloß. Wie im kronprinzlichen Palais waren die Abgeordneten zu verschiedenen Terminen geladen, was Ludendorff dazu nötigte, seinen Vortrag über die militärische Lage mehrfach zu wiederholen. Nur Erzberger, Mayer (Kaufbeuren), Ebert und Scheidemann sind, weil sie schon länger im Vorzimmer warteten, zusammen empfangen worden.

Ludendorff hätte gewünscht, daß die Friedensresolution in die Besprechung nicht hineingezogen würde. Er selbst faßte seine Aufgabe von der rein militärischen Seite. Von der ungünstigen Lage im August 1916 ausgehend, hatte er es nicht schwer, den Abgeordneten darzulegen, daß man alle Ursache hatte, mit den im Westen wie im Osten seitdem errungenen Erfolgen zufrieden zu sein. Der U-Bootkrieg erfuhr im Rahmen seiner Kriegführung, seines sensationellen Charakters entkleidet, die Würdigung, auf die er gerechten Anspruch hatte. Nur ihm verdankte die Westfront, daß sie nicht durch die feindliche Rüstungsindustrie erdrückt worden war. Nur er hielt die Kriegswirtschaft der Feinde dauernd unter einem Drucke, der ihren Kriegswillen allmählich lähmen mußte. Den vorbereiteten Gegenstoß in Galizien konnte der erste Generalquartiermeister noch nicht in die Wagschale werfen. Die Frage, ob ein entscheidender Schlag zu Lande möglich wäre, wurde ehrlich verneint. Trotzdem war nicht zu verkennen, daß der schlichte Nachweis der Grundlosigkeit der Panikstimmung des 6. Juli der Friedensresolution ihre Basis zu entziehen drohte. Am 7. Juli wäre sie damit vielleicht erledigt gewesen. Am 13. schien es zweifelhaft, ob der parlamentarische Machthunger allein jetzt noch die Mehrheit für die Resolution zusammenhalten würde. Scheidemann beschloß daher, durch ihre Veröffentlichung eine vollendete Tatsache zu schaffen. Die Südekum aufgetragene Verbreitung durch Wolffs Telegraphenbüro ist noch rechtzeitig durch die Reichsregierung verhindert worden. Der Abdruck im Morgenblatt des „Vorwärts“ vom 14. Juli legte die Reichstagsmehrheit auf einen Entwurf fest, der noch nicht die endgültige Fassung erhalten hatte.

Daß Scheidemann seinen Zweck erreicht hatte, sollten der

14. und 15. Juli enthüllen. Der neue Reichskanzler machte kein Hehl daraus, daß er sich besonnen hätte, anzunehmen, wenn er diesen Ausgang der Besprechung mit der obersten Heeresleitung geahnt hätte. Ludendorff entschloß sich nur auf seine persönliche Bitte, an den zwanglosen Besprechungen teilzunehmen, die am 14. und 15. im Garten des Reichsamtes des Inneren stattfanden. Nach seinem soldatischen Empfinden gehörte die oberste Heeresleitung nicht dahin. Was hätte sie auch dem Reichskanzler helfen können, als er die Abgeordneten zu einem Verzicht auf ihre Resolution zugunsten seiner ersten Reichstagsrede zu überreden suchte. „Was man den Scheidemann-Frieden nennt — sagte Michaelis zu dem Redner vom 15. Mai — mache ich morgen, wenn ich kann. Aber was machen wir mit dieser Resolution?“ Scheidemann spricht von einer Mitarbeit Ludendorffs, weil dieser gegen die Schlußsätze der Vorwärtsveröffentlichung, die als Einverständnis der obersten Heeresleitung gedeutet werden konnten, Verwahrung eingelegt hat. Bethmann Hollweg hat aus dem Protest der Generale Abfindung mit der Resolution gemacht. Die Wahrheit ist, daß sie getan haben, was sie tun konnten, ihrer Überzeugung von der Schädlichkeit der Resolution für die Armee zum Siege zu verhelfen. Das politische Gebiet hat Ludendorff am 14. Juli nur ein einziges Mal gestreift, als er, Michaelis beispringend, für die angezweifelte Bundestreue Österreichs und Bulgariens ein Wort sprach. Erreicht hat er lediglich die Beseitigung der gerügten Zweideutigkeit. Hindenburg aber sagte zu Helfferich: „Jetzt verstehe ich Ihr Wort: Lieber im Schützengraben als in Berlin.“

Dem Reichstag am 17. Juli als Antrag David und Genossen eingereicht, hatte die Resolution nunmehr folgenden Wortlaut:

„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede. Uns treibt nicht Eroberungssucht. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.“

„Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“

„Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirt-

schaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten."

„Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist."

„In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

Nicht einmal das Wort „Vergewaltigung" hatte sich die Mehrheit abhandeln lassen, obwohl Michaelis darauf hinwies, daß die kleinste Konzession des Gegners unter Berufung auf die Resolution sicher abgelehnt würde. Weder auf die Aussprache noch auf die Abstimmung über den Antrag David wollte sie verzichten. Der neue Reichskanzler sollte den Kelch, den ihm der Parlamentarismus im Reichstag zur Bewillkommnung darbot, auf die Neige leeren. Was würde wohl der anfängliche Kandidat des Kronprinzen, Großadmiral von Tirpitz, getan haben, wenn er am 19. Juli an der Stelle von Michaelis gestanden hätte? Auch dem nachmaligen Gründer der Vaterlandspartei hätte es in diesem Augenblicke nicht einfallen können, durch öffentliche Zurückweisung der Resolution einen Trennungsstrich zwischen der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit zu ziehen. Nach Lage der Dinge blieb dem Reichskanzler kein anderer Ausweg als die Heuchelei der dem deutschen Volke verloren gegangenen Einigkeit von 1914. Er hätte wie Ludendorff am 13. Juli auf 1916 zurückblicken können, als die Entente Deutschland und seinen Verbündeten in ihrem schweren Abwehrkampfe durch Rumänien den Todesstoß zu versetzen wähnte. Er hätte daran erinnern können, daß die Verbündeten trotz dem Nachweis ihrer Unüberwindlichkeit mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember ins Leere griffen. Er würde der Resolution die

Deutung gegeben haben, daß sie nach abermals abgeschlagener Generaloffensive die feindliche Eroberungssucht für die Verlängerung des Krieges verantwortlich machen wollte. Er würde mit einem Worte die Resolution behandelt haben, wie Bismarck die Emser Depesche Abekens, als er die Chamade in eine Fanfare verwandelte. Statt die Aussprache einzuleiten, hätte er sie geschlossen, um schlagfertig aus ihr den Abwehrgedanken herauszuholen und die üblen Eindrücke der Uneinigkeit und Schwäche zu verwischen.

Die Rede, mit der Michaelis am 19. Juli die Sitzung eröffnete, schlug andere Gedankengänge ein, die seine Ernennung mehr als billig als Fehlgriff erscheinen ließen. So richtig es war, daß Österreich-Ungarn Deutschland in den Weltbrand hineingezogen hatte, so gehörte doch die versteckte Andeutung dieser Tatsache nicht in eine Reichstagsrede. Noch verkehrter war es, den U-Bootkrieg das letzte Mittel zu nennen und auf die Vorgänge im Hauptausschuß Bezug zu nehmen. An eine Schilderung der militärischen Lage schloß sich eine viel zu eingehende Erörterung der Kriegsziele des Kanzlers. Wer etwa überhört hatte, daß Unversehrtheit des Reichsgebietes für ihn Sicherung der Grenzen war, wurde auf den Unterschied durch seine rednerische Entgleisung aufmerksam gemacht, daß sich seine Ziele im Rahmen der Resolution, wie er sie auffaßte, erreichen ließen. Erst auf dem Gebiete der Ernährung fand der Redner sich wieder in seinem Element. Wollte er, wie er zum Schlusse erklärte, sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen, so durfte er den Reichstag nach dieser Arie nicht sich selbst überlassen. Fehrenbachs und Payers Beteuerung, daß die Resolution kein Friedensangebot wäre, fielen unter den Tisch, weil der Führer versäumte, sie zum Aushängeschild zu machen. Nicht der verantwortliche Leiter der deutschen Politik, sondern Payer gab die Versicherung ab, daß die Interessen der Bundesgenossen bei den Friedensverhandlungen gewahrt werden müßten. Scheidemann konnte ohne Widerspruch vom Regierungstische der aufhorchenden Welt als Wahrheit verkünden, daß Deutschland diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig wie seine Gegner zu Ende bringen könnte. Das letzte Wort aber sollte der unverhüllte Vaterlandsverrat behalten. Die Unabhängigen hatten schon das von Michaelis verlesene Telegramm Hindenburgs über

die Durchbrechung der russischen Stellungen bei Zloczow mit dem Zwischenrufe „Stimmungsmache" begrüßt. Jetzt ließen sie durch Haase als Sachwalter der Entente ein Friedensprogramm aufstellen, das Wiederherstellung Serbiens, des polnischen Staates von 1772, Abstimmung der Elsaß-Lothringer über ihre Staatszugehörigkeit, Entschädigung Belgiens und Verzicht auf Kolonien verlangte. Der Reichstag hatte den Minderern der Schöpfung Bismarcks die Tore weit geöffnet. Den Kehraus machte der Abgeordnete Hanssen mit der Erklärung, er stimme für die Resolution in der festen Zuversicht, daß die nationalen Wünsche und Forderungen der Dänen in Nordschleswig nach Beendigung des Krieges in vollem Umfange erfüllt würden.

Michaelis hatte in dem Bedürfnis, seinen Vorgänger gegen die herbe Kritik seiner politischen Gegner in Schutz zu nehmen, im Beginn seiner Rede den Ausspruch getan: „Erst wenn das Buch des Krieges geöffnet vor uns liegen wird, werden wir voll würdigen können, was Bethmann Hollwegs Kanzlerschaft für Deutschland in seiner schwersten Zeit bedeutete." Heute wissen wir, wer für den 19. Juli 1917 verantwortlich ist. Die Wehrhaftigkeit der Nation hat schon vor dem Kriege keinen schlimmeren Feind gehabt als den Enkel des Mannes, der vor Königsgrätz in Bismarck einen Führer ins Verderben gesehen hatte. Die Geschlossenheit des August 1914 war Bismarcks Verdienst, der schon 1888 vorausgesagt hatte, daß ganz Deutschland, zur Verteidigung gegen einen Angriff gezwungen, vom Fels zum Meere wie eine Pulvermine aufbrennen würde. Die Verwirtschaftung dieses Bismarckschen Kriegsschatzes fällt Bethmann Hollweg zur Last. Die Friedensresolution ist nicht die Folge, sondern die letzte Ursache seines Sturzes gewesen. Er hat ihr an seinem Teile die letzten Hindernisse aus dem Wege geräumt wie er als Wegbereiter Poincarés und Iswolskis, Kaiser Karls und Czernins in der Geschichte fortleben wird. Der durch Erzberger eingeleitete „Aufstieg der Tüchtigen" war sein Vermächtnis an die Nation.

An Erzberger aber erfüllte sich „der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend immer Böses muß gebären". Wie die Resolution schon im Reichstag mit 212 gegen 126 Stimmen keine überwältigende Mehrheit gefunden hatte, begegnete sie in ihrem zeitlichen Zusammentreffen mit der endgültigen Niederwerfung Rußs-

lands allenthalben dem größten Befremden. Erzberger sah sich am 23. Juli auf einer Tagung des Reichsausschusses seiner Partei in Frankfurt a. M. einer Opposition gegenüber, die auf sein Lied vom U-Bootfiasko nicht wie die Berliner Erdbebenwarte reagierte. Eine nachträgliche Mißbilligung der Resolution hätte in erster Linie ihn getroffen. Das zu verhüten, wäre ihm jedes Mittel recht gewesen. So zögerte er nicht länger, einer Versammlung von annähernd 200 Parteigenossen zum Beweise, daß seine Andeutungen der österreichischen Gefahr nicht übertrieben wären, Czernins Aprildenkschrift vorzulesen. Was Czernin nur für die Augen des Kaisers, des Reichskanzlers und der obersten Heeresleitung aufgesetzt hatte, um sie für den Gedanken der Abtretung Elsaß-Lothringens zugänglich zu machen, überzeugte jetzt 200 unpolitische Deutsche, daß Österreich-Ungarn am Ende seiner Kraft war und Deutschland vor die Wahl gemeinsamer schmerzlicher Opfer oder eines Sonderfriedens der Monarchie stellte. War schon das Siegel der Verschwiegenheit von der Türe des Sitzungssaales des Hauptausschusses abgefallen, so mußte Erzberger in der Frankfurter Versammlung damit rechnen, daß seine Mitteilung nachstenographiert wurde und über den Kreis seiner Hörer hinaus handschriftliche Verbreitung fand. Freventlicher hat selbst dieser Reichsverderber nie mit dem Geschick seines Vaterlandes gespielt. Mit Unterschlagung des Datums ließ er ein Dokument hinausflattern, das jeder Leser als Schlüssel und unmittelbare Ursache der Friedensresolution ansehen mußte. Kein deutsches Opfer war ihm zu groß, wenn nur er selbst als Friedebringer sich durchsetzte. Deutschland seinen bekehrten Parteigenossen und der Sozialdemokratie überlassend eilte er wieder nach der Schweiz, um am 28. Juli aus Zürich durch den deutschen Propagandadienst verbreiten zu lassen, daß er sich anheischig mache, sich mit Lloyd George, Balfour oder einem ihrer ersten Vertrauensmänner, wenn ihm in nächster Zeit Gelegenheit zu einer Unterhaltung geboten würde, in wenigen Stunden über die Friedensbasis zu verständigen.

Wie es in Wahrheit seit der durch Czernins Intrige heraufbeschworenen deutschen Julikrisis um Friede und Verständigung aussah, wird sich in den folgenden Kapiteln enthüllen. Nur von den unmittelbaren Wirkungen muß hier schon Notiz genommen werden.

In Bulgarien hatte bereits die Vorwärtsveröffentlichung der Resolution auf ein alarmierendes Telegramm des Gesandten Rizow an Zar Ferdinand lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Telegraphisch um Aufklärung ersucht, hatte Erzberger eine Erklärung im Reichstag, daß Großbulgarien auch das deutsche Kriegsziel bliebe, in Aussicht gestellt, was nur zur Folge hatte, daß Payers allgemein gehaltene Erwähnung der Interessen der Verbündeten in Sofia als eine neue Enttäuschung empfunden wurde. Wenn bisher dem Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn das Vertrauen auf Deutschland die Wage gehalten hatte, so erlitt jetzt das Ministerium Radoslawow einen Stoß, von dem es sich nicht mehr erholen sollte.

Noch bezeichnender für das Knistern im Bau ist ein Schreiben des Kronprinzen Rupprecht von Bayern an Hertling vom ominösen 19. Juli. Was der Führer der rechten Heeresgruppe über das Friedensproblem zu sagen hatte, war scharf durchdacht und sehr beachtlich. Nach seiner Ansicht mußte vor Frühjahr 1918 Schluß gemacht werden, ehe die Frage des Material- und Mannschaftsersatzes und das Eintreffen amerikanischer Truppen in ausschlaggebender Zahl die Lage zuungunsten Deutschlands und seiner Verbündeten verschoben. Er empfahl daher dringend, bis zum Herbst den Frieden mit Rußland unter Dach zu bringen, damit das nach Abwehr der englischen Offensive in Flandern zu erwartende weitere Anwachsen der Friedensstimmung zu Verhandlungen mit den Westmächten noch rechtzeitig ausgenützt werden könnte. Die entscheidende Wichtigkeit des Friedens mit Rußland verlangte Verzicht auf die Angliederung Kurlands und sonstige Annexionen und Entschädigungen. Als Kriegsziel im Westen sah er Erreichung des status quo ante bellum an. An der Rückerstattung der Kolonien dürfte der Friede nicht scheitern. Österreich müßte sich zu einigen Gebietsabtretungen an Italien entschließen. Auch die Bemerkungen des Kronprinzen über die innere Lage zeigten einen scharfen Beobachter, der sich über das fressende Gift des Berliner Mammonismus, die Verflachung des Denkens und das Dahinschwinden des Mittelstandes Gedanken gemacht hatte. Die Tendenz zum republikanischen Einheitsstaate hat er mit dem dynastischen Instinkt des Wittelsbachers zuerst erkannt, aber er zog aus dem unleugbaren Schwinden des kaiserlichen Ansehens

die Konsequenz einer Umgestaltung der Reichsverfassung in einen Staatenbund, in dem auch wie im deutschen Bunde von 1815 bis 1866 für Deutsch-Österreich Platz wäre. Er machte sich also ebenso wie die Reichstagsmehrheit die von ihm gerügte verderbliche Unentschlossenheit Bethmann Hollwegs zunutze, um — vorerst in Gedanken — ebenfalls die Axt an Bismarcks Werk zu legen, das jedes andere große Volk bis zum letzten Blutstropfen verteidigt hätte.

Wenn es nicht anderweitig bezeugt wäre, daß die Krisis im Ententelager noch nicht überwunden war, würde es die verblüffende Schlagfertigkeit beweisen, mit der sich die englischen Staatsmänner beeilten, aus der deutschen Julikrisis Gewinn zu ziehen. Das erste Echo kam bereits am 20. Juli aus Belfast, wo das neue Mitglied des Kriegskabinetts Sir Edward Carson erklärte, von Verhandlungen könnte erst die Rede sein, wenn die Deutschen ihre Bußfertigkeit für ihre Verbrechen in Belgien, Nordfrankreich und Serbien dadurch bewiesen, daß sie ihre Truppen hinter den Rhein zurückzögen. Auf die plumpe Einschüchterung folgte am 21. Juli in Queens Hall eine Rede Lloyd Georges über den Kampf der Demokratie gegen die militärische Autokratie, die den Angelhaken besser zu verbergen verstand. Je freier Deutschland ist, — rief er aus — desto mehr gefällt es uns. Die Feinde seiner Freiheit und Unabhängigkeit sind seine eigenen Regierenden. Die Junker hätten den alten Kanzler mit seinem Fetzen Papier in den Papierkorb geworfen, aber das Junkertum werde ihm bald folgen. Michaelis wolle die deutschen Grenzen sichern. Mit anderen Worten, das autokratische Deutschland beabsichtige außer Metz und Straßburg Lüttich zu annektieren und Antwerpen unter Aufsicht zu stellen. England aber könne nur mit einem freien Deutschland, das die Freiheit und Unabhängigkeit anderer Völker achte, Friede schließen. Mit geschickt verteilten Rollen gewannen am 24., 26. und 30. Juli Lord Cecil, Asquith, Bonar Law und Balfour dem Leitmotiv der Betörung der neuen Reichstagsmehrheit im Unterhaus immer neue Seiten ab. An Cecils Versicherung, daß die britische Regierung Serbien keineswegs im Stich lassen wollte, schloß sich der Zusatz: Nicht Österreich-Ungarn, sondern Deutschland ist unser Hauptfeind. Asquith parierte den Versuch Ramsay Macdonalds und Trevelyans, an die Friedensresolution anzuknüpfen mit der Aufforde-

rung Deutschlands, sich über Belgien zu erklären, als ob die Einleitung eines Friedensgespräches nur davon abhinge. Bonar Law berief sich auf Haase, daß Michaelis der Vertrauensmann Hindenburgs und Ludendorffs wäre. Im deutschen Volke, das nach 1870 dem krassen Materialismus und Imperialismus verfallen wäre, dämmere die Erkenntnis, daß es den Krieg nicht gewinnen könne, aber zwischen dem Volk und der deutschen Regierung bestünde ein großer Unterschied. Nur Balfour geriet etwas ins Gedränge, als er auf eine Interpellation nach den Annexionswünschen der Regierung zunächst zugeben mußte, daß England Frankreich in seinem Kampfe für Elsaß-Lothringen unterstütze, aber er wich der Frage durch die Wendung aus, daß es darauf abgesehen wäre, einen der großen Friedensstörer Europas auszuschalten, und schloß mit der Hoffnung, daß die Wiedergeburt der Ideen von 1848 ein freies Deutschland an die Vereinigten Staaten und Groß-Britannien wieder annähern werde.

Es war klar, daß nur ein wirkliches Friedensgespräch aus dem Dampfe dieses Phrasennebels des Pudels Kern herausschälen konnte. Was davon durchschimmerte glich den früher formulierten Friedensbedingungen auf ein Haar, obwohl Bonar Law der Stimmung im eigenen Lande das Zugeständnis machte, daß man damals vielleicht zu weit gegangen wäre. Noch war die Friedensmöglichkeit des Juni nicht ganz verschwunden. Bonar Laws Appell an den Machtwillen Englands zeigte deutlich, wie sehr der Umschlag der letzten russischen Offensive in eine katastrophale Niederlage die Entente erschreckt hatte. Der Ausfall Rußlands mußte wett gemacht werden, wenn sie den Krieg nicht vor dem Eingreifen Amerikas verlieren sollte. Die deutsche Julikrisis wies den Weg dazu. Die Gewißheit, daß der Gegner unterminiert war, mußte den Gedanken an Nachgiebigkeit zurückdrängen. Der 19. Juli ließ darauf hoffen. Erzbergers Frankfurter Streich vom 23. Juli tat das übrige. Die Politik Kaiser Karls trug jetzt ihre Früchte. Der August entschied über den Ausgang des Krieges.

Fünftes Kapitel.

Das Ende der Friedensmöglichkeiten.

Das Scheitern der Kerenski-Offensive ließ die militärischen Sorgen der Entente in verstärktem Maße zurückkehren. Wenn auch die französische Front im August wieder gefestigt war, so wurden jetzt doch die im Osten gebundenen deutschen Divisionen in absehbarer Zeit zum Einsatz gegen Italien und die Westmächte frei. Rußland schied seit dem August 1917 endgültig aus dem um Mitteleuropa gezogenen Belagerungsringe aus. Behielt Deutschland in einem Frieden auf der Grundlage des status quo ante den Rücken im Osten frei, so war es auf dem Kontinent der Sieger. Die Hoffnung, es vor Eintreffen namhafter amerikanischer Unterstützungen militärisch niederzukämpfen, mußte jetzt aufgegeben werden. Haigs Flandernschlachten haben sich in ihrem Anrennen gegen die deutsche U-Bootbasis engere Ziele gesteckt. So aussichtsreich die Nachrichten über die innere Zersetzung Deutschlands erschienen, so hatte doch die Reichstagsmehrheit der obersten Heeresleitung keinen Kanzler ihrer Wahl entgegenzustellen vermocht. An der Verzagtheit Bethmann Hollwegs war nach einem von Graf Bothmer am 13. Juli im bayrischen Kurier veröffentlichten angeblichen Briefe Adolf von Harnacks nicht mehr zu zweifeln. Von Michaelis ließ sich nicht erwarten, daß er sich durch diplomatische Mittel unter den status quo ante herunter drücken lassen werde, wenn nicht der Hebel zur Beschwörung der Gefahr endlich mit Nachdruck bei Österreich-Ungarn angesetzt wurde. Die Sprengung des Zweibundes hätte jetzt nicht genügt. Es galt namentlich für Frankreich in der Donaumonarchie über den Frieden hinaus einen Ersatz für Rußland zu finden. Solange Rußland aufrecht stand, wäre an eine Erneuerung der Kaunitzschen Koalition nicht zu denken gewesen. Unmittelbar nach seinem Fall waren Zermürbung Deutschlands und Gewinnung Österreich-Ungarns die gegebene Politik der Westmächte.

Die französischen Enthüllungen von Pierrefeu, Bainville,

Mermeix, Ribot zeigen daher mehr oder minder die Tendenz, sich wegen der späteren Zertrümmerung Österreich-Ungarns zu rechtfertigen. Prinz Sixtus hat in den Augustverhandlungen mit Recht eine Fortsetzung seiner Politik gesehen. Eine Angliederung Polens an die föderativ gestaltete Donaumonarchie würde zweifellos stärkere Garantien einer neuen einheitlichen Front gegen den deutschen Osten geboten haben, als die später ins Leben gerufene in sich gespaltene kleine Entente oder der Völkerbund. Der Kurs wird deshalb in Paris und in London auf die Gewinnung Österreich-Ungarns gestellt, bis das Bekanntwerden der Czerninschen Aprildenkschrift den Staat der Habsburger aus den Berechnungen der Staatsmänner der Entente vorläufig wieder ausschaltet. Welche Rolle dabei die in den französischen Darstellungen möglichst wegretuschierte Schwäche Frankreichs gespielt hat, ergibt sich aus den parallelen Versuchen unverantwortlicher belgischer und französischer Politiker, doch auch mit Deutschland anzuknüpfen in der Hoffnung, es unter dem Drucke seiner inneren Schwierigkeiten unter den status quo ante herunterzuhandeln. Auch die jetzt erst einsetzende päpstliche Friedensaktion erklärt sich aus dem Bestreben, Deutschland vor seinem Siege in den Arm zu fallen. In all diesen gleichzeitigen sich kreuzenden Friedensfühlern aber zeigt sich seit der Friedensresolution nicht mehr die Spur der Geneigtheit zu einem ehrlichen Frieden der Verständigung mit dem deutschen Reiche. Den Vorrang behauptet der Wunsch, durch einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn die Front des Vierbundes zum Einsturz zu bringen. Selbst die erst im Juli 1918 aus dem Bereich der Möglichkeiten scheidende Gefahr eines deutschen Sieges würde der Entente höchstens das Zugeständnis einer halben Unterwerfung Deutschlands abringen. Die Niederwerfung Rußlands würde sich, obwohl sie durch die Schuld Bethmann Hollwegs um ein Vierteljahr verspätet war, auch im August noch anders ausgewirkt haben, wenn der Zweibund den gleichen Machtwillen wie die Entente besessen hätte. Jetzt aber lagen die Dinge so, daß vor dem Eingreifen der Vereinigten Staaten nur noch die deutschen Waffen durch den Sieg einen erträglichen Frieden erringen konnten. Die deutsche Diplomatie war fortan durch die Politik Kaiser Karls und eigene Schuld der Möglichkeit beraubt, wirksam sekundieren zu können.

Man würde über die Mühen zweckloser Verhandlungen kurz hinweggehen dürfen, wenn sich darin nicht schicksalsvoll das Wesen der Verhandelnden enthüllte. Das demokratische Deutschland glaubt heute auf die Illusionen der Wilhelminischen Zeit herabsehen zu dürfen. In Erinnerung an die Fabel vom Splitter und Balken täte es wohl daran, sich die ersten Glieder der schweren Kette von Einbildungen, mit der es sich seit der Reichstagsresolution schleppt, recht genau anzusehen. Auch der Glaube an die diplomatische Überlegenheit Czernins schwindet für den Betrachter seiner verständnislosen Aufnahme der ersten ernst gemeinten Ententeversuchung. Vom russischen Albdrucke durch den Verbündeten befreit, hätte er sich ohne die italienische Fessel schwerlich aus Bundestreue auf der deutschen Seite festhalten lassen, aber es ist ihm offenbar gar nicht klar geworden, daß er durch Abtretungen an Italien die Garantie der Entente für seinen Staat und den ihm zugedachten Machtzuwachs eintauschen konnte. Seine auffallende Zurückhaltung in den Wochen nach der Reichstagsresolution hat keinen anderen Grund als den Wunsch des Regisseurs der Erzbergerintrige, möglichst im Hintergrund zu bleiben, damit der Bundesgenosse keinen Argwohn gegen ihn schöpft. In einem Gespräche mit Wedel hatte er die Stirn, seiner bisherigen ganz nach Westen orientierten Friedenspolitik die Absicht unterzulegen, Rußland zum Frieden geneigt zu machen. Mit gut gespielter Treuherzigkeit gab er seinen Irrtum zu und sprach sich von nun an für entschlossenes Durchhalten aus. Wenn man ihn hörte, war er unablässig bemüht, den Wiener Friedenspropagandisten ihre Hauptwaffe der angeblichen deutschen Eroberungssucht, für die Österreich verblute, aus der Hand zu schlagen, aber er sprach zugleich mit verdüsterter Miene von der Möglichkeit seines baldigen Rücktritts. In der Aprildenkschrift hatte er mit einem Sonderfrieden gedroht. Jetzt beschränkte er sich, um die Reichsregierung für das Opfer der Reichslande umzustimmen, auf Andeutungen, die das Wiener Gerücht, daß „irgend ein junger Mann" oder ein Professor an die Spitze des Ballplatzes gestellt werden könnte, zu bestätigen schienen. Statt selbst zu drängen, nährte er jetzt Wedels wachsende Sorge, daß der Kaiser mit der Aprildrohung im Herbst Ernst machen könnte. Der Völkerrechtslehrer Professor Lammasch — erzählte er dem Botschafter — habe ihm neulich vorgeschlagen,

Deutschland ein Ultimatum zu stellen, binnen 48 Stunden in die Abtretung Elsaß-Lothringens einzuwilligen, sonst werde Österreich einen Sonderfrieden schließen. Der Empfang des pazifistischen Münchener Professors Friedrich Wilhelm Foerster auf dem kaiserlichen Sommersitz Reichenau wurde absichtlich unterstrichen. Dieser, Lammasch und Professor Redlich, meldete Wedel am 20. Juli, „vertreten den Standpunkt, daß Deutschland an der Verlängerung des Krieges die Schuld trägt, und daß Österreich, überall beliebt, zur Vermittlung berufen sei". Sein Bericht an Michaelis schloß mit dem Rat, sobald als möglich nach Wien zu kommen, vielleicht gelinge es dem Reichskanzler den jungen Monarchen zu überzeugen, daß er an einem Abgrund wandele. „Man hat an verbrauchtem Alter gelitten — meinte er — und leidet jetzt an unerfahrener Jugend. Man hört oft sagen, das verbrauchte Alter sei noch das kleinere Übel gewesen."

Bevor Michaelis in Wien seinen Antrittsbesuch machen konnte, waren schon neue Fäden zwischen der Monarchie und der Entente gesponnen worden. Am 25. Juli, zehn Tage später als es vorgesehen war, trat in Paris die Konferenz der Entente zusammen. Ribot als einziger Gewährsmann erzählt: „Ich besprach mich unter vier Augen mit Lloyd George. Wir kamen überein, uns mit Sonnino rückhaltlos auszusprechen. Wir konnten vor ihm das Geheimnis nicht länger wahren. Ich setzte Sonnino von den uns gemachten Eröffnungen und dem jüngsten angeblichen Sonderfriedensangebote Italiens hinter unserem Rücken in Kenntnis. Sonnino sprach mir seinen wärmsten Dank aus. Er protestierte energisch gegen die Rolle, die man dem König und ihm zuschrieb. In der anschließenden Unterredung zu Dreien gab Lloyd George zu, daß im Augenblick nichts zu machen wäre. Die Sprache, die Czernin seitdem öffentlich geführt hat, würde uns, wenn wir es gewollt hätten, nicht gestattet haben, den Gedankenaustausch mit dem Kaiser fortzusetzen. Lloyd George behielt sich für alle Fälle seine Wiederaufnahme vor, wenn uns die offenkundige Ohnmacht und vielleicht der Abfall Rußlands dazu zwängen." Die Verantwortung für die inoffiziellen Augustverhandlungen schiebt Ribot dem Kriegsminister Painlevé zu. Für ihn soll das österreichische Intermezzo am 25. Juli 1917 erledigt gewesen sein. Uneingeweihte Leser müssen seiner Darstellung entnehmen, daß Czernin bereits

im August durch seine Haltung eine Wiederaufnahme des von Prinz Sixtus angesponnenen Fadens unmöglich gemacht habe.

Wie sich die Dinge in Paris tatsächlich abgespielt haben, ist trotz diesen diplomatischen Zweideutigkeiten, Verschweigungen und Ableugnungen nicht schwer zu erkennen. Der Zweck der Konferenz war doch nicht nur, wie die Agentur Havas der Welt versicherte, die Prüfung der Lage auf dem Balkan. Schon die Zuziehung der Chefs des französischen, englischen und italienischen General- und Admiralstabs und des russischen Generalstabsvertreters verrät, daß die Gesamtlage auf der Tagesordnung stand. Sonnino in die Mission des Prinzen Sixtus unter Bruch des dem Prinzen gegebenen Versprechens nachträglich einzuweihen, hätte keinen Sinn gehabt, wenn sich Ribot und Lloyd George nicht vergewissern wollten, wie Sonnino sich zu der Frage eines Sonderfriedens mit Österreich-Ungarn stellte. Aus der Haltung des italienischen Staatsmannes, der wie in Saint-Jean-de Maurienne auf dem Buchstaben der Zusagen des Aprilbündnisses von 1915 bestand, erklärt sich Lloyd Georges Vertagung der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Kaiser Karl auf den äußersten Notfall. Die russischen Niederlagen in Galizien sorgten dafür, daß dieser Fall schon sehr bald eintrat. Ribot spottet über den Generalstab, der Politik treiben wollte. In Wirklichkeit wird er es ebenso wie Lloyd George begrüßt haben, daß sich gerade jetzt der französische Generalstab erbot, das Friedensgespräch mit Kaiser Karl wieder anzuknüpfen.

Ranke sagt in seiner französischen Geschichte über den Ausgang des spanischen Erbfolgekrieges: „Wie eine Intrige der Komödie begann das große Geschäft des Friedens, der Europa beruhigen sollte". Die Friedensverderber von 1917 haben nur ein fratzenhaftes Filmdrama zustande gebracht. In der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs häuften sich schon seit geraumer Zeit die österreichischen Friedensofferten. Die französische Maitresse des Legationsrates Graf Colloredo Mannsfeld, des Protokollführers der Wiener und Berliner Märzkonferenzen, pflegte getreulich zu berichten, was ihr dieser bei seinen Schweizer Erholungsausflügen über die österreichische Tendenz zu einem Sonderfrieden anvertraute. Graf Mensdorff benutzte jeden Kanal, um sich als Unterhändler anzubieten. Ein in französischem

Halbsold stehender österreichischer Bankier machte sich zum Sprachrohr eines Hofrates Günther, der die Verwandlung der Donaumonarchie in einen aus den Nationalitäten gebildeten Föderativstaat in Aussicht stellte. Noch beachtenswerter erschienen dem Leiter der Abteilung Oberst Goubet die Nachrichten, die ihm ein seinem Büro zugeteilter aus der Schwerindustrie stammender Reserveoffizier Graf Armand zutrug. Armands Gattin hatte in einem Sanatorium in Freiburg eine Verwandte, Gräfin Revertera, getroffen. Die vermittelnde Rolle des Anstaltsarztes, eines französischen Schweizers, der auch in den späteren schriftlich fixierten Verhandlungen als Aushorcher eine Rolle spielt, macht es unmöglich zu entscheiden, ob die Anregung einer Zusammenkunft der beiden Grafen von Armand oder Legationsrat a. D. Revertera ausgegangen ist. Auch mag dahingestellt bleiben, ob Revertera, der Kaiser Karl nahe stand, von einem Sonderfrieden gesprochen hatte, wenn Deutschland die Forderungen Frankreichs nicht unterschreiben würde. Der Zeitpunkt, Anfang Juni, spricht dafür, daß sich seine Andeutungen in der Richtung der Mission des Prinzen Sixtus und der Drohung der Aprildenkschrift Czernins bewegt haben. Jedenfalls hat Painlevé, dem Goubet den Vorfall meldete, Reverteras erste Eröffnungen in diesem Sinne aufgefaßt, fand aber bei Ribot, der ihm Andeutungen über die an dem italienischen Stein des Anstoßes gescheiterte Mission des kaiserlichen Schwagers machte, keine Geneigtheit, die Sache weiter zu verfolgen. Ende Juni wollte der Freiburger Arzt wissen, Kaiser Karl denke jetzt an einen gemeinsamen österreichisch-deutschen Frieden, weil Bethmann Hollweg die Abtretung Lothringens und eines Teiles des Elsaß versprochen habe. In Paris auf Ribots Kriegszielreden verwiesen, war der Mittler am 12. Juli von Revertera telegraphisch eingeladen worden, nach Wien zu kommen. In der Nachrichtenabteilung gewann man den Eindruck, daß Kaiser Karl durch den Sturz des Reichskanzlers gereizt, wieder auf einen Sonderfrieden lossteure. Am 24. Juli hatte General Foch entschieden, daß man weder die Verbindung mit dem Freiburger Arzt noch mit dem österreichischen Bankier abreißen lassen sollte. Am 30. konnte Goubet melden, daß Revertera ungeduldig den Beginn der Verhandlungen erwartete.

Von den guten Diensten des Prinzen Sixtus hätte der Re-

publikaner Ribot auch jetzt vermutlich nichts wissen wollen. Gegen eine Besprechung zwischen Armand und Revertera hatte er, als die Hiobsposten aus Galizien sich mehrten, auf Painlevés Vorschlag unter der Voraussetzung des englischen Einverständnisses kein Bedenken. Am 4. August wurde Graf Armand durch den Kriegsminister instruiert, in Freiburg nur zu sondieren, nicht zu verhandeln. Revertera dürfe nicht den Eindruck gewinnen, nur mit Frankreich Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Die Garantie gegen die Folgen eines Bruches mit Deutschland würde von allen Verbündeten übernommen. Von den Perspektiven der Umwandlung der Monarchie in einen Föderativstaat dürfe andeutungsweise gesprochen werden. Ein näheres Eingehen sollte den eigentlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Während Armand mit dieser Instruktion an die Grenze nach Bellegarde fuhr, reisten Painlevé, der Munitionsminister Thomas und Ribot nach London, wo sie am 6. August eintrafen. Noch am Nachmittag fand in Lindfield bei Brighton, dem Landsitze Lloyd Georges, eine zweistündige Beratung Painlevés mit dem englischen Diktator und Lord Millner statt. Hier wie in der allgemeinen Konferenz des folgenden Tages verfocht Lloyd George die Ansicht, daß eine gemeinsame Offensive Italiens, Frankreichs und Englands am Isonzo das beste Mittel wäre, den Stein des Anstoßes auf dem Wege zu einem Sonderfrieden mit Österreich, Triest, zu beseitigen, stieß aber auf den Widerspruch General Robertsons. Im übrigen wünschte er Armand bestes Gelingen. Noch in der Nacht wurde an Goubet die Vollmacht telephoniert. Am Morgen des 7. August erhielt Armand ein Telegramm mit dem verabredetem Stichwort, das ihn zur Weiterreise nach Freiburg ermächtigte.

Über die Unterredungen der beiden Unterhändler und die Gespräche Reverteras mit dem Freiburger Arzte vom 7. bis 9. August unterrichten uns die für den Generalstab bestimmten Aufzeichnungen Armands. Mermeix hat Armand aus durchsichtigen Gründen verdächtigen wollen, weil er als Gegner Poincarés vor dem Kriege zur deutschen Botschaft und zu Lancken in näheren Beziehungen gestanden habe. In Deutschland wird man aus dem Auftrage Armands und seiner Ausführung das Gegenteil deutschfreundlicher oder auch nur versöhnlicher Gesinnung herauslesen. Glaubwürdiger erscheinen die Einwände Reverteras gegen die photographische

Genauigkeit der Aufzeichnungen seines Partners. Zur sensationellen Berichterstattung hat Armand allerdings nicht das Zeug gehabt. Auch Goubet und Painlevé werden zunächst Mühe gehabt haben, sich in dem wirren Haufen seiner Notizen zurechtzufinden. Der Aufgabe, die ihm zu Kopfe stieg, ist er sichtlich nicht gewachsen gewesen. Aber man würde ihn schwerlich ein zweites und drittes Mal nach Freiburg geschickt haben, wenn alle seine getadelten Eigenmächtigkeiten wirkliche Instruktionsüberschreitungen waren. Revertera verwahrt sich dagegen, daß Prinz Sixtus die Notizen über die Gespräche in Dialogform gebracht hat. Das ist gewiß berechtigt, aber man wird nicht übersehen dürfen, daß der Bericht eines diplomatischen Dilettanten weniger Geschwätz enthielte, wenn der ehemalige Diplomat Revertera sich besser zu beherrschen verstanden hätte.

Zu beachten ist zunächst, daß Painlevé über die Mission des Prinzen Sixtus nicht näher unterrichtet war, während Revertera von Kaiser Karl und Czernin nach Freiburg geschickt wurde, um sich den Bescheid zu holen, den Prinz Sixtus nicht erhalten hatte. Jeder war in der Erwartung gekommen, daß der andere ihm etwas mitzuteilen habe, und so platzte Armand schon bald nach Eröffnung des Gespräches mit dem Angebote der Entente heraus, das er instruktionsgemäß nur andeuten sollte, das er sich aber schwerlich selbst auf Grund seiner Instruktion zurechtgelegt hat. Wenn Österreich-Ungarn sich aus dem Kriege zurückzog, strikte Neutralität beobachtete und an Italien das Trentino und Triest abtrat oder aus Triest einen Freihafen machte, versprachen die Westmächte die Angliederung Polens in den Grenzen von 1772 und des Königreichs Bayern an den Habsburgischen Föderativstaat und die Einverleibung der schlesischen Eroberung Friedrichs II. in die österreichischen Erblande. Revertera will die Eröffnung mit ironischem Erstaunen zur Kenntnis genommen haben. Armand gewann, wie er sich pointiert ausdrückt, doch den Eindruck, daß Polen locke, Bayern reize, Schlesien dagegen erschrecke. Eine Antwort erhielt er erst am Abend des 8. August, nachdem sich Revertera offenbar neue Instruktionen aus Wien erbeten hatte. Der Kaiser — sagte Revertera — wird vermutlich das Angebot nicht annehmen, aber er wird in Berlin selbst harte Friedensbedingungen der Entente und besonders Frankreichs mitteilen, wenn sie nicht unvernünftig sind.

Sollte man sie in Berlin nicht annehmen, so würde der Kaiser zunächst mit den Folgen drohen und seine Drohung ausführen, wenn Berlin sich darüber hinwegsetzte. Man hatte sich jetzt also im Lager der Entente zu entscheiden, ob man es bei Armands unvermitteltem Angebote mit oder ohne Vorbehalt bewenden lassen oder zum erstenmal unzweideutig die Bedingungen eines allgemeinen Friedens vorlegen wollte.

Versucht man sich auf den Wiener Standpunkt zu stellen, so ergaben sich schon jetzt folgende staatsmännische Erwägungen: Das überraschende Angebot ist ein Beweis, daß die Entente sich in einer Notlage befindet. Es verrät aber zugleich, daß die Westmächte nach wie vor hinter den Forderungen Italiens stehen. Wenn die Entente die Kompensationen für die Abtretung des Trentino und Triests in Polen und Deutschland sucht, so beweist das, daß die künftige Gestaltung Polens für sie noch eine offene Frage ist, daß sie es auf die Vernichtung des deutschen Reiches und des preußischen Staates abgesehen hat, und daß Österreich-Ungarn selbst in diesem günstigen Augenblick auf Kompensationen auf dem Balkan oder in Rumänien nicht zu rechnen hat. Wie die Bedingungen eines allgemeinen Friedens danach aussehen würden, hätte sich Czernin schon in diesem Stadium der Verhandlungen sagen können. Er war recht eigentlich vor die Wahl gestellt, die Notlage der Entente an der Seite des alten Verbündeten oder durch eine Schwenkung ins feindliche Lager zum Vorteil des eigenen Staates auszunützen. Ein Drittes hätte es für einen würdigen Nachfolger von Kaunitz nicht gegeben. Nicht die Bundestreue, sondern das mit der Schwenkung verbundene größere Risiko konnte die Wahl nicht schwer machen. Sie hätte einem Staatsmanne mit fleckenreinem Ehrenschilde das Rückgrat für den letzten Entscheidungskampf gestärkt. Sie konnte trotz Spielen mit dem Verrat und Reichstagsresolution auch jetzt noch ihre Früchte tragen, wenn man am Ballplatz entschlossen das Steuer herumwarf.

Aus Czernins tatsächlichem Vorgehen darf man schließen, daß er Erwägungen dieser Art gar nicht angestellt hat. Es war doch nicht nur der Fluch der bösen Tat, daß die Monarchie von dem Intermezzo Armand-Revertera schließlich lediglich Schaden gehabt hat. Der weitere Verlauf der Verhandlungen beweist vielmehr, daß Czernin aus seinen Fehlern nicht das mindeste gelernt

hatte und sich der neuen Lage in keiner Weise anzupassen verstand. Schon die erste Besprechung mit Michaelis im Beisein Wedels und v. Stumms am 1. August ließ erkennen, daß Czernin an der seit Homburg befolgten Taktik starrsinnig festhielt, wenn sich auch der Dämpfer der militärischen Abhängigkeit bemerklich machte. Der Reichskanzler hatte ihm nicht den Gefallen getan, den österreichischen Pessimismus durch Beschönigungsversuche zu bekämpfen. Aus der Verschlechterung der inneren Lage kein Hehl machend, erklärte Michaelis ausdrücklich, daß er ehrlich versuchen wollte, noch vor dem Winter zum Frieden zu gelangen und wegen Fragen der Machterweiterung keine sich etwa darbietende Hand zurückweisen würde. Seinem Rat, die Sprengung der Entente bei Frankreich zu versuchen, hatte Czernin geglaubt, die Beteuerung vorausschicken zu müssen, daß das von der Entente immer wieder verbreitete Gerücht, Österreich-Ungarn werde von seinem Verbündeten abfallen, kindisch und unsinnig wäre. Die einzige Friedensmöglichkeit wollte er auf dem Wege über Frankreich sehen. Der Versuch, es zu gewinnen, wäre Deutschlands Sache. Nach allen ihm zukommenden Nachrichten zweifle er nicht an der Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich um den Preis eines Entgegenkommens in Elsaß-Lothringen. Auf die Frage des Reichskanzlers, ob von Frankreich schon irgend etwas gekommen wäre, das darauf schließen ließe, daß es unter gewissen Bedingungen zum Einlenken bereit wäre, hatte Czernin am 1. August geantwortet: „Nur in sehr vager Form und man wäre der Sache nicht nachgegangen." Dem weiteren Drängen auf das Opfer der Reichslande würde schon die Kritik des Kanzlers und der beiden deutschen Diplomaten an Czernins wiederholtem Vorschlag einer polnisch-galizischen Kompensation ein Ziel gesetzt haben. Michaelis bekannte sich schon hier zu dem Gedanken einer vierten polnischen Teilung, so zwar, daß Kongreßpolen nach strategischer Grenzberichtigung sich selbst, beziehungsweise Rußland überlassen werde.

Der Verlauf der Wiener Konferenz hatte es dem Reichskanzler ratsam erscheinen lassen, sich auf Czernins Gegenbesuch durch eine Besprechung mit der obersten Heeresleitung am 9. August in Kreuznach vorzubereiten. Es ergab sich dabei in allen Punkten völlige Übereinstimmung. Wie schon früher erklärten sich die Generale mit der Abtretung einiger Ortschaften im Oberelsaß ein-

verstanden, nahmen aber das Dollertal und das Kaligebiet ausdrücklich aus und verlangten als Kompensation die wirtschaftliche Angliederung des Kohlen- und Erzreviers von Longwy-Briey. Daß eine deutsche Lösung der belgischen Frage nur dann zu erreichen wäre, wenn England sich zum Nachgeben gezwungen sähe, wurde bereitwillig anerkannt. Auch in der polnischen Frage deckten sich die beiderseitigen Anschauungen. Czernin stieß, als er am 14. und 15. August den Reichskanzler und an den folgenden Tagen die Westfront besuchte, überall auf Widerstand gegen seinen polnisch-galizischen Kompensationsvorschlag, der inzwischen auch durch Armands Angebot gegenstandslos geworden war. Auch seine Hoffnung, Michaelis für den Gedanken einer neuen Friedensinitiative zu gewinnen, schlug fehl. „Wird der Bündnisgedanke so hoch gehalten wie bisher — schrieb ihm mit versteckter Warnung der Reichskanzler in einer Zusammenfassung ihrer Besprechungen am 17. August — so würde es selbst unseren Gegner ausgeschlossen erscheinen, daß einer der Bundesgenossen in Sonderverhandlungen, die ihm etwa angetragen werden, eintritt, ohne von vornherein zu erklären, die Besprechungen würden nur unter dem Gesichtspunkte für möglich gehalten, daß sie einen allgemeinen Frieden zum Ziele haben. Wird dies klar zum Ausdruck gebracht, so dürfte kein Bedenken dagegen bestehen, daß einzelne der Verbündeten einer etwaigen Anregung eines unserer Feinde folgen und in Besprechungen über die Anbahnung des Friedens mit ihm eingehen. Zurzeit lassen sich noch keine bestimmten Richtlinien für solche Besprechungen festlegen." Nur die Frage Czernins, ob die Wiederherstellung des status quo eine geeignete Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen bilden könnte, hatte der Reichskanzler bejaht.

Wie scharf sind Falkenhayn und Conrad wegen der Offensiven gegen Verdun und Asiago getadelt worden. Der alte Erfahrungssatz, daß der Angriff sich die schwächste und nicht die stärkste Seite des Gegners aussuchen muß, hätte nicht blutiger bestätigt werden können. Auch Czernins Marotte, auf der französischen Seite Bresche in den Feindbund zu legen, hat sich beharrlich über einen Machtwillen hinweggesetzt, der alle physischen Schwächeanwandlungen siegreich überstand. Nicht nur Armands Antrag hätte ihn darüber belehren müssen, daß Frankreich, solange

es nicht ganz am Boden lag, sich mit den Reichslanden nicht begnügen würde. Aus einem Rededuell zwischen Michaelis und Ribot über das durchgesickerte Februarabkommen zwischen Frankreich und dem zaristischen Rußland hatte sich erst jüngst ergeben, daß Ribot nach wie vor an der Verwandlung der deutschen linksrheinischen Gebiete in einen autonomen Pufferstaat festhielt. Wenn Czernin Revertera nicht mit leeren Händen nach Freiburg schicken wollte, mußte er sich vor allem zu italienischen Opfern entschließen. Die Hoffnung, Triest durch den deutschen Verzicht auf Straßburg und Metz zu retten, verblendete ihn jedoch so, daß er auf den Bescheid des Reichskanzlers einen aussichtslosen Versuch machte, durch den deutschen Kronprinzen Kaiser Wilhelm II. gegen den Kanzler und die oberste Heeresleitung auszuspielen.

Kronprinz Wilhelm hatte sich schon 1915 zu der Überzeugung bekannt, daß der Krieg vor der gänzlichen Erschöpfung des deutschen Volkes beendigt werden müßte. Weit entfernt, Czernin zu durchschauen, nahm er an, daß auch der Minister Kaiser Karls wie er den Mut besitze, der Wahrheit ins Antlitz zu sehen. Czernin fand ihn daher besonders geneigt, der Erschöpfung der Monarchie Rechnung zu tragen, aber er täuschte sich doch, als er zurückgekehrt am 20. August Kaiser Karl in einem von ihm entworfenen Briefe den Kronprinzen bitten ließ, sein gewichtiges Wort für gewisse territoriale Opfer in Elsaß-Lothringen einzulegen. Die polnisch-galizische Kompensation, die in dem Briefe noch einmal aufmarschierte, kam bei dem Kronprinzen an die falsche Adresse, und sein Vorschlag, zielbewußt auf den russischen Frieden hinzuarbeiten, bewies, daß er mit dem Czerninschen Wege zum Frieden auch das vorgeschlagene Allheilmittel verwarf. „Das deutsche Volk — antwortete der Kronprinz — würde den Reichskanzler steinigen, der mit Vorschlägen erheblicher territorialer Opfer in Elsaß-Lothringen auch nur herauszukommen suchte". Die Homburger Taktik, den Bundesgenossen durch eine germano-polnische Lösung der polnischen Frage mit dem Hintergedanken der austro-polnischen Lösung opferwillig zu stimmen, war an ihrer inneren Unwahrheit endgültig gescheitert. Wie Prinz Sixtus einen Ersatz für rumänische Kompensationen im Somaliland gesucht hatte, wurde Revertera jetzt offenbar angewiesen, sein Augenmerk auf die Möglichkeit kolonialer Entschädigungen Deutschlands zu

richten. Im Mai hatte Czernin durch Vorspiegelung eines Sonderfriedensangebotes der Entente wenigstens das Kreuznacher Abkommen durchgesetzt. Als Revertera am 22. August in dem Freiburger Sanatorium Villa Bethlehem mit Armand wieder zusammentraf, hofften der Kaiser und sein Minister ihr gemeinsames Ziel durch den Hinweis auf ein wirkliches Angebot der Entente und eine neue Verzuckerung der dem Verbündeten empfohlenen Pille eher zu erreichen.

Während die österreichische Vorbereitung auf das zweite Freiburger Friedensgespräch klar vor Augen liegt, sind wir für die Genesis der neuen Eröffnungen Armands auf Schlüsse aus ihrem Inhalte angewiesen. Auf einen Punkt hat schon Prinz Sixtus aufmerksam gemacht. Die italienischen Bedingungen hatten inzwischen eine Verschärfung erfahren. Auf die Verwandlung Triests in einen Freihafen ist Armand am 22. August nicht mehr zurückgekommen, was man mit den italienischen Hoffnungen auf den Erfolg der seit dem 18. August tobenden elften Isonzoschlacht und mit Poincarés Reise an die italienische Front in Zusammenhang bringen darf. Aus der Erneuerung des Angebotes in diplomatisch verbesserter Form unter Beifügung einer Skizze der allgemeinen Friedensbedingungen ergibt sich im übrigen, daß es der Entente noch immer ernst damit war, Österreich-Ungarn zu sich herüberzuziehen, die Bedingungen also nur den Zweck hatten, Kaiser Karl den Abfall von Deutschland nach ihrer voraussichtlichen Ablehnung zu erleichtern. Das Angebot erfolgte daher in einer Note, während die Bedingungen von Armand dem kaiserlichen Unterhändler langsam vorgelesen wurden mit dem Zusatz, daß die Ermächtigung zu ihrer Mitteilung in Berlin erst erfolgen könne, wenn Kaiser Karl sich ausdrücklich zu ihrer Übermittlung bereit erklärt habe.

Auch die Note war nicht zur Überreichung bestimmt, sondern sollte Armand als Aide-Mémoire dienen, damit er sich nicht wieder zu weit vorwagte. „Der Krieg — gab sie zu erwägen — kann zur Germanisierung Österreichs führen, was Frankreich und England beklagen würden, und was dem wahren Interesse Österreichs und der Bevölkerung der Monarchie abträglich wäre. Er kann auch zur Zerstückelung Österreichs führen, was Frankreich und England, obwohl es ihnen nachgesagt wird, nicht beabsichtigen. Kaiser

Karl scheint eine Gestaltung Österreichs vorzuschweben, mit der sich auch die Entente befreunden könnte. Denn er hat es, wenn sie recht berichtet ist, auf einen Bund der Völker seines Staates abgesehen. Dieser Bund wäre mit weitgehender Autonomie der zugehörigen Staaten verknüpft und entspräche dem demokratischen Geist der Bevölkerung. Er würde dem Antagonismus zwischen dem neuen Rußland und Österreich ein Ende machen und den tiefen Spalt zwischen Österreich und dem Slaventum überbrücken. Polen würde nach seiner Wiederherstellung und seiner Erlösung von dem militärischen Drucke seiner östlichen Nachbarn, durch die Donaukonföderation angezogen, sich ihr um so lieber anschließen, als sein erster Souverän aus dem Hause Habsburg stammen könnte.

„Frankreich und England würden eine solche Föderation vorurteilslos begrüßen und sich zur Förderung ihres wirtschaftlichen Aufschwunges gern mit ihr verbünden.

„Wenn Österreich sich von Deutschland trennen sollte, fänden Frankreich und England es natürlich, daß Österreich versuchte, seinen Einfluß in Deutschland zurückzugewinnen, soweit es nach seinem Ermessen mit dem Volkswunsche vereinbar wäre. Österreich könnte in diesem Falle auf den vollen Beistand Frankreichs und Englands gegen jeden Eingriff Deutschlands rechnen.

„Frankreich wird sich bemühen, gute Nachbarschaft zwischen Serbien und Österreich herzustellen.

„Zwischen Österreich und Montenegro können Grenzberichtigungen stattfinden.

„Zwischen Österreich und Frankreich sollen freundschaftliche bündnisartige Beziehungen bestehen."

Armand hat es doch für nötig befunden, zu versichern, daß die Note vom 22. keine Abschwächung des Angebotes vom 7. August bedeuten sollte. Wenn auch die Westmächte nach seinen Andeutungen dem Kaiser freie Hand bis zum Main lassen wollten, so setzte doch die Verwirklichung ihres Versprechens Umwälzungen voraus, auf die auch im Falle ihres Sieges nicht ohne weiteres zu rechnen war. Aussichtsvoller erschien die Angliederung Polens an die Donaukonföderation, und Armand verfehlte denn auch nicht, auf das lockende Bild eines von der Adria bis zum baltischen

Meere sich erstreckenden Habsburgerreiches hinzuweisen. Den Eindruck einer Ablehnung a limine hat er weder am 22. noch am 23. August empfangen. Vielmehr schien alles darauf hinauszulaufen, ob Kaiser Karl glaubte, die Bedingungen der Entente in Berlin vertreten zu können.

An der Spitze stand die Wiederherstellung Belgiens und seine völlige Entschädigung für alle Kriegsschäden, einschließlich der belgischen Kriegsschuld. Auch die Räumung der in Frankreich besetzten Gebiete wurde durch die Bedingung des Ersatzes aller Kriegsschäden, der Rückzahlung der erhobenen Kontributionen, Lieferung von Kohle und Holz bis zur Wiederherstellung der Bergwerke und Wälder ergänzt. Daran schloß sich die Forderung des Schadenersatzes für die Schiffsverluste durch den U-Bootkrieg. Elsaß-Lothringen sollte schuldenfrei in den Grenzen von 1814 zurückgegeben werden. Der noch am 31. Juli offen geforderte linksrheinische Pufferstaat verbarg sich unter der Forderung von Garantien, daß am linken Rheinufer in Zukunft kein Angriff vorbereitet werden könne. Deutschland hatte demgemäß auch auf die Aufnahme Luxemburgs in seinen Zollverband zu verzichten und die Eisenbahnen des Großherzogtums frei zu geben. Ferner wurde ihm die Abtretung Helgolands an eine Ententemacht zugemutet und mit der Bedingung der Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 das Urteil über seine Ostgrenze gesprochen. Für Rumänien forderte die Entente Wiederherstellung des Besitzstandes vor dem Bukarester Frieden von 1913, machte also hinsichtlich der Dobrudscha unausgesprochene Vorbehalte. Serbien sollte mit Montenegro vereint einen Hafen an der Adria erhalten, im übrigen aber innerhalb seiner Grenzen von Ende Juli 1914 wieder hergestellt werden. Italien beanspruchte mindestens das Trentino italienischer Zunge und Triest, jedoch mit Handelsgarantien für Österreich. Über das Schicksal der Türkei sprach sich die Entente sehr unbestimmt aus. Schon die geforderte Freiheit der Meerengen war vieldeutig. Wie durch Maßregeln zum Schutze der christlichen Rajah und der Einwohner Mesopotamiens Asien dauernd befriedet werden sollte, wurde nicht angedeutet. Zum Schlusse sagte Frankreich seine Vermittlung zu, daß Deutschland seine Kolonien zurückerhalte oder gegen andere eintausche.

Revertera hat nach Armands Tod behauptet, dieser habe

in der Aussprache über die Bedingungen ansehnliche Kompensationen für die Wiederherstellung Belgiens und die Abtretung Elsaß-Lothringens angeboten, nämlich die Rückgabe sämtlicher deutschen Kolonien, die Abtretung von Madagaskar und Französisch-Indo-China an Deutschland, freie Hand zur kommerziellen Entwicklung nach dem russischen Osten und eventuelle Annexion von Ostseeländern deutscher Zunge durch Deutschland im beiläufigen Ausmaße von Elsaß-Lothringen, wozu er noch ein Stück Belgisch-Kongo in Aussicht gestellt habe, als Revertera für Deutschland ein größeres Kautschuk-Gebiet verlangte. Nach Armands Notizen hat Revertera zu der Forderung der Reichslande bemerkt, die Abtretung werde Deutschland erleichtert, wenn es das Baltikum als Kompensation erhielte. Indo-China oder Madagaskar, nicht beide zusammen, ist von Armand als Tauschobjekt für die deutschen Kolonien genannt worden. Als Kompensation für die Reichslande wurden sie nur in ihrer Eigenschaft als französische Kolonie bezeichnet. Wegen Belgisch-Kongos hat nach Armand Revertera auf den Busch geklopft. Wer der glaubwürdigere ist, kann nicht zweifelhaft sein. Zu Bedingungen, die uns heute als Vorstufe des Versailler Diktates erscheinen, würden die nach Revertera von Armand wenn auch unverbindlich angebotenen Kompensationen nicht passen. So wenig die Bedingungen der Kriegslage entsprachen, und so hart sie auch waren, würde sie Czernin doch zur Kenntnis des Verbündeten gebracht haben, wenn er die Pille so über alles Erwarten verzuckern konnte. Revertera behauptet denn auch, Kaiser Karl habe den Botschafter Prinz Hohenlohe damit beauftragt. Da das nachweislich unrichtig ist, verliert Revertera jeden Anspruch, ernst genommen zu werden, und man kann seinen Mitteilungen nur entnehmen, wie er und seine Auftraggeber sich die Kompensationen gedacht haben. Erscheint doch selbst das Wenige, das Armand für die europäischen und überseeischen Abtretungen Deutschlands anbot, vom Standpunkte der Entente erstaunlich genug. Wie weit dabei die Schwäche Frankreichs mitgesprochen hat, ob Frankreich damals doch weiter gehen wollte als England, bleibt vorläufig noch eine offene Frage. Darf man daraus, daß die Note doch wohl ein Fabrikat des Kriegsministeriums und nicht des Außenministeriums ist, etwa schließen, daß Painlevé dem Ministerpräsidenten Ribot hier ins

Handwerk pfuschte? Ließ man Armand die Andeutungen über Indo-China oder Madagaskar nur machen, weil man mit Kaiser Karl von der Stelle kommen wollte, oder sprach sich darin doch die Neigung gewisser französischer Kreise zu einem Kompromiß aus? Fest steht nur soviel, daß auch Czernin das Bedürfnis fühlte, der Sache auf den Grund zu gehen und deshalb am 23. August Painlevé vorschlagen ließ, mit ihm persönlich zur Fortsetzung des Friedensgespräches in Vaduz im Fürstentum Lichtenstein, zusammen zu kommen.

Ein ungestörtes Weiterverfolgen dieses Weges mußte zum Abbruch der Verhandlungen führen, wenn Kaiser Karl sich nicht zum Abfall von seinem Verbündeten entschloß. Dadurch, daß es nicht dazu kam, ist höchstens eine österreichische, aber keine deutsche Friedensmöglichkeit zerstört worden. Es war, als ob das Schicksal unmittelbar nach Reverteras Rückkehr aus Freiburg die Lenker der Monarchie noch einmal daran erinnern wollte, welche Wege sie immer hätten gehen sollen. Ein Staat, der aus eigener Kraft sich seiner Todfeinde nicht erwehren konnte, hätte seinem Helfer nie die Preisgabe seiner Westmark zumuten dürfen. Österreich-Ungarns Fortbestehen hing davon ab, daß dem deutschen Reiche seine Kraftquellen und Schutzmauern erhalten blieben. Als Kaiser Karl das nach der russischen Revolution zu vergessen schien, war er durch die Kerenski-Offensive nachdrücklich an seine Abhängigkeit erinnert worden. Jetzt sorgte Italien dafür, daß er die endgültige Erlösung von der russischen Gefahr nicht mit der Abkehr von dem deutschen Erlöser quittieren konnte. Am 25. August überraschte Generaloberst Arz seinen Herrn mit der Erklärung, daß auch der Isonzofront die Gefahr eines Durchbruches bevorstände, wenn nicht ein Offensivstoß mit deutscher Hilfe einer zwölften italienischen Angriffsschlacht zuvorkäme. Bis zum 20. Oktober wollte der Generalstabschef mit den Vorbereitungen fertig sein. Wenn bis dahin sich die eitle Hoffnung, Triest durch das deutsche Opfer der Reichslande zu retten, nicht erfüllt hatte, mußte der Adriahafen bei Verzicht auf die deutsche Waffenhilfe der Monarchie verloren gehen. Auf der anderen Seite war freilich vorauszusehen, daß das Erscheinen deutscher Divisionen auf dem italienischen Kriegsschauplatze auch französische und englische Hilfstruppen über die Alpen ziehen würde. Während Lloyd George gehofft hatte,

durch westmächtliche Unterstützung der Italiener Österreich für einen Sonderfrieden rascher reif zu machen, sahen Kaiser Karl und Czernin in einem bewaffneten Zusammenstoß mit Frankreich und England ein neues Friedenshindernis. In seiner Naivetät hoffte der Kaiser es dadurch zu umgehen, daß er in einem Handschreiben vom 26. August seinen Verbündeten bat, durch deutsche Reserven im Osten österreichisch-ungarische Divisionen für die italienische Front frei zu machen, obwohl ihm Arz nicht verhehlt hatte, daß der Erfolg der Offensive nur durch die besondere Stoßkraft deutscher Truppen verbürgt würde. Zur Begründung seines Begehrens hatte Karl dem „teuren Freunde" geschrieben: „Du wirst mich sicher verstehen, wenn ich ein besonderes Gewicht darauf lege, die Offensive gegen Italien nur mit meinen Truppen zu führen. Meine ganze Armee nennt den Krieg gegen Italien unseren Krieg. Jeder Offizier hat von Jugend auf das von den Vätern ererbte Gefühl, die Sehnsucht in der Brust, gegen den Erbfeind zu kämpfen. Würden uns deutsche Truppen helfen, so würde dies niederdrückend, auf die Begeisterung lähmend wirken." Über die militärische Notwendigkeit konnte dem Kaiser dieser Selbstbetrug nicht hinweghelfen. Bereits am folgenden Tage fuhr der Chef der Operationsabteilung General Waldstätten nach Kreuznach, um Ludendorff für den Plan einer deutsch-österreichischen Offensive am oberen Isonzo zu gewinnen.

Wie zur Krönung dieser Verlegenheiten lief jetzt beim Armeeoberkommando aus der Schweiz die Mitteilung eines deutschen Spions ein, die Berner Ententekreise versicherten, daß Graf Czernin in einem Immediatberichte Kaiser Karl gesagt hätte, über den November hinaus wäre auf eine wirksame Widerstandskraft der Monarchie nicht mehr zu zählen. Weder in Paris noch in London konnte man wissen, daß die Schwarzmalerei der Aprildenkschrift auf den deutschen Verbündeten berechnet gewesen war. Wenn man soeben noch gehofft hatte, in Österreich-Ungarn einen Bundesgenossen für den Augenblick und die Zukunft zu gewinnen, glaubte man jetzt zu erkennen, daß man im Begriffe gestanden hatte eine Rettungsaktion zugunsten eines völlig bankrotten Staates zu unternehmen. Soeben noch das Zünglein der Wage war die Monarchie für die Entente mit einem Male erledigt. Ohne ihr Zutun war jetzt der Einsturz der Front des Vierbundes in

absehbarer Zeit zu erwarten. Nicht nur in dem Fallenlassen des in Freiburg angesponnenen Fadens, sondern auch in der Stellung der Entente zu der Friedensaktion des Papstes sollte sich die Fernwirkung des Verrates der Czerninschen Denkschrift alsbald kenntlich machen. Ob der Schaden, den sie angerichtet hatte, wieder gut gemacht werden konnte, ließ sich noch nicht übersehen. Auf jeden Fall mahnten die italienische Bedrängnis und die Berner Hiobspost, sich aufzuraffen und unter vorläufigem Verzicht auf weitere Friedensmanöver dem Bundesgenossen statt eines Bleigewichtes ein tatkräftiger Helfer zu werden.

Dem Kaiser und seinem Berater war es jedoch nicht gegeben, der Wahrheit ins Antlitz zu sehen. Ihre Hoffnung war jetzt die Vorstellung, die sie sich von der Rivalität zwischen Ribot und Painlevé gemacht hatten. Czernin hoffte offenbar auf einer Zusammenkunft mit Painlevé den üblen Eindruck seiner Denkschrift durch Aufklärung über ihren Zweck verwischen zu können. Mitteilung der allgemeinen Friedensbedingungen an den deutschen Verbündeten hätte ihm alles verdorben. Im Frühjahr hatte er gehofft, für die der Monarchie in Kreuznach garantierte rumänische Kompensation auch die Entente zu gewinnen. Im Herbst suchte er die Rückversicherung für das Freiburger Angebot Polens auf der deutschen Seite. Als er sich im März Bethmann Hollwegs Zustimmung zu einem Friedensgespräch mit Frankreich einholte, hatte er den Namen des Unterhändlers wohlweislich verschwiegen. Aus seiner Absicht, sich mit dem französischen Kriegsminister zu besprechen, glaubte er, kein Hehl machen zu müssen, wenn er den deutschen Michel zuvor durch treuherzige Mitteilung des echten wenn auch verfallenen Sonderfriedensangebotes der Entente gehörig eingeschüchtert hatte.

Es kennzeichnet die Bestürzung der Wiener Intriganten über das Bekanntwerden der Denkschrift, daß sie zunächst die Verantwortung abzuschieben suchten. Die Rollenverteilung ist dabei schon eine ganz ähnliche wie in der Komödie, die 1918 mit Czernins Sturze endigen sollte. Czernin hatte im April vier Ausfertigungen herstellen lassen, eine für Kaiser Karl, eine zweite für Kaiser Wilhelm II., eine dritte für die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin und eine vierte zu eigenem Handgebrauch. Mit welchem Exemplare Mißbrauch getrieben worden war, konnte

nicht lange verborgen bleiben. Schon am 14. August hatte der Gesandte von Bergen Erzberger zur Rede gestellt, wie er in den Besitz des am 23. Juli von ihm auszugsweise verlesenen Berichtes gelangt wäre. Im Auswärtigen Amt hat man, wie der Botschafter Hohenlohe am 22. August berichtete, schon damals befürchtet, daß eine Nachschrift der Denkschrift durch einen der 200 Teilnehmer der Frankfurter Zentrumsversammlung über die Schweiz in die Hände der Entente gelangen könnte. Als bereits eine Woche später die Meldung über das Berner Ententegespräch einlief, ließ sich Czernin durch die Empörung Kaiser Karls verleiten, die Spur über Erzberger hinaus weiter zu verfolgen in der Meinung, der Nebenregierung des Hauses Parma einen Schlag zu versetzen. Wie Karl sich 1918 an den Sixtusbrief nicht erinnern wollte, verstieg er sich jetzt zu der Behauptung, Erzberger müsse auf unredliche Weise in den Besitz der Denkschrift gekommen sein, weder von ihm noch von irgend jemand aus seiner Umgebung wäre sie ihm übergeben worden. Hohenlohe fügte, als er am 30. August dem Nachfolger Zimmermanns v. Kühlmann den Auftrag des Kaisers ausrichtete, noch hinzu, in Wien nehme man an, daß Erzberger im Solde der Entente stünde und die Mitteilung in Frankfurt nur gemacht hätte, um das wahrscheinlich von ihm längst der Entente ausgelieferte Schriftstück einem größeren Kreise zugänglich zu machen, damit sich die später hervortretende Kenntnis auf feindlicher Seite ungezwungen mit einer Indiskretion aus dem Schoße der Versammlung heraus rechtfertigen ließe. Czernin hat noch am 1. September dem deutschen Staatssekretär versichert, er werde seinen Abschied nehmen, wenn keine Aufklärung erzielt würde. Auch der Kaiser blieb noch am gleichen Tage in der Audienz Kühlmanns und des Generals von Cramon bei seinen Behauptungen, um gleich darauf aus Hohenlohes Mund zu hören, daß Erzberger ihm am 31. August durch Vorlegung der Einladung der Wiener Kabinettskanzlei den Empfang am 23. April bewiesen hätte. Wenn Erzberger über die Wiener Ungnade aus allen seinen Himmeln gefallen war, so bekam er bereits am 2. September wieder Oberwasser. Der Kaiser, sagte ihm Hohenlohe, erinnert sich jetzt an die Audienz. Er ist aber sehr nervös und weiß nicht genau, ob er selbst Ihnen das Schriftstück gegeben oder jemand beauftragt hat, es Ihnen zu überreichen. Erzberger wurde

aufgefordert, dem Botschafter oder dem Kaiser in einem versiegelten Schreiben mitzuteilen, wie er in den Besitz der Denkschrift gekommen sei. Die Aufklärung endigte mit der Bloßstellung des jungen Kaisers und dem Triumphe Erzbergers, dem eine Woche später aus Wien geschrieben wurde: „Die Sache ist zur vollsten Befriedigung erledigt, Sie sind fein heraus". Auch die Reichsregierung hat sich an den gefürchteten Abgeordneten, der hinter der Verantwortlichkeit Kaiser Karls Deckung suchte, nicht herangewagt, aber sie hat der Komödie hinter den Kulissen immerhin zur Verwunderung uneingeweihter Parlamentarier in den Verhandlungen über die Papstnote eine gewisse Schonzeit verdankt.

Um so ungestörter konnte der Wiener Lügengeist mit dem Sonderfriedensangebote der Entente wuchern. In wohlberechneter Steigerung hatte Czernin dem neuen Staatssekretär zunächst nur die Tatsache mitteilen lassen. Die Einzelheiten sollte Kühlmann am 1. September aus seinem Munde auf der Fahrt zu dem kaiserlichen Sommersitze in Reichenau erfahren. Armands Angebot war eine Mücke gegen den Elephanten, den er dem jüngeren diplomatischen Kollegen vorzuführen wagte. Die Entente, erzählte er, verlange von Österreich nur die Abtretung des rein italienischen Teiles des Trentino bis zu einer Linie, halbwegs zwischen Bozen und der heutigen Grenze. Dafür habe sie die Angliederung Bayerns, Sachsens und Schlesiens an Österreich und die Vorherrschaft des Hauses Habsburg in Polen und Rumänien versprochen! Das Ganze solle den Namen einer Conféderation Danubienne unter Habsburgischem Szepter führen. Von Preußen wäre dann nichts mehr zu fürchten. Auf allen Seiten beschnitten, höre es auf, eine Großmacht zu sein. Das neue Polen solle alle von Polen bewohnten preußischen Provinzen umfassen und werde bis nahe an die Tore Berlins reichen. Die angehängte Erklärung, daß Österreich-Ungarn dieses Angebot natürlich a limine abgelehnt habe, war eigentlich überflüssig. Mit solchem Speck, bemerkte Kühlmann trocken, fängt man die politischen Mäuse nur dann, wenn sie sehr dumm sind. Nichtsdestoweniger blieb doch der Eindruck, daß die Entente mit allen Mitteln die Monarchie zu sich herüber zu ziehen bemüht sei. Auch in den folgenden Tagen vermißt man auf Seiten der Reichsleitung die kühle Erwägung

der militärischen Lage und des gesunkenen Kurses des Verbündeten, die zu der Gegenfrage nach dem Datum des Antrages berechtigt hätte. Czernins Schweizer Reise stieß nur auf schwachen Widerstand. Auf Kühlmanns Einrede, daß es zu viel wäre, wenn der Leiter der Außenpolitik der Monarchie selbst ginge, gab Czernin die verblüffende Antwort, für sich selber könne er am besten einstehen. Die Erörterung über dieses Thema schloß mit der halben Einwilligung zu der Baduzer Ministerzusammenkunft, wenn Czernin sich darauf beschränkte, den Franzosen auf das nachdrücklichste zu sagen, daß die beiden Kaiserreiche zusammenhielten wie Pech und Schwefel. Die Bildersprache ist auch sonst nicht die starke Seite des neuen Staatssekretärs gewesen, sonst hätte er sich sagen müssen, daß in diesem Bunde Deutschland schon längst das Pech repräsentierte, sodaß unter dem Schwefel nur der Ballplatz verstanden werden konnte.

Wohin in Wahrheit die Reise Czernins ging, ergab sich aus seiner Kritik des Kreuznacher Maiabkommens. Nachdem er festgestellt hatte, daß der österreichischen Politik in Polen, der deutschen Politik in Rumänien von Seiten des Verbündeten Illoyalität vorgeworfen werde, fuhr er überraschend fort, falls es der Reichsregierung bei der Kreuznacher Regelung nicht wohl wäre, sei er auch bereit, das Abkommen in dem Sinne zu revidieren, daß Deutschland in Rumänien, Österreich in Polen eine Vorzugsstellung erhalte. Ohne den inneren Zusammenhang der neuen Polenpolitik Czernins mit dem Ententeangebot zu durchschauen, witterte Kühlmann doch die Tendenz, Deutschland unter geschickter Ausspielung der Reichstagsmehrheit und ihrer Hintermänner zu Zugeständnissen ohne Gegenleistungen zu drängen, um die Friedenswünsche Österreichs auf Kosten der deutschen Interessen möglichst bald erfüllt zu sehen. Dagegen gab es seiner Meinung nach nur ein Gegenmittel, daß in Zukunft die Verbündeten ihre eigenen Interessen unter Ausschluß der Mittlerrolle getrennt wahrnahmen. Als spezifisch österreichische Fragen sah Kühlmann die Trentino-Triestiner- und allenfalls die serbische an, als deutsche Fragen die belgische und elsaß-lothringische. Nur die polnische und die rumänische Frage sollten auch weiterhin als gemeinsame Angelegenheiten behandelt werden.

Die Wiener Eindrücke ließen in Kühlmann den Plan reifen,

die österreichische Friedensoffensive gegen Frankreich durch eine deutsche Friedensoffensive gegen England zu parieren und unschädlich zu machen. In einer Aufzeichnung vom 3. September, die von der Gefährlichkeit des auf das Habsburgische Selbstgefühl und auf den österreichischen Hochadel zugeschnittenen Friedensangebotes ausging, meinte er: „Wir können nicht zu Ende kommen, wenn wir nicht in die Koalition unserer Gegner auf irgend eine Weise einen Keil treiben, genau wie die Entente versucht, zwischen uns und Österreich Keile zu treiben. Von Frankreich trennt uns ein Ozean von Haß. In der Elsaß-Lothringer Frage nennenswerte Zugeständnisse zu machen, ist für ein nicht vollkommen geschlagenes Deutschland absolut undiskutierbar. Wir haben also Frankreich nichts zu bieten. Darin liegt auch die Schwäche des ganzen österreichischen, beziehungsweise Czerninschen Planes, daß sie hoffen oder glauben, Frankreich von England abziehen zu können, während sie bei ruhiger Überlegung sich doch sagen müßten, daß sie selbst Frankreich nichts zu bieten haben und daß sie von Deutschland unter keinen Umständen soviel herauspressen können, um diesen Mangel einigermaßen auszugleichen." Kühlmann selbst nahm an, „daß Frankreich trotz der Intelligenz seiner Staatsmänner durch die Zeitverhältnisse vollkommen in den Händen Englands" wäre. Er würde wohl schwerlich so geurteilt haben, wenn er gewußt hätte, wie Ribot sich im Juni über Englands Veto gegen Frankreichs Eingriff in die inneren Verhältnisse Griechenlands hinweggesetzt hatte. Die Geschichte der englischen Kabinette von Lloyd George bis Ramsay Macdonald und Baldwin widerlegt seine Beobachtung, daß Frankreich absolut nicht in der Lage wäre, England seinen Willen aufzuzwingen, während man bezweifeln darf, daß „ein englischer Wunsch", Frankreich möge auf Elsaß-Lothringen verzichten, in Paris, „wenn auch zähneknirschend, als Befehl befolgt" worden wäre.

In einer Sitzung des Staatsministeriums vom 4. September stellte sich der Reichskanzler ganz auf den Standpunkt seines Staatssekretärs. Er hatte an der Westfront Kronprinz Wilhelm und Kronprinz Rupprecht von Bayern in gedämpfter Stimmung gefunden und glaubte das bei dem deutschen Kronprinzen auf die persönliche Einwirkung Czernins und den Brief Kaiser Karls zu-

rückführen zu müssen. Die Wiener Schlaffheit und die Familienpolitik des Hauses Bourbon-Parma machten Österreich-Ungarn zu seiner größten Sorge. Auch er wußte, um sich das Gesetz des Handelns nicht durch die österreichische Politik vorschreiben zu lassen, keinen anderen Rat als die Friedensoffensive gegen England, die er durch Klärung der belgischen Frage vorzubereiten gedachte.

Erstaunlich erscheint in all diesen Erwägungen die völlige Abwesenheit des militärischen Moments. Eine akute Gefahr hatte sich am Isonzo herausgebildet. Wenn Michaelis am 4. September von den nicht auszudenkenden Folgen des Ausscheidens Österreichs aus dem Vierbunde sprach, so fehlte doch dem Auswärtigen Amte die Klarheit der Einsicht, daß die Entscheidung über das Durchhalten oder Ausscheiden der Monarchie auf dem italienischen Kriegsschauplatze erfolgen mußte. Von den zwei Klammern des Zweibundes Rußland und Italien hielt nach der Rückeroberung Galiziens nur noch die italienische, aber sie hielt dafür um so fester. Der Weg zum Sonderfrieden wurde erst durch den Sieg oder die Niederlage Italiens frei. Für Deutschland ergab sich daraus die politisch-militärische Folgerung, es weder zum Siege noch zur Niederlage Italiens kommen zu lassen. Ludendorff sah durch Waldstätten seine Kreise gestört, weil er mit den verfügbaren Reserven dem Ostfrieden durch völlige Niederwerfung Rumäniens näher zu kommen hoffte, aber er verschloß sich nicht der politisch-militärischen Notwendigkeit, dem Verbündeten durch einen Offensivstoß am Isonzo wieder Luft zu machen. Schon am 1. September hatte Kaiser Wilhelm II. in einem Handschreiben an Kaiser Karl deutsche Unterstützung zugesagt, und zwar gegen Italien, weil die Reserven nicht auf die Dauer im Osten eingesetzt werden könnten. General Alfred Krauß bedauert, daß die deutsche oberste Heeresleitung die Gelegenheit und Notwendigkeit, „da unten in Italien ein rasches Ende zu machen", nicht erkannt habe. Auch der Reichsdeutsche müßte das bedauern, wenn an der Spitze der Monarchie Männer wie Krauß gestanden hätten. In Oberitalien wäre der Einsturz der Ententefront vielleicht eher zu erreichen gewesen als in Nordfrankreich, nur daß hier der Sieg voraussichtlich politische Folgen hatte, die seine Wirkung wieder aufhoben. Am 1. September 1917 aber konnte tatsächlich auf

deutscher Seite nur über begrenzte Machtmittel verfügt werden, sodaß Erwägungen, ob der Offensive weitere Ziele zu stecken wären, gar nicht in Frage kamen. So viel aber ergab sich aus dem Entschluß vom 1. September, daß Österreich-Ungarn, wie Ludendorff im Kronrat vom 11. September darlegte, „für die nächsten Monate durchaus an Deutschland gefesselt" war. Man fragt sich also, weshalb die Reichsleitung Czernins Einschüchterungsversuch nicht mit größerer Kaltblütigkeit aufgenommen hat. Zur Beunruhigung war auch kein Anlaß, als er noch am 4. September seinen Gegenbesuch für den folgenden Tag ansagte. In der holländischen Zeitung „Niews van den Dag" wurden zwar die Unterredungen Czernins und Kühlmanns, „die berufen zu sein schienen, einander zu verstehen", als Friedensaussichten gedeutet, aber Czernin konnte so wenig wie am 1. September mit Painlevés Eingehen auf seinen Vorschlag aufwarten. Die Berliner Verständigung hat sich auf die am 12. September von beiden Monarchen verkündigte Einsetzung des polnischen Regentschaftsrates beschränkt. Nicht einmal die austro-polnische Lösung ist gefördert worden.

Revertera hat am 1. Februar 1918 zu Beginn des dritten Freiburger Gespräches dem französischen Unterhändler erzählt, Czernin habe am 19. September 1917 antworten wollen, er könne die ihm mitgeteilten Bedingungen nicht nach Berlin weiterleiten, weil sie ihm unannehmbar erschienen, ein Sonderfriede ließe sich unter diesen Umständen nicht in Erwägung ziehen. Czernins Gegenvorschlag habe gelautet: Verhinderung künftiger Kriege durch allgemeine Abrüstung und Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts, grundsätzliche Anerkennung des status quo ante unter Zulassung territorialer Vertauschungen. Wenn Frankreich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit gewesen wäre, würde Czernin sich erboten haben, einen offiziellen Vertreter zu Besprechungen mit einem französischen Bevollmächtigten zu schicken oder nötigenfalls selbst zu kommen. Gegen die Glaubwürdigkeit dieser Note spricht nicht nur die Fassung der Erklärung über den Sonderfrieden. Hat Revertera am 1. Februar 1918 wirklich erzählt, er habe sich geweigert, Czernins Antwort zu überbringen, weil er eine Reise ohne Eingehen auf die französische Forderung der Reichslande für aussichtslos hielt, so schrieb er sich

selbst eine Hauptrolle zu, die er unmöglich gespielt haben kann. Ebenso verdächtig erscheint die Meldung des Freiburger Arztes vom 23. Oktober 1917, er habe von Revertera ein wegen der Grenzsperre drei Wochen liegen gebliebenes Telegramm erhalten, dem Kranken ginge es besser, die Vorschriften der Ärzte wären zu streng gewesen, sonst hätte man sich unterhalten können. Für das Telegramm eines kaiserlichen Unterhändlers wäre die militärische Sperrung der Schweizer Grenze in den Wochen vor dem Durchbruch von Flitsch kein Hindernis gewesen. Soviel aber läßt sich auch ohne Aktenbelege sagen, daß das Intermezzo Painlevé keinen Abschluß fand, weil es als Czerninsches Phantasieprodukt überhaupt keinen Anfang gehabt hatte. Das am 23. August noch einmal wiederholte Angebot der Entente wurde eine Woche später durch die Wirkung der Aprildenkschrift erledigt. Die Mission des Prinzen Sixtus war im Sande verlaufen. Die Verhandlungen Reverteras mit Armand sind durch das Verstummen auf französischer Seite abgebrochen worden. In dem Septembernachspiel wurde viel Lärmens um Nichts gemacht. Wieviel mehr gilt das von den anderen gleichzeitigen Bemühungen um den Frieden, in erster Linie von der päpstlichen Friedensaktion. Ihr historisches Verständnis erschließt sich erst, wenn man sich über den Sinn der Freiburger Gespräche klar geworden ist. Weder auf westmächtlicher noch auf deutscher Seite ist das bisher der Fall gewesen.

Das Ergebnis der ersten Reise des Nuntius Pacelli nach Berlin und nach Kreuznach war die Ablehnung einer neuen Friedenskundgebung des Vierbundes und das fast einer Anregung gleichkommende Einverständnis des Kaisers mit einer Aktion des Papstes gewesen. Ein zweiter Schritt des heiligen Vaters setzte formell die Antwort des Kaisers auf sein Schreiben vom 13. Juni voraus, die sich infolge der Regierungskrisis bis zum 15. Juli verzögerte. Als Pacelli am 24. Juli wieder in Berlin erschien, um dem neuen Reichskanzler und Staatssekretär Zimmermann eine Denkschrift zu überreichen, stand man beiderseits vor einer ganz neuen, durch die Friedensresolution des 19. Juli geschaffenen Lage. Aus der Kundgebung des Reichstages drei Wochen nach der kaiserlichen Weigerung durfte man in Rom auf ein Nachlassen der deutschen Widerstandskraft schließen, was mit den Kriegsreden Carsons und Lloyd Georges vom 20. und 21. Juli

verglichen eine Friedensvermittlung noch aussichtsloser erscheinen ließ als Ende Mai. Man würde es daher verstehen, wenn die päpstliche Diplomatie in Voraussicht des Mißerfolges auf die Fortsetzung ihrer Ende Juni eingeleiteten Friedensvermittlung verzichtet hätte. Daß sie das Wagnis trotzdem auf sich nahm, beweist, daß sie zugleich die militärische Tragweite des Umschwunges in Galizien ähnlich beurteilt hat, wie die Entente und in der inneren Schwäche Deutschlands die Aufforderung sah, dem Zweibund Zugeständnisse abzuhandeln, die auch die Entente in ihrer noch nicht überwundenen Bedrängnis veranlaßten, sich die päpstliche Vermittlung gefallen zu lassen. Pacelli hat die Wahrheit gesagt, als er Zimmermann versicherte, der heilige Stuhl hätte keinerlei Anregung von der Entente erhalten. Die „Anzeichen, die für den Erfolg einer Friedensaktion entweder sofort oder Anfang Oktober sprächen," sind nichts anderes als die sich aufhebenden militärischen Aktiva und inneren Passiva Deutschlands und Österreich-Ungarns gewesen. Ein kleiner Druck auf die Wagschale konnte der Entente das Übergewicht verschaffen, ohne das sie für den Weltfrieden nicht zu haben war. Zu diesem Zwecke suchte die Kurie sich zunächst lediglich mit Deutschland über den Inhalt der geplanten Friedenskundgebung des Papstes zu verständigen. Ohne der Friedenskonferenz vorzugreifen, umgrenzte die Denkschrift in sieben Punkten ihr Arbeitsfeld, wobei genau unterschieden wurde, was sie nur gutzuheißen und was sie zu regeln hätte. Für den freien Verkehr aller Nationen auf den Meeren, die gleichzeitige und gegenseitige Einschränkung der Kriegsbereitschaft und ein internationales Schiedsgericht sollte die Konferenz die Normen finden. Die Herausgabe der deutschen Kolonien und die Räumung Nordfrankreichs und Belgiens gehörten zu den Präliminarien. Der Entscheidung durch die Konferenz sollten vorbehalten bleiben: die Schlichtung des Wirtschaftskrieges, die Grenzstreitfragen zwischen Österreich und Italien und zwischen Deutschland und Frankreich, die Gestaltung Polens und das Schicksal Serbiens, Rumäniens und Montenegros. Der Papst mutete also dem Zweibunde von vornherein das Zugeständnis zu, durch Anerkennung der Grenzstreitfragen mit Italien und Frankreich unter den status quo ante herunterzugehen. Auch sprach die Denkschrift nicht von russisch- oder Kon-

großpolen, sondern ganz allgemein von Polen, „zu dessen Gunsten seine glorreichen Erinnerungen sowie seine über ein Jahrhundert sich erstreckenden vergangenen und seine während des Krieges andauernden außerordentlich schweren Leiden" angeführt wurden.

In Berlin war man auf diese Sprache nicht ganz unvorbereitet. Am 12. Juli hatte Wedel berichtet, was ihm aus Wiener Kreisen über das Zusammenarbeiten Österreichs und des Vatikans zugetragen worden war. Frankreich — hatte man ihm erzählt — wäre mit der Mittlerrolle Kaiser Karls einverstanden, verlangte aber, daß Wien erst Ordnung im eigenen Hause schüfe und Österreichs Völker befriedigte, um selbst friedensreif zu sein. Wedels Gewährsmänner erklärten daraus den Amnestieerlaß und die Eile Kaiser Karls, ein Ministerium zu finden, das die Neuordnung im Sinne nationaler Autonomie durchführe. Die Aktion stütze sich auf den Klerus, der von dem Propagandazentrum der Schweiz seine Fäden nach Wien und Paris spinne. Erzbergers Vorstoß stelle eine Parallelaktion dar, um Deutschland innerlich friedensreif zu machen.

In der gleichen Richtung, Wahres und Falsches mischend, bewegte sich eine an Generaloberst von Plessen gerichtete Zuschrift aus Westfalen. Der Anonymus kündigte an, daß die Kurie demnächst auf die heimliche Anregung Lloyd Georges den Mittelmächten einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen vorschlagen werde. Österreichs innere Politik richte sich jetzt schon nach den Wünschen der Westmächte. Auch hier wurde Erzbergers Vorstoß mit der Vorbereitung der Aktion in Zusammenhang gebracht. Eine nüchterne Kritik der Denkschrift Pacellis hätte allerdings nicht übersehen dürfen, daß darin der Grundsatz des status quo ante auch zuungunsten Österreichs verlassen war. Das Gegebene wäre gewesen, daß man die Vermittlung ablehnte, wenn sie sich nicht jenen Grundsatz zu eigen machte. Besser ließ sich das Einvernehmen zwischen Wien und Vatikan, wenn sie wirklich zusammen arbeiteten, nicht stören. Auch die Reichstagsmehrheit hätte man hinter sich gehabt und damit Erzberger lahm gelegt. Es war daher, so sehr die Reichsregierung Grund hatte, auf der Hut zu sein, verkehrt, sich die Taktik der Abwehr nicht durch den Schachzug der Kurie, sondern durch unbewiesene Vermutungen und die nicht nur bei Wilhelm II. keimende

Illusion englischer Friedenssehnsucht vorschreiben zu lassen. Statt die Denkschrift in dieser Form abzulehnen, beschränkte sich Zimmermann auf Einwände gegen die einzelnen Punkte und schöpfte aus Pacellis Bereitwilligkeit, gemeinsam den deutschen Wünschen Rechnung tragende Formulierungen zu suchen, die Hoffnung, durch deutsche mit Wien zu vereinbarende Gegenvorschläge die Schlußredaktion des päpstlichen Entwurfes auf die lange Bank zu schieben.

Am 1. August war man deutscherseits so weit, daß Michaelis auf der Wiener Konferenz Czernin die Denkschrift Pacellis mit den deutschen Bemerkungen überreichen konnte. Einen Teil der mündlichen Einwände Zimmermanns hatte man fallen lassen oder in das Gewand diplomatischer Zweideutigkeiten gehüllt. An das Verlangen der Rückgabe der von England und seinen Verbündeten besetzten überseeischen Besitzungen Deutschlands schloß sich der Ausdruck der Erwartung, daß dem deutschen Reiche ein der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechender Kolonialbesitz gesichert würde. Zimmermann hatte dagegen protestiert, daß Grenzstreitfragen vor das Forum der Konferenz gezogen werden sollten. Die Gegenvorschläge bestanden darauf, daß Gebietsausgleiche im Wege der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, Österreich-Ungarn und Italien geregelt würden. Auch mit Belgien behielt sich Deutschland Sonderverhandlungen über die Bedingungen seiner Wiederherstellung vor. Unter Gestaltung Polens verstand es Anerkennung des neugeschaffenen polnischen Staates, für die es sich ebenso wie für das Recht der anderen nationalen Einheiten auf Freiheit und staatliche Entwicklung einzusetzen versprach. Zum Schlusse wurde die Kurie noch einmal daran erinnert, daß sie die Türkei vergessen hätte, deren Gebiet von England und dessen Verbündeten vor allem geräumt werden müßte.

Auch Czernin ließ sich Zeit. Seine später auch Kühlmann aufgefallene Gleichgültigkeit müßte als Heuchelei gedeutet werden, wenn wir nicht schon wüßten, wie gespannt er in jenen Wochen nach der Schweiz hingehorcht hat. Am 7. August erklärte er sich mit den deutschen Gegenvorschlägen durchaus einverstanden. Nur bei Belgien gab er zu bedenken, ob die von Deutschland für seine Sicherheit geforderten bestimmten Bürgschaften

nicht zu schweren Mißdeutungen auf feindlicher Seite Anlaß geben könnten. Für den Fall, daß der Vatikan auch Österreich-Ungarn zu einer Äußerung einlüde, stellte er eine analoge Beantwortung der gemeinsame Interessen berührenden Punkte in Aussicht. Wenn in diesem Tempo weitergearbeitet wurde, hatte der Kardinalstaatssekretär Mitte August die deutsche Antwort, und das Frage- und Antwortspiel ging gemächlich weiter. Da überraschte Pacelli das Auswärtige Amt durch die Mitteilung, daß das päpstliche Rundschreiben ohne die deutsche Antwort abzuwarten, nach London abgegangen wäre, um der Konferenz der Entente noch vor ihrem Auseinandergehen vorgelegt werden zu können. Schon am Tage der Wiener Konferenz hatte Benedikt XV. den Friedensvorschlag der Kurie unterzeichnet, der den mündlichen Bedenken des deutschen Staatssekretärs nur insoweit Rechnung trug, daß er Italien, Österreich, Deutschland und Frankreich nahe legte, die territorialen Fragen in Erwägung der Vorteile der Abrüstung in versöhnlichem Geiste zu prüfen. Aus der Gestaltung Polens war dagegen nicht ohne Verschulden Zimmermanns ziemlich unverhüllt Wiederherstellung des alten Königreichs Polen geworden. Wie zum Hohne auf die Ermahnung des Kaisers an den Papst, sich in der Friedensbewegung nicht durch die Sozialdemokratie überflügeln zu lassen, rechtfertigte Gasparri seinen befremdlichen Schritt mit dem Wunsche Benedikts XV., dem Vorgehen der Sozialisten zuvorzukommen. Im übrigen schnitt er jeden nachträglichen Protest mit der drohenden Erinnerung ab, daß alle Welt, wenn Deutschland nicht beipflichte, sagen würde, der 12. Dezember 1916 und die Friedensresolution des Reichstages wären Verstellung und Täuschung gewesen.

So sah sich die Reichsleitung einer vollendeten Tatsache gegenüber, zu der sie jetzt unter der Kontrolle der Reichstagsmehrheit Stellung zu nehmen hatte. In den Vorstadien hilflos wußte Michaelis auch jetzt angesichts der Gefahr einer zweiten verschlechterten Auflage der Reichstagsresolution wieder keinen anderen Ausweg als dilatorische Behandlung der Papstnote, bis Stimmung und Absichten der Gegner erkannt wären. Er dachte daher den Parteiführern die nicht an die römische Adresse gelangten Gegenvorschläge unter Berücksichtigung der Ausstellungen Czernins als Richtlinien seiner Politik vorzulegen und erhielt

von Czernin am 25. August den Rat, auch der Kurie den deutschen Entwurf als Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen zu bezeichnen. Wenn der Minister Kaiser Karls die Wahrheit sagte, machte sich das Drängen der päpstlichen Diplomatie jetzt auch in Wien bemerklich. Was für groteske Formen es bereits annehmen konnte, bewiesen die von Monsignore Marchetti in Bern dem Botschaftsrat von Hindenburg erteilten guten Ratschläge. Mit ernsthafter Miene erklärte er dem jungen Diplomaten, der diesen Unsinn getreulich weiter gab, General Ludendorff dürfe an der Redaktion der Antwortnote nicht mitwirken. Seine Aufgaben wären die Strategie und die Auskunfterteilung über den Stand der militärischen Operationen. Die Inspirierung und Herstellung diplomatischer Schriftstücke gehöre nicht zu seinen Kompetenzen.

Unterdessen hatte die Entente bereits unzweideutig zu erkennen gegeben, daß ihr die päpstliche Friedensvermittlung unerwünscht sei. Am 13. August war die Papstnote in vier Exemplaren, für König Georg V., Poincaré, König Viktor Emanuel und Wilson in London eingetroffen. Am 21. August instruierte Balfour den britischen Gesandten bei der Kurie Graf Salis, auf das erst nach der Londoner Konferenz eingegangene Rundschreiben zu eröffnen, die Zentralmächte hätten sich niemals über die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens erklärt, obwohl sie ihr Unrecht zugestanden hätten. Bevor sie nicht bekannt gegeben hätten, wie sie sich die Reparationen und Restaurationen, ihre eigenen Kriegsziele und die Garantien gegen eine Wiederholung der Kriegsgreuel dächten, hielte England jeden Friedensschritt für zwecklos. Salis sollte Gasparri daran erinnern, daß Deutschland und Österreich die Antwort auf die von den Alliierten beantwortete Frage Wilsons nach ihren Kriegszielen schuldig geblieben wären. Als Ribot von dieser Instruktion hörte, ließ er in London sein Bedauern aussprechen, daß man sich vorher nicht mit ihm ins Einvernehmen gesetzt hätte, worauf Salis am 23. August angewiesen wurde, dem Vatikan ergänzend mitzuteilen, daß sich die französische Auffassung mit der britischen decke.

Die Ausführung des Auftrages durch Salis hatte jedoch seinen Weisungen nicht ganz entsprochen. Im „Petit Journal" ist 1919 behauptet worden, Salis habe dem Kardinalstaatssekretär

den „Brief" Balfours hinterlassen, nachdem er zuvor Kopf und Unterschrift abgeschnitten hätte. Das wird schon durch den verschiedenen Wortlaut des Telegramms und des Gasparri überreichten Dokumentes widerlegt. Wahrscheinlich hatte Salis zur Stütze seines Gedächtnisses das Telegramm in die strengere Form einer Note gebracht, die er entweder so langsam vorlas, daß Gasparri sie nachschreiben konnte, oder nach Verlesung dem Kardinalstaatssekretär einhändigte. Als Gasparri, den Wortlaut vor Augen, bemerkte, die Wiederherstellung Belgiens wäre in der Friedensresolution enthalten, und Salis erwiderte, daß Deutschland nicht durch den Reichstag regiert würde, hatte der Kardinalstaatssekretär eingehakt und sich vorbehalten, auf diesen Punkt nach Einholung einer deutschen Regierungserklärung zurückzukommen. Salis aber war so ungeschickt gewesen, der gefährlichen Wendung des Gespräches durch die Bemerkung auszuweichen, daß Belgien, wenn auch eine deutsche Erklärung seines Erachtens sehr wünschenswert erschiene, doch nur eine der vielen Streitfragen wäre. Er zog sich daher einen Verweis zu, der die Ablehnung der päpstlichen Friedensvermittlung noch mehr unterstrich.

Es berührt eigentümlich, wenn man Kühlmanns Beobachtung der Abhängigkeit Frankreichs von England mit Ribots herrischer Kritik der römischen Vorgänge vergleicht. Da Frankreich keinen diplomatischen Vertreter beim Vatikan hatte, und Salis auch in seinem Auftrag handelte, hielt Ribot sich für berechtigt, gegen die Aushändigung eines schriftlichen Dokumentes und die Eröffnung einer Aussprache über Belgien energisch zu protestieren. Jedenfalls sei er nicht gesonnen, dem Vatikan auf diesem Wege weiter zu folgen. Die britische Regierung aber beeilte sich, noch an demselben Tage (26. August) der diktatorischen Erwartung Ribots entsprechend Salis anzuweisen, wenn ihn Gasparri wieder auszuholen suche, seine Meinung für sich zu behalten. Ribot hatte gewünscht, daß Salis instruiert werde, dem Kardinalstaatssekretär die Lust zu weiteren Versuchen halboffizieller Friedensvermittlung zu benehmen. Lord Cecil formulierte das etwas weniger schroff, es sei nicht wünschenswert, sich in die Verhandlungen zwischen dem Papst und der deutschen Regierung irgendwie einzumengen.

Leider wissen wir nicht, ob Salis Gelegenheit gefunden hat,

Gasparri über den Standpunkt der Westmächte aufzuklären. Nichtsdestoweniger bleibt es erstaunlich, daß der Leiter der durch ihre Vorsicht ausgezeichneten päpstlichen Politik aus seiner Unterredung mit Salis den Eindruck gewann, durch Vorlage einer befriedigenden deutschen Erklärung über Belgien Friedensverhandlungen in Gang bringen zu können. Auch aus der an Pacelli zur Mitteilung in Berlin geschickten Aufzeichnung von Salis, die er für das Urtelegramm Balfours hielt, ging hervor, daß Belgiens Wiederherstellung und Entschädigung nur eine der vielen in der Note an Wilson vom 12. Januar aufgezählten Friedensbedingungen war. Wenn Czernin Bedenken trug, die Armand mitgegebenen Bedingungen in Berlin mitzuteilen, so wurde doch der Reichsleitung die Fortdauer des feindlichen Vernichtungswillens durch den Friedensvermittler selbst zur Kenntnis gebracht. Man sollte denken, — und vor Entthronung der politischen Geschäftslogik hätte man in der europäischen Welt auch so gedacht — Gasparri habe alle Ursache gehabt, der Reichsregierung die Antwort der Entente vorzuenthalten, wenn er sie zu einer Erklärung über Belgien bringen wollte. Neutrale Diplomaten haben es allerdings damals fertig gebracht, die auf den Sturz der kaiserlichen Regierung abzielende brutale Antwort Wilsons auf die Papstnote als einen Schritt zum Frieden zu begrüßen. In Rom aber hatte man sich doch sonst auf Fühler verstanden. Auch mit der Annahme, daß es nur darauf abgesehen war, in den deutschen Siegeswillen Bresche zu legen, kommt man nicht weiter. Denn auch da war die Mitteilung der westmächtlichen Aufforderung zur Kapitulation in Anbetracht der Kriegslage kein geeignetes Mittel, die Reichsregierung durch eine abgerungene Erweiterung der Friedensresolution zu schwächen.

Freilich darf nicht übersehen werden, daß man in Rom durch Pacelli genau unterrichtet war, mit wem man es in Berlin zu tun hatte. Die den Parteiführern mitgeteilten Richtlinien des Reichskanzlers beschworen die Frage herauf, wie Michaelis und wie die Reichstagsmehrheit sie auffaßte. Der Versuch des Kanzlers, seine Entgleisung vom 19. Juli zu verbessern, verunglückte durch die neue Entgleisung, daß er auch innerhalb der Reichstagsmehrheit verschiedene Schattierungen der Auffassung feststellen wollte. Bereits am 22. August drohte eine neue Kanzler-

krisis, als Ebert im Reichstag einen Protest der Mehrheit verlas. Auch nach den Bemühungen v. Payers, das Mißverständnis zu beseitigen, blieb der Argwohn zurück, daß Michaelis annexionistische Ziele verfolge. Die Einsetzung eines Siebenerausschusses hatte, weit entfernt, ihn zu beschwichtigen, nur die Folge, daß sich die Kontrolle auf die belgische Frage konzentrierte und von der Reichsleitung in der Antwort auf die Papstnote gerade über diesen Punkt eine unzweideutige Erklärung verlangte.

Diese Tendenz begegnete sich noch vor Pacellis Mitteilung des angeblichen englischen Friedensfühlers mit Kühlmanns Plan einer auf England gerichteten Friedensoffensive. In seiner Denkschrift vom 3. September hatte er empfohlen, um nicht ins Schlepptau der österreichisch-ungarischen Politik zu geraten, zu sondieren, „ob nach Ansicht der maßgebenden englischen Staatsmänner eine vollkommen eindeutige amtliche deutsche Erklärung über das zukünftige Schicksal Belgiens zu Friedensverhandlungen mit den Westmächten führen würde oder nicht". „Ich halte es für tunlich, — fuhr er fort — dem Ansturm der auf eine unzweideutige öffentliche Erklärung über Belgien dringenden Reichstagsmehrheit und friedensfreundlicher Elemente in Deutschland die Stirn zu bieten, wenn die Regierung selbst in dieser Frage diplomatisch im Sinne einer raschen und vollkommenen Lösung tätig ist." Er beantragte daher, der Reichskanzler möge nach Einvernehmen mit der obersten Heeresleitung die Zustimmung des Kaisers einholen, daß das Auswärtige Amt „auf diskreten aber sicheren Wegen sich darüber vergewissere, welches die Minimalforderungen der Westmächte in Bezug auf Belgien wären, und ob eine vorläufig nur von Regierung zu Regierung vertraulich zu gebende, aber bindende Erklärung über die zukünftige Gestaltung der Dinge in Belgien die Eröffnung von Friedensverhandlungen unmittelbar zur Folge haben würde."

Als Pacellis Mitteilung vom 30. August am 5. September in Berlin eintraf, hatte der Reichskanzler bereits beschlossen, ohne Zeitverlust unter Zuziehung von oberster Heeresleitung, Reichsmarine und Flottenchef die Entscheidung über die belgische Frage herbeizuführen. Wenn Michaelis noch in seinen Erinnerungen sagen konnte, daß sich für ihn und Kühlmann aus dem doch sichtlich vom Vernichtungswillen diktierten Telegramm des Foreign

Office nicht mit Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Bereitschaft zu Verhandlungen ergeben habe, darf man sich nicht wundern, daß Kanzler und Staatssekretär sich durch die Begleitworte Gasparris von der „starken Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensfühlers" kritiklos überzeugen ließen. Ihre Annahme setzte natürlich voraus, daß Lloyd George und seine Ministerkollegen den wilden Mann nur spielten. So sicher waren die politischen Leiter Deutschlands ihrer Sache doch nicht, daß ihnen Täuschung ausgeschlossen schien. Es empfahl sich daher an Kühlmanns Plan neutraler Sondierung festzuhalten. Die Brücke Pacelli-Gasparri war dazu nicht zu gebrauchen. Von Pacellis Mitteilung des Friedensfühlers hatte Erzberger früher als das Auswärtige Amt Kenntnis erhalten. Sollte der Zweck der Erkundung erreicht werden, so mußte die große Glocke Europas umgangen werden. So wurde denn der ganze Regierungsapparat in Bewegung gesetzt, um die ersehnte Friedenstaube gebührend empfangen zu können.

Das erste war, daß Kühlmann die Gelegenheit ergriff, dem Siebenerausschuß die öffentliche Erklärung über Belgien in der Antwort auf die Papstnote auszureden. Am hartnäckigsten zeigte sich Scheidemann, obwohl der Staatssekretär ihm einen Teil seiner Karten aufdeckte. Der Mehrheit leuchtete ein, daß es für die Eröffnung des Friedensgespräches besser wäre, wenn es nicht die ganze Welt zu Zeugen hätte. Auch Erzberger, dem der Schrecken der Wiener Ungnade noch in den Knochen saß, machte keine Schwierigkeiten. So konnte Kühlmann der vom 13. September datierten, aber erst am 22. veröffentlichten Antwort eine Fassung geben, die den Klippen der Papstnote geschmeidig auswich. Vom Standpunkte der 1914 durch „eine unheilvolle Verkettung von Ereignissen" jäh unterbrochenen Friedenspolitik des deutschen Reiches wurde die dem Papste vorschwebende neue Weltordnung warm begrüßt in der Überzeugung, daß die heute noch offenen Streitpunkte alsdann in versöhnlichem Geiste geregelt würden. Gasparris Versuch, eine Änderung des Entwurfes zu erreichen, kam nach der Billigung durch den Ausschuß zu spät. Er hat sich schließlich, als er der britischen Regierung die deutsche und die österreichische Antwort am 28. September überreichte, begnügen müssen, die Bezugnahme der Reichsregierung auf die

Friedensresolution als Annahme sämtlicher Punkte der päpstlichen Note zu deuten. Er hat mithin im Grunde genommen nur wiederholt, was er bereits am 22. August zu Salis gesagt hatte, und er wird wohl selbst gefühlt haben, daß er daraufhin schwerlich um die Einholung weiterer Erklärungen ersucht werden würde.

Auch im Schoße der Reichsregierung sollte es Kühlmann gelingen, sich durch den Kronrat vom 11. September freie Bahn zu schaffen. Wie es Michaelis schon vor der Mitteilung Pacellis beschlossen hatte, versammelten sich in Schloß Bellevue unter dem Vorsitze des Kaisers der Kronprinz, der Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff, v. Holtzendorff, v. Capelle, der Generalgouverneur von Belgien v. Falkenhausen, Helfferich, v. Kühlmann, Graf Rödern, v. Breitenbach und v. Waldow. Die Frage ist erlaubt, welchen Verlauf die Sitzung genommen hätte, wenn allen Anwesenden die Dokumente vorgelegt worden wären, die den Reichskanzler von einem ernsthaften Friedensfühler Englands wie von einer feststehenden Tatsache reden ließen. Helfferich hatte schon in der Sitzung des Staatsministeriums vom 4. September zu den Ausführungen des Reichskanzlers kritisch Stellung genommen. Ludendorff scheint nach seinen Worten im Kronrat nicht unbedingt überzeugt gewesen zu sein, daß England ernsthafte Friedensschritte unternehmen wolle. Wenn auch der Kaiser innerlich stets geneigt war, das, was er wünschte, auch zu glauben, würde nicht einer jener Männer, und sicher mit Zustimmung der Mehrheit, gesagt haben: das soll ein Friedensfühler sein, das ist doch nur eine Wiederholung der Note des Feindbundes vom 12. Januar? Im Grunde genommen hat Michaelis in seiner von Kühlmann entworfenen sekreten Antwort an Pacelli vom 24. September ja dasselbe gesagt, als er es ablehnte, auf die feindlichen Kriegsziele vom 12. Januar, die Deutschlands völlige Niederlage voraussetzten, mit Veröffentlichung oder Mitteilung der deutschen Kriegsziele zu antworten. Warum sollte England einem anderen Mittler gegenüber gelindere Saiten aufziehen? Was es durch Gasparri angeblich verlangte, war eine moralische Unmöglichkeit, es sei denn, daß der Reichskanzler mit Kriegszielen aufwartete, die sich die feindlichen zum Muster genommen hatten, was ein deutscher Staatsmann, auch hinter den Kulissen, im Herbst 1917 nicht mehr wagte. Wozu wurde also der Kronrat bemüht, wenn die politische

Leitung selbst wußte, was sie auf den römischen Friedensfühler zu antworten hatte? Hätte nicht die Entdeckung, daß der Anlaß der Einberufer ein eingebildeter war, die Stellung des Kanzlers und Staatssekretärs erschüttern müssen? Auf jeden Fall hat sich der historische Betrachter gegenwärtig zu halten, daß der Verlauf der Sitzung durch die Fortpflanzung eines Zwitters von Fiktion und Illusion bedingt worden ist.

Die Überlieferung über den Kronrat ist gut, aber einseitig. Michealis hat am 12. September, weil kein Protokoll geführt worden war, in drei Schreiben an den Kaiser, Hindenburg und Holtzendorff ihre Stellung zu der belgischen Frage festgelegt. Aus Ludendorffs erweiterter Niederschrift seines Vortrags ergibt sich, daß die Konferenz, dabei nicht stehen bleibend, alle Kriegszielfragen erörtert hat. Ja man darf annehmen, daß Michaelis seine Gedanken ähnlich wie in der Sitzung vom 4. September entwickelt und der Gefahr eines österreichischen Sonderfriedens gedacht hat, ohne damit auf die mit der militärischen Unterstützung und Bindung Österreich-Ungarns beschäftigte oberste Heeresleitung Eindruck zu machen. Wenn der Reichskanzler mit der Absicht gekommen war, die belgische Frage zu isolieren, so ist ihm das jedenfalls nicht geglückt, aber er hat es auch nicht verstanden, die Erörterung der Kriegsziele so zu leiten, daß zum Schluß jeder wenigstens wußte, wo er stand. Denn auch Michaelis hat sich nicht klar gemacht, daß Rückkehr zum status quo ante nicht Entspannung, sondern Rückkehr zu den im Weltkrieg überspannten Spannungen der Vorkriegszeit bedeutete. Was er verständnislos militärische Eroberungspolitik genannt hat, war nichts anderes als die Anwendung der Kriegserfahrungen auf die militärischen Sicherungen des bewaffneten Friedens. Die Sicherung des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes und des Saargebietes verlangte zweifellos ein Glacis. Michaelis hätte sich die Frage an Hindenburg sparen können, ob der Generalfeldmarschall nur eine vorübergehende Besetzung Lüttichs oder den Besitz der Festung im Sinne habe. Selbstverständlich dachte die oberste Heeresleitung an den Besitz. Die Frage war nur die, und sie hätte so gestellt werden müssen, ob wegen dieser Sicherung der Krieg auch dann fortgesetzt werden solle, wenn durch den Verzicht eine friedliche, wenn auch noch so unsichere Erholungspause erkauft werden könne.

Frankreich hat in Versailles auf die Loslösung der Rheinlande von Deutschland verzichten müssen, weil England und die Vereinigten Staaten die Entwaffnung und Knebelung Deutschlands als genügende Sicherung ansahen. Umgekehrt hätte Deutschland 1915 um den Preis eines Sonderfriedens mit Rußland auf östliche Sicherungen verzichten dürfen, weil die inneren Schwierigkeiten des Zarenreiches eine längere Atempause nach dieser Seite verbürgten. Im Westen gab es keine Bürgschaft längerer Waffenruhe, wenn Deutschland das Aufmarschgebiet vor Aachen nicht in seiner Hand hatte. Hier war der Verzicht nur dann gerechtfertigt, wenn der Friede augenblicklich nur um diesen Preis zu haben war und nichtsdestoweniger aus inneren Gründen besser heute als morgen geschlossen werden mußte. Wurde die Frage so gestellt, so hing die Antwort davon ab, ob und wie lange noch die Reichsregierung sich zutraute, die inneren Schwierigkeiten zu meistern. Auf unklare Fragestellung konnte kein klares Ergebnis erwartet werden. Auch Ludendorff hielt den Frieden an sich vor Beginn des Winters für erstrebenswert, aber es ist durch die Versäumnis des Reichskanzlers nicht eigentlich entschieden worden, ob der Friede auch dann erstrebt werden müsse, wenn er ohne Sicherungen mit schweren Zukunftssorgen belastet war. Ludendorffs Worte: „erreichen wir nichts, so kann an unsere Lage nur mit schwerer Sorge gedacht werden" beweisen, daß er mit dem Abschluß eines Friedens ohne Sicherungen gerechnet hat, und es war nur ein Rat, wenn er nach seiner Einschätzung der äußeren und inneren Lage für diesen Fall der Fortsetzung des Krieges den Vorzug gab. Endgültig verzichtet wurde nur auf die von der Marine verlangte flandrische Küste, nachdem Ludendorff diese an sich erstrebenswerte Sicherung gegen England als zur Zeit nicht erreichbar erklärt hatte. Im übrigen stand der Eröffnung eines Friedensgespräches über Belgien und seine Wiederherstellung nichts mehr im Wege. „Nun haben Sie freie Hand", sagte der Kaiser zu Kühlmann, „nun zeigen Sie, was Sie können, und besorgen Sie uns bis Weihnachten den Frieden."

Welche Kommentare hat der Parteigeist vornehmlich an diesen Kronrat geknüpft! Je nach der Galerie, auf deren Beifall der Beurteiler spekuliert, sind der Kaiser, die Marine, Ludendorff, Kühlmann oder auch das ganze Regierungssystem en bloc dafür

verantwortlich gemacht worden, der römischen Friedenstaube das in der Sintflut treibende Reichsschiff verschlossen zu haben. Namentlich Ludendorff soll den Frieden „sabotiert" haben. Kühlmanns Vollmacht habe dieser Kriegsverlängerer eine Klausel angehängt, die sie wieder aufhob. Die entschleierte Wahrheit hat eine anderes Gesicht. Sie zeigt uns einen Berg in Wehen und die Geburt einer lächerlichen Maus. Auch ein Bismarck hätte mit Kühlmanns Vollmacht den Frieden nicht „besorgen" können. Kühlmanns Friedensfühler wird lediglich durch die Eigenart seines Befähigungsnachweises ausgezeichnet.

Es war gewiß nicht leicht, eine zur Sondierung in London geeignete Persönlichkeit zu finden, aber es verstand sich von selbst, daß ein neutraler Berufsdiplomat dafür nicht in Betracht kam, weil er ohne Wissen und Genehmigung seiner Regierung eine solche geheime Mission nicht übernehmen durfte. Kühlmann hätte daher keine unglücklichere Wahl treffen können als den spanischen Gesandten in Brüssel Marquis von Villalobar. Bethmann Hollweg hatte schon einmal die guten Dienste dieses Diplomaten in Anspruch genommen, als er im Dezember 1916 mit König Albert von Belgien Sonderverhandlungen anzuknüpfen wünschte, erreichte aber nur, daß der König von Spanien zu verstehen gab, mit fragmentarischen Friedensvorschlägen könne er als Mittler nichts anfangen. Das Auswärtige Amt war aber nun einmal seit Bismarcks Entlassung die Schule, in der man grundsätzlich nichts lernen wollte. Wie Bethmann Hollweg nicht einsah, daß der Mißerfolg nicht durch Villalobar, sondern durch seinen eigenen Dilettantismus verschuldet war, ließ sich Kühlmann in der Wahl seines alten Freundes nicht beirren, als dieser seiner Einladung nach Berlin folgend ihm noch am Abend des 11. September ganz offen erklärte, daß er die Erlaubnis des im Geruch der Ententefreundschaft stehenden spanischen Außenministers Marquis de Lema einholen müsse. So begann denn zwischen Brüssel und Madrid auf dem Umwege über die spanische Gesandtschaft im Haag eine Unterhaltung durch Funksprüche, an der sich als Schwarzhörer der deutsche und der französische Spionagedienst beteiligten. Die Folge war, daß man in Frankreich früher als in Berlin aus Villalobars Rechtfertigung auf Lemas Rüge seiner eigenmächtigen Besprechung mit Kühlmann erfuhr, die Friedensbereitschaft wäre

seines Erachtens auf deutscher Seite derartig, daß die Sache, falls Spanien sich zurückzöge, von andern gemacht würde.

Die Entente wußte also schon, was kommen würde, als Lema die Vermittlung vorsichtig einzufädeln suchte. „Eine sehr hoch gestellte Persönlichkeit" in Berlin, erzählte er dem englischen Botschafter in Madrid, habe dem Botschafter Spaniens in der Reichshauptstadt den Wunsch zu erkennen gegeben, mit England Friedensverhandlungen zu beginnen. Die spanische Regierung hätte eine Vermittlung abgelehnt, aber sie hielte es nicht für angebracht, diese Erklärung einer Bereitschaft Deutschlands vor England zu verheimlichen. Balfour hat am 6. Oktober den Botschaftern Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten, Japans und Rußlands als er sie einweihte, gesagt, die englische Regierung wäre durch die Madrider Mitteilung vor die Wahl gestellt worden, die Erklärung Deutschlands entweder gar nicht oder mit der größten Vorsicht zu beantworten. Nichtbeantwortung war ausgeschlossen, weil sonst Deutschland sagen konnte, England will unsere Kriegsziele nicht kennen lernen, nachdem es uns noch vor kurzem vorgeworfen hat, daß wir sie nie genannt hätten. Die Antwort mußte also anders gefaßt werden als der Bescheid, den Salis Gasparri gegeben hatte. Aus dem deutschen Wunsche, mit England zu verhandeln, war zu entnehmen, daß die Reichsregierung bereit war, England entgegen zu kommen. Gab man Deutschland Gelegenheit, sich in diesem Sinne auszusprechen, so setzte man sich dem Verdacht aus, auch englischerseits einem Entgegenkommen nicht abgeneigt zu sein. Frankreich hatte bereits die römischen Verhandlungen mißtrauisch überwacht. Was würde es gesagt haben, wenn ein auf England zugeschnittener deutscher Friedensfühler sein Ziel erreichte. Die Antwort an Lema erhielt daher die Fassung, die englische Regierung wäre zur Entgegennahme der Mitteilung, die ihr Deutschland über den Frieden zu machen wünsche, bereit und würde über diese Mitteilung mit ihren Verbündeten beraten.

Auf der Londoner Botschafterkonferenz vom 6. Oktober ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß Kühlmann zu einer Beratung über Friedensbedingungen mit Deutschland verleiten wollte. Einstimmig wurde beschlossen, in diesem Fall von Deutschland genaue Angabe seiner Kriegsziele zu verlangen und sich auf

keine Verhandlungen einzulassen, bevor die Verbündeten entschieden hätten, ob jene Kriegsziele annehmbar wären. Balfours Antwort beweist, daß das englische Kriegskabinett Kühlmanns Absichten besser durchschaut hat und sicher war, seine Friedensoffensive damit abgeschlagen zu haben. Da Villalobar sich selbstverständlich hütete, seiner Regierung zu verraten, was er von den Kriegszielen seines Freundes Kühlmann wußte, und die englische Antwort lieber für sich behielt, würde Kühlmann von den Schicksalen seines Meisterstückes nie etwas erfahren haben, wenn nicht die russische Sowjetregierung bereits am 4. Dezember 1917 in der Iswestija das Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers in London über die Botschafterkonferenz vom 6. Oktober veröffentlicht hätte.

Es ist kein Spiel des Zufalls, daß damit auch der noch aus der Bethmannzeit stammende Versuch, mit Frankreich zu einem Friedensgespräch zu kommen, seinen Abschluß fand. In Frankreich ist dadurch bis in die jüngste Zeit viel Staub aufgewirbelt worden. Clémenceau hat als Ministerpräsident, wie Ribot erzählt, durch einen deutschen Sozialdemokraten einen Teil der Berichte von der Lanckens an das Auswärtige Amt stehlen lassen, um Anklagematerial gegen Briand zu gewinnen. Ribots Anklage gegen seinen Vorgänger lautet auf unbegreifliche Fahrlässigkeit. Briand hat sich durch Veröffentlichung seines Briefes an Ribot vom 20. September 1917 verteidigt. Der Einblick in die französische Denkweise könnte nicht vollständiger sein. Zu einer lückenlosen Ermittlung des Tatbestandes fehlen uns noch die belgischen Zeugen. Über die Leitmotive der Gräfin Mérode, der Barone Coppée, Vater und Sohn, und des Ministerpräsidenten de Brocqueville kann trotzdem kaum ein Zweifel bestehen. Am Wendepunkt des Krieges haben sie offenbar den Sieg der Entente ebenso gefürchtet wie einen deutschen Sieg. Seit der russischen Revolution war die Gefahr der Abhängigkeit von Deutschland näher gerückt, während die Hoffnung auf amerikanische Hilfe und auf den deutschen Rückzug die Aussicht eröffnete, daß Belgien noch einmal, aber weit schlimmer als 1914 Kriegstheater werden könnte. Die genannten Mittler sind offenbar nicht die einzigen gewesen, die Belgien vor einer Katastrophe bewahren wollten. In der päpstlichen Friedensaktion ist der Einfluß des Kardinals Mer-

cier unverkennbar. Eigentümlich war ihnen nur der Gedanke, Frankreich und Deutschland auf einen Treffpunkt der Verständigung zu führen.

Von der Lancken hat später gemeint, Briand habe zu erreichen gehofft, daß Elsaß-Lothringen neutralisiert werde, wirtschaftlich bei Deutschland bleibe und nach zehn Jahren abstimme, ob es bei Deutschland bleiben oder zu Frankreich kommen wolle. Umgekehrt hat Briand angenommen, daß Lancken ihm die Neutralisation der Reichslande und die Entfestigung von Metz und Straßburg anbieten würde. Tatsächlich sind beide Opfer der Vorspiegelungen des Baron Coppée geworden, der sich nicht klar gemacht hatte, welche Schlüsse sie daraus ziehen mußten. Trat Frankreich in der Frage der Reannexion wirklich den Rückzug an, so durfte Lancken hoffen, daß es sich schließlich mit Grenzberichtigungen begnügen würde. Ging die Nachgiebigkeit Deutschlands schon so weit, wie Briand annahm, so fehlte an seiner Bereitwilligkeit zur Abtretung Elsaß-Lothringens nicht mehr allzuviel. Coppées Treffpunkt war also in Wahrheit ein Scheideweg. Schon nach den ersten Worten hätte ein Friedensgespräch von der Lanckens und Briands ergeben, daß jede Grundlage einer Verständigung fehlte.

Auch der Gegner wird dem alten Ribot, dem feinsten politischen Kopfe des Weltkrieges, nachrühmen müssen, daß er das vorausgesehen hat, als er Briand in den Arm fiel. Am 20. September sollte endlich die Besprechung in Ouchy bei Lausanne stattfinden. Lancken war auf ein belgisches Telegramm erschienen, Briand sah sich durch Paßverweigerung genötigt, in letzter Stunde abzutelegraphieren. Aus seinem Briefe vom 20. September ersieht man, wie er sich die Verständigung gedacht hatte. Mit Recht hielt ihm Ribot in Painlevés Gegenwart vor, daß das deutsche Zugeständnis Elsaß-Lothringens gegen den französischen Verzicht auf das linke Rheinufer und den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege nur in seiner Einbildung existierte. Für Ribot selbst war die zweifelhafte Kriegslage und die Schwäche Frankreichs eine Mahnung, auch nur den leisesten Anschein der Schwäche zu vermeiden. Der Abbruch des Gespräches konnte als Friedebedürftigkeit Frankreichs gedeutet werden. Warum sollte kein geringerer als Briand dem Feinde eine Waffe in die Hand drücken?! Briands

Beweise für die Friedensreife der kaiserlichen Regierung überzeugte den Leiter der französischen Außenpolitik nicht. Er hat zwar einen gefälschten Brief des deutschen Kronprinzen an seinen Vater für echt gehalten, aber er hat darin den deutschen Verzicht auf die Reichslande vermißt. Briand setzte nicht einmal durch, daß sein Brief vom 20. September den Verbündeten mitgeteilt wurde. Wie zu erwarten war, erklärten Sonnino, Balfour und Lansing Lanckens angebliche Zugeständnisse für eine Falle, Balfour unter Hinweis auf die spanische Anfrage. Briands eigensinniges Festhalten an der Annahme der Möglichkeit eines vorteilhaften Friedens zog ihm lediglich den Verdacht des Vaterlandsverrates zu, gegen den ihn schließlich nur sein großer Anhang und wohl auch die ihn nicht belastenden gestohlenen Berichte Lanckens geschützt haben. Wenn auch Ribot sich gegen seine Gegner nicht länger am Ruder behaupten konnte, so trug doch seine Richtung durch Clémenceaus Berufung über die zum „Verzicht" auf das linke Rheinufer bereiten Kompromißpolitiker den Sieg davon.

Mit der deutschen Friedensoffensive gegen England und dem belgisch-deutschen Friedensfühler endigte das Blendwerk, das die vorübergehende Friedensmöglichkeit des Sommers 1917 abgelöst hatte. Die europäische Diplomatie aber konnte es sich nicht versagen, das Schlachtfeld zum Schluß wie mit Scheinwerfern abzuleuchten. Es ist der Mühe wert, diese Kundgebungen noch einmal in zeitlicher Reihenfolge an sich vorüberziehen zu lassen, nachdem sich uns enthüllt hat, was dahinter stand.

Ribots Kammerrede vom 19. September war noch eine Fortsetzung seiner Besprechung mit Briand im Palais Bourbon. Elsaß-Lothringen, — sagte er — genügt nicht; wir brauchen Reparationen und Garantien. Lassen wir uns nicht in den Schlingen fangen, die man uns stellen möchte. Wir haben wie England, Italien und Rußland unsere Gründe, dem Papste auf seine das Weltgewissen nicht einmal in der belgischen Frage befriedigende Note nicht zu antworten.

In Petersburg war die Zeit der bolschewistischen Indiskretionen noch nicht gekommen. Der Kriegsminister Werchowsky verwertete daher die Mitteilungen des französischen Gesandten Noulens über die Lanckensche „Falle" in der Weise, daß er be-

hauptete, Michaelis habe in Stuttgart einem Journalisten gesagt, die Reichsregierung wäre bereit, die Reichslande zurückzugeben. Daran schloß sich die Behauptung, daß Frankreich und England ihre Kriegsziele erreichen könnten, wenn sie Deutschland gegen Rußland freie Hand ließen.

Am 2. Oktober, sozusagen am Vorabend des in der Aprildenkschrift angegebenen Endtermines der österreichisch-ungarischen Widerstandskraft, meldete sich auch Czernin zu Wort. Schon am 21. September hatte Ludendorffs Hinweis auf die Bindung der Monarchie Kühlmann zu der Randglosse veranlaßt, daß nach Wiener Meldungen bei Kaiser Karl augenblicklich wieder Kriegsbegeisterung wohl in Hoffnung auf militärische Erfolge gegen die verhaßten Italiener zu bemerken wäre. In der Programmrede des Ministerpräsidenten Dr. Seidler im österreichischen Abgeordnetenhause vom 25. September war die Bündnistreue als Grundpfeiler der kaiserlichen Politik bezeichnet worden. Czernin machte wie Papst Benedikt XV. bei Wilson eine Gedankenanleihe, als er auf einem Bankett in Ofenpest sich zu dem Kriegsziel der internationalen allgemeinen Weltabrüstung bekannte. Erst habe man Deutschland vernichten und die Monarchie zerstückeln wollen. Dann hätte man es billiger gegeben. „Man wollte sich damit begnügen, unsere inneren Verhältnisse umzugestalten." Jetzt schiene es auf mehr oder weniger große Grenzberichtigungen abgesehen zu sein. Er selbst hätte sich dadurch nie beirren lassen. Nach wie vor stünde er auf der Basis des Verständigungsfriedens, fest überzeugt, daß auch die Mehrheit der Bevölkerung der feindlichen Länder nichts anderes wollte. Nur könne er sich nicht ewig binden. Der Zwang zur Fortsetzung des Krieges zwinge auch zur Revision der Kriegsziele. Als ob er es darauf abgesehen habe, zu einem Vergleich seiner Worte mit seiner Denkschrift herauszufordern, wagte er es hinzuzusetzen: „Ich bin felsenfest überzeugt, daß wir in einem Jahre noch unvergleichlich günstiger dastehen werden als heute".

In Deutschland hat hauptsächlich die am Quai d'Orsay und im Foreign Office mit stillem Lachen gelesene Ofenpester Rede Czernin den Ruf eines hervorragenden Staatsmannes verschafft. Der spätere Reichskanzler Fehrenbach verstieg sich am 9. Oktober im Reichstag zu der zuversichtlichen Behauptung: „Es wird eine Zeit

geben, da man die Friedensentschließung des Reichstages, die Papstnote und die österreichische Erklärung zu den größten Menschheitstaten zählen wird". Auch Kühlmann erntete allgemeinen Beifall, als er am gleichen Tage eine Rede von Asquith benutzte, um sein belgisches Angebot doch noch an den Mann zu bringen. Das eigentliche Kampfobjekt war nach seinen Worten nicht Belgien, sondern Elsaß-Lothringen. Außer dem französischen Wunsche nach den Reichslanden sah er kein absolutes Friedenshindernis. Der französischen Frage, ob Deutschland irgend welche Zugeständnisse machen wollte, antwortete er: „Nein, niemals."

Schon am folgenden Tage quittierte England auf das deutsche „Niemals". In Liverpool spottete Asquith über das plumpe durchsichtige Manöver, Zwietracht zwischen England und Frankreich zu säen. Lloyd George hatte noch am 25. September bei einer Zusammenkunft mit Painlevé einer Festlegung Englands auf das französische Kriegsziel auszuweichen gesucht, weil er angesichts der vor ihnen liegenden Gefahrenzone nicht die Gewißheit hätte, daß Frankreich unter allen Umständen daran festhalten würde. Jetzt erinnerte er sich an Painlevés Antwort, daß man gerade im Hinblick auf die ihnen drohende Gefahr unwiderrufliche Erklärungen abgeben sollte, und ließ sich vor einer Abordnung von Versicherungsgesellschaften vernehmen, daß England an der Seite seines Bundesgenossen kämpfen werde, bis „die unterdrückten Kinder" Frankreichs von dem fremden Joche befreit wären. Es wird allmählich langweilig, — hieß es in einem aus dem Foreign Office stammenden Reutertelegramme, immer wieder darauf hinzuweisen, daß alle Verbündeten fest entschlossen sind, die einzige Methode, die dem Krieg ein Ende machen kann, anzuwenden.

Ribot aber benutzte die Gelegenheit, dem Gegner die Lust zu weiteren Friedensfühlern zu benehmen. „Deutschland, — sagte er am 12. Oktober in der Kammer — kann nicht mehr mit den Waffen siegen. Es hofft nur noch, die Verbündeten zu entzweien. Gestern wollte Österreich Frieden schließen, ließ aber absichtlich Italien aus dem Spiel, weil es weiß, daß Italien von uns im Stich gelassen und verraten der Gegner Frankreichs würde. Wir haben uns nicht darauf eingelassen. Auch Deutschland ließ gestern einem angesehenen Manne ins Ohr flüstern, wir könnten auf die Rückgabe Elsaß-Lothringens hoffen, wenn die

Regierung sich auf unmittelbare oder mittelbare Verhandlungen einließe. Die Falle war zu plump, um sich darin fangen zu lassen. Mit Kühlmanns Niemals hat Deutschland die Maske abgeworfen. Diese Sprache ist mir lieber. Frankreich weiß jetzt, woran es ist. Wir werden siegen und wir werden Elsaß-Lothringen wiederbekommen." Clémenceau trat im November eine glatte Erbschaft an, als er sich zu dem einzigen Kriegsziel „Sieger zu sein" bekannte. Was von österreichisch-ungarischer und deutscher Seite geschehen konnte, die kriegerische Entschlossenheit der Entente durch Offenbarung der eigenen inneren Schwäche auf die Spitze zu treiben, war geschehen.

Sechstes Kapitel.

Nachspiele.

Die militärische Bilanz des Oktober 1917 zeichnete beiden Lagern ihre Marschroute mit unheimlicher Klarheit vor. Durch den Ausfall Rußlands hatte die Entente das Übergewicht verloren. Die Ersatzfrage war beiderseits schwierig geworden. Die Herstellung der Übermacht der Entente hing von dem Eingreifen der Vereinigten Staaten ab, das sich in entscheidender Weise nicht vor Sommer 1918 bemerklich machen konnte. Vor den Westmächten lag somit eine halbjährige schwere Gefahrenzone. Die Erfahrungen der letzten Jahre warnten davor, sich durch Anrennen gegen die feindliche Front zu erschöpfen. Verharren in der Abwehr war hier das Gegebene, bis die amerikanische Hilfe gestattete, die Offensive mit verstärktem Nachdruck wieder aufzunehmen. Das war auch für den Laien so einleuchtend, daß der westmächtliche Widerwille gegen die Einmischung der Vereinigten Staaten verstummen mußte. Warten und Zeitgewinn bedeuteten den Endsieg, wenn es Deutschland nicht gelang, die Westmächte vorher zu Boden zu werfen. Dem Zwange zur Abwehr auf seiten der Entente entsprach auf deutscher Seite der Zwang zum Angriff. Die Westmächte hatten gewonnenes Spiel, wenn sie sich bis zum Sommer 1918 behaupteten. Der Vierbund hatte den Krieg verloren, wenn der große Schlag mißlang.

Der deutschfreundliche Schweizer Militärschriftsteller Stegemann hat am 16. Februar 1918 der Reichsleitung geraten, die militärische Überlegenheit der nächsten Monate nicht zur Offensive, sondern zur Offensivdrohung zu benutzen. Über den durchschlagenden Erfolg einer Offensive dachte er skeptisch. Von der Drohung versprach er sich die politische Wirkung einer Revision der westmächtlichen Kriegsziele. Als Schweizer hat er zu wenig an die Worte aus Schillers „Tell“ gedacht: „Indem wir reden — Gott — verrinnt die Zeit“. Der Zwang einer bloßen Offensivdrohung war ein befristeter. Jeder Tag des neuen Jahres ver-

minderte auf seiten der Westmächte das Risiko des Wartens. Sie wagten damit nicht soviel wie Deutschland, wenn es noch einmal die Entscheidung der Waffen anrief. Wie hätte die bloße Offensivdrohung nach allem Geschehenen, nach dem 12. Dezember 1916, dem 19. Juli 1917, der Politik Kaiser Karls mit allen ihren Folgen als Zwang zu einer Revision der Kriegsziele wirken sollen. Das größere deutsche Wagnis ist der deutschen Heeresleitung 1918 genau so wie 1914 durch eine bankrotte Staatskunst aufgezwungen worden. Die Westmächte durften auch nach Niederlagen auf den Endsieg hoffen. Für Deutschland und seine Verbündeten hieß die Parole des letzten Kriegsjahres: Sieg oder Untergang. Ob die Offensive mißlang oder die Defensive bis zur Erschöpfung fortgesetzt wurde, das Ende war nach dem vollen Einsatz Amerikas der Zusammenbruch.

Das Schlinggewächs der Legenden kann, seiner Wurzeln beraubt, auch den Ausgang des großen Völkerringens nicht länger überwuchern. In die Verantwortung für die Zerstörung der Möglichkeit eines deutschen Sieges teilen sich die Zerstörer der Friedensmöglichkeit von 1917. Nur ein Bruch mit ihrer Vergangenheit hätte dem Kriege seit dem Juli 1917 noch eine andere Wendung geben können. Die Politik des Zweibundes steht und fällt daher mit der Antwort auf die Frage, was sie getan hat, der Kriegführung, „die gewaltigste militärische Aufgabe die je einem Heere gestellt wurde", zu erleichtern und zu fördern.

Wieweit man in Wien von einem solchen Bruch mit der Vergangenheit entfernt war, sollte Kaiserin Zita durch eine bisher übersehene Extratour unmittelbar nach Beschwörung der italienischen Gefahr beweisen. In Czernins Erinnerungen wird sein Verhältnis zum Hause Parma noch nicht berührt. Erst ein Jahr später ist Demblins offener Angriff erfolgt. Was der Minister gegen Zita auf dem Herzen hat, versteckt sich in einem offenbar an Tisza gerichteten Briefe vom 17.—19. November 1917, worin er zugibt, daß es zwischen Kaiser Karl und ihm nicht mehr gut ginge, und die Frage nach den auf seinen Sturz so erpichten Feinden in nicht mißzuverstehender Weise beantwortet. Ein neuer Differenzpunkt — fährt er am 19. November fort — hat sich gestern ergeben. Von einer Seite, die Freund Tisza erraten wird, ist der Versuch gemacht worden, ihm die Vorteile eines Sonder-

friedens auseinanderzusetzen. Czernin verschweigt nur, daß Zita, wie sich aus den französischen Generalstabsakten ergibt, sogar schon gehandelt hatte. Am 10. November war bei der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs eine Meldung des Freiburger Arztes eingelaufen, Graf Revertera ließe wissen, Kaiser Karl denke bald den Gedankenaustausch wieder aufnehmen zu können und frage an, ob das möglich wäre. Gleichzeitig mit Zitas Mitteilung an Czernin, am 18. November, entschied der neue Ministerpräsident Clémenceau auf die Vorlage des Generalstabs „Hören, nichts sagen". Bereits am 20. November konnte Gräfin Armand dem Freiburger Arzte schreiben, Reverteras Freund wäre sehr unentschlossen, vor drei Monaten wäre die Gelegenheit ausgezeichnet gewesen, im Augenblicke erschiene sie weniger günstig. Trotzdem wären ihre Freunde nicht taub, wenn er einen seinem Interesse entsprechenden Entschluß faßte, und eine Begegnung könnte dann stattfinden. Czernin blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als Revertera zurückzupfeifen. Das Intermezzo endigte mit der vorläufigen Vertagung des Freiburger Gespräches auf Neujahr, wenn nicht von französischer Seite ein früherer Zeitpunkt gewünscht würde.

Czernin nennt es in jenem Briefe eine unkluge Politik, „fortwährend Verrat zu posieren, ohne ihn durchzuführen". Wenn schon Tolmein und die deutsche Hilfe als Dank vom Hause Habsburg die Verratspose wieder aufgelöst hat, wird man es der Willenskraft der jungen Kaiserin zutrauen dürfen, daß sie die völlige Lösung der italienischen Fessel zu der seit ihrer Thronbesteigung nicht aus dem Auge gelassenen Schwenkung benutzt haben würde. Czernin fiel die Aufgabe zu, das Kaiserpaar von der Unmöglichkeit eines Bruches des Zweibundes in diesem Augenblick zu überzeugen, aber er konnte das leichtfertige Ausspielen eines Trumpfes nicht mehr rückgängig machen. Die Aprildenkschrift war durch das Heer, in dessen Lager immer noch Österreich war, mit deutscher Hilfe glänzend widerlegt. Die Monarchie erfreute sich wieder eines festen Kurses, nachdem sie ein Vierteljahr kaum mehr gezählt hatte. In die Wagschale des Krieges geworfen, wäre das auch der Offensive von 1918 zugute gekommen. Wenigstens Czernin hat damals begriffen, daß der Siegeslauf vom Isonzo zur Piave benutzt werden müßte, um durch die Ver-

gangenheit einen dicken Strich zu ziehen. Am 6. Dezember raffte er sich im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation zu der mannhaften Erklärung auf: Wir kämpfen für Elsaß-Lothringen genau so, wie Deutschland für Lemberg und Triest gekämpft hat. Es bedeutete auch eine Absage an die Entente, wenn er in der ausgesprochenen Absicht, daß es in Rom gehört werde, hinzufügte: „Wenn Italien den Krieg mutwillig fortsetzt, so wird es später einen schlechteren Frieden bekommen". Entschlossenheit der kaiserlich königlichen Regierung konnte jetzt den Eindruck der italienischen Niederlage nur vertiefen. Das Anklopfen Revertas unmittelbar nach dem Einsatz von 11 Divisionen der Westmächte an der Piave muß daher in Paris und London außerordentlich beruhigend gewirkt haben. Wenn man mit Österreich-Ungarn jetzt wieder rechnete, geschah es doch nur wie im August in dem Sinne, daß man es zu sich herüberzuziehen hoffte. Wir kennen noch nicht die Verhandlungen zwischen Clémenceau und Lloyd George, es versteht sich aber von selbst, daß dabei unter Zugrundelegung der veränderten militärischen Lage von neuem besprochen worden ist, ob und wie der italienische Stein des Anstoßes beseitigt werden könne. Ob Clémenceaus Zurückhaltung vorgehalten hätte, wenn Revertera sich auf das Billet der Gräfin Armand in Freiburg angesagt hätte, steht dahin. Daß Lloyd George die scheinbare Gelegenheit zu einem Sonderfrieden mit Kaiser Karl mit beiden Händen festzuhalten suchte, beweisen die Genfer Verhandlungen des Generals Smuts mit dem Grafen Mensdorff vom 18. und 19. Dezember.

Balfour hat im Unterhaus am 13. Februar 1918 auf eine Interpellation kein Hehl daraus gemacht, daß Lloyd George es auf die Sprengung des Feindbundes abgesehen hatte, als er Smuts mit seinem Privatsekretär Karr nach Genf schickte. Die Gründe für die Wahl des Afrikaners zum Unterhändler lassen sich nur vermuten. Es ist anzunehmen, daß man in London aufgehorcht hat, als Czernin in der Delegation am 6. Dezember darlegte, Österreich-Ungarn wäre besser daran als Deutschland, weil sich sein ganzes Territorium in seinem Besitze befände, während Deutschlands Kolonien in Feindeshand wären. Wenn auch Czernin diese Feststellung mit der Versicherung verband, daß Österreich-Ungarn ebenso für Straßburg weiter kämpfe wie Deutsch-

land für Triest, so war doch nicht zu verkennen, daß er an den Unterschied der kontinentalen Donaumonarchie und der deutschen Weltmacht erinnern wollte. Hieran anzuknüpfen, mochte Smuts als ein Hauptgegner der deutschen Kolonialmacht besonders geeignet erscheinen. Die Fühlung mit dem ehemaligen Londoner Botschafter wurde durch einen englisch-ägyptischen Beamten Parodi und den auf den Schweizer Hauptposten geschickten Gesandten Skrzynski hergestellt. In Parodis Landhaus bei Genf fand am 18. Dezember die am folgenden Tage fortgesetzte Besprechung statt, das englische Gegenstück zu den Freiburger Augustgesprächen zwischen Armand und Revertera.

Armand hatte sich zum Träger des Ersuchens um Mitteilung der allgemeinen Friedensbedingungen des Feindbundes gemacht. Smuts erklärte von vornherein Verhandlungen mit Deutschland für ausgeschlossen. Obwohl man von der deutschen Militärmacht eine sehr hohe Meinung gehabt hätte, habe die deutsche militärische Maschinerie doch alle Erwartungen hoch übertroffen. Auch für Mensdorff und seinen Auftraggeber klang es nicht gerade schmeichelhaft, als Smuts offenherzig hinzufügte, wenn er Deutscher wäre, würde er eine geringere Meinung von den Politikern und Diplomaten seines Landes, aber eine sehr hohe vom Generalstab haben. Das Schlagwort des deutschen Militarismus gewann im Munde dieses anglisierten Buren wieder die ursprüngliche Bedeutung der deutschen Macht, die nach dem Ausscheiden Rußlands ohne das Gegengewicht eines starken Österreich-Ungarn zur kontinentalen Übermacht würde. Auf Mensdorffs Frage, wie England sich die Besiegung jenes preußischen Militarismus denke, hütete sich Smuts, von den amerikanischen Hoffnungen der Westmächte zu sprechen und dadurch ihre augenblickliche Schwäche zu offenbaren. Er gestand zwar, daß er an einen überwältigenden militärischen Sieg über Deutschland nicht glaube, aber er meinte, daß England, das die ganze Welt auf seiner Seite hätte, auch über andere Waffen verfüge, und verfehlte nicht, die Niederlage Italiens als bedeutungslos für die allgemeine Lage hinzustellen. Wenn Mensdorff sich schon geschmeichelt hatte, die englische Abneigung gegen die Besprechung eines englischen und eines deutschen Staatsmannes durch Wegräumung des belgischen Hindernisses überwunden zu haben, so erklärte ihm Smuts am Abend

des 18. Dezember nach Rücksprache mit Karr wiederholt, daß daran nicht zu denken wäre. Hinter der Wand, auf die der Botschafter jedesmal stieß, wenn er den General ausholen wollte, wie denn die Auseinandersetzung mit Deutschland schließlich erfolgen solle, vermutete er Englands koloniale Annexionsabsichten und den Wunsch, den Wirtschaftskrieg gegen seinen Konkurrenten im Welthandel zu verlängern. Nur hinsichtlich Elsaß-Lothringens ließ Smuts durchblicken, daß es kein unwiderrufliches Kriegsziel wäre: „Solange Frankreich auf Elsaß-Lothringen besteht, müssen wir denselben Standpunkt einnehmen".

Um so gesprächiger zeigte sich Smuts über das Thema des österreichisch-ungarischen Gegengewichtes. Dem Vorhalte Mensdorffs, daß die Sympathien für die Monarchie sich mit dem noch am 12. Januar verkündeten Kriegsziel ihrer Zertrümmerung nicht vereinbaren ließen, wußte er allerdings wenig zu entgegnen, weil er sonst hätte sagen müssen, daß diese Sympathien erst durch die militärische Lage und durch das Ausscheiden des russischen Todfeindes der Monarchie geweckt worden waren. Auch zeugten die Verpflichtungen Englands gegen Italien, Serbien und Rumänien, die sich nur auf Kosten Österreich-Ungarns erfüllen ließen, nicht von besonderer Sympathie für den Staat der Habsburger, wenn auch Lloyd Georges Vorschläge darauf berechnet waren, die zugemuteten Opfer sozusagen als Anzahlung für größeren Gewinn hinzustellen. Als Opfer bezeichnete Smuts die rumänischen Teile der Bukowina, Bosnien, die Herzegowina und einen Adriahafen, sowie das Trentino, während er die rumänischen Aspirationen auf Siebenbürgen und die italienischen Ansprüche auf Triest und die Ostküste der Adria fallen ließ. Als Gewinn stellte er außer der austro-polnischen Lösung die lose Verbindung oder ein enges Bündnis mit Rumänien und Serbien in Aussicht. Rumänien sollte außerdem Bessarabien, Serbien Montenegro erhalten, Bulgarien durch die Dobrudscha und die bulgarischen Teile Serbiens entschädigt und befriedigt werden. Italienische Kompensationen für das Trentino, um die Prinz Sixtus sich bemüht hatte, wurden nicht angeboten. Italien gegenüber könne nur von Entfernung der Reibungspunkte die Rede sein.

So wurde den Leitern der Monarchie am Vorabend ihres Unterganges noch einmal die Fata Morgana eines idealen Do-

nauvölkerstaates vorgespiegelt. Von dem italienischen Anbau befreit, der russischen Sorge ledig, entstand unter dem britischen Zauberstabe ein slawisches Habsburgerreich, das seine deutschen und magyarischen Begründer zu einflußlosen Minderheiten herabgedrückt hätte. Erinnern wir uns, daß Frankreich im August vom Balkan schwieg und das deutsche Element der Donaukonföderation durch Schlesien und Bayern verstärken wollte, so stutzt man doch bei der Behauptung von Smuts, daß England die Wünsche seiner Verbündeten kenne und auf dieselben einen gewissen Einfluß ausüben könnte. War Lloyd George, als er Smuts vorschickte, des Einverständnisses Clémenceaus gewiß, und spricht nicht die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn vom 7. Dezember dafür, daß Italien sich gegen eine Revision seiner durch das Aprilbündnis garantierten Kriegsziele verzweifelt wehrte? War vorauszusehen, daß Rumänien und Serbien der englischen Neuordnung Österreichs sich fügen würden? Waren die Vorschläge wirklich mehr als eine Seifenblase des phantasievollen Walliſers? Wollte er erst hören, wie Czernin darüber dachte, bevor er mit seinem Projekte an Englands Verbündete herantrat? Fast sollte man es vermuten, wenn man bedenkt, daß Smuts schwerlich aus Zartgefühl seinem Fühler noch nicht die Form eines Sonderfriedensangebotes gegeben hat. Es scheint, daß Lloyd George erwartet hat, Czernin werde wieder anklopfen lassen, wenn er sich erst mit seinem Projekt befreundet hätte. Mensdorffs Vorschlag einer Zusammenkunft Czernins mit einem englischen Staatsmann ist offenbar von Smuts so aufgefaßt worden. Von englischer Seite sollte dann etwas Greifbares gebracht, von Czernin mehr über deutsche Kriegsziele gesagt werden. Wie in Freiburg waren Illusionen geweckt, ohne daß man sich näher gekommen wäre.

Noch wartete man in London auf ein Wiener Echo, als der neue Propagandaminister Lord Northcliffe am 24. Februar 1918 in einer von dem Journalisten Steed verfaßten Denkschrift dem Foreign Office Vorschläge zur Unterstützung der Ententepolitik gegenüber der Monarchie machte. Zu einem Sonderfrieden mit Kaiser Karl konnte er nach den bisherigen Mißerfolgen nicht raten. Die Habsburger besäßen, von den Deutsch-Österreichern und den Magyaren kontrolliert, dazu gar nicht die Macht. Auch

müßten die Westmächte mit Italien brechen, wenn sie ihnen annehmbare Friedensbedingungen anbieten wollten. Er empfahl daher, die Macht Österreich-Ungarns, des schwächsten Gliedes in der Kette der feindlichen Staaten, durch Unterstützung und Ermutigung aller deutschfeindlichen Völker und Bestrebungen zu brechen. In seiner Antwort vom 26. Februar erinnerte Balfour daran, daß für die künftige Gestaltung Österreich-Ungarns nicht nur die Wünsche Englands, sondern auch die Erfolge seiner Waffen und die Ansichten seiner Verbündeten in Betracht kämen, glaubte aber, daß es vorläufig genüge, die Propaganda ohne viel Kopfzerbrechen auf die Ermutigung der deutschfeindlichen Elemente in der Monarchie einzustellen. Das könne den Kaiser und den Hof zu einem Sonderfrieden zwingen und vermindere auf alle Fälle den Wert Österreich-Ungarns als eines Gliedes des mitteleuropäischen Blockes. Balfour wußte also einen Monat vor Beginn der großen deutschen Offensive noch nicht, ob der vollkommene Zusammenbruch des Staates der Habsburger oder seine Entdeutschung unter Habsburgischer Herrschaft das letzte Ziel der englischen Politik sein werde, aber er wußte, dank der Politik Kaiser Karls, daß das eine oder das andere das Ergebnis sein werde. Lloyd George aber hat noch im März 1918 durch seinen Geheimsekretär Karr einen Versuch gemacht, eine Fortsetzung des Genfer Gespräches herbeizuführen, um sich von Czernin, der inzwischen Balfours Unterhauserklärung vom 13. Februar und Clémenceaus letztes Wort gehört hatte, sagen zu lassen, daß dies zwecklos wäre.

Von österreichischer Seite ist diese „fast brüske" Abweisung bedauert worden, und auch der Historiker könnte es bedauern, daß infolgedessen die Welt niemals authentisch erfahren wird, was Lloyd George durch seinen Sekretär eigentlich ausrichten lassen wollte. Daß er es wie im Dezember nur auf die Sprengung des Zweibundes abgesehen hatte, ergibt sich aus Balfours Bekenntnis. Wie hätte Czernin danach auf sein Ansinnen eingehen können. Ob seine Sprödigkeit die gleiche gewesen wäre, wenn Karr vor dem 13. Februar angeklopft hätte, darf doch bezweifelt werden. Mit der Instruktion „Anhören, nichts sagen" hätte es sich doch von Czernins Standpunkt aus gelohnt, festzustellen, ob England auch im Namen seiner Verbündeten „Greifbares" zu bieten hatte.

Die Gefahr, sich eine Blöße zu geben, war für Lloyd George entschieden größer als für Czernin, der sich immer darauf hinausreden konnte, der Fortsetzung der Genfer Gespräche in Erwartung der englischen Geneigtheit zur Besprechung mit einem deutschen Staatsmanne zugestimmt zu haben. Von einer solchen Geneigtheit im März 1918 kann natürlich keine Rede sein. Wären Smuts und Mensdorff oder auch Karr und Skrzynski noch einmal zusammengetroffen, so würde sich wohl herausgestellt haben, was Englands Verbündete von Lloyd Georges Angebot wußten, und wie sie sich dazu stellten. So wie es am 18. Dezember von Smuts formuliert worden war, konnte es nicht in unmittelbare Versuchung führen, weil es noch nicht greifbar war, aber es erklärt, weshalb Czernin in Brest Litowsk mit einer Vergangenheit, die mehrfach mit dem Verrat posiert hatte, nicht ganz zu brechen verstand.

Zu einer Geschichte des Friedens von Brest Litowsk fehlt noch das feste Gerüst der Berliner, Potsdamer und Wiener Akten. Die Zeugenaussagen können es wegen der scharfen persönlichen Zuspitzung sachlicher Gegensätze trotz ihrer Ergiebigkeit hier noch weniger als sonst ersetzen. Der Leser sieht sich in Konflikte hineingezogen, in denen der Kernpunkt nur zu häufig zu verschwinden droht. Fehlurteile sind unausbleiblich, wenn man an dieses Kapitel des Weltkrieges herantritt, ohne sich vorher das Problem des Ostfriedens klar gemacht zu haben. So wie es durch den Ausgang der Marneschlacht gestellt war, verlangte es schon Ende 1914 von der politischen und militärischen Leitung des Zweibundes zielbewußte Beseitigung des Brandherdes im Osten, um seine ganze Macht zu einem zweiten Anlauf im Westen einsetzen zu können. Die Russen und ihre serbischen Schutzbefohlenen zu schlagen und ihnen trotzdem durch Verzicht auf Annexionen und Opfer in Ostgalizien und an der Adria die goldene Brücke zu einem Sonderfrieden zu bauen, wäre 1915 der gegebene Weg gewesen. Mit halben militärischen Mitteln ließ sich die Friedensreife Rußlands nicht erzwingen. Durch die Autonomieerklärung Polens sind nicht nur die ersten Ansätze dazu zerstört worden. Denn es ist wohl kaum zu viel gesagt, daß das Manifest vom 5. November 1916 dem Zarismus den Gnadenstoß versetzt hat. Auch mit dem revolutionären Rußland wäre ein Sonderfriede

nur durch Waffengewalt, Verzichte, Opfer und eine vierte polnische Teilung zu erreichen gewesen. Anfangs April 1917 schien der Augenblick dazu gekommen zu sein, als die von Czernin geleitete Politik des Zweibundes die Russen den Westmächten geradezu in die Arme trieb. Auch nach dem Scheitern der Kerenski-Offensive hat der englische Botschafter Buchanan die Machthaber an der Newa bei ihrem Bündnis mit den Westmächten festgehalten, sodaß selbst dem deutschen Siegeszuge nach Riga und Ösel die politische Wirkung versagt blieb, die er anfangs April 1917 ebenso sicher gehabt hätte wie im Februar 1918 der Vorstoß bis zum Peipussee.

Das Problem war also durch die Politik des Zweibundes unlösbar geworden, als es im November 1917 durch die zweite bolschewistische Revolution von Grund aus verwandelt wurde. In dem Funkspruch „an Alle" forderte die Sowjetrepublik die kriegführenden Mächte zur Niederlegung der Waffen auf, um sie durch die rote Armee wieder aufnehmen zu lassen. Das Programm Lenins und Trotzkis hat nicht erst die Folgezeit enthüllt. Schon als sie nach Rußland zurückkehrten, hatten sie keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Weltkrieg durch die marxistisch-bolschewistische Weltrevolution ablösen wollten. Für die Dauer des Friedens mit dem Rußland Nikolaus II. oder Kerenskis wäre seine innere Schwäche die beste Bürgschaft gewesen. Gegen den Bolschewismus mußte ein Pestkordon gezogen werden. Die Randstaatenpolitik wurde aus einem Friedenshindernis zu einem Postulat der europäischen Kultur. Der Grenzwall gegen die asiatische Barbarei konnte nicht weit genug vorgeschoben werden.

Damit fiel den Mittelmächten eine universal-historische Mission zu, wie sie schwerer nicht erdacht werden könnte. Der Grundgedanke der Randstaatenpolitik sollte sich bewähren, als Polen zu einer Zeit, als Deutschland dazu nicht imstande gewesen wäre, die rote Armee zurückschlug, aber die Stellung der Randstaaten zu Deutschland und zu Österreich-Ungarn hing zugleich von dem Ausgange des Weltkrieges ab. Durch die große Offensive im Westen galt es nicht nur einen erträglichen Frieden mit den Westmächten und ihren Verbündeten zu erkämpfen. Auch der Ostfriede wurde erst durch ihr Gelingen gesichert. Das Postulat der Stunde aber lautete: rascheste Organisation der Randstaaten zur Frei-

machung aller verfügbaren Kräfte für die große Entscheidung im Westen.

Nichts anderes scheint Czernin sagen zu wollen, wenn er in seinem Briefe an Tisza am 19. November von seinem Plane spricht, „so rasch wie möglich in Rußland fertig zu werden, dann den Vernichtungswillen der Entente zu brechen und einen Frieden — wenn auch mit Verlusten — zu schließen". Das Urteil von Smuts über die oberste Heeresleitung hat ihm nichts Neues gesagt. Durch einen Besuch des italienischen Kriegsschauplatzes für einige Wochen von seinem Pessimismus geheilt, meinte er am 19. November: „Hindenburg hat bis jetzt alles gehalten, was er vorausgesagt hat." Erst wenn die Deutschen in Paris und Calais standen, behielt er sich vor, den militärischen Annexionspolitikern in den Arm zu fallen, um den Frieden nicht zu verscherzen. Vorerst verfolgten Politik und Kriegführung scheinbar das gleiche Ziel: „Wir können den Frieden nicht erhalten — heißt es in dem nämlichen Briefe — wenn die Deutschen nicht nach Paris kommen, sie können aber nicht nach Paris, wenn wir nicht die ganze Ostfront frei bekommen."

Die Fähigkeit, das Postulat der Stunde zu begreifen, wird man ihm also nicht absprechen dürfen. Um so unverantwortlicher erscheinen seine eigenen Schritte zur Freimachung der im Osten gebundenen Streitkräfte für die Westoffensive. Solange es noch angebracht gewesen wäre, hat er sich gehütet, auf das russische Ansinnen eines Friedens ohne Annexionen einzugehen. Wenn er jetzt der Randstaatenpolitik Hindernisse in den Weg legte, um den Frieden mit der Sowjetrepublik möglichst rasch unter Dach zu bringen, so war das auch nicht aufrichtig gemeint. Aus den Freiburger und Genfer Verhandlungen hatte er die Zuversicht geschöpft, daß die Westmächte einer austro-polnischen Lösung der polnischen Frage den Vorzug gaben. Wenn seine rumänischen Kompensationswünsche durch Prinz Sixtus an die Pariser und Londoner Adresse nicht befördert worden waren, so hatte er seit dem 19. Dezember auch die Gewißheit, daß wenigstens Lloyd George gegen eine Angliederung des Petroleumparadieses an die Donaukonföderation nichts einzuwenden hatte. Darüber, daß er selbst nicht wußte, wie man gegen Ungarn und Deutsche die Änderung „der gesamten Struktur der Monarchie" werde machen

können, setzte er sich vorläufig hinweg. Das große Hauptziel wurde über dem österreichisch-ungarischen Ziel, in der Rolle des Uneigennützigen Kurland und Litauen dem deutschen Einfluß zu entziehen, ganz außer acht gelassen. Schon auf der Fahrt nach Brest setzte er seinem militärischen Begleiter Feldmarschalleutnant Cisicserics auseinander, daß man auf den voraussichtlichen russischen Vorschlag eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen eingehen müßte, obwohl ihm Mensdorff bereits telegraphiert hatte, daß Lloyd George um keinen Preis mit Deutschland verhandeln wollte. Auch zu dem Frieden mit der Sowjetrepublik wurde ein Umweg eingeschlagen mit dem vollen Bewußtsein, daß es ein Umweg war, den man sich im Interesse der Westoffensive sparen mußte.

Es gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten der deutschen Politik, daß Kühlmann sich mit Czernin über die Taktik und das Ziel der Unterhandlungen erst in Brest besprochen hat, als ob sie Führer zweier vom gleichen Willen beseelten Armeen wären, die sich die Vereinigung unmittelbar vorm Feinde gestatten dürfen. Schon das ungelöste polnische Problem hätte verlangt, daß man sich vorher über ein einheitliches Vorgehen verständigte. Seit dem September drängte Czernin auf die bisher zugunsten der germano-polnischen verworfene austro-polnische Lösung. Der französische Köder Schlesiens und Bayerns hat ihn nie gelockt. An die polnische Kompensation für drohende Gebietsverluste hat er sich umso fester geklammert, seitdem er wußte, weshalb die Westmächte die Monarchie zum östlichen Nachbar Deutschlands machen wollten. Weder Wedel noch Kühlmann haben ihn durchschaut, als er mit auffallender Schwenkung die germano-polnische Lösung als das Ende des Zweibundes hinstellte und sich alle für die Angliederung Russisch-Polens an die Monarchie sprechenden Gründe zu eigen machte, als ob er nie eine andere Meinung gehabt hätte. Ohne die Gefahren seines Vorschlages zu verkennen, meinte Wedel, daß sie durch eine Militärkonvention und Zollunion beschworen werden könnten, und Österreich-Ungarn diesen hohen Preis zahlen würde. Auch Kaiser Wilhelm II. bekehrte sich zu einer Lösung, für die er das Zugeständnis der wirtschaftlichen Vorherrschaft Deutschlands in Rumänien zu erreichen hoffte. Die ganze Größe der Gefahr haben in einer Kreuznacher Be-

sprechung vom 7. Oktober nur Hindenburg, Ludendorff und der Kriegsminister von Stein hervorgehoben. Ohne Bismarcks Warnungen vor Augen zu haben, prophezeite der Generalfeldmarschall als Folge der austro-polnischen Lösung einen Krieg mit Österreich-Ungarn. Er wie Ludendorff konnten im Hinblick auf ihre Erfahrungen auch in Militärkonvention und Zollunion mit einem slawisierten Staate keine Sicherung für die Zukunft sehen. Ludendorff machte die Zustimmung der obersten Heeresleitung von der Abtretung eines breiten Schutzstreifens und einer langen Liste von Garantieforderungen abhängig, die nach seiner Berechnung dem Leiter der Monarchie seinen Vorschlag verleiden mußten. Der Ausweg einer russischen Lösung durch eine vierte polnische Teilung, an den Michaelis noch im August gedacht hatte, war im Oktober bereits durch die innere Entwicklung Rußlands verrammelt. Als Czernin am 5. November nach dem Kanzlerwechsel nach Berlin kam, um in der Revision der Kreuznacher Mai-Abmachungen einen Beschluß herbeizuführen, wurden ihm in Ermangelung eines positiven Gegenvorschlages die prophylaktischen Bedingungen der obersten Heeresleitung mitgeteilt. In einer Konferenz, die unter dem Vorsitze Helfferichs als Stellvertreters Hertlings am 6. November stattfand, erklärte Ludendorff unter Vorlegung einer Karte der strategischen Grenze, der Grenzschutz sei immer besser in der eigenen Hand als in der des besten Freundes. Czernin sah sich doch im Gedränge, als auch Helfferich und Hindenburg immer wieder auf Ludendorffs These zurückkamen, daß der Träger der Krone Polens in schärfsten Gegensatz zu Preußen und Deutschland kommen müsse, weil man aus Warschau verlangend nach Danzig, Posen und Wilna blicke. Die Konferenz hatte mit dem Scheinergebnis geschlossen, daß Czernin sich bereit erklärte, den Textentwurf eines zwanzigjährigen Schutz- und Trutzbündnisses vorzulegen und zu dem vorgeschlagenen Schutzstreifen Stellung zu nehmen. Daß nach dem Siege der Sowjetrepublik vom 7. November das nicht mehr geschehen konnte, ohne zu dem veränderten gesamten Ostproblem Stellung zu nehmen, erscheint so selbstverständlich, daß man sich nicht darüber wundern würde, den November und Dezember bis zum Beginn der Brest-Litowsker Verhandlungen mit Berliner und Wiener Konferenzen ausgefüllt zu sehen.

Für die Leiter der französischen Politik hat es nicht der Fehler des Zweibundes bedurft, um die Einheitlichkeit des Randstaatenproblemes zu erkennen. Der kleinen Entente ist die Rolle zugefallen, die von ihnen Ende 1917 noch der verjüngten Donaukonföderation zugedacht war. Dem neuen staatlichen Bollwerk im Osten wird heute die Front gegen Mitteleuropa und Asien zugemutet, während es sich 1917—1918 nur darum gehandelt hat, die Ostfront der Verbündeten gegen Sowjetrußland zu sichern. Das aber war nicht möglich, ohne die Zukunft Rumäniens, Polens, Litauens, Kurlands und weiterhin Livlands, Estlands und Finnlands unter dem gleichen Gesichtspunkte zu betrachten. Dem Mangel an gutem Willen in Wien pflegte jedoch in Berlin der Mangel an Einsicht zu entsprechen. Für Hertling und Kühlmann war „das Verhältnis zu Österreich-Ungarn" wie bei ihren Vorgängern der nachbismarckschen Zeit „das Pivot der gesamten deutschen Politik" im Sinne eines auf ängstliche Nachgiebigkeit eingestellten Abhängigkeitsverhältnisses. Als ob das Randstaatenproblem nicht schwer genug gewesen wäre, sind sie an die Befriedung des Ostens mit dem Vorsatz herangetreten, „ein gutes wirtschaftliches und politisches Verhältnis mit dem neuen Rußland herzustellen, Deutschland den Rücken militärisch vollständig freizumachen, gleichzeitig aber von dem bisherigen Rußland gewaltige Gebietsteile loszulösen und diese zu wirkungsvollen Bollwerken an der deutschen Grenze auszugestalten". Wie hätten sie mit einer Denkungsart, die dem Bolschewismus bald in der russischen Botschaft in Berlin eine Heimstätte bereitete, erkennen sollen, daß gerade die Einheitlichkeit des Randstaatenproblemes der gefährlichen Isolierung der polnischen Frage ein Ende machte und ihrem Bestreben, Österreich-Ungarn bei dem Bündnis festzuhalten, zu Hilfe kam. Ludendorff stieß bei Hertling auf eine auch bei einem Süddeutschen unentschuldbare Verständnislosigkeit für die Gefahr einer Vereinigung Polens und Litauens. Nicht einmal im Schoße der deutschen Reichsregierung ist das politische Ziel klar herausgearbeitet worden. In einer Kreuznacher Beratung am 18. Dezember 1917 entschied sich der Kaiser für den von der obersten Heeresleitung geforderten polnischen Schutzstreifen. Auch von der Personalunion Kurlands und Litauens mit Preußen oder dem Reiche war die Rede. Das Thema der

Vereinigung der deutschen Randstaatenpolitik mit der föderalistischen Neuorientierung der Monarchie wurde nicht berührt. Kühlmann hatte in der Hauptsache recht eigentlich keine Instruktionen, als er in Brest mit Czernin zusammentraf.

Unter diesen Umständen war es noch ein Glück, daß die Verhandlungen über Waffenruhe und Waffenstillstand von dem Vertreter der obersten Heeresleitung, General Hoffmann, allein geführt worden waren. Schon dabei trat das Bestreben der Bolschewisten zutage, dem Weltkrieg an allen Fronten die Weltrevolution folgen zu lassen. Nur an der militärischen Festigkeit scheiterte ihr Versuch, auch nach Abschluß eines Sonderwaffenstillstandes den bereits eingeleiteten Abtransport von Ostdivisionen nach dem Westen zu verhindern. Um so leichteres Spiel hatte der russische Abgesandte Joffe mit Czernin und Kühlmann, obwohl er Czernin bereits am 20. Dezember mit der denkbar größten Offenherzigkeit erklärt hatte: „Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, auch bei Ihnen die Revolution zu entfesseln". Kühlmann war bereits nach einigem Sträuben im Schlepptau Czernins, als er bei der ersten Besprechung am 22. Dezember, statt die Friedensbedingungen der Sieger vorzulegen, Joffe aufforderte, seine Ansicht über die Gestaltung des Friedens zu entwickeln. In einer noch nie dagewesenen Weise ließ sich der Sieger das Gesetz des Handelns von dem Besiegten vorschreiben. Auch für Czernin bedeutete es eine Überraschung, daß Joffe sich nicht auf die Forderung eines allgemeinen Verzichtfriedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen beschränkte. Die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erhielt im dritten der sechs russischen Punkte die Fassung, daß den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege nicht selbständig waren, die Möglichkeit gewährleistet werden solle, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Die Randstaatenpolitik wurde durch eine Politik pariert, die in Fortsetzung zaristischer Traditionen auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns zielte. Czernin sah sich genötigt, in der Antwort vom 25. Dezember, die die vorausgesehenen russischen Bedingungen annahm, gegen die zwischenstaatliche Regelung der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen ohne staatliche Selbständigkeit zu pro-

testieren. Er bemerkte also nicht, daß er damit auch den Russen das Recht zugestand, die Frage der Randstaaten mit den russischen Fremdvölkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Von deutscher Seite ist die Antwort vom 25. Dezember als Schachzug bezeichnet worden. Das trifft nur insofern zu, als Czernin sicher wußte und Kühlmann vermutete, daß die Entente sich ablehnend verhalten würde, während Bulgarien und die Türkei nur unter dieser Voraussetzung widerwillig zugestimmt hatten. Um so unverständlicher erscheint eine Geste, die weder die Entente noch Rußland noch auch die Reichstagsmehrheit täuschen konnte. Smuts hatte in Genf Mensdorff auszuholen gesucht, ob Deutschland es auf Randstaaten oder Annexionen abgesehen habe. An die Räumung der besetzten Gebiete des Ostens hat man im Feindeslager am wenigsten geglaubt. So wie die Dinge lagen, gab es keinerlei Mittel und Wege, auch bei größter Uneigennützigkeit dem Odium der Annexionen auszuweichen. Weder mit der Absicht, den Osten für die Herstellung des status quo ante haftbar zu machen noch als Mittel, die Entente offiziell zu sprengen, ließ sich ein Schritt rechtfertigen, der auf dem Wege zur Westoffensive ein Rückschritt war. Als Schachzug überflüssig und nutzlos mußte sich die Antwort vom 25. Dezember als schädlich erweisen, wenn die Russen sich nach Ablauf der der Entente gesteckten Frist Forderungen gegenübersahen, die ihr grundsätzlich widersprachen. General Hoffmann setzte es daher schon am folgenden Tage bei Czernin und Kühlmann durch, daß er Joffe auf das, was ihm bevorstand, vorbereiten durfte. Schon vor der Verhandlungspause, die sich aus der Antwort vom 25. Dezember ergab, wurde den Russen ein Agitationsmittel in die Hand gegeben, das ein Ultimatum der Sieger am 22. Dezember unwirksam gemacht hätte.

Die Folgen waren nach allen Seiten groteske. Weder Czernin noch Kühlmann ist es zum Bewußtsein gekommen, daß sie sich selbst ad absurdum geführt hatten. Während Czernin für den Fall, daß die Sowjetrepublik die Verhandlungen abbrechen sollte, mit einem Sonderfrieden drohte, wurde seit dem 1. Dezember unter ausdrücklicher Berufung auf den dritten der sechs russischen Punkte die Gründung eines tschechoslowakischen Staates auf inter-

nationalem Wege öffentlich eingeleitet. Kühlmann aber glaubte, den verfahrenen Karren nur durch Nachgiebigkeit in der polnischen Frage wieder ins Geleise schieben zu können. Anstatt das Ziel der Grenze gegen den Bolschewismus unverrückt im Auge zu behalten, ließ er nichts unversucht, dem Kaiser den einer austropolnischen Lösung im Wege stehenden Schutzstreifen auszureden. Um die Jahreswende stand die Sache so, daß Wilhelm II. auf ein eingefordertes Gutachten Hoffmanns, das den prophylaktischen Charakter des geforderten Schutzstreifens völlig übersah, sich mit der militärischen Sicherung Thorns und des Kohlenreviers von Bendzin begnügen wollte. Die oberste Heeresleitung mußte feststellen, daß die Diplomatie im Begriffe stand, die östlichen Voraussetzungen der Westoffensive zu zerstören und durch die Überlassung Polens an Österreich-Ungarn einen neuen Feind Deutschlands in den Sattel zu heben.

Wer unvorbereitet an die Akten des Konfliktes zwischen Hindenburg-Ludendorff und Hertling-Kühlmann herantritt, wird geneigt sein, darin eine Bestätigung der Diktaturgelüste der beiden großen Heerführer zu finden. Eingehender ist auch in den Auseinandersetzungen Bismarcks mit dem Generalstab die Frage des Primats der politischen Leitung nicht erörtert worden. Hält man sich aber gegenwärtig, was die Heeresleitung für die Erfüllung und Erleichterung ihrer Aufgabe von der Politik mit Recht erwarten durfte, so gewinnen doch ihre bis zur Opposition gegen den obersten Kriegsherrn gesteigerten Proteste ein anderes Gesicht. Zum ersten Male glaubt man in den Denkschriften Hindenburgs und Ludendorffs das Zittern einer nur zu begreiflichen Nervosität zu spüren „Indes wir reden — Gott — verrinnt die Zeit."

Die Rechtfertigung der Haltung der Generale sollte nicht auf sich warten lassen. Lenin und Trotzki waren sich vollständig klar darüber, daß sie nicht mehr kämpfen konnten, aber sie trösteten sich jetzt mit dem Gedanken, daß der Gegner selbst der Revolution Vorspanndienste leisten würde. „Um die Verhandlungen hinzuziehen, muß ein Hinzieher da sein," sagte Lenin zu Trotzki, als er ihn aufforderte, an Joffes Stelle nach Brest-Litowsk zu gehen. So begannen am 10. Januar 1918 die aus dem Fenster Asiens gehaltenen Reden Trotzkis an das europäische Prole-

tariat. Vergeblich suchte sich Kühlmanns Dialektik in den Weg zu stellen. Bereits am 16. Januar setzte in Wien, durch die ganz zerrütteten Ernährungsverhältnisse begünstigt, eine Streikbewegung ein, die sich in größerem Maßstabe am 28. Januar nach Deutschland fortpflanzte. Schon damals zeigten sich die charakteristischen Merkmale der Novemberrevolution: Die Kommunisten der Kientaler Richtung tonangebend, die Masse der Sozialdemokraten nicht ohne Zögern folgend, zuletzt die Parteiführer, um nicht entthront zu werden, nachdem sie 1917 wiederholt das Revolutionsgespenst an die Wand gemalt hatten. Noch war ihnen der Staat überlegen, aber die ans Warten gewöhnte bolschewistische Diplomatie hatte jetzt die Gewißheit, daß die Zersetzung Deutschlands und der Donaumonarchie nur noch eine Frage der Zeit sei.

Die nächste Folge dieser Entwicklung war der völlige Schiffbruch der Politik Czernins. Nicht nur die Wiener Hungerkatastrophe hat ihn verhindert, mit der Drohung eines Sonderfriedens Ernst zu machen. Das Entscheidende war, daß Trotzki ihn genau so hinzog wie Kühlmann. Für den Ostfrieden noch einmal zu den Waffen zu greifen, verbot ihm ebensosehr die Lage der Monarchie wie seine eigene Denkweise. So griff er auf Rat des General Hoffmann nach dem Strohhalm eines Brotfriedens mit der Ukraine, um durch ihre Bedingungen sofort daran erinnert zu werden, wie tief durch seine Schuld das Ansehen Österreich-Ungarns im Osten bereits gesunken war. Die jugendlichen Vertreter der Kiewer Zentral-Rada sahen wie ostjüdische Handelsbeflissene aus, aber das hinderte sie nicht, sich so aufzuspielen, als ob die ungebrochene Macht des Zarenreiches hinter ihnen stünde. Auf die Abtretung der ruthenischen Teile Ostgaliziens und der Bukowina haben sie zwar, als der General ihnen ihre Unverschämtheit vorhielt, „verzichtet", aber nur, um desto hartnäckiger auf der Forderung des Cholmer Landes und der Bildung eines autonomen ostgalizischen Gliedstaates der Donaukonföderation zu bestehen. Auf dieser Grundlage ist am Vorabend der Vertreibung der Kiewer-Rada durch die Bolschewisten der Friede mit der Ukraine geschlossen worden. Der Pazifizismus Kaiser Karls und das Wiener Brotbedürfnis erwiesen sich stärker als alle staatsmännischen Erwägungen. Auch der Polenklub wollte jetzt

nichts mehr von der austro-polnischen Lösung wissen, die Polen mit Cholm bezahlen sollte. Der erste Schritt zur Föderalisierung der Monarchie kostete sie unter Beschleunigung ihres Auflösungsprozesses den größten der neuen Gliedstaaten, auf die Czernin gerechnet hatte.

Die Marschrichtung Czernins blieb nichtsdestoweniger die gleiche. Als er Tisza sein Programm entwickelte, hatte er sich vorbehalten, dem deutschen Sieger um des Friedens willen in den Arm zu fallen. Obwohl seine Politik bisher mehr auf die Hintertreibung als auf die Förderung eines deutschen Sieges gerichtet gewesen war, hielt er es für angezeigt, bei einer Besprechung in Berlin am 5. Februar zur Vorbereitung seines geplanten Attentates die Frage anzuschneiden, wie weit Österreich-Ungarn durch sein Bündnis mit Deutschland verpflichtet wäre, über die Wahrung des territorialen status quo ante bellum hinauszugehen. Der Umstand, daß weder Hertling-Kühlmann noch Hindenburg-Ludendorff seine Vereinbarung mit Bethmann Hollweg vom 27. März 1917 und ihre Entstehung kannten, gestattete ihm, diesem Dokument eine Deutung zu geben, die ganz davon absah, daß seinerzeit gerade er Rußland und Rumänien für den status quo ante haftbar gemacht hatte. Der Bündnisentwurf, den er nach dieser Einleitung vorlegte, erweckt den Eindruck, daß er in einer optimistischen Stunde von einem Gelingen der Westoffensive den völligen Verzicht des Feindbundes auf europäische und koloniale Annexionen erwartet hat und deutschen Ansprüchen auf Longwy Briey und die Vormundschaft über Belgien vorbeugen wollte.

Die nächste Wirkung der Annahme des Entwurfes wäre jedoch wohl die gewesen, daß Czernin sich von der Ostpolitik Deutschlands lossagte. Die Neigung dazu trat jedenfalls schon bald darauf zutage, als Trotzki am 10. Februar erklärte, Sowjetrußland könne auf die Bedingungen des Gegners keinen Frieden schließen, betrachte aber den Krieg als beendigt. Kühlmann hatte in Berlin zugesagt, daß er nach Abschluß des Friedens mit der Ukraine mit Trotzki brechen wolle. In Brest geriet er, durch den Schachzug der bolschewistischen Diplomatie matt gesetzt, wieder unter den Einfluß Czernins, der sich mit einem Scheinfrieden abfinden wollte. Ludendorff kämpfte recht eigentlich für die Westoffensive,

als er am 13. Februar in Homburg vor Hertling, dem Vizekanzler von Payer, Kühlmann, Hindenburg und dem Chef des Admiralstabs sich dafür einsetzte, daß im Osten mit den Waffen Schluß gemacht werde. Die kurze Aufzeichnung, die sich der General darüber gemacht hat, stellt sich mit der Schlagkraft ihrer Sätze würdig neben die große Denkschrift von 1912, durch die der Oberstleutnant Ludendorff von Deutschland das Verhängnis der Erdrückung abzuwenden gesucht hatte. Es bedurfte wiederholter Anläufe, um Hertling und Payer dahin zu bringen, daß sie sich nach Ablauf des Waffenstillstandes mit der Vorschiebung der Demarkationslinie gegen den Bolschewismus einverstanden erklärten. Der rasche und glatte Verlauf der Operationen — am 24. Februar die Annahme der deutschen Bedingungen, am 3. März die Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk — bewies, was sich schon unmittelbar nach Beginn der Brester Verhandlungen hätte erreichen lassen, wenn „die Kriegführung nicht durch politische Fesseln beengt" worden wäre. Es gibt keine schlagendere Widerlegung der Legenden über die oberste Heeresleitung als die Tatsache, daß sie diese Fesseln bis in den Februar 1918 nur allzu geduldig getragen hat. Im April 1917 hätten Politik und Kriegführung durch die weise Vereinigung von militärischem Druck und Schonung des Gegners mit Rußland wohl einen Nikolsburger Frieden schließen können, der die ganze Ostfront frei machte. 1918 mußte der Westoffensive unter allen Umständen die notwendige Rückendeckung gegen den Bolschewismus entzogen werden, aber es leuchtet ein, daß diese leidige militärische Notwendigkeit erträglicher gewesen wäre, wenn der Friedensschluß zwei Monate früher erfolgt wäre. In den Beratungen Ludendorffs mit den Generalstabschefs der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Kronprinz Wilhelm, General von Kuhl und Oberst Graf von der Schulenburg, hat der Generalquartiermeister immer wieder auf den April als äußersten Angriffstermin mit den Worten hingewiesen: „Ich kann nicht warten, sonst kommen uns die Amerikaner auf den Hals." Als die grundsätzliche Entscheidung für die Offensive am 21. Januar fiel, schwebte ihre Ausführbarkeit noch im Ungewissen. Erst der Friede vom 3. März hat erlaubt, am 10. den Angriff auf den 21. März festzusetzen. Ohne ihre Auflehnung gegen die politische Leitung hätte aber die

oberste Heeresleitung auch den äußersten Termin verstreichen lassen müssen.

Den beträchtlich nachhinkenden Abschluß des Friedens mit Rumänien hat die Offensive unter diesen Umständen nicht abwarten können. Auch da ist für die Einleitung der Verhandlungen Czernins Leitmotiv der Gedanke an den Ausbau der Donaukonföderation gewesen. Mit dem englischen Vorschlage, den Anschluß Rumäniens durch territoriale Opfer zu erkaufen, hätte er freilich nach den Erfahrungen mit den Polen nichts anfangen können. Schon der Verzicht auf einen breiten Schutzstreifen an der Siebenbürgischen Grenze hat seine Stellung auch bei den Magyaren erschüttert. Auch wäre es an sich verständlich, daß der Außenminister der Donaumonarchie sich gegen das Übergreifen des deutschen Imperialismus nach der unteren Donau zu wehren suchte, wenn er nicht auch da durch die heimliche Verständigung mit der Dynastie unter Ausschaltung der deutschfreundlichen Elemente Rumäniens im Endergebnis nur die Geschäfte der Entente besorgt hätte.

Kühlmann hat es offenbar als einen Erfolg seiner nachgiebigen Politik angesehen, daß Czernin in der letzten Phase seines Ministeriums sich für den status quo ante einsetzend nicht mehr auf das Opfer der Reichslande gedrängt hat. Sieht man näher zu, so ist der Grund dieses Wandels doch kein anderer, als die durch den italienischen Erfolg neugeweckte Hoffnung, außer Triest auch das Trentino behaupten zu können. Wenn das voraussetzte, daß die deutschen Waffen bis nach Paris und Calais vordrangen, so ist Czernins Förderung eines Unternehmens, von dessen Gelingen auch das Schicksal der Monarchie abhing, eine recht eigenartige gewesen. Ehe sich die Wege des Kaisers und seines Ministers schieden, zeigte ihre Politik auch in ihren Widersprüchen noch einmal eine beachtenswerte Übereinstimmung. Als Ludendorff am 15. Dezember 1917 die Beteiligung der Wehrmacht Österreich-Ungarns an den bevorstehenden Kämpfen im Westen anregte, weil ihr Ausgang über die Zukunft beider Zweibundmächte entscheide, hatte General von Arz am 29. Dezember im Auftrage seines obersten Kriegsherrn bereitwillig zugesagt, wußte aber immer neue Ausflüchte, bis er im März durch Andeutungen die dem General von Cramon von anderer Seite zugetragene

Nachricht bestätigte, daß Kaiserin Zita keine Österreicher in Frankreich kämpfen lassen wollte. Die daraufhin geforderte Entlastungsoffensive an der italienischen Front hat zu spät eingesetzt, um ihren Zweck zu erfüllen. Der Einsatz österreichischer Streitkräfte im Westen ist erst seit dem Juli unter dem Drucke der durch die Aprilvorgänge geschaffenen Zwangslage erfolgt, als es auch dort zu spät war.

Es gehört zu den unausrottbaren deutschen Illusionen auch für jene Zeitspanne nach Friedensmöglichkeiten Umschau zu halten, die rechtzeitig erkannt und benützt uns der Offensive von 1918 enthoben hätten. Wer nicht sehen will, würde sich auch durch einen Blick hinter die Kulissen des Feindbundes nicht eines besseren belehren lassen. Daß der Blick für 1918 noch nicht so frei ist wie für 1917, hat dieser Tendenz natürlich Vorschub geleistet. Der Öffentlichkeit der Brester Verhandlungen haben öffentliche Kundgebungen aus dem feindlichen Lager entsprochen, die heute noch wie 1918 als eine gewisse Geneigtheit zu einer Revision der Kriegsziele gedeutet werden. Welche Schlüsse die Westmächte und die Vereinigten Staaten unter sich aus der Komödie von Brest Litowsk gezogen haben, ist noch nicht enthüllt worden. Man muß ihr Tun und Lassen scharf beobachten, um zu ergründen, wie sie die Lage angesehen haben, was stärker war, die Geringschätzung der Diplomatie des Zweibundes oder der sorgenvolle Respekt vor dem deutschen Generalstab. Es gibt doch zu denken, daß erst die Märzoffensive die offene Frage des französischen Oberbefehls entschieden hat. Wenn der rettende Entschluß hinausgeschoben wurde, bis der Entente das Messer an der Kehle saß, so darf wohl angenommen werden, daß die wachsende Geringschätzung des Gegners dabei mitgesprochen hat. Soweit ist sie freilich nie gegangen, daß der Abwehrgedanke den Willen zum Endsieg beeinträchtigt hätte. Der Zwang zur Abwehr ist erst durch die politische Offensive erträglich geworden, und den Mut zu dieser Offensive haben sich die Staatsmänner der Entente zweifellos im Lager des Zweibundes geholt. So wie Ludendorff sich die schwache Stelle der englisch-französischen Naht an der feindlichen Front zum Angriff auserkor, konnte die Verbandsdiplomatie gar kein anderes Ziel verfolgen, als den Keil zwischen die Zweibundmächte zu treiben. Nach wie vor finden

wir sie am Werk, Österreich-Ungarn als den sturmreifen Teil außer Gefecht zu setzen, mit dem immerhin bemerkenswerten Unterschiede, daß ihre weniger nachhaltigen Bemühungen doch auch hier von der Geringschätzung des Gegners Zeugnis ablegen. Lord Northcliffes Rezept ist schon, bevor er es niederschrieb, allenthalben angewandt worden. Man läßt es bis zu einem gewissen Grade darauf ankommen, ob das alte Österreich-Ungarn zerfällt oder eine Donaukonföderation den Anschluß an die Verbandsmächte findet, fest überzeugt, daß so oder so der Zweibund in nicht allzu ferner Zeit zerbrechen wird. Von einem ernstlichen Werben um die Monarchie wie im August 1917 kann doch wohl auch bei Lloyd George, wenn man seinen Märzfühler in diesen Zusammenhang einreiht, kaum die Rede gewesen sein.

Schon am 8. Januar 1918, zwei Tage vor Trotzkis Brester Eröffnungsrede, suchte Wilson durch die vierzehn Punkte den Oberbefehl der politischen Offensive an sich zu reißen. Wir kennen jetzt die vorbereitende Denkschrift mit den Randbemerkungen des Präsidenten. Sie könnte in der rein kapitalistischen Einschätzung der Aktiva und Passiva des Krieges nicht amerikanischer sein: An dem Endsieg ist in Hinblick auf die Überlegenheit der Vereinigten Staaten und der Entente an Menschen- und Rohmaterial nicht zu zweifeln. Nichtsdestoweniger halten die Verfasser es für unmöglich, Österreich-Ungarn zu erobern und bis ins Herz Mitteleuropas vorzudringen. Die Hauptwaffe bleibt die Aussperrung Deutschlands vom Weltmarkt. Durch einen Zermürbungskrieg wird höchstens der langsame Rückzug der Deutschen aus dem völlig verwüsteten westlichen Belgien und nördlichen Frankreich erreicht. Mehr Erfolg verspricht sich die Denkschrift von einer weiteren Demokratisierung Deutschlands und der Aufstachelung der Nationalitäten der Donaumonarchie. Der Gedanke an die Zertrümmerung Österreich-Ungarns wird noch zurückgestellt. Neben Fortschritt, Zentrum und Sozialdemokratie, die im Juli 1917 die Reichstagsresolution erzwangen, und neben Polen, Tschechen und Kroaten werden auch die durch Eingehen auf ihre nationalen Ansprüche zu gewinnenden Bulgaren als Aktiva in die amerikanische Rechnung eingestellt. Mit ihrer Hilfe hofft Wilson außer der völligen Wiederherstellung Belgiens die Räumung der besetzten Gebiete, die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich,

die nationale Berichtigung der italienischen Grenze, Serbiens Zugang zum Meere, einen großpolnischen Staat mit dem gleichen Zugeständnis, die Föderalisierung Österreich-Ungarns, die Losreißung der geknechteten Rassen von der Türkei und die Verschacherung der deutschen Kolonien durchzusetzen. Mehr als das „antikapitalistische Empfinden" der russischen Revolutionäre beunruhigt diese noch zu wenig mit dem Bolschewismus rechnenden Amerikaner die Zukunftsgefahr, daß Deutschland den russischen Markt völlig erobern könnte. Daß es nicht dazu kommt, wird ein demokratischer Völkerbund unter amerikanischer Führung verhüten. Zu diesem Zwecke hat der Präsident durch eine Offensive des Liberalismus die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu schaffen und die Liberalen in England und Frankreich hinter sich zu bringen.

Scharfblickende Augen haben bereits damals hinter den 14 Punkten dieses Unterfutter gewittert. Wenn Wilson von der Wiedergutmachung des Unrechts von 1870 sprach, konnte darunter allenfalls auch die autonome Selbstbestimmung der Elsaß-Lothringer verstanden werden. Durch die eindeutige Randbemerkung des Präsidenten ist das ausgeschlossen. Es verlohnt sich nicht, länger bei den Unterredungen zu verweilen, die am 20. Dezember 1917 in Genf zwischen dem Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann und den Amerikanern Professor Herron und Konsul Edelmann, am 3. Februar 1918 ebenfalls in Genf zwischen dem Österreicher Lammasch und Herron, vom 5. bis zum 7. März 1918 im Haag zwischen Oberst v. Haeften und dem im Pressedienst der Haager Gesandtschaft tätigen deutschamerikanischen Ingenieur Nöggerath stattfanden, weil sie schon durch die Bedingung der Autonomie Elsaß-Lothringens als Privatvergnügungen amerikanischer Amateurdiplomaten gekennzeichnet werden. In den echten Bedingungen wird auch Österreich-Ungarn nicht begünstigt. Die Tendenz, den Staat der Habsburger aufzulockern, will kein Vacuum schaffen, aber es fehlt ihr auch der Hemmschuh der westmächtlichen Sorgen um die Ausfüllung des Vacuum durch einen Neubau. Sie hat ganz folgerichtig im Oktober mit den diabolischen Noten Lansings geendigt und beweist, daß man in Wien noch weniger als in Berlin zu amerikanischen Illusionen Ursache hatte.

In Wien aber hat man nicht geruht, bis man diesen Beweis

schriftlich in Händen hatte. Am 11. Februar ließ Wilson dem großen Katechismus der 14 Punkte den Auszug der vier Grundprinzipien folgen. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob etwa Verwahrungen der Verbündeten gegen sein Programm vom 8. Januar ihn veranlaßt haben, sich von den konkreten Kriegszielen auf kautschukartige Allgemeinheiten zurückzuziehen. Als aber Kaiser Karl auf dem Umweg über eine neutrale Macht wie Faust dem Erdgeist dem Präsidenten am 17. Februar erklärte, wie nahe er sich ihm fühlte, wurde er am 5. März in sein Nichts zurückgeschleudert. Den eignen Orakelsprüchen hatte Wilson nichts hinzuzufügen, dagegen erwartete er von Kaiser Karl Vorschläge zur Beseitigung der Balkanwirren, zur Befriedigung der nationalen Aspirationen der Serben und Italiener und zur Lösung der adriatischen Fragen. Mit anderen Worten, er forderte ohne Andeutung irgendwelcher Kompensationen Abtretungen an Serbien und Italien und Verzicht der Monarchie auf freien Zugang zur See.

Die englischen Illusionen sind auf deutscher Seite größer gewesen als in Wien, wo die Eröffnungen des General Smuts über Lloyd Georges Kriegsziele keinen Zweifel gelassen hatten. Immerhin wollte es mehr als die Annäherung amerikanischer Sportpolitiker bedeuten, wenn ein Mann wie Lord Lansdowne aus Besorgnis, daß Lloyd George den Bogen überspannen könnte, auf eine Kompromißlösung hinsteuerte, die aus den Streitobjekten Südtirol und Elsaß-Lothringen autonome Pufferstaaten gemacht hätte. An eine Herstellung des status quo ante aber hat mit der verschwindenden Ausnahme einiger Pazifizisten kein Engländer auch nur im Traume gedacht. Lloyd George hat am 5. Januar nicht einmal vor den Gewerkschaften nach einigen Phrasen, daß es nicht auf die Auflösung Deutschlands und Österreich-Ungarns abgesehen wäre, seine Kriegsziele verschleiert. Auch die englischen Arbeiterführer fanden es ganz in der Ordnung, daß die Friedenskonferenz in erster Linie die Wünsche der Stämme Deutsch-Südwest- und Ostafrikas mit Ausnahme der verpreußten Askaris berücksichtigen solle. Lloyd George hatte die Nation hinter sich, wenn er dabei von der Voraussetzung ausging, daß den Eingeborenen der deutschen Kolonien nur der Wunsch, britisch zu werden, gestattet sein sollte.

Die schroffste Zurückweisung eines unmittelbaren Friedensfühlers vor der großen Offensive blieb Frankreich vorbehalten. Die Freiburger Gespräche Armands und Revertéras im Februar 1918 sind zugleich das Vorspiel des Duells Clémenceau-Czernin gewesen. Die veröffentlichten französischen Generalstabsakten sind daher begreiflicherweise unvollständig und wohl auch ziemlich retuschiert. Ob durch Vergleich mit den Berichten Revertéras viel gewonnen würde, darf bezweifelt werden. Czernins Auftrag und seine Ausführung ist auch aus dem zugänglichen Material ersichtlich. Revertéra aber ist ebensosehr, wenn nicht noch mehr der Beauftragte des Kaiserpaares gewesen, dem er keinen zu den Akten gehenden Bericht erstattet hat. Die Ziel- und Uferlosigkeit seiner ersten Unterredung mit Armand am 1. Februar nach dessen Bericht vom 7. wird wohl echt sein. Man wird danach annehmen dürfen, daß Revertéra zunächst als Gesandter Zitas am 20. Januar aus Wien aufgebrochen ist, um durch sein Erscheinen in der Villa Bethlehem in Freiburg Armand zu einem Besuche einzuladen. Armand aber hat zum mindesten den Spezialauftrag des französischen Generalstabs erhalten, herauszubekommen, ob die Westmächte nur mit Offensivdrohungen oder mit einer Offensive großen Stils in nächster Zeit zu rechnen hätten.

Die Antworten, die er erhielt, widersprachen sich. Am 1. Februar sagte Revertéra, die Deutschen rüsteten sich, um den Amerikanern gewachsen zu sein, am 3. gestand er, daß Ludendorff für den Angriff wäre. Er würde wohl noch mehr verraten haben, wenn Armand auf seinen Fühler eines Sonderfriedens zwischen Frankreich und Österreich-Ungarn eingegangen wäre. So hemmungslos hat der Vertraute Kaiser Karls nicht einmal im August 1917 sein Herz über die Alldeutschen, über Preußen und besonders über Ludendorff, den sein Kaiser verabscheue, ausgeschüttet. Man glaubt Zita zu hören, wie sie sich in die kindische Idee hineinredet, den Kampf um Elsaß-Lothringen durch einen Sonderfrieden mit Frankreich allein zu dessen Gunsten zu entscheiden und Italien zu isolieren. Ihr Veto gegen österreichische Waffenhilfe im Westen ist auf diese Idee zurückzuführen. Czernin wußte doch zu gut, was einem österreichisch-französischen Sonderfrieden im Wege stand. Sein Auftrag hat offenbar nur gelautet, die verlorene Fühlung wiederzugewinnen. Über das Novemberinter-

mezzo ist Revertera wohl aus diesem Grunde hinweggegangen. Als Beauftragter Zitas hat er von einer Diktatur Ludendorffs gesprochen, als Sendbote Czernins strich er den Minister als den einzigen Staatsmann der Mittelmächte und den eigentlichen Leiter der Außenpolitik des Zweibundes heraus. Selbst die Kränklichkeit Czernins mußte herhalten, um den Franzosen eine Verständigung mit ihm nahezulegen, bevor er einen unwillkommenen Nachfolger erhielte.

Diese Doppelrolle Reverteras erklärt es, daß Armand vom 23. bis 25. Februar die Villa Betlehem nochmals besucht hat. Über seinen Auftrag schweigen die Akten. Der Ausgang der Gespräche vom 1. bis 3. Februar läßt vermuten, daß er zunächst anhören sollte, was Czernin eigentlich mitzuteilen hatte. Ob Clémenceau, der über den englischen Dezemberfühler unterrichtet war, auf den Gedanken eines Sonderfriedens zwischen Österreich-Ungarn und der Entente zurückkommen wollte, bleibt ebenso wie der unausgeführte englische Märzfühler im Dunkeln. Nach den französischen Akten lag die Mitteilung Czernins, als Armand in Freiburg wieder eintraf, noch nicht bereit. Die beiden Unterhändler konnten daher zunächst ihr historisch-politisches Gespräch fortsetzen. Mit Hilfe des Sanatoriumsleiters erfuhr jetzt Armand wenigstens soviel, daß der Beginn der Offensive, wie die kaiserliche Gesandtschaft in Bern vermute, wegen des schlechten Wetters verschoben wäre. Revertera mußte sich verhöhnen lassen, daß Czernin sich Polen verscherzt hätte, das er 1917 hätte haben können. Wie Prinz Sixtus seinem Schwager immer suggeriert hatte, daß er von Deutschland verraten werde, benutzte Armand den blinden Preußenhaß Reverteras, um ihm das Märchen aufzubinden, daß die Lostrennungsbestrebungen der Tschechen, Serben, Kroaten und Slowenen von der großdeutschen Politik der Hohenzollern subventioniert würden. Das Weiterspinnen dieses Fadens würde vielleicht zu einem neuen Sonderfriedensangebot an die Monarchie geführt haben, wenn Czernins Telegramm ihn nicht abgeschnitten hätte. Seine mit Wissen und Billigung Kühlmanns abgegebene Erklärung, daß er zur Einleitung von Friedensverhandlungen auf der Grundlage des status quo ante bereit wäre, weckte in Paris noch einmal die Erinnerung an sein Suchen nach kolonialen oder russischen Kompensationen für Elsaß-Lothringen.

Damals, konstruierte man sich den Zusammenhang, hat Czernin mit dem Friedensbedürfnis des deutschen Kronprinzen gerechnet. Jetzt herrscht Ludendorff, und dem Außenminister der Monarchie sind die Ereignisse in Italien und Rußland in den Kopf gestiegen. Armand hatte sich die Erklärung Czernins von Revertera schriftlich geben lassen. Clémenceau begnügte sich am 28. Februar, jeden weiteren Gedankenaustausch für zwecklos erklären zu lassen. Das letzte Kapitel der Beziehungen Frankreichs und Österreich-Ungarns schloß in einem Sanatorium mit der formlosen Mitteilung eines Nervenarztes an einen Neurastheniker.

So war gleichzeitig mit dem Abschluß des Ostfriedens durch fortgesetzte Einbußen an politischem Ansehen die Gewißheit erreicht worden, daß der Westfriede nur durch Kapitulation auf die 14 Punkte in ungünstigster Auslegung erlangt werden konnte. Milderung der Bedingungen mußte erkämpft werden. Die Defensive war durch Blockade und den Einsatz Amerikas eine befristete und versprach bestenfalls eine halbe Kapitulation. Der Beweis war erbracht, daß Deutschland nur offensiv seinen Großmachtrang behaupten konnte, aber er war mit Opfern erbracht, die den Erfolg in Frage stellten. An der Schwäche der politischen Leitung des Zweibundes und an der schwierigen Haltung der Sozialdemokratie aller Schattierungen hat sich die Siegeszuversicht der Gegner gestärkt. Was geschehen konnte, „die gewaltigste militärische Aufgabe, die je einem Heere gestellt wurde", zu erschweren, war geschehen. Die Tankgeschwader, die uns fehlten, sind nicht durch Aufbietung aller moralischen Energien ersetzt worden. Aus den Teilerfolgen der ersten Anläufe darf man nichtsdestoweniger schließen, wie nahe die Nation dem vollen Erfolg des siegreichen Durchbruches gewesen ist. Die Laienkritik spottet ihrer selbst, wenn sie sich an eine der größten militärischen Leistungen aller Zeiten heranwagt. Aus der Saat der Feldherrn erwuchs in wundervoller Vorbereitung ein Weihefrühling von Frontkämpfern, die vielleicht noch ernster und tiefer als die begeisterte Jugend von 1914 erfaßt hatten, worum es ging. Im Bewegungskrieg hätte auch das Oberkommando Fochs ihr Ungestüm nicht aufhalten können. Im Stellungskrieg werden sie allezeit den Ruhm behaupten, am weitesten vorgedrungen zu sein. Die Erkenntnis, daß die Offensive mißlungen war, hat daher bis zum Juliumschlag

nicht aufkommen wollen. Nicht umsonst hatte Ludendorff am 13. Februar vorausgesagt, daß es „ein gewaltiges Ringen werde, das an einer Stelle beginnt, sich an der anderen fortsetzt und lange Zeit in Anspruch nehmen wird". Gerade in den Kreisen, deren Haltungslosigkeit 1917 die Nation um den Sieg betrogen hatte, wuchs eine Zuversicht, die um so gefährlicher werden mußte, weil sie nicht der Willensstärke entsprang. Eine neue Reichstagsresolution war nicht zu befürchten, nachdem Führer wie Erzberger als Kronenschmiede im Osten Beschäftigung gefunden hatten. Der Heldenkampf im Westen ist noch von Illusionen begleitet worden, als er bereits zur Defensive gegen das näherrückende Verhängnis geworden war.

Der Verbindungsoffizier zwischen der obersten Heeresleitung und der Reichsregierung Oberst von Haeften hat im Januar und Juni 1918 Vorschläge zu einer deutschen politischen Offensive im Sinne der Unterstützung der deutschen Waffen gemacht. Auch Czernin hat in der Pause zwischen dem ersten und dem zweiten Hammerschlag in seiner Weise daran gedacht. Überzeugt, daß Hindenburg und Ludendorff ihr großes Vorhaben durchführen würden, wollte er unter dem gewaltigen Eindrucke der Nachrichten von der Westfront die Gegner eines deutschen Sieges in der Monarchie niederschlagen, zugleich aber doch auch durch ein erneutes Bekenntnis zu dem Kriegsziel des status quo ante den feindlichen Annexionismus brandmarken, dem deutschen Annexionismus vorbeugen. Er bestellte sich daher, da die Delegationen nicht so rasch einberufen werden konnten, am 2. April den Bürgermeister Weißkirchner und Vertreter des Wiener Gemeinderats, um ihnen auf ihre Frage nach der künftigen Versorgung der Monarchie mit Lebensmitteln eine Rede über die internationale Lage zu halten. Durch Wilsons Antwort von seiner amerikanischen Illusion noch nicht geheilt, wartete er noch auf die Beantwortung eines neuen Bettelbriefes. Er begann deshalb mit einer Verbeugung vor dem kleinen Katechismus der vier Grundprinzipien, um im Anschluß daran festzustellen, daß der Annexionismus der Entente die mit dem status quo ante nach seiner Deutung übereinstimmende amerikanische Grundlage verworfen und dadurch die Westoffensive unvermeidlich gemacht habe. Als Beleg wurde Clémenceaus rundes Nein angeführt. „Clémenceau — sagte er

wörtlich — hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hierzu bereit sei und gegen Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Wahl mehr." Die Erklärung der wahnsinnigen Hoffnung der Entente auf den Endsieg suchte er in den inneren politischen Zuständen der Monarchie. Den österreichischen Defaitisten, die Frieden um jeden Preis erstrebten, wurde das Beispiel Kaiser Karls vorgehalten, der gewiß den Frieden wolle, aber niemals einen anderen als einen ehrenvollen Frieden schließen werde. Den tschechischen Verschwörern und Überläufern warf der Minister in leidenschaftlicher Anklage vor, daß sie ihren Waffenbrüdern in den Rücken fielen. Die Rede gipfelte in einem Aufruf aller staatserhaltenden Elemente zur Bekämpfung des Hochverrats. Vor allem aber appellierte er an die Deutschen und an die Ungarn, die in diesem Kriege Übermenschliches geleistet hätten.

Es ist der Mühe wert, bei diesem Schwanengesange Czernins einen Augenblick zu verweilen. In Regierungskreisen hat man angenommen, daß der Außenminister die Stelle über Clémenceau auf den Wunsch Kühlmanns eingeflochten habe. Man kann das als Versuch ansehen, die Verantwortlichkeit auf den Verbündeten abzuschieben, so wie Tschirschky fälschlich für Berchtolds Politik verantwortlich gemacht worden ist, aber man wird nicht übersehen dürfen, daß die Tendenz der ganzen Rede darauf gerichtet war, am Vorabend des sicher erwarteten Sieges den Zweibund in bengalischer Beleuchtung erscheinen zu lassen. „Die Treue an der Donau — erklärte Czernin feierlich — ist nicht geringer als die deutsche Treue." Deutsche und Magyaren haben den Staat der Habsburger gegründet. Deutsche und Magyaren sind die Stützen des Bundes mit Deutschland gewesen. An sie appelliert er in der Stunde der Entscheidung über das Schicksal der Monarchie. Dieser Tendenz muß sich alles unterordnen, aber die einander widersprechenden Tendenzen seiner eigenen Ministertätigkeit und des Staates, dem er dient, spielen doch so herein, daß der Redner seine politische Offensive durch Nebenaktionen

verzettelt. Kaiser Karl wird als Vorbild berechtigter Friedfertigkeit hingestellt, damit er sich nicht mehr durch Zita zu Extratouren verleiten läßt. Den Serben und Montenegrinern werden die Arme weit geöffnet, um sie zum Anschluß an die Monarchie einzuladen. Dem Verdacht, daß er zu den Militaristen abgeschwenkt sei, glaubt er durch eine längere Abschweifung über die internationale Abrüstung nach dem Kriege begegnen zu müssen. Für Österreich-Ungarn ist der Krieg eigentlich beendigt. Gegen Rußland, Serbien, Rumänien und Italien hat es mit deutscher Hilfe sich behauptet. Das einzige Hindernis eines allgemeinen Friedens ist zur Zeit Frankreichs Wunsch nach Elsaß-Lothringen. Mit Hilfe Österreich-Ungarns wird dem Weltfrieden im Westen eine Gasse gebrochen werden. Wie Hindenburg mit Foch, hofft er mit Clémenceau fertig zu werden.

Czernins Angriff auf Clémenceau ist also wohl berechnet gewesen und würde den französischen Ministerpräsidenten ziemlich kalt gelassen haben, wenn er nur von Frankreichs Ablehnung der Grundlage des status quo ante gesprochen hätte. Auch die Staatsmänner der Entente haben sich nicht gescheut, geheime Friedensfühler ans Tageslicht zu ziehen. Ribot hat in der Kammer auf die Mission des Prinzen Sixtus und auf Briands Anknüpfung mit von der Lancken herausfordernde Anspielungen gemacht, Balfour den Friedensfühler des General Smuts zugegeben. Czernin versah es nur darin, daß er Clémenceau vor der Westoffensive bei ihm anfragen ließ, auf welcher Grundlage er zu Verhandlungen bereit wäre. Armands Bereitschaft, Mitteilungen Czernins an seine Regierung zu befördern, war doch etwas anderes, während die Franzosen aus den Worten des Außenministers Kaiser Karls herauslesen mußten, daß ihr Führer den deutschen Angriff gefürchtet hatte. Wie konnte Clémenceau mitten im schwersten Abwehrkampfe von seinem Volke den letzten Blutstropfen fordern, wenn seine eigene Widerstandskraft nur eine vorgetäuschte war. Diesen Verdacht durfte er nicht aufkommen lassen. Er antwortete daher sofort mit dem Gegenangriff, daß Czernin gelogen habe.

Ein Minister, der Herr seiner Nerven war, würde daraufhin nochmals festgestellt haben, daß Clémenceau Verhandlungen auf der Grundlage des status quo ante abgelehnt hatte. Czernin aber

fürchtete in diesem Augenblick mehr seinen Verbündeten als den Gegner an der Seine. Zum Wahrheitsbeweise für die französische Initiative hätte ein reines Gewissen gehört. Czernin entschloß sich dazu, weil er es Deutschland gegenüber nicht hatte, und zerrte dadurch das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Frankreich seit dem Regierungsantritt Kaiser Karls vor die Öffentlichkeit. Zum ersten Male erfuhr jetzt Clémenceau, als er am 4. April von der Front nach Paris zurückkehrte, daß den Freiburger Verhandlungen zwischen Armand und Revertera eine Mission des Prinzen Sixtus vorausgegangen war. Als die Glanznummer der Akten, die ihm Pichon vorlegte, erschien ihm natürlich der Brief Kaiser Karls vom 24. März 1917. Mit wilder Freude las er das Erbieten Karls, die gerechte Zurückforderung Elsaß-Lothringens durch Frankreich auf das nachdrücklichste zu unterstützen. Da Prinz Sixtus sich auf Erholungsurlaub in Marokko befand, ließ er sich dessen Begleiter Salomon und Manteyer kommen. „Der Kaiser — sagte er ihnen — ist für die Rede seines Ministers verantwortlich. Die Deutschen wollen sich meiner entledigen. Czernin hat sich durch seine Lüge in ihren Dienst gestellt. Man greift mich an. Ich finde eine Waffe und habe das Recht, mich ihrer zu bedienen, wenn der Kaiser nicht auf eine Warnung seinem Minister Schweigen auferlegt." Am 6. April hatte die Mitteilung der französischen Regierung an die Presse auf die Mission des Prinzen Sixtus unter Hinweis auf ein Beweisstück angespielt. Am 9. folgte, als Czernin die Mission zugab, aber ihre Ergebnislosigkeit betonte, das Zitat der kaiserlichen Anerkennung der französischen Reannexionsansprüche. Indem er Czernin zu beseitigen hoffte, enthüllte Clémenceau die ihm selbst noch verborgene Tatsache, daß die Politik Kaiser Karls sich alle Zeit aus der ministeriell gedeckten und aus der persönlichen Politik des Monarchen zusammengesetzt hatte.

Der Kaiser aber hatte durch den Erzbergerskandal nichts gelernt. Wie er sich im September 1917 nicht an die Audienz des Zentrumsführers und die Aushändigung seines Exemplares der Aprildenkschrift Czernins erinnern wollte, versicherte er jetzt, dem Prinzen von Parma „nie etwas Politisches" geschrieben zu haben. Czernin wurde ermächtigt, zu erklären, daß die Angaben Clémenceaus über die brieflichen Äußerungen Kaiser Karls von

Anfang bis zu Ende erlogen wären. Soweit man ihm überhaupt Gedanken zutrauen kann, mag sich der Kaiser zunächst dabei beruhigt haben, daß sein Schwager seine Briefe dem Präsidenten Poincaré wohl vorgelesen hatte, ohne Abschriften oder gar die Originale aus den Händen zu geben. Wenn er von dem Sixtus gegebenen Versprechen der Geheimhaltung unterrichtet war, so wäre es doch zu töricht gewesen, sich in diesem Stadium noch darauf zu verlassen. Auf die Möglichkeit der Veröffentlichung seines Märzbriefes war er offenbar nicht gefaßt, als er ihn auch in einem Telegramm an Wilhelm II. vom 10. April ableugnete. Schon am folgenden Tage aber muß er auf eine Pariser Warnung gewußt haben, was ihm bevorstand; denn er gestand jetzt nachträglich Czernin, einmal an Prinz Sixtus über Friedensmöglichkeiten geschrieben zu haben. Nur um Zeit zu gewinnen, fügte er hinzu, daß er das Konzept zu jenem Briefe augenblicklich nicht zur Hand habe. Nachdem es am Nachmittag in der Fälscherwerkstatt des Hauses Parma hergestellt war, wurde es am Vormittag des 12. April durch Sektionsrat Demblin dem Minister abschriftlich zugestellt, bevor noch dem Kaiser der Abdruck seines Briefes in dem französischen Communiqué vom gleichen Tage zu Gesicht gekommen war. Läge es im Wortlaut vor, so würde sich feststellen lassen, wieweit sich Zita an den Inhalt des von ihrem Bruder verfaßten Originalbriefes erinnert hat. Auf General v. Cramon, dem es der Kaiser zu lesen gab, hat es mehr den Eindruck einer politischen Abhandlung gemacht, worin Karl auseinandersetzt, wie er im Einvernehmen mit Deutschland zu einem befriedigenden Frieden zu gelangen hoffte. Eine Umdichtung des originalen Wortlautes hat offenbar nur soweit stattgefunden, als er in dem Zitate Clémenceaus vorlag. Den Fälschern ist wie Schuljungen, die auf einer handgreiflichen Lüge ertappt sind, nicht viel eingefallen, als sie den Kaiser in dem Pseudokonzept sagen ließen: „Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären, aber sie sind es nicht." Als Czernin angesichts des Originaltextes mit seinen Zweifeln an der Echtheit dieses Machwerkes nicht zurückhielt, gab ihm der Kaiser sein Ehrenwort, daß er so und nicht anders im März 1917 an Prinz Sixtus geschrieben hätte.

Demblin behauptet, Czernin habe ihm das geglaubt. Dafür spricht, daß der Minister jetzt den Verdacht schöpfte, der von Clémenceau veröffentlichte Text wäre vielleicht doch von dem Hause Parma anstelle des echten Entwurfes untergeschoben worden. Die Weigerung des Kaisers, das ganze vier Quartseiten umfassende Konzept veröffentlichen zu lassen, hat ihn dann doch wieder stutzig gemacht. In das immer dichter werdende Lügennetz mitverstrickt sah er keinen Ausweg mehr. „Auf allerhöchsten Befehl" wurde noch am 12. April die Verlegenheitserklärung ausgegeben, der rein persönliche Privatbrief an Sixtus habe keinen Auftrag an Poincaré enthalten und die Gerechtigkeit der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen bestritten. Triumphierend ergriff Clémenceau die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß Kaiser Karl seinen eigenen Schwager damit der Fälschung beschuldigte, ohne die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß Sixtus mit Ribot und anderen Regierungshäuptern auf der Grundlage des eigenhändigen Kaiserbriefes verhandelt hätte. Einen Augenblick dachte Czernin an die Ausweisung der Herzogin von Parma aus der Monarchie. Dann verfiel er auf den abenteuerlichen Vorschlag, Karl solle zur Herstellung seiner erschütterten Gesundheit sich auf einige Zeit Regierungsurlaub nehmen und die Regentschaft an Erzherzog Friedrich oder Erzherzog Eugen übertragen. Die Zumutung Zitas, einen Fälscher des Pseudokonzeptes ausfindig zu machen, also gewissermaßen in ihre Fälscherwerkstatt einzutreten, hat er noch abgelehnt. Dann nahm und erhielt er am 14. April unmittelbar vor der einberufenen Ministerkonferenz seinen Abschied, als das Kaiserpaar seinen Vorschlag entrüstet zurückwies. Die politische Offensive vom 2. April endigte mit der schwersten politischen Niederlage des Weltkriegs, während der im Vorschreiten gegen Flandern begriffene zweite Vorstoß der deutschen Waffen noch auf den Endsieg hoffen ließ.

Am schwersten getroffen waren die staatserhaltenden Elemente, an die sich Czernins Appell vom 2. April gewandt hatte. In den Erinnerungen der Zeugen jener Tage ist der Eindruck der französischen Enthüllung teils verblaßt, teils aus verständlichen Gründen abgedämpft. Man muß sich, um ihn ganz zu ermessen, an die unmittelbaren Niederschläge halten. „Ich schäme mich, Ihnen unter die Augen zu treten — sagte Generaloberst von Arz

zu Generalleutnant von Cramon, als er ihn am Morgen des 13. April aufsuchte — aber ich muß mein bedrücktes Herz entlasten. Versetzen Sie sich in meine Lage. Ich als Generalstabschef der österreichischen Armee muß Ihnen, dem Vertreter des Deutschen Heeres erklären, daß mein Kaiser lügt. Es ist dies der schlimmste Augenblick meines Lebens, und ich weiß in der Tat nicht, was aus der Sache werden soll. Der Kaiser hat in dreifacher Weise gefehlt. Erstens hat er in seinem Telegramm den deutschen Kaiser belogen; denn tatsächlich hat der Brief an den Prinzen Sixtus existiert. Zweitens hat er in unverzeihlicher Weise mit dem Feinde verhandelt, worauf bei gewöhnlichen Sterblichen bekanntermaßen die Todesstrafe steht. Drittens hat der Kaiser durch den unverantwortlichen Brief und die Bekundung seiner An- und Absichten den Krieg verlängert. Das Blut von Tausenden und Abertausenden schreit zum Himmel und klagt ihn an. Die Franzosen müßten ja geradezu verrückt gewesen sein, wenn sie von ihrer Forderung hinsichtlich Elsaß-Lothringens auch nur um Haaresbreite abgewichen wären." Fast noch schärfer sprach man sich in jüngeren Kreisen der Armee aus. Auch jetzt noch blieb sie das Lager, in dem Österreich war, aber man fühlte, daß ihr der oberste Kriegsherr fehlte. Clémenceaus Gegenoffensive hatte die Frage, ob das Habsburgerreich umgebaut oder zerstört werden sollte, nach der Seite der Zertrümmerung entschieden.

In Frankreich wurde diese Wirkung keineswegs mit ungemischter Freude begrüßt. Prinz Sixtus hat sich vor der Staatsnotwendigkeit der Enthüllung gebeugt. Andere wollten die Unvermeidlichkeit eines Schrittes, der Österreich-Ungarn an Deutschland auslieferte, nicht einsehen. Die Folgen hätten diesen Tadlern recht gegeben, wenn die Enthüllung der 1918 verjährten Verräterei ein Jahr früher und unter einem anderen Reichskanzler erfolgt wäre. Denn Bethmann Hollweg hätte sich wohl auch diese Bedrängnis Kaiser Karls entgehen lassen. Graf Hertling entschloß sich wenigstens auf Drängen Cramons, die Vertiefung des Zweibundes, von der seit 1915 die Rede war, endlich in die Wege zu leiten. Am 12. Mai sollte bei einer Zusammenkunft der beiden Kaiser im deutschen Hauptquartier in Spaa ein neuer Bund gegen jeden Angreifer an die Stelle des alten Verteidigungsbündnisses gegen Rußland treten. In der Umge-

bung Wilhelm II. hat man in Erwartung dieser Lösung der Krisis von einer Canossafahrt Kaiser Karls gesprochen. Das Ergebnis bewies, wie unpassend schon in Hinblick auf die großen Gestalten Papst Gregors VII. und Heinrichs IV. dieser Vergleich war. Nicht umsonst hatte sich Kaiser Karl mit dem dynastischen Instinkt, der vielleicht seine einzige natürliche Mitgift war, gegen deutsche Zumutungen durch die Wiederernennung des doktrinären Zauderers Burian zum Außenminister gewappnet. Zwischen Hindenburg und Arz ist es in Spaa ohne Schwierigkeiten zu der von dem österreichischen Generalstabschef selbst ersehnten Verständigung über die Grundzüge eines Waffenbundes gekommen. Die gegenseitige Verpflichtung der Verbündeten, ihre Volkskraft voll auszunützen, nahm Ludendorffs Postulat der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in Aussicht. Einheitliche Organisation, Bewaffnung und Ausbildung besagten, daß die deutsche Wehrmacht für die der Monarchie so maßgebend werden sollte, wie die preußische nach 1866 für die süddeutschen Kontingente. Der neue Zweibund wäre das geworden, was Bismarck erstrebte, als er zunächst seine Verankerung in den Parlamenten beider Mächte vorschlug, wenn Hertling und Kühlmann es verstanden hätten, die politischen Voraussetzungen für den deutschen Oberbefehl zu schaffen. Ihr Verzicht auf endgültige politische Beschlüsse in Spaa hat auch die Militärkonvention zu einem wertlosen Fetzen Papier gemacht. Mit sichtlicher Genugtuung stellt Burian in seinen Erinnerungen fest, daß die von beiden Monarchen, Hertling und ihm unterfertigte Aufzeichnung kein Vertrag, sondern nur ein „pactum de contrahendo" war.

Wenn es im Buche unseres Schicksals geschrieben steht, daß Großdeutschland einmal aus einer Idee eine Realität wird, kann der Historiker der Zukunft an Spaa nicht ohne längeren Aufenthalt vorbeigehen. Im Zusammenhang der Ereignisse bestätigte der 12. Mai 1918 lediglich die chronische deutsche Schwäche, ohne die Folgen des 2. April für Österreich irgendwie wettzumachen. Nicht einmal in der polnischen Frage wurde Schluß gemacht. Vergeblich entschied sich jetzt Kaiser Wilhelm II. für die von der obersten Heeresleitung vorgeschlagene Autonomie Kongreßpolens unter einem selbstgewählten Oberhaupte. Burian holte zu Hertlings Überraschung unmittelbar nach Spaa die austro-polnische

Lösung wieder hervor, um daran noch festzuhalten, als bereits der Einsturz seines Staates drohte. Sogar auf Czernins Tendenz, dem Verbündeten schon vor dem Endsieg in den Arm zu fallen, ist er trotz allem, was dazwischen lag, zurückgekommen. Die Auslegung, wieweit Deutschland und Österreich-Ungarn einander zur Bundeshilfe verpflichtet wären, hat die Wilhelmstraße und den Ballplatz noch beschäftigt, als längst mit Händen zu greifen war, daß sich ausschweifende deutsche Kriegsziele, wenn sie je zu befürchten waren, nicht mehr aufrecht erhalten ließen. Der Kurs der Politik Kaiser Karls blieb auch nach Czernins Sturz der gleiche. Nur das Gewicht des Ertrinkenden wurde immer schwerer, bis es den ermattenden Helfer schließlich mit in die Tiefe zog.

Das Ende der im Sommer 1917 einsetzenden Zwangsläufigkeiten gestattet daher nicht, von Schicksal statt von Verschuldung zu reden. Was auch der Entente die Überwindung der Gefahrenzone erleichtern mochte, über die letzte Wegstrecke am Rande des Abgrundes wäre sie mit politischen Führern wie Czernin, Burian und Kühlmann nicht hinweggekommen. Als die Franzosen Ende Mai 1918 bis an die Marne zurückgeworfen wurden, erklärte Clémenceau am 4. Juni in der Kammer: „Ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris, ich werde mich hinter Paris schlagen." Als Foch durch die zuströmenden amerikanischen Verstärkungen instand gesetzt wurde, die Gegenoffensive vorzubereiten, bekannte sich Kühlmann am 24. Juni im Reichstag unter dem Beifall der Linken zu der Ansicht, daß der Weltkrieg durch rein militärische Entscheidungen allein nicht beendigt werden könnte. Das Scheitern der deutschen und der Beginn der feindlichen Offensive bedeutete deshalb nichts Geringeres als den Verlust der deutschen Selbstbestimmung. So widerlich es berührt, daß die Verbündeten sich nicht einmal über die Liquidation des verlorenen Krieges zu einigen vermochten, so darf das doch nicht darüber täuschen, daß weder durch Burians eigenmächtigen Notschrei „an alle" vom 14. September noch durch Vermittlung der Königin der Niederlande, wie Kühlmanns Nachfolger Admiral v. Hintze es im Sinne hatte, die Weiterverfolgung des Sieges vom 8. August sich aufhalten ließ. Nicht umsonst hatte Marschall Foch den Oberbefehl, und nicht umsonst hatte Clémenceau im Juni eine

Unerschrockenheit gezeigt, die sich noch in Versailles belohnen sollte. Auch in Berlin und Wien hätte man begreifen müssen, daß weder Frankreich noch Italien gerade jetzt an Verhandlungen und Waffenstillstand denken mochten, solange Nordfrankreich und Friaul nicht zurückerobert waren. So sicher sind die dritte Republik und das regno Englands niemals gewesen, daß sie vor der völligen Niederwerfung des Zweibundes auf die restlose Durchsetzung ihrer Kriegsziele zählen konnten. Foch-Clémenceau aber haben zugleich an das linke Rheinufer gedacht, ohne zu verkennen, daß sie diesen 1917 zur Unzeit enthüllten Gedanken nicht wieder laut lassen werden durften, solange Deutschlands Strom für die Nachfolger Napoléons I. noch in weiter Ferne lag. Wir wissen noch nicht, wieweit im August Burian den Italienern, Hintze den Franzosen, entgegenkommen wollten, aber wir dürfen annehmen, daß auch Kapitulation auf die 14 Punkte das verblutende Frankreich für einen baldigen Friedensschluß nicht interessiert haben würde. Wie vor der Offensive mit dem Angebot des status quo ante griffen Deutschland und Österreich-Ungarn mit Fühlern, die noch von Verständigung sprachen, wieder völlig ins Leere. Der Endsieg war in Sicht, und Frankreich nahm lieber die wachsende Dankesschuld gegen die Vereinigten Staaten in Kauf, als daß es gerade jetzt in seinem Vormarsch Halt gemacht hätte. Die Zeit der Sonderverhandlungen mit Österreich-Ungarn war vorüber. Am 16. August wurde die Tschechoslowakei durch England, am 3. September durch die Vereinigten Staaten als verbündete Nation anerkannt. Andrassy hätte sich als Nachfolger Burians die Kündigung des von seinem Vater geschlossenen Zweibundes und das Sonderfriedensangebot an Lansing sparen können. Das politische Umfassungsmanöver der Vereinigten Staaten wurde dadurch nicht mehr aufgehalten, nachdem es in Bulgarien erfolgreich eingesetzt hatte. Der Weg in den Rücken der deutschen Front führte über Wien und würde den dynastischen Völkerstaat der Habsburger auch dann zerstört haben, wenn die Politik Kaiser Karls das Werk der Zerstörung nicht selbst besorgt hätte.

Trotzdem wäre der Ausgang des Völkerringens für Deutschland ohne die bolschewistische Zersetzung des Heeres und ohne die Novemberrevolution nicht das Versailler Diktat geworden. An eine Frontverkürzung durch Rückzug auf die im November

erreichte Antwerpen-Maasstellung konnte im August noch nicht gedacht werden, weil die Arbeitskräfte zum Ausbau der rückwärtigen Stellungen gefehlt hatten, und eine überstürzte Räumung des besetzten Gebiets den Zusammenbruch durch Verlust des dort aufgehäuften Kriegsmaterials nur beschleunigt haben würde. Durch das schrittweise Zurückweichen ist zwar die Westfront vollends zermürbt worden, aber auch der Gegner hätte einer längeren Atempause bedurft, bevor er zu einem Generalangriff auf die neue Stellung schreiten konnte. Milderung der Januarbedingungen ließ sich nicht mehr erkämpfen, aber die Annahme der Verschärfungen des Waffenstillstandes und des Versailler Diktates ist erst nach der revolutionären Zerstörung der Westfront erzwungen worden.

Aus dem Trümmerfeld des November 1918 ist noch kein Dauer verheißender Neubau entstanden. Das Ausgraben der Ursachen des Zusammenbruches erklärt das hinlänglich, aber es hat doch auch die verschüttete Magnetnadel der deutschen Zukunft zutage gefördert. Wir haben früher mit Moltke den französischen Widerstand nach Sedan militärisch zwecklos genannt, weil der deutsche Sieg am 2. September 1870 entschieden war. Heute wissen wir, daß das Heer der dritten Republik in Gambettas Volksaufgebot wurzelt. Auch die große Offensive von 1918 hat das deutsche Schicksal nicht mehr wenden können, aber sie hat einen Frontkämpfergeist groß gezogen, der in den Schützengräben rettungslos verfault wäre. Die Idee des Volkes in Waffen ist unsterblich, wenn auch ihre Verkünder von Machiavelli bis auf unsere Tage von dem Völkerbund auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt würden, aber nur die große deutsche Offensive hat dafür gesorgt, daß mit der Erinnerung an ihre noch unter uns weilenden großen Führer auch die Erinnerung an das alte Heer, an Scharnhorst, Boyen, Wilhelm I., Roon und Bismarck, die Erzieher zur Hingabe an das Vaterland, lebendig bleiben wird.

Auf die Frage nach des deutschen Vaterland aber hat der Ausgang des Krieges eine Antwort erteilt, die anders lautet als die Diktate von Versailles und St. Germain. Bismarck hätte 1866 nicht gewußt, was er nach Zerstörung Österreich-Ungarns auf den leeren Fleck zwischen Deutschland und dem Balkan setzen sollte. Aus den Bemühungen Englands und Frankreichs um den

Neubau einer Donaukonföderation hat sich ergeben, daß die slawischen Nachfolgestaaten von einer derartigen Metamorphose des alten Habsburgerstaates nichts wissen wollen, weil sie eine Garantie ihrer Selbständigkeit nur in der dauernden Trennung von Deutsch-Österreich erblicken. Die Sieger von 1918 haben es sich also selbst zuzuschreiben, daß gerade die Elemente der Monarchie, die ihr Hinausleben aus dem alten Reich bewirkt haben, die mit der Dynastie am engsten verbundenen Deutschösterreicher zwingen, sich in das neue Deutsche Reich allmählich wieder hineinzuleben. Wie sehr ihnen das durch ihren Anteil an dem deutschen Waffenruhm erleichtert wird, bedarf ebensowenig der Unterstreichung wie die Entwurzelung der Dynastie durch die Politik Kaiser Karls. Die vier Jahrhunderte von der Kaiserwahl Karls V. bis zum Zusammenbruch von 1918 lassen sich freilich aus der historischen Erinnerung nicht auslöschen, aber sie werden mehr und mehr zu einer der vielen deutschen Episoden werden, aus denen der Deutsche in allen Gauen seines vielgestaltigen Vaterlandes mehr das Gemeinsame als das Trennende hervorholen wird. So viel uns auch der Krieg geraubt hat, für die Magnetnadel zu einem wehrhaften, staatlich geeinten Großdeutschland dürfen wir ihm dankbar sein, so ungewiß es auch noch sein mag, ob die mit ehernem Griffel geschriebenen furchtbaren Lehren des Weltkrieges von unserem Volke je beherzigt werden.

Anhang.

1.

Denkschrift des Prinzen Sixtus für Präsident Poincaré.

Paris 5. März 1917.

Am 5. und 14. Dezember schrieb mir meine Mutter dringend, sie wünsche mich wiederzusehen. Außerdem schrieb sie an die Königin der Belgier einen durch Luxemburgische Vermittlung am 20. Dezember eingetroffenen Brief, worin sie die Königin und den König bat, mir und meinem Bruder zuzureden, sich mit ihr zu treffen. Noch vor Empfang dieses Briefes empfing die Königin ein Telegramm des Luxemburgischen Consulats in Bern, worin die Großherzogin Adelaide von Luxemburg im Namen meiner Mutter anfrug, ob sie diesen Brief erhalten habe. Unterdessen waren wir von unserem Regiment zur Weihnachtsfeier bei dem König und der Königin gekommen und besprachen mit ihnen die Schwierigkeiten der gewünschten Zusammenkunft. Schließlich willigten sie ein, und wir entschlossen uns dazu.

Am 23. Januar verließen wir die Front und kamen am selben Abend in Paris an. Mit den nötigen Papieren versehen, reisten wir am 28. abends ab und kamen am folgenden Tage gegen Mittag in der Schweiz zu dem vorbereiteten Treffpunkte. Meine Mutter, begleitet von meiner Schwester Maria Antonia, war im strengsten Inkognito schon zwei Tage früher angekommen. Meine Mutter sagte uns, der Kaiser wünsche uns zu sehen, um sich mit uns unmittelbar über den Frieden unterhalten zu können. Alles war schon vorbereitet, uns im tiefsten Geheimnis nach Wien zu führen. Dem Polizeioberst an der Grenze war vom Kaiser befohlen, uns im Auto zu ihm zu bringen. Absolute Geheimhaltung dieses Plans war beobachtet worden. Wenn er uns jedoch unausführbar sein sollte, war der Kaiser bereit, eine Vertrauensperson nach der Schweiz zu schicken, um uns seine Ansicht mitzuteilen. Unserer Meinung nach war nur der zweite Vorschlag ausführbar, nachdem Paris zuvor davon verständigt worden war. Außerdem mußten wir, um jeden Verdacht auszuschließen, unsere seit drei Monaten geplante, der italienischen Regierung bekannte Reise nach Italien zur Ordnung der Angelegenheiten unserer Domänen fortsetzen.

Meine Mutter drängte namens des Kaisers zu möglichster Beschleunigung. Sie übergab uns einen Brief der Kaiserin mit einigen Worten des Kaisers, worin diese uns beide inständigst bat, dem seit seiner Thronbesteigung gehegten Friedenswunsch des Kaisers zur Ver-

wirklichung zu helfen. Auf diese Eröffnung teilte ich meiner Mutter mit, was ich persönlich als die fundamentalen Vorbedingungen des Friedens für die Entente ansah: Elsaß-Lothringen von 1814 an Frankreich ohne irgendwelche koloniale oder sonstige Kompensationen, Wiederherstellung Belgiens mit dem Kongo, ebenso Serbiens mit eventueller Vergrößerung durch Albanien, endlich Konstantinopel den Russen. Wenn Österreich mit Rußland auf dieser Grundlage einen geheimen Waffenstillstand schließen könnte, so wäre das eine gute Vorbereitung des gewünschten Friedens.

Wir verließen die Schweiz am 1. Februar, kamen in Pianore am 2. an und trafen Sonnabend den 10. Februar in Paris wieder ein.

Am 12. abends reisten wir auf den uns kundgegebenen bestimmten Wunsch wieder nach der Schweiz ab, wo sich uns am 13. um 1½ Uhr der Abgesandte des Kaisers vorstellte mit einem Briefe der Kaiserin, der ihn für den Kaiser bevollmächtigte.

Dieser Abgesandte erklärt uns, daß der Kaiser sich für die von meiner Mutter erhaltenen Aussichten lebhaft interessiere. Der Friede um den es ihm sehr zu tun ist, könnte auf folgender Grundlage geschlossen werden: 1. Geheimer Waffenstillstand mit Rußland gegen das Zugeständnis der Gleichgültigkeit bezüglich Konstantinopels; 2.—3. Wiederherstellung Elsaß-Lothringens und Belgiens; 4. Schöpfung eines südslawischen Königreiches aus Bosnien-Herzegowina, Serbien, Albanien und Montenegro. Er läßt mich dringend bitten, mich aktiv für die Erlangung dieses Friedens zu betätigen.

Ich antworte, daß die augenblicklich mit Amerika entstehenden Schwierigkeiten die Lage sehr komplizieren und eine diplomatische Vermittlung überdies meines Erachtens keine Aussicht hat, mit Deutschland und Italien zum Ziele zu führen, weil beide durch ihr Interesse gezwungen sind, sie zum Scheitern zu bringen. Österreich hat auf Deutschland, das andere Interessen hat und es wohl verraten könnte, keine Rücksicht zu nehmen. Besser wäre es zur Erhaltung der Monarchie einen entscheidenden Schlag zu führen, der Deutschland vor eine vollendete Tatsache stellte. Dieser entscheidende Schlag würde sich ergeben aus einem kaiserlichen Erlaß, durch den Österreich unter Wahrung des Anscheins der Freundschaft und des Bündnisses mit Deutschland seinen Feinden den Frieden anbieten würde, zu den oben genannten Bedingungen, ausgenommen den 4. Punkt über Serbien, das ganz wiederhergestellt werden muß mit Erwerbung eines der Billigkeit entsprechenden Zugangs zum Meere durch Angliederung Albaniens. Wenn der Kaiser sich jedoch nicht imstande fühlte, so offen zu handeln, und wenn er den Weg eines diplomatischen Friedens versuchen wollte, bitte ich den Abgesandten mir sobald als möglich die Vorschläge zu überbringen, die der Einleitung dieser diplomatischen Aktion zugrunde gelegt werden könnten. Ich dränge sehr darauf, daß die genannten Punkte in dem Akt klar ausgedrückt seien.

Der Abgesandte nimmt Notiz von diesen Winken und kehrt nach Wien zurück. Von dieser Begegnung hatten nur der Kaiser, die Kaiserin und meine Mutter Kenntnis. Graf Czernin wußte lediglich, daß der Kaiser einen Weg zur Einleitung von Verhandlungen gefunden hatte.

Der Abgesandte kommt am 21. Februar zu mir zurück. Inzwischen hatte der Kaiser den Erzherzog Friedrich durch einen sehr energischen Erlaß vom 12. Februar bei Seite geschoben, und am 13. war Kaiser Wilhelm nach Wien gekommen, aber der Kaiser hatte trotz den ausgetauschten Trinksprüchen und Komplimenten sich geweigert, mit Amerika zu brechen, sodaß Kaiser Wilhelm recht unzufrieden abgereist war.

Der Abgesandte brachte mit: 1. einen von ihm unterzeichneten Akt in französischer Sprache (das deutsche Konzept dieses Aktes war ein Autograph des Grafen Czernin oder von ihm diktiert); 2. eine geheime mündliche Note des Kaisers in deutscher Niederschrift; 3. einen von meiner Schwester Maria Antonia diktierten Brief zur Beglaubigung ihres Abgesandten; 4. zwei Briefe der Kaiserin; 5. einen langen Brief meiner Mutter, der mehrere persönliche vom Kaiser herrührende Einzelheiten enthielt.

In den Briefen der Kaiserin wurde ich nicht nur ihrerseits und von seiten des Kaisers, sondern auch seitens des Grafen Czernin gebeten, heimlich nach Wien zu kommen, um mich mit ihnen zu verständigen nach dem Ausspruch des Grafen Czernin, eine halbe Stunde Unterhaltung sei mehr wert als zehn Reisen. Der Kaiser wiederholte ferner, wie sehr er den Frieden ersehne, nicht als gebieterisches unmittelbares Bedürfnis vom militärischen Gesichtspunkte aus, sondern als seine Pflicht vor Gott für seine Völker und alle Kriegführenden. Er wiederholte seine Sympathien für „das schöne Frankreich", für die Tapferkeit seiner Armeen und für den Geist der Opferwilligkeit und Hingebung des ganzen Landes. Man bat um strengstes Geheimnis. Nur Graf Czernin war durch die Souveräne eingeweiht.

2.

Graf Wedel an den Reichskanzler über Czernins Denkschrift.

Wien, den 18. April 1917.

Graf Czernin hat mir gegenüber, obwohl ich ihn fast täglich sehe, das durch den Grafen Ledochowski überreichte Exposé mit keiner Silbe erwähnt. Er ist auch seit dem Hiersein des Unterstaatssekretärs von Stumm auf seine Friedenswünsche nicht zurückgekommen. Er machte im Gegenteil einen ruhigeren und zuversichtlicheren Eindruck.

Die hier nicht auszurottende Anschauung, daß wir es sind, die durch zu weitgehende Kriegsziele eine Beendigung des Krieges vereiteln, dürfte der Überreichung des Exposé zugrunde liegen, dessen Zweck es ist, uns zu größter Mäßigung einzuladen. Wenn Graf

Czernin von sich vorbereitenden Umsturzbewegungen spricht, so ist dazu zu bemerken, daß ruhige Kenner des Volkes trotz der nicht zu leugnenden allgemein mißvergnügten Stimmung an solche Bewegungen nicht glauben. Zu diesen zähle ich auch den Ministerpräsidenten Graf Clam, der mir noch vor drei Tagen sagte, der Wille zur Revolution sei hier nicht vorhanden, auch nicht bei den Sozialisten; die einzige Gefahr sehe er in einer Hungersnot, der aber durch unser Entgegenkommen in der rumänischen Getreideverteilung hoffentlich vorgebeugt sei. Der Ministerpräsident fügte vertraulich hinzu, die Befürchtungen Czernins seien nach seiner Überzeugung übertrieben, Czernin sei in seinen Friedenskundgebungen, die Nervosität verrieten, nach seiner Ansicht schon zu weit gegangen. Er habe seinen Freund gewarnt und geraten, sich mehr Zurückhaltung aufzuerlegen.

Graf Czernin spricht in dem Exposé von schweren Opfern. Er hat mir gegenüber kurz vor der Homburger Reise zweimal betont, Österreich würde für die Erreichung eines allgemeinen Friedens sofort zu Opfern bereit sein, aber leider nütze ein Opfer Österreichs nichts, eine Preisgabe des Trentino werde höchstens Italien zu einem Sonderfrieden bewegen, womit nicht viel gewonnen sei, und mit Galizien als Preis sei erst recht nichts anzufangen. Damit soll angedeutet werden, daß wir das Opfer bringen müßten und dabei wird auf ein größeres Stück von Elsaß-Lothringen angespielt. Durch den Hinweis auf schwere Opfer soll Österreichs Bereitwilligkeit uns zur Nachahmung empfohlen werden.

Das Bedenkliche ist, daß Kaiser Karl, von Natur schon weich, von den hohen Frauen seiner Familie und von Geistlichen aus ethischen und religiösen Gründen und aus nervöser Revolutionsfurcht zum raschesten Friedensschluß gedrängt wird, und daß Graf Czernin, selbst ängstlich geworden, dem zumindest nicht entgegenarbeitet.

Kaiser Karl hat zu Eurer Exzellenz großes Vertrauen. Ich möchte gehorsamst zur Erwägung stellen, dem jungen Kaiser in analoger Weise in einem Exposé zu antworten[1]). Ich denke mir, daß darin unter Betonung unseres Friedenswunsches und unserer Mäßigung darauf hingewiesen werden müßte, daß ein ungünstiger Frieden zu tiefen und nachhaltigen Verstimmungen der Völker führen müsse, die, nachdem die erste Freude über den endlichen Friedensschluß verraucht sei, eine schwere Gefahr für die Monarchien bedeuten können. Nach dem Friedensschluß komme die Kritik, dann werden Opfer und Resultate unter die Lupe genommen. Es ist gewiß notwendig, rechtzeitig zu einem Frieden zu gelangen, aber es ist ebenso notwendig, einen Frieden anzustreben, der eine allzugroße Enttäuschung vermeidet. Es wäre nicht staatsmännisch gehandelt, einen Frieden um

[1]) Das geschah durch das an Kaiser Wilhelm II. gerichtete, von diesem an Kaiser Karl geschickte „Exposé" des Reichskanzlers vom 4. Mai 1917. Ludendorff, Urkunden 379—383.

jeden Preis anzustreben, nur um den Krieg zu beenden, denn es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß der Friede an sich — möge er aussehen wie er wolle — die Völker auf die Dauer befriedigt und beruhigt und die Monarchie vor Gefahren sichert. Über diese Dinge scheint man sich an dem jungen Kaiserhof keine klaren Vorstellungen zu machen, und die etwas dilettantenhaften Eigenschaften des gegenwärtigen Ministers des Äußern, auf die ich schon früher gelegentlich hingewiesen habe, stellen in der gegenwärtigen Situation eine bedenkliche Schwäche dar. Die Ereignisse in Rußland entwickeln sich jetzt rascher in einem uns günstigen Sinne. Die Nachrichten aus anderen feindlichen Ländern lassen ebenfalls auf schwere Störungen schließen. Man muß hier — besonders am Kaiserhofe — einsehen, daß es höchst gefährlich wäre, aus einer pathologischen Kriegsmüdigkeit heraus das Kind mit dem Bade auszuschütten. Prinz Stolberg, Graf Bassewitz und ich selbst haben in den letzten Tagen viele österreichische Journalisten, Parlamentarier usw. empfangen, die an sich die allgemeine Friedenssehnsucht und das geringe Selbstvertrauen teilen. Dennoch äußerten sie übereinstimmend Bedenken über die an leitender Stelle hervortretende Nervosität und das zu rasche Tempo. Sie meinten, die Nachrichten aus Rußland lauteten täglich besser, die Gefahr von der Seite sei beseitigt. Da könne man ruhig abwarten, bis sich die Situation noch günstiger zum Friedensschluß gestalte; Österreich könne das um so mehr, als es mit den Westmächten nicht zu kämpfen habe, und doch wohl kaum ernstlich von diesen bedroht werde. Die k. und k. Regierung dürfte allmählich zu der Erkenntnis gelangen, daß schon jetzt ihre Neigung, den Frieden forcieren zu wollen, auch in österreichischen Kreisen Zweifel begegnet.

3.

Zwei Artikel des Bayrischen Kurier.

Unsere gedrängte Darstellung der Julikrisis hat auf Einzelheiten verzichten müssen, um den Leser nicht zu zerstreuen. Die nachfolgenden Artikel verdienen aber ihrer Tragweite wegen wenigstens im Anhang ausgegraben zu werden.

Bayrischer Kurier vom 13. Juli 1917 Nr. 194.

„Eine sensationelle Aufklärung.

„Von zuverlässiger Seite geht uns eine Mitteilung zu, die eine ebenso bezeichnende als sensationelle Aufklärung über die eigentlichen Macher der Krisis im Reiche gibt.

„Exzellenz von Harnack hat am 30. Juni an seine Nichte, die Frau Dr. Zeller Tochter des Geheimrats von Thiersch in München, einen sehr interessanten Brief geschrieben, der über eine Unterredung,

die wenige Tage vorher Harnack mit dem Herrn von Bethmann Hollweg hatte, Kenntnis gibt. Danach hat schon zur Zeit der Unterredung der Kanzler von den sich überstürzenden Ereignissen gewußt und sie selbst vorbereitet. Nach der Mitteilung Harnacks erzählte ihm Herr v. Bethmann Hollweg bereits damals, er stünde den Leuten wie Scheidemann, David, Heine am nächsten, könne sich aber von dem Einfluß der Konservativen noch nicht ganz frei machen. Es gelte jetzt, die sogenannten nationalen Kreise zu zersplittern, um freie Hand zum Handeln zu bekommen. Die größte Gefahr sehe Herr v. Bethmann Hollweg in den Leuten, welche immer noch an einen deutschen Sieg glauben. Es könne im besten Falle nur eine Remispartie geben. Harnack fügte seiner Erzählung bei, er sehe in dem Willen zur Macht nur Sünde und könne mit der Unterdrückung solcher Bestrebungen nur einverstanden sein.

„Nach dem Zeitpunkt und Inhalt der Unterredung zu schließen, ist also Herr v. Bethmann Hollweg der eigentliche Drahtzieher der jetzigen innerlichen politischen Vorgänge. Danach liegt die Annahme nahe, daß der Angriff des Abgeordneten Erzberger nicht ohne das Einverständnis des Reichskanzlers erfolgte. Ich erhalte auf diesem Wege auch die Bestätigung, daß das, was Wolfgang Heine in Frankfurt über die Haltung des Kanzlers gegenüber dem Scheidemannfrieden sagte, vollauf der Wahrheit entspricht.

„Die Dinge sind zu wichtig, als daß sie verschwiegen werden dürfen."

Vom 15. Juli 1917 Nr. 196.

„Der Brief des Herrn Geheimrats von Harnack.

„Unsere Veröffentlichung des Harnackbriefes, in dem ein politisches Gespräch mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg offenherzig wiedererzählt wird, hat in der ganzen deutschen Presse begreifliches Aufsehen erregt. Der Inhalt des Schriftstückes, das uns dankenswerterweise den Schlüssel für manche Vorgänge der letzten Tage liefert, war zu ernst, als daß wir ihn der Öffentlichkeit hätten vorenthalten dürfen.

„Aus politischen Kreisen sind uns gelegentlich dieser Zwischenaffäre eine Reihe von kommentierenden Zuschriften eingesandt worden, von deren Drucklegung wir einstweilen absehen. Nur ein Abschwächungsmanöver, zu dem sich einige Blätter mit geringem Geschick für verpflichtet halten, gilt es augenblicklich zurückzuweisen. Die „M.N.N." lassen sich aus Stuttgart das Schlagwort von der „tendenziösen Entstellung" telegraphieren, und die „M.Post" schleudert uns in einem Leitartikel die billige Frage vom „Hintertreppenroman" zu. Auch Herr Geheimrat v. Harnack hat bereits einem Ausfrager der „Frankfurter Zeitung" ein etwas weitgestecktes Dementi mit nach Hause gegeben, indem er sagte: Von dem ganzen Inhalt des Briefes ist nichts

tatsächlich, als daß ich ein Gespräch mit dem Reichskanzler geführt habe. Obgleich ich keine Abschrift des Briefes besitze, kann ich schon jetzt sagen, daß, was seinen Inhalt angeht, einiges ganz aus der Luft gegriffen, anderes auf das Übelste entstellt, noch anderes als Worte des Reichskanzlers angeführt ist, was nur meine Meinung, und zwar in entstellter Form wiedergibt. Eine Berichtigung im einzelnen behalte ich mir vor.

„Die Authentizität des Briefes steht also unter allen Umständen fest. Wir können selbstverständlich nicht dafür einstehen, ob das ursprüngliche Gespräch zwischen Herrn Geheimrat v. Harnack und dem Reichskanzler Bethmann Hollweg wirklich so gelautet hat, wie in dem Briefe erzählt wird. Die Verantwortung hierfür trägt ausschließlich sein Absender. Dagegen bürgt uns die erprobte Zuverlässigkeit unseres Gewährsmannes, dem wir nach der ganzen Sachlage nochmals das Wort erteilen müssen, für die getreue Wiedergabe des Briefwechsels. Wozu überhaupt die lange Abstreiterei, die deutlich den Stempel der Verlegenheit trägt? Es gäbe doch ein ganz einfaches Mittel, uns gründlich zu widerlegen — den Abdruck des Originalbriefes in seinem politischen Teil. Nach Vergleich der beiden Lesarten könnten sich die unparteiischen Zuhörer, die hier aus vaterländischen Gründen stark interessiert sind, aus eigenem ein treffendes Urteil bilden. Unsere Aufforderung hierzu liegt deutlich vor."

Das Entgegenkommen Exzellenz v. Harnacks und seiner Nichte setzt mich in Stand, die Entstehungsgeschichte der Artikel aufzudecken und damit die Tendenz ihres Verfassers zu beleuchten. Der Empfang Harnacks durch den Reichskanzler hatte am 22. Juni 1917 stattgefunden und war durch eine Denkschrift über „das Gebot der Stunde" veranlaßt, die 1923 im 4. Bande der Neuen Folge von Harnacks Reden und Aufsätzen veröffentlicht worden ist. Harnack hatte darin der Reichsregierung empfohlen, mit dem Gedanken des sozialen Kaiser- und Königtums Ernst zu machen, um den Feinden die ideelle Waffe zu entwinden und über den toten Punkt, bei dem wir angelangt wären, hinwegzukommen. Die Friedensaktion des 12. Dezember 1916 wäre nicht friedlich und universal genug gewesen. In einem neuen Manifest solle sich die Reichsregierung zu jedem Opfer bereit erklären, das unser status quo ante vertrüge. Als solche Opfer hatte Harnack Belgien, Polen und elsaß-lothringische Grenzregulierungen bezeichnet. Über die Audienz schrieb er am folgenden Tage an seine Nichte:

Grunewald, 23. 6. 17.

. . . . . Ich habe gestern ein 1½stündiges Gespräch mit dem Reichskanzler unter vier Augen gehabt und mich aufs neue davon überzeugt, wie klar er sieht, wie richtig im Äußern und Innern seine Ziele sind und wie seine Tatkraft durch Laviren-Müssen niedergehalten wird. Ich hatte ihm einen langen Brief geschrieben, weil ich in be-

stimmten Richtungen die Möglichkeit für ihn gekommen sah, zu handeln, mußte mich aber durch das Gespräch überzeugen, daß zunächst noch unübersteigerliche Hindernisse vorliegen, und man noch warten muß. Das ist bitter; denn die Schwierigkeiten liegen nicht bei den Feinden, und er darf es leider z. B. noch nicht soweit mit den Konservativen verderben (es handelt sich um die spezifisch ostelbischen), daß es zum inneren ausgesprochenen Kampf kommt. Selbstverständlich muß er bei allem Laviren die Parteien stärken, die seinem eigenen inneren und äußeren Programm nahekommen und langsam die schwerste Illusion aufzuklären versuchen, in welcher die Mehrzahl des Volkes noch steht (oder wenigstens die Hälfte), als stünde es in diesem Krieg immer noch so, wie im August 1914, und wir hätten demnächst alle unsere Feinde unter dem Fuß. In Wahrheit aber sind wir seit langem auf dem toten Punkt, und es kann sich bei der Partie nur darum handeln, ob Remis mit Vorteil, einfach Remis oder Niederlage. Ich glaube schon nicht mehr auf Remis mit Vorteil hoffen zu dürfen, und so urteile ich schon seit länger als einem Jahre, aber hüte mich das zu sagen und arbeite und wirke unter der Devise „Remis mit Vorteil". Übrigens bedeutet schon ein einfaches Remis für uns den Sieg; aber die vielen Esel wollen diese sonnenklare Tatsache nicht einsehen, sondern schwärmen noch immer von einem „deutschen" oder „unabhängigen" Frieden, der uns zu Herren der Welt macht.

„Warum soll man die Sozialdemokraten in Stockholm nicht verhandeln lassen? An Patriotismus und politischem Augenmaß sind Scheidemann, Südekum, David nicht leicht zu übertreffen, und die letzte Kundgebung Scheidemanns in Stockholm ist meisterhaft. Die Kriegsziele des Reichskanzlers stehen jedenfalls und zum Glück denen dieser Sozialdemokraten näher als den phantasievollen und schädlichen Träumen der Alldeutschen, welche das Volk über unsere wahre Lage in verhängnisvoller Täuschung halten."

Dr. Zeller erzählte einem Freunde von diesem Brief, der dann seinerseits den Artikelschreiber Graf Karl v. Bothmer eingeweiht hat. Ob bei dieser Überlieferung von Mund zu Mund bereits der Freund Dr. Zellers aus den Betrachtungen Harnacks Äußerungen des Reichskanzlers gemacht hat, muß dahingestellt bleiben. Über die Tendenz des Artikelschreibers aber kann kein Zweifel bestehen. Erzberger, suggestioniert Graf Bothmer der Welt, hat am 6. Juli mit Einverständnis Bethmann Hollwegs den Fehlschlag des U-Bootkrieges nachgewiesen. Auch der Reichskanzler glaubt nicht an den Sieg der deutschen Waffen und sieht in dem Glauben daran die größte Gefahr. Das ist unter perfider Vorschiebung Harnacks Erzbergers Geschoß, das sich im Zermürbungskrieg gegen deutsche Standhaftigkeit dem Vorstoß vom 6. Juli würdig anreiht. Wenn der Bayrische Kurier am 15. Juli von dem Aufsehen in der deutschen Presse spricht, so verschweigt er jedoch, daß der erste Artikel aus der Schweiz sofort an die feindliche Presse telegraphiert wurde, sodaß er bereits am 15. in der „Sunday Times"

und Montag dem 16. Juli in den Pariser Journalen erscheinen konnte. Die Auslandwirkung scheint dem Artikelschreiber doch ebenso am Herzen gelegen zu haben wie das brillante Sekundieren Erzbergers, und man wird nicht übersehen dürfen, daß die Nachkriegszeit nähere Beziehungen Graf Bothmers zu Frankreich und den rheinischen Separatisten enthüllt hat. In Paris hat der Artikel jedenfalls die von Czernin lanzierte Meinung befestigt, daß Bethmann Hollweg zur Abtretung Elsaß-Lothringens bereit gewesen wäre, und sein Sturz trotz dem Scheinsieg der obersten Heeresleitung den deutschen Zermürbungsprozeß nicht aufhalten könne.[1])

4.

Note des Oberst Goubet vom 4. August 1917.

Rußland kann durch die Hungersnot genötigt werden, den Kampf aufzugeben. Noch bedrohlicher sind in Hinblick auf die Wandelbarkeit und Unbeständigkeit der Russen die deutschen Bemühungen um einen Sonderfrieden.

Die Entente muß dieser Gefahr durch einen Sonderfrieden mit Österreich zuvorkommen.

Es empfiehlt sich, den Vorteil des Ausscheidens Österreichs um einen sehr hohen Preis (Erhaltung seiner Einheit und Vermehrung seiner Macht) zu erkaufen. Wir hätten davon unmittelbaren und zukünftigen Gewinn.

Unmittelbar: Deutschland wäre vom Balkan abgeschnitten. Verlust der Petroleumfelder der Karpathen erschwert den U-Bootkrieg und den Gebrauch der Artillerie (durch Verminderung der Flieger) und lähmt die Industrie durch die Entziehung von Schmieröl.

Deutschland bleibt isoliert und kann durch Angriffe auf die Materialbestände seiner Armee militärisch bezwungen werden.

Zukünftiger Gewinn: Der einzige Feind Frankreichs und die einzige Gefahr in Europa ist Preußen. Solange nicht Preußen gänzlich und endgültig besiegt, in den Zustand der Ohnmacht versetzt ist, fallen Verfassungsänderungen der anderen Regierungen nicht ins Gewicht.

Die Entente muß daher Preußen einen mächtigen feindseligen Nachbar an die Seite setzen. Sie kann sich dazu der Habsburger bedienen, vermittelst eines durch Personalunion zusammengehaltenen überwiegend slawischen Staatenbundes, dem Polen in den Grenzen von 1772 von Danzig bis zu den Karpathen einzuverleiben wäre; ferner Bayern, das unter den deutschen Staaten Preußen politisch und kon-

[1]) Vgl. Goubets Note vom 20. Juli 1917. L'Opinion 1920 Nr. 28 Seite 34. Mermeix, Les négociations secrètes 135. L'offre de paix séparée 245. Journal des Débats vom 17. Juli 1917: La dernière manoeuvre de M. de Bethmann Hollweg.

fessionell am fremdesten ist, und die Eroberung Friedrichs II., Schlesien, um Preußen unmittelbar zu schwächen und zu reizen.

Preußen, das ein Reich von Hamburg bis zum persischen Golf geplant hat, sähe sich die Ausdehnung nach Osten abgeschnitten durch eine sich vom baltischen bis zum adriatischen Meere erstreckende Macht (Danzig bis Fiume), die durch Zuteilung der Industriegebiete Schlesiens und Polens sich wirtschaftlich behaupten könnte.

England wird in Ägypten und Mesopotamien volle Bewegungsfreiheit erlangen.

Italien darf mit Sicherheit auf das Trentino rechnen und genießt zum mindesten des Vorteils, daß Triest Freihafen wird.

Rußland opfert kein russisches Territorium. Im übrigen zwingt uns augenblicklich seine Ohnmacht, in erster Linie auf die Niederwerfung Preußens bedacht zu sein.

5.

Zur Kritik der Freiburger Gespräche.

Am 11. Februar 1921 glaubte Graf Revertera in einem Briefe aus Villa „Bethléem" in Freiburg den Verfasser darauf aufmerksam machen zu müssen, „daß die zuerst in der Zeitschrift „l'Opinion" und dann vom Prinzen Sixtus in der Form von Dialogen veröffentlichten „Conversationen", die er mit Armand geführt haben solle, dem Gebiet der Phantasie angehörten. Wenn diese Dialoge wirklich aus der Feder Armands stammten, wären sie offenbar erst später aus dem Gedächtnisse niedergeschrieben worden und dem Geschmacke des sensationslüsternen französischen Publikums angepaßt. Als Roman möchten sie unterhaltend zu lesen sein, als Geschichtsquelle wären sie selbstverständlich ganz unbrauchbar". Ich antwortete hierauf am 15. Februar 1921: „Armands Angaben über Ihre ‚Conversationen' sind doch so eingehend, daß die historische Kritik bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber den französischen Mitteilungen von Ihrer Annahme, daß die Berichte Armands eine nachträgliche Fälschung seien, ohne positive Angaben über den wahren Inhalt der Gespräche kaum Gebrauch machen kann."

Der Leser kennt bereits die positiven Angaben, die Graf Revertera später in den Historisch-politischen Blättern gemacht hat. 1921 begnügte er sich am 21. Februar zu entgegnen: „Die Publikation der ‚Conversationen' halte ich nicht in dem Sinne für eine Fälschung, daß sie etwa nicht aus der Feder Armands stammten; ich will gerne glauben, daß Armand solche Berichte an den Generalstab geschrieben hat, um seiner Tätigkeit ein entsprechendes Relief zu geben; hingegen stelle ich fest, daß während der Besprechungen unser Gedankenaustausch nicht zu Papier gebracht wurde, daß der phantasievolle Franzose diese Besprechungen erst nachträglich niederschrieb, sie entsprechend ausschmückte und Manches einfließen ließ, was entweder gar nicht oder

in einem ganz anderen Sinne gesagt worden war. So kann ich Sie z. B. versichern, daß von einer „Teilung Belgiens", wie ich sie nach der „Opinion" angeblich vorgeschlagen haben soll, nie die Rede war. Dieser Irrtum ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß ich, als über eventuelle Kompensationen für Elsaß-Lothringen verhandelt wurde, und die Ententemächte diesbezüglich konkrete Vorschläge machten, mir den Einwurf erlaubte: das genüge Alles nicht, Deutschland brauche noch ein großes Kautschukgebiet, worauf französischerseits erwidert wurde, es könnte in diesem Falle ein Stück des belgischen Kongos in Betracht kommen."

Nach Armands Notizen ist von einer „Teilung Belgiens" am 8. August, von Belgisch-Kongo am 22. August die Rede gewesen. Was die „Opinion" den „Rapport" vom 12. August nennt, sind offenbar die 6 Beilagen zu einem vorenthaltenen Bericht von diesem Tage. In der dritten Beilage notiert Armand Äußerungen Revertera zu den Rubriken: Donaukonföderation, Italien, England, Frankreich, Deutschland, Friedensbedingungen und Verschiedenes. Unter der Rubrik „Friedensbedingungen" lesen wir an erster Stelle: „Revertera hat nichts von den Kriegszielen Deutschlands gesagt. Er hat gefragt, ob Frankreich nicht als Ersatz für die deutschen Teile des Elsaß Wallonien annehmen würde. Als ihm erklärt wird, daß Belgien wiederhergestellt werden müsse, fragt er: mit der nämlichen Dynastie?"

Zugegeben, daß Revertera die Teilung Belgiens nicht in den Mund genommen hat, kann Armand auch die merkwürdige Frage, ob die Wiederherstellung der belgischen Dynastie beabsichtigt wäre, erfunden haben? Wie nahe Revertera dem Kaiserhause stand, haben die Februarverhandlungen von 1918 und die von Werkmann geschilderte Nachkriegszeit enthüllt. Auf dem belgischen Königsthron saß eine Kousine Zitas und Tochter einer Braganza, die wie Zita die Schule des Salesianerinnenklosters Zangberg besucht hatte. Wie sollte Armand auf einen Einfall kommen, der nur bei dem Diener der Häuser Parma-Braganza nichts Befremdliches hat. Eignet sich Frankreich seine wallonische Ostmark an, so ist allerdings die Frage naheliegend, was wird dann aus der Dynastie. Umgekehrt setzt diese Frage voraus, daß von Wallonien doch die Rede war, wenn auch nicht in dem Sinne, daß Revertera Französisch-Belgien als Kompensation für das deutsche Elsaß angeboten hat, sondern in Form eines Fühlers, der feststellen sollte, ob Frankreich Absichten auf Wallonien habe. Armand aber hört ein Angebot heraus, das gerade von dem Beauftragten Zitas am wenigsten zu erwarten war.

Selbstverständlich kann der Historiker aus diesen Notizen keinen Dialog rekonstruieren, aber er wird sie doch nicht als reine Phantasieprodukte in Bausch und Bogen verwerfen. Das Beispiel ist so lehrreich, weil es erkennen läßt, wie Armand und Revertera gerade in diesem Vorstadium vielfach aneinander vorbeigeredet haben. Es er-

öffnet uns zugleich einen Blick hinter die Kulissen der Entente durch Aufdeckung des Mißtrauens der belgischen Dynastie gegen Frankreich. Wie auch Revertera seinen Fühler formuliert haben mag, so kann er doch nur gefragt haben, ob Frankreich sich denn nicht für das Elsaß in Wallonien entschädigen werde. Darauf war der Hinweis auf die Ententeforderung der Wiederherstellung Belgiens natürlich keine Antwort und hielt denn auch Revertera nicht ab, mit der zweiten Frage herauszurücken, was die Entente mit der Dynastie vorhabe.

Die nachgewiesenen Aufschneidereien Reverteras in den Historisch-politischen Blättern haben ihn als Zeugen ausgeschaltet. Armand dagegen ist durch die Einwürfe Reverteras nicht erledigt. Nicht in jedem Einzelfall wird sich feststellen lassen, ob er sich verhört hat oder sich verhören wollte. In die Regionen des Geschwätzes gerät man bei ihm doch nur in den Beilagen, die auch die Unterhaltungen Reverteras mit dem Anstaltsarzt und dessen Eindrücke buchen, obwohl auch diesen die krankhafte Friedenssehnsucht und der Preußenhaß des Sendboten Kaiser Karls zu entnehmen ist. Das Beispiel der Frage nach der belgischen Dynastie zeigt, daß man am besten zuerst die Notizen unter die Lupe nimmt, die Armand als Franzose nicht erfunden haben kann, man müßte ihm denn eine mit seinem absoluten Mangel an Gestaltungskraft nicht vereinbare Phantasie zuschreiben. Der Kommentar eines Wiederabdrucks der Generalstabsakten könnte nicht anders verfahren. Die kritische Vorarbeit zu unserer Darstellung ist jedenfalls diesen Weg gegangen.

6.

Ein gefälschter Brief des deutschen Kronprinzen.

Am 14. August 1920 veröffentlichte der „Matin" einen angeblichen Brief des deutschen Kronprinzen an seinen Vater aus dem Juli 1917. Ganz französisch nach Form und Inhalt lautet er in deutscher Übertragung:

„Es ist hohe Zeit, unsere Bilanz zu ziehen und mit der unserer Feinde zu vergleichen, um richtig und genau festzustellen, über welchen Vorrat an Nahrungsmitteln und Futtermitteln und über welche militärischen Reserven unser Vaterland verfügen kann, wie beschaffen zurzeit die militärischen Reserven, die Munition, die Waffen und die in den Fabriken zu verarbeitenden Rohmaterialien sind.

„Sicherlich sind wir schwächer als unsere Feinde. Aber die materielle Bilanz will noch nichts besagen im Vergleich mit der moralischen Bilanz. Die Volksstimmung ist infolge der von allen deutschen Familien gebrachten ungeheuren Opfer jämmerlich. Das Elend wächst, und die Verzweiflung tritt immer mehr zutage. In revolutionsschwangeren Zeiten ist es immer sehr bedenklich, wenn die Frauen die Hoffnung verlieren. Das ist jetzt bei den sonst so tapferen

deutschen Frauen der Fall. Die Kindersterblichkeit wächst in erschreckendem Maße, und die ansteckenden Krankheiten nehmen zu.

„Wenn Deutschland nicht vor Ende des Jahres Friede schließen kann, droht ihm eine Revolution.

„Österreich ist im gleichen Fall, oder vielmehr das Leben ist in Österreich noch unerträglicher als in Deutschland. Kaiser Karl ist uns sicher ein treuer Freund; wenn er aber zwischen dem völligen Zusammenbruch Österreichs und der Rettung durch Preisgabe des Bündnisses zu wählen hat, verlangt seine Pflicht gegen seine Völker, sich von uns zu trennen. Bulgarien und die Türkei können den Kampf nicht fortsetzen.

„Die Hoffnung auf den U-Bootkrieg ist eitel. Die Admiralität wiederholt unablässig: „In einigen Wochen sind wir gerettet". Warten wir solange und betrachten uns dann das Ergebnis. Wenn es den Erwartungen nicht entspricht, müssen wir uns zum Frieden entschließen.

„Es handelt sich jetzt nicht mehr um Sieg, die Vergrößerung Deutschlands oder Ruhm. Das Leben des deutschen Volkes, unser teuerstes Gut, steht auf dem Spiel. Unserer Dynastie droht Gefahr. So groß das Unglück für Dich und mich wäre, so verschwindet das doch im Hinblick auf das dem deutschen Volke drohende Unheil. Laß mich offen reden. Denken wir nicht mehr an Belgien. Verzichten wir auf jede Annexion, selbst im Osten. Wir müssen mit unseren Feinden Verhandlungen anknüpfen.

„Erinnere Dich unseres großen Ahnherrn Friedrich. Wenn er auch durch eine Koalition besiegt wurde, so ist doch sein geschichtliches Andenken ein großes!"

Für den deutschen Leser ist die Fälschung mit Händen zu greifen. Kein Quartaner würde Friedrich den Großen im siebenjährigen Kriege unterliegen lassen, und hier soll der Kronprinz dem Kaiser solchen Unsinn geschrieben haben! Das Lügenkonto des „Matin" ist so groß, daß es sich nicht verlohnte, auf das Machwerk näher einzugehen, wenn die Fälschung nicht nachweisbar eine echte Vorlage benutzte und bereits Ende September 1917 in Pariser Regierungskreisen besprochen worden wäre. Am 18. Juli 1917 hatte der Kronprinz nach einer Unterredung mit Dr. Viktor Naumann „Gedanken über die Lage Mitte Juli" an den neuen Reichskanzler Michaelis geschickt, die sich gekürzt, zugespitzt oder auch ins Gegenteil umgebogen in dem Briefe des „Matin" wiederfinden. Rosners Kronprinzenbuch hat Seite 161 bis 167 nur einen Auszug der Denkschrift gebracht. In vollem Wortlaut ist sie bereits in Nr. 10 von Ankers Wochenschau vom 18. März 1921 veröffentlicht worden. Von einem Wiederabdruck an dieser Stelle kann daher abgesehen werden. Wie der Pseudobrief beginnt sie mit einer vergleichenden Bilanz. Auch der starken Friedenssehnsucht wird gedacht und damit dem Fälscher Gelegenheit gegeben, das deutsche Elend, die Hoffnungslosigkeit der deutschen Frauen, das große Sterben

und die Revolutionsgefahr plakatartig auszumalen. Der Absatz über Kaiser Karl konnte fast wörtlich herübergenommen werden. „Kaiser Karl — schrieb der noch ahnungslose Kronprinz — ist uns der treueste Bundesgenosse. Wenn aber einmal die Frage an ihn gestellt werden muß, ob er auf die sichere Gefahr des Unterganges seiner Staaten und seiner Dynastie hin weiter fechten oder einen Frieden annehmen will, den ihm die Entente in diesem Falle gewiß möglichst günstig gestalten wird, so hat er als Kaiser von Österreich und König von Ungarn sogar die Pflicht, zunächst an das Geschick seiner eigenen Völker zu denken."

Der Fälscher hütet sich nur von den günstigen Bedingungen eines Sonderfriedens mit der Entente Gebrauch zu machen. Einer stärkeren Korrektur bedarf der in der Denkschrift dem Absatz über Kaiser Karl vorausgehende Abschnitt über den U-Bootkrieg. Der Verfasser der Denkschrift will die U-Bootfrage weder zu pessimistisch noch zu optimistisch beurteilen, der Brieffälscher zieht wie Erzberger aus dem „Fiasko" des U-Bootkrieges die Folgerung der Notwendigkeit baldigen Friedensschlusses.

Die weiteren Ausführungen der Denkschrift sind für den Brief nicht zu gebrauchen. Man vermißt den Tadel der „vorschnellen Handlung des deutschen Reichstages, die im feindlichen wie im neutralen Ausland als unsere glatte Bankerotterklärung angesehen worden ist". Auch der Rat, die Neutralen zu schonen, jeden Gedanken des Friedenssuchens über England aufzugeben und zielbewußt auf den russischen Frieden hinzuarbeiten, wird gestrichen. Erst der Schluß erweist sich wieder als brauchbar. Gestrichen werden nur die stolzen Sätze: „Diktieren unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstabe hohenzollernscher, preußischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen Federstrich geschrieben"; und weiterhin: „Behaupten wir uns in diesem Kriege, so sind wir tatsächlich Sieger, weil wir gegen die ganze Welt gekämpft haben, ohne vernichtet zu werden." Zu dem lächerlichen Schlußsatz läßt sich der Fälscher durch die abschließenden echten Hohenzollernworte anregen: „Unsere Lage gleicht der Friedrichs des Großen vor dem Frieden von Hubertusburg. Er gilt in der Geschichte mit Recht als Sieger, weil er im Kampfe nicht unterlag."

Ribot hat den Brief 1920 wie bereits 1917 kritiklos für echt gehalten, aber darin die Bereitschaft zum Opfer Elsaß-Lothringens vermißt. Auf französischem Boden kann die Fälschung nicht entstanden sein, weil sie zwecklose Selbsttäuschung gewesen wäre. Wer den Brief verfaßt hat, muß zwischen den letzten Julitagen und der ersten Septemberhälfte in Besitz einer Abschrift der Denkschrift gelangt sein. Die Verwandlung des Siegers Friedrich in den Besiegten im Schlußsatz erinnert zu sehr an die kindische Korrektur der berechtigten in ungerechte Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen in Kaiser Karls Brief vom 24. März 1917, als daß nicht sofort der Verdacht auf Zita

und ihre Fälscherkünste gelenkt würde. Auch ein Teil der erwähnten Änderungen und Weglassungen deutet auf Wiener Ursprung. Hat die Kaiserin — müssen wir fragen — die Denkschrift zu Gesicht bekommen?

Eine Gelegenheit zur Mitteilung wäre die Antwort des Kronprinzen auf den Brief Kaiser Karls vom 20. August gewesen. Czernin sagt darüber in seinen Erinnerungen (S. 99): „Die Antwort des Kronprinzen war eine sehr freundliche und entgegenkommende, bewegte sich jedoch in allgemeinen Phrasen, und es war klar, daß es den deutschen Militärs gelungen war, seine Bestrebungen im Keime zu ersticken." Zum Glück gestattet das erhaltene Konzept der Antwort einen Vergleich mit diesem Urteil. Es lautet wörtlich:

Lieber Karl!

„Erst heute, nachdem es an der Front von Verdun etwas ruhiger geworden ist, komme ich nochmals[1]) auf Deinen freundlichen Brief vom 20. August zurück.

Nach eingehendem Vortrag der maßgebenden Stellen über die Lage in Deutschland kann ich mich der Auffassung nicht anschließen, daß die deutschen innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt ein Ende des Krieges noch vor dem Winter erforderten. Ich gebe andererseits gerne zu, daß es dringendst wünschenswert ist, die Friedensmöglichkeiten auf jede Weise zu fördern. Daß Deutschland aber irgendwie ins Gewicht fallende territoriale Opfer in Elsaß-Lothringen bringen könnte, um die Friedensgeneigtheit Frankreichs zu erkaufen, halte ich für völlig ausgeschlossen. Das deutsche Volk würde den Reichskanzler steinigen, der mit derartigen Vorschlägen auch nur herauszukommen versuchte. Kleine Grenzverbesserungen, wie ich sie auch m. W. dem Grafen Czernin gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, namentlich im Ausgleich mit französischen Konzessionen an anderer Stelle, wären natürlich möglich, würden aber wohl kaum eine friedensfördernde Stimmung in Frankreich auslösen. Für nicht völlig aussichtslos wird mir die Maßnahme bezeichnet, die der Reichskanzler zurzeit einer eingehenden Prüfung unterzieht, daß nämlich Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches erhoben und damit freier gestellt wird, daß die Franzosen dieses als einen Erfolg für ihre Befreiungsbestrebungen Elsaß-Lothringens buchen und der französischen Mentalität entsprechend schließlich wie einen Sieg ansehen. Die Angelegenheit wird, wie mir berichtet wird, eingehend und schleunig erwogen.

Wichtiger noch als die Möglichkeit, Frankreich für einen Frieden gefügiger zu machen, erscheint der Reichsleitung die Stellung Eng-

[1]) Der Kronprinz hatte also sofort geantwortet, wahrscheinlich in Form einer Empfangsanzeige unter Vorbehalt der eigentlichen Antwort nach Abflauen der Kämpfe vor Verdun.

land gegenüber. Hier dürfte eine maßvolle auf eigentlichen Terrainerwerb verzichtende und sich mit wirtschaftlichen Sicherungen begnügende Politik starke Hindernisse beseitigen, die zurzeit gerade Belgiens wegen bei England gegen irgendwelche Friedensneigungen bestehen.

Wir haben hier mit großer Spannung die gewaltigen Kämpfe am Isonzo verfolgt, in Bewunderung, was dort an Tapferkeit, Zähigkeit und Ausdauer geleistet worden ist. Hoffentlich sind die schwersten feindlichen Anstürme nunmehr bereits überwunden.

Der Kaiserin küsse ich die Hand und verbleibe mit herzlichsten Grüßen für Euch beide sowie mit besten Wünschen für weitere gute Erfolge"

.....

Das Konzept ist undatiert, aber nicht früher als am 3. September, nach Kühlmanns Rückkehr aus Wien, und nicht später als am 4. September entstanden. Unter den „maßgebenden Stellen" haben wir selbstverständlich nicht, wie Czernin und der kaiserliche Hof in blinder Voreingenommenheit annahmen, die oberste Heeresleitung, sondern den Reichskanzler und das Auswärtige Amt zu verstehen. Im Auswärtigen Amt ist denn auch, wahrscheinlich von Kühlmann selbst, der politische Teil der Antwort aufgesetzt worden. Nur durch die Reichsleitung konnte der Kronprinz damals erfahren, daß sie ganz im Gegensatz zu seinen Julivorschlägen den Frieden über England suchte. Weder Hindenburg noch Ludendorff haben von dem Brief Kaiser Karls und seiner Beantwortung eine Ahnung gehabt. In Wien aber hat man seit dem 6. September endgültig gewußt, daß durch den Kronprinzen kein Druck in der Richtung des Opfers der Reichslande ausgeübt werden konnte. Ist der gefälschte Brief dort entstanden, so hat er die Ribot nicht befriedigende Fassung wohl nach dem 6. September erhalten.

Wie aber verhält es sich mit der Denkschrift? Die Antwort des Kronprinzen läßt ihre gleichzeitige Mitteilung an Kaiser Karl als ausgeschlossen erscheinen, aber sie schließt nicht aus, daß der Kronprinz in der einstündigen zeugenlosen Unterredung mit Czernin in Charleville am 14. (?) August diesem eine Abschrift seiner „Gedanken über die Lage" mitgegeben hat, um ihm zu beweisen, daß auch er den Mut besitze, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Die wörtlichen Anklänge des Pseudobriefes wären nicht zu erklären, wenn der Fälscher oder sein Gewährsmann den Wortlaut nicht vor Augen hatten. Czernins Rolle kann dabei nur die des Briefträgers gewesen sein. Er hat zwar in früheren Stadien mit der angeblichen Bereitschaft Bethmanns zum Opfer Elsaß-Lothringens unverantwortlich gewuchert, aber er würde in der Zeit der Freiburger Verhandlungen doch wohl Bedenken getragen haben, den Franzosen Seifenblasen vorzuführen. Hat der gefälschte Brief höchstwahrscheinlich in Wien das Licht der Welt er-

blickt, so weist der Mißbrauch der „Gedanken" des Kronprinzen auf Zita, die auch über die belgischen und luxemburgischen Kanäle verfügte, um ihn in den Wandelgängen des Palais Bourbon als Beweis deutscher Friedensreife in Umlauf zu bringen. Dafür spricht auch die Mischung von Raffiniertheit und kindischer Torheit, die für alle Intrigen des Hauses Parma so charakteristisch ist.

7.

Maxse und Delbrück.

Die Legendenbildung ist ein besonderes Kapitel der Geschichte des Weltkrieges, das in einer Darstellung des wirklichen Verlaufs nur gestreift werden kann. Wenn hier ein besonders krasser Fall beleuchtet werden soll, so erscheint das durch die Wahlverwandtschaft zwischen englischem und deutschem blinden Fanatismus gerechtfertigt.

Im September 1919 veröffentlichte in der „National Review" ihr Herausgeber L. J. Maxse einen Aufsatz „What every German does't know", zu dem ihm offenbar das englische Weißbuch über die päpstliche Friedensaktion und Erzbergers große Rede in der Nationalversammlung vom 25. Juli 1919 die Anregung gegeben hatte. Maxse hatte Lloyd George und dem Kriegskabinett nie getraut. Wenn nicht der Entschlossenheit seiner tapferen Nation immer wieder die deutschen Torheiten zu Hilfe gekommen wären, würde Deutschland den Sieg davongetragen haben. Lloyd George hätte aus seinem Pessimismus gar kein Hehl gemacht. Die meisten seiner Kollegen hätten vom Juli 1917 bis zum Juli 1918 chronisch an „kalten Füßen" gelitten. Maxse las daher aus dem Weißbuch die Absicht der britischen Regierung heraus, mit Deutschland Verhandlungen anzuknüpfen, wenn es sich unzweideutig bereit erkläre, Belgien wiederherzustellen, und fand die Bestätigung seines Argwohns in einem — Druckfehler. Obwohl er zu Eingang seines Aufsatzes alle Deutsche geborene Lügner genannt hatte, war ihm doch der taschenspielerische Nachweis eines Erzberger, daß Michaelis und die oberste Heeresleitung im September 1917 die Friedensgeneigtheit Englands unbenutzt gelassen hätten, hochwillkommen. Erzberger hatte auch Pacellis Note an Michaelis vom 30. August verlesen. In der englischen Zeitung, aus der Maxse seine Kenntnis schöpfte, war die Note offenbar infolge eines Druckfehlers vom 13. August datiert. Das Weißbuch setzte mit der Weisung an Salis vom 21. August ein. Der Druckfehler wäre leicht zu verbessern gewesen, wenn Maxse sich die Mühe gegeben hätte, den Zusammenhang der veröffentlichten Aktenstücke herzustellen. Da er auch über die Kriegszeit hinaus chronisch an einem heißen Kopfe litt, kombinierte er vielmehr, daß die englische Regierung schon vor dem 21. August mit der Kurie über eine deutsche zum Frieden führende Erklärung über Belgien verhandelt hätte.

Mit dieser Entdeckung brachte Marxse den Artikel Max Wedels in den „Hamburger Nachrichten“ über das Genfer Friedensgespräch zwischen Smuts und Mensdorff in Zusammenhang. Daß Wedel nur das mitteilen konnte, was er von Mensdorff erfahren hatte, störte ihn nicht. Ebensowenig nahm er Anstoß daran, daß Wedel das Dezembergespräch, das im Februar 1918 Gegenstand einer Interpellation im Unterhaus gewesen war, im Frühjahr 1918 stattfinden ließ. Ihm genügte, daß ein Mitglied des Kriegskabinetts dem Feinde seine Verzweiflung an einer militärischen Besiegung Deutschlands verraten hatte. Aus zwei falschen Daten schöpfte er die Berechtigung in das Krankenjournal des Kriegskabinetts vom Juli 1917 bis 1918 einzutragen: Chronische kalte Füße.

In normalen Zeiten hätte man dieses Dokument englischer Kriegspsychose auf sich beruhen lassen. Jedenfalls hat Marxse selbst es sich nicht träumen lassen, daß er im „Lande der Lügner“ noch einmal als Kronzeuge für Lloyd Georges Friedensreife aufgerufen werden würde. „In der National Review — sagt Hans Delbrück — hat Leo Marxse, einer der wütendsten Deutschfeinde, ausgeplaudert, daß Lloyd George in der ganzen Zeit vom Juli 1917 bis Juli 1918 von solchem Pessimismus erfüllt gewesen sei, daß er bereit gewesen wäre, auf jedes plausible Friedensangebot einzugehen.“ Das ist nicht etwa ironisch gemeint und steht auch nicht in der Faschingsnummer einer Zeitung, sondern findet sich in dem Gutachten (S. 17), das Delbrück als *vereidigter* Sachverständiger vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Zusammenbruchs erstattet hat! Aber es genügt ihm noch nicht, Lloyd George die kalten Füße seiner Kollegen anzuhängen und Marxse über die Empfänglichkeit für jedes plausible Friedensangebot mehr sagen zu lassen, als er tatsächlich gesagt hat. Der Engländer läßt den angeblichen englisch-päpstlichen Friedensfühler durch die oberste Heeresleitung, die am 2. September 1917 gegründete Vaterlandspartei und „die anderen Retter der Zivilisation“ zurückgewiesen werden. Delbrück macht in seinem aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat[1]) Hindenburg-Ludendorff und die Vaterlandspartei

[1]) National Review Seite 101: „On a single point, and probably for the first time, we find ourselves in agreement with Herr Erzberger, who regards the British Government as taking the initiative in August 1917 in making an overture to Germany via the Vatican. The ground had doubtlessly been well baited by Herr von Kühlmann and his confederates in Rome, but undoubtedly during one of its periodic panics Downing Street sought to open pourparlers, and but for the Great General Staff, the Fatherland Party, and the other saviours of Civilization, Berlin might have returned a reply that would have enabled our panic-mongers to pursue the subject until everything had been sacrificed for which we were supposed to be fighting.“ Delbrück übersetzt in Anführungszeichen: „Wäre die oberste Heeresleitung und die Vaterlandspartei nicht gewesen, so hätte Berlin eine Antwort geben können (Juli 1917), die unsere Panikmacher in Stand gesetzt hätte, ihr Ziel weiter zu verfolgen, bis alle unsere Kriegsziele

dafür verantwortlich, daß Berlin im Juli 1917, also zur Zeit der Friedensresolution, der englischen Regierung die kalte Schulter gezeigt hätte. Er macht also den verhaßten „deutschen Kriegsverlängerern" den Vorwurf, daß sie im Juli 1917 auf einen englischen Friedensfühler aus dem August nicht eingegangen sind, und es fehlt jetzt nur, daß sich Maxse seinerseits wieder auf das Zeugnis Delbrücks beruft, um dieser in den Tageskämpfen immer wieder auftauchenden Legende unsterbliche Lächerlichkeit zu sichern.

---

geopfert gewesen wären." Auch wenn Delbrück das Datum in Klammern als Zusatz des Übersetzers gekennzeichnet hätte, bliebe der Vorwurf auf ihm sitzen, daß er den von Maxse in den August-September verlegten Vorgang verschiebt. Auch in dem dritten Zitat aus National Review (S. 102), das ebenfalls vom August spricht, hat Delbrück durch „damals" die Beziehung zu dem Monat der Friedensresolution untergeschoben.

Anmerkungen.

I.

(Seite 4) Dissertation: Prince Sixte de Bourbon de Parme. Le traité d'Utrecht et les lois fondamentales du royaume. Paris, Champion, 1914 VIII und 374 Seiten. Göttingen. Universitäts-Bibliothek. In der Literatur Seite 365 zu beachten: Les droits directs et éventuels des Bourbons d'Espagne, de Naples et de Parme. Paris 1840.

(Seite 5) Angebliches Gesuch der Prinzen um Eintritt in die k. u. k. Armee erwähnt von Glaise-Horstenau bei Schwarte, Der große Krieg 5, 330; Graf Wedel im „Tag" Ausgabe B Nr. 109 vom 11. Mai 1922. Nach brieflicher Mitteilung Wedels wurde in Wien von dem Hofe und der Regierung nahestehenden Kreisen allgemein erzählt und galt dort für Tatsache, daß Sixtus und Xaver dem Kaiser Franz Joseph zunächst ihre Dienste anboten. Ich sehe darin nur einen Beweis, daß man in den Wiener Kreisen weder an Pianore noch an Chambord gedacht hat. Die Verteilung des Hauses Parma über die kriegführenden und neutralen Länder entsprach durchaus seinem Güterbesitz, der auf diese Weise gegen Sperre und Konfiskation geschützt wurde. Sixtus hat von Anfang an bis zu seiner Vermählung (1919) mit einer Tochter des Herzogs von La Rochefoucauld, mütterlicherseits einer Enkelin einer der „Höllentöchter" des Spielpächters Blanc in Monte Carlo, immer nur auf Frankreich spekuliert.

(Seite 7) Pianore: Vgl. Karl Wagemut. Was ich im Elternhause der Exkaiserin Zita von Oesterreich erlebte. Bruchstücke aus dem Leben eines ehemaligen katholischen Hofgeistlichen. Dresden, A. Köhler, 1920. VIII und 206 Seiten. Der unter einem Pseudonym verborgene später zum Protestantismus übergetretene Verfasser war von 1903—1906 Hauslehrer der jüngeren Geschwister Zitas und Seelsorger der deutschen Dienerschaft. Seinem im übelsten Domestikenstil abgefaßten Buche läßt sich mit größter Vorsicht außer Personalien immerhin ein Einblick in die Hofhaltung des Hauses Parma entnehmen. Vgl. neuerdings auch Marie Freiin von Redwitz, Hofchronik 1888—1921 (München 1924) Seite 213—216.

(Seite 8) Erzberger: Erlebnisse. Seite 26, 28—29.

(Seite 9) Charleville: Stürgkh, Josef, Im großen deutschen Hauptquartier. Leipzig 1921, Seite 112 ff.

(Seite 12) Syrien: Prince Sixte de Bourbon. La Syrie et la France. Paris. Émile-Paul Frères 1919. VI und 35 Seiten. Neudruck nach le Correspondant vom 25. Juni 1916.

(Seite 12) Bourbonische Traditionen. Vgl. die „idées sur l'état actuel du conflit" vom 15. Oktober 1916 in L'offre de paix S. 20 ff.

(Seite 14) Vorstoß vom 29. Januar 1916 a. a. O. 13 ff.

(Seite 15) Freycinet: A. a. O. S. 26.

II.

(Seite 18) Überzeugung der OHL.: Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 4. Januar 1916 über Besprechung Falkenhayns mit Helfferich. UA. Beil. Seite 137 Nr. 145. Vgl. Falkenhayn, Die oberste Heeresleitung. Seite 184 bis 187.

(Seite 19) Aufschlüsse. Vgl. Kapitel 4. Seite 125.

(Seite 21) Polenpolitik. Zum Vergleich alten und neuen Kurses s. H. Wendt, Bismarck und die polnische Frage. (Fester: Historische Studien 9) Halle 1922. Bes. S. 52. 91. 66. 95. D. Schäfer: Die Schuld an der Wiederherstellung Polens in „Deutschlands Erneuerung" 1919 und einzeln. Dazu über die Stellung Falkenhayns und Ludendorffs zur polnischen Frage bis zur Autonomieerklärung nach den Akten Obkircher in Monatshefte für Politik und Wehrmacht (Mai 1922 Nr. 608 Berlin G. Bath) und Ludendorff, Militär. Wochenblatt 1922. Nr. 28—30.

(Seite 21) Entlassung von Tirpitz: Dessen Erinnerungen Seite 365 fg. Vgl. die Denkschrift von Tirpitz vom 8. Februar 1916 UA. Beil. 142 ff. v. Treutler an Bethmann vom 15. März 1916. UA. Beil. 167.

(Seite 21) Falkenhayn: Vgl. sein Schreiben an Bethmann vom 4. Mai 1916. UA. Beil. 168.

(Seite 22) Kriegsrat zu Pleß: UA. Beil. 170—178.

(Seite 22) Juniinstruktion: Jagow an Bernstorff 7. und 12. Juni 1916. UA. Beil. 8 ff.

(Seite 22) Friedensanregung Wilsons: Bernstorff an Bethmann 13. Juli 1916 (eing. Berlin 16, 8), Bethmann an Bernstorff 18. August 1916, 2. und 25. September 1916. UA. Beil. 10—16. Bethmann an Grünau 1. Oktober 1916 a. a. O. 183 ff.

(Seite 23) Burian in Pleß: Aufzeichnung Bethmanns vom 18. Oktober 1916. UA. Beil. 79—82. Burian, Drei Jahre 142 fg. verlegt irrig die Besprechung auf den 18. Vgl. ebenda S. 141.

(Seite 23) Merey: Wedel an Zimmermann. 3. Dezember 1916. UA. Beil. 95.

(Seite 24) Burian gegen Bethmann: Drei Jahre 156 ff.

(Seite 24) Ermutigung Wilsons zum Friedensappell: Bethmann an Bernstorff 14. Oktober 1916. UA. Beil. 18 ff.

(Seite 24) Tel. Jagows: 16. und 20. November 1916. UA. Beil. 21. Zimmermann an Bernstorff 26. November 1916. UA. Beil. 24.

(Seite 24) Antwort auf Burians Vorschlag: v. Stumm, Burian 143, 145. Tel. Wilhelms II. UA. Beil. 82 ff. A. F. Pribram, Austrian foreign policy 1908 bis 1918 (London Allen & Unwin 1923 Seite 101 ff.) spricht von Zerwürfnissen zwischen Wien und Berlin über Burians Vorschlag, die konkreten Friedensbedingungen zu veröffentlichen. „On this point excited debates and serious conflicts took place between the Vienna and Berlin Cabinets, in the course of which the Austrians demanded the recall of Tschirschky, the German Ambassador at the court of Vienna, who represented the German point of view with uncompromising harshness. Even the sovereigns of Austria Hungary and Germany took part in this conflict. The Emperor William sought insistently to convince his ally that Germany could not fall in with Burian's plan. It was one of Francis Joseph's last acts to invoke every

means in order to accomplish a settlement of the outstanding difficulties. It was only after long negotiations — Francis Joseph having in the meantime died on November 21 — that it was possible to reach a compromise. It wat agreed to submit the proposals of the Quadruple Alliance to their ennemies through the neutral Powers, and immediately to enter upon deliberations as to a peace, in the course of which their peace conditions should be exactly defined." Weder mit den deutschen gedruckten Akten, noch mit Burians Darstellung noch mit Tschirschkys Erkrankung, den Wedel schon am 1. November vertrat, läßt sich diese Darstellung recht vereinigen. Vgl. UA. Beil. 82 und Bethmann an Hindenburg vom 4. November a. a. O. 84. In den Wiener Akten mag Burians hartnäckiges Bestehen auf der Veröffentlichung konkreter Bedingungen stärker hervortreten, aber in dem Handschreiben Wilhelms II. und in den Verhandlungen über die Bedingungen deutet nichts auf einen Konflikt, so verstimmt man auch in Wien über die deutsche Forderung der ausschließlichen Verfügung über die polnische Armee sein mochte, und so unbeliebt auch der deutsche Botschafter war. Vielleicht gelangt Pribram selbst zu einer Revision seiner Auffassung, wenn er das gesamte Material noch einmal genau durcharbeitet und in den Weltzusammenhang hineinstellt. Das historisch Bedeutsame jener Verhandlungen sehe ich darin, daß Bethmann den amerikanischen Ariadnefaden fallen läßt, um das österreichisch-ungarische Leitseil zu ergreifen. Daß Burian die Veröffentlichung konkreter Kriegsziele nicht durchsetzte, erscheint eigentlich selbstverständlich, wenn man sich klar macht, daß schon seine Oktoberskizze und eine Friedensaktion sich ausschlossen.

(Seite 26) Lehrjahre K. Karls: Margutti 152—173. Krauß 198 ff. Cramon 88 ff.

(Seite 28) Berichte Seeckts: Nach Mitteilung Exzellenz Ludendorffs.

(Seite 29) Frische Franz Josephs: Cramon 85.

(Seite 29) Friedensbedingungen: Bethmann an Hindenburg 4. November. Grünau (Hindenburg) an Bethmann 5. November. Bethmann an Grünau 6. November. Hindenburg an Bethmann 7. November. Bethmann an Grünau 7. November. Grünau an Bethmann 8. November. Grünau an das Ausw. Amt 17. November. Bethmann an Wedel 23. November 1916. UA. Beil. 84—92.

(Seite 29) Erste Ankündigung der Friedensaktion: Jagow an Bernstorff 22. November 1916. UA. Beil. 21.

(Seite 30) Tisza am 13. Dezember: Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1916. 2, 58 ff.

(Seite 30) Ludendorffs Äußerung: gegen Kapitän v. Bülow nach dessen Bericht an Holtzendorff vom 10. September 1916. UA. Beil. 180.

(Seite 33) Bethmann an Hindenburg: 4. Januar 1917. UA. Beil. 117—119.

(Seite 34) Pokrowski 16. Dezember: Schultheß 1916. 2, 435 ff.

(Seite 34) Briand 13. Dezember: Annales Députés. Débats 1916. III. Seite 2627 ff. Schultheß 2, 251.

(Seite 35) Lloyd George 19. Dezember: Commons 88 (1916), 1333 ff. Schultheß 2, 195.

(Seite 35) Briand 19. Dezember: Annales Sénat. Débats 1916. Seite 1183 ff. Schultheß 2, 255.

(Seite 35) Wilson 18. Dezember: Note des Geschäftsträgers Grew an Zimmermann vom 21. Dezember 1916. UA. Beil. 30—33.

(Seite 35) Antworten der Entente. 30. Dezember 1916 und 12. Januar 1917: UA. Beil. 35—37. 42—44.

(Seite 36) Balfours Erläuterung 13. Januar 1917: Schultheß 1917. 2, 248—251.

(Seite 36) Wilsons Senatsbotschaft: Schultheß 1917. 2, 858—863.

(Seite 37) Ansicht Bernstorffs: Bernstorff, Deutschland und Amerika. 368 ff.

(Seite 37) Bonar Law 24. Januar 1917: Schultheß 1917. 2, 254 ff.

(Seite 38) Bethmanns Erregung: Bernstorffs Tel. vom 27. Januar 1917. UA. Beil. 73 ff. Helfferich 2, 418.

(Seite 38) Holtzendorff-Helfferich: Holtzendorff in Sitzung der OHL. vom 8. Januar 1917. UA. Beil. 320.

(Seite 38) Besprechung vom 9. Januar 1917: UA. Beil. 321—322.

(Seite 39) Deutsche Friedensbedingungen: Bethmann an Bernstorff 29. Januar 1917. UA. Beil. 74—76.

(Seite 39) Czernin: Ottokar, geboren 26. September 1872, stand also im 45. Lebensjahr. — Wedel an Ausw. Amt 1. Januar 1917. UA. Beil. 112.

(Seite 39) Telegrammwechsel K. Karls und K. Wilhelms II.: UA. Beil. 113—116. Tel. Bethmanns vom 2. Januar 1917 ebenda 112 ff. Cramons Darstellung Seite 94 ff. nötigt, wenn sie nicht auf ungenauer Erinnerung beruht, zu der Annahme, daß er in Pleß dem Kaiser ein zur Unterstützung des Telegramms bestimmtes Handschreiben Karls überreicht hat, weil das Originaltelegramm den von ihm angegebenen Schlußsatz nicht enthält.

(Seite 42) Berliner Besprechung vom 7. Januar 1917: Protokoll und Aufzeichnung über die Vereinbarung UA. Beil. 119—122. Czernin 153 ff. ebenda 157 ff. Flotows Bericht vom 15. Januar 1924.

(Seite 43) Holtzendorff und Zimmermann in Wien: Czernin 161 ff. ebenda 161—167 das Protokoll der Besprechung vom 20. Januar 1917. Werkmann Seite 75 läßt Holtzendorff bei der Hoftafel gegen die Kaiserin unhöflich werden. Graf Wedel hält die Szene für Hofklatsch, weil sie ganz und gar nicht zu der Art des Admirals paßt. Entscheidend war in Wien die Autorität des Admirals Haus. Ihr fügten sich nicht nur Tisza und Clam, sondern auch, wenngleich mit Bedenken, der Kaiser und Czernin. Wedel hat Holtzendorff, als er ihn an der Bahn abholte, gesagt: „Sie brauchen keinen Druck auszuüben, Bedenken werden Sie freilich viel hören, die liebt man hier, aber der U-Bootkrieg ist auch hier bereits beschlossen, Admiral Haus ist dafür.“!

(Seite 44) Oesterreich-Ungarn und Wilson: Czernin und Lansing bei Wedel an Ausw. Amt 5. Febr. 1917. Wedel 6. Februar. Zimmermann an Wedel 6. Februar. Czernin an Hohenlohe 8. Februar. Zimmermann an Wedel 11. Februar. Wedel 11. Februar, 1. März 1917. UA. Beil. 323—333. Vgl. Czernin S. 171 ff. Note Czernins vom 5. März 1917 bei Czernin Seite 381—388, die zitierte Stelle S. 387. „unauffällig“ Czernin zu Wedel. UA. Beil. 333.

(Seite 45) Wilhelm II. in Wien: Die angebliche Äußerung bei K. F. Nowak. (Der Weg zur Katastrophe. Berlin 1919. Seite 219) wird der Verfasser von Conrad haben. Tatsache ist, daß Karl Wedel vor dem Wiener Besuch zu sich beschied und um seine Vermittlung ersuchte, daß Kaiser Wilhelm und die Reichsregierung die Verlegung des Hauptquartiers nicht mißverstehen möchten. Wiener Trinksprüche bei Schultheß 1917. 2, 28 ff.

III.

(Seite 47). Denkschrift vom 5. März: Anhang S. 249 ff.

(Seite 48). Salomon: Bericht vom 30. Januar 1917 L'offre de paix 45 ff.

(Seite 48). Cambon: Conversation du prince avec I. C. 11. Februar 1917. A. a. O. 47—49.

(Seite 49). Entwurf einer Kundgebung Karls und Konvention vom 12. Februar: A. a. O. 50—54.

(Seite 50). Erdödy: Gendarmerierittmeister, ein Jugendfreund des Kaisers.

(Seite 51). Czernin an Zita: Bei K. F. Nowak. Der Sturz der Mittelmächte (München 1921). Seite 419.

(Seite 51). Richtlinien Czernins: L'offre de paix 58—60.

(Seite 53). Bemerkungen Karls: A. a. O. 60 ff.

(Seite 54). Französisch-russische Kriegsziele: Pokrowski an Islowski 12. Februar 1917. Iswolski an Pokrowski 13. Februar. Pokrowski an Paléologue 14. Februar. Iswolski an Pokrowski 11. März. Notiz des russischen Außenministeriums nach 11. März 1917. Russische Dokumente 91—94 nach Iswestija vom 23. November 1917 und Rotbuch Heft 3 Nr. 42. Äußerung der Zarin bei Paléologue 3, 185.

(Seite 55). Russischer Friedensfühler in Wien: Czernins genauere Angaben Seite 192 ff. sollen von der Frage nach den Sixtus-Verhandlungen ablenken.

(Seite 55). Erste Audienz bei Poincaré von 3½—5½ Uhr: L'offre de paix 64—68.

(Seite 55). Zweite Audienz: Von 4.45—5.15 Uhr. A. a. O. 70—72.

(Seite 56). Czernin und Rußland: Czernin 192 ff.: Eine Antwort vom 9. März 1917 habe nicht erkennen lassen, ob es sich um Frieden mit dem Vierbund oder um Sonderfrieden handele, habe aber Czernins Standpunkt angenommen. „Um raschestens Klarheit zu schaffen", habe er eine Zusammenkunft eines (russischen und österreichischen) Vertrauensmannes in einem neutralen Land vorgeschlagen. Czernin wäre also, wenn die Revolution in Petersburg dem Friedensfühler nicht ein Ende gemacht hätte, auch zur Anhörung eines russischen Sonderfriedensangebotes bereit gewesen.

(Seite 57). Wiener Reise Bethmanns:
Einladung: Schon am 13. März 1917 kündigte das k. und k. Telegr.-Korrespondenz-Büro den Besuch Bethmanns an. Norddeutsche allgem. Ztg. Nr. 73 I vom 15. März 1917. — „Gelegenheit": Münchener Neueste Nachrichten Nr. 81 vom 23. Februar 1922. — Reise: Nordd. allgem. Ztg. Nr. 75 I vom 17. März 1917. — „Funkspruch": Bethmann, Betrachtungen 2, 173. — Ankunft in Wien: Mitteilung Graf Wedels. — Konferenz vom 16. März 1917: Protokoll Münchener Neueste Nachrichten Nr. 81, 83, 85 vom 23.—26. Februar 1922. Bethmanns Begleiter Legationssekretär Graf Zech-Burkersroda nicht als Teilnehmer genannt. Der von der Redaktion gekürzte Anfang des Protokolls lautet nach Mitteilung Dr. Gerlichs: „Der k. und k. Minister des Äußern, welcher die Besprechung eröffnet, rekapituliert zunächst die mit dem Deutschen Reichskanzler an demselben Tage bereits stattgehabten Gespräche und führt aus, daß er es für seine heilige Pflicht gehalten habe, Herrn v. Bethmann Hollweg gegenüber die Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie so zu schildern, wie sie ist,

ohne in Schwarzseherei oder Schönfärberei zu verfallen. Leider sei er nicht in der Lage gewesen, ein rosiges Bild zu entwerfen; denn die Monarchie stehe am Ende ihrer Kraft.

Die größte Sorge bilde vorerst die Ernährungsfrage, welche als äußerst kritisch bezeichnet werden müsse. Aus dem böhmischen Erzgebirge seien kürzlich Meldungen eingetroffen, denen zufolge in diesen Gegenden der Hungertyphus grassiere, ebenso schlechte Nachrichten treffen aus anderen Teilen des Reiches ein, z. B. Dalmatien; hierzu komme, daß man mit einer progressiven Verschlechterung der Ernte rechnen müsse. Der Mangel an Vieh, natürlichen und künstlichen Dungmitteln, sowie Saatgut, endlich die durch die noch lagernden Schneemassen erhöhten Schwierigkeiten beim Frühjahrsanbau müßten jeden Politiker in verantwortlicher Stellung nachdenklich stimmen. Und hierbei dürfte nicht vergessen werden, daß es eine Remedur, um aus dieser fatalen Situation herauszukommen, nicht gebe; denn die Hoffnungen, die man in dieser Beziehung an Rumänien geknüpft habe, seien nicht in Erfüllung gegangen. Es stehe heute schon fest, daß die kommende rumänische Ernte nicht mehr als 30—40% des normalen Ertrages geben und daher für die Versorgung der Zentralmächte nicht in Betracht kommen werde. Nicht besser stehe es mit den zur Kriegsführung unerläßlichen Rohmaterialien. Nach genauer Erwägung aller Eventualitäten sei man zur Überzeugung gekommen, daß man mit dem vorhandenen und noch zu gewinnenden Rohmaterial wohl bis zum Herbst des Jahres das Auslangen finden könne, daß aber über diesen Zeitpunkt hinaus in Anbetracht des geschilderten Mangels ein weiteres Fortführen des Krieges ausgeschlossen sei. Was endlich das Menschenmaterial betrifft, so stehe die Monarchie im Begriffe, ihre allerletzten Reserven heranzuziehen, ohne auf ihre Tauglichkeit viel Rücksicht zu nehmen. Unter diesen Umständen könne man sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Monarchie am Ende ihrer Kräfte angelangt sei, und müsse man mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, aus dieser traurigen Lage die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Stehe man einmal auf dem Standpunkt, daß die Monarchie nicht mehr weiter könne, dann müsse jeder Faden, der zu einem akzeptablen Frieden führen kann, aufgegriffen werden.

(Seite 58). Italienischer Friedensfühler: Protokoll vom 26. März 1917 Münchener Neueste Nachrichten Nr. 92 vom 2. März 1922. Romberg an Ausw. Amt 9. Februar 1917. Zimmermann an Romberg 10. Februar 1917. Romberg an Ausw. Amt 7. März 1917. Am 9. März kam Legationssekretär Hermann v. Simson zum Bericht nach Berlin. — L'offre de paix 181. Vgl. unten Seite 275.

(Seite 59). Mensdorff: Graf Albert M.-Pouilly-Dietrichstein, geb. Lemberg 5. September 1861, ehemaliger Botschafter in London.

(Seite 63). Idee der Donaumonarchie: Vgl. Fester, Die politischen Probleme Deutschösterreichs. Deutschlands Erneuerung 1921, Seite 340, 349.

(Seite 64 ff.). Wiener Reise der Prinzen Sixtus und Xaver: L'offre de paix, Seite 72—98. Sixtus an Karl 16. März 1917 a. a. O. 73—77. Schriftstück vom 17. März ebenda 78 ff. Brief vom 24. März 1917 a. a. O. 96—98 und am Schlusse in Faksimile; Demblin Seite 42.

(Seite 75 ff.). Berliner Reise Czernins: Nordd. allgem. Ztg. Nr. 85 I u. II vom 27. März 1917. Protokoll vom 26. März. Münchener Neueste Nachrichten Nr. 89, 92, 94, 96 vom 1.—7. März 1922. Ergänzende Mitteilungen Zimmermanns. Das „Wiener" Dokument vom

27. März 1917 bei Ludendorff, Urkunden 373 ff. Vgl. 469. Das Datum steht unter Bethmanns Unterschrift; Denkschrift vom 4. Mai Ludendorff, Urkunden Seite 383.

(Seite 80 ff.). Denkschrift Czernins über die polnische Frage: K. F. Nowak, Der Sturz der Mittelmächte 420—428: „überreicht im Sommer 1917 zwischen dem russischen Angriff bei Kalusz und dem Gegenangriff der Verbündeten bei Zborow". Dieser Datierung widerspricht die Feststellung, „daß im Westen 100 neue Divisionen den Deutschen gegenüberstehen, daß die Deutschen weite Territorien räumen, um nur die Möglichkeit zu bekommen, den erwarteten Ansturm auszuhalten, daß sie also gar nicht imstande sind, Truppen vom Westen für uns abzugeben"; ferner der Hinweis auf die Vorgänge in Rußland, auf die Anzeichen italienischer Kriegsmüdigkeit. Glaise-Horstenau (bei Schwarte, Der große Krieg 5, 336) bezeugt denn auch, daß die Denkschrift ihm ganz bestimmt Ende März, Anfang April 1917 dienstlich zu Gesicht gekommen sei, und nimmt an, daß sie einem Kronrat in Laxenburg am 22. März zugrunde lag. Wenn das der Fall ist, was sich ohne Kenntnis des Protokolls des Kronrates nicht entscheiden läßt, so deuten doch Czernins Ausführungen über die italienischen Eroberungen darauf hin, daß die Denkschrift erst nach der Berliner Reise die bei Nowak gedruckte Fassung erhielt.

(Seite 82 ff.). Kaiserbesuch in Homburg: Norddeutsche allgemeine Zeitung Nr. 93 I vom 4. April 1917. Karls Auftrag an Arz: Cramon Seite 111. Vgl. dazu Arz 156: ich „fand es nicht notwendig, mich neuerdings über unsere militärischen Verhältnisse zu äußern. Diese waren der deutschen obersten Heeresleitung bekannt". — Militärische Besprechung: Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 350. Hindenburg, Aus meinem Leben S. 250 über das im Frühjahr „durch einen Vertreter der verbündeten Macht" entworfene „tiefernste Bild" denkt offenbar an Homburg. Cramon a. a. O. — Konferenz der Staatsmänner: Czernin S. 197 ff. chronologisch ganz verwirrt, Homburg und Kreuznach verwechselnd und in den Sommer verlegend. Helfferich, Weltkrieg 3, 67. Mitteilung Zimmermanns. — Geheime Zugeständnisse: durch Czernin S. 96 indirekt selbst widerlegt. Zimmermann vom 31. März 1917. Münchener Neueste Nachrichten Nr. 101 vom 8. März 1922. — Besprechung der Staatsmänner und Feldherrn: Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 350 ff.; Gespräch Czernins und Ludendorffs a. a. O. 351 ff. — Aussprache Karls und Wilhelms II.: Cramon 112 über Karls Stellungnahme zu Czernins Vortrag. Über das Telegramm Mitteilung Helfferichs. Zimmermanns orientierender Brief an Wedel über Homburg vom 6. April 1917 von Graf Wedel 1918 verbrannt. Mitteilung Zimmermanns: „Der Vorschlag (der Kompensation Elsaß-Lothringens durch Polen-Galizien) war natürlich für uns unannehmbar. Diese Selbstverständlichkeit unterstrich ich in meinem Brief an Wedel. Daß Kaiser Karl den gleichen Vorschlag persönlich Kaiser Wilhelm gemacht hat, bezweifle ich. Genaue Aufzeichnungen über Homburg liegen mir nicht vor. Ich glaube mich indes einer Äußerung Kaiser Wilhelms zu erinnern, wonach Kaiser Karl ihm gegenüber damals lediglich die austro-polnische Lösung vertreten hat. Ich neige demnach zu der Annahme, daß in Homburg über diesen Punkt noch Unstimmigkeiten zwischen Karl und seinen Ministern obwalteten, und daß Karl die austro-polnische Lösung erst erheblich später — nach meiner Amtszeit — fallen gelassen hat."

(Seite 85 ff.). Denkschrift vom 12. April: Ludendorff, Urkunden 374—379; Czernin, Rede vom 11. Dezember 1918 Seite 11—14, Im Weltkrieg Seite 198—204 ohne das Begleitschreiben Karls.

(Seite 87). Geständnis und Rückberufung Mensdorffs: Rombergs Telegr. vom 9. April 1917, Zimmermann an Romberg 9. April 1917. Münchener Neueste Nachrichten, 101 vom 8. März 1922.

(Seite 87). Empfang Ledochowskis: Nowak 89. über L., einen Neffen des Kardinals, Wagemut, Was ich im Elternhause der Exkaiserin Zita erlebte S. 19 ff. Nachdem ihm das Ehrengericht wegen grundsätzlicher Gegnerschaft gegen den Zweikampf sein Offizierspatent aberkannt hatte, war er Oberhofmarschall des Herzogs von Parma geworden. Kaiser Karl hat ihn reaktiviert und zu seinem Flügeladjutanten ernannt.

(Seite 87 f.). Erzberger in Wien: Erzberger an Zimmermann 25. April 1917. Münchener Neueste Nachrichten Nr. 105 vom 10. März 1922. Erlebnisse 117—119. Rosen hatte ihm im Ausw. Amt aus Czernins Denkschrift die Kritik des U-Bootkrieges mitgeteilt.

(Seite 88). Ministerium Ribot: Ribot, Souvenirs 160 ff. L'offre de paix 98.

(Seite 89). Havastelegramm: L'offre de paix 132.

(Seite 90). Audienz bei Poincaré vom 31. März: von 10—11,45 Uhr. L'offre de paix 102—105. Aufzeichnungen über Gespräche mit Martin und Jules Cambon vom 1. und 6. April 1917 a. a. O. 106—110.

(Seite 91). Folkestone: Ribot 276 ff. Gespräch des Prinzen mit J. Cambon vom 12. April 1917. L'offre de paix 112—113.

(Seite 91). Audienz bei Poincaré vom 12. April 1917: L'offre de paix 114—117. Ebenda 117 ff. Gespräch mit Martin vom 12. April 1917.

(Seite 92). Gespräch mit Lloyd George vom 28. April 1917: von 6,15—6,55 Uhr L'offre de paix 135—141.

(Seite 92). Erklärung Lows vom 9. April und Czernins Antwort vom 14. April 1917: Schultheß 1917. 2, 676 ff. 2, 62.

(Seite 93 ff.). Saint-Jean-de-Maurienne: Ribot 272—279. Painlevés Mitteilungen aus Ribots Protokoll in der Deputiertenkammer vom 6. Juli 1922. Gespräch des Prinzen mit Lloyd George vom 20. April 1917. L'offre de paix 143—147, mit J. Cambon vom 22. April 1917 ebenda 150—154. Der Vertrag Italiens vom 26. April 1915 zuerst Iswestija vom 28. November 1917. Russ. Dokumente 41—45. Czernin 377—380 und öfter. Vgl. auch Baker-Wilson 1, 68 ff. 3, 3 ff.

(Seite 95 f.). Ribots Äußerung: vom 9. April 1917: Tel. an Sonnino vom 9. April Ludendorff, Urkunden 353.

(Seite 96 f.) Französische Antwort und Gegenrevers des Prinzen: L'offre de paix 150—152.

(Seite 98 f.). Sixtus an Karl 22. April 1917: L'offre de paix 154—155.

(Seite 100). Billette Zitas und Karls: L'offre de paix 159. Ebenda 159—161 Erdödys Eröffnungen.

(Seite 100 f.). Das italienische Rätsel: Romberg an Ausw. Amt 26. März 1917; Zimmermann an Romberg 26. März 1917; Tel. Rombergs 27. März; Zimmermann an Wedel 30. März; Tel. Rombergs 31. März; Notiz v. Stumms für den Reichskanzler 1. April 1917; Tel. Rombergs 10. April 1917; Zimmermann an Romberg 11. April 1917. Cadorna La guerra alla fronte Italiana. 2, 34—44.

(Seite 102). Reise Manteyers: L'offre de paix 175 ff.

(Seite 102 ff.). Briefentwurf für Karl: L'offre de paix 163—165.

(Seite 105). Richtlinien Czernins: L'offre de paix 178 ff.

(Seite 107). Aufzeichnung über die zweite Wiener Reise: L'offre de paix 165—175.

(Seite 107 f.). Bethmann in Wien: Bethmann an Kaiser Wilhelm 14. Mai 1917. Tel. Wedels vom 14. und 15. Mai 1917. Münchener Neueste Nachrichten 1922 Nr. 107.

(Seite 108 ff.). Kriegszielerörterungen mit der OHL. Hindenburg an Bethmann. Pleß (so stets für Kreuznach) 5. April 1917 (eingeg. 8. April). Bethmann an Hindenburg 16. April 1917. Grünau an das Ausw. Amt Pleß 17. April. Bethmann an Grünau 18. April. Grünau an Bethmann 20. April. Protokoll über Beratungen vom 23. April. Aussage Lanckens. Bethmann, Betrachtungen 2, 196. Mermeix, Les négociations secrètes et les quatre armistices (Paris, Ollendorff 1921) Seite 106 ff. läßt die erste Phase der „Intrige Lancken-Coppée" erst im Juni mit einem Pariser Besuche der Gräfin Mérode einsetzen. Vgl. auch Ribot 289 ff.

(Seite 109 f.). Durchreiseerlaubnis für Lenin: Die Geschichte dieser Erlaubnis nach den Akten ist ein historisches Postulat. Ludendorff begründet in seinen „Kriegserinnerungen" 407 und ausführlicher in „Kriegführung und Politik" 271 ff., weshalb die OHL. sich mit der Reise einverstanden erklärte. „Hätte die OHL. über jene Männer klar gesehen, vor allem gewußt, daß der Vorschlag zur Entsendung Lenins nach Rußland von sozialdemokratischer Seite ausgegangen war, so hätte sie zwar auch dann dem Reichskanzler zustimmen müssen, würde aber noch schärfer darum gebeten haben, die Verhältnisse im Innern mit starker Hand zu führen." Für das historische Urteil kann nur die Vorstellung der Reichsregierung von der Kientaler Richtung maßgebend sein. Hat sie gewußt, daß sie durch die Durchreiseerlaubnis den sozialen Flecktyphus nach Rußland verpflanzte, so mußte sie auch wissen, welcher Ansteckungsgefahr sie damit unser Volk aussetzte. Auch eine stärkere Regierung im Innern hätte keine Garantie gegen Ansteckung übernehmen können. Von der OHL. war nicht zu verlangen, daß sie von der Reichsregierung dargebotene politische Waffen prüfte, aber man darf doch bezweifeln, daß sie dem Reichskanzler auch dann zugestimmt hätte, wenn sie die Tragweite seines Schrittes übersehen hätte. Vgl. Fester, Die Internationale 1914—19. (Auslandsstudien an der Universität Halle-Wittenberg. Neue Folge. Das Ausland im Weltkrieg. Halle 1920) 23 ff. Axel v. Freytagh-Loringhoven, Geschichte der russischen Revolution (München, Lehmann. 1919) 101 ff.

(Seite 114). Instruktion Wedels: Zimmermann an Wedel 28. April 1917.

(Seite 115). Wedels Anregung: s. Anhang Seite 251 ff.

(Seite 116). Parlamentarische Besprechung bei Zimmermann: Mitteilung Zimmermanns vom 19. Juni 1922: „über die Besprechung einiger Parlamentarier mit mir Ende April 1917 habe ich mir leider keine Aufzeichnung gemacht. Da die Herren während meiner Amtszeit öfters von mir empfangen und über die Lage unterrichtet worden sind, fällt es mir heute schwer, den Inhalt der einzelnen Unterredungen aus meiner Erinnerung zuverlässig wiederzugeben. Ich hege indes keinen Zweifel darüber, daß bei der fraglichen Gelegenheit die traurigen österreichischen Verhältnisse und als deren Folge eingehend die Notwendigkeit erörtert worden sind, energisch in Wien, namentlich auch bei einzelnen

uns dort zugängigen Abgeordneten für Hebung der Stimmung und ein weiteres Durchhalten einzutreten. Die zu jener Zeit sehr günstigen Ergebnisse des U-Bootkrieges sowie die aussichtsvolle Lage an unserer Westfront berechtigten durchaus zu einer zuversichtlichen Beurteilung der Gesamtlage. Ich glaube, daß gerade auch Schiffer für diesen Standpunkt warm eintrat. Das Gerücht über einen Sonderfrieden Wiens dürfte ihm nur durch Erzberger zugegangen sein." Vgl. dazu Erzberger, Erlebnisse 119: „In der Öffentlichkeit häuften sich die Gerüchte über einen Sonderfrieden Wiens." Mitteilung des Herrn Reichsministers a. D. Schiffer vom 26. Juli 1922: „Ich besitze keine Aufzeichnungen und vermag mich der Vorgänge nur noch dunkel zu erinnern. Insbesondere weiß ich nicht mehr, durch wen ich über die Stimmung in Wien unterrichtet wurde. Ich stand mit einer Anzahl österreichischer Politiker in reger persönlicher Verbindung. Die Czerninsche Denkschrift kannte ich noch nicht. Ich weiß nicht mehr, an welchem Tage die Konferenz stattfand, und wer außer Erzberger und Graf Westarp von Parlamentariern an ihr teilnahm. Ich dachte in erster Reihe an eine Fühlungnahme mit denjenigen deutsch-österreichischen Parlamentariern, mit denen wir während des Krieges wiederholt in Salzburg Zusammenkünfte gehabt hatten, aber auch mit Staatsmännern wie Klein, Bärnreither, Urban, Spitzmüller u. a. m. Jene Parlamentarier hatten unter der Führung des Präsidenten Groß gestanden. Die Reise kam nicht zustande." Auf eine Anfrage an Graf Westarp ist keine Antwort erfolgt.

(Seite 117 f.). Kreuznacher Abmachungen: Ludendorff, Urkunden 388—390.

(Seite 118 f.). Audienz bei Poincaré vom 20. Mai 1917: L'offre de paix 193—201. Ebenda 190—193 Projet de conversation.

(Seite 119 ff.). Ribot an Lloyd George und dessen Antwort: Le Temps 3. Januar 1920. L'offre de paix 203—210.

(Seite 120). Audienz bei Lloyd George: L'offre de paix 203—210.

(Seite 121). Frühstück des Kriegskabinetts: L'offre de paix 216—222.

(Seite 121). Letzte Audienz bei Lloyd George: L'offre de paix 223—227.

(Seite 122). Deutsche Vermutungen: Cramon an OHL. 28. Mai. Wedel an das Ausw. Amt. 30. Mai mit Randvermerk Bethmanns. Grünau an das Ausw. Amt 4. Juni. Tel. Wedels 6. Juni 1917. Münchener Neueste Nachrichten 1922 Nr. 107.

IV.

(Seite 123). Kriegsrat von Compiègne: Bei Painlevé, Comment j'ai nommé Foch et Pétain 38 ff. kommt aus durchsichtigen Gründen der strategische Gedanke Nivelles nicht zu seinem Recht. Vgl. v. Kuhl, Der Weltkrieg im Urteil unserer Feinde 45 ff.

(Seite 124). Krisis des französischen Heeres: Mangin, Comment finit la guerre, Revue des deux mondes 1920 April—Juni. Nach der Zusammenfassung bei H. v. Kuhl, Der Weltkrieg im Urteil unserer Feinde, Berlin 1922, Seite 49. Jean de Pierrefeu, G. Q. G. Secteur 1, Trois ans au grand quartier général par le rédacteur du „Communiqué" (gewidmet Georges de Manteyer). Paris 1922, 2 Bände; besonders 1, 260 ff., 2, 15 ff.; Les comités secrets pendant la guerre, Le Temps 1922 Nr. 22241, 22243—4, 22246 vom 27., 29., 30. Juni, 3., 4. Juli. Bei Painlevé, Comment j'ai nommé Foch et Pétain 55—190 treten die russischen Ein-

flüsse zurück, so daß die Meytereien fast wie eine zu weitgehende Kritik an Nivelles unvorbereiteter Offensive erscheinen.

(Seite 124 f.). Sims: Pearsons Magazine October 1919, Seite 372 ff. Vgl. Ludendorff, Urkunden 352 ff. Jellicoe, The crisis of the naval war 155 ff. Vgl. Schoultz, Mit der Grand Fleet im Weltkrieg 365—368. Über die Marinekonferenz vom 4. September 1917 Schoultz 372 ff.

(Seite 125). Saloniki: Tel. Sonninos an den ital. Botschafter in Petersburg 18. Mai und 5. Juni 1917 bei Ludendorff, Urkunden 354 ff. Ribot 308—340.

(Seite 127). Ribot am 22. Mai und 4. Juni: Annales de la chambre des députés. Débats 1917 I, 1177—80 (Ils viendront demander la paix, non pas hypocritement comme aujourd'hui, par des moyens louches et détournés, mais ouvertement . . . .) 1917 II, 1346 (La paix ne peut sortir que de la victoire).

(Seite 128). Wilson 14. Juni: Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1917. 58, 894—898.

(Seite 128). Smuts 22. Mai: Schultheß a. a. O. 299.

(Seite 128 f.). Snowden 7. Juni: Commons 1917. 94, 328.

(Seite 129). Note vom 9. Juni: Schultheß 302.

(Seite 129). Lloyd George am 29. Juni: Schultheß 304—305.

(Seite 129). Franz Zweifel: J. Cambon zu Pr. Sixtus. L'offre de paix 233. J. Cambon bei Sixtus: a. a. O. 233—241.

(Seite 130). Oberst v. Rauch: Handakten vom 30. Juni 1917 nach Mitteilung Oberst Nicolais an Exz. Ludendorff: „Noch nie ist ein solch jäher Wandel der Stimmung an der Front beobachtet, wie er in zahlreichen Gefangenenaussagen und Briefen jetzt zum Ausdruck kommt. Kriegsmüdigkeit und geringes Vertrauen auf den guten Ausgang wird von allen Teilen der französischen Front gemeldet. Bei den zur Offensive eingesetzten Truppen ist eine scharfe Kritik an der Führung hervorgetreten, die sinnlos Menschen opfere. Sie wendet sich vielfach gegen die Regierung und die Engländer, die den Krieg hinzögern. Darüber hinaus sind als unmittelbare Folge der mißglückten Entscheidung schwere Ausschreitungen vorgekommen. Es handelt sich anscheinend nicht mehr um Einzelfälle, die auch früher gelegentlich vorkamen. Vielmehr ist festgestellt, daß bei 19 Divisionen teils Weigerungen, in Stellung zu gehen oder anzugreifen, teils Tumultszenen oder eigenmächtige Entfernungen vorgekommen sind. Einige Truppen werden durch Versprechungen wieder beruhigt, bei anderen hat angeblich Entwaffnung und Bewachung durch Kavallerie, Maschinengewehre, ja durch Senegalesen stattgefunden. In mehreren Fällen sind Todesurteile vollstreckt worden. Daneben wird für noch 10 Divisionen die Moral als besonders schlecht bezeichnet. Von im ganzen 109 Kampfdivisionen in Frankreich sind also zur Zeit 28 (d. h. ein Viertel) als moralisch erschüttert anzusehen. Ob man sich wieder mit Worten berauschen läßt, bleibe dahingestellt. Es ist möglich, daß die Propaganda abermals Erfolg hat; es ist aber auch möglich, daß die augenblicklichen Zustände sich weiter verbreiten und dann die Aktionsfähigkeit des Heeres in Frage stellen. Einstweilen ist es noch nicht so weit."

(Seite 131). Hoffmann in Kreuznach: General Max Hoffmann, Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. München 1923. Seite 171 ff. 168.

(Seite 132). Vortrag vom 18. Juli 1917: Fester, Die Weltlage am Schlusse des dritten Kriegsjahres. Halle 1917. 2. Aufl., Seite 8 f.

(Seite 133). Georgi am 22. Juni: Schultheß 58, 124. — 19. Infanterie-Division: Verschleiert bei R. Kißling in Schwartes, Der große Krieg. (Leipzig 1922) 5, 366; ebenso bei Arz, Zur Geschichte des großen Krieges Seite 160; vgl. v. Cramon 113, Volkmann, Der große Krieg 138 ff.

(Seite 133). Lancken: Nicht erwähnt bei Mermeix, Les négociations secrètes S. 112.

(Seite 134 f.). Erzberger am 23. April: Siehe oben Seite 275.

(Seite 135). Ledochowski, Pacelli, Besprechung mit Bauer: Erzbergers Bericht an das A. A., eingegangen Berlin 20. Juli 1917. In seinen „Erlebnissen" S. 252 läßt er, abweichend von seinem Bericht, Bauer nähere Angaben über die feindliche Überlegenheit an Munition (4 : 1) machen, was Bauer später bestritt. Vgl. S. 281. Dieselbe Tendenz seinen „Umfall" am 6. Juli durch den Nachweis seiner sich treu gebliebenen Politik zu widerlegen, verfolgte E. auch durch die Berufung auf Solf. Erzberger-Prozeß Seite 718—720. Wenn die Besprechung Solfs mit Erzberger zwei bis drei Wochen vor dem 6. Juli stattfand, hat E. schwerlich „eine Demarche gegen die Regierung" angekündigt. Solfs Aussage ist sichtlich durch den Eindruck des 6. Juli beeinflußt. Auch die Unterredung mit Bauer hat die Hintertüre der Schritte zur Beendigung des Krieges, aber aus den Schritten hat die Erinnerung Solfs erst nach dem 6. Juli eine Demarche gegen die Regierung gemacht. Zwei bis drei Wochen vorher war die Hintertüre noch durch die Vorbereitung auf den Winterfeldzug und die Organisation des geistigen Kriegsernährungsamtes versperrt.

(Seite 135 ff.). Friedensaktion Benedikts XV.: Papst Benedikt XV. an Kaiser Wilhelm II. 13. Juni 1917; Aufzeichnung Berlin 1. Juli 1917; Legationsrat Grünau an Bethmann Hollweg, Großes Hauptquartier 3. Juli 1917; Bethmann Hollweg in der Deutschen allgem. Ztg. vom 29. Februar 1920 Nr. 110 I (= Ludendorff, Urkunden 421—423). Betrachtungen zum Weltkriege 2, 210—215). Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten 225—230. Eine „Richtigstellung" der Erzählung des Kaisers durch die Münchener Nuntiatur, Germania 1922 Nr. 553 vom 17. Oktober. Pacelli unterscheidet die offizielle zeugenlose Audienz und die zwanglose familiäre Unterhaltung nach Tisch. In der Audienz habe der Kaiser dem Gedanken Ausdruck gegeben, „der Heilige Vater möchte einen feierlichen Erlaß herausgeben, gerichtet nicht an die Regierungen, sondern an den Klerus und an die Gläubigen der ganzen Welt, worin er Gebet und unablässige Arbeit für den Frieden vorschriebe." Sowohl Bethmann als das Kaiserbuch fußen auf Grünaus Aufzeichnung, wonach der Kaiser keineswegs diplomatische Schritte der Kurie widerraten, sondern ganz allgemein von der Propagierung des Friedensgedankens gesprochen hat. Mag das Kaiserbuch auch die Audienz und die nachfolgende Unterhaltung nicht auseinanderhalten und in der Rekonstruktion der Gespräche die Phantasie mitsprechen lassen, so leidet doch auch die Richtigstellung der Nuntiatur an einem Gedächtnisfehler, wozu sich die Tendenz gesellt, die durch Grünaus gleichzeitige Aufzeichnung bezeugten Äußerungen des Uditore Schioppa über die Besorgnis des Vatikan vor der „Piazza" als Erfindung Wilhelms II. in das Reich der Fabel zu verweisen. Eine eingehendere Kritik der Überlieferung müßte der Richtigstellung der Nuntiatur nicht das Kaiserbuch, sondern Grünaus Aufzeichnung (aus der Scheidemann, Papst, Kaiser und

Sozialdemokratie in ihren Friedensbemühungen im Sommer 1917, Berlin 1921, Seite 8 und 10 wirre Auszüge bringt) gegenüberstellen. Unsere Darstellung hebt nur den springenden Punkt hervor. Die Genugtuung Pacellis über seinen Erfolg erhellt aus seinen Worten zu Helfferich: „Je vous assure, c'est la première fois pendant toute la guerre que je vois la possibilité de paix." —

(Seite 136). Aversa: Hertling an v. Schoen 5. Februar 1917. Hertling an Bethmann 24. Februar 1917 (eingeg. Berlin 26. Februar). Nuntius Giuseppe Aversa, Erzbischof v. Sardi, an Erzberger, München 27. Februar 1917 (eingeg. Berlin 1. März 1917). Bethmann an Hertling 5. März 1917.

(Seite 137). Hindenburg 19. Juni: Ludendorff, Urkunden 395—397. Nach Bauer, Der große Krieg in Feld und Heimat, Tübingen 1921, S. X in Bauers Abteilung entworfen. Bethmann an Hindenburg 25. Juni: Ludendorff, Urkunden 397—400.

(Seite 138). Bulgariens Warnung: Zimmermann an Wedel. Berlin 29. Juni 1917.

(Seite 138). Bethmann in Kreuznach: Betrachtungen 2, 218.

(Seite 138 f.). Hindenburg und Ludendorff in Baden und Wien: 2. Juli 1917. Besprechung in Baden mit Arz. 10,15 Empfang durch Kaiser Karl, 12,45 Audienz bei Zita, 1 Dejeuner in Laxenburg. 3. Juli Ankunft Wien 4,45 Nm. Thee in der Botschaft. Besuch der Kapuzinergruft, bei Czernin am Ballplatz und Souper in Hetzendorf, Abreise 11 Nm. Neue freie Presse 3. Juli 1917. Ludendorff an Zimmermann 3. Juli 1917. Mitteilungen Ludendorffs. Aufzeichnungen Generalmajor v. Bartenwerffers über Ludendorffs Eindrücke. Cramons, Erinnerungen 112 ff. an das Diner zu Hetzendorf stimmt nicht zu der Tischkarte Graf Wedels, wonach außer Hindenburg-Ludendorff nur Graf und Gräfin Wedel, Arz und Stöger-Steiner geladen waren. Auch kannte Czernin am 3. bereits den Amnestieerlaß. Wohl auf die Audienz vom 2. Juli bezieht sich die Anekdote des Prinzen Sixtus (L'offre de paix 302), die in ihrer unfreiwilligen Komik selbst der Gläubigkeit französischer Leser zuviel zumutet, aber von dem Klatsch in den vorenthaltenen Familienbriefen des Hauses Parma einen Begriff gibt: „Ludendorf est sorti de l'audience en s'épongeant le front et en disant aux gens de la Cour qui attendaient: Mit ihrem Kaiser ist nicht gut Kirschen essen." über Hindenburgs Eindrücke das WTB. bei Schultheß 1917. 2, 150 ff.

(Seite 139 ff.). Czernins Intrige: Rede vom 11. Dezember 1918. Seite 16. Im Weltkriege 211—213. Wedel an das Ausw. Amt 16. Juli 1917.

(Seite 142). Scheidemann am 15. Mai 1917: Verhandlungen des Reichstages 310, 3392.

(Seite 143 ff.). Julikrisis: Es würde zu weit führen, die ganze kritische Vorarbeit vor dem Leser auszubreiten. Die nachfolgenden Regesten beschränken sich auf Angabe der Quellen, durch die sich der Verfasser seinen Weg gebahnt hat. Zu beachten ist, daß die Chronologie der Quellen öfter verwirrt ist. Scheidemann z. B. hat sein Tagebuch nicht täglich geführt und faßt unter einem Datum häufig Vorgänge mehrerer Tage zusammen.

Regesten.

30. Juni: Parteiführer bei Helfferich. Scheidemann, Zusammenbruch 82 ff. Aussage Helfferichs.

1. Juli: Unterredung Scheidemann-v. Payer. Scheidemann 83. — Parteiführer bei Bethmann von ½11—4 Nm. Scheidemann 84. — 5 Nm. Kleinere Sitzung bei Helfferich. Scheidemann 84. Helfferich 3, 104.
2. Juli: Besprechung mit (Scheidemann) wegen Verfassungsausschuß. Helfferich 3, 104 ff. Nm. Besprechung Bethmanns mit Parteiführern. Helfferich 3, 106. Bethmann Hollweg, Betrachtungen 2, 219. Ludendorff, Urkunden 400.
3. Juli: Erzberger in der Parteisitzung. Erzberger, Erlebnisse 253. Erzberger-Prozeß 758. — Hauptausschuß: Ebert, Erzberger, Zimmermann, Capelle, Helfferich. Helfferich 3, 104—107. Ludendorff, Urkunden 400. Aussage des Staatssekretärs Lewald.
4. Juli: Hauptausschuß: David, Noske. Helfferich 3, 108. Erzberger, Erlebnisse 253.
5. Juli: Hauptausschuß: Hoch. Helfferich 3, 109. Haußmann 95 ff.
6. Juli (Freitag): Hauptausschuß: Erzberger, Spahn, Helfferich, Ebert. Helfferich 3, 111—113. Bethmann Hollweg 2, 224. Scheidemann 85. v. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert 29 (falsche Daten). Stresemann im Erzberger-Prozeß 724. Ebenda 1039. Erzberger, Erlebnisse 213. Haußmann 98 ff. — 11—12 Nm. Staatssekretäre bei Bethmann. Aussage Helfferichs. — Tel. Bethmanns an Erzberger. Tel. Bethmanns an Kaiser über Bauer. — Tel. v. Stein an OHL. Ludendorff, Urkunden 404. — Tel. v. Stein an Bethmann. Bethmann an Grünau. Erzberger-Prozeß 731. — V. Z. am Mittag über Hauptausschuß. Aussage Helfferichs. — Tel. Hindenburgs an Kaiser, Ludendorff, Urkunden 404. 3 Nm. Erzberger bei Bethmann. Bethmann 2, 224. Erzberger 257. Helfferich 3, 115. — 3 Nm. Interfraktionelle Sitzung. Scheidemann 86. Payer 30. Haußmann 99. — Spahn, Schiffer, Payer bei Bethmann. Helfferich 3, 116. — Abends Ebert, Scheidemann, Hoch, Hoffmann bei Bethmann. Bethmann 2, 225. Helfferich 3, 116. — (Tel. ?) Bauer an Erzberger. — Bauer und v. Harbou reisen nach Berlin. Erzberger-Prozeß 834.
7. Juli: ½9 Vm. Parteiführer-Konferenz im Reichstagszimmer Spahns, Entwurf einer Resolution. Haußmann 101. Stresemann und Bauer in Erzbergers Büro. Erzberger-Prozeß 724. Helfferich 3, 115. — 9 Uhr. Bethmann im Hauptausschuß. Bethmann 2, 226. Erzberger, Erlebnisse 258. Erzberger-Prozeß 730. Helfferich 3, 119. Haußmann 101—103. — 3 Nm. Interfraktionelle Sitzung. Scheidemann 87. Haußmann 103—105. — Kaiser bei Bethmann. Bethmann 2, 228. Ludendorff, Urkunden 405. — Kronvortrag der OHL. und v. Steins in Bellevue. Ludendorff, Urkunden 405. Helfferich 3, 116. — Verabredete Besprechung der OHL. mit Parlamentariern. Scheidemann 87 ff. — OHL. an Bethmann. Ludendorff, Urkunden 401. — Stresemann, Erzberger, Bauer und Harbou bei Hiller. Erzberger-Prozeß 727. Haußmann bei Riezler. Haußmann 105.
8. Juli: Bethmann beim Kaiser. Helfferich 3, 117. — Interfraktionelle Resolution. Erzberger, Erlebnisse 259. Haußmann 106—109. — Erzberger an Bauer. — Bauer an OHL. — Lersner an Bethmann: Mitteilung Ludendorffs über Gegenangriff in Galizien Mitte Juli.
9. Juli: Hauptausschuß: Bethmann, Stresemann. Erzberger-Prozeß 727. Helfferich 3, 119. Erzberger, Erlebnisse 259. Haußmann 102. 109 ff. — 11 Vm. Tel. v. Haeften an OHL. Ludendorff, Urkunden 405. — 1 Nm. Tel. OHL. an Militärkabinett. Ludendorff 405. — 1 Nm. Tel. v. Haeften.

Ludendorff, 405. — Parteiführerkonferenz. Haußmann 110—112. — 5 Nm. Zentrumssitzung. Erzberger, Erlebnisse 261. Erzberger-Prozeß 728. — 6 Nm. Kronrat über Wahlrecht. Helfferich 3, 117—119. — 10 Nm. v. Lyncker an OHL. Ludendorff 405.

10. Juli: Hauptausschuß: Stresemann contra Bethmann, Ebert. Scheidemann 88. Helfferich 3, 119. — 11 Vm. Tel. v. Haeften an OHL. Ludendorff, Urkunden 406. — Nm. Interfraktionelle Sitzung über Resolution. Haußmann 113—115. Scheidemann 88. — Tel. OHL. an v. Plessen. Ludendorff 406 — 5 Nm. Tel. Haeften an OHL. Ludendorff 406. — Bauer an Kronprinz. Bauer 141. Bericht Wedels.

11. Juli. Tel. (Czernins) an Hohenlohe, Ludendorff, Urkunden 406. — Kronprinz, Besprechung mit v. Stein und Bauer, Bethmann 2, 234. — Kronprinz für Tirpitz. Hertling 12. — Kronprinz bei Kaiser und Bethmann. Helfferich 3, 121. — Hauptausschuß: Ebert. Scheidemann 88. — 1 Nm. Tel. Haeften an OHL. Ludendorff 406. — Nm. Sitzung des Staatsministeriums. Bethmann 2, 234. Helfferich 3, 121 — ¼4 Nm. Interfraktionelle Sitzung. Scheidemann 89. Haußmann 117 ff. — Sitzung des Zentrums. Erzbergerprozeß 729—730. — 5 Nm. Valentini bei Erzberger. Erzberger, Erlebnisse 262. — 7 Nm. Spahn, Ebert, Payer, Schiffer bei Bethmann. Scheidemann 89. — Ordre über gleiches Wahlrecht. Helfferich 3, 122. — Abends Sitzung der Mehrheitsparteien. Scheidemann 90 ff. Haußmann 118 ff. Schultheß, Europ. Geschichtskalender 58, 686.

12. Juli: Kronprinz bei Hohenlohe und Rizow. Helfferich 3, 125. Bethmann 2, 234. — Hertling bei Bethmann. Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei 12. — Helfferich und Stresemann. Helfferich 3, 124—125. — 12 Nm. Kronprinz und Parlamentarier. Protokoll (Bauer). Ludendorff, Urkunden 408—411. Vgl. Helfferich 3, 125. Payer 31—33. Erzberger 262. Bethmann 2, 234. Haußmann 118—121. — Vor 2,50 Nm. Abschiedsgesuche Hindenburgs und Ludendorffs. Ludendorff, Urkunden 406. — Bethmann beim Kaiser. Bethmann 2, 235. — 3 Nm. Parteivertreterkonferenz. Haußmann 120—123. — 4.25 Nm. Tel. v. Stein an OHL. Ludendorff 407. — Friedensresolution-Entwurf an Wilhelm II. Helfferich 3, 127. Haußmann 126 zum 13. Juli. — 6.25 Nm. Hindenburg an Wilhelm II. Ludendorff 407. — Erzberger und Helfferich. Erzberger 263. — Helfferich und Payer. Helfferich 3, 128. — Helfferich bei Bethmann. Helfferich 3, 128—129. — Bethmann und Payer. Helfferich 3, 129—130. Bethmann 2, 230. — 9.30 Nm. Reisebefehl an OHL. Ludendorff 408.

13. Juli: Abschiedsgesuch Bethmanns. Bethmann 2, 236. Erzberger 264. Ludendorff 408 zum 12. — 9.30 Vm. Parteivertreterkonferenz. Haußmann 124 ff. — 9.58 Vm. Ankunft der OHL. in Berlin. Ludendorff 408. — 11 Vm. Hindenburg-Ludendorff in Bellevue bei Wilhelm II. Ludendorff, Urkunden 408. Aufzeichnung vom 17. Juli 1917. Bethmann 2, 236. — 11 Vm. Haußmann bei Zimmermann. Haußmann 125. — Lerchenfeld und Valentini bei Hertling. Rittmeister v. Hertling 11—12. — Erzberger und v. Maltzahn. Erzberger 263. Bethmann 2, 235. — v. Lyncker, v. Plessen, Valentini bei Hindenburg, Ludendorff, Aufzeichnung vom 17. Juli 1917. — v. Plessen an Michaelis. Valentini bei Michaelis. Michaelis, Für Staat und Volk 321. — Michaelis in Bellevue bei Kaiser und Kronprinz, a. a. O. 321—324. — 4. Nm. Parteivertreterkonferenz. Haußmann 126. — 5 Nm. Besprechung

der OHL. mit Parlamentariern. Protokoll (v. Harbou). Ludendorff, Urkunden 412—417; derselbe Erinnerungen 362; derselbe Aufzeichnung vom 17. Juli 1917. Payer (zum 14.) 35—36. Scheidemann 92—95. Erzberger 264. Helfferich 3, 130. — Resolution zur Veröffentlichung an WTB. und Vorwärts. Scheidemann 95. Haußmann 127. Payer 37—38. Ludendorff, Erinnerungen 363, Helfferich 3, 132. Erzberger 265. — Valentini und Michaelis bei Bethmann. Helfferich 3, 131 ff. — Riezler an Südekum. Scheidemann 95 ff.

14. Juli: Resolution im Vorwärts. Scheidemann 95. — Erzberger bei OHL. Scheidemann 96. Erzberger 264. — 10 Vm. Interfraktionelle Besprechung Scheidemann 95. Haußmann 128. — 5 Nm. Besprechung im Reichsamt des Innern: Michaelis, OHL., Parlamentarier. Ludendorff, Aufzeichnung vom 17. Juli, derselbe, Erinnerungen 363. Haußmann 129—137. Scheidemann 96. Helfferich 3, 133. Erzberger 264—265.

15. Juli: Haußmann bei Ludendorff. Haußmann 137 ff. — 10 Vm. Parteivertreterkonferenz. Haußmann 139. — 5 Nm. Besprechung im Reichsamt des Innern: Michaelis, OHL., Parlamentarier. Ludendorff, Aufzeichnung innerungen 364. Scheidemann 98—102. Helfferich 3, 134. 8,30 Nm. Haußmann bei Helfferich. Haußmann 140.

16. Juli: 3/4 9 Vm. Scheidemann bei Michaelis. Nm. Payer und Ebert bei Michaelis. Scheidemann 102. Haußmann 140 ff. Bericht Wedels Tel. 445.

17. Juli: Interfraktionelle Sitzung. Scheidemann 105. — Antrag David in Büro des Reichstags. Schultheß 58, 699. — Authentischer Wortlaut der Resolution: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte 310, 3573.

18. Juli: Graf Oberndorff aus Sofia an das Ausw. Amt. Radoslawoff, Bulgarien und die Weltkrise 239 ff.

19. Juli: Reichstagssitzung. Stenogr. Berichte 310, 3568—97. Michaelis 326—330. — Kronprinz Rupprecht an Hertling: „Die Reichsverfassung wird zweifellos eine teilweise Umgestaltung erfahren müssen, eine solche Umgestaltung darf aber nicht im parlamentarisch-republikanischen Sinne erfolgen, sondern sollte eher in dem Sinne vor sich gehen, daß die Autorität der Einzelstaaten eine Hebung erfährt, und die Reichsverfassung mehr der Form eines Staatenbundes als eines Bundesstaates angenähert wird. Vielleicht kann uns hierbei eine nach dem Kriege zu erhoffende Annäherung Deutsch-Oesterreichs zustatten kommen." Der Brief des Kronprinzen war wohl veranlaßt durch einen Bericht Hertlings über die Kanzlerkrisis. Münchener Zeitung. 20. Juli 1921. Nr. 197.

(Seite 145). Geheimsitzungen der französischen Kammer: Siehe oben Seite 277. Ybarnegaray bei Painlevé 392—401.

(Seite 158). Wehrhaftigkeit der Nation und Bethmann: Vgl. H. Herzfeld. Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkrieg, Bonn und Leipzig 1923.

(Seite 159). Erzbergers Mitteilung der Denkschrift Czernins: Aufzeichnung Erzbergers vom 5. September 1917. — Michaelis 330 ff. M. Spahn, Die päpstliche Friedensvermittlung 84 ff.

(Seite 159). Erzbergers Züricher Erklärung: In der Kölnischen Volkszeitung vom 28. Juli Vgl. Spahn a. a. O. 87 ff.

(Seite 161). Carson, Lloyd George: 20. u. 21. Juli. Schultheß 1917, 2, 307 ff.

(Seite 161 f.). Unterhaus: am 24., 26., 30. Juli. Commons 1917, 96, 1200 bis 1203. 1443. 1505—1509. 1849—1855. Vgl. Schultheß 1917. 2, 313 bis 323.

V.

(Seite 163). Bayrischer Kurier: s. Anhang Seite 253 ff.

(Seite 163). Gegebene Politik der Westmächte: Vgl. Goubets Note in Anhang. Painlevé in der Kammer am 7. Juli 1922.

(Seite 163 f.). Pierrefeu, Bainville: Pierrefeu in der Opinion zu den Sixtus- und Armandakten. J. Bainville. Le règne et les idées de Charles Ier empereur d'Autriche. La Revue universelle III 14 vom 15. Oktober 1920.

(Seite 165). Gespräch mit Wedel: Wedel an Michaelis 20. Juli 17. (eingeg. Berlin 22. Juli). Auszug gedruckt Allgem. Ztg. vom 14. Mai 1922 Nr. 20 Seite 154.

(Seite 166). F. W. Foerster: Romberg an Michaelis 17. Juli 17. Wedel an Michaelis 18. Juli 17. Allgem. Ztg. vom 14. Mai 22. S. 153—154. Nach Foerster (Mein Kampf gegen das militärische und nationalistische Deutschland Seite 12) fand die Reichenauer „Aussprache über eine zeitgemäße Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems" anfangs Juli statt.

(Seite 166). Pariser Konferenz: Ribot 284 ff. Teilnehmer und Havastel. Schultheß 1917. 2, 426.

(Seite 167). Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs: Compte rendu vom 16. und 17. Juli 1917. Note vom 20. Juli. Directives du général Foch 24. Juli. Compte rendu vom 30. Juli. Note Goubets vom 4. August. Instruktion Armands. Heilbronner an Pierrefeu. L'Opinion vom 10. und 31. Juli 1920 Nr. 28, 31—37. Nr. 31, 121. über Armand Mermeix, Les négociations secrétes 171—179. Nachprüfung ist unmöglich, aber auch entbehrlich in Hinblick auf Armands Rolle in den Verhandlungen mit Revertera. Graf Nikolaus Revertera von Salandra aus einer 1771 in Österreich eingewanderten katalanischen Familie, geboren 13. Februar 1860 in Petersburg, wo sein Vater Botschafter war. Legationsrat a. D., Herr auf Tollet bei Grieskirchen, verm. 1891 mit Olimpia Aldobrandini. Vgl. auch Painlevé in der Kammer vom 7. Juli 1922.

(Seite 169 ff.). Freiburger Unterredungen vom 7.—9. August 1917: Bericht Armands vom 12. August 1917. Auszug aus Goubets Bericht an Painlevé, L'Opinion vom 24. Juli 1920 Nr. 30, 88—90, 87. S. Anhang 258 ff.

(Seite 172). Wiener Konferenz: vom 1. August 1917. Protokoll vom 1. August, eingeg. Berlin 5. August. Michaelis war begleitet von Stumm und Legationssekretär v. Prittwitz. Am 1. Frühstück auf der Botschaft, abends in Hetzendorf bei Czernin, am 2. Audienz bei K. Karl, abends Botschaft.

(Seite 172). Kreuznacher Besprechung: Ergebnis, unterzeichnet von Michaelis und Hindenburg.

(Seite 173). Czernin in Berlin und an der Westfront: In Berlin war kein Protokoll geführt worden, daher die Zusammenfassung des Reichskanzlers vom 17. August 1917. Bei Michaelis 332—335 ein Auszug, vollständig bei Czernin 214—218. Ebenda 95—99 über den Besuch der Westfront.

(Seite 174). Rededuell zwischen Michaelis und Ribot: Michaelis vor Pressevertretern am 28. Juli 1917. Schultheß 1917. 1, 729—731. Ribot in der Kammer am 31. Juli 1917: Annales. Députés. Débats 1917. II 2235. Erwiderung durch WTB. Schultheß 1917. 1, 738 ff.

(Seite 174) Karl an den Kronprinzen: Czernin 97 ff. Mit Datum, Eingang und Schluß L'offre de paix 277—279. Antwort des Kronprinzen s. Anhang Seite 263 f. Vgl. Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm 214—217, 160 ff.

(Seite 175 ff.). Zweites Freiburger Gespräch: Bericht Armands. L'Opinion vom 24. Juli 1920 Nr. 30, 90—93.

(Seite 177 f.). Reverteras Behauptungen: Historisch-politische Blätter 169, 513—519.

(Seite 179). Gefährdung der Isonzofront: Arz, Zur Geschichte des großen Krieges 170—174. Glaise-Horstenau bei Schwarte, Der große Krieg 5, 426 ff. Das Handschreiben Karls vom 26. August 1917. Arz 171.

(Seite 180). Czernins Aprildenkschrift in Berner Ententekreisen: Anlage zu Kühlmanns Aufzeichnung vom 30. August 1917. Nach dem Matin vom 12. August 1920 (zitiert bei Mermeix 110) hat Briand durch eine Französin (portant un grand nom de l'ancienne France), die in der Schweiz Fühlung mit einem ungarischen oder polnischen Aristokraten hatte, im Mai 1917 erfahren, Kaiser Karl habe dem deutschen Kaiser geschrieben, die Monarchie sei am Ende ihrer Kraft angelangt. Ist eine derartige Meldung eingegangen, so ließ sich doch darauf keine Politik bauen. Noch weniger läßt sich mit der durch Erzbergers Rede vom 25. Juli 1919 veranlaßten Behauptung der Times (Spahn, Die päpstliche Friedensvermittlung Seite 85) anfangen, „daß der Bericht Czernins im Juli 1917 dem englischen Ministerrat zugegangen sei und den englischen Kabinettsmitgliedern nunmehr jede Verhandlung mit Deutschland als ‚heller Wahnsinn' erschienen wäre." Als Armand auch in Lloyd Georges Auftrag nach Freiburg ging, war der Bericht jedenfalls noch nicht in London, und die große Neuigkeit hätte keinen Monat gebraucht, um von London nach Bern zu gelangen. Ob in deutschen Zeitungen eine kurze Notiz über Erzbergers Frankfurter Indiskretion gestanden hat, habe ich so wenig wie Spahn feststellen können. Graf Wedel ergänzte seine früheren Pressemitteilungen in einem Briefe vom 7. Jan. 1922. „Den ersten Artikel in einer kleinen rheinischen Zeitung — heißt es darin — zeigte mir Botschafter Hohenlohe in Berlin anläßlich einer Konferenz, zu der ich zitiert war. (6. Nov. 1917?) Leider habe ich mir die Zeitung und Datum nicht gemerkt, und Hohenlohe konnte mir später auch keine Auskunft geben." Erzberger hat in seiner Rechtfertigungsrede in der Nationalversammlung am 25. Juli 1919 (Stenogr. Bericht 238, 1933) behauptet, die rheinische Zeitung, die nach Wedel eine Notiz über die Czerninsche Denkschrift gebracht habe, sei die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", die doch nähere Beziehungen zur obersten Heeresleitung als zu Zentrumskreisen gehabt habe. Auf eine Anfrage bei der Schriftleitung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung erhielt ich am 4. April 1922 die Antwort, die RWZ. habe niemals eine Notiz über Czernins Bericht gebracht. „Die RWZ. hat schon damals öffentlich eine Richtigstellung über die unwahre Behauptung Erzbergers erlassen. Sie hat darauf hinge-

wiesen, wie skrupellos Erzberger unwahre Behauptungen ausgestreut hat, um sich über peinliche Momente vor der Öffentlichkeit hinwegzuhelfen." Heute hat man den Eindruck, daß Erzberger sich über seine auf eine falsche Spur geratenen Gegner lustig macht. Die Entente hat die Aprildenkschrift im Wortlaut, nicht nur eine Zeitungsnotiz, kennen gelernt, und zwar, wie die Wirkung im September zeigt, ohne das Datum, was darauf schließen läßt, daß sie eine Frankfurter Nachschrift erhalten hat, die man in London und Paris als causa efficiens der Reichstagsresolution auffassen mußte. Weitere Aufklärung könnten nur die französischen und englischen Staatsakten geben.

(Seite 181 f.). Die Ausfertigungen: Wedel, Erzberger der Wahrheitsfanatiker.

(Seite 182 f.). Erzbergerkomödie: Aufzeichnung Erzbergers vom 5. September 1917. Wedel, Erzberger und die Wiener Politik nach Hohenlohes Berichten vom 22., 30. u. 31. August 1917. Aufzeichnungen Kühlmanns vom 30. August u. 2. September 1917. Cramon an die OHL. 30. August 1917, durch Ludendorf an Michaelis 3. September 1917. Aufzeichnung von Michaelis vom 29. September 1917. Scheidemann über die Sitzung des Siebenerausschusses vom 10. September 1917 in Der Zusammenbruch 113.

(Seite 183). Czernins Mitteilungen an Kühlmann: Aufzeichnungen Kühlmanns vom 2. und 3. September 1917. Derselbe an Grünau 5. September 1917. Grünau an das Ausw. Amt 7. September 1917, der Kaiser habe auf K's Bericht bemerkt: Die Czerninsche Aktion sei ein verkapptes Angebot an die Mächte.

(Seite 185). „Englischer Wunsch, Frankreich möge verzichten": In Kühlmanns Bildersprache: „Frankreich möge seinen Elsaßlothringischen Traum in die Tasche stecken."

(Seite 185 f.) Sitzung vom 4. September 1917: Protokoll. Anwesend: Michaelis, Breitenbach, Sydow, Helfferich, v. Stein, Graf Roedern, Spahn, Drews, Schmidt, v. Eisenhart-Rothe, Hergt, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. Graevenitz, Unterstaatssekretär Heinrichs.

(Seite 186 f.). Deutsche Unterstützung gegen Italien: Ludendorff, Kriegserinnerungen 384. Der Brief Wilhelms II. am 2. September von Oberst v. Eßtorff in Baden überreicht, bei Arz 172 ff. Glaise-Horstenau bei Schwarte 5, 426 ff. Zwischen den Eröffnungen Czernins und dem gleichzeitigen Briefe des deutschen Kaisers besteht kein Zusammenhang, wie schon daraus erhellt, daß Generalleutnant Krafft v. Delmensingen auf der Erkundigungsfahrt zur Isonzofront am 1. bereits Wedel durch Czernin vorgestellt wurde. Krauß, Die Ursachen unserer Niederlage, 2. Aufl. 241 ff.

(Seite 187). Niews van den Dag: Neue freie Presse vom 8. Sept. 1917.

(Seite 187). Polnischer Regentschaftsrat: Schultheß 1917. 2, 801 ff.

(Seite 187). Note Czernins vom 19. September 1917: L'Opinion vom 31. Juli 1920 Nr. 31, 116 ff.

(Seite 188). Tel. des Freiburger Arztes: L'Opinion vom 24. Juli 1917. Nr. 30 Seite 94.

(Seite 188 ff.). Päpstliche Friedensaktion: Vgl. das Ergebnis der Untersuchung des 2. Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses u. a. Münchener Neueste Nachrichten Nr. 370 vom 4. Sep-

tember 1922. Tel. Wedels vom 12. Juli mit der von Scheidemann, Papst, Kaiser zitierten Randbemerkung des Kaisers. Zimmermann an Wilhelm II. 14. Juli 1917. Wilhelm II. an Benedikt XV. 15. Juli 1917. Denkschrift Pacellis, eingeg. 24. Juli 1917. Aufzeichnungen Zimmermanns vom 24. Juli. Aufzeichnungen des Grafen Zech (Schwiegersohn Bethmanns). Michaelis an Grünau 25. Juli. Bergen an Michaelis 25. Juli. Pacelli an Bergen, Bergen an Pacelli 4. August. Pacelli an Bergen 5. u. 6. August 1917. Bergen an Pacelli 8. August. Pacelli an Bergen 9. August. Die Czernin übergebenen deutschen Gegenvorschläge. Czernins Antwort, offenbar nach mündlicher Mitteilung Hohenlohes vom 7. August 1917. Vorschlag des Papstes vom 1. August, in Berlin eingeg. 14. August, das franz. Original bei Struker, die Kundgebungen Papst Benedikts XV. 72—79, deutsch u. a. bei Ludendorff, Urkunden 423—425. Pacelli an Bergen 15. u. 18. August 1917. Michaelis an Wedel 19. u. 22. August 1917. Tel. Wedels vom 25. u. 28. August. Botschaftsrat v. Hindenburg an Michaelis 30. August 1917. Scheidemann hat Seite 22 hinter Abs. 4 den zitierten Passus weggelassen.

(Seite 193 f.). Die Entente und die Friedensaktion: Salis an Balfour 9. August 1917 mit den 4 Exemplaren des päpstlichen Vorschlags. Balfour an Salis 21. August. Robert Cecil an Lord Bertie 22. August. Cecil an Salis 23. August. Salis an Cecil 23. u. 24. August Cecil an Salis 26. August. Die französische Botschaft in London an das Foreign office 26. August. Cecil an Bertie 26. August. Balfour an die Botschafter in Paris, Rom, Petersburg, Washington und Tokio. 30. August. Miscellaneous 1919 Nr. 7. Vgl. Ribot 302—307. 303: „Il ne fait pas doute que Benoît croyait à la victoire des empires centraux". Harmsworth im Unterhaus am 7. August 1919 vor Ausgabe des Miscellaneous bei Ludendorff, Urkunden 441 ff. Petit Journal ebenda 443.

(Seite 195). Neutrale Diplomaten über die Note Wilsons: Tel. Rosens aus dem Haag und Lanckens aus Brüssel vom 31. August 1917. Vgl. Scheidemann, Papst 20. Lansings Antwort an die Kurie vom 27. August bei Schultheß 1917. 2, 901—903. Die Randbemerkung des Kaisers bei Scheidemann unvollständig.

(Seite 195 f.). Michaelis und die Reichstagsmehrheit: Hauptausschuß Schultheß 1917. 1,755—768, bes. 763. Vermutlich bei dieser Gelegenheit sind „einem parlamentarischen Führer der Mehrheitsparteien", unter dem wohl Payer zu verstehen ist, von Michaelis die in seinen Erinnerungen Seite 335 ff. veröffentlichten Friedensbedingungen des Reichskanzlers vorgelegt worden.

(Seite 196). Pacellis Mitteilung vom 30. August: Michaelis 342 bis 344. Ludendorff, Urkunden 425 ff.

(Seite 197). Antwort auf die Papstnote: Scheidemann, Zusammenbruch 106—114. Pacelli an Bergen. 5. u. 9. September 1917. Bergen an Pacelli 12. September. Pacelli an Michaelis 18. September. Pacelli an Bergen, Bergen an Pacelli 18. September. Michaelis an v. Treutler 19. September. Pacelli an Bergen 20. September. Tel. Treutlers 20. September. Derselbe teleph. an das Ausw. Amt 21. Sept. Pacelli an Bergen 21. September. Kühlmann an Treutler 22. September. Treutler an Michaelis 21. u. 22. September. Michaelis an Gasparri 19. (nicht 13. wie bei Michaelis) Septemb. Michaelis 338—341. Ludendorff, Urkunden 435—437. Treutler an Michaelis 23. September. Michaelis an Pacelli

24. September 1917. Bei Ludendorff, Urkunden 437—439. Österreich. Antwort vom 20. September. Schultheß 1917. 2,174—176. Gasparri an Lloyd George 28. September 1917. Miscellaneous 1919 Nr. 7. Seite 10 ff.

(Seite 199 ff.). Kronrat vom 11. September: Michaelis 344—358. Ludendorff, Urkunden 428—433. Ebenda Hindenburgs Antwort vom 15. September. Vgl. Helfferich 3, 170—172. Ludendorff, Kriegserinnerungen 413—416, Kriegführung 245 ff. — Nowak, Sturz der Mittelmächte 160 ff. hätte nie als „Quelle" benutzt werden dürfen. Er läßt Hertling, der noch auf seinem bayrischen Posten saß, eine Ansprache halten und hat die Ludendorffsche „Klausel" in die Welt gesetzt. Die Legenden über den Kronrat haben schon frühzeitig eingesetzt. Bereits am 19. Dezember 1917 sagte General Smuts zu Mensdorff, das englische Kriegskabinett hätte im „Vorwärts" gelesen, die deutsche Anregung eines Gedankenaustausches mit England habe infolge eines Beschlusses eines Kronrats stattgefunden, nachher aber habe wieder der militärische Einfluß die Oberhand gewonnen.

(Seite 201). Erste Mission Villalobar: Bethmann Hollweg an Hertling 5. März 1917, er habe V., als er im Dez. 1916 auf kurze Zeit nach Madrid reiste, nahe gelegt, mit dem König der Belgier Fühlung zu nehmen und auch den König von Spanien für die Anbahnung einer Verständigung mit Belgien zu interessieren. Villalobar habe auf der Durchreise durch Frankreich den König heimlich gesehen, aber kein greifbares Ergebnis erreicht. Bethmann hat den Eindruck, daß die Intervention V's. keine glückliche gewesen sei, insbesondere auch den König von Spanien nicht befriedigt habe. Er fragt sich daher, ob bei dieser Sachlage Marquis V. als geeigneter Vermittler anzusehen ist. Vgl. oben Seite 136. Nach Rapport der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs vom 23. März 1917 (L'Opinion vom 10. Juli 1920 Nr. 28 Seite 35 ff.) hat der König von Spanien sich zweimal, 29. November 1916 und 2. März 1917 zum Mittler zwischen Frankreich und Österreich-Ungarn wegen eines Sonderfriedens erboten. Über das Erbieten vom 2. März hat der „Matin" vom 2.—6. April 1920 nach einem Bericht des französischen Militärbevollmächtigten in Madrid Enthüllungen gebracht, die hier nicht nachzuprüfen sind, aber daran erinnern, daß über die Beziehungen zwischen Wien und Madrid in jener Zeit noch nichts bekannt ist. Vgl. Mermeix 95—98.

(Seite 201 ff.). Kühlmann und Villalobar: Lancken an das Ausw. Amt. 7. September 1917. Villalobar an den span. Gesandten im Haag 8. (?) September 1917. Aguerra an Villalobar, Villalobar an Aguerra 18. (?) September 1917. Prinz Ratibor Madrid 26. September 1917. Ludendorff an Kühlmann 5. Oktober 1917: weist auf die Gefahr hin, daß Lema ein durchaus falsches Bild unserer Lage erhält und bei seiner unfreundlichen Gesinnung gegen Deutschland davon auch bei der Entente Gebrauch machen wird. Die Folgen für den Siegeswillen der Entente liegen auf der Hand. Tel. des russ. Geschäftsträgers in London vom 6. Oktober 1917. Balfour im Unterhaus am 11. Dezember 1917. Commons 100 (1917), 967. Nordd. Allgem. Ztg. vom 14. Dez. 1917 v. der Lancken an Kühlmann 15. Dezember 1917. Smuts zu Mensdorff am 19. Dezember 1917, die englische Regierung habe sich nicht ablehnend verhalten, aber nicht weiter davon gehört.

(Seite 203 ff.). Von der Lancken — Briand: Ribot, Souvenirs 288—302 (292: „les papiers de M. de Lancken dérobés au ministère des affaires étrangères de Berlin et vendus par un socialiste au gouvernement de M. Clemenceau"). Mermeix 146—157, ebenda 153 ff. aus dem Matin vom 13. August 1920 Briands Brief an Painlevé vom 20. September 1917. Lanckens Aussage.

(Seite 205). Gefälschter Brief des deutschen Kronprinzen: Siehe Anhang S. 260—265.

(Seite 205). Ribots Kammerrede vom 19. September 1917: Annales. Députés 1917 II 2439 ff.

(Seite 205 f.). Werchowski: Schultheß 1917. 2, 739. 1, 840. Michaelis hatte am 7. September 1917 dem Hauptschriftleiter des Stuttgarter „Neuen Tageblatt" gesagt, es sei noch unentschieden, ob Elsaß-Lothringen geteilt oder in einen selbständigen Bundesstaat umgewandelt werde. A. a. O. 1,793.

(Seite 206). Programmrede Seidlers, Budapester Rede Czernins: Schultheß 1917. 2, 178, 182—186.

(Seite 206 f.). Reichstagssitzung vom 9. Oktober 1917. Stenogr. Berichte.

(Seite 207). Asquith in Liverpool: Schultheß 1917. 2, 340—342.

(Seite 207). Lloyd George und Painlevé: Painlevé 249—251. Schultheß 1917. 2,342 ff. Ebenda 343 das Reutertelegramm.

(Seite 207 f.). Ribot am 12. Oktober 1917: Annales Députés, Débats 1917 III 2792. Ribots Worte in der Kammer lauteten: „Hier encore c'était l'Allemagne qui faisait murmurer à l'oreille d'un homme considérable . ." Im stenographischen Bericht wurde die Anspielung auf Briand (à l'oreille) gestrichen, was in der Sitzung vom 16. Oktober den Anlaß zu einer Interpellation gab. Vgl. Mermeix 156 ff.

VI.

(Seite 209). Zwang zur Abwehr: Anweisung Pétains vom 22. Dezember 1917 bei v. Kuhl, Die militärischen Grundlagen der deutschen Offensive im Jahre 1918. Seite 80.

(Seite 209). Stegemann: Gedanken zur Lage bei Schwertfeger, Die Frage der politisch militärischen Verantwortlichkeit, Seite 84 ff. Vgl. Haußmann Seite 171 ff.

(Seite 210). „Gewaltigste militärische Aufgabe": Aus Ludendorffs Aufzeichnung für die Homburger Besprechung vom 13. Februar 1918. Urkunden 470.

(Seite 210 f.). Brief Czernins vom 17.—19. November 1917: Im Weltkrieg 296—301. Auch Graf Wedel hält Tisza für den Empfänger. Der Wortlaut wird im wesentlichen dem Original entsprechen, was kleine Retuschierungen nicht ausschließt.

(Seite 211). Zitas Extratour: L'Opinion Nr. 31 vom 31. Juli 1920, Seite 115 ff. Zita scheint ganz selbständig gehandelt zu haben, da Kaiser Karl zur Zeit der Einleitung neuer Verhandlungen sich an der italienischen Front befand. Der Rücktritt des Kabinettsdirektors Graf v. Polzer am 22. November darf wohl mit Czernins Sieg über die Intrige des Hauses Parma in Verbindung gebracht werden.

(Seite 212). Czernin in der ungarischen Delegation: Schultheß: 58 (1917 II), 214 ff.

(Seite 212 ff.). Smuts-Mensdorff: Mensdorff an Czernin 19. u. 20. Dezember 1917. Vgl. Glaise-Horstenau bei Schwarte 5, 470 ff. Graf Wedel

nahm noch irrig an, daß die Unterzeichnung im Frühjahr 1918 stattgefunden habe. Vgl. Quellen, Wedel 3 und Ludendorff, Urkunden 486.

(Seite 212). Balfour: Commons 103, 165 ff: Whytes Interpellation stützt sich auf einen Artikel der sozialdemokratischen „Justice" vom 7. Februar 1918 „if rumour is right as to the terms which were presented to Count Mensdorff, surely it was natural that the German Chancellor, if those terms were made known to him, should regard the British government as either, on the one hand, growing fearful about the result of the war, or else, on the other hand, as prepared to carry the matter on under the secret forms of the old diplomacy by bartering a slice of German territory in exchange for the defection of Austria from the Alliance of the Central Powers." Balfour ließ die irrige Witterung der Justice auf sich beruhen und wandte sich ausschließlich gegen Whytes Forderung, „that no effort should ever be made to detach a single enemy from the coalition with whom you were at war . . . if it were possible to break the coalition nobody would rejoice more then myself." Bei Schultheß fehlt diese Auseinandersetzung.

(Seite 215). Italien gegen Revision seiner Kriegsziele: Vgl. Orlandos Rede vom 12. Dezember 1917 bei Schultheß 58 (1917 II) 351 ff.

(Seite 215 f.). Northcliffes Vorschläge: Stuart, Geheimnisse aus Crewe House S. 23 ff.

(Seite 217). Lloyd George und Czernin im März 1918: Glaise-Horstenau bei Schwarte 5, 472.

(Seite 217). Zeugen über Brest-Litowsk: Czernin und der zu den militärischen Beiräten gehörige Major Edmund Glaise von Horstenau (bei Schwarte 5), Kühlmann (bei Nowak), General Hoffmann, Ludendorff, Hindenburg, Hertling (bei Rittmeister von Hertling), Trotzki.

(Seite 218). Programm Lenins und Trotzkis: Vgl. Fester, Die Internationale Seite 25 und die Seite 40 zitierten Schriften.

(Seite 218). Universalhistorische Mission der Mittelmächte: So schon formuliert in der Rede des Verfassers vom 18. Februar 1918 über den Machtwillen (Halle, Niemeyer) Seite 19.

(Seite 220). Czernin zu Csicserics: Im Weltkrieg, 301 ff.

(Seite 220). Wedel, Kühlmann, Wilhelm II. zur austro-polnischen Lösung: Wedel an Kühlmann 29. September 1917 und 6. Oktober 1917. Grünau an das Ausw. Amt 4. Oktober 1917. Denkschrift Flecks von Cramon mitgeteilt, vom 1. Oktober 1917.

(Seite 221). Kreuznacher Besprechung: Protokoll.

(Seite 221). Berliner Konferenz: Anwesend von deutscher Seite Helfferich, Kühlmann, Wedel, Unterstaatssekretär von dem Bussche, Gesandter von Bergen, Geheimer Legationsrat v. Rosenberg, Botschaftsrat Prinz Hatzfeld, Hindenburg, Ludendorff, General v. Bartenwerffer, Legationssekretär Freiherr v. Lersner. Von österreichischer Seite Czernin, Hohenlohe, v. Merey, Gesandter v. Mittag, Freiherr v. Andrian, Graf Colloredo. Vgl. Helfferich 3, 219.

(Seite 222). Pivot der deutschen Politik: Bemerkungen Kühlmanns vom 10. Januar 1918 bei Schwertfeger, (Ursache des Zusammenbruchs Heft 1) Seite 121. Ludendorff, Urkunden 462.

(Seite 222). Kreuznacher Beratung vom 18. Dezember 1917: Ludendorff Kriegserinnerungen 428 ff, 437. Kriegführung und Politik 283 ff. Vgl. Helfferich 3, 255. Hoffmann 203. Nowak 17.

(Seite 223) Waffenstillstand: Hoffmann 189—193.

(Seite 223). Joffe: Czernin 303—305. Hoffmann 193 ff.

(Seite 223). Die sechs russischen Punkte: Schultheß 58. (1917 II), 160 ff.

(Seite 223). Antwort vom 25. Dezember 1917 als Schachzug: So Kühlmann am 10. Januar 1918, Schwertfeger 122. Ludendorff, Urkunden 463. Vgl. Schultheß 58 (1917 II), 961 ff.

(Seite 224). Hoffmann und Joffe: Hoffmann 200 ff. Vgl. Czernin 309.

(Seite 224). Tschechoslowakei: Glaise bei Schwarte 5, 462.

(Seite 225). Gutachten Hoffmanns: Die Darstellung des Generals Seite 203 ff. kann nur mit Vorsicht benutzt werden. Es scheint doch, daß Kühlmann dem Kaiser nahe gelegt hat, den General nach seiner ihm bekannten Ansicht zu fragen.

(Seite 225). Konflikt zwischen Reichsregierung und oberster Heeresleitung: Akten bei Ludendorff, Urkunden, 452—468, Schwertfeger 109—112, 117—127 (Seite 123 Zeile 10 von oben ist zu lesen: war .... nicht bekannt). Vgl. über den Standpunkt der OHL. auch Ludendorff, Kriegführung und Politik 288 ff. Bei Nowak 18 ff. überwiegt das sensationell ausgeschmückte Persönliche. Schwertfeger übersieht in seiner Untersuchung der formellen Verantwortlichkeit, daß die militärische und die politische Aufgabe sich in der Frage der Westoffensive deckten. Ebenda Seite 96 wird eine Meldung Grünaus vom 14. Dezember 1917 über „Zerschmetterungsideen" des Kaisers irrig auf die OHL. bezogen. Auch kann die Randbemerkung Wilhelms II. zu einem Berichte Mackensens vom 8. Januar 1918 nicht als Beweis dienen, daß die bessere politische Einsicht des Kaisers sich gegen die OHL. nicht durchsetzen konnte. Es zeugte nicht von politischer Einsicht, daß der Kaiser der austro-polnischen Lösung zustimmte, um in Rumänien eine imperialistische Politik zu treiben, die ihn zwischen zwei Stühle gesetzt hätte. Die „politische Entwicklung in Rumänien und auf dem Balkan", die ihm vorschwebte, war im deutschen Interesse nichts weniger als wünschenswert, und ein siegreicher Ausgang des Krieges würde die Verdienstlichkeit des Widerstandes der Generale offenbart haben.

(Seite 225). Lenin zu Trotzki: Trotzki 85.

(Seite 226). Streikbewegungen: Der erwiesene Zusammenhang zwischen den Kientalern Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands läßt das Suchen nach der Zündschnur zwischen Brest-Litowsk und Berlin-Wien als müßig erscheinen. Trotzkis Reden waren das erwartete Signal. Richard Müller, vom Kaiserreich zur Republik (Berlin 1921) 100—112, 201 bis 212. Vgl. Fester, Die Internationale, Seite 23 ff. E. O. Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Seite 186 u. den Urkundenanhang 278 ff. Glaise-Horstenau bei Schwarte 5, 463.

(Seite 227). Berliner Besprechung vom 5. Februar 1918: Ludendorff, Urkunden. 468—470. Vgl. Kriegserinnerungen 445 ff. Czernin 334.

(Seite 228). Ludendorffs Homburger Vortrag: Urkunden 470 bis 472.

(Seite 228). Beratungen Ludendorffs mit Kuhl und Schulenburg: Kuhl, 2. Teil Seite 9—23. Das Ergebnis der Besprechung in Mons vom 11. November 1917 wurde von L. so zusammengefaßt: „Die Lage in Rußland und Italien wird es voraussichtlich ermöglichen, im neuen Jahre einen Schlag auf dem Weltkriegsschauplatze zu führen. Das beiderseitige Kräfteverhältnis wird etwa gleich sein. Es können für eine Offensive etwa 35 Divisionen und 1000 schwere Geschütze verfügbar ge-

macht werden. Sie werden zu einer Offensive ausreichen, eine zweite größere gleichzeitige Offensive, etwa als Ablenkung, wird nicht möglich sein. Unsere Gesamtlage erfordert, möglichst früh zu schlagen, möglichst Ende Februar oder Anfang März, ehe die Amerikaner starke Kräfte in die Wagschale werfen können."

(Seite 229). Verständigung Czernins mit der rumänischen Dynastie: Czernin 354—356, 359—361. Den vierten Grund, daß er durch König Ferdinand sein Ziel der Angliederung Rumäniens zu erreichen hoffte, verschweigt er. Vgl. Glaise-Horstenau 469, 476.

(Seite 229). Frage der militärischen Beteiligung Österreich-Ungarns an der Westoffensive: Kuhl 40—47. Vgl. v. Cramon 146—148. Glaise-Horstenau bei Schwarte 5, 497—499.

(Seite 231). 14 Punkte und vorbereitende Denkschrift: Wilson-Baker 3, 23—43.

(Seite 232). Haußmann und Herron-Edelmann: Haußmann 159 bis 160. Der 159 genannte Holländer Dr. de Jong van Beek, der Kommerzialrat Meinl (Lammasch Seite 187). Vgl. Schwertfeger 85 ff.

(Seite 232). Lammasch und Herron: Heinrich Lammasch Seite 96—102. Ebenda 186—197 Herrons sehr aufgebauschte Erzählung. Die Begegnung fand in der Villa des berüchtigten Dr. Mühlon statt. über Lammaschs Politik sagt a. a. O. Seite 209 sein Freund und Kollege H. Sperl: „Nach Lammaschs innerster und tiefster überzeugung war seit etwa Jahrhundertswende Deutschland einen für die Nation verhängnisvollen Weg gegangen, dessen verantwortliche Urheber er in Berlin, überhaupt im norddeutschen Elemente erblickte. Für Österreich leitete er daraus die Folge ab, daß es sich, da Deutschland zunächst von seiner außenpolitischen Haltung nicht abgebracht werden könne, von dem Bündnisse, das seinen ursprünglichen Charakter und Wert verloren habe, lossagen müsse, auch während des Krieges, und zwar nicht nur zur Rettung Österreichs, sondern auch — und das war seine felsenfeste überzeugung — zur Rettung Deutschlands, das sonst angesichts des L. schon seit 1915 zweifellosen Verlustes des Krieges von seiner Höhe hilflos herunterstiegen müsse. Daher sein Hinarbeiten auf einen Sonderfrieden Österreichs, dem mit zwingender Notwendigkeit ein Frieden auch Deutschlands folgen müsse, der es vor diesem Sturze in die Tiefe retten werde." (sic!). Die Früchte dieser Politik hat L. noch in St. Germain eingeerntet. über Herrons spätere deutschfeindliche Tätigkeit und seine Beziehungen zu F. W. Foerster vgl. Dirr, Bayrische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. 2. Aufl. München—Berlin 1924 Seite XV ff. und die Akten Seite 25 ff.

(Seite 232). Haeften und Nöggerath: Mitteilung des General v. Haeften. Vgl. W. Foerster, Graf Schlieffen u. der Weltkrieg. Berlin 1921. 3, 78. Ludendorff, Kriegführung und Politik 293.

(Seite 233). Die vier Grundsätze Wilsons: In der Antwort auf die Reden Hertlings und Czernins Schultheß 59 (1918 II) 563—568.

(Seite 233). Kaiser Karl und Wilson: Die Noten vom 17. Februar und 5. März bei Nowak 431—435. Vgl. Glaise-Horstenau bei Schwarte 5, 473.

(Seite 233). Lansdowne: Die Politik L.'s bedarf noch näherer Untersuchung, die von seinem Briefe im Daily Telegraph vom 5. März 1918 auszugehen hat. Vgl. Schultheß 59 (1918 II), 167 ff.

(Seite 233). Lloyd George am 5. Januar: Schultheß 59 (1918 II) 142—147.

(Seite 234 ff.). Freiburger Gespräche: L'Opinion 1920 Nr. 31 vom 31. Juli Seite 116—120. Berichte Armands vom 7. und 26. Februar. Armand an den Sanatoriumsarzt 28. Februar 1918. In dem Auszug des Prinzen Sixtus ist bezeichnenderweise die Dialogstelle über den österreichisch-französischen Sonderfrieden weggelassen. Sie lautet: „Revertera: Si nous faisons une paix séparée avec la France maintenant, la question (der Reichslande) serait résolue et l'Allemagne serait privée de votre aide. Je ne suis pas chargé officiellement de vous le dire, mais je puis vous révéler que l'idée a été examinée. Armand: C'est inattendu, je ne vois pas les moyens de faire passer le projet du rêve à la réalité. Et puis, permettez-moi de vous dire que nous vous croyons tellement menés par l'Allemagne que cette proposition paraîtrait émaner d'elle. On y verra un piège. Revertera: Je vous assure que non. L'Allemagne ne serait pas prévenue. Ce serait un énorme affaiblissement pour elle; d'abord, elle serait privée de notre armée; en outre et surtout, la contagion de l'idée de la paix deviendrait difficilement résistible chez elle. Armand: Si vous voulez que je répète cela, donnez-moi des précisions et montrez-moi des garanties. Si non, nous en resterons au rêve et au piège."

(Seite 237 ff.). Rede Czernins vom 2. April, Schultheß 59 (1918 II) 21—27.

(Seite 237). Czernins amerikanische Illusion: Im Weltkrieg Seite 338: „Wilson, der einzige Staatsmann der Welt, welcher bereit war, dem Gedanken eines Verständigungsfriedens näherzutreten." Der zweite Brief ist nicht mehr nach Washington gelangt. Vgl. Glaise-Horstenau bei Schwarte 5, 473.

(Seite 239). Czernin—Clémenceau: Die österreichisch-ungarischen und französischen Communiqués bei Demblin 59 ff. Ebenda 95 ff. das Hughes Gespräch zwischen Kaiser Karl und Czernin vom 9. April 1918. Die französischen Texte in Pages d'histoire 148, Le Mensonge Autrichien. (Paris—Nancy. Berger—Levrault.). Die Akten der französischen Verhandlungen mit Sixtus über die Veröffentlichung des Kaiserbriefes in L'offre de paix séparée 350 ff. Clémenceaus Rückkehr von der Front, ebenda 337.

(Seite 241). Das Pseudokonzept: Die Abfassung vor Erneuerung der Bekanntschaft mit dem Originaltext ergibt sich aus Demblins Darstellung. Daß Sixtus 1917 sein von Karl abgeschriebenes Konzept zurückgelassen hat, ist nicht anzunehmen. Vgl. Cramon 154—156.

(Seite 242). Unmittelbarer Eindruck der Enthüllung: Cramons Bericht vom 15. April 1918. Vgl. Cramons Erinnerungen 154. Arz. 249. In Frankreich: L'offre de paix séparée 361 ff.

(Seite 243 f.). Spaa: Arz 250—252 mit Text der Grundlage für den Waffenbund. Cramon 157—162. Burian 243 ff. Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei 105—109. Das von Rittmeister v. Hertling beanstandete Urteil Ludendorffs (Kriegserinnerungen 533) durch Burians Ausführungen über das „pactum de contrahendo" bestätigt. Über Kaiser Karl auf der Fahrt nach Spaa Krauß, die Ursachen unserer Niederlage. 2. A. Seite 205.

(Seite 245). Verhandlungen über den „Interpretationsvertrag": Glaise-Horstenau 492.

(Seite 245). Liquidation des Krieges: Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. 2. Aufl. Berlin 1924. Ludendorff, Urkunden; dessen Entgegnung auf die erste Auflage der Vorgeschichte: Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung August—September 1918. Burian-Hintze (s. Zeugen).

(Seite 247). Zerstörung Österreich-Ungarns: Beste Darstellung bei Glaise-Horstenau. Bismarck über den „leeren Fleck" zu Karl Schurz. Süddeutsche Monatshefte Dezember 1913.

Namenverzeichnis.

Abramowitsch (Krylenko), Bolschewist 109
Adelaide, Großherzogin von Luxemburg 249
Adelgunde, Gräfin Bardi, Tochter Don Miguels 3, 88
Albert, König der Belgier 3, 7, 31, 47, 91, 121, 249, 288
Aldobrandini, Olimpia, vermählt mit Graf Nikolaus Revertera 284.
Alexandra, Zarin 55
Alfons von Bourbon 3
Alfons XIII., König von Spanien, 2, 201, 288
Alfonso, Graf von Caserta, Bourbonischer Kronprätendent von Neapel-Sizilien 2, 11
Andrassy, Julius Graf von, österr. Ministerpräsident 246
Andrian, Leopold Freiherr von, österreich-ungar. Diplomat 290
Antonia von Luxemburg, zweite Gemahlin Kronprinz Rupprechts von Bayern 4
Apfelbaum (Sinowjew), Bolschewist 109
Armand, Graf 168—171, 173, 175, 176, 178, 183, 188, 211—213, 234, 235, 239, 240, 258, 259, 260, 284, 285, 293
—, Gräfin 168
Arz von Straußenburg, Arthur, Freiherr v., österr.-ungar. Generalstabschef 82, 84, 138, 139, 179, 180, 229, 242, 244, 280.
Asquith, Herbert, englischer Staatsmann 161, 162, 207, 289
Aversa, Giuseppe, Erzbischof von Sardi, Nuntius in München 136, 280

Bärenreiter, Joseph Maria, österreichischer Staatsmann 116, 277
Bainville, Jacques, französ. Publizist 163, 284
Baldwin, engl. Ministerpräsident 185
Balfour, Artur James, brit. Außenminister 36, 125, 159, 161, 162, 194, 202, 203, 205, 212, 216, 239, 290
Bardi, Graf 3
Barrère, Camille, französ. Botschafter in Rom 93
Bartenwerffer, General v. 108, 117, 290
Bassewitz, R. Graf, Legationsrat in Wien 253
Bauer, Oberstleutnant 135, 137, 146 bis 148, 150, 151, 281, 282
Beek, Dr. de Jong van 292
Benedikt XV., Papst 8, 135, 136, 137, 188, 189, 192, 206, 279
Berchtold, Leopold Graf v., österr.-ungar. Außenminister 26, 28
Bergen, Dr. von, Gesandter 182, 290
Bernstorff, Graf Johann Heinrich, Botschafter in Washington 22, 24, 29, 37, 38, 269, 270, 271
Bethmann Hollweg Theobald, v., Reichskanzler 8, 20—24, 28—34, 38, 39, 41—43, 57—64, 74—80, 83, 84, 107, 108—110, 112—117, 122, 131—133, 136—138, 141—144, 146 bis 153, 155, 158, 159, 161, 163, 164, 168, 181, 201, 227, 243, 251, 254, 255, 257, 264, 269—272, 279, 281, 282
Bismarck, Otto, Fürst von 142, 157, 158, 161, 201, 221, 225, 244, 246, 247, 294
Blanc, Spielpächter in Monte Carlo 268
Bon, de, französ. Admiral 125
Bonar Law, brit. Schatzkanzler 37, 161, 162
Boris III., Zar von Bulgarien 3
Boselli, Paolo, Präsident der italien. Kammer 93
Bothmer, Graf Karl von, 163, 256, 257
Bourbon, Haus 1, 2, 88
— s. Parma, Sizilien, Spanien
Boy de la Tour, Maurice, Parteigänger des Prinzen Sixtus 99
Boyen, 247
Braganza, Haus 3, 4, 46
Breitenbach, Paul von, Eisenbahnminister 198, 286
Briand, Aristide, französ. Ministerpräsident 16, 34, 35, 38, 54, 55, 65, 68, 88, 133, 203—205, 239, 285, 289
Brocqueville, de, belgischer Ministerpräsident 203
Buchanan, George, englischer Botschafter in Petersburg 218
Bülow, Fürst Bernhard von 7, 8, 9, 142, 146, 148, 150, 151

Burian, Stephan Graf, österr.-ungar. Außenminister 21, 23—25, 28—32, 34, 39, 42, 79, 244—246, 269, 270, 293
Bussche-Haddenhausen, Hilmar von dem, Unterstaatssekretär 290

Cadorna, Luigi, ital. Generalstabschef 101, 119
Caillaux, Joseph, franz. Staatsmann 51
Cambon, Jules, Generalsekretär des französischen Außenministeriums 7, 16, 17, 48, 60, 89—92, 96 bis 98, 112, 121, 129, 130
Cambon, Paul, französ. Botschafter in London 112
Capelle, v. Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes 198, 281
Carlos, Don, spanischer Kronprätendent 2
Carp, Peter, rumän. Staatsmann 115
Carson, Eduard, Mitglied des englischen Kriegskabinetts 161, 188, 283
Castelnau, de, General 15
Cecil, Lord Robert, Mitglied des Kriegskabinetts 161, 194
Chambord, s. Heinrich
Charlotte, Großherzogin v. Luxemburg, 4, 13
Chéradame, franz. Publizist 112
Clam-Martinitz, Heinrich Graf von, österr. Ministerpräsident 57, 252, 271
Clémenceau 126, 203, 208, 211, 212, 215, 216, 234—243, 245, 246, 293
Colloredo Mannsfeld, Ferdinand Graf, Legationsrat 58, 75, 167, 290
Conrad v. Hötzendorf, Franz Freiherr v., General u. österr.-ungar. Generalstabschef 27, 28, 43, 173
Coppée, Baron von, belgischer Industrieller 203, 204, 276
Cramon, A. v., Generalleutnant 27, 29, 40, 82, 122, 229, 241, 243
Cicserics v. Bacsany, Maximilian, Feldmarschalleutnant 220, 290
Czernin, Ottokar Graf 39, 42, 44, 46 52, 54—64, 68, 69, 71—78, 80 bis 89, 92, 95, 100, 105—118, 122, 131—134, 138—144, 149—151, 158, 159, 164—166, 168, 170—175, 179 bis 185, 187, 191—193, 195, 206, 210—212, 215—221, 223, 224, 226, 227, 229, 234—242, 245, 251, 252, 263, 264, 271, 272, 284—286, 290, 292, 293

David, Dr. Eduard, soz. Reichstagsabgeordneter 144, 150, 155, 156, 254
Delbrück, Hans, Professor in Berlin 265—267
Demblin, August Graf von, österr. Sektionsrat 71, 210, 241
Deschanel, Paul, französ. Politiker 112
Doumergue, Gaston, französ. Staatsmann 54, 55
Drews, preuß. Minister 286

Ebert, Fritz, soz. Reichstagsabgeordneter 144, 145, 154, 196, 281 bis 283
Edelmann, amerikanischer Konsul in Genf 232, 292
Eisenhart-Rothe, P. v., Landwirtschaftsminister 286
Elias, Tit. Herzog von Parma 3, 5, 11, 27
— s. auch Maria Anna
Elisabeth, Königin der Belgier 13, 14, 47, 88, 249, 259
Erdödy, Graf Thomas 50, 51, 53, 56, 64, 68, 69, 72, 98—102, 104, 107, 122, 250, 251, 272
Erzberger, Matthias, Reichstagsabgeordneter 8, 9, 116, 125, 134, 135, 137, 140—144, 146, 148—154, 158, 160, 162, 165, 182, 183, 190, 197, 237, 240, 254, 256, 257, 265, 277, 279, 281, 282, 285, 286.
Eştorff, Oberst von 286
Eugen, Erzherzog 242

Falkenhausen, Generalgouverneur von Belgien 198
Falkenhayn, Erich v., General 18, 21, 22, 173, 269
Fehrenbach, Konstantin, Reichstagsabgeordneter 157, 206
Felix von Bourbon-Parma, Prinz-Gemahl von Luxemburg 4, 5
Ferdinand, Zar von Bulgarien 2, 29, 138, 160
Ferdinand, Herzog von Calabrien 2
Ferdinand, König von Rumänien 292
Ferdinand VII., König von Spanien 2
Finkelstein, (Litvinow), Bolschewist 110
Flotow, Dr. L., Baron v., österr.-ung. Sektionschef 43, 271
Foch, Ferdinand, französ. Marschall 236, 239, 245, 246
Foerster, Friedrich Wilhelm, Professor in München 166, 284, 292
Franz Ferdinand, Erzherzog-Thronfolger 1, 25, 39

Franz Joseph, Kaiser 5, 6, 9, 16, 24 bis 27, 29, 99, 112, 134, 166
Freycinet, Charles Louis de Saulce de, französ. Staatsmann 15, 16
Friedrich der Große 170, 261
Friedrich, Erzherzog 3, 5, 14, 27, 45, 54, 122, 242, 251

Gaetan, Prinz von Bourbon-Parma 5, 122
Gambetta 247
Gantschew, Oberst, bulgarischer Militärbevollmächtigter 138
Gasparri, Kardinalstaatssekretär 192 bis 195, 197, 202
Georg V., König von England 56, 65, 90, 091, 120, 193
Georgi, Freiherr v., österr. Landesverteidigungsminister 133, 279
Giolitti, Giovanni, ital. Staatsmann 68, 101
Glaise von Horstenau, Edmund, Major, 290
Goubet, Oberst, Leiter der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabes 168, 169, 170, 257
Graevenitz, v., Unterstaatssekretär 286
Gregor VII., Papst 244
Grew, amerikan. Geschäftsträger in Berlin 270
Groß, Präsident des österreich. Abgeordnetenhauses 277
Grünau, v., Legationsrat, Vertreter des Ausw. Amtes bei Kaiser Wilhelm II. 40, 41, 42, 109, 269, 270, 279, 281
Günther, österr. Hofrat 168

Haase, Hugo, soz. Reichstagsabgeordneter 158, 162
Haeften, Oberst v. 232, 237, 282, 292
Haig, Douglas, engl. General 127
Hanßen, Hans Peter, Reichstagsabgeordneter 158
Harbou, Major v. 281, 283
Harnack, Adolf von 163, 227, 255, 256
Hatzfeld, Alexander Prinz, Botschaftsrat 290
Haus, Anton v., österr.-ungar. Großadmiral 43, 271
Haußmann, Konrad, Reichstagsabgeordneter 232, 283, 292
Heine, Wolfgang, sozialist. Reichstagsabgeordneter 254
Heinrich IV., 244
Heinrich (V.), Graf von Chambord 10, 11
Heinrichs, Unterstaatssekretär 286
Helfferich, Karl, Staatssekretär 38, 112, 143, 145, 153, 155, 198, 221, 269 280—283, 286, 290
Hergt, Oskar, preuß. Finanzminister 286
Herron, Professor, amerikanischer Pazifizist 232, 292
Hertling, Georg Graf, bayer. Ministerpräsident 153, 160, 221, 222, 225, 228, 243, 244, 282, 283, 288, 290, 293
Hindenburg, Paul von Benekendorf u. Hindenburg, Generalfeldmarschall 18, 21, 31, 33, 41, 82, 84, 109, 110, 112, 117, 137, 138, 139, 143, 146, 147, 148, 151—155, 158, 162, 172, 193, 198, 199, 219, 221, 225, 227, 228, 237, 239, 244, 264, 266, 270, 281, 282, 290
Hintze, Paul v., Admiral, Staatssekretär 245
Hoch, Gustav, soz. Reichstagsabgeordneter 144, 281
Hoffmann, Johannes, soz. Reichstagsabgeordneter 281
Hoffmann, Max, Generalmajor, 131, 223—226, 290, 291
Hohenberg, Sophie, Herzogin v., Gemahlin Erzherzog Franz Ferdinands 25—26
Hohenlohe, Prinz Gottfried, österr.-ung. Botschafter in Berlin 42, 57, 58, 75, 77, 100, 141, 150, 178, 182, 282, 285, 290
Holtzendorff, Henning v., Admiral 38, 41, 43, 110, 111, 198, 199, 271
House, Oberst 37, 38

Iswolski, Alexander, russischer Botschafter in Paris 158, 272
Isabella II., Königin von Spanien, 2
Jagow, Gottlieb v., Staatssekretär 24, 269, 270
Jaime, Don, spanischer Kronprätendent 2, 3, 11
Jellicoe, engl. Admiral 125
Joffe, russischer Bevollmächtigter in Brest-Litowsk 223, 225, 291
Joffre, franz. Marschall 15

Karageorgiewitsch, Dynastie 51, 72
Karl, Erzherzog-Thronfolger 1, 4, 5, 9, 13—15, 26—28
—, Kaiser 3, 16, 17, 29, 30, 39, 42, 43, 45—51, 53, 59, 64, 65, 69 bis 71, 73, 74, 77, 81—85, 87—92, 95, 97—101, 104, 106, 107, 115, 116,

118, 119, 121, 122, 133, 134, 139, 149, 150, 158, 162, 164, 166—168, 170, 174—176, 178, 179—181, 183, 185, 186, 190, 193, 206, 210, 211, 215, 216, 226, 229, 233, 234, 238 bis 241, 243—246, 248—252, 261 bis 264, 271, 272, 274, 275, 281, 284, 285, 289, 293

Karl V., 248

Karl X., König von Frankreich 2, 10

Karl Ludwig, Erzherzog 3

Karl Stephan, Erzherzog 85

Karl Theodor, Herzog in Bayern 3

Karr, Privatsekretär Lloyd Georges 212, 216, 217

Kaunitz-Rietberg, Fürst Wenzel, österr. Staatskanzler 171

Kerenski, Alexander Fedorowitsch, russ. Politiker 129, 130, 163, 179, 218

Kinski, Graf Ulrich 106, 120

Klein, Dr. F., österr. Staatsmann 116, 277

Konstantin, König von Griechenland 95, 127

Krafft von Delmensingen, Generalleutnant 286

Krauß, Alfred, österr. General 186

Kühlmann, Richard v., Staatssekretär 182—184, 187, 191, 194, 196—198, 200—203, 206—208, 220, 222—229, 235, 238, 244, 245, 264, 286, 288, 290

Kuhl, Hermann v., General, Generalstabschef der Heeresgruppe Rupprecht 228, 291

Lammasch, Heinrich, Völkerrechtslehrer in Wien 165, 166, 232, 292

Lancken, Freiherr von der 112, 113, 133, 169, 203, 204, 205, 239, 276, 279, 289

Lansdowne, Henry Charles, Lord, engl. Staatsmann 233, 292

Lansing, Robert, amerikan. Staatssekretär 44, 55, 125, 205, 232, 246, 271

Lewald, Staatssekretär 281

Ledochowski, Wladimir, Graf, Flügeladjutant Kaiser Karls 48, 87, 251, 275, 279

Ledochowski, Graf v., Jesuitengeneral 135

Lema, Marquis de, spanischer Außenminister 201, 202, 288

Lenin, (Uljanow, Wladimir Iljitsch) 109, 218, 225, 276

Leopold, Prinz von Bayern, Generalfeldmarschall 131

Lerchenfeld-Köfering, Hugo Graf von, bayer. Gesandter in Berlin 153, 282

Lersner, Freiherr von, Legationssekretär 290

Lloyd George, David, Leiter des englischen Kriegskabinetts 35, 90, 92 bis 96, 99, 100, 119—123, 125, 126, 129, 130, 133, 159, 161, 166, 167, 179, 185, 188, 190, 197, 207, 212, 215, 216, 219, 220, 231, 233, 265, 266, 278, 283, 285, 289, 290, 293

Ludendorff, Erich, General 18, 21, 22, 30, 38, 41, 74, 79, 82, 84, 90, 108, 110, 111, 113, 117, 131, 138, 139, 143, 146—148, 151 bis 156, 162, 172, 180, 186, 193, 198 bis 200, 206, 221, 222, 225, 227 bis 230, 235—237, 244, 264, 266, 270, 276, 282, 283, 288, 289—291, 293

Ludwig III., König von Bayern 2

Ludwig XIV., 2, 10, 11

Ludwig, Prinz von Bourbon-Parma 5, 122

Ludwig Philipp, König von Frankreich 2, 11

Lwow, Georgi Jewgeniewitsch, Fürst, russ. Staatsmann 92, 102, 103

Lyncker, General von, Chef des Militärkabinetts 153, 282

Machiavelli, Niccolo 10

Mackensen, August von, Generalfeldmarschall 291

Maltzahn, von 282

Mangin, französ. General 124

Manuel, Exkönig von Portugal 3

Manteyer, Pinet de, Historiker, Parteigänger des P. Sixtus 11, 14, 102, 105, 240

Marchetti, Monsignore 193

Maria Anna, Großherzogin von Luxemburg, Tochter Don Miguels 3, 6

Maria Anna, Tochter des Erzherzog Friedrich, Gemahlin d. P. Elias von Parma 3

Maria Antonia, Herzogin von Parma, Tochter Don Miguels 3, 4, 6, 7, 27, 47, 53, 54, 87, 88, 242, 249, 250, 251

Maria Antonia von Parma, Schwester Zitas 47, 249, 251, 252

Maria Josepha, Herzogin Karl Theodor, Tochter Don Miguels 3, 4, 136

Maria Luise von Bourbon-Parma, erste Gemahlin Zar Ferdinands von Bulgarien 2
Maria das Neves, Tochter Don Miguels, 3
Maria Pia von Bourbon-Sizilien, erste Gemahlin Herzog Roberts von Parma 2
Maria Theresia, Erzherzogin Karl Ludwig, Tochter Don Miguels 3, 4, 88
Martin, Williams, Direktor im franz. Ausw. Amt 14, 15, 48, 53, 55, 89, 92, 102
Max, Prinz von Baden 22
Maxse, L., J., englischer Publizist 265 bis 267
Mayer, Karl, Reichstagsabgeordneter 154
Meinl, Kommerzienrat 292
Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, Albert Graf v., österr. Diplomat 59, 60, 61, 64, 75, 84, 87, 92, 167, 212, 213—215, 217, 220, 224, 266, 273, 288, 289
Mercier, Desiré Joseph, Kardinal, Erzbischof v. Mecheln 203
Mercy, von Kapós-Méne, ehemaliger österr-ungar. Botschafter in Rom 23, 24, 58, 60, 63, 290
Mermeix, französ. Publizist 164, 169
Mérode, Gräfin 112, 203, 276
Mertin, Erich, Reichstagsabgeordneter 150
Michaelis, Dr. Georg, Reichskanzler 153, 155—158, 161—163, 166, 172 bis 174, 185, 186, 188, 191, 195, 196, 198, 199, 206, 261, 264, 265, 282—287
Miguel, Don, von Braganza, Regent von Portugal 3
Miljukow, Paul Nikolajewitsch, russ. Politiker 129
Millner, Lord, Mitglied des englischen Kriegskabinetts 169
Mittag, Rudolf Freiherr von, österr.-ungar. Gesandter 290
Monod, Gabriel, Historiker 11

Napoleon III., 12, 99
Naumann, Dr. Friedrich, Parlamentarier 128
Naumann, Dr. Viktor 261
Nikolaus II., Zar 49, 56, 65, 73, 89, 218
Nivelle, Robert Georges, französ. General 124, 127, 145, 277, 278
Nöggerath, Ingenieur, Mitglied der amerikan. Gesandtschaft in Haag 232, 292
Northcliffe, Lord, Propagandaminister 215, 231, 290
Noske, Gustav, soz. Reichstagsabgeordneter 144
Noulens, französischer Gesandter in Petersburg 205
Nowak, Karl Friedrich, Schriftsteller 288, 292

Oberndorff, Alfred Graf v., Gesandter in Sofia 283
Orlando, Viktor Emanuel, italien. Ministerpräsident 290
Orléans, Hans, 2, 11 f. Ludwig Philipp

Paar, Edgard Graf, Generaladjutant Kaiser Franz Josephs 29
Pacelli, Eugenio, Titularerzbischof von Sardes, Nuntius in München 133, 135—137, 141, 144, 188, 189, 191, 192, 195—198, 265, 279
Page, Walter H., amerikanischer Botschafter in London 125
Painlevé, Paul, französ. Kriegsminister 124, 146, 166, 168—170, 178, 179, 181, 188, 204, 207, 289
Paléologue, Maurice, französ. Botschafter in Petersburg 54, 272
Parma, Haus Bourbon P. 1, 2, 4, 6, 8, 9, 26, 46, 88, 144, 210, 241, 242, 280, 289
f. Bardi, Elias, Felix, Gaetan, Ludwig, Maria Antonia, Maria Luise, Renatus, Robert, Sixtus, Xaver.
Parodi, englisch-ägyptischer Beamter 213
Payer, Friedrich von, Reichstagsabgeordneter, Vizekanzler 145, 150, 157, 196, 228, 281—283, 287
Pershing, John Josef, amerikan. General 128
Pétain, französ. General 124, 289
Pfiffl, Kardinal 89
Philipp V., König von Spanien 2, 10, 11
Pichon, Stephan, französ. Außenminister 240
Pierrefeu, Jean de, französ. Journalist 124, 163, 284
Plessen, Hans von, Generaloberst, Generaladjutant Kaiser Wilhelm II. 153 190, 282

Poincaré, Raymond, Präsident der französischen Republik 14—16, 47, 54—56, 65, 68, 70, 89—92, 105 118, 119, 121, 122, 124, 169, 175, 193, 241, 242, 249
Pokrowski, russ. Außenminister, 34, 272
Polzer, Graf von, Kabinettsdirektor Kaiser Karls 289
Porro, ital. General 119
Prittwitz, von, Legationssekretär 284

Radoslawow, Vasil, bulgarischer Ministerpräsident 76, 160
Raggi, Salvago, italienischer Botschafter in Paris 90, 95, 96
Ramsay Macdonald, engl. Parlamentarier 162, 185
Ranke, 167
Rauch, Oberst v. 130, 278
Redlich, Joseph, Professor in Wien 166
Revertera, Nikolaus, Graf, österr. Legationsrat a. D. 168—171, 174, 175, 178, 179, 187, 211—213, 234—236, 240, 258—260, 284, 285
Revertera, Gräfin, s. Aldobrandini
Ribot, Alexander, französ. Ministerpräsident 46, 88—95, 97, 100, 118, 119, 122, 126—130, 145, 164, 166 bis 169, 174, 178, 181, 185, 194, 203—205, 207, 239, 242, 264, 278, 285, 289
Riezler, Dr., geh. Legationsrat 283
Rizow, bulgarischer Gesandter in Berlin 160, 282
Robert, Herzog von Parma 2, 3, 7, 48, 275
Robertson, William, engl. Feldmarschall 169
La Rochefoucauld, Herzog v. 268
Rödern, Siegfried Graf von, Staatssekretär 198, 286
Romberg, G. Freiherr v., deutscher Gesandter in Bern 58, 84, 87
Roon, Albrecht von 247
Rosen, Dr. Friedrich, Gesandter in Haag 275
Rosenberg, von, geh. Legationsrat 291
Rosenfeld (Kamenew), Bolschewist 109
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 3, 4, 160, 185, 283

Salis, Graf, britischer Gesandter beim Vatikan 193—195, 202
Salomon, Charles, Begleiter des Pr. Sixtus 48, 240
Sarrail, französ. General 125
Scharnhorst 247
Scheidemann, Philipp, soz. Reichstagsabgeordneter 142, 144, 154, 155 157, 197, 254, 281, 283
Schiffer, Eugen, Reichstagsabgeordneter 281, 282
Schioppa, päpstlicher Uditore 279
Schmidt, Dr. Friedrich, preuß. Kultusminister 286
Schönburg, Graf, österr.-ungar. Botschafter beim Vatikan 83
Schulenburg, Friedrich Graf von der, Oberst, Generalstabschef des Kronprinzen Wilhelm 228, 291
Seeckt, Hans v., Generalmajor 28
Seidler, Dr. Ernst von, österr. Ministerpräsident 206, 289
Silberstein, (Bogdanow), Bolschewist 110
Sims, amerikanischer Admiral 124, 125, 145, 278
Simson, Hermann v., Legationssekretär 273
Sixtus, Prinz von Bourbon-Parma 4 bis 17, 45—47, 50, 51, 53, 56—58, 64, 68, 70—75, 85, 87—93, 95, 96, 98, 100—102, 104—107, 118—122, 124, 129, 130, 133, 134, 138, 139, 141, 164, 167, 168, 170, 174, 175, 188, 214, 219, 235, 239—243, 249, 258, 268, 272, 278, 280, 293
Sizilien, s. Alfonso, Ferdinand, Maria Pia
Skrzynski (heute polnischer Außenminister), österr.-ungar. Gesandter 213, 217
Smuts, Jan Christian, General, Mitglied des englischen Kriegskabinetts 128, 212—215, 217, 224, 233, 239, 266, 278, 288, 289
Snowden, engl. Sozialist 128, 278
Sobelsohn (Radek), Bolschewist 110
Solf, Dr. Wilhelm, Staatssekretär 279
Sonnino, Sidney, italien. Außenminister 8, 46, 91, 92, 94—96, 101, 119—121, 129, 166, 167, 205
Spahn, Peter, Reichsminister 281, 282, 286
Spanien, s. Alfonso XIII., Don Alfonso, Don Carlos, Ferdinand VII., Isabella II., Don Jaime, Philipp V.
Sperl, Hans, Universitätsprofessor in Wien 292
Spitzmüller, Alexander Freiherr von, österr. Staatsmann 116, 277
Steed, Wilhelm, englischer Journalist 215
Stegemann, Hermann, Schriftsteller 209, 289

Stein, Hermann von, General, Kriegsminister 147, 152, 221, 281, 282, 286
Stöger-Steiner, Rudolf von, österr.-ungar. Generaloberst 280
Stolberg, Wilhelm, Prinz zu St. Wernigerode, Botschaftsrat in Wien 253
Stresemann, Gustav, Reichstagsabgeordneter 148, 150, 281, 282
Stumm, Wilhelm v., Unterstaatssekretär 24, 42, 57, 58, 60, 75, 78, 172, 251, 269
Südekum, Albert Oskar Wilhelm, soz. Reichstagsabgeordneter 140, 142, 148, 154, 283
Sydow, Reinhold, preuß. Staatsminister 286

Therese, Herzogin von Braganza 88
Thomas, französ. Munitionsminister 169
Tirpitz, Alfred v., Großadmiral 21, 156, 269, 282
Tisza, Stephan Graf, ungar. Staatsmann 55, 210, 219, 227, 271, 289
Tittoni, Tommaso, ital. Staatsmann 101
Travers, Abbé 11, 14
Treutler, Karl Georg v., Gesandter 269
Trevellyan, George, englischer Staatsmann 162
Trotzki, (Bronstein), Leo, Bolschewist 218, 225, 227, 231, 290, 291
Tschirschky und Bögendorff, Heinrich von, Botschafter in Wien 25—27, 29, 39, 238, 270

Urban, Dr., österr. Staatsmann 116, 277

Valentini, Rudolf von, Kabinettschef Kaiser Wilhelms II. 150, 153, 282, 283
Venizelos, griech. Staatsmann 127
Viktor Emanuel III., König von Italien 58, 95, 119—121 166, 193
Villalobar, Marquis von, spanischer Gesandter in Brüssel 201, 203, 288
Wahnschaffe, Arnold, Unterstaatssekretär 148, 153
Waldow, von, Staatsminister 198
Waldstätten, Alfred Freiherr v., österr. General, Chef der Operationsabteilung 180, 186
Wedel, Botho Graf von, deutscher Botschafter in Wien 39, 44, 57, 58, 82, 83, 114—116, 118, 122, 140, 149, 165, 166, 172, 190, 220, 251, 266, 269—271, 280, 283, 285, 286, 289, 290
Weiskirchner, Richard, Bürgermeister v Wien, 88, 237
Werchowsky, russ. Kriegsminister 205, 289
Westarp, Adolf Graf von, Reichstagsabgeordneter 150, 277
Wettin, Haus 17
Wilhelm I., Kaiser 247
Wilhelm II., Kaiser 9, 24, 25, 29, 38 bis 40, 42, 44, 45, 48, 59, 82, 84, 144, 146, 148—153, 159, 174, 180, 181, 186, 188, 190, 196, 198—200, 220, 222, 225, 241, 243, 244, 251, 252, 261, 270, 271, 274, 279, 281, 282, 285, 286, 290, 291
Wilhelm, Kronprinz 148—151, 174, 185, 199, 205, 260—264, 282, 289
Wilhelm, Großherzog von Luxemburg 3
Wilhelmine, Königin der Niederlande 245
Wilson, Woodrow, Präsident der Ver. Staaten 18, 21, 22, 29, 30, 35—39, 42, 44, 125, 128, 129, 142, 193, 195, 206, 231—233, 237, 269, 278, 292, 293
Wittelsbach, 2, 4, 17 f. auch Ludwig III., Rupprecht
Whyte, Mitglied des englischen Unterhauses 290

Xaver, Prinz von Bourbon-Parma 3, 4, 6, 9, 14—16, 45, 47, 52, 68, 75, 98, 102, 122

Ybarnegaray, französ. Parlamentarier 145

Zederbaum, (Martow), Bolschewist 109
Zeller, Dr. 256
—, seine Frau 253, 255
Zimmermann, Unterstaatssekretär (bis Nov. 1916), Staatssekretär 24, 38, 42—44, 75, 76, 78, 83, 84, 87, 100, 110, 111, 113, 116, 148, 182, 188, 189, 191, 192, 269—271, 281
Zita, Erzherzogin 1, 4, 5, 8, 14, 16, 26, 27
—, Kaiserin, 39, 47, 51, 53, 54, 69, 74, 82, 100, 101, 210, 211, 230, 234, 235, 239, 241, 249—252, 259, 272, 281, 289.

Sachverzeichnis.

Aachen, Aufmarschgebiet vor 200
Adalia, türk. Provinz in Kleinasien 94
Abhängigkeit, militärische Österreich-Ungarns von Deutschland 134, 186, 187
Abrüstung 140, 187, 192, 239
Admiralstab, Deutscher 19
Adria, Blockade 108
Adriahafen Serbiens 49, 71, 76, 77, 86, 93, 117, 177, 214, 217, 250
—, s. auch Triest
Aegypten 31, 37, 258
Aktiva, militärische, Deutschlands 189
Albanien 33, 48, 111, 117, 130, 149, 250
Alldeutsche 142
—, in Österreich 142
Amateurdiplomaten, amerikanische 232, 233
Amerika, Vereinigte Staaten 21
—, Bruch mit Deutschland 44
—, Kriegserklärung an Deutschland 44
—, Kriegserklärung an Österreich-Ungarn 215
Amerikapolitik Czernins 54, 56
Amnestieerlaß Kaiser Karls 139
Annexionen ohne Zustimmung der Regierten 36
Antwerpen 161
Aquileja 100
Armeeoberkommando, ö.-u.
in Przemysl 27
in Neusandec 27
in Teschen 27, 45
in Baden 45
Armenien 31
Asiago 173
Audienzen des Prinzen Sixtus
bei Poincaré
am 5. März 1917 55
am 8. März 1917 55—57
am 31. März 1917 90, 275
am 20. Mai 1917 118, 119, 277
bei Lloyd George 277
am 18. April 1917 92
am 20. April 1917 95, 96
am 23. Mai 1917 120
am 30. Mai 1917 121
bei König Georg V.
am 23. Mai 1917 120
Aufstieg der Tüchtigen 158
Auslanddeutsche 32

Baltikum 178
Bayern als Kompensationsobjekt 13, 14, 55, 170, 183, 215, 220, 257
Belfast s. Reden
Belgien 13, 31, 49, 59, 72, 78, 90, 111, 118, 184, 197, 227, 250, 259
—, Dynastie, Mißtrauen gegen Frankreich 259, 260
—, Kriegsschauplatz 203
—, Verständigung mit Deutschland 136, 203, 288
—, Wiederherstellung 22, 36, 48, 70, 177, 178, 191, 193, 194, 231, 250, 260
Belgrad 33, 34
Bellevue, Schloß, Kronrat v. 11. Sept. 1917 187, 198, 199, 288
—, Meldung der OHL. bei Wilhelm II. am 13. Juli 1917 153, 282
Berlin, Zweibundkonferenzen
am 7. Jan. 1917 42
am 26. März 1917 75—79, 273, 274
am 6. Nov. 1917 221, 290
am 5. Feb. 1918 227, 291
B(erliner) Z(eitung) am Mittag 281
Beßarabien 214
Böhmen-Mähren 13, 37
—, s. auch Tschechoslowakei
Bolschewismus 218, 223, 225, 228, 232
Bordeaux, Regierung von 6
Bosnien 13, 17, 214
Bourbonische Traditionen 12
Brest-Litowsk 32
—, Frieden von 79, 110, 117, 221, 228, 230, 290
Briefe
—, Briands an Ribot vom 20. Sept. 1917 204
—, Kaiser Karls an Sixtus vom 24. März 1917 70, 71, 240 bis 242

vom 9. Mai 1917 102—104, 108, 120
—, Lloyd Georges an Ribot vom 23. Mai 1917 120, 121
—, Ribot an Lloyd George vom 20. Mai 1917 119, 120
—, Prinz Sixtus an Kaiser Karl vom 16. März 1917 65—68 vom 22. April 1917 98, 275
—, gefälschter, des Kronprinzen Wilhelm an Kaiser Wilhelm II. 205, 260—261
Briey-Longwy, Erz- u. Kohlenrevier 31, 32, 34, 59, 78, 79, 82, 111, 173, 227.
Bristol s. Reden
Brotfriede mit der Ukraine 226, 227
Brücke, goldene, Bethmann Hollwegs zum Ostfrieden 109, 110, 116, 131, 217
Brügge 111
Budapest s. Reden
Bukarester Friede von 1913 177
Bukowina 31, 62, 67, 81, 114, 115, 214, 226
Bulgarien 33, 62, 75, 81, 214, 224
Bund, deutscher 161

Canossafahrt Kaiser Karls 244
Cernavoda-Constanza, Eisenbahn 117
Chambord, s. Parma
Charleville, Hauptquartier in 9
—, Kriegsrat vom 5. März 1916 21
—, Unterredung Kronprinz Wilhelms mit Czernin 264
Cholmer Land 226, 227
Colomea in Galizien 16, 26
Compiègne, Kriegsrat vom 6. April 1917 121, 277
Crillon, Hotel in Paris, Absteigequartier Lloyd Georges 92, 95, 96
—, s. auch Audienzen
Cypern 31

Dänemark, Sicherung gegen 22
Daily Telegraph, Akten der Mission des Prinzen Sixtus 16
Dalmatien 93, 99
Danzig 37, 221, 257
Dardanellen, freie Durchfahrt 33, 86, 177
Defaitisten, österreichische 238
Demokratie, deutsche 128, 165
Denkschriften
—, Czernin über die polnische Frage 81, 274
— vom 12. April 1917 85—88, 141, 159, 165, 180—183, 188, 211, 240, 275, 277, 283, 285, 286
— Kühlmanns vom 3. Sept. 1917 196
— Pacellis vom 24. Juli 1917 188
— des Prinzen Sixtus für Poincaré 249—251
— des Kronprinzen Wilhelm über die Lage Juli 1917 261, 262
Deportationen 35
Diebstahl deutscher Akten 203
Djibuti 119
Dissertation des Prinzen Sixtus 10, 11
Dobrudscha 33, 62, 76, 111, 117, 177, 214
Dodekanes, Inseln des 93
Dollertal 173
Donaukonföderation 104, 169, 170, 176, 183, 214, 215, 219, 222, 226, 227, 229, 231, 232, 248, 257
Donaumonarchie, Idee der 73, 76, 213, 273
Donaumündung 76
Donauschiffahrt 33
Duma 34
Durchreiseerlaubnis für die Bolschewisten 109, 276

Einheitsstaat, republikanischer 160
Elsaß-Lothringen 12, 31, 32, 34, 37, 48, 52, 54, 59, 70, 72, 77, 78, 82—84, 90, 97, 100, 118, 119, 128, 141, 149, 159, 165, 166, 172, 174, 178, 184, 185, 187, 204, 205, 207, 212, 214, 231, 234, 235, 239, 241, 242, 250, 252, 259, 262—264, 274
—, Autonomie 232
—, Pufferstaat 233
—, Teilung zwischen Preußen und Bayern 141
Emser Depesche 157
Entente, kleine 164
Entschädigungen, koloniale für Deutschland 174
—, im Osten 62
—, s. auch Reparationen
Entwaffnung Deutschlands 200
Epirus 33
Erbfeind Österreich-Ungarns: Italien 180
Erklärung, russische vom 9. Apr. 1917 92
Erythraea 106, 120
Erzbergerintrige 165
Erzrevier s. Briey und Lothringen
Estland 222
Extratour Kaiserin Zitas 210—211, 239

Familiengeschichte, fürstliche 1, 2
Feldkirch, Jesuitenkolleg 4, 122

Finnland 222
Fiume 13
Flandrische Küste 111, 200
Folkestone, Besprechung zwischen Ribot und Lloyd George vom 11. April 1917 91
Frankfurt a. M., Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 23. Juli 1917 159
Frankreich, Bündnis mit Österreich-Ungarn 176
—, Wiederherstellung der Bourbonischen Monarchie 89
—, s. auch Friedensbedürftigkeit
Freiburg i. Ü., Sanatorium Villa Bethlehem 168, 170, 175, 234, 235
—, Verhandlungen Armand-Revertera im August 1917 169—171, 175 bis 179, 187, 258—260, 284, 285
—, — — im Februar 1918 234—236, 240, 293
Freiheit der Meere 32, 156, 189
Friaul 31
Friede, bewaffneter 199
Friedensaktion Papst Benedikts XV. 135, 137, 143, 188—198, 279, 280, 286—288
—, katholische, der Kardinäle 88
—, Wilsons 18, 22, 24, 25, 29, 35, 38
Friedensangebot des Vierbundes vom 12. Dez. 1916 18, 23, 34, 38, 43, 58, 79, 85, 92, 157, 192, 255
—, angeblich russisches 102, 103
Friedensaussichten, angebliche 187
Friedensbedingungen, deutsche 39, 59, 110
— der Entente 170, 195
— des Vier(Zwei)bundes 23, 25, 30 bis 34, 223, 269
—, s. auch Kriegsziele
Friedensbedürftigkeit Frankreichs 98, 175, 204
Friedensfühler, (angeblich) englischer 197, 235
—, angeblich französischer 87, 112, 113
—, angeblich italienischer 58, 59, 77, 100, 119, 273, 275
— Kühlmanns 201
— Österreich-Ungarns 84
Friedensmöglichkeit 112, 113, 136, 137, 172, 179, 210, 230
Friedensoffensive Deutschlands gegen England 185, 186, 196
— Österreich-Ungarns gegen Deutschland 84, 133
— Österreich-Ungarns gegen Frankreich 185
Friedensofferten Österreich-Ungarns 167, 168
Friedensprogramm der unabhängigen Sozialdemokratie 158
Friedensresolution des Reichstags 58, 133, 140, 141, 147—149, 152, 153, 155—156, 158, 159, 162, 165, 188 192, 194, 195, 198, 207, 231, 282, 283, 286
Friedensverderber 167
Friedensverschwörung, angebliche, Cadornas mit Giolitti und Tittoni 101
Frohsdorf bei Wien, Wohnsitz der Linie des Don Carlos 2
Frontreise der Prinzen Sixtus und Xaver 15

Galizien 48, 62, 81—83, 111, 134, 169, 186, 189, 281
—, s. auch Ostgalizien
Garantien 35, 177, 193, 205
—, reale 79
Gebiete, besetzte 140, 149, 231
—, —, des Balkans 64, 78
—, —, Belgiens 59, 78, 189
—, —, Frankreichs 36, 59, 78, 82, 179, 189, 246
—, —, Italiens 246
—, —, Österreichs-Ungarns 73
—, —, des Ostens 224
—, —, Rumäniens 36, 52, 78, 117
—, —, Rußlands 36, 64, 78, 81
—, —, Serbiens 49
—, —, der Türkei 191
Gegenoffensive der Entente von 1918 245—247
Generalstab, französischer, Nachrichtenabteilung 167, 211, 258, 260, 284
Genf, Verhandlungen Smuts-Mensdorff vom 18. u. 19. Dez. 1917 212—215
Glasgow s. Reden
Glatz, Grafschaft, angebliches Kompensationsobjekt 9
Görz, Grafschaft 93, 101
Gradiska, Grafschaft 93
Grenzberichtigungen, deutsch-französische 111
Grenze, ostpreußische 62
—, schlesische 62
Griechenland 33
Großbulgarien 76, 160
Großdeutschland 244, 246
Großserbien 94, 117
Grundprinzipien vier, Wilsons 233, 237, 292

Hannover, Wiederherstellung des Königreichs 13
Hauptausschuß des Reichstags 143, 144, 147, 159, 281, 282, 287
Hauptfeind, Deutschland der 161
Heeresleitung, oberste 18, 23, 32, 38 bis 40, 82, 84, 110—114, 116, 122, 130, 131, 146, 147, 151, 152, 155, 159, 163, 196, 199, 225, 228, 244, 264, 269, 276, 281—283
Helgoland 179
Helotendasein, Deutschlands 137
Herzegowina 13, 17, 214
Hessen 13
Hetzendorf, Schloß, Residenz Erzherzog Karls 26, 27
Holland, Sicherung gegen 22
Holstein, Abtretung an Dänemark 13
Homburg, Kaiserzusammenkunft vom 2. April 1917 81—85, 92, 107, 108, 111—113, 172, 274
—, Vortrag Ludendorffs am 13. Febr. 1918 228, 291
Hubertusburg, Friede von (1763) 37, 262

Idee des Volkes in Waffen 247
Illusionen, Czernins amerikanische 293
—, deutsche 165, 230, 232, 233
—, Wiener 233
Indien 37
Indo-China, französisch 178, 179
Industriegebiet, niederrheinisch-westfälisches 199
Integrität Österreich-Ungarns 117
Internationale, katholische 135
—, Stockholmer Konferenz der 126, 127
Interpretationsvertrag, deutsch-österreich-ungarischer 294
Interessengemeinschaft, französisch-österreich-ungarische 245, 294
Intrige Czernins 139—143, 280
Journale, Pariser 257
Irland 37
Isonzoschlacht, zehnte 119
—, elfte 175
—, zwölfte 264
Istrien 13, 15, 93, 99, 100
Justice, Londoner soz. Zeitung 290

Kaiserreich, deutsches, Sturz 36
Kaligebiet, elsässisches 173
Kamerun 128
Kammer, französische, geh. Sitzungen vom 26. Juni bis 4. Juli 1917 145
Kardinalkonferenz, Plan einer Berner 135
Karolinen 31
Kautschukgebiet 178, 259
Kiautschou 31, 140
Kientaler Richtung der Sozialdemokratie 226, 276, 291
Kiewer Zentral-Rada 226
Kleinasien 94, 95, 112
Kohlenrevier s. Briey, Saarrevier
Kolonien, deutsche 31, 34, 59, 78, 112, 120, 160, 178, 189, 191, 232, 233
—, englische in Afrika 94
—, französische in Afrika 94
—, italienische 94
—, portugiesische 128
Kommunismus 226
—, s. Bolschewismus
Kongostaat 31, 34, 48, 72, 128, 178, 250, 259
Kongreßpolen, s. Polen
Konstantinopel 48, 55, 75, 90, 129, 250
Kreuz, eisernes, Spott Kaiser Karls 107
Kreuznach, Abkommen vom 18. Mai 1917 117, 118, 139, 142, 175, 181, 184, 221
—, Besprechung Bethmanns mit OHL. am 23. April 1917 110—113
—, — — am 28. Juni 1917 138, 146, 276
—, Besprechung zwischen Michaelis und OHL. am 9. Aug. 1917 172, 173, 284
—, Besprechung zwischen Hertling u. OHL. am 7. Okt. 1917 220, 221, 290
—, Besprechung am 18. Dez. 1917 222, 290
—, Pacellis Audienz am 29. Juni 1917 136, 137
Kriegführung s. Politik
Kriegsbündnis Italiens vom 26. April 1915 93, 215, 275
Kriegsernährungsamt, geistiges 135, 141, 279
Kriegskabinett, englisches 32, 121, 203, 285, 288
—, s. auch Balfour, Bonar Law, Carson, Cecil, Lloyd George, Milner
Kriegsverlängerer 201, 267
Kriegsziele der Entente 35, 36, 54, 85, 113
— englische 206, 209
—, englische koloniale 214
—, französische 129, 174, 206, 209, 246 272
—, italienische 93—95, 97, 246
—, russische 54, 142, 174, 272
—, Revision der 290
—, s. auch Friedensbedingungen

Kriegszielerörterungen in Deutschland 109
Kriegszielkonferenz, Londoner 129
Krimkrieg 63
Kroatien 94, 99
Kronrat vom 9. Juli 1917 über Wahlrechtsreform 282
—, s. auch Bellevue
Kurier, Bayrischer 253—257
Kurland 32, 62, 78, 111, 114, 118, 149, 220, 222
—, Personalunion mit Preußen 222

Lage, militärische, Vortrag Ludendorffs am 13. Juli 1917 über die 154
Landau 12
Laxenburg, Schloß bei Wien 69
—, Besuch des deutschen Kaiserpaares am 7. Juli 1917 139
—, Kronrat vom 22. März 1917 274
—, Verhandlungen des Prinzen Sixtus mit Kaiser Karl vom 8.—9. Mai 1917 104—107, 115
Legendenbildung im Weltkrieg 265
Leitseil, österreich-ungarisches, Deutschlands 30, 80, 107, 134, 218, 235, 270
—, s. auch Pivot
Lemberg 212
Lieblingszitat Czernins 107, 139
Lindfield, Landsitz Lloyd Georges, Besprechung mit Painlevé am 6. Aug. 1917 169
Linksrheinische deutsche Gebiete als neutraler Staat 54
— s. auch Rheinlande
Liquidation des Krieges 294
Litauen 32, 62, 111, 114, 118, 149, 220, 222
—, Personalunion mit Preußen 222
Londoner Botschafterkonferenz vom 6. Okt. 1917 202, 203
— Ententekonferenz vom 7. Aug. 1917 169, 192
— Marinekonferenz vom 4. Sept. 1917 278
Longwy, s. Briey
Lothringen, Eisenerzrevier 54
—, Herzogtum 54
Lovcen 81, 117
Lublin, Generalgouvernement 62
Lüttich 31, 79, 111, 161, 199
Luxemburg 13, 32, 34, 111, 112, 179

Madagaskar 178, 179
Magnetnadel der deutschen Zukunft 247, 248
Malmédy 90
Mammonismus 160
Marianen 31
Matin, Le 260, 261, 288
Matschwa 33
Mazedonien 33
Mersina 95
Mesopotamien 31, 177, 258
Metz 161, 174
Meuterei im französischen Heere 124 bis 126, 130, 145, 277, 278
Militärkonvention, deutsch-österreich-ungarische 220, 221
Militarismus 128, 168, 213
Mission des Prinzen Sixtus 46—122, 188, 240
— universalhistorische der Mittelmächte 290
Mittelafrika 128
Mitteleuropa 128
Moldau 62—64, 76
Mons, Kriegsrat vom 11. Nov. 1917 291
Montenegro 33, 36, 94, 111, 117, 149, 176, 179, 189, 214
Moseltal 12
Mülhausen i. E. 111

Narodna Obrana 71
Nationalitätsprinzip 12
Neuenburg, Besprechung des Prinzen Sixtus mit der Herzogin von Parma am 29. Jan. 1917 47—48
—, mit Erdödy 52, 107
Neutralitätsverletzungen 35
Nordschleswig 158
Note Papst Benedikts vom 1. Aug. 1917, 140
—, englische vom 9. Juni 1917 129, 133
— des französischen Generalstabs Aug. 1917 175
— Wilsons auf die Papstnote 190, 287
Notgemeinschaft, englisch-französische 126
Nuntiatur in München 136

Oberkommando der Westmächte (Foch) 230, 236
Österreich-Ungarn, Vorschlag eines Bündnisses mit Frankreich 176
—, s. auch Donaukonföderation, Donaumonarchie
Offensive, deutsch-österreich-ungarische gegen Italien 58, 59, 67, 79, 89, 179, 180
—, deutsche 1918 211, 218, 224, 225, 227—230, 235, 236, 291, 292

Offensive, deutsche, Beteiligung Österreich-Ungarns daran 292.
—, englisch-französische 1917 74, 101, 131, 145
—, italienische 1917 101
—, russische (Kerenski) 117, 129, 162
—, politische Czernins 237—239
—, —, deutsche 237
—, —, der Entente 129, 230, 231
—, —, des Liberalismus 232
Offensivdrohung 209, 210, 234
Opinion veröffentlicht Akten der Mission Sixtus 4, 6, 258, 259
Orientpolitik Frankreichs 73
Ostafrika 128
Ostfriede 38, 217, 218, 236
Ostfriede 38, 217, 218, 236
—, s. auch Brest-Litowsk und Brücke, goldene
Ostgalizien 31, 84, 86, 114, 115, 117, 226
Ouchy bei Lausanne, Plan einer Besprechung Lanckens mit Briand 204

Pactum de contrahendo 293
Panne, belgisches Hauptquartier, Besprechung des Prinzen Sixtus mit König Albert am 6.—7. Juni 1917 121
Panikstimmung des Reichstags 141, 142, 150, 154
Panslawismus 61
Paris, Ententekonferenz am 25. Juli 1917 166, 284
Parisien, Le Petit 13
Parlamentarismus in Deutschland 142, 143, 151, 156
Parlamentarische Besprechung April 1917 116, 276
Parma, Haus, Familienpolitik 186
—, Güterbesitz 6, 268
—, Schloß Chambord 4, 6, 268
—, Pianore bei Viareggio 4, 7
—, Schloß Schwarzau in Niederösterreich 1, 4—7, 26
—, Schloß Wartegg bei Rorschach 4, 6
—, Klatsch 280
—, Nebenregierung 74, 211
Partei, preußische am Wiener Hofe 13—15
Passiva, innere Deutschlands 189
Pazifizismus 23, 129
— in England 233
— in Frankreich 145
— Kaiser Karls 226
Pfalz, bayrische 12
Pivot der deutschen Politik 222, 290
—, s. auch Leitseil
Plebiszit, Vorschlag eines P. im Trentino und auf den dalmatinischen Inseln 99, 101
Pleß, Hauptquartier, Besprechung Bethmanns mit Burian am 17. Okt. 1916 23, 24
—, Besuch Kaiser Karls am 26. Jan. 1917 43, 44
—, Kriegsrat am 31. Aug. 1916 21, 22
Pola 13
Polen 21, 81, 82, 115, 170, 171, 173, 176, 177, 190, 222, 232, 235
—, vierte Teilung 221
Preußisch-Polen 67
Russisch-(Kongreß-)Polen 26, 32 76, 78, 79, 83, 86, 88, 111, 114, 115
—, Autonomie 34, 55, 61, 191, 217, 244
Condominium Deutschlands und Österreich-Ungarns 118
—, Eisenbahnen 32
—, Königreich 32, 62, 85, 121
—, Personalunion mit Österreich-Ungarn 88, 170, 220, 257
—, Regentschaftsrat 187
Polenfreundschaft Frankreichs 73
Polenklub 226
Polnische Frage 13, 36, 119
austro-polnische Lösung 32, 73, 81, 174, 183, 184, 187, 214, 220, 221, 225, 227, 244, 245, 274, 290, 291
germano-polnische Lösung 76, 81, 118, 174, 220, 274
reinpolnische Lösung 81, 84, 88
russische Lösung 13, 37, 81, 221
Politik und Kriegführung 110, 137, 138, 225, 228, 291
Posen 221
Praetendenten 10
Presse, deutsche 109, 256
—, französische, klerikale 6
—, Pariser 90
Preußen 68
—, der einzige Feind Frankreichs 257, 258
Propagandadienst, deutscher 159
—, englischer 216
Propagandaministerium Lord Northcliffes 215
Pufferstaat, s. Elsaß-Lothringen, Rheinlande, Südtirol
Punkte, die vier, des Prinzen Sixtus 4, 8, 50, 53, 56, 65, 68, 73, 103, 139

Punkte, die sechs russischen 291
—, die vierzehn Wilsons 233, 236, 246

Quarnero 93
Queens Hall in London, s. Reden

Ragusa 13
Rajah, christliche, der Türkei 177
Randstaatenproblem 86, 218, 219, 222, 224
Rededuell zwischen Ribot und Michaelis 174
Reden:
Bonar Law in Bristol am 24. Jan. 1917 37
Smuts 22. Mai 1917 128
Ribot 22. Mai 1917 127
Ribot 4. Juni 1917 127
Wilson 14. Juni 1917 128
Lloyd George in Glasgow am 29. Juni 1917 129, 133
Michaelis 19. Juli 1917 157
Carson in Belfast 20. Juli 1917 161
Lloyd George in Queens Hall am 21. Juli 1917 161
Erzberger in Frankfurt am 23. Juli 1917 159
Cecil am 24. Juli 1917 161
Asquith am 26. Juli 1917 161, 162
Bonar Law am 26. Juli 1917 161, 162
Balfour am 30. Juli 1917 161, 162
Ribot 19. Sept. 1917 205
Dr. Seidler 25. Sept. 1917 206
Czernin in Budapest am 2. Okt. 1917 206
Kühlmann 9. Okt. 1917 207
Ribot am 12. Okt. 1917 207
Lloyd George 5. Jan. 1918 233
Balfour 13. Febr. 1918 212
Czernin 2. April 1918 237—239
Clémenceau 4. Juni 1918 245
Reichsamt des Innern, Besprechung der Reichsregierung mit Parlamentariern am 14. Juli 1917 283
Reichskanzlerkandidaten 153
—, Bülow 146, 153
—, Tirpitz 156
—, Michaelis 153
Reichskanzlerkrisis im August 1917 195, 196
Reichstagsmehrheit 148, 169, 190, 195, 196, 224, 287
Reparationen 35, 90, 177, 193, 205
Revision der Karte Europas 36
— der Kriegsziele 210
Revolution, russische 38, 57, 59, 65, 73, 86, 89, 94, 109, 123, 131, 203, 272
—, bolschewistische 218
Revolutionsdrohungen der Sozialdemokratie 142, 144, 226
Rheinlande, Loslösung von Deutschland 200
—, Pufferstaat, linksrheinischer 174, 177
—, s. auch linksrheinische Gebiete
Rheinufer, linkes 204, 286
Richtlinien Czernins vom 9. Mai 1917 105, 118
— Michaelis August 1917 195
Riga 32
Rückversicherung, Czernins Taktik der politischen 56, 181
Rumänien 13, 82, 86, 115, 149, 179, 189, 222
—, Annexion 53
—, Friede mit 227
Kleinrumänien 76
—, Militärverwaltung 118
—, Milliardenobjekt 83
—, Pfand für die Integrität Österreich-Ungarns 52, 64, 79
Rumänische Frage
austrorumänische Lösung 118, 183, 292
germanorumänische Lösung 184, 220, 291
Ryde, Benediktinerinnenabtei St. Cécile in 4

Saargebiet 199
Saarlouis 12
Saarrevier, Kohlengebiet 9, 54
Sachsen 13
— als Kompensationsobjekt 183
Saint Chamond, Werke 15
Saint Germain, Diktat von 247
Saint-Jean-de-Maurienne, Ententekonferenz vom 19. April 1917 93—95
Salonikiunternehmen 125, 127, 278
Salzburg 13
Sanktionen 35
Sasseno, Insel 93
Scheidemann-Friede 155
Scheinmanöver, italienisches 100
Schelde, freier Zugang Belgiens nach Antwerpen 50
Schiedsgericht, internationales 187, 189
Schlesien als Kompensationsobjekt 7, 9, 14, 17, 55, 90, 97, 100, 106, 170, 183, 215, 220, 258
Schneider-Creusot, Werke 15

Schönbrunn, Schloß bei Wien 29
Schwarzau s. Parma
Schweizerreise, angebliche Briands 122
Selbstbestimmungsrecht 223
Senatsbotschaft Wilsons vom 23. Jan. 1917 36, 37
Serbien 13, 33, 36, 48, 71, 75, 86, 94, 111, 118, 189, 214, 232. 233, 250
—, Anschluß an Österreich-Ungarn 139
Sicherungen, militärische
im Westen 113
im Osten 113
—, s. auch Friedensbedingungen
Siebenbürgen 13, 17, 48, 67, 214
Siebenerausschuß des Reichstags 196, 197
Siegeswillen der Entente 288
Siegfriedstellung 58, 89, 123
Sixtus, Verhandlungen Clémenceaus mit 293
Smyrna 91, 95
Somaliland, italienisch 106, 119, 120, 174
Sonderfriede Österreich-Ungarns mit der Entente 7, 8, 20, 52, 74, 93, 94, 98, 102, 103, 107, 121, 129, 159, 164—166, 168, 169, 180, 187, 199, 212—215, 216, 235, 257
— — mit Frankreich allein 234
— des Vierbunds mit Rußland 109, 110, 113—115, 217
Sonderfriedensangebot an Österreich-Ungarn 188
— Österreich-Ungarns an die Verein. Staaten 246
Sonderfriedensdrohung Österreich-Ungarns 87, 226
Sonderfriedensverbot des Vierbunds 138
Sonderfriedensverhandlungen, deutsch-belgische 201
Sosnowicer Kohlengebiet 9
Sozialdemokratie, deutsche
—, Angst Bethmanns vor der 132
—, stärkt Siegeszuversicht der Entente 236
Spaa, Kaiserzusammenkunft am 12. Mai 1918 243, 244, 293
Spanien lehnt Friedensvermittlung ab 202
Spionagedienst,
deutscher 201
französischer 201
Staatenbund, deutscher 161, 283
Staatsministerium, preußisches, Sitzung vom 4. Sept. 1917 185, 186, 198, 286
Stammbäume als historische Quelle 2
status quo ante bellum 34, 78, 79, 100, 103, 140, 141, 149, 160, 163, 164, 173, 187, 189, 190, 199, 224, 227, 229, 233, 235, 237, 239
Stochod, Frontkorrektur am 131
Stockholm s. Internationale
Straßburg i. E. 161, 174, 212
Streikbewegung in Deutschland u. Österreich 226, 291
Stuttgarter Neues Tageblatt 289
Südslawien, Königreich, unter einem Erzherzog 50, 53, 111
Südtirol 82, 93, 118
—, Pufferstaat 233
—, s. auch Trentino
Syrien, Prinz Sixtus über Syrien und Frankreich 12, 268

Temps, Le 13
Times, The 285
Sunday Times 257
Tirol s. auch Südtirol
Trentino 7, 8, 13, 17, 97—101, 103, 106, 107, 116, 119, 141, 170, 171, 177, 183, 184, 214, 258
Triest 13, 17, 48, 65, 77, 91, 93, 97 bis 99, 102, 169, 171, 174, 177, 179, 184, 212—214
—, Freihafen 170, 175, 258
Tschechen 115, 140, 235, 238
—, Überläufer 130, 133
Tschechoslowakei 224, 246
Tsingtau 31
Türkei 224
—, Aufteilung 94
—, Kapitulationen 33
—, jüdisch levantinische Partei 12
U-Bootbasis 103, 127
U-Bootfiasko, angebliches 141, 159
U-Bootkrieg 18—22, 25, 35, 37—39, 43, 44, 59, 93, 113, 123—126, 135, 137, 145, 149, 154, 177, 261, 262, 271, 277
U-Bootkriegkritik 125
Ukraine s. Brotfriede
Umfall Erzbergers 146, 148
Unterminierung der Reichsregierung 87
Untersuchungsausschuß, parlamentarischer 18, 20, 23
Unverantwortlich, Konversationen zwischen unverantwortlichen Persönlichkeiten 122
Utrecht, Friede von 10

Vacuum der Reichsleitung 152
Vaduz, von Czernin zur Besprechung mit Painlevé vorgeschlagen 179, 184

Valona 77, 93
Vaterlandspartei 156, 157, 266
Verdun 173, 263
Verhör, parlamentarisches am 12. Juli 1917 148, 150, 151
Vernichtungswille 127, 195, 196
Verseuchung der Ostfront 132
Versailles, Diktat 35, 200, 247
Verständigungsfriede 137, 140, 164
Verzichte im Westen 131
Verzichtfriede 223
Veto, österreichisch-ungarisches 150
Völkerbund 36, 164, 247
Vorwärts, Der 155, 283, 288

Waffenbund, Plan eines deutsch-österreichisch-ungarischen 244
Waffenstillstand Österreich-Ungarns mit der Entente 68, 74, 90, 91, 102, 103
— — mit Rußland, Serbien, Italien, Rumänien 50
— des Vierbunds mit Rußland 50
Wahlrechtsreform, preußische 143, 149 150
Walachei 62—64, 76, 115
Wallonien 259, 260
Wartegg s. Parma
Wartholz-Reichenau, Sommerresidenz Kaiser Karls
—, Audienz F. W. Foersters 122
Wehrhaftigkeit 158
Weltmarkt, Aussperrung Deutschlands vom 231
Weltrevolution 233
Wien
—, Besprechung wegen des U-Bootkrieges vom 20. Jan. 1917 43, 271
—, Besuch Kaiser Wilhelms II. am 12. Febr. 1917 45
— — der OHL. am 3. Juli 1917 138, 139
—, Konferenz des Zweibunds vom 16. März 1917 57—64, 272. 273
—, — vom 1. Aug. 1917 166, 172, 173, 191, 284
—, erste Reise des Prinzen Sixtus vom 22.—25. März 1917 64, 69—75, 273
—, zweite Reise vom 5.—12. Mai 1917 102—107, 276
Wilna 32, 221
Wirtschaftskrieg 189, 204, 214
Wochenblattpartei 61

Zloczow, Durchbruch bei 154
Zoll- u. Handelsgemeinschaft, österreichisch-ungarische 81, 82
Zollunion, deutsch-österreichisch-ungarische 220, 221
Zug in der Schweiz, Besprechung des Prinzen Sixtus mit Erdödy am 25. April 1917 99
Zwangsarbeit 35
Zweibund 8, 13, 59, 61, 72, 79, 83, 87, 92, 107, 115, 134, 139, 163, 164, 189, 211, 216, 218, 222, 229, 230, 235, 236, 243, 244, 246
—, Rußland u. Italien, die Klammern des 186

III.

(Seite 47). Denkschrift vom 5. März: Anhang S. 249 ff.

(Seite … lomon: Bericht vom 30. Januar 1917 L'offre de paix 45 ff.

… bon: Conversation du prince avec I. C. 11. Februar 1917.
…—49.

(S… rf einer Kundgebung Karls und Konvention
… ar: A. a. O. 50—54.

(Seit… Gendarmerierittmeister, ein Jugendfreund des Kaisers.

(Seite … n Zita: Bei K. F. Nowak. Der Sturz der Mittel-
mä… 21). Seite 419.

(Seite 51… Czernins: L'offre de paix 58—60.

(Seite 53). … Karls: A. a. O. 60 ff.

(Seite 54). … ussische Kriegsziele: Pokrowski an Is-
lowski 1… Iswolski an Pokrowski 13. Februar. Pokrowski
an Paléo… Iswolski an Pokrowski 11. März. Notiz des
russischen … nach 11. März 1917. Russische Dokumente
91—94 nach … November 1917 und Rotbuch Heft 3 Nr. 42.
Äußerung der … ogue 3, 185.

(Seite 55). Russi… fühler in Wien: Czernins genauere
Angaben Seite … der Frage nach den Sixtus-Verhand-
lungen ablenken.

(Seite 55). Erste Au… caré von 3½—5½ Uhr: L'offre de
paix 64—68.

(Seite 55). Zweite Aud… 5.15 Uhr. A. a. O. 70—72.

(Seite 56). Czernin und… rnin 192 ff.: Eine Antwort vom
9. März 1917 habe nich… ob es sich um Frieden mit dem
Vierbund oder um Sonde… abe aber Czernins Standpunkt
angenommen. „Um rasche… schaffen", habe er eine Zu-
sammenkunft eines (russisch… chen) Vertrauensmannes in
einem neutralen Land vorge… päre also, wenn die Revo-
lution in Petersburg dem Fr… ein Ende gemacht hätte,
auch zur Anhörung eines russ… ensangebotes bereit ge-
wesen.

(Seite 57). Wiener Reise Bethma… k. und k. Telegr.-
Einladung: Schon am 13. März … Korrespondenz-Büro den Besuch B… rddeutsche allgem.
Ztg. Nr. 73 I vom 15. März 1917. — … Münchener Neueste
Nachrichten Nr. 81 vom 23. Februar 1… dd. allgem. Ztg.
Nr. 75 I vom 17. März 1917. — „Funk… Betrachtungen
2, 173. — Ankunft in Wien: Mitteilung … Konferenz vom
16. März 1917: Protokoll Münchener Neu… r. 81, 83, 85
vom 23.—26. Februar 1922. Bethmanns Be… kretär Graf
Zech-Burkersroda nicht als Teilnehmer genan… Redaktion
gekürzte Anfang des Protokolls lautet nach … Gerlichs:
„Der k. und k. Minister des Äußern, welcher … röffnet,
rekapituliert zunächst die mit dem Deutschen Re… selben
Tage bereits stattgehabten Gespräche und führt au… seine
heilige Pflicht gehalten habe, Herrn v. Bethmann … die
Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie so zu … ist,

Image Engineering Scan Reference Chart TE283 Serial No. 306 Patch Reference numbers on UT7 C1 B1 A1 C2 B2 A2 B5 A5 20 18 17 16 11 05 16000 10 09 03 02 01 C7 B7 A7 C8 B8 A8 C9 B9 UB Rostock the scale towards docum